Schriften des Deutschen Orient-Instituts

Cilja Harders

Staatsanalyse von Unten

Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten

Cilja Harders

Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten

Mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedlicher Kairoer Stadtteile

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
des Vorderen Orients

Schriften des Deutsche Orient-Instituts, Hamburg
und der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients,
Frei Universität Berlin

Herausgegeben von
Friedemann Büttner
und
Udo Steinbach

Cilja Harders

Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten

Mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedlicher Kairoer Stadtteile

Deutsches Orient-Institut, Hamburg 2002

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Harders, Cilja:
Staatsanalyse von unten: urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten; mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedliche Kairoer Stadtteile / Cilja Harders. Hrsg.: Deutsches Orient-Institut – Hamburg : Dt. Orient-Inst., 2002
(Schriften des Deutsche Orient-Institut)
Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-89173-069-1

© 2002 by
Deutsches Orient-Institut, Hamburg und Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients, Berlin

Druck: Druck Partner Rübelmann GmbH, Hemsbach
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

	Inhaltsverzeichnis	I
	Vorwort	IV
	Einleitung	1
I	**Zum Verhältnis von Armut und Partizipation**	**7**
1	**Die Vielschichtigkeit der Armutskonzeptionen**	7
1.1	Christliche, islamische und republikanische Armutsperzeptionen	8
1.2	Armut als Abweichung?	11
1.3	Armut und Entwicklung: Absolute und relative Armut	12
1.4	Armut und Internationalisierung	15
2	**Armut im Kontext - der multidimensionale Armutsbegriff**	**19**
2.1	Die strukturelle Dimension der Armut	19
2.2	Die Akteursdimension der Armut	22
2.3	Der multidimensionale Armutsbegriff	26
3	**Armut und politische Partizipation**	**27**
3.1	Instrumentelle Partizipationskonzepte	31
3.1.1	Arme zwischen Anarchie und Apathie?	31
3.1.2	Transitionsforschung und die „mobilisierten Massen“	35
3.2	Normative Partizipationskonzepte	39
3.2.1	Geschlecht und Partizipation	40
3.2.2	Partizipation auf der lokalen Ebene	42
3.2.3	Symbolische und „unsichtbare“ Partizipationsformen	44
3.2.4	Die Politik der „informal people“	45
3.2.5	Netzwerke als Partizipationsform der Armen	47
3.3	Der lebensweltliche Partizipationsbegriff	51
4.	**Arbeitshypothesen zum Verhältnis von Partizipation und Armut**	**54**
II	**Entwurf eines feministischen Forschungsdesigns**	**57**
1	**Methodologische Überlegungen**	57
1.1	Politikwissenschaftliche Leerstellen	57
1.2	Zwischen Dekonstruktion und Differenz	59
1.2.1	Differenzerfahrung und Orientalismuskritik	60
1.2.2	Dekonstruktion der Differenz	62
2	**Erfahrungen mit Methode**	**65**
2.1	Methoden der Datenerhebung	65
2.1.1	Der Zugang zum Feld	66
2.1.2	VermittlerInnen in der Feldforschung	68
2.1.3	Kritischer Rückblick auf Interviewsituationen	69
2.1.4	Ethik und Reziprozität im Feld	71
2.2	Methoden der Datenauswertung	72

III	**Multidimensionale Armutsanalyse - Überlebensökonomien in Kairo**	**75**
1	**Das ägyptische Armutsprofil**	**77**
1.1	Quantitative Studien	77
1.2	Das quantitative Armutsprofil	80
1.3	Qualitative Studien	83
2	**Die Mikropolitik der Haushalte in Kairo**	**87**
2.1	Die Geographie der Armut	88
2.1.1	Kurze Baugeschichte einer Stadt	90
2.1.2	In Kairo leben	95
2.1.3.	Der Zugang zu Land	98
2.1.4	Schnittstelle Infrastruktur: Informalität und Versorgung	100
2.1.5	Legal und arm: die innerstädtischen Viertel	103
2.1.6	Netzwerke im städtischen Raum	104
2.1.7	Heterotopische Räume und informeller sozialer Vertrag	108
2.2	Die Sprache der Armut: Lebensweltliche Armutsdiskurse	110
2.2.1	Materielle und symbolische Dimensionen der Armut	110
2.2.2	Die Dichotomie von Arm und Reich	115
2.2.3	„Leben wie andere Leute auch ...“	118
2.3	Die Materialität der Armut	119
2.3.1	Strukturanpassung und Armut	119
2.3.2	Strukturanpassung in Ägypten	123
2.3.3	Armut und Geschlecht	125
2.3.4	Die Netzwerke der Mikroebene	129
2.3.4.1	Familiennetzwerke	129
2.3.4.2	Nachbarschaftsnetzwerke	133
2.3.4.3	Freundschaftsnetzwerke	134
2.3.5	Die Kosten des Überlebens	135
2.3.6	Einkommen in den Überlebensökonomien	142
2.3.6.1	Formaler und informeller Sektor	142
2.3.6.2	Die Haushaltseinkommen im Sample	145
2.3.6.3	Überlebenssicherung durch staatliche Institutionen und NGO	147
2.3.7	Das multidimensionale Armutsprofil	154
3	**Partizipation in den Netzwerken der Mikroebene**	**157**
3.1	Mediation als Form informeller Partizipation	157
3.2	Ressourcenflüsse im Netzwerk - die Sparclubs	162
3.3	Fazit: Überlebensökonomien in der Formalisierten Informalität	166
IV	**Der makropolitische Kontext: Blockierte Liberalisierung und informeller sozialer Vertrag**	**169**
1	Ägypten in den 1990er Jahren - die islamistische Herausforderung	170
2	Inszenierte Demokratie – die Wahlen	173
3	Geschlechterpolitik und Liberalisierung	177
4	Fazit	178

V Stadtteilanalysen: Armut und politische Partizipation 179
1 Lokale Perspektiven auf den Staat 180

2 Formale Partizipation zwischen Demobilisierung und Protest 188
2.1 Parlamentswahlen als inszenierte Demokratie 188
2.2 Parteien und Gewerkschaften am Rande der Bedeutungslosigkeit 194
2.3 NGO zwischen empowerment und Klientelismus 195
2.4 Klientelismus ohne Klientel? 200

3 Informelle kollektive Partizipation: Konfliktlösungsmechanismen 203
3.1 Klassische Vermittlungsformen: Das maglis al-'arab 203
3.2 Konfliktvermittlung und Netzwerke auf der Quartiersebene 207
3.3 Informelle Mechanismen zwischen Inklusion und Exklusion 210

4 AkteurInnen und Organisationen auf der Mesoebene 213
4.1 Migrantenvereine und Solidaritätsnetzwerke 214
4.1.1 Moderne und traditionelle Solidaritäten 214
4.1.2 Migrantenvereinigungen 218
4.2 Die kubar – moderne und traditionelle Notable 224
4.3 Parteien auf der lokalen Ebene 230
4.3.1 Die NDP 230
4.3.2 Die Oppositionsparteien 232
4.4 NGO auf der Mesoebene 233
4.4.1 Säkulare NGO 233
4.4.2 Islamische NGO 237
4.5 Lokale Institutionen des Staates 240
4.6 Retraditionalisierung der Politik? 247

5 Interaktion auf der Mesoebene: die Kommunalwahlen 1997 251
5.1 KommunalpolitikerInnen als „Diener des Volkes“ 252
5.2 Die Wahlen 256
5.3 Mobilisierung an der Basis: Arme als WahlhelferInnen 259
5.4 Die Arbeit im Bezirksrat 261
5.5. Pluralisierung ohne Liberalisierung 264

Schluss: Staatsanalyse von Unten 267
Literaturverzeichnis 279
Transliterationsverzeichnis 307
Verzeichnis der Tabellen und Grafiken 308
Verzeichnis der Abkürzungen 309

Vorwort

Viele Menschen haben durch ihre Unterstützung, ihre Kommentare und kritischen Nachfragen zum Entstehen dieser Arbeit Entscheidendes beigetragen. Ihnen allen möchte ich herzlich danken. Das gilt ganz besonders für meine InterviewpartnerInnen und FeldforschungsmitarbeiterInnen in Kairo, ohne deren Unterstützung, Offenheit und Geduld dieses Buch nicht möglich gewesen wäre: Danke an die, die hier Samira, Mohamed, Laila, Ahmed, Um Atif, Karima, Um Hassan, Um Ahmed und Um Sabir genannt werden. Sie haben mir ihre wertvolle Freundschaft geschenkt und damit mein Leben auf ganz besondere Weise bereichert. Meiner Projektpartnerin Almuth Schauber verdanke ich eine fruchtbare Zusammenarbeit und lebhafte Debatten, die den inspirierenden Ausgangspunkt für viele grundlegende gemeinsame Ideen bildeten. In Hamburg war die Kritik, Anregung und Ermutigung meines Betreuers Prof. Dr. Rainer Tetzlaff entscheidend für den Erfolg der Forschung. Seine Unterstützung vor allem in der Endphase der Arbeit war besonders wichtig für mich. Prof. Dr. Joachim Betz danke ich für seine kritischen Kommentare und die Übernahme des Zweitgutachtens. Die Untersuchung bezieht sich auf die empirischen Erhebungen, die im Rahmen des DFG-Projekts „Partizipation und Demokratisierung" unter der Leitung von Prof. Dr. Tetzlaff durchgeführt wurden. Der DFG sei hier für die finanzielle Unterstützung des Projekts gedankt.

Das französische Forschungsinstitut CEDEJ unter der Direktion von Dr. Philippe Fargues, das Politikwissenschaftliche Institut der Amerikanischen Universität in Kairo (AUC) unter der Direktion von Prof. Dr. Tim Sullivan und das „Center for African Studies" unter der Direktion von Prof. Dr. Cyrus Reed haben mir für die Zeit der Forschung in Kairo institutionelle Anbindung gewährt, für die ich sehr dankbar bin. Den KollegInnen am CEDEJ, vor allem Prof. Dr. Eberhard Kienle, Prof. Dr. Dina el-Khawaga, Dr. Eric Denis, Dr. François Ireton, Dr. Agnès Deboulet, Dr. Patrick Haenni, Dr. Samih Eid und Dr. Nadia al- Zibani sei für anregende Diskussionen gedankt. Ein besonderes Dankeschön schulde ich Dr. Eric Denis, der meine Arbeit unterstützte und zudem die Erlaubnis für den Abdruck der Karten aus dem „Atlas Eléctronique Du Caire" des OUCC in diesem Buch gab. An der AUC unterstützten mich besonders die ProfessorInnen Cynthia Nelson, Tim Sullivan, Trevor Parfitt, Nicholas Hopkins und Cyrus Reed. In Kairo standen mir immer wieder Prof. Dr. Eberhard Kienle und Prof. Dr. Friedemann Büttner mit wichtigen Anregungen und Ratschlägen zur Seite, vielen Dank. Wichtige Anstöße erhielt ich auch von den TeilnehmerInnen eines 1998 und 1999 in Kairo (Volkswagenstiftung, FU Berlin, CEDEJ) durchgeführten Symposiums, ebenso wie von den TeilnehmerInnen des Proseminars an der Universität Hamburg im Wintersemester 1999. Schließlich gilt mein Dank Prof. Dr. Udo Steinbach für die Einladung, meine Arbeit in der Schriftenreihe des Orient-Instituts zu veröffentlichen und Sylvia Bücke für die Betreuung der technischen Umsetzung. Kai-Britt Albrecht danke ich für das sorgfältige Lektorat dieser Veröffentlichung und Kai Kottenstede für die technische Unterstützung.

Für ihre umfassende und langjährige Unterstützung bin ich meinen FreundInnen, meiner Familie und vor allem meinem Lebens- und Weggefährten Eberhard Spohd zu großem Dank verpflichtet. Ohne Eure Ermutigung und Eure Unterstützung insbesondere auch in den mühsameren Zeiten wäre dieses Buch nie geworden, was es ist!

Ein besonderes Dankeschön für Debatten, Unterstützung und Freundschaft in Kairo und Hamburg schulde ich Aisha Abdallah, Dr. Abdel Halim und Team, Gasser Abdel Razeq, Yasser Alwan, Nadje al-Ali, Saad Ali, Nihad A., Hossam Barakat, Axel Behrens, Rizq B., Jutta Bieringer, Jürgen Budde, Françoise Clement, Hoda Daoud u. Familie, Heidi Dierks, Iris Drögekamp, Gamal E., PD. Dr. Sigrid Faath, Anita Fabos, Karima F., Khaled

al-Naqash, Josef Polleross, Prof. Dr. Jörg Gertel, Ashraf H., Usama Hamuda, Heike und Jochen Harders, Levke und Una Harders, Sonja Hegazi, Heba Helmi, Ernst Herb, Menar Hussein, Omar Hussein, Dietmar Jungnickel und Cip-Pool Team, Karen Jährling, Stefanie Kämpf, Annette von Kalckreuth, Heike Kahlert, Mariam Khalfa, Roland Kisker, Anette Kretzer, Sibylle Kumm, Jan Lehmhaus, Anja Lemke, Claudia Lenz, Franziska Löffler, Ivesa Lübben, Omar M., Didier Monciaud, Gamal Abdel Nasser, Antonie Nord, Gregor Ohlerich, Udo Petersen, Ranja R., Anja Rösen, Uta Ruppert, Sabah S., Mahruz S., Mohammed S., Hassan Sabir, Armando Salvatore, Zainab Sayed, Delia Schindler, Monika El Shorbagi, Uta Simon, Diane Singerman, Tarik Tabbara, Mohamed Tabishat, Awatif W., Adel W., Heidi Wedel, Stefanie Wiech, Doro Wiese, Achim Wiesner, Marion Wille, Mariam Zakariya und Susanne Zwingel.

Einleitung

Um Hassan[1] lebt in einer kleinen illegalen Siedlung inmitten eines zentralen Kairoer Viertels. Sie wohnt in einer Hütte, die aus Ziegeln, Holz und Plastikfolien gebaut wurde, in deren Vorhof sie alte Möbel aufbewahrt, die Wäsche macht und ihre Hühner hält. Um Hassan lebt dort gemeinsam mit ihrer geschiedenen Tochter und deren Kindern, zwei verheirateten Söhnen, deren Frauen und Kindern und einem unverheirateten Sohn – insgesamt 13 Personen in drei kleinen Zimmern. Die Frauen müssen das Wasser vom Wasserhahn der nahe gelegenen Moschee auf ihren Köpfen herbeitragen, Strom gibt es aus der angezapften Leitung ihres Nachbarn, die Toilette besteht aus einem kleinen Verschlag im Hof. Die Frauen kochen auch im Hof, denn eine Küche für den Kerosinkocher und die wenigen Töpfe gibt es nicht. Um Hassan war einst eine wohlhabende und zufriedene Frau:

> „Mein Mann hatte einen guten Job, und wir haben unten in der Wohnung in S gelebt, ich hatte alles, Möbel, Kühlschrank und meine Kinder. Aber er ist früh gestorben, als mein jüngster Sohn 6 Monate alt war, ist er bei einem Autounfall ums Leben gekommen. [...] Ich war zerstört und verzweifelt und allein mit vier Kindern. [...] Na ja, und dann habe ich zum zweiten Mal geheiratet und habe angefangen zu arbeiten, weil sich mein zweiter Mann geweigert hat, für meine Kinder aufzukommen. 20 Jahre habe ich dann gearbeitet, als Putzfrau. [...] Meine Tochter hat auch erst als Putzfrau gearbeitet, aber als sich die Möglichkeit ergab, sie im Krankenhaus unterzubringen, habe ich gesagt, vergiss die Putzerei, nimm den sicheren Job, es ist zwar nicht viel Geld, aber dafür sicheres, das ist wichtig für die Zukunft der Kinder. Wir haben jemandem im Krankenhaus 100 £E gezahlt, damit er sie dort unterbringt. Seither arbeitet sie dort und ich verdiene für sie mit, seit ihr Mann sie rausgeworfen hat. Ich tue das für meine Enkelkinder, um diese Kinder anständig groß zu bekommen, das ist das wichtigste“ (Z).

Um Hassans Lebensgeschichte, ihre besondere Verletzlichkeit für Armut und die Strukturen, in denen sie das Überleben ihrer Familie organisiert, sind eng mit makropolitischen und -ökonomischen Prozessen in Ägypten, aber auch mit der Struktur der Geschlechterverhältnisse verknüpft, so meine Ausgangsüberlegung. So wie Um Hassan leben zwischen 23% und 48% der Bevölkerung in der ägyptischen Metropole Kairo unter der Armutslinie. Die Positionierung dieser armen Bevölkerungsteile in den lokalen und nationalen Machtstrukturen sind für das Verständnis politischen Wandels, aber auch des Beharrungsvermögens autoritärer Strukturen, wichtig, so eine weitere These. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf der lokalen Ebene reflektiert makropolitische Strukturen, entwickelt aber aus Perspektive armer und verletzbarer Gruppen auch eine Eigendynamik. Um der Rolle, den lokalen Praktiken und Perzeptionen armer und verletzlicher Menschen in Kairo auf die Spur zu kommen, untersuche ich in einer multidimensionalen Analyse, wie die Mikroebene der Haushalte mit der Mesoebene lokaler Strukturen und der Makroebene nationaler und globaler Verhältnisse verknüpft ist und welche Rolle dabei die Geschlechterverhältnisse spielen. Ich möchte mit einer solchen „Staatsanalyse von Unten“ einen Beitrag zum Verständnis des politischen Systems Ägyptens aus Sicht armer und verletzbarer Gruppen leisten. Dabei interessiere ich mich besonders für die Inklusions- und Exklusionsprozesse, denen arme Frauen und Männer in den Strukturen der sozialen Ungleichheit ausgesetzt sind.

[1] Die Namen der InterviewpartnerInnen wurden anonymisiert. Dem ägyptischen Sprachgebrauch in den ärmeren und ländlichen Bevölkerungsschichten folgend, habe ich Anonymisierungen gewählt, die mit dem Wort „Um“, Mutter, und „Abu“, Vater, jeweils Frauen bzw. Männer bezeichnen. Der dann folgende Name ist, wie in Ägypten bei dieser Form der höflichen und wenig formellen Anrede üblich, jeweils der Name des erstgeborenen Sohnes oder der erstgeborenen Tochter.

Ausgehend von der „Dritten Welle" (Huntington 1991) der Demokratisierung in den späten 1980er Jahre rückte die Untersuchung politischer und gesellschaftlicher Transformationsprozesse ins Zentrum des politikwissenschaftlichen Interesses. Bei der Erklärung dieser komplexen Geflechte von systemisch-strukturellen und akteursabhängigen Komponenten tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels stehen jedoch meist Eliten und formale Institutionen im Vordergrund. Demokratische, gewaltfreie Interaktion unterschiedlicher Elitenfraktionen und die Etablierung demokratischer Institutionen gelten insbesondere in der akteurszentrierten Transitionsforschung als wichtige Kriterien für den Erfolg von Transitionsprozessen (Schubert et al. 1994; Bos 1996; Merkel 1996; v. Bredow, Jäger 1997; Elsenhans 1997; Evers 1997; Schubert, Tetzlaff 1998). Diese Konzentration auf organisierte, ressourcenstarke AkteurInnen der nationalen Ebene, die in überwiegend formalen Institutionen und Organisationen handeln, hat jedoch dazu geführt, dass AkteurInnen, die jenseits dieser Ebene agieren, vernachlässigt wurden. Dies gilt insbesondere für arme und verletzbare Gruppen, die auf der lokalen Ebene in informellen Strukturen handeln, und für Frauen, die in nationalen und kommunalen Eliten oft stark unterrepräsentiert sind.

Die vorliegende Untersuchung wirft deshalb einen Blick auf die Mikro- und Mesoebene politischer Prozesse, um so die bisherige Makroperspektive der Transitionsforschung zu ergänzen und neue Hinweise auf die Qualität von Transitionsprozessen zu gewinnen. Denn auch elitenzentrierte Veränderungen sind nicht unabhängig vom Handeln der restlichen Bevölkerung zu verstehen. Erfolgreiche Transformationen müssen auch durch veränderte gesellschaftliche Praktiken an der lokalen Basis getragen werden. So kann die gelungene oder verschleppte Umsetzung von Transition auf der lokalen Ebene zur Beurteilung von Konsolidierungschancen ebenso dienen, wie die Transformation diskriminierender Geschlechterverhältnisse. Ich frage dabei insbesondere nach den formalen und informellen Partizipationsmöglichkeiten städtischer Armer. Denn aus Partizipationsperspektive lassen sich Mechanismen von Exklusion- und Inklusion aufzeigen, die AkteurInnen und handlungsorientierende Strukturen gleichermaßen erfasst. Außerdem lässt sich so auch die Organisation des Überlebens in Bezug zur Teilhabe an den formalen und informellen Prozessen der Ressourcenallokation in einer Gesellschaft untersuchen.

Ähnlich wie die Transitionsforschung durch die Armutsperspektive erweitert wird, ist auch die Armutsforschung unter politologischen Gesichtspunkten ergänzungsbedürftig. Arme machen einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung der Länder des Südens (und des Nordens) aus, so waren 1998 weltweit 1,21 Milliarden Menschen arm – mit steigender Tendenz (Betz, Brüne 1999, World Bank 2001b). Weltweit verfügen 800 Millionen Menschen nicht über ausreichende Nahrung und weitere 500 Millionen Menschen sind chronisch mangelernährt. In den Ländern des Nordens leben mehr als 100 Millionen Menschen unter der Armutslinie und mehr als fünf Millionen sind obdachlos. In den letzten drei Dekaden hat sich zudem die Kluft zwischen Arm und Reich auf der Welt verstärkt (EHDR 1996:12).[2] Das Vermögen der 358 Multimilliardäre der Welt übersteigt beispielsweise das addierte Einkommen von Ländern, die 45% der Weltbevölkerung beherbergen (EHDR 1996:12). Armut bleibt ein wichtiges Merkmal internationaler Ungleichheitsbeziehungen und prägt Gesellschaften in Ländern des Südens und des Nordens (Tetzlaff 2002). Eine politologische Armutsforschung, die die Politik des Überlebens jenseits des Spannungsfeldes von angenommener Apathie oder erhofftem revolutionären Potential

[2] So sank während der letzten 30 Jahre der Anteil der ärmsten 20% der Weltbevölkerung am globalen Einkommen von 2,3% auf nur 1,4%, während der Anteil der reichsten 20% der Weltbevölkerung am globalen Einkommen von 70% auf 85% stieg. Zwischen 1960 und 1993 verdreifachte sich der Unterschied zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen in Industrieländern und so genannten Entwicklungsländern von 5.700 US$ auf 15.400 US$.

den Blick nimmt, existiert jedoch bisher nur in Ansätzen (Scott 1985; 1991; Kersting 1994; Bayat 1997; Bayat 1998; König 1998; Wedel 1999; Kersting, Sperberg 1999; Berg-Schlosser et al. 2000; Happe 2000; Schmitt 2000; Sperberg 2000). Dies gilt in immer stärkerem Maße auch für die Länder des Nordens, wo die Rede von den „Entbehrlichen" einer Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit oder die Diskussion über Peripherisierung andeuten, dass Prozesse der sozialen, ökonomischen und politischen Integration eng miteinander verknüpft sind und als solche die Gesellschaftsform Demokratie in ihrem Kern ausmachen. Werden diese Inklusionsmechanismen nachhaltig geschwächt, dann steht auch die sozialstaatliche Variante demokratischer Herrschaft zur Debatte (Kronauer 1997).

Der von mir vertretene Ansatz einer armutsorientierten mikropolitischen Analyse soll am Beispiel Kairos konkretisiert werden. Ägypten bietet sich aus mehreren Gründen für eine solche Untersuchung an. Arme, vor allem städtische Arme, machen einen stetig wachsenden Anteil der ägyptischen Bevölkerung aus, so dass die Beschäftigung mit dieser Gruppe schon aus quantitativer Sicht nahe liegt. Wenn ein großer Teil der ägyptischen StaatsbürgerInnen arm ist, dann kann die Analyse ihrer individuellen Perzeptionen und ihres Handelns Aufschlüsse für das Verständnis des politischen Systems in Ägypten geben. Die Steigerung der städtischen Armutsquote, die seit 1990/91 zu beobachten ist, rechtfertigt die Konzentration auf städtische Armut. Die Megacity Kairo als größter urbaner Ballungsraum Nordafrikas weist zudem ein besonders breites Spektrum unterschiedlicher sozialer und politischer Organisationsformen auf, die Aufschluss auch für das Verständnis lokaler Politik in anderen Großstädten versprechen.

Ägypten ist auch in partizipatorischer Hinsicht paradigmatisch für eine Entwicklung, bei der sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens als relativ demokratieresistent erwiesen haben (Faath, Mattes 1992; Ibrahim 1993; Pawelka 1993; Al-Sayyid 1993; Ayubi 1995; Brynen et al. 1995; Ibrahim, Wedel 1995; Al-Sayyid 1995; Leca 1996; Salamé 1996; Waterbury 1996). Als Ursachen gelten unter anderem die durch Rentenökonomien gestützten neo-patrimonialen Herrschaftsstrukturen (Pawelka 1993), der Mangel an Handlungsspielräumen für die Zivilgesellschaft (Ibrahim 1993; Ibrahim, Wedel 1995), die Dominanz des Militärs, das Fehlen einer demokratieorientierten Mittelklasse und die Herausforderung durch militante islamistische Bewegungen (Waterbury 1996; Kienle 2000). Doch während im „alten sozialen Vertrag" nasseristischer Prägung die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten mit wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen (und Leistungen) kompensiert wurde, kristallisiert sich in den 1990er Jahren aus Armutssicht ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft heraus, so meine These. Dieses Verhältnis ist von anhaltender und umfassender politischer Demobilisierung (Owen 1996; Büttner 1996; Pawelka 1985; Kienle 1998) der Bevölkerung geprägt, die sich aber mit der Eröffnung informeller Handlungsspielräume verknüpft. Der Sozialvertrag der Informalität der 1990er Jahre nimmt die anti-partizipatorische Seite des alten Sozialvertrags auf, setzt jedoch an die Stelle einklagbarer Entwicklungsversprechen nunmehr erweiterte Möglichkeiten des informellen Handelns. Staatsbürgerliche Rechte werden durch informelle, klientelistisch vermittelte Spielräume nur unvollständig ersetzt.

Die Arbeit verknüpft also zwei Forschungsstränge, indem sie mit der städtischen Armutsbevölkerung eine von der Transitionsforschung weitgehend vernachlässigte Gruppe systematisch in den Blick nimmt. Durch die Fokussierung auf Partizipationsformen der Armen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene wird zudem der in der Armutsforschung oft vernachlässigte Aspekt der politischen Handlungsfähigkeit von Armen in den Vordergrund gestellt. Die Kategorie Geschlecht, die in beiden Forschungsrichtungen nur selten wahrgenommen wird, wird als Querschnittskategorie einbezogen. Das erste Kapitel der Arbeit stellt diese theoretischen Verbindungen her, indem dort ein multidimensionales

Armutskonzept und ein erweiterter Partizipationsbegriff hergeleitet werden. Der Armutsbegriff dieser Arbeit legt besonderen Wert auf die Handlungsfähigkeit von Armen. Er fasst Armut als komplexes Phänomen mit subjektiven, zeitlichen, räumlichen, materiellen, immateriellen, sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen auf. Armut wird dabei als Folge besonders krasser Formen geschlechtsspezifisch vermittelter horizontaler und vertikaler sozialer Ungleichheiten verstanden (Kreckel 1993). Die Handlungsspielräume in den Überlebensökonomien (Semsek, Stauth 1987) werden einerseits maßgeblich von den Mechanismen der stetigen Reproduktion sozialer Ungleichheiten bestimmt. Andererseits sind es auch die lokalen, individuellen Praktiken und Diskurse der AkteurInnen, die die konkrete Ausformung der Handlungsspielräume strukturieren. Soziale, symbolische, wirtschaftliche und politische Reproduktion sind innerhalb der Überlebensökonomien integriert und nicht voneinander getrennt, so die zentrale These. Überlebensökonomien und Partizipationsformen sind eng miteinander verbunden. Um diese Prozesse beschreiben zu können, wird ein erweiterter Partizipationsbegriff benutzt. Dabei verbinde ich die Ergebnisse modernisierungstheoretischer, transitionswissenschaftlicher, feministischer, soziologischer und ethnographischer Arbeiten miteinander. Daraus ergibt sich die Unterscheidung von makro-, meso- und mikropolitischer Analyse. Zudem begründe ich, warum ein erweiterter Partizipationsbegriff zur Anwendung kommen muss, wenn die Partizipationsformen Armer geschlechtsspezifisch erfasst werden sollen. Die Hypothese ist hier, dass insbesondere informelle Strukturen, die aus dem „privaten" Raum heraus entstehen, von armen Bevölkerungsgruppen zur Unterstützung ihrer Überlebensökonomien herangezogen werden. Netzwerke spielen als Ressource und Partizipationsform der Armen eine wichtige Rolle. Deshalb wähle ich in Anlehnung an die feministische Debatte einen Partizipationsbegriff, der die Teilhabe an sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen gleichermaßen umfasst und sich nicht auf konventionelle Partizipation allein beschränkt. Dieser Begriff kann auch kleinräumige Partizipationskontexte auf der Schnittstelle von Privat und Öffentlich erfassen und so insbesondere die Mechanismen der „selektiven Integration" von Frauen (Lenz 1997) offen legen. Er erweist sich als heuristisches Instrument fruchtbarer, als ein enger Partizipationsbegriff, der eine Trennung von so genannter sozialer und politischer Partizipation vornimmt.

Auf der Basis der theoretischen Grundlegung werden im zweiten Kapitel die Methoden der empirischen Untersuchung diskutiert und unter Rückgriff auf dekonstruktive sowie ethnographische Forschungsansätze ein feministisches Forschungsdesign entwickelt. Das Design verbindet politologische Fragestellungen mit qualitativen Methoden, um den methodologischen Rahmen einer mikropolitologische Ethnographie kritisch zu reflektieren. Die Wahl qualitativer Methoden beruht auf dem explorativen Charakter der Studie. Mit dem Interesse an den Partizipationsformen armer und verletzbarer AkteurInnen stehen informelle, individuelle und kollektive Phänomene auf der Mikroebene im Vordergrund, deren Untersuchung offener, flexibler und beobachtender Instrumente wie sie die qualitative Forschung bereitstellt, bedarf. Auch die komplexen Strukturen der Überlebensökonomien lassen sich sinnvoll nur durch qualitative und beobachtende Methoden erfassen. Die empirische Reichweite qualitativer Daten kann sich nur auf die von ihnen erfassten Fallbeispiele beziehen, ihre heuristische und hypothesen-generierende Qualität erlaubt es jedoch, darüber hinaus generalisierende Aussagen zu treffen.

Im dritten Kapitel wird die mikropolitische Armutsanalyse anhand der qualitativen Daten aus unterschiedlichen armen Stadtteilen entfaltet. Ich stütze mich dabei auf die von mir zwischen 1995 und 1998 in Kairo erhobenen Daten. Im Anschluss an das quantitative Armutsprofil Ägyptens werden die materiellen und immateriellen Dimensionen der Überlebensökonomien am Beispiel der vielfältigen Schnittstellen zwischen Mikro- und Makro-

ebene entwickelt. Das Ineinandergreifen von Überleben, Partizipation und Netzwerken in den kleinräumigen lokalen Strukturen der Haushalte und der unmittelbaren Nachbarschaft steht hier im Vordergrund. Auf der Mikroebene zeigen sich die Strukturen ungleicher und diskriminierender Geschlechterverhältnisse als dynamische Prozesse zwischen individueller Praxis und gesellschaftlichen Zuschreibungen. Gefragt wird, wie konventionelle, formelle und sichtbare Partizipationsformen mit unkonventionellen, informellen und unsichtbaren Handlungsstrategien armer und verletzbarer Gruppen verknüpft sind. Besonders wichtig sind bereits vorhandene familiäre, soziale und ökonomische Netzwerke, die Individuen und Haushalte zur Festigung ihrer Überlebensökonomien permanent aufbauen, erweitern und erhalten. Es zeigen sich konkrete Konturen des neuen von mir so bezeichneten „informellen sozialen Vertrags" zwischen Staat und Gesellschaft als Mechanismus der Inklusion der Armen. Sie sind gleichermaßen marginalisiert, wie auf vielfältige Weise mit dem Staat und seinen Institutionen verbunden, so die hier vertretene These.

Das vierte Kapitel schildert die makropolitischen Rahmenbedingungen für politische Partizipation. In Anlehnung an das Konzept der „strategischen und konfliktfähigen Gruppen" (Schubert et al. 1994) wird das politische System Ägyptens als anhaltend blockiertes und autoritäres Regime beschrieben. Eliten ebenso wie die breite Bevölkerung sehen sich einem System von Repression und Kooptation ausgesetzt, das zu einer starken Demobilisierung führt. Formale Partizipation wird durch anhaltend hohe Partizipationsbarrieren weitgehend verhindert oder zur leeren Inszenierung. Dies gilt insbesondere für Frauen, deren Partizipationsquoten aufgrund systematischer bürokratischer, gesetzlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung niedriger liegen, als die von Männern. Aufgrund der weitgehenden Ausschaltung der Opposition kann sich in Ägypten keine Form des „kompetitiven Klientelismus" (Berg-Schlosser 1994) etablieren, der die formale oder informelle Selbstorganisation der Armen fördert. Gleichzeitig haben sich auf der lokalen Ebene dennoch Handlungsspielräume für AkteurInnen ergeben, die sich durch informelle und „unsichtbare" kollektive und individuelle Partizipationsformen auszeichnen.

Die mesopolitische Analyse steht im fünften Kapitel im Vordergrund. Die Hypothese ist hier, dass die makropolitischen Partizipationsbarrieren auf die Mesoebene hinunterreichen. Ein Blick auf die informellen Strukturen der Mesoebene zeigt jedoch auch, dass unterschiedliche formale und informelle Organisationen eng miteinander verbunden sind und sich dadurch partizipatorische Handlungsspielräume ergeben. Dazu zählen unter anderem Migrantenvereine, traditionelle Solidaritätsnetze der *'asabiya*, moderne und traditionelle Notable, Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), die lokalen Parteiorganisationen, aber auch Polizei und Verwaltung. Das Funktionieren dieser Strukturen wird am Beispiel ausgewählter Stadtteile analysiert. Arme sind darin überwiegend durch ihre auf der Mikroebene aufgebauten Netzwerke klientelistisch integriert, so die Hypothese. Am Beispiel der Kommunalwahlen von 1997 zeigt sich auch, dass zunehmend unterschiedliche lokale AkteurInnen um die Ressourcen des Staates auf dieser Ebene konkurrieren. Das Feld der lokalen Politik ist diffus und nur oberflächlich durch die Hegemonie der Regierungspartei NDP bestimmt. Es handelt sich hierbei jedoch um eine Pluralisierung ohne Liberalisierung, wie die empirische Analyse nachweist. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch in einem anhaltend diskriminierenden Geschlechterregime, das die weitreichende Partizipation von Frauen auf der Makro- und Mikroebene verhindert.

In Ägypten der 1990er Jahre zeigt sich, so meine abschließende Annahme, ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Arme und verletzbare Gruppen nutzen die weitgehenden Handlungsspielräume in der Informalität, etwa beim informellen Bauen und unlizenzierten Handeln oder bei der illegalen Aneignung öffentlicher Ressourcen. Sie

bleiben dabei jedoch auf den Staat verwiesen, der, etwa bei Räumung informeller Siedlungen oder bei Razzien, gegen informelle Händler die Grenzen der Inklusion der „informal people" (Bayat 1997) einseitig bestimmt. Im neuen informellen sozialen Vertrag werden wohlfahrtsstaatliche Erwartungen auf ein Minimum reduziert. An die Stelle einklagbarer staatsbürgerlicher Rechte treten partikulare Mitwirkungsmöglichkeiten in den lokalen und nationalen Klientelnetzen, die das Regime nutzt, um weitergehenden Reformforderungen abzuwehren. Daraus entstehen erweiterte Handlungsmöglichkeiten für Arme und für lokale Eliten. Der Frage, ob damit auch eine Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse und eine Liberalisierung des politischen Systems verbunden ist, wird diese Arbeit im folgenden empirisch und theoretisch nachgehen.

I Zum Verhältnis von Armut und Partizipation

1 Die Vielschichtigkeit der Armutskonzeptionen

Die Frage, was Armut ist, welche Ursachen sie hat und wie sie am besten beschrieben und gemessen werden kann, wird kontrovers diskutiert. Soll sie absolut oder relativ definiert werden, ist sie Folge von so genannter Unterentwicklung oder von Marginalisierung, muss man sie als Nichterfüllung der Grundbedürfnisse verstehen oder vielmehr als Zeichen eines umfassenden sozialen und wirtschaftlichen Ausschlusses? Eine eindeutige Antwort auf diese Fragen gibt es nach Überzeugung der meisten ArmutsforscherInnen nicht (Hartmann 1985:169; Enderle 1987:16; Hatzius, Marggraf 1994:119; Schubert 1994:13; Berg-Schlosser et al. 2000; Deutscher Bundestag 2001:10). Daher arbeitet die Armutsforschung mit so unterschiedlichen Beschreibungsmodellen wie statistischen Armutslinien, Grundbedürfniskonzepten oder lebensweltlichen Ansätzen.

Die breit gefächerte wissenschaftliche Debatte über die Armut lässt sich grob in vier eng miteinander verbundene Themenkomplexe gliedern: Erstens die Auseinandersetzung mit den AkteurInnen, also den Motiven, Lebensumständen und Ressourcen der Armen selbst. Zweitens stellt sich die Frage nach den Armutsursachen und damit drittens auch nach Konzepten der Armutsbekämpfung. Ein viertes wichtiges Feld ist die Diskussion um Armutsdefinitionen und -messung. Abhängig davon, wo die Ursache für Armut angesiedelt wird, kommen die einzelnen Ansätze zu unterschiedlichen Antworten auf diese Fragen. So variieren Erklärungsmuster dahingehend, ob Armutsursachen eher im Menschen vermutet werden oder in systemischem Versagen. Ansätze lassen sich auch danach unterscheiden, ob Armutsmessung streng empirisch-statistisch ausgerichtet ist oder auch nicht in Zahlen fassbare Dimensionen der Armut beachtet. Strategien gegen die Armut können eher beim *empowerment* der Einzelnen ansetzen oder auf eine Veränderung der Produktionsbedingungen hinarbeiten.

Diese Arbeit argumentiert, dass eine auf die AkteurInnen orientierte qualitative Perspektive, die Armut als strukturell-systemisch verursachte Folge krasser sozialer Ungleichheit versteht, am ehesten geeignet ist, die Multidimensionalität von Armut zu erfassen. Diese Perspektive erlaubt es, materielle und immaterielle Ressourcen als wichtige Bestandteile von Überlebensökonomien in den Blick zu nehmen. Soziale Ungleichheit wird als institutionell, sozial und individuell produzierte und reproduzierte gesellschaftliche Struktur von Inklusion und Exklusion beschreibbar. Zur Entwicklung des multidimensionalen Armutsbegriffs orientiere ich mich an Ansätzen, die ein prozessuales, dynamisches und an den Handlungsspielräumen der Armen orientiertes Verständnis von Armut ermöglichen (Bourdieu 1993). Dabei verknüpfe ich die auf den Wohlfahrtsstaat bezogene Forschung (Lebenslagenansätze, dynamische Armutsforschung, soziale Ungleichheit, soziales Kapital) mit auf den Trikont orientierte Konzepte (Verletzlichkeit, Berechtigungsrelationen nach Sen, feministische Ansätze). Schon 1908 formulierte der Soziologe Simmel den Zusammenhang von gesellschaftlichem Kontext, Armutsdefinition und ethischem Imperativ der Armutsbekämpfung:

> „Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, daß er Unterstützung erhält, oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte. So ist [...] Armut nicht an und für sich als rein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der sozialen Reaktion, die auf einen bestimmten Zustand hin eintritt" (Simmel 1958:371 f.).

Für Simmel wird Armut nur aus ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext heraus verständlich (Schäfers 1992:107 f.). Insofern ist Armut ein materielles und soziales Phänomen und die Kategorie „arm" ein Produkt unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer und wissenschaftlicher Diskurse[3] und Repräsentationen über die Armut (Hauser, Neumann 1992:238; Schäfers 1992:112; Leisering 1993:488; Ireton 1998:3). Diese Diskurse sind nicht Spiegel in der Realität vorfindbarer „objektiver" Phänomene, sondern sie reflektieren, definieren und schaffen das Phänomen Armut auf je spezifische Weise (Weedon 1991:24 ff.; Ireton 1998:1). Sie sind direkt gesellschaftlich wirkungsmächtig, indem sie festlegen, was unter „Armut" politisch oder sozial zu verstehen ist. So entstehen legitime und dominante Konzepte von Armut, denen ein bestimmtes Menschenbild, eine spezifische Ursachenanalyse und daraus ableitbare Bekämpfungsmaßnahmen zugrunde liegen. Das Phänomen „Armut" wird in den jeweiligen politischen und sozialen Kontexten immer neu gesellschaftlich konstruiert und diskursiv reproduziert.

Ireton unterscheidet drei wichtige Produzenten gesellschaftlicher Diskurse über die „Armut": „populäre/spontane", „wissende" (moderne und traditionelle) und „präskriptive", die auf die Armutsbekämpfung gerichtet sind (Ireton 1998:3). Wissende Repräsentationen sind mit den präskriptiven Diskursen eng verbunden, da Messung und Beschreibung von Armut die Voraussetzung für die Entwicklung von Bekämpfungsstrategien darstellen (Leisering 1993:489). In historischer Perspektive erweisen sich zudem „traditionelle" Armutsrepräsentationen, die vor allem auf religiösen Diskursen beruhen, als wichtig, weil sie sozial und spirituell legitime Definitionen sind. „Spontane", bzw. lebensweltliche Repräsentationen, wie ich sie nennen möchte, greifen die Zuschreibungen der gesellschaftlich dominanten Diskursproduzenten auf, verändern sie, wider- oder entsprechen ihnen (Ireton 1998:4). Entsprechend entfalte ich im folgenden eine diskursanalytische Perspektive auf die Geschichte der Armut(sforschung) und ihre Konzepte, die die jeweils gängigen Perzeptionen über Arme in den politischen, ökonomischen und sozialen Diskursen der Institutionen und der Alltagswahrnehmungen aus geschlechtsspezifischer Sicht erfassen soll. Damit ist auch das methodologische Problem angesprochen, wie sich über „Arme" und „Armut" sprechen und schreiben lässt, ohne die homogenisierenden Festschreibungen historisch verankerter Diskurse zu wiederholen. Die methodologische Frage wird im Methodenkapitel in Auseinandersetzung mit der eigenen empirischen Praxis diskutiert. Die diskursanalytische Perspektive wird im folgenden Abschnitt aufgegriffen. Dort werden Grundstrukturen der wissenschaftlichen, präskriptiven und traditionellen Diskurse skizziert, um den Diskurshintergrund und das Repräsentationsmaterial der Armutsforschung zu erhellen.

1.1 Christliche, islamische und republikanische Armutsperzeptionen

Die Idee, dass Armut als gesellschaftliches Problem der staatlichen Steuerung bedarf, entstand im christlichen Europa spätestens im 16. Jahrhundert. Das Gesellschaftsverständnis, das vorher Arm und Reich als natürliche und gottgegebene Bestandteile der Gesellschaft integrierte, wurde durch die Konzeption der selbstverschuldeten Armut abgelöst (Schäuble 1984:95 ff.). Als Folge der Modernisierung der Wirtschaftsordnung, massenhafter Verarmung und Säkularisierung der christlichen Weltbilder wurde die Ent-

[3] Diskurse werden als „spezifische, gesellschaftlich ausdifferenzierte Formen der Wissensproduktion" verstanden (Keller 1997:312). Diskursanalyse fragt nach den Prozessen gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen, die nicht nur in der Sprache, sondern auch im Handeln wirkungsmächtig werden. Diskurse sind Arten der Wissenskonstituierung, ebenso wie die gesellschaftlichen Praktiken, die Formen der Subjektivität und die Machtverhältnisse, die den Wissensbereichen und den Beziehungen zwischen ihnen innewohnen (Weedon 1991:139; Keller 1997:313 ff.).

stehung und Funktion von Armut im 16. Jahrhundert auf neue Weise thematisiert (Geremek 1988:93 ff.). Armutsursachen wurden vom göttlichen Sinnzusammenhang auf das Verschulden des Individuums verlagert, die Spaltung von „würdigen" und „unwürdigen" Armen festigte sich, und Armutsbekämpfung wurde professionalisiert. Es bildeten sich zwei grundsätzlich verschiedene Diskurse über Armutsursachen: Armut durch vom Menschen nicht beeinflussbare Faktoren (Behinderungen, Missernten, familiäre Situation) und Armut als Folge individuellen „schlechten Charakters" oder „Arbeitsunwilligkeit". Mit diesen Erklärungsansätzen korrespondieren zwei entgegengesetzte Annahmen über den/die Arme/n selbst: Während die so genannte gute Arme versucht, ihr Schicksal mit Würde zu tragen und schamhaft darauf bedacht ist, ihr Elend dem Nicht-Armen nicht allzu schmerzhaft bewusst werden zu lassen, war der so genannte schlechte Arme ein schamloser Bettler, ein nutzloses, unwürdiges und parasitäres Element der Gesellschaft (Schäuble 1984:96; Geremek 1988:36; Karsch et al. 1992:12; Lautier, Salama 1995:247). Diese Dichotomisierung bildet den diskursiven Hintergrund für historische Armutsbekämpfungsstrategien durch staatliche und kommunale Instanzen. Sie stellten im Idealfall ein Minimum an Überlebenssicherheit her, knüpften diese aber an Bedingungen bzw. verbanden sie mit der Kriminalisierung und Verfolgung „schlechter Armut" (Geremek 1988:257 ff.). Auch moderne Armutsbekämpfungsstrategien sind in diesem Spannungsfeld von Wohlfahrt und Kontrolle angesiedelt (Ludwig 1996:69 ff.).

Ähnlich wie in den christlichen Armutsperzeptionen, spielen Barmherzigkeit und Hilfe in den islamischen Armutsdiskursen eine wichtige Rolle. Zentrale Pfeiler des islamischen Verständnisses von Armut sind zum einen die Überzeugung, dass Gott die Menschen unterschiedlich geschaffen hat und zum anderen die Glaubenspflicht zum Almosen (*zakat*). Jeder Muslim und jede Muslima ist verpflichtet, einen Teil ihres Einkommens für die Armen und Bedürftigen zu spenden (Houot 1998). Das Geben von *zakat* ist Teil der Ausübung der religiösen Pflichten. Art und Höhe des *zakat* sind im Koran und den Auslegungen der Rechtsschulen genauer spezifiziert.[4] In der frühen islamischen Theologie herrschte ein den christlichen Perzeptionen ähnliches Konzept der Komplementarität, das sich in den Begriffen von Armut, Rechten und Überschuss formulieren lässt (Bonner 1996:337). Der Unterschied liegt darin, dass den Armen in der islamischen Konzeption aus dem „Überschuss" der Reichen ein Recht auf Unterstützung und Almosen erwächst. Die islamische Theologie kennt dabei ebenfalls einen Unterschied zwischen absoluter Armut im Sinne eines physischen Existenzminimums (*hadd al-kafaf*) und relativer Armut im Sinne wandelbarer Grundbedürfnisse (*hadd al-kifaya*); (Houot 1998:2).

In den modernen islamischen Diskursen werden Armutsursachen in der strukturellen Ungerechtigkeit bestehender Gesellschaftsordnungen einerseits und in den schlechten Eigenschaften des Individuums andererseits angesiedelt. Armut ist die Folge sozialer Desintegration und eines individuellen Besitzstrebens oder eines krankhaften Materialismus. Armutsbekämpfung, die seitens des Staates und des Individuums als Teil der Glaubenspflicht zu Almosen verstanden wird, ist ein Mittel, um die Verbundenheit der Menschen untereinander zu stärken (Ireton 1998:6). Moderne *fatwas* (Rechtsgutachten) betonen die soziale und wirtschaftliche Verantwortung des Staates, indem sie das Profitstreben des liberalen Kapitalismus für das rasante Wachstum von Armut verantwortlich machen (Houot 1998:3 f.).

[4] Die Wurzel des arabischen Begriffs für Armut *faqara* wird 13 Mal im Koran erwähnt, es finden sich weitere Armutsbegriffe wie etwa *al-'a'il* – der Bedürftige, *as-sa'il* – der Bettler, *al-miskin* – der sehr bescheidene Arme, *al-mahrum* – der Frustrierte (Houot 1998:2).

In islamischen wie christlichen Diskursen über die Armut finden sich ähnliche Perzeptionen, auch wenn sie theologisch je unterschiedlich begründet werden. In diesen religiösen Diskursen lässt sich eine „Ökonomie der Barmherzigkeit" (Geremek 1988) zeigen, die der Armen bedarf, um sich zu konkretisieren. Die Idee der christlichen Nächstenliebe bzw. die Glaubenspflicht des *zakat* bilden den diskursiven Hintergrund für eine individuelle und institutionelle Praxis der Armutsbekämpfung. Die ägyptische Fallstudie wird zeigen, dass sich Arme und intermediäre AkteurInnen auf der lokalen Ebene gleichermaßen auf diesen diskursiven Hintergrund beziehen, der zum Bestandteil einer religiös legitimierten Rhetorik der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe wird. Durch den Bezug auf diesen Diskurs in Verbindung mit wohlfahrtsstaatlichen Ideen kann ein Rechtsanspruch auf Hilfe und Unterstützung konstruiert werden, der Arme aus der Position der schamvollen BettlerInnen entlässt.

Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist in seiner theoretischen Konstruktion lange an zwei Merkmale gebunden gewesen: Besitz und das männliche Geschlecht (Pateman 1994). Die oben skizzierte repressive Seite frühneuzeitlicher Armenpolitik spiegelt den Ausschluss der Armen durch konkrete Regelungen wie etwa die Regulierung von Ehe, Kleiderordnungen, Beschränkungen der Freizügigkeit oder der Entzug des Wahlrechts. So war auch das Männer-Wahlrecht in Preußen noch bis 1919 nach Eigentumsverhältnissen gestaffelt (Hoecker 1995:39). Der Diskurs über die strukturelle Politikunfähigkeit der Armen aufgrund ihres Mangels an materiellen Ressourcen knüpfte an die mittelalterlichen und neuzeitlichen Diskurse über die Gefährlichkeit der „schlechten" Armen und bildete ein weiteres Argument für den Ausschluss und die Kontrolle der Armen. Die politische Handlungsfähigkeit des „Pöbels" oder „Mob", der „schlechten Armen" wurde zudem als eruptiv und das Gesamtsystem gefährdend dargestellt.

Die neue Qualität der europäischen Armutsperzeptionen und Armutsbekämpfungsstrategien des 19. und 20. Jahrhunderts liegt in der engen Verknüpfung von StaasbürgerInnenstatus und Armutsbekämpfung. Voraussetzung für die Entstehung dieser Verknüpfung waren zwei Prozesse: Zum einen die massenhafte Verarmung weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung durch die Industrialisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts, die dazu führten, dass die vorhandenen Fürsorgestrukturen den Folgen der Pauperisierung nicht mehr gewachsen waren. Zum anderen erlaubte die wachsende Konfliktfähigkeit und Organisierung der arbeitenden Armen die Durchsetzung von Armutsperzeptionen, die Armut als soziale und politische Gefahr definierten. Gleichzeitig aber war der repressive Ausschluss wachsender Bevölkerungsgruppen mit den Gleichheitsidealen der bürgerlichen Revolutionen immer weniger in Einklang zu bringen (Leibfried, Tennstedt 1985a:71; Geremek 1988; Lautier, Salama 1995). Der „Widerspruch zwischen Republikanismus und sozialer Frage" (Lautier; Salama 1995:248) machte Armutsbekämpfung so als Bedingung der Möglichkeit der Ausübung von Bürgerrechten zu einer zentralen staatlichen Aufgabe.[5]

[5] Konnte Marx noch vom Arbeiter als „virtuellem Pauper" (Marx, Engels 1968:461 ff.; Vobruba 1985:48) sprechen, weil sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der LohnarbeiterInnen in der Frühphase der Industrialisierung nicht von denen der Armen unterschieden, wurden durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung ArbeiterInnen und Arme kategorial und politisch voneinander getrennt (Vobruba 1985:51; Pankoke, Sachße 1992:149). Die soziale Frage wurde für die Arbeiterschaft durch Absicherung entschärft, während für den nicht-integrierbaren Rest der nicht arbeitenden Armen auf das alte Konzept einer kontrollierend-repressiven Fürsorgepolitik zurückgegriffen wurde. Bettelei stand unter Strafe, Arbeitshäuser und auch der Verlust der politischen Rechte durch Fürsorgeabhängigkeit wurden aufrecht erhalten (Leibfried, Tennstedt 1985a:82).

1.2 Armut als Abweichung?

In der Armutsforschung neigen insbesondere Arbeiten, die Armutsursachen eher beim Individuum ansiedeln, zu Armutsperzeptionen im Sinne einer Spaltung von so genannten guten und bösen Armen. Dazu zählen Untersuchungen, die mit dem Ansatz der „Subkultur der Armut" (Lewis 1966) arbeiten, Studien, die sozialpsychologische Ursachen von Armut bearbeiten, sowie Untersuchungen über den Zusammenhang von Armut und „abweichendem Verhalten".[6] Am Beispiel der „Kultur der Armut" lässt sich zeigen, wie ein wissender Diskurs über die Armut Repräsentationen entwickelt, die armen Menschen bestimmte, meistens negative Eigenschaften zuschreiben, die als Argumente für den sozialpolitischen Rückzug und lebensweltliche Stigmatisierung dienen können. Zudem verschieben sich in dieser Argumentation häufig Armutsursachen und -folgen, wenn die angenommene Kultur der Armut zur einzigen Armutsursache erklärt wird.

Lewis zentrale These postuliert einen engen Zusammenhang von Kultur und Armut, nach der es überhistorische gemeinsame Kennzeichen einer „Subkultur der Armut" gibt, die Arme stetig reproduzieren, aber die gleichzeitig verhindert, dass Arme Wege aus der Armut finden (Lewis 1959; 1966; 1971). Lewis arbeitet insgesamt 70 Merkmale der „Kultur der Armut" heraus (Lewis 1971:49 ff.). So sind niedrige Löhne, chronische Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung die ökonomischen Kennzeichen der Kultur der Armut. Auf sozio-politischer Ebene bescheinigt er den Menschen im Slum Zynismus und Apathie, und beschreibt ihre Gefühle mit „Isolierung, Hilflosigkeit, Abhängigkeit und Unterlegenheit" (a.a.O.:52). Lewis materialreiche ethnographischen Familienstudien sind vor allem in den USA methodisch und theoretisch scharf kritisiert worden (Goetze 1992:89 ff.; Roy 1993:2679). Im Vordergrund stehen dabei neben den sozialpolitischen Implikationen sein diffuser Kulturbegriff und die Verwechslung von Armutsfolgen bzw. -ursachen mit der von ihm postulierten Kultur der Armut (Schäuble 1984:250 ff.; Goetze 1992:94).

In Verbindung mit dem heute in der amerikanischen Debatte sehr populären Konzept der *underclass* erlebt die so genannte Kultur der Armut eine Renaissance in der Armutsforschung, nachdem sie bereits wissenschaftliche und sozialpolitische Diskurse der sechziger Jahre dominierte (Gans 1992:50; Goetze 1992:97 f.; Wilson 1992; Katz 1993; Dangschat 1994:879; Mingione 1996). Auch im *underclass*-Ansatz werden kulturelle Haltungen und individuelles Verhalten zum gesellschaftlichen Marker einer (Klassen-)Grenze, die die Abkapselung vom Rest der Gesellschaft befördert und gleichzeitig die Ausgrenzung der Mitglieder der *underclass* begründet (Gans 1992:50; Goetze 1992:97 f.; Wilson 1992; Dangschat 1994:879). Entscheidend ist wie bei Lewis die intergenerationelle Verfestigung der Werte der *underclass*, die das Verlassen der Armut erschweren. Die Attraktivität des *underclass*-Konzepts besteht darin, dass es die Frage nach den Folgen ökonomischer Umstrukturierung mit der Frage nach den Formen städtischer, ethnisierter Armut in den Metropolen verbindet.

Die Einführung spatialer und kultureller Dimensionen in die Armutsdebatte ist ein Verdienst dieser kulturalistischen Ansätze. Die Erweiterung des materiellen Paradigmas in

[6] Mit dem Begriff des abweichenden Verhaltens wird das Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlich-normativ erwartbaren Handlungen und den tatsächlichen Handlungen von Menschen bezeichnet. Nachdem abweichendes Verhalten lange als pathologisch verstanden wurde, setzte sich in den siebziger Jahren die Auffassung durch, dass abweichendes Verhalten die notwendige Voraussetzung für gesellschaftlichen Wandel sei. Aufgrund seiner Normativität spielt das Konzept in der Gegenwartssoziolgie nur noch eine geringe Rolle, um Kriminalität, Drogenkonsum oder politisches Protestverhalten u.ä. zu erklären (Lamnek 1979).

der Armutsforschung um die subjektive, symbolische und kulturelle Ebene durch subkulturelle Ansätze ist ein wichtiger Schritt für die Entwicklung eines multidimensionalen Armutskonzepts. Gleichzeitig aber wird der Weg für sozialdarwinistische, rassistische und Armutsursachen einseitig beim Individuum verortende Ansätze gebahnt (Enderle 1987:144 ff.). Damit wird der/die Arme selbst und sein/ihr „abweichendes Verhalten", seine/ihre Zugehörigkeit zur „Kultur der Armut" oder zur *underclass* zum größten Hindernis der Armutsbekämpfung. Das Problem der Individualisierung oder Kulturalisierung der Armut liegt nicht in der Einführung dieser Aspekte in die Debatte, sondern darin, dass sie zumeist zu statischen, dekontextualisierten und ahistorischen Zuschreibungen und Festlegungen über „die Psyche" oder „den Charakter" der Armen führen. Wenn aber die Kultur und Charakter zur Armutsursache werden, muss die Armutsbekämpfung notwendig an der „Verbesserung" der einzelnen Armen ansetzen.[7] Der politische, ökonomische und gesellschaftliche Kontext von Armut und ihrer stetigen Reproduktion wird dabei ausgeblendet. Die kulturelle Dimension der Armut wird deshalb in dieser Arbeit aus der Perspektive der Armen selbst dargestellt, da ihre subjektiven Armutsperzeptionen die gesellschaftlich relevanten Konstruktionen von Armut aufnehmen und re-interpretieren. Kultur wird dabei nicht als materielles Phänomen aufgefasst, sondern als Ensemble diskursiv hergestellter legitimer Praktiken und Identitätskonstruktionen, die essentialistische Zuschreibungen im Sinne einer „Kultur der Armut" nicht zulässt (vgl. auch Kapitel 2).

1.3 Armut und Entwicklung: Absolute und relative Armut

Mit der Ablösung privater religiös motivierter Wohltätigkeit durch staatliches Handeln in verrechtlicher Form entstand ein neuer Informationsbedarf über die Armut (Lautier, Salama 1995:247). Das Zählen, Kategorisieren, Definieren und Unterscheiden der „wissenden" Diskurse wurde zur Grundlage „präskriptiver" Armutsdiskurse und wohlfahrtstaatlichen Handelns. Der Zusammenhang von politischen Vorgaben und wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse wird am Beispiel absoluter Armutsdefinitionen deutlich. Der Wunsch nach Festlegung eines überkulturell und überhistorisch gültigen physischen Existenzminimums war (und ist) den politischen Notwendigkeiten nationaler und internationaler Armutsbekämpfung geschuldet. Das bare Überleben scheint sich dabei in seiner Eindeutigkeit als absolute Armutsgrenze anzubieten.[8] Der englische Armutsforscher Rowntree hatte unter Zugrundelegung einer Mindestdiät, die in das für den Erwerb dieser Nahrungsmittel notwendige Einkommen umgerechnet und mit den Mindestkosten für Wohnen und Kleidung ergänzt wird, erstmals absolute Armut als Subsistenzminimum definiert (Rowntree 1901; v. Brentano 1978:14 ff; Sen 1982:11 ff.).[9] Seine Methoden sind in der modernen Armutsforschung verfeinert worden, aber das durch ihn entwickelte Grundprinzip der Bestimmung gilt nach wie vor.

[7] Damit sollen die psychischen Folgen materieller Armut nicht verharmlost werden, sie müssen jedoch in ihrem Kontext betrachtet werden, wie etwa bei Rabanal (Rabanal 1990).

[8] Booth, Rowntree und Naoroji gelten als die Begründer empirisch fundierter absoluter Armutsgrenzen (v. Brentano 1978; Schubert R. 1994:14). Booth' Studie „Life and Labour of the People in London" von 1889 untersucht Armutsgruppen in London und erarbeitet eine umfassende einkommensabhängige Klassifizierung der Armen in acht Gruppen (Booth 1889; Engels 1968; v. Brentano 1978:11 ff.). Naorojis Arbeit von 1901 analysiert die Lage der Armen in Indien (Naoroji 1901; Schubert R. 1994:14 f.).

[9] Rowntrees Studie „Poverty. A Study of Town Life" von 1901 basiert auf empirischen Untersuchungen in York, die auf die Festlegung einer exakten absoluten Armutslinie zielen. Rowntree führt bereits die Unterscheidung zwischen primärer und sekundärer Armut ein (Rowntree 1901; v. Brentano 1978:14 ff.; Enderle 1987:28 f.).

Dieses Armutsverständnis erhielt in den USA unter dem Vorzeichen des *war on poverty*[10] zwischen 1964 und 1966 als Festlegung eines angeblich objektiven absoluten physischen Existenzminimums als Maßgabe staatlicher Wohlfahrtspolitik neue Aktualität (Piven, Cloward 1977:270 f.; Schäuble 1984:39 ff.). Absolute Armutsdefinitionen bildeten auch den normativen Hintergrund für die Armutsbekämpfungspolitik der Weltbank in den Ländern des Südens, die 1973 durch den damaligen Weltbankpräsidenten McNamara initiiert wurde. An McNamaras Definition lassen sich die Schwierigkeiten einer Definition zeigen, nach der absolute Armut

> „durch einen Zustand solch entwürdigender Lebensbedingungen wie Krankheit, Analphabetentum, Unterernährung und Verwahrlosung charakterisiert [ist], daß die Opfer dieser Armut nicht einmal die grundlegendsten menschlichen Existenzbedürfnisse befriedigen können" (McNamara 1974:163 f.).[11]

Physische Folgen von Armut wie Unterernährung und Hunger können zwar durch medizinische und ernährungswissenschaftliche Kriterien international erfasst werden (Tetzlaff 1980). Über die Frage, was „die grundlegendsten menschlichen Existenzbedürfnisse" jenseits des physischen Überlebens ausmacht, besteht jedoch anhaltende Uneinigkeit. KritikerInnen des absoluten Armutsbegriffs betonen, dass die Festlegung eines Existenzminimums nur im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtzusammenhang sinnvoll geleistet werden kann (Karsch et al. 1992:6; Schubert 1994:13). Armut wird in absoluten Konzepten auf die physische Reproduktion des Menschen reduziert; die soziale, subjektive, kulturelle und politische Dimension von Armut bleibt ausgeklammert (Sautter, Serries 1993:41 ff.; Hatzius, Marggraf 1994:123 ff.). Relative Armutsdefinitionen setzen Armut dagegen direkt ins Verhältnis zu bestimmten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mindeststandards, deren Unterschreitung als Armut definiert wird. Relative Armut ist dann der

> „Mangel an Mitteln [...], die zur Sicherung des Lebensbedarfs auf dem jeweils historisch geltenden, sozialen und kulturellen, typischen Standard einer jeweiligen Gesellschaft beruht. Der normativ zu bestimmende Grad des Unterschreitens jener Standards wird dabei als Armutsgrenze definiert und kann als sozio-kulturelles Existenzminimum bezeichnet werden" (Hauser, Neumann 1992:246).

Der Vorteil relativer Armutsdefinitionen liegt darin, dass sie Armut im gesellschaftlichen Kontext erfassen und damit Auskunft über Verteilungsungerechtigkeiten in einer Gesellschaft geben. Aber auch relative Armutsdefinitionen arbeiten überwiegend mit rein mate-riellen Indikatoren, vor allem Einkommensgrößen, deren Festlegung ebenso normativ ist, wie die eines physischen Existenzminimums (Leisering 1993:499 ff.; Ludwig et al. 1995:25).[12] In der entwicklungspolitischen Debatte hat sich das Konzept der Grundbe-

[10] Verschiedene WissenschaftlerInnen hatten auf die große Zahl der Armen im Wohlstand der USA der sechziger Jahre hingewiesen und ein Armutsbekämpfungsprogramm gefordert. 1964 initiierten die US-Bundesbehörden den „war on poverty", der sich auf die Förderung der individuellen Möglichkeiten der Armen und den Aufbau eines minimalen Wohlfahrtsnetzes konzentrierte (Harrington 1964; Piven, Cloward 1977:270).

[11] Zusätzlich unterschied McNamara primäre Armut im engeren Sinne, die sich auf die Nichtabsicherung der physischen Existenz bezieht und sekundäre Armut, die dann vorliegt, wenn rechnerisch ausreichende Einkommen dennoch nicht zur Überlebenssicherung ausreichen (Hatzius, Marggraf 1994:131). Absolute Armut im weiteren Sinne erfasst die Nicht-Erfüllung eines sozio-ökonomischen Existenzminimums in Anlehnung an ein Grundbedürfniskonzept (Sautter, Serries 1993:11, Schubert R. 1994:14). Hatzius und Marggraf sprechen außerdem von tertiärer Armut, womit sie soziale Isolation und Desintegration aufgrund ökonomischer Benachteiligung umschreiben (Hatzius, Marggraf 1994:131 f.).

[12] Relative Armutsdefinitionen reflektieren gesellschaftliche Strukturen, müssen aber mit Indikatoren zur absoluten Armut verbunden werden, damit auch Aussagen zur Armutstiefe gemacht werden können (Hatzius, Marggraf 1994:123). Wenn z. B. alle EinwohnerInnen eines Landes Einkommenseinbußen von 50% hinnehmen müssen,

dürfnisse[13] durchgesetzt, das absolute und relative Merkmale verbindet. Dabei werden harte oder *first-floor needs*, die die physischen Überlebensbedingungen umfassen und weiche oder *second floor needs* unterschieden.[14] Grundbedürfnisansätze müssen jedoch auch normative Mindeststandards für das kulturell und kontextabhängig jeweils unterschiedlich verstandene sozio-ökonomische Existenzminimum festlegen (Hatzius, Marggraf 1994:126). Zudem dominieren in der entwicklungspolitischen Armutsdiskussion und -messung die harten Grundbedürfnisse im Sinne einer absoluten, materiellen Armutsdefinition.

Der in den sechziger und siebziger Jahren entbrannte Streit über die Vor- und Nachteile dieser beiden Konzepte kann in dem Sinne aufgelöst werden, dass eine umfassende Armutsdefinition relative und absolute Komponenten enthalten muss. Relative Komponenten gewährleisten Kontextualität und erlauben, Armut nicht allein als materiellen Mangel aufzufassen. Andererseits muss, gerade wenn das physische Überleben bedroht ist, eine quantitative Armutsdefinition diesem Umstand auch gerecht werden können, wie Sen betont (Sen 1982:17). Beide Konzepte beziehen sich auf die materiellen, in Geldwerten messbaren Dimensionen der Armut, deren gesellschaftliche und politische Kontexte meist nicht beachtet werden. Der Unterschied liegt in der Antwort, die sie auf den Widerspruch von sozialer Frage und politischer Inklusion geben. Absolute Armutsdefinitionen führen zu Armutsbekämpfungspolitiken, deren Ziel der Erhalt des gesellschaftlichen Status Quo ist, da als nicht-arm gelten muss, wer über Einkommen oberhalb der absoluten Armutslinie verfügt. Daraus lässt sich aber nicht ableiten, dass diesen Nicht-Armen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Relative Armutsbegriffe tragen den Anspruch eines gesellschaftlichen Gleichwerdens in sich, indem sie Armut zum Reichtum ins Verhältnis setzen. Sie ermöglichen damit zumindest theoretisch die Forderung nach Umverteilung, die absolute Armutsbegriffe nicht erheben können. In der vorliegenden Arbeit wird in Anbetracht der hier verfolgten Fragestellungen und der bisher dargestellten Kritik an quantitativen Armutskonzepten ein qualitativer Armutsbegriff entwickelt, der die unterschiedlichen Dimensionen der Armut besser erfassen kann. Da ich mich dabei an ein Konzept sozialer Ungleichheiten anlehne, orientiert sich der Armutsbegriff an einem qualitativen Verständnis relativer Armut.

---

dann bleibt der Anteil der relativ Armen gleich, obwohl sich das Gesamteinkommensniveau drastisch gesenkt hat. Außerdem können relativ Arme auch bei großer Verteilungsungerechtigkeit über noch ausreichende Ressourcen zur Überlebenssicherung verfügen oder, im umgekehrten Extremfall, kann das Einkommen auf niedrigem Niveau gleich verteilt sein, so dass es zwar keine (relativ) Armen gibt, aber alle hungern (Sautter, Serries 1993:11 ff.).

[13] ILO und UNRISD präsentierten eine Liste von insgesamt 73 Grundbedürfnissen, die auf ein sehr weitreichendes Armutsverständnis weist, und materielle sowie nicht-materielle Bedürfnisse des Menschen einschließt. „Die Erfüllung der Grundbedürfnisse bedeutet die Deckung des privaten Mindestbedarf einer Familie an Ernährung, Unterkunft, Bekleidung. Sie umfaßt ferner die Inanspruchnahme lebenswichtiger Dienste wie die Bereitstellung von gesundem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Transportmitteln, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, und das Erfordernis, daß für jede arbeitsfähige und arbeitswillige Person eine angemessen entlohnte Arbeit zur Verfügung steht. Schließlich sollte sie auch die Erfüllung mehr qualitativer Bedürfnisse erfassen: Eine gesunde, humane und befriedigende Umwelt, sowie die Beteiligung des Volkes an Entscheidungen, die sein Leben und seinen Lebensunterhalt sowie seine individuellen Freiheiten betreffen" (ILO 1976:7).

[14] „Second floor needs" umfassen u.a. menschenwürdige Arbeitsbedingungen, politische Partizipation, soziale Sicherheit, Freiheit, Geborgenheit, Selbstwertgefühl, Kommunikation, Erholung und Unterhaltung (Hatzius, Marggraf 1994:125 ff.; Schubert 1994:15 ff.). Harte Grundbedürfnisse werden über ein Mindesteinkommen zur Deckung der Kosten für überlebensnotwenige Nahrungs- und Konsumgüter kalkuliert, dessen Unterschreitung als Armut gilt, während für die weichen Grundbedürfnisse eine Operationalisierung weitgehend fehlt.

1.4 Armut und Internationalisierung

Präskriptive und wissende Armutsdiskurse scheinen sich im historischen Verlauf stetig zu internationalisieren und zu globalisieren. War die Armenpflege in der frühen Neuzeit noch überwiegend individuell und kommunal geregelt, so vollzog sich im 18. und 19. Jahrhundert die enge Anbindung der Armutsfrage an nationalstaatliches Handeln. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebte die Ausdehnung nationaler Zuständigkeiten auf internationale Organisationen und globale Entwicklungsstrategien. Die Strukturen der unterschiedlichen Diskurse über die Armut bleiben, sichtbar oder verdeckt, auch in den modernen Repräsentationen weitgehend erhalten. Zwar lässt sich eine zunehmende Ausdifferenzierung von Armutsbegriffen und Bekämpfungsstrategien sowie eine stetig wachsende Fülle von Informationen und Beschreibungen verzeichnen. Doch die oben diskutierte Verbindung von Massenarmut, Staatshandeln, Kontrolle, politischer Exklusion und Gefährdung durch Armut wird in den internationalisierten Diskursen wieder aufgenommen. Die Zuschreibungen negativer Eigenschaften im Sinne der „gefährlichen Armen" wird so auf „arme Staaten" ausgedehnt. Ebenso wie die „gefährlichen Armen" den sozialen Frieden und die politische Stabilität gefährden, scheinen „arme gefährliche Staaten" die postkoloniale Machtbalance zu gefährden (Schubert 1994:34).

Mit dem Ende der Kolonialherrschaft des Nordens über den Süden und der damit einhergehenden Neuformulierung, wenn auch nicht Neustrukturierung, des Verhältnisses zwischen postkolonialen Staaten und den ehemaligen Kolonialmächten entsteht „Entwicklungspolitik" als Folge dieser Reformulierung (Rist 1997; Schulz 1997; v. Braunmühl 1998:78 ff.). Mit ihr wird Armut zunächst als krisenhafte Erscheinung und später als Strukturdatum von so genannter Unterentwicklung zum Thema entwicklungspolitischer Diskurse (Nohlen, Nuscheler 1992; Tetzlaff 1995; Kossaifi 1996; Rist 1997). Die theoretischen Auseinandersetzungen der „Entwicklungspolitik" zwischen Modernisierungs- und Dependenztheorien orientieren sich an der Frage nach den Armutsursachen, wie sich beispielhaft am Konzept der Marginalität zeigen lässt (Bennholt-Thomsen 1979:45; Nickel 1987:306).[15]

In seiner modernisierungstheoretischen Lesart der sechziger Jahre wurde der Begriff „Marginalität" als unvollständige Modernisierung bestimmt. Armutsbekämpfung wurde hier mit sich vervollständigender kultureller und wirtschaftlicher Modernisierung, d.h. Kapitalisierung gleichgesetzt. Dependenztheoretische AutorInnen verstanden Marginalität hingegen als Prozess, der auf die Gesetzlichkeit der kapitalistischen Akkumulation, nämlich die Produktion einer industriellen Reservearmee, zurückgeführt wurde (Sotelo 1973:104 ff.; v. Brentano 1978:6 ff.; Bennholt-Thomsen 1979:47). Marginalität bezog sich auf den strukturellen Ausschluss so genannter überflüssiger Arbeitskräfte, die durch Modernisierung und Industrialisierung freigesetzt wurden und diesen Mangel an existenzsichernder Arbeit durch unterbezahlte sporadische Lohnarbeit, selbst geschaffene Beschäftigungen und nicht-entlohnte Subsistenzarbeit ausgleichen (Cordova 1973; Quijano 1974; Bennholt-Thomsen 1979). Armut wird entsprechend als Folge von Dependenz und als Kennzeichen von Marginalität verstanden.

Die Debatte um Marginalität als Folge, notwendige Etappe und/oder Funktion kapitalistischer Entwicklung in abhängigen Ökonomien gibt den Blick auf die lokale Folgen

[15] Als marginalisiert wird heute im Sinne einer relativen Armutsdefinition allgemein der Teil der Bevölkerung verstanden, „dem bestimmte Zugehörigkeits-, Teilhabe- und Verfügungschancen (zur Befriedigung von Grundbedürfnissen) versagt sind oder vorenthalten werden, die dem übrigen Teil der Gesellschaft zu Gebote stehen" (Nickel 1987:307). So verwendet, bedeutet Marginalität als relative Armut soziale Ungleichheit oder Deprivation.

globaler und nationaler ökonomischer Transformationsprozesse frei. Insbesondere für die Analyse der strukturellen Veränderungen der Erwerbsarbeit und den sich daraus ergebenden sozialen und politischen Ausschlüssen sind Konzepte wie Marginalität oder Peripherisierung in den wissenschaftlichen Armutsdiskursen der späten neunziger Jahre als „Metaphern der sozialen Transformation" wieder gebräuchlich geworden (Kronauer 1997:31). Quer zu bekannten Formen des Ausschlusses scheint sich eine neue Gruppe von Marginalisierten, die der „Überflüssigen" zu bilden (Bude 1998; Steinert 2000).

Doch ist die Bestimmung von Marginalität aufgrund der Position der/des Einzelnen am Arbeitsmarkt bzw. innerhalb des Produktionsprozesses für den hier verfolgten Zusammenhang zu einseitig auf die ökonomische Seite der Armut gerichtet (Bude 1998; Steinert 2000).[16] Problematisch ist außerdem, dass im Begriff der Marginalität die angebliche politische, soziale und ökonomische Randständigkeit der Armen eingeschrieben ist, während Arme hier als mit dem Gesamtsystem vernetzt und in diesem Sinne eben nicht als randständig verstanden werden sollen. Dementsprechend nutzt diese Arbeit das analytische Anliegen des Konzepts „Marginalität", sucht es aber mit weiter gefassten Ansätzen wie „sozialer Ungleichheit" begrifflich zu umschreiben.

Die präskriptiven Armutsdiskurse der Gegenwart werden stark durch die institutionalisierte Entwicklungspolitik und ihre internationalen und nationalen Agenturen von der Weltbank über die Kirchen bis hin zu NGO geprägt. Sie bilden ein nationales und internationales *poverty business* konkurrierender Institutionen, Verteilungsinstanzen und Politikberatungsorganisationen. Die diskursiven Prioritäten wechselten dabei von *trickle-down* Effekten beschleunigten Wachstums, über den Kampf gegen die absolute Armut zu den Grundbedürfnissen und von dort zu *good governance*, Nachhaltigkeit, weitgehender Liberalisierung und Strukturanpassung bis zum *empowerment* (Boekh 1992; Hirtz et al. 1992:324; Menzel 1992; Tetzlaff 1992b; Bohnet, Schaefer 1994; Rist 1997:162 ff.; Schulz 1997; Betz, Brüne 1999; Tetzlaff 2000; Wolff 2000).

Seit den 80er Jahren ist Strukturanpassung zum Paradigma der Entwicklungspolitik geworden (Tetzlaff 1996:17; v. Braunmühl 1998:83 ff.). Als Reaktion auf die Kritik an den sozialen Folgen der Strukturanpassung, die oft mit einer Verschärfung der Armut einhergeht, sind Weltbank und IWF Mitte der neunziger Jahre dazu übergegangen, Armutsbekämpfung und Strukturanpassung stärker zu verbinden (Ferroni 1992; Monbart 1992; Weltbank 2002). Viele KritikerInnen bezweifeln, dass mit der doppelten Strategie von Investitionen in das Humankapital und die stärkere Einbindung in die Märkte Armut tatsächlich gelindert werden kann (Rodgers 1995:20; Kossaifi 1996).

Mit der Hinwendung zu Grundbedürfnisstrategien durch die Arbeit der ersten Weltfrauenkonferenz und der sich dann anschließenden Weltfrauendekade zwischen 1975 und 1985 gerieten Frauen, ihre besondere Betroffenheit von Armut und Unterentwicklung und ihr Beitrag zum Überleben in den Blick der entwicklungspolitischen Debatte (Lachenmann 1997; v. Braunmühl 1998:87 ff.; Ruppert 1998a:14 ff.). Doch trotz der Entdeckung der Frauen für die Entwicklungspolitik zeigt sich in den neunziger Jahren eine Tendenz zur „Feminisierung der Armut" (Klemp 1992:301; Schubert 1994; Wichterich 1995:19 f.). Feministische Wissenschaftlerinnen konnten zeigen, dass die internationale Strategie der anpassenden Modernisierung und Monetarisierung der Ökonomien des Südens insbesondere für Frauen der unteren Klassen sehr ambivalente Folgen hatte. Frauen sind aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen

[16] Zwar wird die Ursache für die Entstehung solcher Produktionsverhältnisse analysiert, die Verbindung marginaler und formaler Arbeitsverhältnisse und die nicht-materielle Dimension der Armut bleiben aber weitgehend ausgeklammert (Nickel 1987:314).

Geschlechterverhältnisse dabei oft einem besonderen Armutsrisiko unterworfen, während sie gleichzeitig entscheidende Beiträge zum Überleben ihrer Familien leisten (Boserup 1982; Hasenjürgen, Preuß 1993; Korayem 1994; Wichterich 1995; Singerman, Hoodfar 1996). So hat sich die Arbeitslast von Frauen erhöht, ihr relativer Zugang zu Wirtschaftsressourcen hat abgenommen, ihr Gesundheitszustand und ihre Ernährungs- und Bildungssituation haben sich verschlechtert (Klemp 1992:301; Wichterich 1995:16; Hoodfar 1997; Ruppert 1998a:10).

> „In der Tat haben sich alle OECD-Länder zu Beginn der neunziger Jahre in die von der Weltbank konzipierte Strategie der Armutsbekämpfung eingeordnet, deren Kern in der marktförmigen Selbstorganisation der globalen Exklusion besteht. Ein Anschluß der Masse der Bevölkerung an globale Wachstumsstrategien ist dort weder theoretisch noch praktisch mitgedacht" (v. Braunmühl 1998:99).

Weder in den dominanten Diskursen der modernen Entwicklungspolitik noch in den historischen Prozessen Europas geht bzw. ging es also primär um eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums. Der alte Widerspruch zwischen sozialer Frage und politischer Repräsentation wurde in Europa durch die Erkämpfung politischer Rechte, auf die die schrittweise Etablierung sozialer Rechte gefolgt ist, aufgelöst. Der Staat wird zum Garanten des zur Ausübung des BürgerInnenstatus notwendigen materiellen und sozialen Minimums (Leibfried, Tennstedt 1985a; Lautier, Salama 1995).

In den Ländern des Südens hingegen (und zunehmend auch im Norden) gilt insbesondere seit den neunziger Jahren das Dogma, dass dem Markt eine stärkere Gerechtigkeitskraft zuzutrauen sei als staatlicher Umverteilung (Lautier, Salama 1995:253; Rist 1997:213 ff.). An die Stelle sozialstaatlicher Entwürfe tritt so – auch in Ermangelung der materiellen Ressourcen, die für den Aufbau und Erhalt sozialer Sicherungssysteme nötig wären – die Vision einer umfassend kapitalisierten und marktförmigen Ökonomie als angemessene Reaktion auf Armut.

Aus diskursanalytisch-historischer Perspektive lassen sich zusammenfassend folgende Trends der Armutsforschung festhalten. Erstens werden Geschlechterverhältnisse in fast allen Konzepten – mit Ausnahme der neueren feministischen Forschung – vollständig ausgeblendet. Zwar werden Frauen oft als besonders von Armut betroffen beschrieben, doch zumeist werden Funktion und Einfluss unterschiedlicher Geschlechterregime für die Konturen von Armut nicht mit einbezogen. Demgegenüber wird hier Geschlecht als Strukturkategorie begriffen.

Zweitens dominieren materielle Faktoren bei der Beschreibung, Definition und Erklärung von Armut. Armut wird als Mangel an materiellen – vor allem geldlichen – Mitteln verstanden. Das ägyptische Beispiel konkretisiert die Grenzen dieser materiellen Armutsdefinitionen. Solche Konzepte leiden an einer strukturellen Eindimensionalität, die die Analyse von Armut als Prozess und das Verständnis von armen Menschen als rationalen, handlungsfähigen AkteurInnen ihrer Lebenswelt blockiert.

Drittens hat sich im Bereich der Armutsursachen, mit Ausnahme modernisierungstheoretischer, sozialpsychologischer und subkultureller Ansätze, die Armut auf die mangelnde individuelle Akkulturationsfähigkeit der Armen zurückführen, ein überwiegend strukturelles Verständnis durchgesetzt.

Mit der einseitigen Beschränkung auf die materielle Dimension verbindet sich viertens häufig eine Annahme über die beschränkte politische Handlungsfähigkeit von Armen. Arme werden in diesen Ansätzen tendenziell depersonalisiert, Armut wird zu einem Zustand des materiellen Mangels, der die subjektive, geschlechtliche, soziale, politische und symbolische Dimension von Armut ausschließt. Arme werden vorwiegend als Opfer gesehen, entweder der ökonomischen Struktur oder ihrer mangelnden Ressourcenausstat-

tung. Ohne den nachweisbaren Ausschluss armer Gruppen aus politischen Institutionen und das Fehlen überlebenssichernder Ressourcen als Kernbestandteil von Armut zu vernachlässigen, geht es hier in Erweiterung der analytischen Perspektive der Armutsforschung darum, Arme als handelnde AkteurInnen im Spannungsfeld von Überlebenssicherung und politisch-ökonomischer Transformation und nicht allein als macht- und wehrlose Opfer globaler Umstrukturierungsprozesse zu begreifen. Geschlecht wird in dieser Perspektive zur Strukturkategorie, da Armut als krasse soziale Ungleichheit immer auch geschlechtsspezifisch vermittelt ist.

2 Armut im Kontext – der multidimensionale Armutsbegriff

Armut und die politische Handlungsfähigkeit armer Menschen können mit eindimensionalen, auf materielle Aspekte fixierten Armutsbegriffen nicht angemessen erfasst werden. Deshalb wird im nun folgenden Abschnitt eine Kontextualisierung der unterschiedlichen Dimensionen von Armut als Form krasser sozialer Ungleichheit skizziert. Auf der Akteursebene von Armut werden Aspekte von Rationalität, Subjektivität und Geschlecht verknüpft. Auf der strukturell-systemischen Ebene geht es mit Mies um den geschlechtsspezifisch differenzierten Ressourcenzugriff, der sich vor dem Hintergrund eines Konzepts sozialer Ungleichheit nach Kreckel entfaltet. In Anlehnung an Sens *entitlement*-Ansatz können so Prozesse der institutionellen Reproduktion von Armut ebenso in den Blick genommen werden, wie die individuellen Tauschberechtigungsrelationen. Nicht-materielle Ressourcen, die Sens Konzept nicht beachtet, lassen sich in Anlehnung an Bourdieus Kapitalienkonzept erfassen.

Mit diesem multidimensionalen Armutsbegriff wird Armut als widersprüchliches Phänomen zwischen politisch-sozialer Exklusion und Inklusion, zwischen Res- sourcenmangel und kreativer Ressourcennutzung, zwischen Marginalität und Ver- netztheit sichtbar. Armut hat diesem Verständnis nach materielle und immaterielle, individuelle und strukturelle, geschlechtliche, politische und soziale Dimensionen. Armut und die individuellen und kollektiven Überlebensstrategien, die sie hervor- ruft, sind in öko-no-mische, politische und soziale Prozesse eingebettet. Sie kön- nen nicht unabhängig von den jeweiligen lokalen und nationalen politischen Systemen verstanden werden und ihre Dynamik wird von internationalen Strukturen mitbe- stimmt.

2.1 Die strukturelle Dimension der Armut

Ausgehend von seiner Kritik an der vertikalen Logik der Ungleichheitsforschung[17] entwickelt Kreckel eine Theorie vertikaler und horizontaler, nationaler und globaler Ungleichheiten, die er mit der Metapher von „Zentrum und Peripherie" erfasst (Kreckel 1992:17 ff., 39 ff.). Er betont, dass Menschen, Gruppen und ganze Gesellschaften sich in einer „peripheren Lage" befinden können, die durch den institutionalisierten oder gewaltsamen „Ausschluß von den jeweils dominierenden Machtressourcen sowie von der mangelnden Möglichkeit, Fähigkeit oder Bereitschaft zur Bildung von Gegenmacht" geprägt ist (a.a.O.:44). Mit dem Zentrum-Peripherie-Modell, das an die Begrifflichkeiten der Dependenztheorie anschließt, ist es möglich, die Verflechtung der unterschiedlichen Ebenen und oft widersprüchlichen Konstellationen sozialer Ungleichheiten zu erfassen. An die Stelle der einfachen und eindeutigen Zuordnung vertikaler Ungleichheiten (Arbeit und Kapital) treten interdependente, dynamische Abhängigkeits- und Machtverhältnisse (Cyba 1995). Kreckel unterscheidet zwei Formen sozialer Ungleichheiten: distributive und relationale (Kreckel 1992:20). Verteilungsungleichheiten liegen immer dann vor, wenn

> „die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern in dauerhafter Weise eingeschränkt sind und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden" (a.a.O.).

[17] Vgl. zur Ungleichheitsforschung v. Brentano 1978:24 ff.; Kreckel 1983; Hartmann 1985:170; Giesen, Haferkamp 1987; Hauser, Neumann 1992:251 ff.; Kreckel 1992; Dangschat 1994:876 ff.; Müller, Wegener 1995; Dietz 1997, Alisch, Dangschat 1998.

Damit erfasst Kreckel die ungleiche Verteilung der beiden Ressourcen materieller Reichtum und Wissen. Beziehungsungleichheiten liegen vor, wenn die von Individuen, Gruppen oder Gesellschaften

> „innerhalb eines gesellschaftlichen oder weltweiten Strukturzusammenhanges eingenommenen (erworbenen oder zugeschriebenen) Positionen mit ungleichen Handlungs- und/oder Interaktionsbefugnissen oder -möglichkeiten ausgestattet sind [...]" (a.a.O.).

So werden Abhängigkeits- und Herrschaftsbeziehungen sowie Prozesse sozialer Diskriminierung beschrieben. Die privilegierte Aneignung der den Ungleichheitsdimensionen zugeordneten Tauschmedien „Geld", „Zeugnis", „Zugehörigkeit" und „Rang" wird „von der geltenden Prestigeordnung legitimiert und von der Rechtsordnung legalisiert" (a.a.O:86). Zur Aufrechterhaltung sozialer Anerkennung von Ungleichheiten als legitim muss, so Kreckel, ein ideologischer Konsens hergestellt werden (a.a.O:91). Dieser Konsens kann mit Gramsci als Hegemonie verstanden werden, als eine Herrschaftsstruktur, in der Machtverhältnisse nicht allein durch Gewalt und ökonomische Strukturen, sondern auch durch spezifische sozio-kulturelle Strukturen aufrechterhalten werden, die diesen Konsens erst ermöglichen (Gramsci 1994; Borg 2001).[18]

Diese Aufgabe übernimmt in den Industriegesellschaften der Staat in Form eines institutionalisierten, verrechtlichten Zwangsmechanismus, der über die bestehende Rechtsordnung und ihre Interpretation umgesetzt wird (Kreckel 1992:20). Die von Kreckel formulierte „politische Soziologie der Ungleichheit" fragt danach, inwieweit „die jeweils herrschenden Rechtsverhältnisse eine Stütze und Widerspiegelung der bestehenden Ungleichheitsverhältnisse sind, und welche gesellschaftlichen Kräfte und Gegenkräfte dabei zusammenwirken" (a.a.O.:92).[19] Besonders krasse Formen der Ungleichverteilung von Gütern und Handlungsspielräumen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Chancen und Lebensbedingungen der dadurch diskriminierten Gruppen oder Gesellschaftssegmente können also als Armut gekennzeichnet werden. Ein solches Verständnis sozialer Ungleichheit erlaubt es, den Mangel materieller und immaterieller Ressourcen als Bestandteile der Überlebensökonomien in den Blick zu nehmen. Soziale Ungleichheit wird als institutionell, sozial und individuell produzierte und reproduzierte gesellschaftliche Struktur von Inklusion und Exklusion beschreibbar. Sie ist Produkt menschlichen Handelns.

Kreckels Ansatz muss m. E. um zwei wichtige Aspekte ergänzt werden. Zum einen um eine präzisere Begrifflichkeit für die Erfassung distributionaler Ungleichheiten und zum anderen um die Strukturkategorie Geschlecht. Das vom Entwicklungsökonomen Sen entwickelte Konzept der Berechtigungsrelationen *(entitlement)* kann als Versuch gelesen werden, die eben in Kreckels Terminologie vorgestellten institutionellen und politischen Rahmenbedingungen in die Armutsanalyse systematisch einzubetten. Sens Ansatz verbindet die Grundannahme einer stratifizierten Gesellschaft mit einer Analyse der rechtlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ausgestaltung von Tausch- und Kaufbeziehungen. Armut, ihre Aufrechterhaltung oder ihr Entstehen im Angesicht reichlich vorhandener Ressourcen wird so in den Kontext der Verfügungsmacht des einzelnen Individuums

[18] Der herrschenden Gruppe gelingt es dabei, ihre eigenen Interessen als allgemeine darzustellen, indem die Interessen der Unterdrückten zumindest teilweise einbezogen werden. Dazu sind sowohl materielle als auch immaterielle Ressourcen wichtig, die dann erfolgreich wirken, wenn es gelingt, die bestehende soziale Ordnung als legitime zu etablieren, also wenn sie als „Alltagsverstand" auftritt. (Gramsci 1994; Borg 2001:16 f.).

[19] Kreckel bettet die Ungleichheitsdimensionen in ein Konzept sozialen Handelns ein, das materielle, etwa bei „Arbeit", und symbolische Aspekte, etwa bei „Interaktionen" hat. „Soziales Handeln ist symbolisches Handeln, insofern es als ein an Werten, Normen, Institutionen, Rollenerwartungen u.ä. sinnhaft orientiertes und durch Sprache strukturiertes intentionales Verhalten aufgefaßt werden kann" (Kreckel 1992:76).

gestellt (Sen 1982:45,162; Enderle 1987:44 ff.; Tetzlaff 1996:164).[20] Nach Sen verfügt jedes Individuum in einer gegebenen Ökonomie über Eigentumsbündel und daraus ableitbaren Tauschberechtigungen. Die Eigentumsbündel beruhen auf den vier Basis-*entitlement*s der Verfügungsmacht über Arbeitskraft, Produktionsmöglichkeiten, Handels- und Erbmöglichkeiten (Sen 1982:2). Ihre Menge oder Art variieren je nach Position des Individuums in der Gesellschaft. Die Tauschberechtigungsfunktion hängt von den jeweils gegebenen Produktions- und Handelsmöglichkeiten, Arbeitsmarktbedingungen, dem eventuellen Anspruch auf staatliche Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit, dem Vorhandensein eines sozialen Sicherungsnetzes oder auch der Steuerpolitik ab (a.a.O.:4 f., 46 f.). Das Konzept der Berechtigungsrelationen nimmt also die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des Überlebens in den Blick. Der Staat und seine Institutionen werden damit als wichtige Akteure in der Regulation und Reproduktion von Armut fassbar. Sen beschränkt sich auf die materielle und messbare Seite von *entitlement*s: illegale Aneignungmethoden wie Plünderung und Diebstahl, nicht-verrechtliche Transfers wie etwa karitative Hilfe, Entscheidungsfehler beim Einsatz von Ressourcen und der willentliche Verzicht auf *entitlement*s sind in diesem Modell nicht enthalten (a.a.O.:45). Insbesondere illegale und informelle Aneignungsmethoden sind aber, wie die empirische Analyse zeigen wird, für die Stabilität der Überlebensökonomien wichtig, ebenso wie der Faktor karitative Hilfe. Mechanismen der politischen und sozialen Inklusion bzw. Exklusion werden ebenfalls nicht ausdrücklich einbezogen, müssten aber in Form „partizipativer *entitlements*" integriert werden, etwa im Sinne von Elwert et al., die Arme als „Ungesicherte" definieren (Elwert et al. 1983). Ähnlich argumentiert Chambers im Konzept der Verwundbarkeit, das Armut in den Kontext von grundlegender, gesellschaftlich induzierter Instabilität und Unsicherheit stellt (Chambers 1989).

Armut als krasse Form sozialer Ungleichheit ist zudem geschlechtsspezifisch strukturiert, was jedoch in der Literatur nur selten systematisch bearbeitet wird (Elson 1992; Pfaff 1992; Sørensen 1992; Stewart 1992; Sparr 1994; Blumberg et al. 1995; Cyba 1995; v. Braunmühl 1998; Ruppert 1998a; Wichterich 1998). In der feministischen Debatte hat sich eine Perspektive auf den Zusammenhang von Armut und Geschlecht etabliert, die „Produktions- und Reproduktionssphäre, Klasse und Geschlecht, Patriarchat und Kapitalismus als nicht aufeinander reduzierbare, wohl aber als aufeinander bezogene Dimensionen" begreift (Cyba 1995:163). Drei Aspekte der Analyse der „doppelten Vergesellschaftung" von Frauen sind dabei von besonderer Bedeutung (Becker-Schmidt 1987). Erstens die Relevanz der unbezahlten Haus- und Subsistenzarbeit der Frau als Basis und Voraussetzung der Lohnarbeit. Zweitens die Struktur der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die den Marktzugang von Frauen beeinflusst. Und drittens der oft ignorierte Beitrag der Frauen zur Entwicklung und zum Überleben (Elson 1992:48 f.; v. Braunmühl 1998:82 ff.; Wichterich 1998:185; Mies 2001).

Bennholt-Thomsen stellte bereits 1979 die These auf, dass die Existenz nichtentlohnter oder niedrigst bezahlter Arbeitskraft zentraler Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise ist, indem genau diese, zumeist von Frauen verrichtete, unbezahlte Subsistenzarbeit die billige Reproduktion der (männlichen) Arbeitskraft ermöglicht (Bennholt-Thomsen 1979:69 ff.). Sie weist auf die strukturelle Ähnlichkeit marginaler Tätigkeiten und der Hausfrauenproduktion als nicht oder schlecht bezahlter, minimal

[20] In seiner Analyse verschiedener Hungersnöte in Asien und Afrika stellte Sen fest, dass diese nicht auf den plötzlichen Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen sind, sondern auf den politisch definierten, ungleichen rechtlichen Zugang sozialer Gruppen zu Land, Wasser, Arbeitseinkommen und anderen Überlebensressourcen (Sen 1982:45). Armut und Hunger sind demnach nicht Folgen unzureichender Ressourcen, sondern beruhen auf der unzureichenden Verfügungsmacht (*entitlement*) über einkommensschaffende Faktoren.

sozial honorierter und als Ressource naturalisierter Arbeit hin (Bennholt-Thomsen 1979; Bennholt-Thomsen et al. 1983; Elwert et al. 1983:284; Wichterich 1998:186). Bennholt-Thomsen et al. beschrieben den Prozess der sukzessiven Entwertung der Subsistenzwirtschaft im Prozess der Modernisierung und Kapitalisierung als „Hausfrauisierung" und entwickelten eine subsistenztheoretische Kritik an Kapitalismus und Patriarchat, die die Unsichtbarmachung von Reproduktionsarbeit kritisiert (Mies 2001).[21] Die Unterbewertung und Nichtbeachtung von Subsistenz- und Hausarbeit führt nicht nur zu einer statistischen Fehlbewertung gesamtgesellschaftlich geleisteter Arbeit. Sie übersieht auch, dass die Rolle der Frau als Reproduzentin ihre Chancen als Produzentin auf dem Arbeitsmarkt maßgeblich beeinflusst (Owoh 1995:183 ff.; Wichterich 1998:190 ff.). Hier liegen die Ursachen für distributionale und relationale Ungleichheiten, von denen Frauen überproportional häufig betroffen sind. Die geschlechtliche Arbeitsteilung, die ihnen diese Rollen und Aktivitäten zuweist, und die damit verbundenen Frauen- und Männerbilder sind dabei je gesellschaftsspezifisch ausgeprägt.

Die angebliche Wertneutralität ökonomischer Modelle von Entwicklung und Ressourcenallokation wird dadurch stark in Frage gestellt, da sie auf einer grundlegenden Fehleinschätzung der Arbeitsformen und -leistungen von Frauen beruhen. Denn die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Machtstruktur der Geschlechterregime führen zu unterschiedlichen Reaktionen auf ökonomischen und politischen Wandel, die in ihrer Differenziertheit und Widersprüchlichkeit in die Analyse eingehen müssen (Elson 1992:58). Geschlecht wird damit zur Strukturkategorie, um die unterschiedlichen Dimensionen der sozialen Ungleichheit differenziert betrachten zu können (vgl. Grafik S. 47).[22]

2.2 Die Akteursdimension der Armut

Die immateriellen Ressourcen, die Kreckel allgemein in der Ungleichheitsdimension „Wissen" zusammenfasst, lassen sich mit Hilfe der Bourdieuschen Begrifflichkeit präziser fassen. Nach Bourdieu verfügt jedes Individuum innerhalb einer Gesellschaft in einem „sozialen Feld" über jeweils unterschiedlichen Zugriff auf soziales, symbolisches, kulturelles und materielles Kapital (Bourdieu 1983; 1985). Durch die Überführung immaterieller Werte in die Begrifflichkeiten der materiellen Wertanalyse gelingt es Bourdieu, die Verausgabung von Zeit und Energie zur Reproduktion sozialen und symbolischen Kapitals als produktive Arbeit und zentralen Bestandteil von sozialen Tauschbeziehungen zu erfassen. Alle sozialen Beziehungen eines bestimmten sozialen Feldes werden in Bourdieus „soziokultureller Klassentheorie" (Müller H.-P. 1986:162) zu Tauschbeziehungen. Der Tausch und die Akkumulation ökonomischen Kapitals macht aber nur einen Teil gesellschaftlicher Prozesse aus (Bourdieu 1983; Müller H.-P. 1986:165; Budde 2000). Hinzu tritt das kulturelle, das symbolische und das soziale Kapital eines Individuums, das eng mit seiner Verfügungsgewalt über ökonomisches Kapital verknüpft ist. Bourdieu versteht unter sozialem Kapital

[21] Der Subsistenzansatz der Bielefelderinnen Mies, v. Werlhof und Bennholt-Thomsen hat zu erheblichen innerfeministischen Debatten geführt, die hier nicht ausführlich dargestellt werden können. Zentrale Kritikpunkte am Konzept von Mies et al. sind die undifferenzierte Subsumierung sehr unterschiedlicher Produktionsverhältnisse unter den Begriff der Subsistenz und die essentialistische Aufladung der Subsistenz als feministische und frauenspezifische Alternative zum Kapitalismus (Treibel 1993a; Wichterich 1998:186 ff.).

[22] Dafür ist die genaue Beachtung der Mikroebene der Haushalte, auf der sich die Macht- und Verteilungsverhältnisse in ihren Folgen für die Armut konkretisieren, besonders wichtig. So betrachten viele ökonomische Modelle die zentrale Mess- und Verteilungseinheit Hauhalt als *black box* homogener AkteurInnen und Strukturen. Dahinter steht die empirisch widerlegte Konstruktion des Haushalts als harmonischer, machtfreier und gerechter Verteilungsinstanz (Blumberg 1989:181; Klemp 1992:297; Sparr 1994:15 ff., Elson, Catagay 2000).

> „die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind" (Bourdieu 1983:190).

Soziales Kapital beruht auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe und zeigt sich in Form eines Beziehungsnetzes, das

> „das Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien [ist], die bewußt oder unbewußt auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen" (a.a.O.:192).

Dieses Netz stützt sich etwa auf Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, aber auch auf Arbeitszusammenhänge, die auf „unaufhörliche[r] Beziehungsarbeit in Form von ständigen Austauschakten" beruht (a.a.O.:193). Die Menge des sozialen Kapitals bestimmt sich somit einerseits aus der Größe und Mobilisierbarkeit des Beziehungsnetzes und andererseits aus dem Umfang der anderen (kulturellen und ökonomischen) Kapitalien, die ein Individuum und die Mitglieder seines Netzes besitzen (a.a.O.:191). Bourdieu hebt hervor, dass soziales Kapital einen „Multiplikatoreffekt auf das tatsächlich verfügbare Kapital" ausübt (a.a.O.). Es kann nicht ausschließlich als Summe des vorhandenen kulturellen und ökonomischen Kapitals eines Menschen begriffen werden, ist aber auch nicht unabhängig davon zu sehen. Bourdieu zeigt, dass die in den Netzen etablierten Tauschbeziehungen die Anerkennung „eines Minimums von 'objektiver' Homogenität" unter den Beteiligten voraussetzt (a.a.O.). Die Aufarbeitung der empirischen Untersuchungen der Politikformen der Armen wird zeigen, dass gerade arme und verwundbare Menschen oft große Anstrengungen unternehmen, um soziale Netze aufzubauen, deren Nützlichkeit in der Heterogenität der Kapitalverfügung liegt. Gleichzeitig kann der Mangel an ökonomischem Kapital den Ausschluss aus Netzwerken bewirken bzw. sie in ihren Handlungsmöglichkeiten schwächen (Budde 2000). Die Umwandlung von sozialem in ökonomisches Kapital verlangt eine spezifische Arbeit, nämlich die „scheinbar kostenlose Verausgabung von Zeit, Aufmerksamkeit, Sorge und Mühe" (Bourdieu 1983:196 f.), also die Erfüllung langfristig nützlicher Verpflichtungen in Form von beispielsweise Geschenken und Gefälligkeiten. Diese Form des Tausches schließt, anders als ökonomische Transaktionen, „Kalküle und Garantien explizit [aus]" (a.a.O.). Darin liegt das besondere Risiko sozialer Beziehungsnetze, die

> „Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien [sind], die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen" (a.a.O:192).

Das empirische Material der Arbeit entfaltet die Risiken und Voraussetzung der Konvertierungsarbeit, die je geschlechtsspezifisch in den Netzwerken der Mikro- und Mesoebene geleistet wird. Arme sind besonders auf diese Formen der Akkumulation nicht-materieller Ressourcen angewiesen.

Kulturelles Kapital hingegen geht mit einer stärkeren Institutionalisierung etwa in Form von Schulbildung und akademischen Titeln einher. Es ist stetig und kann laut Bourdieu in drei Formen existieren: erstens als „inkorporiertes", also verinnerlichtes und damit personengebundenes Kapital im Sinne eines Habitus (a.a.O.:185 ff.). Zweitens als „objektiviertes", als „Ensemble von Kulturgütern" wie Bilder, Bücher oder Instrumente (a.a.O.:185, 188 f.) oder drittens als „institutionalisiertes" Kapital in Form von akademischen und schulischen Titeln (a.a.O.:189). Kreckel hatte kulturelles Kapital als zentralen Wert und das „Zeugnis" als Medium der distributiven Ungleichheitsdimension „Wissen" gekennzeichnet (Kreckel 1992:86). Bourdieu zeigt, wie die unterschiedlichen Erscheinungsformen kulturellen Kapitals mit je unterschiedlichen Reproduktions- und Konversionsmechanismen verknüpft sind (a.a.O.:190). Der Begriff des symbolischen Kapitals wird

von Bourdieu nicht eindeutig verwendet, manchmal gilt er als eigene Kategorie im Sinne von Ehre oder Prestige, dann wieder ist „symbolisches Kapital" der Sammelbegriff für die gesellschaftlich legitimierten Prestigewirkungen der anderen Kapitalsorten (Bourdieu 1985:724). Ähnlich kennzeichnet Kreckel die Prestigeordnung als „ideologische Sekundärdimension" als Querschnittskategorie (Kreckel 1992:87 ff.). Ich verwende den Begriff im Sinne von Ehre und Prestige. Aus dem unterschiedlichen Zugriff verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf die Kapitalsorten in Verbindung mit weiteren Indikatoren wie Alter, Geschlecht und Nationalität leitet Bourdieu eine strukturalistische Klassentheorie ab, die innerhalb einer Gesellschaft Ober-, Mittel- und Unterschichten voneinander unterscheidet (Müller H.-P. 1986:171).[23]

Bourdieus Unterscheidung sozialen, kulturellen und symbolischen Kapitals ermöglicht es, die individuelle Ausstattung mit überwiegend immateriellen Ressourcen mit den Armutsperzeptionen einzelner AkteurInnen zu verbinden. Die subjektive Dimension der Armut und der Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen bestimmen unter anderem die Einschätzungen von Handlungsmöglichkeiten. Arme sind nicht nur passive RezipientInnen gesellschaftlicher oder wissenschaftlicher Diskurse über die Armut, sondern die Bandbreite dessen, was Armut bedeuten kann, ist Gegenstand sozialer Aushandlungsprozesse, an denen arme wie nicht-arme Individuen gleichermaßen beteiligt sind. Aus der Beschäftigung mit den individuellen Interpretationen der eigenen Lebensgeschichte erwachsen die Konturen autochthoner Konzepte der Armut, die, anders als viele wissenschaftliche Diskurse, einen umfassenden Armutsbegriff skizzieren. Die persönliche Perzeption der eigenen Situation, die sich in diesen Konzepten spiegelt, stellt ein entscheidendes Moment im individuellen und kollektiven Handeln dar. Sie reflektiert die gesellschaftliche Strukturiertheit individuellen Handelns. Damit schließe ich auch an die Diskussion über Deprivation an, die aus sozialpsychologischer Sicht die subjektive Wahrnehmung von Armut schilderte (v. Brentano 1978; Townsend 1979:248 ff, 1173 ff.; Hauser, Neumann 1992:243). Auch das Lebenslagenkonzept[24] setzt bei den Handlungsspielräumen und -möglichkeiten der einzelnen AkteurInnen in Bereichen wie Versorgung und Einkommen, Partizipation oder Lern- und Erfahrungsspielräume an (Hauser, Neumann 1992:246; Hanesch 1995). Das Lebenslagenkonzept dynamisiert den Armutsbegriff. Dieser Aspekt wird auch von den VertreterInnen der „dynamische Armutsforschung" mit der These der „Verzeitlichung und

[23] Diese von Bourdieu als soziale Klassen gekennzeichnete Schichten lassen sich aufgrund gleicher Kapitalmengen und -zusammensetzungen unterscheiden. Der soziale Raum, innerhalb dessen sich die Mitglieder einer bestimmten sozialen Klasse bewegen, wird dabei vertikal durch die Gesamtmenge an Kapital und horizontal durch die Gegenüberstellung von kulturellem und ökonomischem Kapital bestimmt (Bourdieu 1985:725 ff.; Müller H.-P. 1986; Bourdieu 1987; Dangschat 1994:876; Bourdieu 1996:18 ff.). Zusätzlich strukturiert sich der soziale Raum noch durch eine dritte Dimension, die Zeit, die lebenslaufspezifische Umsetzung und Anhäufung von sozialem und kulturellem Kapital, die einer Dynamik unterliegt (Bourdieu 1996:190 ff.). Innerhalb dieser Struktur ist Bourdieus Habitus-Konzept verortet. Im Habitus formieren sich, abhängig von der Klassenposition und der sozialen Position, Lebensstile und Distinktionsmechanismen.

[24] Der Lebenslagenansatz entstand in kritischer Distanz zum so genannten „Ressourcenansatz", der sich ausschließlich mit den materiellen Aspekten von Armut befasste. Historisch schließt der Ansatz an die Deprivationskonzepte der 60er Jahre an, ergänzt und erweitert sie (Plum 1988; Hauser, Neumann 1992:243; Hanesch 1995). Der Ansatz fragt nicht nach den vorhandenen Ressourcen, sondern nach dem tatsächlichen Umgang und der tatsächlichen Versorgungslage der Person, da aus einer bestimmten Menge materieller Ressourcen nicht immer eine bestimmte Versorgung abgeleitet werden kann (Hanesch 1995:11).

Heterogenisierung der Armut" betont (Leisering 1993:499 ff.; Buhr 1995; Ludwig et al. 1995:31; Ludwig 1996).[25]

Es wird also davon ausgegangen, dass Arme, wie andere soziale AkteurInnen auch, innerhalb gegebener Kontexte rational handeln. Das Beharren auf einem Begriff von „rationalem Handeln" ist der Versuch, sich von den gängigen Diskursen und Stereotypen der handlungsunfähigen und chaotischen Armen abzugrenzen. „Rationales Handeln" der Armen zu untersuchen, bedeutet dabei nicht, allein Rationalität im Sinne der *„rational choice"* zuzulassen. Ansätze der *rational choice* erklären menschliches Handeln als permanente Nützlichkeitserwägung (Przeworski 1991; Bos 1996:87 ff.; Merkel 1996:314 ff.; Sauer 1997:227). Rationales Handeln ist das des Homo Oeconomicus, dessen Entscheidungen auf individuellen Kosten-Nutzen-Analysen beruhen. Der soziale Kontext, interne Machtverhältnisse oder die Rolle von Institutionen werden bei der Analyse bestimmter Entscheidungen nicht mit einbezogen. Der Individualismus der *rational choice* kann zudem nicht erklären, warum Menschen manchmal Dinge tun, die ihrem eigenen Nutzen offensichtlich widersprechen. Aus einer kontextualisierten Perspektive wird deutlich, dass der eigene Nutzen gegen andere, immaterielle Güter wie etwa Solidarität, die Einhaltung eines gemeinsamen Ethos, der Bezug auf eine gemeinsame Armutsperzeption abgeschätzt werden kann. An die Stelle atomisierter nutzenorientierter Individuen tritt so ein Konzept kontextualisierter Handlungsspielräume.

[25] Der von einer Bremer Forschungsgruppe entwickelte Ansatz arbeitet mit dem Sozialhilfebezug als Armutslinie und analysiert den zeitlichen Aspekt von Armut, wobei Arme ausdrücklich nicht als Opfer, sondern als in ihrer Situation aktiv Handelnde beschrieben werden (Leisering 1993:499 ff.; Buhr 1995; Ludwig et al. 1995:25; Ludwig 1996).

2.3 Der multidimensionale Armutsbegriff

- Armut bedeutet mehr als den Mangel an existenzsicherndem Einkommen. Armut soll als gesellschaftliches Phänomen verstanden werden, dessen unterschiedliche historische und aktuelle Formen im Zusammenhang mit den lokalen, nationalen und globalen ökonomischen und politischen Strukturen stehen. Armut kann so als krasse Ausprägung geschlechtsspezifisch vermittelter distributionaler und relationaler sozialer Ungleichheiten definiert werden. Armut wird als dynamischer Prozess der stetigen Reproduktion von Unsicherheit und Verwundbarkeit verstanden.

- Zentral für die Handlungsfähigkeit armer und verletzbarer Gruppen ist ihr Zugriff auf Ressourcen. Der multidimensionale Armutsbegriff nimmt den Zugang zu Prozessen der Ressourcenallokation auf materieller und immaterieller Ebene gleichermaßen wahr und durchbricht dadurch die Dominanz des materiellen Paradigmas in der Armutsforschung. Konkret bedeutet das, dass Armut in geschlechtliche, soziale, politische, räumliche und ökonomische Prozesse und Beziehungen eingebettet ist, die jeweils den Zugang zu sozialen, symbolischen, kulturellen und materiellen Kapitalien strukturieren.

- Als Reaktion auf Unsicherheit und Verwundbarkeit stabilisieren Arme ihre Überlebensökonomien durch die Kombination möglichst vielfältiger materieller und immaterieller Ressourcen (Elwert et al. 1983:285). Dabei spielt die unbezahlte Subsistenz- und Reproduktionsarbeit von Frauen eine entscheidende Rolle für die Absicherung der Überlebensökonomien. Diese unterschiedlichen Ressourcen werden individuell und kollektiv kombiniert, erweitert, reproduziert und neu geschaffen, um das Überleben zu sichern. Materielle Ressourcen sind dafür unbestritten wichtig, aber eng mit der Akkumulation immaterieller Ressourcen verbunden. Dementsprechend hat die materielle Ressourcensicherung immer auch eine soziale und politische Dimension.

- Um die Verbundenheit und das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Dimensionen der Armut und der Ressourcenzugriffe zu operationalisieren, wird hier in Anlehnung an Semsek und Stauth von „Überlebensökonomien" gesprochen (Semsek, Stauth 1987). Der Begriff der Überlebensökonomien soll verdeutlichen, dass Arme als rational handelnde AkteurInnen in die lokalen und nationalen Prozesse der Ressourcenallokation eingebunden sind, die weit über die Mikroebene der Haushalte hinausreichen. Die soziale, symbolische, wirtschaftliche und politische Reproduktion wird innerhalb der Überlebensökonomien integriert und nicht voneinander getrennt. Das bedeutet auch, dass beispielsweise Überlebensökonomien und Partizipationsformen eng miteinander verbunden sind. Im Begriff der Überlebensökonomie wird so auch eine Verknüpfung von struktureller und handlungsorientierter Perspektive gewährleistet. Er dient außerdem dazu, die Aktivitäten der Armen aus dem engen Horizont der so genannten Überlebensstrategien herauszulösen.

3 Armut und politische Partizipation

Im vorherigen Abschnitt wurde deutlich, dass die historisch tief verwurzelte Unterscheidung von „guten" und „schlechten" Armen weitreichende Konsequenzen für Aussagen über die politische Handlungsfähigkeit der Armen hat. Zwar sind durch die Koppelung von sozialer Frage und Republikanismus im 19. und 20. Jahrhundert soziale Abfederungsmechanismen an die Stelle von Repression und Exklusion gegenüber Armen getreten, doch die historischen Stereotype über Arme sind damit nicht aufgehoben. So nutzen in der Armutsforschung einige Ansätze politische und soziale Partizipation als Indikatoren von gesellschaftlicher Inklusion bzw. Exklusion, doch überwiegen dabei Konzeptionen, die Ausschluss und Marginalität der Armen hervorheben (Bennholt-Thomsen 1974; Karsch et al. 1992; Nohlen, Nuscheler 1992). So auch in der Partizipations- und Transitionsforschung, die, wenn sie sich überhaupt mit Nicht-Eliten beschäftigt, die Partizipationsformen der Armen tendenziell als deviant, abweichend und destabilisierend auffasst (Lewis 1959; Huntington, Nelson 1982; Schubert 1994). Dies gilt mit Ausnahme jener Gegenposition, die insbesondere in Armen ein hohes revolutionäres und damit partizipatorisches Potential sieht, diese Verhaltensformen aber zumeist in den Kategorien von Protest und Widerstand denkt (Engels 1968; Piven, Cloward 1977; Scott 1985; 1990; Bayat 1997). Die vorliegende Arbeit versucht, die Partizipationsweisen armer und verletzbarer Gruppen im Zusammenhang ihrer Überlebensökonomien ohne stabilitäts- oder revolutionsorientiertes Werturteil zu erfassen.

Dazu wird im folgenden ein offener, alltagsweltlicher Partizipationsbegriff als heuristisches Konzept empirisch hergeleitet. Da insbesondere partizipatorische Demokratiekonzepte solche offenen Begriffe anbieten, ist darin auch eine normative demokratietheoretische Positionierung einbegriffen, die im Rahmen dieser Arbeit aber nur sehr vereinfachend entwickelt werden kann. Die hier gewählte grobe Unterscheidung von instrumentellen und normativen Demokratiebegriffen ermöglicht eine idealtypische Erhellung grundlegender theoretischer Entscheidungen, die die heuristischen Möglichkeiten der im folgenden vorgestellten empirischen Arbeiten zu Partizipationsformen armer und verletzbarer Gruppen beeinflussen (Kaase 1981; Guggenberger 1995; Schmidt 1996). Schultze unterscheidet instrumentelle Partizipationsbegriffe, die auf einem Modell von „Demokratie als Schutz" beruhen, und normative Partizipationsbegriffe, die aus einem Modell der „Demokratie als Partizipation" hergeleitet werden (Schultze 1995:397). Während das funktionale Modell Demokratie als Schutz vor Übergriffen des Staates auf die Rechte und Freiheiten der BürgerIn definiert und dementsprechend instrumentelle Partizipationsvorstellungen impliziert, beruht das normative Demokratiemodell auf dem Verständnis, dass Demokratie möglichst umfassende und gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Partizipationsmöglichkeiten gewährleisten sollte (Vilmar 1986:339; Schultze 1995:397). Dem funktionalen Demokratiemodell lassen sich grob elitäre und repräsentative Demokratietheorien zuordnen. Partizipation als Mittel der Kontrolle politischer Herrschaft durch die BürgerInnen beschränkt sich wesentlich auf den Wahlakt (Zimpel 1970:23; Schultze 1995:398; Nord 1997:8 ff.). Funktionale Demokratiemodelle bestimmen Demokratie als politische Ordnung und Methode der Herrschaftslegitimierung. Demokratie wird damit zu einer besonderen Methode der Interessenvermittlung und der Austragung gesellschaftlicher Konflikte, die durch Repräsentation und Institutionalisierung der Partizipation gelöst werden (Schultze 1995:397 f.). Dieses Partizipations- und Demokratieverständnis liegt den meisten Arbeiten der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung und der von ihnen entwickelten Taxonomien von Partizipationsformen zugrunde und zieht sich auch durch die Transitionsforschung.

Normative Demokratiemodelle und insbesondere die partizipatorischen, feministischen und radikaldemokratischen grenzen sich von der Partizipationsskepsis liberaler und elitärer Demokratietheorien ab, indem sie Partizipation als zentralen Mechanismus und Wert einer demokratischen Gesellschaft einfordern (Schultze 1995:397; Seemann 1996; Holland-Cunz 1998:107 ff.; Abels, Sifft 1999). Demokratie wird so zur gesellschaftlichen Lebensform und Partizipation zum Mittel der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche im Sinne umfassender und gleicher Teilhabe (Pateman 1974:42 ff.; Vilmar 1986; Phillips 1991:38 ff.; Barber 1994; Schmidt 1995:169 ff.; Holland-Cunz 1998:139 ff.).

> „ein solcher normativer Partizipationsbegriff ist konsensorientiert, kommunitär und expressiv: Motiv für die Beteiligung sind nicht allein [...] die individuelle Bedürfnisbefriedigung und Interessensdurchsetzung; vielmehr dient der Akt der Beteiligung auch und insbesondere der Integration in die jeweilige Gemeinschaft [...]. Die praktische Erfahrung des (alltäglichen) Zusammenhandelns gewährleistet aber v.a. die notwendige Erziehung zu demokratischem und bürgerschaftlichem Handeln" (Schultze 1995:398).[26]

Insbesondere normative Demokratiemodelle setzen sich mit der oben bereits diskutierten Problematik der Verbindung von sozialen und politischen Rechten der BürgerInnen auseinander. So formuliert Scharpf:

> „Ein System, das aktive politische Beteiligung grundsätzlich zuläßt und zugleich die sozio-ökonomische Unterschicht weitgehend davon ausschließt, bleibt unter demokratisch-egalitären Kriterien immer angreifbar" (Scharpf 1973:118).

Der Widerspruch zwischen Republikanismus und sozialer Frage wird so zu einem zentralen Problem von Demokratie als umfassender Gesellschaftsform.[27] Innerhalb der Partizipationsforschung werden, ausgehend von einem instrumentellen Partizipationsverständnis, unterschiedliche kategoriale Zuordnungen von verfasster versus unverfasster, konventioneller versus unkonventioneller, legaler versus illegaler und direkter versus indirekter Partizipation vorgenommen (Kaase 1983:321; Uehlinger 1988; Kaase 1993:429; Hoecker 1995:17 ff.).[28] Die Differenzierung von verfasster und unverfasster Partizipation wurde durch die offenere Unterscheidung von konventioneller und unkonventioneller Partizipation, die zudem kein stabilitätsorientiertes Werturteil ablegt, ergänzt (Barnes et al. 1979). Konventionelle Partizipation umfasst das Wahlverhalten, politische Interessiertheit, Partei- und Verbandsmitgliedschaften und andere auf Institutionen bezogene Handlungen, die „auf die Auswahl von politischem Personal und dessen Handeln gerichtet sind" (Kaase 1987:365). Dazu zählen auch die Teilnahme am Wahlkampf, die Einflussnahme auf PolitikerInnen und Verwaltung, das Führen politischer Gespräche und/oder die Rezeption politischer Nachrichten (Verba et al. 1978:46; Barnes et al. 1979). Zur unkonventionellen Partizipation werden Streiks, Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen, Unterschriftensammlungen u.ä. gezählt, also solche Partizipationsformen, die sich in Nichtübereinstimmung mit Gesetz und Gewohnheiten von Partizipation in einem bestimmten politischen System befinden. Auch unkonventionelle Partizipation bezieht sich als „institutionell nicht verfaßte unmittelbare Einflußnahme auf den politischen Prozeß" auf den Staat und seine

[26] Zur Kritik an diesem Modell siehe Lindner (1990) und Schmidt (1995:169 ff.).

[27] Das zeigt sich insbesondere am so genannten „sozio-ökonomischen Standardmodell" der Partizipation. Dieses Modell besagt, dass Menschen mit höherem sozialen und ökonomischen Status über ein größeres Partizipationsinteresse, vielfältigere Partizipationsformen und -kanäle verfügen. Sie können erfolgreicher ihre Partizipationschancen nutzen (Verba et al. 1972:125 ff.; Kaase 1981:365 f.; Hoecker 1995:19; Schultze 1995:403).

[28] Verfasste Partizipation umfasst alle legalen, verfassungsmäßig abgesicherten Partizipationsformen, also vor allem Wahlen. Nicht verfasste Partizipation umfasst die Mitarbeit in Interessengruppen und Initiativen, Verbänden, Gemeindearbeit, Bürgerforen oder Protestaktionen (Kaase 1993:429). Quer dazu wird zwischen direkter und indirekter Partizipation unterschieden.

FunktionsträgerInnen (Hoecker 1995:18).[29] Wurde unkonventionelle Partizipation zunächst als destabilisierend und gefährdend gesehen, so wird sie heute als eine Erweiterung des Repertoires politischer Handlungen verstanden (Kaase 1981:373 ff.; 1993:431).

Uehlinger differenziert innerhalb des Spektrums unkonventioneller Partizipation zusätzlich zwischen legalen und illegalen Formen und bei letzteren zwischen gewaltlosen im Sinne zivilen Ungehorsams und gewaltsamen im Sinne politischer Gewalt (Uehlinger 1988:140; Hoecker 1995:18; Heberer 1997:42 ff.). Legalen wie illegalen Formen ist jedoch gemeinsam, dass sie sich auf das politische System und seine FunktionsträgerInnen oder aber auf Formen kollektiver Durchsetzung beziehen müssen, um als politische Partizipation gelten zu können: „Thus, protests, riots, demonstrations – even those forms of insurgent violence that are intended to influence the public authorities – are forms of political participation" (Huntington, Nelson 1982:6).

Die durch die konventionelle Partizipationsforschung erfassten Partizipationsformen haben sich zwar erweitert, ohne dass jedoch zwei strukturelle Probleme, auf die vor allem die feministische Forschung hingewiesen hat, befriedigend gelöst werden konnten. Zum einen geht es um die Trennung von „politischer" und „sozialer" Partizipation und zum anderen um die systematische Einbeziehung von Geschlecht als Strukturkategorie. Beide Aspekte sind eng mit der Sichtbarkeit bestimmter Partizipationsformen und der Anerkennung ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz auch im interkulturellen Kontext verbunden (Singerman 1995; Wedel 1999). Die Definitionen politischer Partizipation beziehen sich theoretisch und empirisch überwiegend auf demokratisch verfasste politische Systeme. Im interkulturellen und intersystemischen Vergleich erweist sich beispielsweise die Unterscheidung von legaler und illegaler Partizipation bereits als schwierig, weil in autoritären Systemen andere Maßstäbe an legale Partizipationsformen angelegt werden. Das Festhalten der konventionellen Partizipationsforschung an der bewussten und freiwilligen Einflussnahme auf politische Prozesse bzw. FunktionsträgerInnen und dem Vorhandensein artikulierter kollektiver Ziele schränkt die Möglichkeiten der Erfassung von Partizipationsformen, die jenseits dieser Kategorien liegen, erheblich ein. Systemische Kontexte, die Qualität und Tiefe von Partizipation beispielsweise in nicht-demokratischen Systemen stark beeinflussen, können insbesondere dann nicht gewürdigt werden, wenn Partizipation von vornherein hinsichtlich ihrer stabilisierenden bzw. destabilisierenden Funktionen für ein politisches System untersucht wird. Wenn mangelnde Wahlbeteiligung oder geringer formaler Organisationsgrad als alleiniges Kriterium für politische Beteiligung gelten, dann kann für Arme und Frauen meist nur Exklusion und Desinteresse festgestellt werden. Partizipationsformen der Mikroebene, die informelle und zum Teil auch illegale Aktivitäten einschließen, können so nicht in den Blick geraten. Die Partizipationsformen der Armen erscheinen als dysfunktional, etwa bei Aufständen, als latent anarchisch oder als politisch irrelevant, etwa bei kollektiven Überlebenssicherungsformen. Die Schnittstellen von Überlebenssicherung, Lokalpolitik und Transformation können so nicht ausreichend erfasst werden.

Die Staatszentriertheit dieser Begriffe übernimmt zudem die darin eingeschriebene klare Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, die, wie die feministische Theorie hervorgehoben hat, geschlechtshierarchisch konnotiert ist (Conradi 1989; Biester et al. 1994; Pateman 1994; Seemann 1996). Indem allein die der öffentlichen Sphäre zuge-

[29] Zu den weiteren Determinanten des Partizipationsverhaltens zählen nach Hoecker neben der Strukturkategorie Geschlecht situative Elemente wie mobilisierende Ereignisse oder Gruppenbindungen, subjektive Einstellungen und politische Kultur im Sinne der Einschätzung individueller Handlungsspielräume und der eigenen politischen Kompetenz sowie institutionelle Gegebenheiten wie das Wahl-, Parteien- und Regierungssystem (Hoecker 1995:19, 28 ff.).

schriebenen Handlungen überhaupt als politisch gelten können, werden alle Aktivitäten, die konventionellerweise im privaten Bereich angesiedelt werden, von vornherein aus der Analyse der Partizipationsformen ausgeschlossen. So ist erklärlich, warum sich die Partizipationsforschung lange damit zufrieden gegeben hat, das Partizipationsdefizit von Frauen im konventionellen Bereich zu konstatieren, ohne aber nach den strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen zu fragen (Sauer 1994; Hoecker 1995). Die der Partizipationsforschung zugrunde liegende Konstruktion einer Norm des männlichen Aktivbürgers bei gleichzeitiger Wahrnehmung von Geschlecht als Variable und nicht als Strukturkategorie führt dazu, dass „der Ausschluß aus der StaatsbürgerInnenschaft qua Geschlecht durch fehlende Bereitstellung staatsbürgerlicher und partizipatorischer Ressourcen [...] nicht thematisierbar" wird (Sauer 1994:104).

3.1 Instrumentelle Partizipationskonzepte

3.1.1 Arme zwischen Anarchie und Apathie?

Huntington und Nelson entwickelten 1976 eine Kategorisierung von „Partizipationsmustern der unteren Einkommensgruppen" (Huntington, Nelson 1982:123), in die auch unkonventionelle Formen von politischer Selbstorganisation aufgenommen wurden. Vor dem Hintergrund ihrer Leitfrage nach politischen Bedingungen für Reformen als Voraussetzung für Modernisierungsprozesse untersuchten sie Partizipation hinsichtlich ihrer stabilisierenden oder destabilisierenden Wirkung auf politische Systeme in der so genannten Dritten Welt (Niehaus 1997:18 f.). Der zugrunde liegende funktionale Partizipationsbegriff bezieht nur die „Aktivitäten privater Bürger, die auf eine Beeinflußung der Entscheidungsfindung der Regierung abzielen" (a.a.O.:50) mit ein. Ihre Typologie kombiniert einen instrumentellen Partizipationsbegriff mit unkonventionellen Partizipationstypen wie „mobilized participation", „particularized contacting", „small scale specific interest groups", „cross-class party or movement" und „large scale lower-class movements" (Huntington, Nelson 1982:123).

Im Falle der „mobilized participation" wird Partizipation von außen initiiert. Die Motivationen der Partizipierenden werden in Loyalität, Unterwerfung oder Angst gegenüber einer Führungsperson oder die Aussicht auf Vergünstigungen vermutet (a.a.O.:126). Huntington und Nelson ordnen diesem Beteiligungstyp konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen wie Wählen, Wahlkampfteilnahme und Demonstrationen innerhalb klientelistischer Strukturen zu. Problematisch ist die Tendenz, Arme als passive Opfer bestimmter Machtverhältnisse zu betrachten und nicht als rational handelnde AkteurInnen. Deshalb soll diese Begrifflichkeit hier nicht übernommen werden. Ich unterscheide stattdessen formale und informelle Partizipationsformen und versuche dabei, die Handlungsrationalitäten der Armen zu erfassen. Dabei orientiere ich mich an Berg-Schlossers Konzept des „kompetitiven Klientelismus", der mir die Verbundenheit von Armen und lokalen Eliten besser zu erfassen scheint. Kompetitiver Klientelismus liegt vor, wenn Patrone sich in Abhängigkeit von ihren KlientInnen befinden und um ihre Gunst konkurrieren müssen (Berg-Schlosser 1994:298; Nord 1997:37).

Unter „particularized contacting" fassen Huntington und Nelson die individuelle Kontaktaufnahme mit Funktionsträgern in Form von Petitionen und Bestechung aufgrund akuter Probleme, die aber selten genutzt werde, da den Armen das dazu nötige Wissen fehle. Die Analyse des empirischen Beispiels Kairo wird zeigen, dass die Annahme mangelnden Wissens seitens der Armen so nicht aufrechterhalten werden kann. Vielmehr schätzen Arme die Effizienz solcher Interventionen aufgrund ihrer sozialen Position oft negativ ein und nutzen diese Partizipationsform in einem solchen Fall nicht. Arme pflegen jedoch Netzwerke, um FunktionsträgerInnen in ihre eigenen Strukturen zu inkorporieren. So konnte Schauber für das ghanaische Beispiel zeigen, auf welch vielfältige Weise Arme über Netzwerke vermittelte Kontakte zu FunktionsträgerInnen nutzen, um ihre Anliegen zu befördern (Schauber, Harders 1998). Insofern kann dann auch nicht mehr von partikularen Versuchen gesprochen werden. Zwar sind die Beziehungen von Patron und KlientIn zunächst individuell, sie materialisieren sich jedoch in weitreichenden Netzwerken, die kollektiv getragen werden.

„Small scale specific interest groups" umfassen lokale NGO, Selbsthilfe- und Stadtteilgruppen, die die Verbesserung der eigenen Überlebensumstände bzw. des Viertels durch Selbsthilfe, Petitionen, die Schaffung von Öffentlichkeit, MieterInnenproteste aber auch IWF-Proteste anstreben. Diese Partizipationsform entspricht dem von West und Blumberg im internationalen Vergleich von Partizipationsformen von Frauen herausgear-

beiteten Typ 1. Er bezieht sich auf das direkte wirtschaftliche Überleben, also die Teilnahme an Aktivitäten, die Verbesserungen des Alltags anstreben wie etwa die Teilnahme an Hungeraufständen, Streiks, Protesten für soziale Rechte, für MieterInnenrechte. Dabei spielen Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke zur Durchsetzung von Interessen eine besondere Rolle (West, Blumberg 1990:15). Diese drei Partizipationstypen und die ihnen zugeordneten Formen werden in der empirischen Analyse des Fallbeispiels Kairo eine wichtige Rolle spielen.[30] Laut Huntington und Nelson würden Arme jedoch selten versuchen, über den unmittelbaren Interessensbereich hinaus Einfluss auf den politischen Prozess auszuüben (Huntington, Nelson 1982:138). Ähnlich argumentiert auch Aké, wenn er davor warnt, die Zunahme von Selbsthilfegruppen und andern zivilgesellschaftlichen Aktivitäten auf der Mikroebene mit einer Zunahme von Demokratie zu verwechseln (Aké 1993). Doch die Tatsache, dass die Selbstorganisation an der gesellschaftlichen Basis kurzfristig nicht zu einer Erhöhung der demokratischen Qualitäten eines Staates führen muss, bedeutet nicht, dass aus diesen Partizipationsformen nicht dennoch auch bestärkende Wirkungen abzuleiten wären.

Meine These ist, dass beispielsweise Brot- oder IWF-Aufstände das politische System nachhaltig beeinflussen können. Die Forderung nach der Senkung von Brotpreisen verbindet die Erreichung kollektiver Ziele mit einer klaren Adressierung an staatliche Funktions- und EntscheidungsträgerInnen. West und Blumberg weisen darauf hin, dass sich oft aus dem Engagement im Stadtteil und für die Durchsetzung ganz spezifischer und begrenzter Ziele, wie etwa Wasser oder Strom, ein Interesse für zunächst abstrakte Konzepte, wie Frauenrechte oder Demokratie, entwickeln kann (West, Blumberg 1990:15 ff.). Auch Wedels Arbeit über die Partizipation armer Frauen in Istanbuler Squatterviertel zeigt, dass solche Gruppen nicht nur dem Ressourcenaufbau und dem Informationsfluss dienen, sondern die Basis für Bewusstseinsbildungs- und Organisationsprozesse bilden (Wedel 1999). Das bedeutet, dass die analytische Nützlichkeit der hier implizierten Trennung von angeblich unpolitischer sozialer Partizipation in den kleinräumigen Strukturen der Stadtteile und der als politisch betrachteten formalen, organisierten und auf den Staat gerichteten Partizipation begrenzt ist.

Problematisch an Huntington und Nelsons Arbeit erscheinen nicht so sehr die herausgearbeiteten Kategorien, sondern die ihnen zugrunde liegenden Annahmen. Zunächst ist durch die Konzentration auf die stabilisierende bzw. destabilisierende Wirkung von Partizipation eine normative Setzung vorgenommen, die andere Dimensionen der Partizipation wie „empowerment" oder Demokratisierung an der gesellschaftlichen Basis ausschließt. Hinzu kommt, dass den Armen Partizipation nur dann zugetraut wird, wenn es um die unmittelbare Verbesserung ihrer Situation geht. Partizipation wird dann zur „weapon of last resort, when all other means of achieving group goals have been exhausted" (Huntington, Nelson 1982:165). Die oben bereits erwähnte implizite Unterscheidung von politischer und sozialer Partizipation, obwohl definitorisch ausgeschlossen, könnte eine Ursache für die Unklarheiten dieser Formulierung sein. Es scheint, als hätten

[30] Weitere, für diese Untersuchung nicht relevante Typen sind: „cross-class party or movement" wie nationale Befreiungsbewegungen oder Bürgerrechtsbewegungen, die ihre politische Führung aus der Mittelschicht und den Eliten rekrutieren. (Huntington, Nelson 1982:151). Dies entspricht Typ 2 in der Typologie von West und Blumberg. Als „large scale lower-class movements" bezeichnen Huntington und Nelson Arbeiter- und Bauernbewegungen unter Führung der jeweiligen Eliten, die, aufbauend auf ein Klassenbewusstsein, die Durchsetzung ideologischer Ziele verfolgen, während Arme sich eine Verbesserung der eigenen Situation erhoffen. West und Blumberg weisen zudem Typ 3 aus, worunter Anlässe fallen, die sich um das breite Thema humanistischer und fürsorglicher Fragen gruppieren, wie die Friedensbewegung, Umweltgruppen, Kampagnen für Recht auf Bildung. Unter Typ 4 fallen alle Gruppen, die explizit für Frauenrechte eintreten (West, Blumberg 1990:13 ff.).

Arme keine Wahl, sondern würden innerhalb einer Hierarchie der Überlebensnotwendigkeiten nur im Notfall zu politischer Partizipation greifen. Aus Sicht der hier vorliegenden Arbeit können die von den AutorInnen beschriebenen Partizipationsformen als eine unter mehreren von Armen für die Überlebenssicherung und Partizipation nutzbaren Ressourcen aufgefasst werden. Politische Partizipation als Notlösung impliziert eine handlungstheoretische Trennung armer von nicht-armen AkteurInnen, die diese Arbeit nicht teilt. Huntington und Nelson halten fest:

> „Low status people are likely to become involved in organizations if they have a sense of ethnicity, neighbourhood, or class. Among poor people such consciousness is likely to spring from conflict – with other social groups or with the authorities – and from an insulation against competing affiliations and loyalities" (a.a.O.:168).

Die Partizipationsanlässe, die hier als armutsspezifisch herausgearbeitet werden, können sicherlich auch für andere, ressourcenstärkere Gruppen gelten, wie etwa die Ergebnisse von Westle für die Bundesrepublik zeigen (Westle 2001). Sie sind kein Spezifikum armer und verletzbarer Gruppen, ebenso wenig wie der Zusammenhang von Bewusstsein und konfligierenden Interessen ein armutsspezifischer ist. Hinzu kommt, dass diese Typologie die symbolische und lokale Perspektive von Partizipation ausblendet, sie über die Verknüpftheit der unterschiedlichen Partizipationsformen nichts aussagen kann und dass sie zu sehr von den von den Armen anvisierten Funktionseliten her argumentiert.

Auch die Forschungsgruppe um Berg-Schlosser, die neben der Arbeit von Schauber und der hier vorliegenden Studie zu den wenigen aktuellen Untersuchungen zählt, knüpft teilweise an instrumentelle Partizipationsbegriffe an (Kersting 1996; König 1998; Kersting, Sperberg 1999; Berg-Schlosser et al. 2000; Happe 2000; Schmitt 2000, Sperberg 2000).[31] Ähnlich wie bei Huntington und Nelson werden konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen erfasst, die sich jedoch auf die Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse beziehen müssen (Kersting 1994:12).[32] Kersting hält fest:

> „Politische Partizipation besitzt in den Marginalsiedlungen keinen großen Stellenwert. Hier wird vermutet, daß aufgrund mangelnder Erfolge bei politischem Engagement, d.h. aufgrund einer politischen Marginalisierung, die politische Apathie dominiert. Bei politischer Partizipation zeigt sich ein starker Opportunismus und Egoismus. Aktives Engagement in der Gruppe oder als Individuum erfolgt lediglich bei Bedrohungen im Wohnbereich und besitzt keine längerfristige Perspektive" (Kersting 1994:12).[33]

In neueren Arbeiten, in denen das Partizipationsverhalten armer Gruppen in Kenia, Chile, Brasilien und der Elfenbeinküste vergleichend untersucht wird, kommen ähnliche Grundannahmen zur Geltung (Kersting, Sperberg 1999; Berg-Schlosser et al. 2000).

---

[31] Vgl. für ältere Studien Perlman 1976 (Rio), Schmidt-Relenberg 1980 (Venezuela); Hanisch 1983 (Philipinen), Illy 1983 (Nairobi), Hollnsteiner-Racelis 1988 (Manila), Lomnitz 1988 (Mexico-Stadt), Eckstein 1988 (Mexiko-Stadt), Karsch et al. 1992 (Rio).

[32] Kersting fragt im Rahmen eines an Easton angelehnten systemtheoretischen Ansatzes nach den soziokulturellen und politischen Einstellungs- und Handlungsmustern in einer Marginalsiedlung in der Mittelstadt Kadoma. Zentrale Kategorien sind Apathie, Zynismus und Beteiligung, die in der empirischen Untersuchung auf die Bereiche der konventionellen Partizipationsforschung angewandt werden (Kersting 1994:144 ff.).

[33] Aus den Ergebnissen der empirischen Untersuchung werden Idealtypen politischer Partizipation abgeleitet, die der anfangs formulierten Hypothese widersprechen: 25% des Samples seien apathisch, 15% zynisch, 33% verfolgten opportunistische Strategien und 33% könnten dem Stammwählertum zugeordnet werden (Kersting 1994:183 f.). Kersting hebt den starken Wunsch der von ihm befragten Bevölkerung nach Partizipation hervor (a.a.O.:149) und kommt zu differenzierteren Ergebnissen, als sein Begriffsapparat zulässt.

Zwar legen die AutorInnen einen weiten Politikbegriff an (Berg-Schlosser et al. 2000:216), jedoch halten sie in der Auswertung ihrer empirischen Ergebnisse an einer Trennung zivilgesellschaftlicher und politischer Partizipation fest. Zivilgesellschaftliche Partizipation umfasst dabei die Mitgliedschaft in ökonomischen, kulturellen, religiösen, stadtteilbezogenen und anderen Selbsthilfegruppen, „die nicht primär politisch orientiert sind, aber über soziale Institutionen, die aus primordialen Bindungen herrühren, wie z.B. Familie, Verwandtschaft etc., hinausgehen" (Kersting, Sperberg 1999:192). Politische Partizipation umfasst konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen (Wählen, Wahlkampfhilfe, Politische Kontakte, Parteimitgliedschaft, Amtsübernahme, Demonstrationen, Zahlungsboykotte, Landbesetzungen) (Berg-Schlosser et al. 2000:227). Zentrale Momente im Übergang von ökonomischen oder sozialen zu politischen Anliegen bzw. Tätigkeiten sind Öffentlichkeit und die Verallgemeinerung lokaler Probleme (a.a.O.:217). Es zeigt sich, dass Arme unterschiedliche Partizipationstypen nutzen und je länderspezifisch kombinieren, wobei die Teilnahme an Wahlen die am häufigsten von Armen genutzte Partizipationsform darstellt (a.a.O.:235).

In den lateinamerikanischen Beispielen sind starke Wahlbeteiligung und starke Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen verbunden, während in den afrikanischen Fallbeispielen konventionelle Partizipation vorherrscht (a.a.O.:249). Zwischen 7% und 20% der Befragten sind „umfassend aktiv". Die Kategorie der „Inaktiven"[34] erreicht in der Elfenbeinküste mit über 56% den höchsten Wert. In den anderen Ländern schwanken diese Werte zwischen 12% und 29% (a.a.O.:228). Die Autoren formulieren abschließend die These, dass die Demokratiezufriedenheit in den lateinamerikanischen Ländern (50% bzw. 33%) mit einer höheren Beteiligung der Armen an Selbsthilfegruppen einhergeht, die wiederum eng mit dem politisch-administrativen System verknüpft sind. In den afrikanischen Fallbeispielen sei die Motivation für Selbsthilfe stärker in persönlichen Kontakten zu suchen. Die Integration in das politisch-administrative System sei hier eher durch Klientelstrukturen gewährleistet, die für die Mobilisierung auch zu konventionellen Partizipationsformen genutzt werden. Die Frage, warum die Menschen in den untersuchten afrikanischen Staaten klientelistische Selbsthilfe tendenziell mit konventionellen Partizipationsformen verbinden, wird leider nicht beantwortet. In Anlehnung an die von Schauber für Ghana herausgearbeiteten Perspektiven armer Männer und Frauen auf das Thema Wahlen lässt sich die Hypothese formulieren, dass formale, konventionelle Partizipationsformen informell angereichert werden können und den Ausgangspunkt für nunmehr politisch legitimierte informelle Netzwerke der Einflussnahme darstellen (Schauber, Harders 1998).

Problematisch bei diesem Ansatz ist neben der Trennung „zivilgesellschaftlicher" und „politischer" Partizipation zudem, dass den gewählten Kategorien ein implizites normatives Urteil unterliegt: Die Kombination aus „wählen" und „konventionell partizipieren" ergibt die Klasse der „umfassend Partizipierenden". Partizipation wird additiv verstanden, vermehrte Partizipation scheint auch die demokratieförderlichere zu sein. Über die Qualität der einzelnen Partizipationsakte kann in den unterschiedlichen systemischen Kontexten keine Aussage getroffen werden. Damit können Kontexte und Handlungsrationalitäten armer AkteurInnen wiederum nicht in den Blick geraten. Insbesondere ist verblüffend, dass an der Begrifflichkeit der „Inaktiven" festgehalten wird, obwohl „Inaktive" durchaus zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen nachge-

[34] Die Kategorie der „Inaktiven" umfasst nicht das auch untersuchte zivilgesellschaftliche Engagement und ist insofern irreführend. Denn zwischen 14% und 45% der Befragten sind Mitglied in einer Selbsthilfegruppe (Kersting, Sperberg 1999:195).

hen. Durch die analytische Trennung zusammenhängender Handlungen entstehen so Kategorien, die der empirischen Komplexität des Gegenstandes, der von der Forschungsgruppe detailliert entfaltet wird, nicht gerecht werden.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die modernisierungstheoretische Apathiethese auch von denjenigen VertreterInnen empirisch nicht aufrechterhalten werden kann, die sie theoretisch anlegen. Arme, das zeigen die Arbeiten von Huntington, Nelson, und der Forschungsgruppe um Berg-Schlosser, verfügen über differenzierte Partizipationsformen im konventionellen und unkonventionellen Bereich. Zweitens führt der ökonomische Ressourcenmangel weder zu einer Abkoppelung aus dem politischen System noch zu grundsätzlicher Partizipationsabstinenz, so meine These. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn die analytische Trennung und unterschiedliche Bewertung von „politischer" und „sozialer" Partizipation aufgehoben wird. Drittens lässt sich als Hauptmotivation für die Nutzung unterschiedlicher Partizipationsformen die Verbesserung der materiellen Situation, Risikostreuung oder – in den Worten der Bielefelder Entwicklungssoziologen – die Suche nach Sicherheit (Elwert et al. 1983; Neubert 1986) herausarbeiten. Arme nutzen solidarische Netzwerkstrukturen, um ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Armut führt viertens auch nicht, wie bei Lewis und anderen Armutsforschern oft angenommen, zu devianten Werthaltungen. Arme verfügen wie andere politische AkteurInnen über ein Bewusstsein ihrer eigenen Machtposition (Kersting 1994:53 f.). Dabei ist fünftens deutlich geworden, dass der Staat, seine Finanzressourcen und Kontrollkapazitäten von den Befragten aktiv einbezogen wird (Kersting 1994:83; Berg-Schlosser et al. 2000:257).

3.1.2 Transitionsforschung und die „mobilisierten Massen"

Partizipation von armen und verletzbaren Gruppen ist in der Transitionsforschung in zweierlei Hinsicht relevant: zum einen als normatives Ziel gelungener demokratischer Transition und Konsolidierung im Sinne konventioneller Partizipation. Zum anderen als unkonventionelle Partizipation der Massen in der Liberalisierungsphase mit der die Regimekoalition tendenziell destabilisierenden Effekten. Das Konzept der mobilisierten Massen der Marginalen geht davon aus, dass vor allem in Ländern des Südens Arme als (manipulierte) Massen der Straßen in der Liberalisierungsphase durch spontane Streiks, Boykotte und gewalttätige Proteste den Prozess der Destabilisierung des alten Regimes und der Elitenspaltung unterstützen oder vorantreiben können (O'Donnell, Schmitter 1986:26 ff.; Diamond et al. 1990; Tetzlaff 1992; Ruppert 1997:496 ff.).

> „Die Mobilisierung der Bevölkerung, die sich beispielsweise in Demonstrationen und Streiks ausdrückt, kann einerseits spontan als Folge einer durch die Liberalisierung einsetzenden Eigendynamik und andererseits durch organisierte oppositionelle Kräfte zustande kommen. Der Aufstand der Massen wird in der Transitionsforschung als ein vorübergehendes Phänomen betrachtet, das vor allem in der Liberalisierungsphase eine Rolle spielt" (Bos 1996:88).

Daran ist problematisch, dass die Handlungslogiken der „Masse" nicht analysiert werden können, weil angenommen wird, dass die Mobilisierung von außen erfolgt, die Bevölkerung in diesen Prozess keine eigenen Strategien und Interessen einbringt, sondern sich mobilisieren lässt. Prosch und Abraham heben deshalb hervor, dass es den Akteur „Masse" nicht gibt, sondern kollektive Phänomene immer Ergebnis individueller Handlungen sind (Prosch, Abraham 1991:292). Auf der Basis von Kosten-Nutzen-Modellen wird untersucht, wann und warum sich Menschen für die Teilnahme an Massenprotesten entschließen. Idealtypisch werden die beiden Optionen Inaktivität und Protest gegenübergestellt, wobei die Entscheidung über Handlungen vom jeweils erwarteten Nutzen abhängt: Wenn das Repressionsrisiko als gering eingeschätzt wird und der Erfolg des Protes-

tes hoch, dann ist die Beteiligung an Protesten erwartbar und rational (Prosch, Abraham 1991:294; Bos 1996:88). Dies gilt sowohl für Eliten als auch für ressourcenschwache AkteurInnen. Ähnlich argumentieren Scott in seinem Konzept des Alltagswiderstandes sowie Piven und Cloward in ihrer Untersuchung US-amerikanischer sozialer Bewegungen (Piven, Cloward 1977; Scott 1985; 1990; Przeworski 1991). Sie zeigen, dass

> „[...] protest is also not a matter of free choice; it is not freely available to all groups at all times, and much of the time it is not available to lower-class groups at all. *The occasions when protest is possible among the poor, the forms, that it must take, and the impact it can have are all delimited by the social structure in ways which usually diminish its extent and diminish its force*" (Piven, Cloward 1977:3, Hervorhebung im Original).

Die Autoren rechnen damit, dass erst bei krassem sozialen Wandel und damit einhergehendem Legitimitätsverlust des politischen Systems davon auszugehen ist, dass ressourcenschwache Gruppen ihren Widerstand gegen etablierte Systeme für effizient und legitim halten (a.a.O.:12). Im Sinne Gramscis müssen die Herstellungsweisen von Hegemonie brüchig werden, damit Menschen Protest als legitim empfinden. Daraus lässt sich für das ägyptische Fallbeispiel die Frage ableiten, warum diese Form der Interessensorganisation momentan für arme und verletzbare Gruppen nicht effizient und legitim erscheint. Der autoritäre Staat sichert seine Herrschaft über Repression und das Angebot informeller Handlungsspielräume anstelle staatsbürgerlicher Rechte. Der soziale Vertrag der Informalität zwischen Staat und Gesellschaft wirkt demobilisierend und legitimatorisch im Sinne der Aufrechterhaltung von Hegemonie.

Die in der Transitionsforschung oft unterstellte Irrelevanz und Diskontinuität von Massenprotesten als spezifischer Partizipationsform wird bei Piven und Cloward als Produkt einer symbolischen und praktischen Verknüpftheit von „Massen" und „Eliten" denkbar (a.a.O.:13). Damit wird nicht nur die Relevanz der Mikroebene betont, sondern auch gezeigt, dass Prozesse der Mobilisierung nicht als mechanistische und einseitige Beziehungen gesehen werden dürfen. Mit Piven und Cloward ist zudem zu betonen, dass Protest- und Partizipationsformen sozial eingebettet und nicht zufällig sind, sie reagieren auf institutionelle Arrangements, auf die sie sich positiv oder negativ beziehen. Protest entspringt einer repressiven Alltagserfahrung, er richtet sich deshalb auch oft nicht gegen die Eliten, sondern gegen die lokalen, als repressiv oder illegitim erfahrbaren Gruppen oder Personen (a.a.O.:20).

Obwohl die Arbeiten der akteurszentrierten Transitionsforschung mit ihrem Hinweis auf die individuelle Gestaltung kollektiver Handlungen zu einem differenzierteren Blick auf das Phänomen „Massenproteste" beitragen, zeigen sich die Grenzen eines Ansatzes, der allein Kosten-Nutzen-Kalküle als handlungsleitend zulässt (Bos 1996:87 ff.; Merkel 1996:314 ff.; Sauer 1997:227). Die Kontexte von Entscheidungen werden häufig ausgeblendet, die wichtig für Partizipationsentscheidungen der AkteurInnen sind. Die These lautet hier, dass bereits vorher bestehende Netzwerke des Überlebens und der Partizipation eine wichtige Rolle für Informationsflüsse über mögliche kollektive Handlungen und damit auch für die Mobilisierung spielen. Denn auch in einem Konzept rationaler Wahl müssen individuelle, psychologische, kulturelle oder soziale Variablen eingeführt werden, um zu erklären, wann bestimmte Schwellenwerte erreicht sind, die zu einem spezifischen Handeln führen (Bos 1996:88 f.). Aus Netzwerkperspektive wird ein Verhalten verstehbar, dem eine Abwägung des eigenen Nutzens gegen andere Güter wie etwa die Einhaltung eines gemeinsamen Ethos der Reziprozität zur Aufrechterhaltung von Netzen zugrunde liegt.

Insbesondere bei Transitionsprozessen in Ländern des Südens verbinden sich allgemeine Aussagen über „Massen" mit den oben diskutierten Stereotypen der „gefährlichen"

Armen, weil hier die „mobilisierten Massen" oft aus Armen und ressourcenschwachen AkteurInnen bestehen. Arme werden in solchen Phasen nur als Plünderer und Gewalttäter wahrgenommen, die über „Chaospotential" (Schubert et al. 1994:96) oder „disruption potential" (Piven, Cloward 1977:24) verfügen, das sie in den Aushandlungsprozess zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen einbringen. Ressourcenschwache AkteurInnen sind in diesem Modell nur dann für den Aushandlungsprozess relevant, wenn sie trotz ihrer schwachen Position im Produktionsprozess ernstzunehmende Konfliktfähigkeit aufbauen können.[35]

> „Um wirklich konfliktfähig zu werden, brauchen die Marginalen und Ungesicherten die Unterstützung anderer oppositioneller KOG, die über die notwendige Erfahrung mit der Staatsmacht und ein effektives Organisationspotential verfügen" (Schubert et al. 1994:96).

Diese Einschätzung ist in Bezug zur Definition von Konfliktfähigkeit im Rahmen des SKOG-Konzepts zwar richtig, doch reflektiert sie gleichzeitig eine Wahrnehmung armer und verletzbarer Bevölkerung, die von mobilisierbaren und manipulierbaren AkteurInnen mit homogenen Interessen ausgeht. Die Dimension der politischen Selbstorganisation wird dabei ebenso vernachlässigt, wie die Eingebundenheit der so genannten Marginalen in lokale Klientelnetzwerke, die wiederum zu den Ressourcen einzelner AkteurInnen strategischer oder konfliktfähiger Gruppen zählen. Die Netzwerkperspektive erlaubt es, die Kontextualität des politischen Handelns armer und verletzbarer Gruppen wahrzunehmen. Die Verbundenheit von Überlebensökonomien und Partizipation ermöglicht es, den „Marginalen" trotz ihrer schwachen Stellung im Produktionsprozess eine Rolle zuzubilligen, die auch jenseits von „spontanen Massenprotesten" liegt, so die Hypothese. Denn Arme verfügen nicht nur über monetäre Ressourcen, sondern akkumulieren auch immaterielles Kapital.

> „Marginale Bevölkerungsgruppen können durch die Verbindung mit oppositionellen Eliten am Verhandlungsprozeß teilhaben. Ihr Droh- und Mobilisierungspotential hat Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Opposition und Regierung. Jedoch ist der politische Wille und die Verpflichtungen der Elite, die Forderungen der Bevölkerung mit einzubeziehen, Voraussetzung für die Chance marginaler Gruppen, partizipieren zu können. Erst in der Phase des Abschlusses von Transitionsprozessen wird sich zeigen, ob die Konsolidierung des demokratischen Systems zu einer Erweiterung der Bürgerbeteiligung führen kann" (Niehaus 1997:27 f.).

Happe und König kommen zu dem Ergebnis, dass Arme ihre oftmals entscheidende Rolle für die Initiierung von Transitionsprozessen häufig nicht in den weitergehenden Prozess der Institutionalisierung einbringen können (Happe, König 1999:75). Dort, wo Arme es wie in Brasilien schaffen, ihre Interessen in den demokratischen Prozess einzuspeisen, verfügen sie über Formen autonomer Selbstorganisation, die als Vermittlungsinstanz zwischen den Armen und dem sich demokratisierenden Staat fungieren (a.a.O.:91). Klientelistische und repressive Kontexte wie in Kenia verhindern solche Formen der Organisation von Armen.

Ein zentraler und mit den oben bereits entfalteten Aspekten zusammenhängender Kritikpunkt ist die fast durchgängige Geschlechtsblindheit der *main-stream* Transitionsforschung. Ruppert bezeichnet die Nichtwahrnehmung des „geschlechter(un)demokratischen Gehalts von Transitionsprozessen in Afrika" als *das* „Nicht-Thema anerkannter Afrikaforschung" (Ruppert 1997:502). Sie hält die systematische Ausblendung der Geschlechterdimension für ein strukturelles Problem, das auf der Einschreibung „traditionel-

[35] Im Konzept der „Strategischen und Konfliktfähigen Gruppen" SKOG entwickeln Tetzlaff, Schubert und Vennewald einen integrierten akteursorientierten Ansatz der Analyse von Transformationsprozessen, bei dem unterschiedliche gesellschaftliche und politische Gruppen als zentrale Akteure solcher Prozesse untersucht werden (Schubert et al. 1994).

ler Geschlechtskodierungen westlicher Konzepte von Staat und Demokratie und der geschlechtsasymmetrischen Realitäten (teil)modernisierter patriarchaler Verhältnisse afrikanischer Gesellschaften" beruht (a.a.O.:502). Ruppert betont, dass Frauen unausgesprochen und scheinbar problemlos den „marginalen Massen" zugeordnet werden – zu denen sie ja auch oft gehören – und damit ihre Irrelevanz für Transitionsprozesse eine doppelte wird: nicht nur arm, sondern auch noch weiblich. Die schwache Repräsentation von Frauen in formalen Institutionen und politischen Eliten wird augenscheinlich mit der Irrelevanz von Frauen identifiziert. Dadurch geraten Frauen als in und mit diesen Strukturen Handelnde von vornherein nicht in den Blick (Waylen 1994; Sifft 1995; Zwingel 1995; Sauer 1997; Abels, Sifft 1999). Ihr Fehlen wird nicht zum Defizit der politischen Arenen der Transition, denn die können, gemessen an funktionalistischen Demokratiekonzepten durchaus alle demokratischen Qualitätsmerkmale erfüllen, sondern es wird als persönliches Manko der betreffenden Akteurinnen betrachtet (Meyer 1992; Pateman 1994). Jedoch führen institutionelle Demokratisierungsprozesse nicht notwendig zu einer Demokratisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, insbesondere der zwischen Männern und Frauen (Waylen 1994:329). Zudem gibt es, ähnlich wie für arme Gruppen bereits gezeigt, keinen zwingenden Zusammenhang zwischen einer wichtigen Rolle während des Transitionsprozesses und dem Einfluss während der Konsolidierung von Demokratie (a.a.O.). Prozesse der Re-Marginalisierung in der Konsolidierungsphase vollziehen sich abhängig von der materiellen Ressourcenausstattung politischer Akteurinnen (Zwingel 1995:25 f.; 1998). Das lässt sich auch in Ägypten zeigen, wo organisierte AkteurInnen in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen fast alle dem gehobenen Mittelklassehintergrund entstammen (Harders 1995).

Modernisierungstheoretische und transitionsforscherische Ansätze siedeln das Verhältnis von Armut und Partizipation oft zwischen den Extremen der Apathie und der potentiell destabilisierenden mobilisierten Masse an. Durch die Fixierung auf Eliten, formale staatliche Institutionen und die Zugrundelegung eines instrumentellen Partizipationsbegriffs werden Arme so zur angeblich „irrelevanten Unterseite der Zivilgesellschaft" (Ruppert 1997:501). Ihre Partizipationsformen werden, wenn sie aus dem konzeptionellen Rahmen instrumenteller Partizipationsbegriffe herausfallen, übersehen oder aber im Bereich der nur vordergründig unpolitischen Überlebenssicherung angesiedelt. Der Beitrag der Armen zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft kann durch die theoretisch-konzeptionelle Ausrichtung der Transitionsforschung nur ansatzweise erfasst werden. Die Konzentration auf organisierte AkteurInnen und Eliten innerhalb der Transformationsforschung beruht auf der unbestrittenen Annahme, dass vor allem diese Gruppen Prozesse gesellschaftlichen Wandels maßgeblich beeinflussen (Tetzlaff 1996a). Problematisch wird der Fokus auf Eliten immer dann, wenn AkteurInnen unterhalb der formalen Organisation, die auf der lokalen und Mikroebene agieren, dadurch nicht mehr in den Blick geraten können, weil sie von vornherein als irrelevant eingestuft werden. Damit beraubt sich die Transitionsforschung der Möglichkeit, Hypothesen und Aussagen zur Rolle einer stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe in den Ländern des Südens zu machen. Gleichzeitig wiederholt die Transitionsforschung die Geschlechtsblindheit eines Teils der Partizipationsforschung, indem sie den Zusammenhang von Geschlechterarrangements und partizipatorischen Handlungsspielräumen nicht systematisch in den Blick nimmt.

3.2 Normative Partizipationskonzepte

Normative Demokratiemodelle beschreiben nicht allein eine institutionalisierte Methode des Interessensausgleichs, sondern postulieren ein normatives Ziel – die demokratische Gesellschaft als gerechte Ordnung. Das Ziel einer demokratischen Gesellschaft ist ein Maximum an Mitbestimmung Aller in allen gesellschaftlichen Bereichen (Zimpel 1970; v. Alemann 1975; Vilmar 1986; 'Abdallah 1996; Abels, Sifft 1999). Normative Demokratiemodelle verfolgen häufig ein direkt-demokratisches Ideal. In solchen Konzepten ist Partizipation zentraler Bestandteil und Wert eines demokratischen Systems, in der die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche die politische Selbstbestimmung der einzelnen BürgerIn ermöglichen soll (Zimpel 1970:73). Normative Demokratiemodelle sind in der entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und feministischen Debatte entwickelt und eingefordert worden (Nohlen, Nuscheler 1992; Holland-Cunz 1998; 1999; Sauer 1999; Liebert 1999). Sie haben sich als besonders innovativ für die Erfassung unterschiedlicher Partizipationsformen erwiesen.

Auch die Diskussion um Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Afrika und im Nahen Osten lehnt sich an normative, partizipatorische Konzepte von Demokratie an, die erweiterte Partizipationsmöglichkeiten als eine zentrale Voraussetzung für die Konsolidierungsfähigkeit afrikanischer und arabischer Demokratien verstehen (Aké 1994; Schultze 1995:397; Aké 1996; Lachenmann 1997; Nord 1997:21 ff.; Tezlaff 2000a; Tetzlaff 2002). Die Zunahme selbst-organisierter, kleinräumiger lokaler Gruppen und Organisationen wird hier als Produkt politischer Liberalisierung gekennzeichnet (Linz, Stepan 1996:7). Weite Teile der arabischen Debatte um Zivilgesellschaft und Demokratisierung beziehen sich auf die nationale und organisierte Ebene der Prozesse politischer Transition (Brynen et al. 1995; Ibrahim 1995; Al-Sayyid 1995; Salamé 1996; Waterbury 1996; Kienle 2001). Arme und verletzbare Gruppen werden zwar als potentielle oder aktuelle AkteurInnen der Zivilgesellschaft gekennzeichnet, konkrete Prozesse der politischen Inklusion und Exklusion werden jedoch seltener beschrieben.[36] Die Relevanz dieser Organisationen an der Basis ist zudem umstritten, da auch in den meisten zivilgesellschaftlichen Untersuchungen eine Unterscheidung von sozialer und politischer Partizipation getroffen wird (Nord 1997; Sauer 1997:223; Ruppert 1997:501). Die „konzeptionelle Trennung von Zivilgesellschaft in einen demokratierelevanten, politisch-öffentlichen und einen demokratisch scheinbar eher bedeutungslosen, sozialprivaten Zweig" (Ruppert 1997:501) führt dazu, dass Aktivitäten des Überlebens, der sozialen Selbstorganisation und der Netzwerke auf Stadtteilebene, in die insbesondere Frauen oft involviert sind, nicht beachtet werden. Zwar ist der Hinweis auf das ambivalente Verhältnis von zivilgesellschaftlicher Aktivität und substantieller politischer Liberalisierung richtig (Aké 1993; Nord 1997), doch darf daraus keine Trennung von politischer und sozialer Partizipation abgeleitet werden. Die Tatsache, dass zivilgesellschaftliches Engagement weder automatisch zu Dezentralisierung noch zu einer raschen Veränderung von Herrschaftsstrukturen geführt hat, wie Aké oder Bayat betonen, sollte nicht zu einer Unterschätzung der Relevanz dieser Prozesse auf der lokalen Ebene für sozialen und politischen Wandel führen (Aké 1993:75; Singerman 1995; Bayat 1997; 1997a; Happe, König 1999).

[36] Ausnahmen bestätigen die Regel, wie die Arbeiten von Nord, Niehaus, König, Wedel, Schmitt, Sperberg, Happe und andere bei Lachenmann vorgestellte Untersuchungen zeigen (Lachenmann 1997; Niehaus 1997; Nord 1997; König 1998; Wedel 1999; Happe 2000; Schmitt 2000; Sperberg 2000).

In der entwicklungspolitischen Debatte wurde das normative Konzept von Partizipation schon früh durch Nohlen und Nuscheler aufgegriffen. In ihrem magischen Fünfeck der Entwicklung beziehen sie neben Wachstum, Arbeit, Unabhängigkeit, Einkommensverteilung auch den Faktor Partizipation in die Entwicklung eines Landes ein. Partizipation wird von Nohlen und Nuscheler als eine Möglichkeit gesehen, auch für gesellschaftliche Randgruppen Entwicklungschancen zu gewährleisten. Wichtig ist, dass keine Hierarchisierung sozialer und politischer Teilhabe vorgenommen wird: „Partizipation fordert politische Mitwirkung und soziale Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft" (Nohlen, Nuscheler 1992:71). Die Autoren verweisen darauf, dass gesellschaftlich und ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch soziale Mobilisierung in das politische System einbezogen werden können. Ihr weitgefasster Partizipationsbegriff schließt alle Lebensbereiche einer Person ein und führt die unterschiedlichen Ebenen der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Partizipation zusammen. So können im Konzept politischer Partizipation strukturelle Rahmenbedingungen und das subjektive Handeln des/der Einzelnen in einen Zusammenhang gesetzt werden. Heberer weist zu Recht darauf hin, dass das „magische Fünfeck", das bereits durch die Ergänzung der ökologischen Dimension zu einem Sechseck wurde, außerdem durch die Dimension der besonderen Lage von Frauen ergänzt werden sollte (Heberer 1997:65). Die Qualität der Transformation der Geschlechterverhältnisse sollte ebenso zum Indikator für gelungene Demokratisierung und Konsolidierung gemacht werden, wie die Durchführung freier und fairer Wahlen.

3.2.1 Geschlecht und Partizipation

Die Auseinandersetzung mit der Partizipation von Frauen bewegt sich zwischen den Polen von Entmarginalisierung und Sichtbarmachung der politisch-sozialen Aktivitäten von Frauen einerseits und den strukturellen Grenzen dieses Unternehmens andererseits. Denn diskursive, systemische, historische, kulturelle und ökonomische Faktoren bilden in Kombination mit Biographien, Familiennetzwerken, Ausbildungsgrad und Alter komplexe individuelle und strukturelle Partizipationsbarrieren. Die weltweit unbefriedigende Partizipationsbilanz von Frauen muss als Zusammenspiel dieser Faktoren begriffen werden, und darf nicht zuungunsten von Frauen individualisiert werden. Politische Partizipation sollte aus feministischer Sicht also in einer Weise konzeptualisiert werden, die die unterschiedliche Wirkung und Funktion formaler und informeller Geschlechterregime sichtbar machen kann. Denn der strukturelle Ausschluss von Frauen nimmt jeweils kontextabhängige Formen an, die Produkte unterschiedlicher ökonomischer, politischer und ideologischer Rahmenbedingungen sind (Kandiyoti 1991; Graham-Brown 1992; Joseph 1993). Die Mechanismen der „selektiven Integration" von Frauen (Lenz 1997:97 ff.) ruhen dabei sowohl auf materiellen Bedingungen als auch auf den jeweils hegemonialen Vorstellungen von „Weiblichkeit" und „Männlichkeit", wie die empirische Analyse zeigen wird.

Die feministische Kritik an der Demokratietheorie hat gezeigt, dass die ideologische Konstruktion des Politischen als männlicher Domäne dem konventionellen Politikbegriff inhärent ist (Moller Okin 1980; Jones 1990; Meyer 1992; Phillips 1992; Pateman 1994; Walby 1994). Der Gesellschaftsvertrag als Grundlage westlich-liberaler Demokratien und der bürgerlichen Gesellschaft ist als Vertrag unter Brüdern, als „fraternal social contract" (Pateman 1994) gedacht, der Frauen als unabhängige, vertragsfähige Individuen nicht vorsieht. Der dem Gesellschaftsvertrag vorausgehende Geschlechtervertrag definiert Frauen vielmehr als bereits durch den Ehevertrag an den Mann gebundene Personen, die nur vermittelt am Gesellschaftsvertrag der Männer

teilhaben. Die öffentliche, politische Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft ist der Konstruktion nach somit eine genuin männliche. Durch diese geschlechtsspezifische Zurichtung des Politischen werden Frauen strukturell als Akteurinnen ausgeschlossen und marginalisiert, da

> „das Konzept der bürgerlichen Öffentlichkeit eine – von ihr getrennt existierende – private Sphäre impliziert und diese Trennung eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben verhindert" (Conradi 1989:93).

Vor dem Hintergrund dieser Argumentation hat die feministische Kritik der Partizipationsforschung hervorgehoben, dass die Hypothese des Partizipationsdefizits der Frauen auf dem Vergleich mit dem konventionellen Partizipationsverhalten der Männer beruht. An die Stelle struktureller Erklärungszusammenhänge, die sich etwa auf die geschlechtliche Arbeitsteilung beziehen, treten individuelle, indem Partizipationsverhalten von Frauen als mangelndes Interesse bewertet wird (Meyer 1992:6 f.; Nelson, Chowdhury 1994; Sauer 1994; Hoecker 1995; Liebert 1999; femina politica 2001). Problematisch sind Partizipationsmessungen immer dann, wenn Beteiligung jenseits konventioneller Partizipation aus dem Bereich des Politischen herausgenommen und damit nicht mehr als Partizipation analysierbar wird.

> „Um das politische Interesse von Frauen angemessen beurteilen zu können, müssen also ihr soziales Engagement und Interesse mitberücksichtigt und der traditionelle Politikbegriff, der den Bereich des Nichtöffentlichen übersieht, verabschiedet werden" (Meyer 1992:8).

Wedel hat in ihrer Arbeit zur politischen Partizipation armer Frauen in Istanbuler Gecekondu-Vierteln in Anwendung eines solchen erweiterten Politikbegriffs herausgearbeitet, wie die lokale Partizipation von Frauen zunächst an praktischen Geschlechterbedürfnissen ansetzt und zur Formulierung strategischer und feministischer Anliegen genutzt wird (Wedel 1999:291). In ihrer Studie untersucht sie mit einem reformulierten Ansatz sozialer Bewegungen, ob und wie die Entstehung informeller Viertel auf der lokalen Ebene zur

> „Politisierung von neuen gesellschaftlichen Gruppen [...] und der Entwicklung neuer Formen von politischer Partizipation führt und wie dies in den Komplex der Demokratisierung von Politik und Gesellschaft und der Geschlechterbeziehungen einzuordnen ist" (a.a.O.:3 f.).

Sie zeigt, wie Frauen nicht nur durch formale Ressourcen wie Bildung, Geld oder Mobilität zu politischer Handlungsfähigkeit gelangen, sondern vor allem auch durch soziale Ressourcen, die sie über Netzwerke mobilisieren und aufbauen. Auch kurzfristige kollektive Initiativen, die zumeist als unpolitisch betrachtet werden, können langfristige Wirkung für die politische Bewusstseinsbildung und Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Frauen entfalten (Nelson, Chowdhury 1994; Wedel 1999:292). Wedel betont, dass Frauen, obwohl sie auf der Mikroebene wichtige politische Akteurinnen sind, auf der Meso- und Makroebene weitgehend von formalen Organisations- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden (Wedel 1999:292). Das Engagement auf der Mikroebene setzt jedoch weitreichende *empowerment*-Prozesse in Gang. Beide Ergebnisse können durch die hier vorliegende Untersuchung bestätigt werden. Lokale Formen des *empowerments* können nicht unabhängig vom politischen System gesehen werden: Für eine weitergehende (Geschlechter-) Demokratisierung der lokalen Ebene müssen makropolitische Rahmenbedingungen demokratisiert werden, was auch für das hier untersuchte ägyptische Fallbeispiel gilt.

Der Eintritt von Frauen in männlich dominierte Öffentlichkeiten wird von den Akteurinnen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld je nach Partizipationsform und historischen Umständen unterschiedlich legitimiert. Für Frauen spielt „Maternalismus" eine herausragende Rolle, da sie im Unterschied zu Männern bei der Aufnahme politischer Tätigkeiten symbolisch vorstrukturierte Definitionen der angeblich unpolitischen Weib-

lichkeit verlassen, während Männer zumeist in gesellschaftlich anerkannten Mustern agieren, wenn sie sich für lokale oder nationale Ziele einsetzen (West, Blumberg 1990:22; Wedel 1999:27 ff.). Mobilisierung in Phasen des nationalen Befreiungskampfs oder durch Massenorganisationen erleichtern die Teilhabe von Frauen zumindest auf den unteren Hierarchieebenen und im Rahmen traditioneller Rollenzuschreibungen, wie etwa das palästinensische oder algerische Beispiel zeigen (Kandiyoti 1991; Hatem 1992:42; Moghadam 1994). Die Legitimation des Eindringens in die öffentliche Sphäre ergibt sich durch die Verlängerung der „weiblichen" maternalistischen Fürsorgepflicht auf Stadtteil, ethnische Gruppe oder Nation (Kandiyoti 1991). Die Strategien der Frauen „reflect creative use of resources and tactics linked to traditional gender roles" (West, Blumberg 1990:26 f.). Die empirische Studie wird am Beispiel von NGO-Mitarbeiterinnen zeigen, welche Legitimationsstrategien Frauen nutzen, um ihre Aktivitäten mit den herrschenden Geschlechterarrangements zu vereinbaren, bzw. sie zum umgehen.

Primordiale Bindungen, die klassisch dem privaten Bereich zugeordnet sind, werden zunehmend als Orte und Anlass für politische Partizipation begriffen, analysiert und als relevant für politische Artikulation erkannt (Joseph 1993; Lenz 1997:88 f.; Joseph 2000; Braig 2001). Denn tendenziell leiten sich die Rechte der/des StaatsbürgerIn in der Region nicht zuallererst aus ihrer Zugehörigkeit zum Staat, sondern aus ihrer/seiner Zugehörigkeit zu Familien, Gemeinden, ethnischen oder religiösen Gemeinschaften ab. Familie und Gemeinschaften werden damit zu entscheidenden Akteuren des sozialen Lebens mit unterschiedlichen Konsequenzen für Männer und Frauen (Joseph 1993; Joseph 2000). So zeigt Singerman, dass die über Haushalte und Familien aufrechterhaltenen Netzwerke die angeblich private Sphäre des Haushalts eng mit der so genannten öffentlichen Sphäre verbinden und so den Haushalt selbst zu einem Ort von Politik machen (Singerman 1995:10). Lenz spricht in diesem Zusammenhang auch vom „semi-öffentlichen Charakter" des Haushaltes (Lenz 1997:89). Diese Beispiele erhellen den heuristischen Wert des hier vertretenen erweiterten, alltagsweltlichen Partizipationsbegriffs. Er ermöglicht es, so meine These, auch Aktivitäten, die dem privaten Bereich zugeordnet sind, als partizipationsrelevant zu betrachten.

Die Vergeschlechtlichung von Partizipationsformen und -möglichkeiten steht in enger Verbindung mit dem je unterschiedlichen Ressourcenzugriff von Frauen und Männern. Ihre unterschiedlichen *entitlements* sind Ausdruck rechtlicher, ökonomischer, gesellschaftlicher und politisch-systemischer Rahmenbedingungen, die Frauen tendenziell benachteiligen bzw. die von ihnen genutzten Strategien übersieht oder als irrelevant erachtet. Dementsprechend müsste die analytische Aufhebung der Dichotomie von Privat und Öffentlich in einen Politikbegriff münden, der die privaten und nicht-öffentlichen Aktivitäten von Frauen einschließt und dadurch sichtbar macht. Das bedeutet beispielsweise die Strukturen der Überlebensökonomien mit den Strukturen von Partizipation im Zusammenhang zu sehen und keine künstliche Trennung von so genannter politischer und sozialer Partizipation einzuführen. Politische Partizipation im Sinne eines so erweiterten Politikbegriffs beschränkt sich nicht auf konventionelle Partizipationsformen, sondern schließt auch unkonventionelle und informelle Partizipationsformen sowie andere informelle soziale oder ökonomische Aktivitäten, die in der so genannten privaten Sphäre ihren Ausgang nehmen, mit ein.

3.2.2 Partizipation auf der lokalen Ebene

König knüpft in seiner Studie der Politikformen städtischer Armer in Kenia an feministische Überlegungen an, wenn er einen erweiterten Partizipationsbegriff anwendet, der „sowohl bewußt auf die gesellschaftlichen Strukturen gerichtetes Handeln [umfasst] als

auch Handlungen und Unterlassungen, die ohne bewußte Intention der/s Handelnden gesellschaftliche Strukturen festigen oder verändern" (König 1998:33).[37] Partizipation ist dann politisch, wenn sie Auswirkungen auf die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen hat, wie auch Singerman argumentiert (Singerman 1995:17). Handeln, das die Geschlechterdominanz herstellt oder kritisiert, ist deshalb auch im nicht-öffentlichen Bereich als politisch zu bewerten (König 1998:35 f.). In den von ihm untersuchten Marginalsiedlungen bildet sich nach König ein lokaler hegemonialer Block aus Verwaltung, Selbsthilfegruppen und Jugendbanden, der nicht nur über

> „die staatliche Verwaltung, sondern auch über die Mehrheit der institutionellen Formen und ideologischen Apparate in der Siedlung die Kontrolle ausübt. Diese lokale hegemoniale Gruppe reproduziert sich im Austausch mit der nationalen hegemonialen Gruppe. Sie sind aufeinander angewiesen" (a.a.O.:217).

König hält fest, dass Arme durch ihre Aktivitäten wichtige politische Wandlungsprozesse wie etwa die Unabhängigkeit oder die Liberalisierung des politischen Systems Kenias eingeleitet und getragen haben. Sein Fazit bestärkt die auch hier vertretene Hypothese, dass für die Beurteilung gelungener Demokratisierung ein rein institutioneller Blick auf Eliten ungenügend ist. Vielmehr müssen die lokalen Machtstrukturen auf ihre Demokratisierungsfähigkeit im Sinne einer weitgehenden Inklusion armer und verletzbarer Gruppen hin untersucht werden. Dies gilt auch und insbesondere für die Transformation der Geschlechterverhältnisse. Für den Zusammenhang dieser Arbeit ist der Blick auf die lokalen Machtstrukturen als zum einen mit der nationalen Ebene vernetzte und zum anderen als durch Arme selbst stabilisierte Strukturen entscheidend (Happe, König 1999). Klientelnetze und ethnische Deutungsmuster werden nicht nur durch den hegemonialen Block geschaffen und mit Repression durchgesetzt, sondern an der gesellschaftlichen Basis immer wieder reproduziert (König 1998:277; Wedel 1999). Das lässt sich für das ägyptische Beispiel bestätigen.

Semsek und Stauth betonen ebenso wie König, dass die „kulturell repräsentierten, lokal gebundenen und sozial integrierenden Lebensweisen der Masse" (Semsek, Stauth 1987:15) bisher in der Forschung ausgeblendet wurden, obwohl sie relevante Aussagen über die Qualität der durch sozialen Wandel hervorgerufenen Konflikte erlauben. Die Autoren untersuchen in armen Kairoer Stadtteilen „kulturelle Widerstandspotentiale" der Volkskultur angesichts moderner Massenkultur. Die Widerstandspotentiale lassen sich durch die soziale und wirtschaftliche Transformation „nicht mehr nur nach den traditionellen Mustern patriarchalischer und klientelitischer Herrschaft im Innern [...] einbinden" (a.a.O.:14). Denn insbesondere die lokale Umsetzung der zentralen Steuerungsmechanismen von Ökonomie, Recht und Bürokratie wirkt sich brutalisierend und destabilisierend auf die städtischen lokalen Lebenswelten aus. Semsek und Stauth verorten im Widerspruch zwischen „materieller Destruktion des Lebenszusammenhangs in lokalen Gemeinschaften und 'ideeller', symbolischer Verteidigung ihrer materiellen Basis enthobenen, destruierten, längst toten Lebensweisen" das zentrale Spannungsfeld sozialer Transformation in Ägypten (a.a.O.:16). Es zeige sich

> „auch eine allgemeine Unfähigkeit zu sozio-politischer, kultureller Initiative im lebenspraktischen Zusammenhang. Korruption und ein allseits präsenter Geheimdienstapparat wirken auf jegliche

[37] König entwickelt seine Thesen anhand empirischer Untersuchungen in je zwei unterschiedlichen Slumvierteln in der kenianischen Mittelstadt Kisumu und der Hauptstadt Nairobi. Neben einer quantitativen Erhebung von insgesamt 400 Befragungen nutzt er qualitative Interviews mit VertreterInnen der lokalen Zivilgesellschaft und der Armen. Seine anregende Arbeit bietet neben den transitionstheoretisch relevanten Ergebnissen auch sehr spannende Ansätze einer Geschichtsschreibung afrikanischer Städte und ihrer Armenviertel.

> Initiative hemmend. Die vereinzelten Individuen folgen nunmehr noch ihren professionellen und ökonomischen Interessen der Verteidigung praktischen Überlebens" (a.a.O.:279).

Politische Aktivität sei in einer solchermaßen destruierten Öffentlichkeit nicht möglich. Der empirische Teil dieser Arbeit wird dieses Urteil bestätigen und differenzieren. Die materielle Entleerung symbolischer Strukturen der Lebenswelten greift zwar auf die Strukturen der Partizipation über. Aber die Auflösung traditioneller Formen der politischen und sozialen Inklusion münden nicht einfach in ein kommunalpolitisches Vakuum, sondern rufen neue intermediäre AkteurInnen und neue Interaktionsstrukturen hervor (Bierschenk, de Sardan 1997; Haenni 1997; Happe, König 1999:79). Die Untersuchung lokaler Strukturen auf der Mikro- und Mesoebene kann deshalb wichtige Aufschlüsse für das Verständnis von Transition geben, so meine These. Die kommunalen Machtstrukturen spiegeln die nationalen nicht nur, sondern es können sich neue AkteurInnen etablieren und andere Partizipationsformen entstehen. Die mesopolitischen Strukturen sind dabei tendenziell heterogen und ihr mikropolitischer Unterbau, der in den Netzwerken des Überlebens normativ und distributiv reproduziert wird, befindet sich im Spannungsverhältnis zwischen materieller Zerstörung dieser Lebensweisen und ihrer normativen Verteidigung.

3.2.3 Symbolische und „unsichtbare" Partizipationsformen

Mit Scott rücken die „unsichtbaren Partizipationsformen" in den Blick dieser Untersuchung, denn *infrapolitics* ist unter Repressionsbedingungen die eigentliche Politik: Sie ist riskanter, sie stellt die Basis aller formalen Politik dar, und aus ihr heraus können sich offenere und demokratischere Formen von Partizipation entwickeln (Scott 1990:201). Scott untersucht historisch-vergleichend die Möglichkeiten von Widerstand unter Bedingungen extremer Unterdrückung wie etwa Sklaverei, Leibeigenschaft und Kastenwesen. Sein zentrales Interesse gilt den Diskursen und Akten offenen und verdeckten Widerstandes und Protests durch Unterdrückte. Scotts „infrapolitics" umfassen alle Formen des unsichtbaren Protests, der Umgehung von Regelungen, des Widerstands beispielsweise in Liedern oder Volksmythologien, die jeweils zum Ziel haben, so wenig Spuren wie möglich zu hinterlassen (a.a.O.:200). „Infrapolitics" bleiben auf die informellen Netzwerke von Nachbarschaft und Familie bezogen, die dem/der Einzelnen Schutz gewähren (a.a.O.) und gleichzeitig unter dem Deckmantel des Privaten informell ins formal Politische ragen. Scotts Argumentation – obwohl er geschlechtsspezifische Differenzierungen nicht beachtet – unterstützt die von mir vertretene These, dass auch zunächst unsichtbar oder privat wirkende Partizipation gesellschaftliche und systemische Relevanz entfalten kann. Das lässt eine analytische Trennung von sozialer und politischer Partizipation nicht sinnvoll erscheinen. Vielmehr muss mit Scott die Verbundenheit dieser Formen und ihre Einbettung in gemeinsame symbolische Strukturen betont werden. Ähnlich wie Piven und Cloward sowie Huntington und Nelson argumentiert Scott, dass strukturell ähnliche Formen krasser Unterdrückung entsprechende Formen von Widerstand hervorrufen. Die strukturelle Machtlosigkeit der Armen macht offenen Widerstand als Partizipationsform eher unwahrscheinlich (a.a.O.:189). Das von Unterdrückten als besondere Form und Basis allen Widerstandes entwickelte „hidden transcript" bietet die diskursive Grundlage von „infrapolitics". Das versteckte Skript ist ein

> „discourse that takes place offstage, beyond direct observations by powerholders [...] it consists of those offstage speeches, gestures, and practices that confirm, contradict, or inflect what appears in the public transcript" (a.a.O.:4).

So wird in dieser Arbeit ein Blick auf die „Waffen der Schwachen" (Scott 1985) entwickelt, sowie auf die symbolischen und diskursiven Akte des Widerstandes, ihre kulturellen und individuellen Legitimationsstrukturen. Arme und machtlose Menschen haben oft ein strategisches Interesse daran, zumindest offiziell die sie unterdrückenden Strukturen zu unterstützen, während sie gleichzeitig in Akte symbolischen und praktischen Widerstandes involviert sind (Scott 1990:220).

> „Spontaneity, anonymity, and a lack of formal organization then become enabling modes of protest rather then a reflection of the slender political talents of popular classes" (a.a.O.:151).

Dies wird mit Scott jedoch gerade nicht als Ausdruck „falschen Bewusstseins" gedeutet, sondern als rationales Handeln unter gegebenen Bedingungen (Scott 1985:307 ff.) Die symbolische Ebene von Partizipation, die, wie die empirischen Beispiele noch zeigen werden, ganz zentral für die Politikformen armer und verletzbarer Gruppen ist, wird so erfassbar. Außerdem werden auch angeblich spontane Massenproteste wie etwa Brotaufstände durch die Verbindung von „hidden transcript" mit den Armen zur Verfügung stehenden Partizipationsmöglichkeiten wie den informellen Netzwerken in diesem Konzept erklärbar. Gerade im Kontext autoritärer Systeme ist ein offener Partizipationsbegriff angezeigt, lässt sich mit Scott folgern.

3.2.4 Die Politik der „informalpeople"

Die besondere Relevanz informeller Strukturen[38] für die Überlebensökonomien armer und verletzbarer Gruppen wurde zuerst in der Wirtschaft unter dem Stichwort informeller Sektor hervorgehoben. Der Ansatz des informellen Sektors versucht, das unübersehbare, aber lange als unproduktiv und unstrukturiert vernachlässigte, informelle Handeln und Produzieren vor allem in Ländern des Südens zu erfassen. Der informelle Sektor wurde dabei widersprüchlich als Überlebensstrategie der Armen, als Handlungsraum der Armen oder als Zeichen für Armut gewertet.[39] Aufgrund der Heterogenität der Bestimmungen und Funktionen des informellen Sektors plädieren Elwert et al. dafür, ihn als rein deskriptive und nicht als analytische Kategorie zu verwenden (Elwert et al. 1983:281). Elwert et al. kennzeichnen den informellen Sektor soziologisch als „Schicht der Ungesicherten, in der die Suche nach Sicherheit eine absolute Priorität vor der Einkommensmaximierung hat" (a.a.O.). Das Konzept erlaubt es, individuelle Überlebensökonomien in den makroökonomischen Kontext einzubetten und den informellen Sektor als Handlungsraum der Armen zu begreifen. Dabei können im Gegensatz zu Sens *entitlement*-Ansatz illegale oder verdeckte Tätigkeiten ebenso als Teil der Überlebensökonomien verstanden werden, wie formale und offene.

In jüngerer Zeit beschäftigten sich Lauth, Heberer, Singerman und Bayat intensiv mit dem Zusammenhang informellen Wirtschaftens, informellen Lebens und informeller Politik (Iliffe 1987; Singerman 1995; Heberer 1997; Bayat 1998; Lauth 1999; Lauth, Lie-

[38] Ich schließe mich hier einer konventionellen Definition von Informalität an, die diejenigen Prozesse und Phänomene als informell begreift, die staatlicher und gesetzlicher Regelung und Kontrolle weitgehend entzogen sind (Harders, Schauber 1999).

[39] Der Ansatz des informellen Sektors lässt sich auf frühere Debatten um duale Ökonomien zurückführen und wurde von Hart (Hart 1973) und der ILO erneut in die Diskussion gebracht (Elwert et al. 1983:281). Der informelle Sektor zeichnet sich durch folgende Merkmale aus: leichter Zugang zur Erwerbstätigkeit, Rückgriff auf einheimische Ressourcen, Familieneigentum am Unternehmen, die geringe Größe des Unternehmens, arbeitsintensive und den Ressourcen angepasste Technik, Qualifikationserwerb außerhalb des formalen Schulsystems, nicht regulative, wettbewerbsorientierte Märkte (Nickel 1987:312).

bert 1999; Berg-Schlosser et al. 2000).[40] Bayats Studie über die Rolle der „informal people" während der iranischen Revolution kennzeichnet die Armen als Menschen, die Informalität grundsätzlich bevorzugen: „The disenfranchised express a deep desire to live an informal life, to run their own affairs without involving the authorities or other modern formal institutions" (Bayat 1997:59). Ausgehend von einem Ansatz sozialer Bewegungen entwickelt er ein Konzept der Analyse der informellen Politik der Armen. Netzwerke spielen dabei eine zentrale Rolle als soziale Konkretisierung einer massenhaften informellen, aber sichtbaren Bewegung, die er das „quiet encroachment of the ordinary", das stille schmälernde Vordringen der einfachen Leute, nennt (a.a.O.:57).[41] Es ist

> „a silent, patient, protracted, and pervasive advancement of ordinary people on the propertied and powerful in order to survive hardships and better their lives. They are marked by quiet, atomised and prolonged mobilisation with episodic collective action – an open and fleeting struggle without clear leadership, ideology or structured organization, one which makes significant gains for the actors, eventually placing them as a counterpoint vis-a-vis the state" (a.a.O.).

Bayat spricht nicht von Partizipation, sondern von der anhaltenden Mobilisierung der Armen oder „informal people" (a.a.O.). Die Informellen greifen nicht zu einer Politik des Protests, wie von Scott nahegelegt, sondern zu einer Politik der individuellen konkreten und direkten Überlebenssicherung, die aber in ihrer Massenhaftigkeit das Verhältnis von Staat und Gesellschaft entscheidend zu prägen vermag (a.a.O.:59). Das stille, schmälernde informelle Vordringen der Armen verfolgt zwei Ziele: Zum einen die Umverteilung von Gütern und Möglichkeiten der kollektiven Ressourcennutzung wie Land, Wasser, Energie und Infrastruktur sowie die Nutzung des öffentlichen Raums und anderer Chancen, die für das Überleben relevant sind. Zum anderen streben die Armen Autonomie im Sinne von Selbstbestimmung über ihr Leben an (a.a.O.).

Diese massenhafte, andauernde und weit verbreitete Form passiven und informellen Widerstandes der einfachen Leute, die in den formalen Systemen der Interessensformierung keine Stimme haben, spielt eine wichtige Rolle für das Verständnis von sozialem Wandel in autoritären Staaten (a.a.O.:55).[42] Bayats am Beispiel des Iran entwickelten Ansatz ist besonders produktiv, da er die Relevanz informeller Teilhabeformen belegt. Der Einschätzung, dass Arme in informellen Sphären handeln und dabei die Überlebenssicherung und politische Mobilisierung Hand in Hand gehen, schließt sich diese Arbeit an. Für schwierig halte ich die Annahme eines grundlegenden Autonomiestrebens der Armen und die Annahme, dass das *quiet encroachment* die informelle Bewegung der Armen in Oppositi-

[40] Lauth unterscheidet vier Typen informeller Partizipation (Lauth 1999:66 ff.): 1. Klientelismus, bei dem Beziehungen als institutionelle Norm wirken, 2. Korruption, wo Geld als institutionelle Norm gilt, 3. Drohung und Terror mit Gewalt als institutioneller Norm und 4. ziviler Ungehorsam mit Widerstand als institutioneller Norm (a.a.O.:10). Lauth weist ebenfalls darauf hin, dass informelle und formale Partizipationsformen miteinander verknüpft sind und kombiniert werden können (a.a.O.).

[41] Hier grenzt Bayat sich von Scott ab, indem er betont, dass das Vordringen der *informal people* ein öffentlicher und sichtbarer Akt ist.

[42] Anders als Bayat betrachtet Heberer informelle Beteiligungsformen explizit als Partizipation und nicht nur als Mobilisierung. Ähnlich wie Bayat bewertet er informelle Formen als Ausdruck mangelnder Möglichkeiten der formalen demokratischen Beteiligung (Heberer 1997:49). In seiner Analyse der Partizipationsbedingungen von Frauen im asiatischen Raum führt er als in der Grauzone von legal und illegal angesiedelte Partizipationsform die Kategorie der „Guanxi-Partizipation" ein (a.a.O.:45). Damit umschreibt er Beteiligungsweisen, die hier als informelle Partizipationsformen bezeichnet werden wie etwa die Herstellung oder Nutzung enger persönlicher Beziehungen über Clanverbände, Nepotismus, Netzwerke, Seilschaften, Patronage, Bestechung und Korruption, Nutzung ökonomischer oder sozialer Macht zur Durchsetzung von Interessen (a.a.O.:47). *Guanxi* kommt der für den ägyptischen Kontext wichtigen Kategorie der *'asabiya* als Netzwerke der regionalen Solidarität sehr nah und beschreibt einen Kernbereich der Partizipation in autoritären Staaten.

on zum Staat stellt. Ich möchte im Gegenteil die enge Verzahnung von formell und informell und somit auch der Partizipationsformen der Armen mit den staatlichen Institutionen und Funktionsträgern auf der lokalen Ebene betonen. Auch informelle Partizipationsformen sind nicht unabhängig von den politisch-systemischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft zu sehen. Sie sind dementsprechend auch nicht per se inklusiv, sondern das ägyptische Beispiel zeigt, dass die Formen informeller Selbstorganisation soziale Ungleichheiten nicht aufheben können.

3.2.5 Netzwerke als Partizipationsform der Armen[43]

Die bisher diskutierten Arbeiten zeigen, dass konventionelle Partizipation wie Teilnahme an Wahlen, Mitgliedschaft in Parteien oder Interessensverbänden und die Kandidatur für öffentliche Ämter nur einen geringen Teil der Aktivitäten ressourcenschwacher AkteurInnen bildet. Unkonventionelle Partizipationsformen wie Streiks, Proteste, Demonstrationen, Mitgliedschaft in Selbsthilfeorganisationen und Teilhabe an sozialen Bewegungen treten häufiger auf, verlangen aber auch einen bestimmten Grad an formeller Organisation, der gerade bei verletzbaren und armen Bevölkerungssegmenten im Nahen Osten und in Afrika selten anzutreffen ist. Stattdessen bilden sich informelle Strukturen zur Überlebenssicherung heraus, die vor allem auf unterschiedlichen familialen, sozialen und ökonomischen Netzwerken beruhen (Rugh 1979; Wikan 1980; Lomnitz 1988; Singerman 1995; Singerman, Hoodfar 1996; Wikan 1996; Bayat 1997; Hoodfar 1997; Bayat 1998). Dementsprechend soll hier neben der sektoralen Analyse der Partizipation auch ein netzwerkanalytischer Ansatz verfolgt werden. Soziologen des Bielefelder Ansatzes wiesen im Rahmen der informellen-Sektor-Forschung bereits früh auf die Rolle sozialer und korporativer Netze für das Überleben der „Schicht der Ungesicherten" hin (Elwert et al. 1983; Neubert 1986). Netzwerke zeichnen sich vor allem durch die Vielfältigkeit ihrer Formen und Zwecke aus (Schmidt et al. 1977; Pappi 1987; Schweizer 1996; Wellman 1988; Wasserman, Faust 1994, Castells 2001). Es ist Singermans Verdienst, die Relevanz informeller Netzwerke für die ägyptische Politik auf der Alltagsebene herausgearbeitet zu haben. In ihrer Studie über die Partizipation der unteren Mittelklassen in Kairo hält sie fest:

> „[...] people use informal networks to gain control over their livelyhood, the educational system, financial institutions, and publicly distributed subsidized goods" (Singerman 1995:172).

Die Netzwerkanalyse geht davon aus, dass Menschen grundsätzlich interdependente Akteurinnen und Akteure sind, deren soziales Verhalten sinnvoll aus der Perspektive von Beziehungen und Relationen analysiert werden kann. Für das Verständnis sozialen Handelns auf der Ebene von Normen und konkreter Praxis sind nicht isolierte Merkmale wie etwa Geschlecht, Alter, Einkommen oder Ethnie zentral, sondern das Netzwerk des Individuums, seine Struktur und die Position des/der Einzelnen darin (Wellman 1988; Wasserman, Faust 1994:17; Schweizer 1996). Von dieser gesellschaftstheoretischen Warte aus begründet sich die Feststellung, dass Gesellschaft ein Netzwerk von Netzwerken (Wellmann 1988) sei. Pappi definiert ein Netzwerk „als eine durch Beziehungen eines bestimmten Typs verbundene Menge von sozialen Einheiten wie Personen, Positionen, Organisationen usw." (Pappi 1987:13). Zentrale Differenzierungskriterien für Netzwerke sind also Art und Menge der untersuchten sozialen Einheiten und die Art und Qualität der Beziehung, die sie untereinander aufrechterhalten. Die Grenze des Netzwerks wird über die Festlegung der Untersuchungseinheit oder die Fokussierung auf spezifische Beziehungsarten bestimmt.

[43] Für eine ausführlichere Würdigung der Netzwerkanalyse vgl. Harders 2000.

Die Art der Beziehung kann hierarchisch oder gleichberechtigt sein, solidarisch oder konkurrent, gleichen oder ungleichen Tausch beinhalten, beruht aber immer auf materiellen oder symbolischen Tauschvorgängen. Die Beziehungen können freiwillig wie etwa unter Freunden oder unfreiwillig wie beispielsweise durch Verwandtschaft entstehen (Wellman 1988:40 ff.; Knoke, Kuklinski 1991:117; Wasserman, Faust 1994:8 ff.). Die Beziehungen können multiplex und gegenseitig oder aber einseitig sein, also Netze unterschiedlicher Dichte hervorbringen. Netzwerke können geschlossen oder offen sein, indem entweder alle Beteiligten direkt mit einem Akteur/einer Akteurin verbunden oder aber indem die Beteiligten durch mehrere Zwischenglieder miteinander verbunden sind (Scheuch 1993:110 f.; Schweizer 1996:114 f.). Während offene Netzwerke für Mobilität stehen, signalisieren geschlossene Netzwerke Stabilität und Homogenität. Dies gilt insbesondere für so genannte Brückenbeziehungen, die ansonsten nicht verbundene Teile eines Netzwerks verknüpfen. Aus dieser Tendenz zur Heterogenität und Grenzüberschreitung ziehen die schwachen Beziehungen ihre besondere Stärke und Effizienz, da dichte Ego-Netzwerke zur Homogenität und damit zu einem hohen Grad an Konformität und Kontrolle neigen (Scheuch 1993:113 ff.; Schweizer 1996:116). Die Akteurin ist um so stärker in ein Gesamtnetz eingebunden, je mehr schwache Beziehungen sie unterhält, die gleichzeitig strukturelle Löcher schließen (Schweizer 1996:118 ff.).[44]

Netzwerkbeziehungen sind multidimensional und multifunktional, und können nur selten auf einen einzigen Inhalt reduziert werden: Kommunikationsbeziehungen schließen Tauschbeziehungen nicht aus, auch Machtbeziehungen basieren auf Tausch und Kommunikation. Potentielle Interaktionen sind oft die Voraussetzung für tatsächliche und subjektive Dimensionen wie etwa normative Erwartungen an eine Beziehung reichen in objektive Gelegenheitsstrukturen hinein. Zumal auf der Mikroebene die individuellen Ressourcen der einzelnen Akteure, also die unterschiedliche Verfügungsgewalt des Individuums nach Geschlecht und Alter über materielles, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital, seine Position in den sozialen Tauschprozessen der Netzwerke markiert (Bourdieu 1987). Die einzelnen Individuen wiederum agieren in größeren Zusammenhängen wie Familie und Haushalt, Freundeskreis, Arbeitsplatz, öffentlichen Räumen und Institutionen. Daraus ergeben sich nicht nur unterschiedliche Handlungsarenen, sondern auch jeweils angepasste Handlungsformen innerhalb eines Netzwerks. Handlungsethiken und -rationalitäten können dabei das gesamte Spektrum sozialen Handelns zwischen Konkurrenz und Solidarität, Autonomie und Kontrolle, Reziprozität und Einseitigkeit umfassen. So arbeitet Singerman in ihrer Studie das „familial ethos“ als Normengefüge gegenseitiger Hilfe unter Hintanstellung individueller Interessen als zentrales Handlungsethos heraus (Singerman 1995:10). Reziprozität ist ein wichtiges Merkmal dieses Handlungsethos. Informalität der Netzwerke bedeutet dabei nicht Unstrukturiertheit, sondern im Gegenteil sind gerade informelle Zusammenhänge nach klaren Regelsystemen organisiert, die wesentliche Voraussetzung für ihre Stabilität und Effizienz sind. Insofern stimme ich Denoeux' Definition von Netzwerken nur bedingt zu, wenn er hervorhebt, daß es sich um nicht-kontraktförmige Beziehungen handele (Denoeux 1993:3). Auch nicht schriftlich fixierte oder legal abgesicherte Beziehungen in Netzwerken basieren auf informellen, oft auch unausgesprochenen, Kontrakten gegenseitiger Erwartungen und Verpflichtungen. Die Ethik der Reziprozität bietet dabei die gemeinsame normative Bezugsebene unausgesprochener „Kontrakte“, die auf bindenden Regeln beruhen. Diese Strukturen der „for-

[44] Als strukturelle Löcher sind nicht-redundante Beziehungen definiert, die Verbindungen zwischen ansonsten unverbundenen Netzwerkteilen herstellen (Schweizer 1996:122). Strategische NetzwerkakteurInnen streben also danach, zu möglichst vielen Teilnetzen nicht-redundante Beziehungen aufzubauen, um so einen optimalen Informationsfluss zu gewährleisten.

malisierten Informalität", wie Schauber sie nennt, spielen für die Funktionalität und Reichweite von Netzwerken eine wichtige Rolle (Schauber; Harders 1998:7).

Da Netzwerke selten ausschließlich dem öffentlichen oder privaten Raum zugeschrieben werden können, sondern ihr Kennzeichen gerade die Möglichkeit der Verknüpfung unterschiedlicher Ebenen und Sphären ist, erlaubt die Netzwerkanalyse auch den von der feministischen Forschung geforderten Blick über den Tellerrand formaler Partizipationsformen hinaus. Die Schnittstellen von formal und informell, privat und öffentlich sind erst durch eine Netzwerkperspektive erkenn- und analysierbar, wie die empirische Studie zeigen wird. Klientelbeziehungen sind dabei besonders wichtig. Sie stellen eine spezifische Form von Netzwerkbeziehungen dar, die immer ein hierarchisches Verhältnis zwischen Patron und KlientIn beinhalten und damit eine einseitig machtgeladene Beziehung beschreiben. Während traditionelle Patronagestrukturen durch den klar definierten Tausch von Loyalität gegen materielle oder symbolische Teilhabe an den Ressourcen des Patrons gekennzeichnet sind, werden moderne Klientelbeziehungen als flexibel und wechselnd beschrieben. Je nach aktuellen Bedürfnissen wählt der/die KlientIn nützliche Patrone aus und umgekehrt, der Patron wird zum Makler und Vermittler (Gellner, Waterbury 1977; Schmidt et al. 1977; Waterbury 1977; Eisenstadt, Roninger 1986; Unbehaun 1997). Insbesondere formale Partizipationsformen wie Wählen und Wahlkampf, Mitgliedschaft in politischen Organisationen und in Interessensverbänden und politische Mobilisierung sind für Afrika als Ausdruck eines kompetetiven Klientelismus beschrieben und verstanden worden (Berg-Schlosser 1994).

Die netzwerkanalytische Perspektive erlaubt es, unterschiedliche Partizipationsweisen ohne demokratietheoretisches Werturteil zu analysieren. Netzwerke können dabei als wichtige Ressource für politische Partizipation aufgefasst werden. Zentrale Funktionen von Netzwerkbeziehungen wie etwa Tausch, Kommunikation, Macht- und Autoritätserhalt, Kontrolle oder Identitätsstiftung und normative Integration bilden oft die Bedingung der Möglichkeit von Partizipation. Über Netzwerke fließen Informationen, funktioniert politische Mobilisierung, werden klientelistische Strukturen aufgebaut und erhalten, entsteht Solidarität, kann Konkurrenz ausgetragen werden. Netzwerke dienen der politischen Meinungsbildung und dadurch auch der Interessensformulierung und manchmal - durchsetzung. Vor allem ressourcenschwache und ausgeschlossene Gesellschaftsgruppen organisieren über Netzwerke partizipationsrelevante Ressourcen. Zusätzlich zum funktionalen Netzwerk bildet sich ein soziales, auf das im Krisenfall zurückgegriffen werden kann, und ein politisches, das zum Beispiel im Wahlkampf zur Mobilisierung genutzt werden kann. Netzwerke sind aus der Perspektive armer und verletzbarer Gruppen also flexible und multiplexe Strukturen der Ressourcenorganisation (Schauber, Harders 1998).

Andererseits lassen sich vor dem Hintergrund eines erweiterten alltagsweltlichen Partizipationsbegriffs Netzwerke auch als Partizipationsform verstehen. Diesem hier vertretenen Ansatz nach ist das *networking* an sich, jenseits seiner konkreten Ziele eine Form der Teilhabe an den Prozessen der sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcenallokation. Ein solcher Ansatz kann sich vor allem auf die feministische Partizipationsforschung stützen, wird aber auch in den Entwürfen einer afrikanischen oder arabischen Zivilgesellschaft zumindest als normatives Ideal formuliert (West, Blumberg 1990; Waylen 1994; Aké 1994; Künkel 1995). Singerman beschreibt die informellen und formellen Ressourcenströme, die über Netzwerke abgesichert werden, als zentrale Partizipationsform der unteren Mittelklasse.

> „Informal networks articulate and aggregate the interests of their constituents, working to further those interests in legal and illegal, formal and informal, visible and invisible ways" (Singerman 1995:172).

Netzwerke, so ihre These, sind die Institutionen des *sha'b* (Volks), durch sie wird Öffentlichkeit geschaffen, die die Menschen in Ägypten nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen (a.a.O.:10). Netzwerke sind eine konkrete extrasystemische Partizipationsform, die keiner Kontrolle durch Eliten und Institutionen unterliegen und solange von ihnen ignoriert werden, wie sie keine offenkundige Opposition darstellen (a.a.O:134). Gleichzeitig versuchen die Mitglieder dieser Netzwerke stets machtvolle und formal abgesicherte Personen in das Netzwerk zu integrieren, denn nur so lassen sich die diversen Netzwerkzwecke effizient umsetzen (a.a.O:133). In Anwendung des hier vertretenen erweiterten Partizipationsbegriffs können Netzwerke sowohl als informelle Partizipationsform als auch als -ressource analysiert werden. Wichtig ist, dass diejenigen, die Netzwerke aufbauen und nutzen, sie in den meisten Fällen nicht als formale Partizipationsnetzwerke aufbauen, sondern dass Partizipation als ein Nebeneffekt in multiplexen Netzwerkbeziehungen der Überlebenssicherung auftreten kann. Am ägyptischen Fallbeispiel wird ausführlich demonstriert, wie auf der Mikro- und Mesoebene der Stadtteile und Haushalte multiplexe Netzwerke aufgebaut werden, die für unterschiedliche Zwecke nutzbar sind. Netzwerke sind besonders geeignet, eingeschränkte partizipative *entitlements* auf der Mikroebene von Partizipation zu kompensieren, so die These.

3.3 Der lebensweltliche Partizipationsbegriff

Die empirischen Befunde zu den Partizipationsformen armer und verletzbarer Gruppen sind heterogen: Tatsächlich gehen offener Protest und informelles Umgehen staatlicher Regelungen, kollektive und individuelle Handlungsformen in oft widersprüchlicher Weise einher, überschneiden und konterkarieren sich. Armut ist zumindest aus handlungstheoretischer Perspektive ein widersprüchliches Phänomen. Den Grundannahmen von kultureller Komplexität und rationalem Handeln armer Individuen stehen starke materielle und immaterielle Einschränkungen eben dieser individuellen Handlungsfähigkeit entgegen. Heterogenität, Differenz, Individualität der Einzelnen scheinen der weltweiten Ähnlichkeit der Lebensumstände in Armut zu widersprechen. Die Widersprüchlichkeit und Dynamik von Armut lässt sich jedoch mit statischen und ahistorischen Konzepten der Handlungs- und Politikfähigkeit von Armen nicht erfassen. Das bedeutet, dass das für die Analyse leitende Partizipationskonzept offen und flexibel sein muss, um diese unterschiedlichen Formen und Dimensionen erfassen zu können. Der erweiterte Partizipationsbegriff muss sich mit den Konzepten von Informalität und Selbstorganisation verbinden lassen und auch geschlechtsspezifische Partizipationsunterschiede sichtbar machen können.

Um das zu gewährleisten, wird in der vorliegenden Arbeit keine Trennung von so genannter sozialer und politischer Partizipation vorgenommen. Wenn die lebensweltlichen Strukturen der lokalen Ebene und auch die Rolle von Frauen erfasst werden sollen, dann erscheint die Trennung von so genannten sozialen und politischen Aktivitäten nicht sinnvoll, weil sie erstens lebensweltlich so nicht praktiziert wird. In den Überlebensökonomien greifen soziale und politische Reproduktion ineinander, indem beispielsweise Netzwerke für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Zweitens ist die der Trennung inhärente Annahme der gesamtgesellschaftlichen Irrelevanz so genannter sozialer Partizipation nicht erwiesen. Denn aus ihr kann nicht nur formale, organisierte Partizipation erwachsen, sie bildet auch vielfach die Grundlage für die Akkumulation von Ressourcen, die wiederum für formale Partizipationsformen relevant sind. Drittens würden durch die Trennung viele Teilhabeformen unsichtbar, die jedoch gerade für Arme im Vordergrund stehen. Der hier vertretene erweiterte lebensweltliche Partizipationsbegriff bezieht also Partizipation in politischen und sozialen Institutionen gleichermaßen ein, wie etwa Vilmar formuliert. Partizipation ist dann

> „[...] Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen, und zwar sowohl an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen als auch an sozialen und speziell politischen Aktivitäten selbst“ (Vilmar 1986:339).

Partizipation soll verstanden werden als die Teilhabe an sozialen, politischen und gesellschaftlichen Prozessen der Ressourcenallokation in der zivilgesellschaftlichen und in der staatlichen Sphäre. Das umfasst konventionelle und unkonventionelle, formelle und informelle Partizipationsformen. Der Begriff bezieht im Sinne feministischer Theorie den Bereich des Privaten, Nicht-Öffentlichen systematisch mit ein. Formale und informelle Dimensionen der Überlebensökonomien, die die ökonomische, soziale und politische Reproduktion sichern, sind auch der Sphäre des Politischen zuzuordnen. Es wird also ein akteurs- und handlungszentrierter Ansatz gewählt, der Partizipationsformen unterhalb der formalen kollektiven Organisation städtischer Armer erfassen will. Arme werden ebenso wie Mitglieder der Eliten und organisierter Gruppen als rational und strategisch handelnde Menschen wahrgenommen. Dabei wird zwischen unterschiedlichen Formen der Partizipation, unterschiedlichen Handlungsanlässen, Zielen und Strategien von Partizipation nach den Kriterien der materiellen Ressourcenausstattung und des Geschlechts differen-

ziert. Wichtigster Handlungsanlass ist zunächst die Stabilisierung der Überlebensökonomien. Die Handlungsoptionen der einzelnen Individuen werden dabei sowohl von ihrem Zugriff auf materielle und symbolische Ressourcen als auch von ihrem Geschlecht bestimmt. Hier müssen die kulturell spezifischen Zugriffsmöglichkeiten auf soziales, kulturelles und symbolisches Kapital ebenso berücksichtigt werden wie die Geschlechterverhältnisse, die sich auf die Handlungsmöglichkeiten der oder des Einzelnen auswirken. Männer und Frauen wählen unterschiedliche Formen politischer Organisation und politischen Protests und verfügen über diverse Handlungsanlässe, Ziele und Strategien sowie wechselnden Zugang zu materiellen Ressourcen. Dabei sollen die oft informellen, verdeckten und indirekten Formen der Partizipation gleichberechtigt neben formaler und konventioneller Partizipation analysiert werden.

Das Schaubild auf der folgenden Seite fasst die unterschiedlichen Dimensionen des hier gewählten Ansatzes vereinfachend zusammen. Das Politische System wird maßgeblich durch den makro- und mesopolitischen Kontext, externe Faktoren und die ökonomische Struktur bestimmt. Seine Struktur wirkt auf die Perzeptionen und Handlungsmöglichkeiten der Individuen einer Gesellschaft ein. Außerdem wirkt es auf die in der Mitte aufgeführten konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen ein. Beide Partizipationskategorien ruhen unter anderem auch auf den informellen Netzwerken, die Menschen bilden. Auf der Seite der sozialen Ungleichheit wirkt das Geschlecht als Querschnittskategorie auf die Dimensionen der Ungleichheit ein. Mit Kreckel und Bourdieu werden distributionale und relationale Ungleichheiten unterschieden, die ihrerseits die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen.

Schaubild 1: Politische Partizipation und soziale Ungleichheit

53

4 Arbeitshypothesen zum Verhältnis von Partizipation und Armut

- Armut wird als multidimensional und dynamisch, als Ausdruck krasser sozialer Ungleichheit begriffen. Armut bedeutet nicht nur einen Mangel an materiellen Ressourcen. Armut lässt sich auch als Prozess, indem jeweils ungleich – unter anderem aufgrund des Geschlechts – auf materielle und immaterielle Ressourcen zurückgegriffen werden kann, beschreiben.

- Arme haben an den sozialen, politischen, ökonomischen und symbolischen Prozessen der Ressourcenallokation teil und partizipieren insofern an einem gegebenen politischen System. Partizipation konkretisiert sich dabei auf der lokalen Ebene der Mikro- und Mesostrukturen. Sie nimmt oft die Form informeller kollektiver Selbstorganisation beispielsweise in Netzwerken an. Diese multifunktionalen Netzwerke sind Produkt komplexer Überlebensökonomien, die Arme als Ungesicherte zur Stabilisierung des Überlebens aufbauen.

- Informelle Netzwerke dienen dem Fluss und der Akkumulation materieller und immaterieller Ressourcen gleichermaßen. Viele vordergründig ökonomische Aktivitäten dienen so gleichzeitig der sozialen und symbolischen und manchmal auch der politischen Reproduktion und umgekehrt. Auch die Teilhabe an den formalen demokratischen Abläufen wird durch informelle Netzwerke strukturiert. Sie hat für Arme zusätzlich zu ihrer politisch-normativen Dimension einen materiellen oder immateriellen Wert für die Aufrechterhaltung ihrer Überlebensökonomien.

- Mikro-, Meso- und Makroebene von Überlebensökonomien und Partizipation sind eng miteinander verbunden. Die Schnittstellen zwischen lokal und national konkretisieren sich beispielsweise in Netzwerken, aber auch im Zusammenhang unterschiedlicher Partizipationsformen. Makropolitische Bedingungen wirken auf die mikro- und mesopolitischen Handlungsspielräume armer und verletzbarer Gruppen ein. Abhängig von den Strukturen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft sehen sich arme und verletzbare Gruppen mit je unterschiedlichen Handlungsspielräumen und *entitlements* konfrontiert.

- Die Handlungsspielräume der Armen in den Überlebensökonomien sind von Inklusions- und Exklusionsmechanismen gleichzeitig gekennzeichnete Strukturen. Individuelles und kollektives Handeln realisiert sich in den Strukturen der sozialen Ungleichheit. Handlungsspielräume werden einerseits maßgeblich von den Mechanismen der stetigen Reproduktion von sozialen Ungleichheiten und eingeschränkten *entitlements* bestimmt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Überlebens, sozial- und wirtschaftspolitische Strategien des Staates, aber auch globale wirtschaftliche Transformationen greifen in die Überlebensökonomien ein und verändern die Struktur der individuellen *entitlements*. Andererseits sind es auch die lokalen, individuellen Praktiken und Diskurse der AkteurInnen, die die konkrete Ausformung der Handlungsspielräume strukturieren. In der individuellen Biographie konkretisieren sich globale Konzepte wie Strukturanpassung, Weltmarktveränderungen, politischer Systemwandel aber auch nationale Politiken gegenüber Armen. Ihre unterschiedlichen *entitlement*s in der sozialen Ungleichheit strukturieren den Zugang der Armen zu oder den Ausschluss von wichtigen materiellen und immateriellen Ressourcen.

- Die Analyse der Überlebensökonomien auf der Mikroebene orientiert sich dementsprechend an folgenden Fragen: Wie sind die einzelnen geschlechtlichen, sozialen, politischen, räumlichen und ökonomischen Dimensionen der Armut miteinander verbunden? Wo liegen die Schnittstellen zwischen der Mikroebene der Haushalte und der Makroebene nationaler und globaler Ökonomien? Wie hängen Ressourcenzugänge und Handlungsspielräume zusammen? Wie beeinflussen die Geschlechterverhältnisse den jeweiligen Zugang zu Ressourcen und Handlungsspielräumen? Welche Rolle spielen die subjektiven Perzeptionen der Männer und Frauen für ihre Handlungsspielräume und die Fähigkeit, unterschiedliche Kapitalsorten zu akkumulieren? Wie wirken auf der individuellen Ebene Sprache, Ideologie, Selbstkonzepte, Geschlecht, Persönlichkeit und Werte als subjektive Bestimmungsfaktoren von Handlungsspielräumen? Wie greifen die Mechanismen der Reproduktion sozialer Ungleichheiten in das Verhältnis von Armen und Staat, insbesondere in die *entitlement*-Struktur städtischer Armer ein? Wie sind die Überlebensökonomien armer und verletzbarer Gruppen mit den sozialen, politischen und ökonomischen Dynamiken ihrer räumlichen Umgebung verbunden? Wie greifen soziale, politische und ökonomische Reproduktion ineinander? Wie sind Partizipation und Überleben miteinander verbunden?

- Was bedeutet das für das Verhältnis von Armen und Staat? Verfügen Arme über Legitimationsfunktionen gegenüber dem Staat? Welche Funktionen übernehmen informelle Strukturen? Die Hypothese ist hier, dass die Nutzung informeller Strukturen den Armen Handlungsspielräume eröffnet, die durch formale Partizipationsformen nicht erreichbar sind. Gleichzeitig sind informelle Strukturen auch für den Staat funktional, weil sie Entlastungsfunktionen übernehmen können. Dabei werden die Bedingungen autoritärer Herrschaft bei gleichzeitiger Pluralisierung des kommunalen Feldes für das Verhältnis von formaler und informeller Partizipation eine wichtige Rolle spielen

II Entwurf eines feministischen Forschungsdesigns

1 Methodologische Überlegungen[45]

1.1 Politikwissenschaftliche Leerstellen

> „In der Mittagshitze eines Kairoer Sommertags betrete ich gemeinsam mit einem ägyptischen Freund die schäbige Hütte unseres nächsten Interviewpartners. Auf dem besten Möbel, einer wackeligen Holzbank, platziert, begrüßt mich ein magerer Mann von etwa Mitte vierzig Jahren. Abu Mohamed bietet mir eine kalte Cola an, die, Armut hin oder her, jedem Gast zusteht. Ich nehme sie gern, der Schweiß rinnt mir übers Gesicht, als wir Begrüßungshöflichkeiten austauschen und uns noch einmal rückversichern, dass Abu Mohamed Zeit für mich und Interesse an einem Gespräch hat. Mittlerweile ist auch seine Frau, Um Mohamed, gekommen, die mich zurückhaltend begrüßt und sich auf die Erde setzt, die Kinder lugen um die Ecke, eine Nachbarin kommt dazu, und wir beginnen mit dem Interview. Abu Mohameds Frau spricht nur selten, manchmal überlässt er ihr das Antworten, etwa wenn es um die täglichen Ausgaben, das Essen und die persönlichen Sorgen und Nöte geht. Zur politischen Partizipation befragt, antwortet Abu Mohamed nur zögerlich – das Thema ist ihm zu brisant, und so begnügen wir uns mit Allgemeinheiten. Das Interview ist beendet, wir bedanken uns, Abu Mohamed geht, und wir bleiben erschöpft noch ein bisschen sitzen und plaudern mit seiner Frau. Und plötzlich erzählt sie, die vorher schweigsam und scheu in der Ecke saß, ganz lebhaft vom letzten Wahlkampf. Anders als ihr Mann hat sie keine Bedenken, über die illegalen Machenschaften der Regierungskandidaten zu berichten“ (Feldtagebuch 1996).

Was bedeuten Abu und Um Mohameds Verhalten und ihre Antworten? Vertraut er einfach der Interviewerin nicht? Hat er Angst vor Repressalien, oder war die Frage zur politischen Partizipation vielleicht falsch gestellt? Warum schweigt sie während des Interviews und spricht aber danach? Heißt das, dass Abu Mohamed nicht politisch interessiert ist, seine Frau aber doch? Widerspricht das nicht den Stereotypen über das angebliche politische Desinteresse von Frauen in Ägypten? Und was folgt aus diesem Deutungsproblem für die interkulturelle Verstehbarkeit und Interpretierbarkeit von Daten?

Für diese zentralen Fragen im Umgang mit qualitativen empirischen Daten bietet die politologische Auseinandersetzung des *male-stream* mit Methoden und Methodologie wenig Antworten; von Alemann bezeichnet die „deutschen Politologen“ nicht zu Unrecht als „Methodenmuffel“ (v. Alemann 1995:75a, Unterstreichung C.H.). Die Politikwissenschaft verfügt sowohl aus Sicht der *main-stream*-Vertreter als auch ihrer feministischen Kritikerinnen nicht über genuin politikwissenschaftliche Methoden (Patzelt 1992:193; Behning, Lepperhoff 1997:55). Zudem ist die Debatte um Methodologie im *male-stream* aufgrund der historischen Entstehungsbedingungen und der Schulenbildung in der bundesdeutschen Politikwissenschaft nur beschränkt geführt worden (Patzelt 1992:193 f..; Kriz et al. 1994; v. Alemann 1995a:74 f.; v. Alemann, Tönnesmann 1995:18 f). Die Politikwissenschaft verstand sich in ihren Anfängen als normative Demokratiewissenschaft und später als überwiegend empirisch-positivistische Wissenschaft, deren methodologische und methodische Auseinandersetzungen sich zumeist mit dem Hinweis auf die Nachbardisziplinen, vor allem auf die Soziologie, begnügten. Empirisch und theoretisch hat die Politikwissenschaft nur wenig zur kritischen Reflexion und Neuentwicklung von Methoden beigetragen (v. Alemann, Tönnesmann 1995:20).

Von Alemann und Tönnesmann sehen in der „Methodenmuffeligkeit“ (a.a.O.:17) der Politologen aber auch einen Vorteil, denn durch Pragmatismus und Methodenpluralismus

[45] Teile dieses Kapitels wurden in veränderter Form bereits als Aufsatz veröffentlicht (Harders 1999).

ließen sich die Differenzen zwischen quantitativen und qualitativen Ansätzen überwinden, polarisierende Grundsatzdebatten vermeiden und in ein „Leitbild kritisch-empirischer Politikforschung" überführen (a.a.O.:64 ff.). Dieses Leitbild kombiniert erklärende und verstehende Ansätze ebenso wie unterschiedliche Methoden, es setzt sich für theoriegeleitete empirische Forschung ein, die sich der gesellschaftlichen Eingebundenheit von Forschung und damit der Unmöglichkeit von Wertfreiheit bewusst ist.[46] Das Leitbild von Alemann und Tönnesmann bleibt allgemein, es bietet methodische Offenheit, die für die je vom Gegenstand abhängige unterschiedliche Erfassung sozialer und politischer Wirklichkeit eine wichtige Voraussetzung ist. Dieser Methodenpragmatismus kommt jedoch ohne methodologische und erkenntnistheoretische Aussagen aus. Die dem Kapitel vorangestellte Einführung in unterschiedliche Methodologien bleibt weitgehend folgenlos für den konkreten Vorschlag der Autoren. So wiederholt sich die mangelnde Methodenreflexion der Politikwissenschaft auch im „Leitbild kritisch-empirischer Politikforschung".

Das Leitbild greift zwar Anforderungen des interpretativen Paradigmas wie (methodische) Offenheit und Flexibilität auf, verzichtet aber auf die Diskussion so zentraler Begriffe wie Intersubjektivität und Kommunikativität von Forschungsprozessen. Gleichzeitig wird alltagsorientierten Ansätzen eine Absage erteilt. Der Methodenpluralismus gelangt an seine politikwissenschaftlichen Grenzen, ohne dass einsichtig wird, warum gerade diese Ansätze nicht für politikwissenschaftliche Forschung fruchtbar gemacht werden können (a.a.O.:70). Die von den Autoren geforderten „Modelle" oder „Landkarten" des Gegenstandsbereichs als Ausgangspunkt empirischer Forschung (a.a.O.:69) könnten sehr wohl lebensweltlich entwickelt oder durch die Methodologie der *grounded theory* fundiert werden (Kahlert, Schindler 1997). Zudem werden feministische Methodologie und Geschlecht als Strukturkategorie für Forschungsprozess und Fragestellungen vollständig ausgeblendet (Sauer, Kulawik 1996; Kreisky, Sauer 1997). Dabei ist die feministische Debatte hinsichtlich ihrer Methodenreflexion viel ausdifferenzierter als die politologische (Becker-Schmidt 1985; Diezinger et al. 1994; Sturm 1994; Brück et al. 1997; Alfhoff et al. 2001).[47]

Für einen geschlechterdifferenzierenden, reflexiven und qualitativen Forschungsansatz bietet die politologische Auseinandersetzung des *main-streams* keine anschlussfähigen Konzepte. Die vorliegende Arbeit versucht dieses Manko durch einen interdisziplinären Ansatz zu überwinden, indem feministische, soziologische und ethnologische Forschungsmethodologien und -methoden mit politologischen Fragestellungen verbunden werden. Ein solches methodenplurales Vorgehen entspricht dem Konsens der feministischen Debatte darüber, dass es zwar feministische Methodologien, aber keine feministischen Methoden gibt (Abels 1993; Krüger 1994; Müller U. 1994; Brück et al. 1997:35).[48] Das hier entwickelte feministische Forschungsdesign entwirft keine neuen feministisch-politologischen Methoden, sondern verbindet die Anforderungen politik-

[46] Das Leitbild ist kritisch in Hinsicht auf die gesellschaftliche Realität (v. Alemann, Tönnesmann 1995:66), auf die empirisch gewonnenen Ergebnisse (a.a.O.:67) sowie auf die verwendeten Theorien und Begrifflichkeiten (a.a.O.:68).

[47] So geht das von Sturm entwickelte „methodologische Trivium" als Ansatz zur Überwindung des Gegensatzes von quantitativer und qualitativer Methode über den bei von Alemann, Tönnesmann diskutierten Entwurf hinaus (Sturm 1994:95).

[48] Der feministische Methodenpragmatismus korrespondiert mit dem politikwissenschaftlichen unter umgekehrten Vorzeichen: Während sich die empirische feministische Forschung nur zögerlich an quantitative Verfahren annähert, bleibt die politologische überwiegend dem „neopositivistischen Geist der Vergangenheit" verhaftet (Hofmann, J. 1997:54).

wissenschaftlicher Fragestellungen in der Armuts- und Partizipationsforschung mit den reflexiven Grundlagen feministischer Methodologie.[49]

1.2 Zwischen Dekonstruktion und Differenz

Grundlegend für ein qualitatives politikwissenschaftliches feministisches Forschungsdesign sind auf der methodologischen Ebene die Annahmen des interpretativen Paradigmas nach Wilson, das soziale Wirklichkeit als symbolisch vorstrukturierte und kommunikativ vermittelte begreift (Wilson 1980). Soziales Handeln ist nie isoliert zu verstehen, sondern als interaktiver und interpretativer Prozess (Wilson 1980:55; Spöhring 1989:59). Soziale Realität wird von den AkteurInnen vor dem Hintergrund kollektiver Deutungsmuster ständig hergestellt, interpretiert und verändert. Auch der Forschungsprozess ist dementsprechend ein sozialer Interaktions- und Kommunikationsprozess, der in die jeweilige Lebenswelt eingebettet ist und durch ihre Interpretation verständlich wird. Forscherin und Erforschte sind dabei gleichermaßen an der interpretativen Konstruktion von Wirklichkeit beteiligt, wobei dieser Prozess weder neutral noch abgelöst von den jeweiligen Lebenswelten verläuft. Die Prozessualität qualitativer Forschung ist also eine doppelte: Sie richtet sich zum einen auf den „Prozeß der Konstitution von Wirklichkeit und [...] von Deutungs- und Handlungsmustern", zum anderen aber auch auf den Forschungsprozess als Teil von Wirklichkeitskonstruktionen, in die die Forscherin aktiv involviert ist (Lamnek 1988:25). Qualitative Forschung bemüht sich um die theoretisch offene und methodisch kommunikative und interpretativ-verstehende Annäherung an diese Lebenswelten (Lamnek 1988:41; Abels 1993:8).

Die mit dem Aufsatz von Mies 1987 eröffnete feministische Debatte um Methoden und Methodologie hat sich kritisch auf das interpretative Paradigma und die Grundsätze qualitativer Sozialforschung bezogen und sie um die bis dahin vernachlässigte Rolle von Geschlecht für wissenschaftliches Erkennen und Verstehen ergänzt (Mies 1987; Abels 1993; Diezinger et al. 1994; Brück et al. 1997). Mit Abels lassen sich fünf Grundsätze einer feministischen Methodologie bestimmen: die Beachtung von Geschlecht als Strukturkategorie, der emanzipatorische Anspruch feministischer Forschung, die Problematisierung von Subjektivität und Objektivität für wissenschaftliche Erkenntnis, die sich daraus ergebenden ethischen Implikationen für Forschung und die Praxisorientierung feministischer Forschung (Abels 1993:10). Das zentrale Erkenntnisinteresse feministischer Forschung an der Aufdeckung blinder Flecken ausgegrenzter weiblicher Lebenszusammenhänge wird durch die Anerkennung von Geschlecht als Strukturkategorie in die Forschungspraxis umgesetzt. Das bedeutet, die historische, gesellschaftliche, symbolische und materielle Organisation und Konstruktion von Geschlechterverhältnissen als sozialen Machtverhältnissen in das Zentrum der Analyse zu stellen (Bublitz 1992:67).

[49] Zu Beginn dieser Untersuchung im Winter 1995 lagen nur die qualitative Studie von Singerman und die Arbeiten von Semsek und Stauth vor (Semsek 1986; 1987; Semsek, Stauth 1987; Singerman 1995). Semsek und Stauth beschreiben den Zusammenhang von Überlebensökonomien und informellen Strukturen auf der Mesoebene der Stadtteile, beziehen aber organisierte politische AkteurInnen auf dieser Ebene nur am Rande mit ein. Singerman untersucht informelle Partizipationsstrukturen und hier vor allem Netzwerke auf der Mikroebene der Haushalte (Singerman 1995). Singermans Arbeit bezieht sich jedoch nicht direkt auf die kommunalpolitischen Strukturen in dem von ihr untersuchten Viertel. Sie weist auf die Situation armer und verletzbarer Gruppen auch nur am Rande hin. 1997 und 1998 erschienen außerdem die Studien von 'Eid und Haenni, die das Fallbeispiel Imbaba bearbeiten, sich hier aber auf die AkteurInnen der Mesoebene konzentrieren (Haenni 1997; 'Eid, Haenni 1998). Meine Studie hat entsprechend einen stark explorativen Charakter.

Die feministische Wissenschaftskritik dekonstruiert in Anlehnung an die Hermeneutik die Vorstellung des objektiven Erkennens durch abstrakte Subjekte und etabliert methodisch die Reflexion und Offenlegung der eigenen Parteilichkeit und die Einbeziehung von Subjektivität bei der Erhebung und Auswertung von Daten (Brück et al. 1997:35 f.). Die so in Frage gestellten hierarchischen Subjekt-Objektbeziehungen im Forschungsprozess münden dem Anspruch nach ins Emanzipatorische: Feministische Forschung soll der Stärkung von Frauen, ihrem *empowerment* und der Erweiterung ihrer Handlungsspielräume dienen (Mies 1987; Abels 1993:10 f.; Künkel 1995:67). Innerhalb der feministischen Theorie rückten drei eng miteinander verbundene Dimensionen feministischer Methodologie in den Mittelpunkt reformulierender Debatten: die Strukturkategorie Geschlecht, der Emanzipationsanspruch und die Einschätzungen von Subjektivität und Objektivität im Forschungsprozess. Insbesondere die postmodernen Theorien haben die in der Auseinandersetzung um Mies methodischen Postulate und die in der Diskussion um Rassismus und Orientalismus bereits stark verunsicherten Grundannahmen über die Kategorie „Frau" weiter in Frage gestellt. Was, so ließen sich die Debatten vereinfachend zuspitzen, kann noch Gegenstand feministischer Forschung sein, wenn sich die Kategorie „Frau" zunehmend auflöst, wenn die Geschlechterdifferenz selbst als Konstruktion suspekt wird? Was wird aus dem emanzipatorischen Anspruch feministischer Forschung, wenn die Idee der Emanzipation selbst als hierarchisierende und ausschließende Metaerzählung der abendländischen Philosophie entlarvt wird? Und was bedeuten Differenzerfahrungen für die Vorstellung von Subjektivität und Intersubjektivität, Empathie und gemeinsamer politischer Praxis unter Frauen?

1.2.1 Differenzerfahrung und Orientalismuskritik

Die Forderung nach der Wahrnehmung der „vergessenen Differenz" (Knapp 2001) unter Frauen war ein wichtiger Kristallisationspunkt der westdeutschen feministischen Debatte um Differenz und Gleichheit (Treibel 1993:258 ff.). Die Miesschen Postulate der Parteilichkeit, Betroffenheit und Empathie als Leitsätze emanzipatorischer feministischer Forschung wurden vor dem Hintergrund konkreter Forschungserfahrung einer kritischen Inspektion unterzogen (Becker-Schmidt 1985; Diezinger et al. 1994; Müller U. 1994). Die Annahme, dass das gemeinsame Geschlecht von Forscherin und Erforschter automatisch zu De-Objektivierung im Forschungsprozess und emanzipatorischer Wirkung der Forschung führe, ließ sich nicht bestätigen. Hinter den Gemeinsamkeiten liegen Differenzen verborgen, die den Reflexionen über Subjektivität und Objektivität im Forschungsprozess sowie über die ethisch-politischen Implikationen feministischer Methodologie wichtige neue Impulse gaben.

Dieser Aspekt kann durch die feministische Orientalismusdebatte konkretisiert werden, die auch feministische Forschung nicht von Rassismen und Stereotypen freisprechen konnte (Lazreg 1988; Hügel et al. 1993; Zdunnek 1995; Gümen 2001). Die Kritik an der Konstruktion „der arabischen Frau" als der stereotyp Anderen westlicher feministischer Selbstentwürfe, orientiert sich an Saids 1979 veröffentlichter Arbeit über *orientalism* als die symbolische, literarische und politische Konstruktion des Orients als das unvollkommene und barbarische Andere des Okzidents (Said 1979). Frauen und ihre gesellschaftlichen Rollen wurden in diesem Spiel um Repräsentationen in Orient und Okzident für die jeweiligen politischen Ziele vereinnahmt. Vom Norden zum Sinnbild von Rückständigkeit stilisiert, galt die verschleierte arabisch-islamische Frau den postkolonialen arabischen Befreiungsregime oft als Symbol authentischer arabisch-islamischer Identität (Kandiyoti 1991; 1996:9). Zwischen diesen beiden Polen schwank-

te auch die Frauenforschung über die Region, wie Sozialforscherinnen seit den 1980er Jahren kritisieren (Lazreg 1988; Mohanty 1991; Afshar 1993).

Die feministischen, Empathie übenden selbsternannten Schwestern aus dem Norden, die in ihren eigenen Gesellschaften die Missachtung und Homogenisierung weiblicher Lebenswelten kritisierten, sahen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Orient oft allein die durch Islam und Patriarchat unterdrückte verschleierte Frau oder die heroische Widerstandkämpferin, um zwei klassische Beispiele zu nennen. Arabisch-islamischen Frauen wurde abgesprochen, außerhalb ihres angeblich allein von Männern und Religion bestimmten Lebens als Opfer, eine sinnhafte, individuelle und auch widerständige Existenz zu führen. Über die Festschreibung des Opferstatus der „Dritte-Welt-Frau" konstruierten sich die Feministinnen des Nordens als selbstbestimmte und befreite Individuen, als Nicht-Opfer im Gegensatz zu ihren unterdrückten Geschlechtsgenossinnen im Süden (Mohanty 1991:71). Die Festlegung des „Dritte-Welt-Unterschieds" (a.a.O.) als ahistorische und statische Grunddifferenz mündete in die „feministische Kolonisierung" des Südens durch den Norden (Mohanty 1991:71; Hasenjürgen 1993:23 f.; Künkel 1995:60).

Schon 1988 forderte deshalb die algerische Soziologin Lazreg, Frauen des Südens nicht als homogene unterdrückte Gruppe zu betrachten, sondern auf die sozialen, politischen und ökonomischen Prozesse zu achten, die weibliche Lebenszusammenhänge strukturieren und beeinflussen (Lazreg 1988). Denn Frauen sind nicht nur Opfer gesellschaftlicher Strukturen, sondern auch ihr tragender Bestandteil, sie reproduzieren Herrschaftsverhältnisse ebenso, wie sie ihnen widerstehen (Mohanty 1991; Afshar 1993; Kandiyoti 1996).[50] So sind beispielsweise InterviewpartnerInnen und Forscherin weder machtlos einer Situation ausgesetzt noch kontrollieren sie sie vollständig. Beide Seiten befinden sich in einem Prozess der ständigen, oft indirekten Aushandlung über Status und Machtverhältnisse innerhalb der Forschungssituation, so meine These.

Für meine Forschung war es von Vorteil, dass ich eine Frau bin, weil so der Zugang in die privaten Räume und zu Frauen im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung erst möglich wurde. Das gemeinsame Geschlecht führte also einerseits zu Gemeinsamkeitsannahmen, die wichtige Konsequenzen hatte, unter anderem auch in Bezug auf mögliche Interviewthemen wie die Vorstellungen von Weiblichkeit, Geschlechterverhältnissen und Sexualität, die von einem männlichen Forscher nur schwerlich mit Frauen diskutierbar gewesen wären (Hoodfar 1994; Ghannam 1999; Wedel 1999). Durch das gemeinsame Geschlecht wurden andererseits auch die Differenzen sichtbar, permanent kommuniziert und ausgehandelt. Die Machtverhältnisse im Feld sind ambivalent, meinem materiellen Reichtum steht meine soziokulturelle Armut gegenüber, meiner sozialen Unabhängigkeit als fremde Besucherin meine soziale Abhängigkeit von denjenigen, mit denen und über die ich etwas lernen wollte (Wolf 1992:134; el-Kholi, al-Ali 1999:21 ff.). Kulturelle Annahmen sind auf beiden Seiten verhaltensrelevant, aber Kultur ist nicht statisch, sie ist zumal in der Begegnung mit dem Fremden ein Aushandlungsprozess, in dem die Forscherin mindestens ebensoviel über ihre eigenen kulturellen Wertmuster lernt wie über die ihres „Feldes". Die Forscherin lernt sich als „exotisch" kennen, während die Frauen und Männer im Feld die Definitionsmacht über gesellschaftliche Normalität besitzen, die aber immer wieder neu ausgehandelt werden kann (el-Kholi, al-Ali 1999; Wedel 1999:95).

[50] Dieses Verständnis von „Intersubjektivität" entspricht dem reflexiven Begriff von Parteilichkeit und Betroffenheit in der westdeutschen feministischen Debatte. Brück und Kahlert bezeichnen bewusste Parteilichkeit als die „politisch gewendete Dimension von Betroffenheit", die über die Gleichgeschlechtlichkeit Nähe herstellt, ohne Gleichheit als Voraussetzung für Verstehen und gemeinsames politisches Handeln unter Frauen zu betrachten (Brück et al. 1997:36).

„Kultur" als Kontext dieser Begegnungen ist dynamisch, sie darf weder im Sinne des oben diskutierten „Dritte-Welt-Unterschieds" noch im Sinne eines ahistorischen und apolitischen Kulturrelativismus essentialisiert werden. Kulturrelativistische Positionen erkennen zwar das Besondere und Differente im Anderen, sie schreiben es aber gleichzeitig immer auch fest und konstruieren eine Inkommensurabilität, die der des Orientalismus ähnelt. Die angenommene Einmaligkeit des Fremden löst seine konkrete Realität auf, wie Lazreg betont (Lazreg 1988:98). Sie warnt davor, beispielsweise den Islam zum zentralen Erklärungsfaktor zu stilisieren, weil dadurch allein Religion als Ursache für Unterentwicklung und Geschlechterdiskriminierung betrachtet würde (a.a.O.:86). Wird der Islam ins Zentrum gerückt, dann scheint oft das feministische Fazit nahe zu liegen, dass „traditionale islamische" Gesellschaften Frauen per se und aufgrund ihrer Rückständigkeit an der Emanzipation hindern (Afshar 1993:6 f.).[51] Der Zusammenhang zwischen gelebter Religion, den jeweiligen politischen Systemen, ökonomischen Kontexten und sozialen Ausdrucksformen wird durch eine solche Perspektive vernachlässigt und den komplexen Lebenslagen von Frauen und Männern nicht gerecht. Die Kategorien „Religion" und „Geschlecht" bedürfen, wie viele andere Großkategorien der feministischen Theorien, einer politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Kontextualisierung.

1.2.2 Dekonstruktion der Differenz

Die feministische Diskussion um Differenz hat durch die verstärkte Rezeption dekonstruktiver und diskursanalytischer Ansätze eine neue Dimension erhalten. Mit ihr sind Begriffe wie Sprache, Macht, symbolische Ordnung, Phallogozentrismus, Text, Diskurs, oder différance ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Die Produktion von Geschlechtlichkeit etwa wird in diskursanalytischen Ansätzen als Ausdruck diskursiver Prozesse innerhalb einer symbolischen Ordnung, die durch Sprache vermittelt ist, begriffen (Brück et al. 1997:28). Die Zweigeschlechtlichkeit selbst wird so als zunehmend künstliche Kategorie interpretiert, die angebliche Natürlichkeit und Körperlichkeit von Geschlecht zeigt sich in dieser Perspektive als Produkt diskursiver Praktiken (Butler 1991; Gildemeister, Wetterer 1992; Hark 2001; Villa 2001). Die Mann-Frau-Dichotomie ist nur eine der Binaritäten, die insbesondere durch die Arbeiten Derridas als hierarchische Denkfigur der abendländischen Philosophie suspekt geworden sind. Mit der Dekonstruktion lassen sich die Prozesse beschreiben, durch die unser Denken zwanghaft immer ein Zentrum, sei es Sein oder Sinn, setzen muss und dadurch immer auch an den Rand Gedrängtes und Ausgeschlossenes produziert (Derrida 1990).

Dekonstruktion versucht diesem Nicht-Gedachten und Nicht-Identischen auf die Spur zu kommen, indem sie, sehr schematisch und vereinfacht ausgedrückt, eine doppelte Bewegung vom Aufdecken binärer Strukturen und ihrer Verschiebung in der Sprache vollzieht (Derrida 1990; Wartenpfuhl

[51] Auf die vielen Veröffentlichungen zum Thema „Frauen und Islam" kann hier nicht näher eingegangen werden. Innerhalb der feministischen Debatte über die Rolle des Islam für Leben und Handeln muslimisch-arabischer Frauen haben sich zwei Strömungen etabliert: Die erste Strömung, zu der unter anderem die bekannte marokkanische Soziologin Mernissi gehört, nähert sich dem Islam unter feministischen Vorzeichen (Mernissi 1989; 1991; Ahmed 1992; Badran, Cooke 1992; Afshar 1993:7 ff.). Die andere Strömung mit Vertreterinnen wie der ägyptischen Marxistin as-Saadawi betrachtet den Islam als eine Analyse-Kategorie unter anderen und kritisiert sowohl die orientalistische Wahrnehmung von Frauen als auch die Nutzung von Religion als Unterdrückungsmechanismus (u.a. as-Saadawi 1988; Kandiyoti 1991; Badran, Cooke 1992; Hatem 1992; Moghadam 1994; Toubia et al. 1994; Harders 1995; Kandiyoti 1996; Harders 1997; Klein-Hessling 1999; Al-Ali 2000).

1996; 2000).[52] In der feministischen Theorie ist über die Konsequenzen der Dekonstruktion ein Streit entbrannt: Während die Vertreterinnen der Dekonstruktion in ihr potentielle Befreiungsstrategien mitgedacht sehen (Butler 1991; Hark 2001), befürchten die Kritikerinnen genau das Gegenteil, nämlich den Verlust eines handlungsfähigen Subjekts (Lenz 1993; Benhabib 1995; Knapp 2001). Wie kritisch je die gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit der Entlarvung von Dichotomien und einem dezentriertem Subjektverständnis eingeschätzt wird, das „feministische Bündnis mit der Dekonstruktion" (Benhabib 1995:225) radikalisiert die bereits in der Orientalismuskritik geäu- ßerte Forderung nach der Kontextualisierung und Situierung des Sprechens. Damit ist jedoch keine Auflösung der Kategorien verbunden.

> „Denn solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichverhältnis und immer auch ein potentielles Gewaltverhältnis ist, brauchen wir die Kategorie 'Frau' zur Erforschung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Um aber nicht im Status Quo [sic] verhaftet zu bleiben und Veränderungen denken zu können, brauchen wir die Perspektive der Dekonstruktion" (Wartenpfuhl 1996:207).

Zusammenfassend lassen sich die hier entwickelten methodologischen Anforderungen im qualitativen feministischen Forschungsdesign folgendermaßen konkretisieren: (1) Wahl adäquater Methoden einschließlich quantitativer. Meine Fragestellungen lassen sich im Kontext der quantitativen Armuts- und Partizipationsforschung entfalten, bedürfen aber dringend der qualitativen Differenzierung und Kontextualisierung. Daher nutze ich eine Bandbreite qualitativ-beobachtender und befragender Methoden, die in eine „dichte Beschreibung" (Geertz 1983) münden. (2) Kontextualisiertes und reflexives Forschen. Dazu zählt zum einen die kritische Reflexion von Forschungsprozess und Interaktion vor dem Hintergrund der Strukturkategorie Geschlecht. Der Anspruch, Differenz und Empathie gleichermaßen wahrzunehmen, erfordert situiertes Sprechen. Zum anderen bedeutet das die kritische Reflexion der Möglichkeiten emanzipatorischen Forschens im Sinne von *empowerment* und gleichzeitig der Blick auf die machtvollen Produktionsbedingungen legitimen Wissens über marginalisierte Gruppen.

„Dichte Beschreibung" ist mit Geertz Ziel und Ausgangspunkt der ethnographischen Beobachtung und Analyse (a.a.O.:15). Die Gegenstände der Ethnographie, die „geschichtete Hierarchie bedeutungsvoller Strukturen" (a.a.O.:12), seien sinnvoll nur durch eine Beschreibung zu erfassen, die sich der Tatsache bewusst ist, dass das, „was wir als unsere Daten bezeichnen, in Wirklichkeit unsere Auslegungen davon sind, wie andere Menschen ihr eigenes Tun und das ihrer Mitmenschen auslegen" (a.a.O.:14). Unser Vorverständnis über Situationen und Handlungen und die Deutungen der daran Beteiligten fließt in die Beobachtung und ihre Beschreibung mit ein. Wenn theoretische Konzepte und gedeutete Deutungen gleichermaßen durch die Anwendung theoretischer Konzepte und durch das Aufspüren der inneren Logik, der Alltagstheorie, in die Beschreibung eingehen, wird sie zu einer dichten. In diesem Sinne sind auch die hier präsentierten qualitativen Daten Interpretationen, angefangen von der Wahrnehmung „relevanter" Fakten und dem Ausschluss „irrelevanter", über Art und Stil der Gesprächsprotokolle bis zur Übersetzung. Der Anspruch auf Authentizität ist damit gebrochen, denn die Forscherin als Vermittlungsinstanz hat ihren Einfluss auf den gesprochenen Text bereits genommen, ohne dass ihr Eingriff sichtbar gemacht werden könnte.

[52] Diese „methodische" Lesart widerspricht Derridas Position, nach der die Dekonstruktion keine Methode sei und sich einer solchen Aneignung widersetzen müsse (Derrida 1997).

Hier knüpft Gutiérrez Rodríguez Strategie der Situierung an. Sie fordert in ihrer Dekonstruktionsinterpretation in Anlehnung an Spivak Situierung der Forscherin, aber auch von Forschungsgegenständen ein. Während die Forscherin als durch den Wissenschaftsbetrieb autorisierte Sprecherin offen legen sollte, wer von wo aus für wen spricht, gilt es, die „impliziten Metaphysiken der Gegenwart in einem politisch-nationalen Erklärungsrahmen zu situieren, der als Rationalisierungsmodell für die transnationale Ökonomie fungiert" (Gutiérrez Rodríguez 1996:172). In diesem Sinne möchte ich mein Sprechen über arme Frauen und Männer in Ägypten situieren und kontextualisieren. Ich bin eine weiße, protestantisch sozialisierte, weibliche Politologin ländlicher Herkunft mit gut abgesicherter materieller Lebensbasis. Ich war 1995/96 und 1998 insgesamt 15 Monate in Kairo, um dort im Rahmen eines zwischen Ägypten und Ghana vergleichenden DFG-Projekts den Zusammenhang von politischer Partizipation und Überlebensstrategien von Männern und Frauen in städtischen Armutsmilieus zu erforschen. Vor dem institutionellen und finanziellen Hintergrund des DFG-Projekts konnte ich meine Feldforschung in Kairo durchführen – ich spreche von diesem privilegierten Punkt aus über Arme und Armut in Kairo. Meine Interviewpartnerinnen und -partner sind mehrheitlich muslimisch sozialisiert, leben in mehrheitlich ungesicherten materiellen Verhältnissen, entstammen ländlichem und/oder städtischem Hintergrund, verschiedenen Altersklassen und befinden sich in unterschiedlichen Lebensphasen. Sie leben in peripheren und zentralen armen Vierteln in der Metropole Kairo.

Dekonstruktions- und Rassismusdebatte haben gezeigt, dass durch Differenzerfahrung und durch die Kritik an den Kategorien die alten Forderungen von Mies nach Parteilichkeit, Empathie und Stärkung von Frauen nicht obsolet geworden sind (Mies 1987; 1994:18). Empathie kann helfen, die im empirischen Forschungsprozess permanent auftauchenden Spannungen und Differenzen auszuhalten. Um aber nicht im Überschwang des Sich-Einfühlens über Machtverhältnisse und strukturelle Unterschiede unter Frauen hinwegzusehen, sollte die politikwissenschaftliche feministische Forschung die dekonstruktivistische Kritik an Homogenisierung und Festschreibung des „schlechten Anderen" zur Stabilisierung des „besseren Eigenen" ernst nehmen. Und auch die dekonstruktivistische Annahme, dass es kein Außerhalb der Macht gibt, sollte in feministische Forschung einfließen.

Das Bewusstsein um das Wissens- und Analysemonopol von Wissenschaftlerinnen aus dem Norden, um die eigene Position innerhalb der Apparate der Wissensproduktion im Norden und um die eigene Involviertheit bei der Schaffung, der Erhaltung oder aber der Dekonstruktion kolonialer Diskurse scheint mir die Voraussetzung für eine Veränderung eben dieser Machtverhältnisse zu sein (Künkel 1995:64; Gutíerrez Rodríguez 1996). Diese Einsicht beruht auch auf den Forderungen der Wissenschaftlerinnen aus dem Süden, die für *empowerment* plädieren (Mohanty 1991; Künkel 1995:65). Ähnlich argumentieren auch Lenz (1993) und Afshar (1993), die sich für politik- und lebensrelevante Frauenforschung aussprechen. Aus dieser Perspektive kann die Forschung von Frauen aus dem Norden in den Ländern des Südens wieder Legitimität und Sinn gewinnen (Wedel 1999:95; Sayigh 1996; el-Kholi, al-Ali 1999). Mit dem Anwachsen fundamentalistischer und konservativer Strömungen weltweit, die vor allem auf die Rücknahme von Frauenrechten zielen, ist es sehr wichtig, Forschung auch als befreiende Strategie zu nutzen (Afshar 1993:5).

2 Erfahrungen mit Methode[53]

2.1 Methoden der Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte in zwei Phasen mit zwei unterschiedlichen Samples. In der ersten Phase von Oktober 1995 bis September 1996 stand die Untersuchung der Überlebensökonomien und der Partizipationsformen armer Menschen in insgesamt sechs unterschiedlichen Kairoer Stadtteilen durch teilnehmende Beobachtung, informelle Gespräche und qualitative Fragebögen in Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen vor Ort im Vordergrund. In der zweiten Phase von Dezember 1997 bis März 1998 wurden intermediäre organisierte AkteurInnen in drei Stadtteilen zu ihrer Rolle in der Kommunalpolitik und ihrer Perspektive auf Partizipationsverhalten und -verständnis in Form von problemzentrierten Interviews befragt (Witzel 1985). In beiden Phasen wurden ergänzend ExpertInneninterviews, informelle Gespräche in anderen Vierteln und einzelnen Entwicklungsprojekten, Diskussionen mit den Projekt-MitarbeiterInnen, KollegInnen sowie FreundInnen und teilnehmende Beobachtung besonderer Ereignisse durchgeführt.[54]

Die Daten in armen Stadtvierteln wurden mit einer Kombination aus teilnehmender Beobachtung, einem qualitativen Fragebogen, *mental mapping*[55], biographischen Interviews[56] und informellen Gesprächen anhand eines Leitfadens erhoben. Informelle Gespräche wurden situations- und kontextabhängig mit armen und verletzbaren Menschen (BettlerInnen, StraßenhändlerInnen u.ä.) geführt.[57] Diese Form von Gesprächen führte ich mit insgesamt 43 Personen (88,4 % Frauen und 11,6 % Männern) in vier unterschiedlichen Stadtteilen (Z, B, K, M), die Ergebnisse fließen unter dem Stichwort „informelles Sample" in die Arbeitein.

Die teilnehmende Beobachtung ist im Rahmen eines lebensweltlichen und qualitativen Forschungsansatzes das wichtigste Erhebungsinstrument. Beobachtungsdaten sind durch eine hohe Komplexität und Multidimensionalität gekennzeichnet. Bei längerer Dauer werden so „Atmosphärisches statt spezifische Indikatoren, Prozess statt Effekte, Feld statt Ereignis, Netze statt Ketten zugänglich" (Lüdtke 1992:255). Das aktive Eintauchen der Forscherin in den Alltag der Befragten erlaubt nicht nur die Annäherung an eine zunächst sehr fremde Lebenswelt, sondern auch die Beobachtung von informellen (oder illegalen) Aktivitäten und von Netzwerken, die von den Befragten meist nicht verbalisiert werden. Durch den zeitweise geteilten Alltag werden Mikrostrukturen sichtbar, die im Interview selten zur Sprache kommen.[58] Ich habe mich für die Durchführung nicht stan-

[53] So der Titel des von Diezinger et al. 1994 herausgegebenen Bandes zur feministischen Forschung.

[54] Insgesamt besuchte ich sechs unterschiedliche Ramadan-Speisungen. Politische Veranstaltungen, die von Gruppen organisiert wurden, mit deren Mitgliedern ich Interviews geführt hatte, besuchte ich viermal.

[55] Dabei handelt es sich um eine Befragungstechnik, die mit der Visualisierung von Alltagserfahrungen arbeitet. Ich habe diese Methode mit einer Gruppe junger Männer aus D und einer Gruppe von Frauen aus A erprobt, indem ich sie bat, für sie wichtige Orte und Wege im Viertel aufzuzeichnen (Harders 1998a).

[56] Biographische Interviews habe ich mit insgesamt vier armen Frauen aus unterschiedlichen Vierteln geführt. Sie dienten dazu, die bereits in der teilnehmenden Beobachtung gewonnenen Einsichten zu vertiefen. Die Interviews werden in dieser Arbeit nicht gesondert ausgewertet, sondern fließen an je geeigneter Stelle mit ein.

[57] Informelle Gespräche sind nicht themengebunden, sie ergeben sich aus dem Kontext und beziehen sich meist auf ihn. Sie verlaufen wie Alltagsgespräche, d.h. die Forscherin gibt sich als solche nicht zu erkennen und greift in das Gespräch nicht strukturierend im Sinne eines Leitfadens ein. Informelle Gespräche werden im nachhinein in Form von Protokollen dokumentiert und aufgrund ihres informellen und situativen Charakters mit Wedel von Interviews unterschieden (Wedel 1999:102).

[58] So entwickelte sich zu einer Mitarbeiterin der Fragebogenaktion ein sehr enges Verhältnis, das in regelmäßige Besuche, Diskussionen, gemeinsames Kochen etc. mündete. Die Teilnahme an Gruppentreffen ihrer NGO gehörte ebenso dazu wie das Spielen mit ihren Kindern. In einem anderen Fall besuchte ich regelmäßig die Grup-

dardisierter und offener teilnehmender Beobachtung vor allem im Stadtteil Z, aber auch in allen anderen Stadtteilen, in denen ich Kontakte aufgebaut hatte, entschieden, weil diese Form der Beobachtung den Forschungsfragen und -umständen optimal angepasst war (Spöhring 1989:123 ff.).

Außerdem wurden im Sommer 1996 qualitative offene Fragebögen eingesetzt, um vergleichbare und systematisierbare Daten eines größeren Samples in unterschiedlichen Stadtteilen zu erhalten. Da die Quartiersstudie in Z und die parallel dazu vorgenommenen Besuche in anderen armen Stadtteilen gezeigt hatten, dass die Überlebensökonomien abhängig von der Lage und der ökonomischen Struktur variieren, erschien ein vergleichend-systematisierender Ansatz fruchtbar. Diese Arbeit habe ich mit vier unterschiedlichen MitarbeiterInnen aus den betreffenden Vierteln selbst durchgeführt, die die InterviewpartnerInnen aussuchten, mich zu den Interviews begleiteten und zum Teil auch einen aktiven und sehr wichtigen Part in den Gesprächen übernahmen. Die Auswahl der Viertel erfolgte zum einen aufgrund der vorhandenen Kontakte und Vermittlungsmöglichkeiten. Zum anderen sollten eher periphere informelle Viertel wie E, T, D und A mit zentrumsnahen Armutsvierteln wie S und F verglichen werden. Das Sample ist nach Alter, Geschlecht und Religionszugehörigkeit gestreut: Insgesamt nahmen 60 Personen (70% Frauen und 30% Männer) an der Befragung teil, ihre Antworten gehen als die Ergebnisse des „formalen Samples" in die Arbeit ein. Die MitarbeiterInnen wurden auch interviewt und sind Teil des Samples, da sie ebenfalls zur Zielgruppe gehörten.[59]

Organisierte politische AkteurInnen in den drei Vierteln D, S und W befragte ich mit problemzentrierten Interviews. Nachdem ich lokale Politikformen aus der Armutsperspektive kennen gelernt hatte, schien es sinnvoll, auch intermediäre AkteurInnen in ausgewählten Vierteln in die Analyse systematisch mit einzubeziehen. Die Erhebungsform des problemzentrierten Interviews ermöglichte dabei zum einen, die InterviewpartnerInnen als ExpertInnen zu einem bestimmten Feld (das der politischen Partizipation) zu befragen, und zum anderen, ihre Biographie, Einschätzungen und Meinungen einzubeziehen (Witzel 1985:228).[60] Ich führte insgesamt 42 problemzentrierte Interviews mit intermediären AkteurInnen (24 % Frauen und 76 % Männer), die ich durch gerichtetes Schneeballsampling über einen Erstkontakt in das jeweilige Viertel erreichte.

2.1.1 Der Zugang zum Feld

Trotz guter Vorbereitung und bereits vorher gesammelter Landeskenntnisse waren die ersten Begegnungen mit dem zukünftigen Feld eine große Herausforderung, wie die folgende Passage aus meinen Feldnotizen vom Frühjahr 1996 illustriert:

> „Die ersten Besuche in armen Vierteln im Dezember 1995 und Januar 1996 waren schockierend und einschüchternd. Die auf den ersten Blick alle gleich katastrophal erscheinenden Wohn- und

pentreffen einer kirchlichen Armutsbekämpfungs-NGO und der durch sie unterstützten Frauen, von denen ich wiederum einige zu Hause besuchte oder am Kirchgang teilnahm.

[59] Der Fragebogen umfasst 20 offene und geschlossene Fragen. Im ersten Teil des Fragebogens geht es um die Wohnverhältnisse (Wohnung, Strom, Wasser, Infrastruktur), an den sich im zweiten Teil persönliche Daten (Alter, Ausbildung, Familienstand, Kinder) anschließen. Der dritte Teil fragt nach den wirtschaftlichen Verhältnissen (Einkommen, Ausgaben), und der vierte erhebt Netzwerkdaten (Nachbarschaftshilfe, Unterstützung). Der fünfte und letzte Teil beschäftigt sich mit Partizipationsfragen (Wahlen, informelle Organisationen, politische Zufriedenheit). Abhängig von den InterviewpartnerInnen dauerten die Gespräche zwischen 45 Minuten und 2 Stunden.

[60] Das problemzentrierte Interview versteht sich als „Methodenkombination von qualitativem Interview, Fallanalyse, biographischer Methode, Gruppendiskussion und Inhaltsanalyse" (Witzel 1985:230), von denen hier systematisch nur das qualitative Interview (punktuell ergänzt mit Gruppendiskussion und Inhaltsanalyse) angewandt und mitteilnehmender Beobachtung ergänzt wurden.

> Lebensverhältnisse, die Enge, der Lärm, die schlecht ernährten Menschen, die kranken Kinder und die zunächst unterschiedslos sich gebenden Armutsbiographien, die Massenhaftigkeit der Armut verdichteten sich zu einem Gefühl absoluter Fremdheit und Hilflosigkeit inmitten freundlicher und offener Menschen. Natürlich trat im Laufe der Besuche das ein, was in den ersten Tagen kaum möglich schien, ein langsames Eintauchen in das Leben verschiedener Menschen, eine unmerkliche Gewöhnung an die Umstände, die Anpassung an Sprachgebrauch und Lebensrhythmen, tägliches Lernen am eigenen Nicht-Verstehen – ich sozialisierte mich." (Feldtagebuch)

Diese Sozialisierung verdanke ich vielen Menschen, die mich an ihrem Leben teilhaben ließen, mir Fragen stellten und meine Fragen beantworteten, die sich der Mühe unterzogen, einer Ausländerin geduldig auch die selbstverständlichen Dinge des Lebens zu erklären. Der Erfolg dieses Sozialisierungsprozesses hängt entscheidend vom erfolgreichen Zugang zum Feld ab, der von vier zentralen Faktoren beeinflusst wird: erstens vom persönlichen Geschick und den kommunikativen Fähigkeiten bei der Knüpfung vertrauensvoller Kontakte, zweitens von der möglichst zwanglosen Anpassung bzw. der Bereitschaft und Fähigkeit dazu, drittens von Zufällen und Glück und viertens von den richtigen SchlüsselinformandInnen (Spöhring 1989:124 f.), wie das folgende Beispiel verdeutlicht.

Den Erstkontakt in das Viertel Z hatte eine NGO hergestellt, deren Putzfrau Um Atif aus dieser Siedlung stammt. Über Um Atif lernte ich ihre Familie, die Nachbarinnen und Nachbarn und andere BewohnerInnen kennen. Ich besuchte die Familien, plauderte bei einem Tee über die Familie und die NachbarInnen, über Um Ahmed gutes Händchen für Hühner, über Abu Ashrafs Arbeitsunfall, über die Jahresendprüfungen in der Schule, über Zeinabs Verlobung und das letzte Hochzeitsfest. Ich begleitete eine junge Frau zum Arzt, machte mit den Kindern in der Nachbarschaft die Englisch-Hausaufgaben, sah zu, wie die Frauen gemeinsam Ramadan-Kekse buken, half beim Kochen und verbrachte Abende vor dem Fernseher, in dem die neueste Serie lief. Im Sommer fuhr ich mit einigen Familien und jungen Leuten aus dem Viertel für einen Tag ans Meer, ich wurde auf Hochzeitsfeiern eingeladen und begleitete eine junge Braut und ihre Familie beim Kauf ihres Verlobungsgolds. Dennoch konnte ich zu den beiden Hauptinformantinnen, Um Atif und Karima, einer jungen Frau aus dem reicheren Teil des Viertels, kein wirklich vertrauensvolles Verhältnis aufbauen: Die Gespräche blieben für mein Empfinden oberflächlich, das Thema Politik und Partizipation konnte ich im Gegensatz zu Wedel nicht erfolgreich ansprechen (Wedel 1999:107).

Karima war zwar immer freundlich, blieb aber reserviert, und ich fand keinen Zugang zu ihr. Bei einem Streit zeigte sich, dass Karima unter starkem Druck seitens ihrer Familie und der Nachbarschaft stand, den Kontakt mit mir abzubrechen, weil man mir nicht vertrauen könne. Sie hatte sich diesen Forderungen und Befürchtungen widersetzt und war trotzdem eine Beziehung mit mir eingegangen, aber eben mit Zurückhaltung und Distanz, weil auch sie keine Garantie für meine Glaubwürdigkeit hatte. Der Streit hatte ihr Dilemma an das Tageslicht gebracht, aber gleichzeitig die ohnehin dünne Beziehungsbasis endgültig erschüttert.

Karimas Verhalten steht im engen Zusammenhang mit meinem Zugang zum Feld, denn offensichtlich konnte mir mein Erstkontakt Um Atif keine ausreichende Legitimation für mein Unterfangen im Viertel verschaffen. Der Grund dafür lag in Um Atifs niedriger materieller und symbolischer Ressourcenausstattung. Sie gehörte zu den Ärmeren in der Siedlung und konnte mich deshalb nicht vertrauenswürdig bei den Nachbarinnen und Nachbarn, zumal den Reicheren, einführen. Ihre sozialen und materiellen Ressourcen waren viel zu knapp, als dass sie sie noch mit mir hätte teilen können. Gleichzeitig vertraute auch sie mir nicht, da sie mich durch ihre Chefin kennen gelernt hatte. Um Atif hatte sich gegenüber ihrer Arbeitgeberin als sehr arm und be-

dürftig dargestellt, um die Stelle als Putzfrau zu erhalten. Sie verfügte aber noch über andere Einkommensquellen, die ihrer Chefin unbekannt waren und befürchtete nun, dass ich diese Informationen weiterleiten könnte. Ihr Misstrauen erwies sich als sehr berechtigt, denn tatsächlich versuchte ihre Arbeitgeberin mehrmals, über mich Informationen über Um Atif zu erhalten. Die Quartiersstudie in Z kam über ihre explorative Phase nie hinaus.[61]

2.1.2 VermittlerInnen in der Feldforschung

Die Erfahrungen in Z, die das Problem des Zugangs zum Feld eindrücklich illustrieren, verdeutlichen, dass das Interesse an informellen und manchmal illegalen Phänomenen auf mehr Misstrauen stieß als etwa die Frage nach Heiratsgepflogenheiten. Der Zugang war aufgrund des Interesses an sensiblen politischen Einschätzungen unmittelbar an für die InterviewpartnerInnen vertrauenswürdige VermittlerInnen aus dem Viertel selbst gebunden. Gute Vermittlung war nicht nur die Bedingung der Möglichkeit einer Forschungsarbeit, sondern die Zusammenarbeit trug auch ganz stark zu meiner Feldsozialisation bei. Ohne Mohamed, Laila, Ahmed, Samira und Um Sabir, um hier nur diejenigen zu nennen, mit denen ich sehr eng kooperiert habe, wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Sie setzten ihr soziales und kulturelles Kapital im Viertel ein, um InterviewpartnerInnen zu finden und bürgten mit ihrem „guten Namen" für die Solidität des Unternehmens (Wedel 1999:100; Bourdieu 1983). Zu ihnen und den Erstkontakten für die intermediären AkteurInnen entwickelten sich intensive Beziehungen, die mir nicht nur zu besserer Kenntnis der Lebensumstände armer Menschen verholfen haben, sondern auch für die Erkenntnisse der Arbeit und meine persönliche Entwicklung wichtig waren.

Mohamed unterstützte mich in D, er ist verheiratet und hat eine Tochter und arbeitet bei einer Entwicklungsorganisation als Pförtner. Er verfügt über regelmäßiges, aber niedriges Einkommen und betrachtet sich selbst als arm. Er stammt aus dem alten Teil von D, in dem die ärmsten BewohnerInnen leben, und ist durch seine Familie, die Verwandtschaft und seine Freunde gut in das Viertel eingebunden. Laila, zu der sich insbesondere während des zweiten Aufenthalts eine sehr enge Beziehung entwickelte, lebt und arbeitet in A, wo sie die Durchführung von Fragebogeninterviews ermöglichte und später selbst einem biographischen Interview zustimmte. Laila ist 30 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Sie ist bei einer lokalen NGO als Betreuerin armer Familien in ihrem Viertel tätig und als solche im Viertel sehr bekannt und beliebt. Zwei ihrer Kinder gehen schon in die Schule, und ihr Mann arbeitete oft außerhalb, so dass sie keine Probleme hatte, mich in ihren Alltag zu integrieren. Mit Ahmed arbeitete ich in S sowohl mit Fragebögen als auch während der Interviews für das intermediäre Sample. Er war mit 23 Jahren jung und im Gegensatz zu den anderen VermittlerInnen noch nicht mit einer eigenen Familie etabliert. Über ihn entstand auch der Kontakt in die Viertel E und T, in dem seine Schwiegermutter Um Sabir lebt, die mich bei Fragebogeninterviews unterstützte und außerdem in B informelle Gespräche ermöglichte. Um Sabir, 50 Jahre alt und verheiratet, wird in der *community* ob ihrer Religiosität und ihrer Integrität sehr geschätzt. Die Interviews mit dem christlichen Sample in F führte ich mit Samira durch, einer unverheirateten jungen Christin, die ich durch den regelmäßigen Besuch eines kirchlichen Entwicklungshilfeprojekts kennen lernte. Da Samiras Mutter unter den armen Frauen von F aufgrund ihrer Religiosität und ihrer Hilfsbereitschaft beliebt und bekannt ist, konnte ihre Tochter mich dort einführen und bei den Interviews unterstützen.

[61] Für ähnliche Erfahrungen vgl. Wedel (1999:99) und Ghannam (1999).

Durch ihre soziale Eingebundenheit im Viertel war es für die MitarbeiterInnen ganz wichtig, dass unser gemeinsames Auftreten für unsere InterviewpartnerInnen nachvollziehbar, transparent und sicher im Sinne von eventuell zu befürchtender Konsequenzen war. Ein Interviewpartner formulierte dieses Verhältnis sehr deutlich, als er sagte: „Ich frage dich nicht nach deiner Genehmigung, weil du mit Mohamed kommst. Wenn du allein gekommen wärest, hätte ich nie mit dir gesprochen." Deshalb bestimmten die MitarbeiterInnen die InterviewpartnerInnen weitgehend autonom und entsprechend ihrer geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Zugänge zum Feld. Beispielsweise zogen Samira, Laila und Um Sabir es vor, mich mit Interviewpartnerinnen in Verbindung zu bringen, weil sie zu Frauen einen sozial legitimen und auch praktisch leichteren Zugang haben. Die MitarbeiterInnen legten oft auch die Befragungstechniken fest, die den jeweiligen Vertrauensverhältnissen angepasst werden mussten.

Neben dem Geschlecht hat das unterschiedliche soziale Kapital der MitarbeiterInnen den Zugang zu und die Möglichkeiten im Feld beeinflusst. Laila und Um Sabir, beide verheiratete Mütter und aufgrund ihres sozialen und religiösen Engagements sehr bekannt und beliebt in ihren jeweiligen Vierteln, mussten selten Fragen über mein Woher und Wohin beantworten. Die Tatsache, dass sie mich begleiteten, reichte meistens aus, um ein Gespräch zu legitimieren, während die Zusammenarbeit mit Ahmed aufgrund seines niedrigeren sozialen Kapitals von vielen Rückfragen und offen geäußertem Misstrauen seitens potentieller InterviewpartnerInnen geprägt war. Durch Anpassungen des Frageverhaltens und Veränderungen des Fragebogens sollte das Vertrauen gestärkt und gleichzeitig Sozialkompetenz für das Feld vermittelt werden, ohne dass die MitarbeiterInnen im nachhinein Kritik würden befürchten müssen. Ihre soziale Eingebundenheit war Voraussetzung für unsere Zusammenarbeit, sie legte uns aber auch Regeln hinsichtlich Sprachgebrauch, Auftreten und Verhalten auf.

2.1.3 Kritischer Rückblick auf Interviewsituationen

Geschlecht, Alter, Status, Klasse, Religion, Ethnie oder Erstkontakt beeinflussen Frage- und Antwortverhalten in Interviewsituationen auf je unterschiedliche Weise. Kontext und Geschlechterverhältnisse sind ebenso Einflussfaktoren wie die Persönlichkeiten, die sich im Rahmen eines Interviews begegnen. So äußerten sich die Männer häufig zu allen Themen, während Frauen meistens nur zu Fragen des Überlebens, der Ernährung und der Haushaltsführung ausführlich antworteten. Frauen werden, weil sie für die Hausarbeit und die alltägliche Überlebensorganisation zuständig sind, in diesen Bereichen für kompetenter gehalten als ihre Ehemänner. Deshalb sind im Sample der Armen mehr Frauen vertreten, als im Sample der intermediären AkteurInnen. Die geschlechtliche Arbeitsteilung macht einen doppelten Einfluss geltend: Sie strukturiert die gesellschaftliche Realität, in der Frauen nur selten zu den organisierten politischen Akteurinnen auf der lokalen Ebene gehören und spiegelt sich als solche im Sample auch wider.

Durch ein bestimmtes Redeverhalten wird auch ein Rollenverständnis in Szene gesetzt, das zur Lebenspraxis der Betroffenen durchaus im Widerspruch stehen kann. Da jedes unserer Interviews eine öffentliche Angelegenheit mit wechselnden ZuhörerInnen bei offenen Türen war, produzierten diese öffentlichen Angelegenheiten ein aus der Sicht der Beteiligten der Situation angemessenes öffentliches Verhalten. Also demonstrieren arme Frauen mit Zurückhaltung und Schüchternheit nicht etwa, dass sie machtlos sind, sondern dass sie im öffentlichen Rahmen angemessen agieren und sich als „richtige" Hausfrau und Mutter präsentieren können. Dabei wechselt die Art der Selbstpräsentation natürlich von Individuum zu Individuum, unter anderem abhängig von Alter, Familienstand und Klasse (Early 1993; Shami, Herrera 1999).

Eng verbunden mit diesen gesellschaftlichen Kontexten ist die jeweilige Einschätzung der „sozialen Erwünschtheit" von Antworten in einer Interviewsituation. D.h., dass die InterviewpartnerInnen aufgrund der hierarchischen und künstlichen Situation Antworten geben, von denen sie denken, dass sie dem Erwartungshorizont der Forscherin entsprechen. Gerade in der interkulturellen Begegnung gilt, dass Forscherin und IntervierwpartnerIn Vorannahmen über den kulturellen und sozialen Hintergrund der je anderen haben und sich deshalb bemühen, Dinge so auszudrücken, dass die/der Andere sie verstehen kann – beide passen die Wirklichkeit an den vermuteten Erwartungshorizont an (durch die Art der Frage und durch die Art der Antwort). Die „soziale Erwünschtheit" kann sich aber auch auf intendierte Effekte seitens der Befragten beziehen, etwa wenn sie, um Hilfsleistungen zu erhalten, ihre Lage besonders drastisch schildern. Vor allem bei der Arbeit mit den Fragebögen wurde deutlich, dass die Angaben zur materiellen Unterstützung durch Familie und/oder Institutionen stark von den Einschätzungen der InterviewpartnerInnen beeinflusst wurden. Trotz gegenteiliger Darstellung meinerseits gingen viele davon aus, dass ich Mitglied einer ausländischen Hilfsorganisation sei. Vor diesem Hintergrund erschien es aus der Perspektive der Befragten sinnvoll, eventuell vorhandene Familiennetzwerke der Unterstützung nicht zu erwähnen oder materielle Unterstützung auszuklammern, wie auch el-Kholi aus ihrer Forschungserfahrung berichtet (el-Kholi, al-Ali 1999). Dadurch sind die Daten eher in Richtung mangelnder Unterstützung gewichtet. Das genaue Ausmaß dessen lässt sich jedoch nicht feststellen.

Hinzu kommen weitere Interaktionseffekte (Vogel 1995; Abels 1997:80 ff.) wie etwa der „Eisbergeffekt", eine blockierende und grundsätzlich ablehnende Haltung. Mitglieder der Regierungspartei NDP wandten oft eine indirekte Blockadevariante an, indem sie dem Gespräch zwar zustimmten, dann jedoch keine Informationen preisgaben. Bei Interviews mit armen und verletzbaren AkteurInnen waren vor allem Fragen zur politischen Partizipation von Blockadestrategien betroffen, indem die InterviewpartnerInnen entweder nur mit „Ja" oder „Nein" oder einem „Alles ist in Ordnung, Gott sei Dank" antworteten. Der „Paternalismuseffekt" beschreibt Formen demonstrativer Gutmütigkeit und väterlicher Freundlichkeit, die mir als Frau vor allem von älteren und sehr etablierten Interviewpartnern aus dem intermediären Sample entgegenschlugen.

Der „Rückkoppelungseffekt" beschreibt die Tatsache, dass die Befragten selbst Fragen an die Forscherin richten. Ich habe diesen Effekt aufgrund der oben ausgeführten methodologischen Überlegungen gefördert und betrachte ihn als Teil der angewandten Methode. Im Umgang mit armen und verletzbaren Gruppen und hier vor allem bei der teilnehmenden Beobachtung gehören Rückfragen sowieso zum Alltag: Forscherin und Erforschte haben einen Fragebogen.[62] Die Offenlegung meiner Fragestellungen und Ideen war die Voraussetzung für die Schaffung vertrauensvoller Situationen. Außerdem stellen Rückfragen eine Möglichkeit des Hierarchieabbaus und Informationsflusses dar, wie auch Wedel betont (Wedel 1999:106 f.). Insbesondere mit Schlüsselinformantinnen, FreundInnen und den MitarbeiterInnen haben sich Diskussionszusammenhänge entwickelt, für deren Produktivität die ständige Rückkoppelung

[62] Häufige Fragen des Fragebogens aus dem Feld: Wie heißt du? Woher kommst du? Wie alt bist du? Bist du verheiratet? Bist du verlobt? Bist du Muslima oder Christin? Wo lebst du in Deutschland? Wo leben deine Eltern? Bekommst du ein Stipendium? Leben alle Leute da so wie du? Kann man auch als Ausländer in Deutschland arbeiten? Kannst du mir dabei helfen, ein Visum zu bekommen? Wo wohnst du hier in Kairo? Und mit wem? Wie teuer ist die Miete? Was gefällt dir besser, Ägypten oder Deutschland? (für ähnliche Erfahrungen vgl. Schiefer 1995:118, el-Kholi, al-Ali 1999).

eine wichtige Voraussetzung war. Anders als bei einem einmaligen ExpertInneninterview bestanden zu ihnen langfristige Beziehungen.

Der vierte Effekt, der „Katharsiseffekt", durch den im Interview Kompensation und Frustabbau ermöglicht wird, ist mir aus vielen Gesprächen bekannt. Oft entwickelten sich aus dem Gespräch über die momentane Unzufriedenheit intermediärer AkteurInnen über die politische Arbeit sehr weitreichende und persönliche Interviews. Auch viele Gespräche im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung hatten eine ähnliche Funktion, etwa wenn Frauen oder Männer ihren Kummer oder Ärger im gemeinsamen und vertraulichen Gespräch loswerden konnten.

2.1.4 Ethik und Reziprozität im Feld

Die in der feministischen Methodologie formulierten Ansprüche auf Stärkung und Verbesserung der Lage der erforschten Gruppe, auf Parteilichkeit und ethisch angemessenen Umgang mit den TeilnehmerInnen an einer Forschung spitzen sich in der Praxis auf oft widersprüchliche Weise zu. Reziprozitätsforderungen auf unterschiedlichen Ebenen ernst zu nehmen, könnte eine Form des stärkenden Umgangs mit den vorhandenen materiellen, kulturellen und geschlechtlichen Unterschieden sein. Reziprozität kann sich dabei auf zwei unterschiedliche Ebenen erstrecken: auf eine konkrete materielle und eine symbolisch-diskursive. Die InterviewpartnerInnen hatten eine klare Einschätzung meiner Privilegien und konfrontierten mich immer wieder mit ihren Wünschen nach Hilfe und Unterstützung. Sie stellten auch die Frage nach dem Sinn einer solchen Studie, wenn sie denn nicht in ein konkretes Projekt münde. Die Frage, wie ich diesen Anforderungen und dem ethischen Dilemma zwischen Forschung und Hilfsanspruch begegnen sollte, konnte ich nur sehr individuell beantworten. Grundsätzlich entschied ich mich gegen Geldzahlungen, weil mir Geld die Antworten zu sehr zu beeinflussen schien und ich vor allem in Z das Gefühl hatte, ich würde damit eine für mich nicht mehr kontrollierbare Welle von Geldforderungen auslösen.[63] Statt dessen versuchte ich, für mich gemachte Ausgaben durch Gastgeschenke wie Tee, Obst, Reis o. ä. sowie im Ramadan Süßigkeiten und Kleidungsstücke in die Haushalte zurückfließen zu lassen, also lokal und saisonal angepasste Formen des „Dank-Sagens" zu finden. Dieses Prinzip wurde aber jeden Tag erneut auf die Probe gestellt. Ich glaube nicht, dass es für diese ethischen Probleme von Armutsforschung eine Lösung gibt, wenn ich auch versucht habe, eine Balance zwischen meinem Reichtum und den daraus ableitbaren Verpflichtungen und meinen dennoch begrenzten materiellen Ressourcen zu finden.

Symbolische Formen der Reziprozität beziehen sich auf die Häufigkeit der Besuche, die Intensität und Vertraulichkeit der Gespräche sowie mein Rede- und Frageverhalten (Singerman 1995; Ghannam 1999; el-Kholi, al-Ali 1999; Wedel 1999). Gerade bei sensiblen Themen und bei Forschungsumfeldern in politischen Krisensituationen kann das Schweigen bzw. das Nicht-Stellen einer Frage Zeichen von Respekt und Freundschaft werden (Sayigh 1996:151). In dieser Konstellation kollidieren das offenkundige Ziel der Forschungsbesuche – Fragen zu stellen – und die Ansprüche und Erfordernisse freundschaftlicher Beziehungen, wie etwa durch Schweigen Respekt und Rücksichtnahme zu bezeugen. Durch die Vermittlungsarbeit von FreundInnen und MitarbeiterInnen war ich

[63] Schlüsselerlebnis in dieser Hinsicht war der Tag, an dem ich etwa 30 Luftballons für die Kinder in Z dabei hatte. Kaum hatte jedes Kind einen Ballon erhalten, begannen sie sich zu streiten, Kinder, die in der Schule waren, beschwerten sich darüber, dass sie keinen Ballon bekommen hätten. Es war unmöglich, eine sinnvolle Entscheidung zu treffen, und die als nette Geste gedachte Idee entwickelte sich zu einem Konfliktherd unter den Kindern.

ihnen nicht nur persönlich, sondern auch moralisch-symbolisch im Sinne erwartbaren oder sanktionierbaren Gesprächsverhaltens meinerseits verpflichtet (Wedel 1999:99).[64] Die Einhaltung bzw. Erfüllung dieser Erwartungen war Teil einer reziproken Beziehung im Feld (Schiefer 1995). Eine weitere wichtige Form der symbolischen Reziprozität ist mit dem ungleichen Informationsfluss im Feld verbunden: Während die Forscherin sehr viel Wissen ansammeln kann, bleibt das Feld meistens relativ uninformiert, die Ziele des Projekts (ein Buch o.ä.) bleiben gerade im Umgang mit AnalphabetInnen abstrakt, die eigenen Lebensumstände bleiben intransparent (Sayigh 1996:158). Wedel hat den meiner Ansicht nach sehr gelungenen Weg des direkten Informationstransfers ins Feld genutzt, indem sie relevantes Wissen, das sie im Rahmen ihrer Forschung gewinnen konnte, den armen Frauen zugänglich machte (Wedel 1999:107).[65] el-Kholis zurückhaltender Einschätzung der Möglichkeiten des *empowerments* kann ich mich anschließen:

> „[...] when research is conducted in situations of extreme poverty and social inequalities and in which empowerment requires much stronger and explicit links between research and the commitment and ability to change material conditions challenge power relations" (el-Kholi, al-Ali 1999:33).

2.2 Methoden der Datenauswertung

Diese Arbeit beruht also auf einem heterogenen Datenset, das ein flexibles Auswertungsinstrumentarium erfordert. Es liegen verschriftlichte und systematisch ausgewertete Fragebögen, Feldnotizen aus der teilnehmenden Beobachtung, Gesprächsprotokolle der informellen Interviews, Interviewprotokolle, Zeichnungen von Häusern und Vierteln, Fotos, Wahlmaterial und Zeitungsausschnitte als Daten vor. Ihre Auswertung richtet sich darauf, eine „dichte Beschreibung" der Armutsviertel und der Handlungen der untersuchten Gruppen zu ermöglichen. Im Vordergrund steht dabei das Verständnis und die Analyse der Lebenswelt[66] der InterviewpartnerInnen. Der „Erfolg" lebensweltlicher Analyse besteht darin, von außen an die Lebenswelt herangetragene Konzepte durch die Begriffe der Lebenswelt selbst zu rekonstruieren (Jackson 1996:6). So beginnt der Prozess der Dateninterpretation und -auswertung mit dem ersten Tag im „Feld": Die dort gewonnenen Begriffe und Problemlagen fließen in die weitere Beobachtung immer mit ein (Merkens 1992:218). Die Beobachtungsprotokolle sind beschreibend und verstehend/erklärend zugleich und werden in der Auswertungsphase ähnlich wie die Interviewprotokolle einer durch ein Analyseschema informierten Re-Lektüre für die Interpretation zugänglich gemacht. Die Stimmen der InterviewpartnerInnen haben entsprechend der oben diskutierten dekonstruktiven Verunsicherung von AutorInnenschaft und Repräsentation einen zentralen Platz in der Auswertung, ohne dass sie narrativ für sich stehen bleiben sollen. Die Arbeit versucht, einen Weg zwischen dem Authentizitätsanspruch der „anderen Stimme", den Arbeiten der Frauenforschung oft implizit in sich tragen, und dem

[64] So lernte ich zwei arme Quartiere im Zentrum Kairos durch die Vermittlung eines Freundes kennen, der mich seiner dort lebenden Familie und den NachbarInnen als „Gast aus Deutschland" vorstellte. Diese Rolle ermöglichte mir kulturelle Fragen, schloss politische Debatten aus Höflichkeitsgründen jedoch aus (Hoodfar 1994; Sayigh 1996:153; Wedel 1999).

[65] Ich habe versucht, Wissenstransfer durch die Kooperation mit NGO zu gewährleisten, was sich aber als schwierig erwies.

[66] Lebenswelt soll mit Jackson verstanden werden als: „[...] that domain of everyday, immediate social existence and practical activity, with all its habituality, its crises, its vernacular and idiomatic character, its biographical particularities, its decisive events and indecisive strategies, which theoretical knowlegde addresses but does not determine, from which conceptual understanding arises but on which it does not primarily depend" (Jackson 1996:8).

enforschung oft implizit in sich tragen, und dem positivistischen Gestus vieler politikwissenschaftlichen Studien, die davon ausgehen, dass „Realität" schreibend „wirklichkeitsgetreu" abgebildet werden kann, zu gehen.

Die sozialstatistischen Daten des Fragebogens werden in tabellarischer und anonymisierter Form codiert und als in Zahlen überführbare Hintergrundinformationen in den empirischen Kapiteln aufgearbeitet.[67] Die Validität dieser Daten ist abhängig von der Fragestellung sehr unterschiedlich, problematisch waren vor allem Angaben zur Partizipation und zum Einkommen. So wurden konkrete Einkommensdaten wie der monatliche Verdienst, die Einkommensquellen der unterschiedlichen Haushaltsmitglieder und das Vorhandensein zusätzlicher Beschäftigungen auch auf Nachfrage oft nur ungern genannt. Im informellen Gespräch habe ich mit der Zeit gelernt, Gestik, Mimik und Wortwahl mit dem Inhalt der Antwort zu korrelieren und meine diesbezüglichen Einschätzungen auch zu notieren.[68] Die offenen Fragen zur Partizipation und politischer Organisierung in den Fragebögen, die Protokolle der problemzentrierten Interviews mit intermediären AkteurInnen und die ExpertInneninterviews werden nach einem inhaltlichen Schlüssel in ein Analyseschema überführt. In Anlehnung an die inhaltsanalytische Methode werden die Protokolle dabei mehrmals gelesen. Während der Lektüre wurden Oberbegriffe für die Auswertung gebildet wie etwa Staatsverständnis und politische Zufriedenheit, Formen nachbarschaftlicher Solidarität, familiäre Unterstützungsmechanismen, Wahlprozess und Perspektiven auf PolitikerInnen. Der Auswertungsprozess orientiert sich an Mayerings drei interpretativen Grundformen: die Zusammenfassung, die das Material reduziert und dabei die wesentlichen Inhalte erhält; die Explikation oder Kontextanalyse, die zur erläuternden Deutung einer Textstelle weiteres Material hinzuzieht, und die Strukturierung, die das Material im Querschnitt unter bestimmten Begriffen analysiert (Mayering 1985:193; Patzelt 1992:198 ff.). Für die Kontextanalyse wurden vor allem die Informationen aus den ExpertInneninterviews und der teilnehmenden Beobachtung genutzt, außerdem floss ausgewertetes Pressematerial in die Analyse mit ein.[69] Durch das Forschungsprojekt bestand ein enger Diskussionszusammenhang in Ägypten und Deutschland. Außerdem habe ich vorläufige Ergebnisse mit einigen InterviewpartnerInnen und ExpertInnen vor Ort diskutiert, die Analyse der Interviewprotokolle selbst führte ich allein durch.

[67] Diese Daten aus dem formalen und dem informellen Sample werden mit dem Buchstaben, der für die anonymisierte Bezeichnung der jeweiligen Untersuchungsgebiete gewählt wurde und einer Nummer, die die einzelnen Interviews dieses Samples kenntlich macht, zitiert. Zum Beispiel wird Interview 1 aus Stadtteil A mit der Quellenangabe A1 genannt.

[68] Außerdem nutzte ich andere beobachtbare Indikatoren zur Einschätzung der Einkommenslage wie die Anzahl elektrischer Geräte, den baulichen Zustand der Wohnung oder Hütte, die Möblierung, die Kleidung der Haushaltsmitglieder und ihren gesundheitlichen Zustand. Dennoch ist vor Verallgemeinerungen zu warnen: InterviewpartnerInnen in großen und eher mittelständisch möblierten Wohnungen können über weniger regelmäßiges monetäres Einkommen verfügen als ihre NachbarInnen in der einfach ausgestatteten Wellblechhütte.

[69] Dieses Vorgehen entspricht auch dem von Witzel vorgeschlagenen mehrstufigen Auswertungsverfahren, das er um die „kontrollierte Interpretation" der Daten durch ein Forschungsteam oder Außenstehende ergänzt (Witzel 1985:243).

Schaubild 2: Sample-Überblick

Tabelle 1: Formales Armutssample

	insges.		Frauen		Männer	
formale Interviews		60	70,0 %	42	30 %	18
Stadtteile		6	-		-	
MuslimInnen	85,0 %	51	66,7 %	34	33,3 %	17
ChristInnen	15,0 %	9	77,8 %	7	22,2 %	2
WählerInnen	20,0 %	12	25,0 %	3	75 %	9
Nicht-WählerInnen	80,0 %	48	81,0 %	39	19 %	9
Haushaltsvorstände		60	30,0 %	18	70 %	42

k. A. = keine Angaben

HH-Größe (d)	6,2 Personen
Wohnungsgröße (d)	1,82 Zimmer

Tabelle 2: Informelle Interviews

	Insgesamt		Frauen		Männer	
informelle Interviews		43	88,4 %	38	11,6 %	5
MuslimInnen	81,4 %	35	88,6 %	31	11,4 %	4
ChristInnen	18,6 %	8	87,5 %	7	12,5 %	1
WählerInnen	k.A.		k.A.		k.A.	
Nicht-WählerInnen	k.A.		k.A.		k.A.	
Haushaltsvorstände		41	41,4 %	17	58,5 %	24

k. A. = keine Angaben

HH-Größe (d)	5,1 Personen
Wohnungsgröße (d)	2,4 Zimmer

Tabelle 3: Intermediäres Sample

	Insgesamt		Frauen		Männer	
Interviews mit intermediären AkteurInnen		42	24,0 %	10	76,0 %	32
MuslimInnen	95,2 %	40	22,5 %	9	77,5 %	31
ChristInnen	4,8 %	2	50,0 %	1	50,0 %	1
Kand. zu Parlamentswahlen*		8	0,0%	0	100%	8
Kand. zu Kommunalwahlen*		14	0,0%	0	100%	14
Mitarbeit in lokalen NGO*		19	31,6 %	6	68,4 %	13
Kommunale Persönlichkeiten*		11	36,4 %	4	63,6 %	7

Kand. = Kandidatur *Mehrfachnennungen

„Als wäre man kein Mensch, nur weil man im Dreck lebt“ (A1)

III Multidimensionale Armutsanalyse – Überlebensökonomien in Kairo

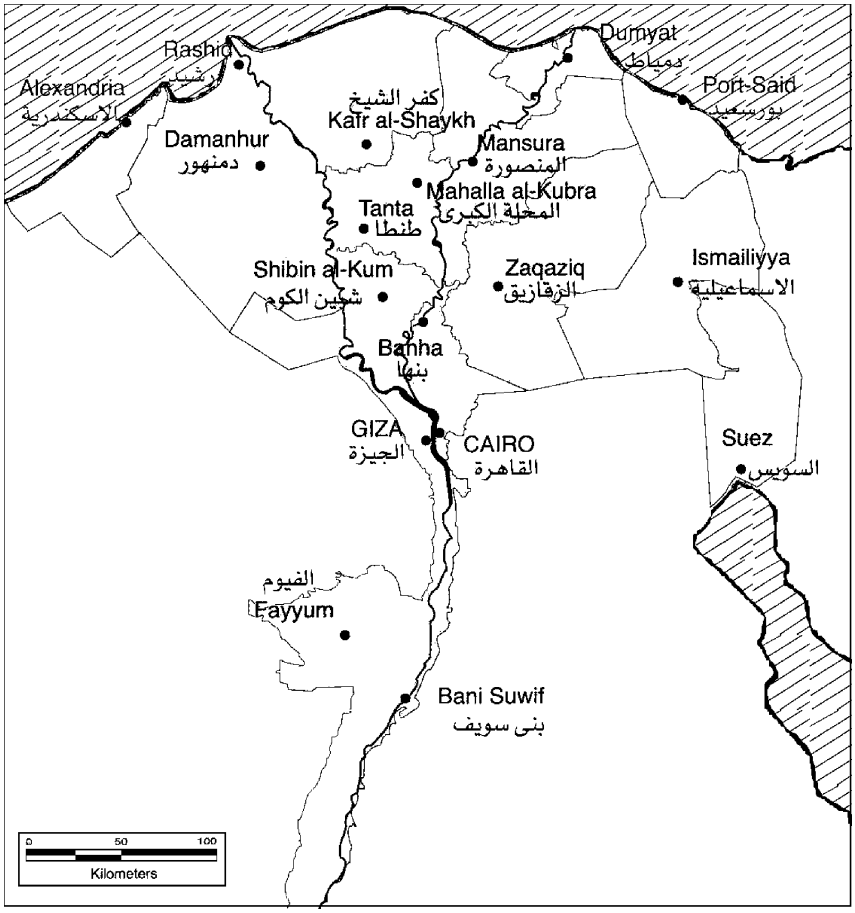
Laila wohnt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern Hassan, Hussein und Merwat in der informellen Siedlung A. Die Familie lebt vom Einkommen des Mannes, der als fest angestellter Bauarbeiter regelmäßig Geld verdient. Laila erwirtschaftet zudem Geld und soziales Kapital, indem sie sich für eine Hilfsorganisation engagiert, von der sie großzügig unterstützt wurde. So konnte mit Hilfe der NGO die schäbige Hütte, in der die Familie anfangs wohnte, zu einem soliden Haus mit gemauerten Wänden umgebaut werden. Heute kann Laila sogar sparen: sie hat einen Herd, einen kleinen Fernseher, Betten und warme Decken für die ganze Familie. Gleich gegenüber in der Gasse wohnt ihre Schwester Sabra. Ihr Mann arbeitet seit Jahren als Tagelöhner. Sein unregelmäßiges und niedriges Gehalt ernährt die Familie kaum: fünf Kinder müssen versorgt sein, und wenn Sabra nicht von ihrer Schwester unterstützt würde (sie holt dort Wasser, zapft die Stromleitung an, bekommt Zugang zur Hilfsorganisation und die Kinder dürfen manchmal mit essen), wäre das Leben noch viel schwieriger. Die Familie bewohnt eine kleine Hütte in der Ecke eines staubigen Areals. Das Dach ist löchrig und in der Hütte stehen nur Schrank und ein Bett für die ganze Familie. Sabra kocht draußen vor der Hütte auf einem kleinen Gaskocher (Feldtagebuch 1996).

Statistisch gesehen, leben beide Familien unter der Armutsgrenze. Lailas und Sabras unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen innerhalb der spezifischen Strukturen ihrer Überlebensökonomien können durch quantitative Messungen jedoch nur annähernd erfasst werden. Denn Armut, so wurde im Theorieteil der Arbeit hergeleitet, ist ein multidimensionales und komplexes Phänomen, das durch unterschiedliche wissende, präskriptive und alltagsweltliche Diskurse und Praktiken bearbeitet, reproduziert und permanent redefiniert wird. Während im Theorieteil die von Ireton so bezeichneten „wissenden Armutsdiskurse“ vorgestellt wurden, sollen im folgenden die alltagsweltlichen Perzeptionen und Praktiken in den Überlebensökonomien der von mir befragten Armen in Kairo im Vordergrund stehen. Indem die Rolle der Armen in den sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen der Ressourcenallokation in Ägypten untersucht wird, lassen sich Armutsforschung und Partizipationsanalyse sinnvoll verbinden, so die in Kapitel 1 formulierte Hypothese. Dabei sind Mikro-, Makro-, und Mesoebene von Armut als extremer Form geschlechtsspezifisch vermittelter sozialer Ungleichheit eng miteinander vernetzt. Aus Armutsperspektive zeigen sich bereits auf der Mikroebene die Konturen des neuen sozialen Vertrags der Informalität zwischen Staat und Gesellschaft, so eine weitere These dieser Arbeit.

Im folgenden wird die mikropolitische Analyse der unterschiedlichen Armutsdimensionen entfaltet. Zunächst stelle ich die Ergebnisse der quantitativen ägyptischen Armutsforschung und die wichtigsten qualitativen Arbeiten vor. Das quantitative Armutsprofil bedarf jedoch der qualitativen Kontextualisierung und Fundierung, die in Abschnitt zwei für die Mikroebene der Haushalte entwickelt wird. Ausgehend von einem multidimensionalen Armutsbegriff werden die räumlichen, zeitlichen, subjektiven, materiellen, symbolischen und partizipatorischen Dimensionen der Überlebensökonomien beschrieben. Dabei werden durch die Untersuchung der Schnittstellen von lokalen Überlebensökonomien und nationalen Entwicklungen die politischen und ökonomischen Kontexte der Armut sichtbar gemacht. In Abschnitt drei werden die lokalen Netzwerkstrukturen als

zentrale Bestandteile der Überlebensökonomien und als wichtige informelle kollektive Partizipationsform der Armen auf der Mikroebene analysiert. Dabei werden Familien-, Nachbarschafts- und Freundschaftsnetzwerke unterschieden, die als Schnittstellen zwischen lokaler und nationaler sowie formaler und informeller Ebene aufgefasst werden können. Die multifunktionalen Netzwerke sind Produkt komplexer Überlebensökonomien, die Arme als Ungesicherte zur Stabilisierung und Absicherung des Überlebens aufbauen, so die These. Sie dienen dem Fluss und der Akkumulation materieller und immaterieller Ressourcen gleichermaßen. Viele vordergründig ökonomische Aktivitäten nützen gleichzeitig der sozialen und symbolischen und manchmal auch der politischen Reproduktion und umgekehrt. Eine weitere These ist, dass die informellen Strukturen der Selbstorganisation streng geregelt sind und keineswegs chaotisch oder dysfunktional, weshalb hier mit Schauber von „formalisierter Informalität" gesprochen werden soll (Schauber, Harders 1998).

Karte 1: Nordägypten



©Atlas Electronique Du Caire, OUCC, CEDEJ (Centre d'Etudes et de Documentation Economique, Juridique et Sociale), Le Caire

1 Das ägyptische Armutsprofil

Assad und Rouchdy ziehen eine kritische Bilanz der quantitativen ägyptischen Armutsforschung:

> „Research on poverty in Egypt can only be described as being fairly limited and weak relative to work in other countries with comparable conditions and relative to the funds being spent on poverty alleviation programs in Egypt. There are very few studies on the subject" (Assad, Rouchdy 1998:29).

Bis Mitte der 1990er Jahre, vor der Veröffentlichung des ägyptischen Berichts über die menschliche Entwicklung (EHDR 1996) und den dazugehörigen Vorstudien, lagen bis auf die Arbeiten von Adams (1985), Radwan und Lee (1986), die sich mit ländlicher Armut beschäftigen, sowie Ibrahim (1982) und Korayem (1987; 1991; 1993), deren Zahlenangaben sich auf 1981/82 beziehen, keine aktuellen Daten über die nationale Armutslage vor. Die hohe politische Sensibilität der verdrängten Armutsfrage führte zu einem späten Beginn quantitativer und qualitativer Armutsforschung in Ägypten und zu restriktiver Veröffentlichungspolitik nationaler und privater Forschungsinstitute.[70]

1.1 Quantitative Studien

Seit 1995 erschienen vermehrt Veröffentlichungen zur aktuellen Armutssituation, die sich entweder allgemein mit Armut beschäftigen (Ibrahim 1982; Adams 1985; Radwan, Lee 1986; Al-Laithy, Kheir-El-Din 1992; Fergany 1992, 1993; Korayem 1993; al- Laithy 1993; Kishk 1998; Loewe 2000) oder den Zusammenhang von Armut und Strukturanpassung untersuchen (Cairo Papers 1993; Korayem 1994; Cardiff 1995; Nour 1995; EHDR 1996; Korayem 1996; Datt et al. 1997; Al-Laithy 1997, 1997a, 1997b; El-Mahdi 1997; Nassar 1997; Osman 1998; Müller-Mahn 1998; Bush 1998; Wurzel 2000; Shahin 2000; Müller-Mahn 2001; Meyer 2001).[71] Arbeiten beider Gruppen beziehen sich überwiegend auf die Datenerhebungen der staatlichen Statistikabteilung CAPMAS, insbesondere auf die *Household Incomes, Expenditure and Consumption* (HIEC) Erhebungen von 1990/91 und 1995/96.[72] Neuere Daten liegen nicht vor. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen weichen teilweise stark voneinander ab. Sie werden deshalb hier als Rahmenangaben aufgefasst und durch die qualitative Analyse im dritten Abschnitt ergänzt und erweitert.

Die Armutsentwicklung bis in die Gegenwart lässt sich anhand der Arbeiten von Ibrahim und Korayem skizzieren. Ibrahim kalkuliert die Armut zwischen 1958 und 1975 anhand eines Warenkorbs, der die Kosten für minimale Grundbedürfnisse umfasst, folgendermaßen: Der Anteil armer Familien an der ländlichen Bevölkerung lag 1958/59 bei 35,0% und in der Stadt bei 30,0%. Bis 1964/65 sank diese Quote auf 26,8% auf dem

[70] Die nationale Statistikabteilung CAPMAS, die bis Mitte der 1990er Jahre die einzige Institution war, die nationale Erhebungen durchführte, hat selten desaggregierte Daten zur Sekundäranalyse bereitgestellt. Interessierte WissenschaftlerInnen waren (und sind zum Teil noch) auf wenig detaillierte Datensets angewiesen (Korayem 1994:8). Dies gilt auch für eine neuere Armutserhebung von CAPMAS, die 1993 und 1995 für den *Social Fund for Development* durchgeführt wurde (Assad, Rouchdy 1998:29).

[71] Zu grundsätzlichen Problemen der Armutsmessung siehe auch die Arbeiten von Sautter, Serries (1993:41 f.); Hatzius, Marggraf (1994:134 ff.); Schubert (1994); Salama, Valier (1995:258 ff.).

[72] Die HIEC-Daten bilden die Grundlage der Analyse des EHDR 1996 und der Arbeiten von Korayem (1994; 1996), Cardiff (1995; 1997), Al-Laithy und Osman (1996), Al-Laithy und Kheir-El-Din (1992), Nassar (1992), Al-Laithy (1997). Eine zweite wichtige Erhebung, der *Egypt Integrated Household Survey* (EIHS), wurde 1997 vom *International Food Policy Research Institute* (IFPRI) durchgeführt. Die Daten der IPFRI-Analyse wurden von Datt et al. 1997 ausgewertet (Assad, Rouchdy 1998:30). Assad und Rouchdy weisen zudem auf folgende Datensätze hin, die bisher noch nicht analysiert wurden: den *Maternal and Child Health Survey* von 1991, den *Maternal Mortaility Survey* von 1993, den *Demographic and Health Survey* von 1988, 1992, 1995, den *Egypt Multiple Indicator Cluster Survey* von 1996 und die durch die Ford-Foundation finanzierten regionalen Erhebungen (Assad, Rouchdy 1998:30).

Land und auf 27,8% in der Stadt und stieg 1974/75 wieder an. Auf dem Land erreichte sie 44,0%, während sich die städtische Armutsquote auf 34,5% erhöhte. Ibrahim führt diese Erhöhung vor allem auf die wirtschaftliche Stagnation und den Rückzug aus der Landreform zurück, die zwischen 1958 und 1964 zu einer Reduzierung ländlicher Armut geführt hatte. Den Anstieg städtischer Armut erklärt er mit verstärkter Migration aus ländlichen Gebieten in die Stadt (Ibrahim 1982:284 f.; el-Sokkari 1984; Korayem 1993). Korayem schätzt die Armut 1981/82 in ländlichen Gebieten auf 29,7% bis 43,0% und in städtischen Regionen auf 30,4% bis 44,4% (Korayem 1993).[73] Die Weltbank kommt auf der Grundlage ihrer Armutsgrenze von einem US$ (mit Kaufkraftparität von 1985) pro Tag und Person zu dem Ergebnis, dass 1986 24,2% der ländlichen und 22,5% der städtischen Bevölkerung arm und weitere 12,8% der ländlichen und 10,8% der städtischen Bevölkerung extrem arm waren (World Bank 1991:37).[74]

Die ersten Zahlen zur Armut in den 1990er Jahren veröffentlichten Al-Laithy und Keir-El-Din 1992 unter Bezugnahme auf die HIEC-Erhebungen der nationalen Statistikabteilung CAPMAS von 1990/91.[75] Die Autorinnen kommen zu dem Ergebnis, dass die nationale urbane Armutsquote 1990 bei 29,15% und die ländliche bei 21,00% anzusiedeln ist (Al-Laithy, Kheir-El-Din 1992:9).[76] 4,64% aller städtischen Haushalte sind extrem arm, wobei Oberägypten mit 8,38% extrem Armer an der Spitze liegt (a.a.O.:11). Im zeitlichen Vergleich sinkt die Armutsquote zwischen 1974/75 (36,3%) und 1981/82 (26,2%), um bis 1990/91 wieder anzusteigen (29,2%) (Korayem 1994:29; Al-Laithy, Kheir-El-Din 1992:19). Korayem kommt zu dem Ergebnis, dass unter Anlegung der niedrigeren Armutslinie 35,9% der städtischen Haushalte und 54,5% der ländlichen Haushalte 1990/91 an oder unter der Armutsgrenze lebten, was auf nationaler Ebene einen Prozentsatz von 45,8% an Armen ergibt.[77] Die Ultra-Armen umfassen 0,5% der städtischen aber 22,2% der ländlichen Haushalte (Korayem 1994:22; 1996:13).[78] Korayems Schätzungen liegen aufgrund der von ihr gewählten Armutslinie höher als die Angaben von Al-Laithy und Kheir-El-Din (1992).

[73] Korayem bezieht sich auf die HIEC-Daten von 1980/81 und legt eine Armutslinie anhand eines Warenkorbs an, der Nahrungsmittel und Nicht-Nahrungsmittel enthält. Der höhere Wert ihrer Kalkulationen entsteht dadurch, dass sie die Kosten für ihren Warenkorb nicht zu den offiziellen niedrigen Preisen, sondern um 20% höher ansetzt, weil dies realistischer sei, da niemand alle Waren zu verbilligten Preisen kaufen könne (Korayem 1987; 1993:13).

[74] Diese Berechnungen beruhen auf den Einwohnerzahlen und Einkommensangaben des Zensus von 1986. Außerdem wurde 1991 ein *Labour Force Survey* durchgeführt, der auch Angaben zum Einkommen abgefragt hat.

[75] Die obere Armutslinie für 1990 lag bei 722,56 £E städtisch und 485,87 £E ländlich (pro Kopf und Jahr), die untere bei 361,28 £E städtisch und 242,93 £E ländlich (Al-Laithy, Kheir-El-Din 1992:8).

[76] Nach Regionen gegliedert ergibt sich, dass die Armutsquote in Kairo 19,53%, in Giza 25,87%, in Alexandria 27,96%, in der Suez-Kanal-Region 25,16%, in Unterägypten 32,19% und in Oberägypten 45,49% beträgt (Al-Laithy, Kheir-El-Din 1992:9).

[77] Korayem legt in ihrer Studie eine Armutsgrenze auf der Basis eines Grundbedürfnis-Ansatzes zugrunde, wobei sie die Ausgaben für eine Mindestdiät und die Ausgaben für Nicht-Lebensmittel addiert und mit einer Einkommensarmutsgrenze kombiniert (Korayem 1994:5). Die Einkommensarmutslinie liegt bei £E 3795,9 städtisch und 3713,3 £E ländlich pro Jahr und Haushalt. Die Ausgabenarmutslinie beträgt £E 3347,4 städtisch und £E 3334,2 ländlich pro Jahr und Haushalt bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 4,6 städtisch und 5,2 Personen ländlich (a.a.O.:8). Die Armutsquote steigt auf 49,0% (urban) und 64,5% (ländlich) bei Anlage der höheren Einkommensarmutslinie (a.a.O.:22).

[78] Das *poverty gap* beträgt städtisch 25,8% und ländlich 85,3% beziehungsweise 1827,8 Millionen £E für die städtischen Armen und 1991,7 Millionen £E für die ländlichen Armen (Korayem 1996:14). Auf der Ebene der Regierungsbezirke sind 46,6% der Haushalte in den städtischen Regierungsbezirken Kairo, Alexandria, Port-Said und Suez arm und 6,3% ultra-arm. Im Delta müssen 51,4% der städtischen Haushalte als arm und 7,1% als ultra-arm gelten. In Oberägypten liegt die Zahl der städtischen armen Haushalte bei 61,1% (und 4,4% ultra-arm), während 82,4% der ländlichen Haushalte als arm und 6,5% als ultra-arm gelten müssen (Korayem 1994:26; 1996:16 ff.).

Cardiff errechnet eine nationale Armutsquote von 20,7% (1991), eine ländliche von 32,2% und eine städtische von 12,5% (Cardiff 1995 zit. n. Assad, Rouchdy 1998:69). Laut Cardiff ist die Armut in Ägypten zwischen 1990/91 und 1995/96 stark angestiegen, nämlich von 20,7% auf 44,3%. Interessant ist, dass Cardiff und Korayem zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, obwohl sie die gleiche Methodologie und Datensets nutzen (Assad, Rouchdy 1998:72). Assad und Rouchdy halten Korayems Ergebnisse für plausibler, da sie näher an den Ergebnissen des Ägyptischen Entwicklungsberichtes EHDR liegen. Sie führen den Anstieg von Armut zwischen 1990/91 und 1995/96 bei Cardiff auf eine Unterbewertung der Armut am Beginn der untersuchten Periode zurück (a.a.O.).

Ferganys Schätzungen ergeben die höchsten Armutsquoten für Ägypten. Da er im Gegensatz zu den bisher diskutierten AutorInnen mit einem kombinierten Armutsindex arbeitet, lassen sich die Ergebnisse nicht miteinander vergleichen.[79] Laut Fergany ist Armut in den ländlichen Regionen Oberägyptens am schärfsten, gefolgt von ländlichen Gebieten im Delta. An dritter Stelle stehen dann die städtischen Regionen Ägyptens. Danach waren 1992 15,8% der ägyptischen Bevölkerung arm, 33,2% sehr arm und 23 % ultra-arm – nur ein Viertel (28,1%) der ägyptischen Bevölkerung kann als nicht-arm gelten (Fergany 1993:203).

Datt et al. 1997 legten die Auswertung des vom IFPRI erhobenen *Egypt Integrated Household Survey* von 1997 vor und erstellten ein regionales Armutsprofil für 1997.[80] Im Gegensatz zu allen anderen bisher vorliegenden Studien betonen die AutorInnen, dass sie kein regionales Armutsgefälle zwischen Stadt und Land, bzw. Ober- und Unterägypten feststellen konnten (Datt et al. 1997:vii, 30). Sie führen dieses wichtige abweichende Ergebnis darauf zurück, dass sie regionale Armutslinien verwenden, die die je unterschiedlichen Lebenshaltungskosten einbeziehen. Zwar leben 57% der Armen in ländlichen Gebieten, aber ihre Verteilung und die Armutsquoten entsprechen der Verteilung der Bevölkerung in den jeweiligen Regionen. Dadurch ergeben sich keine statistisch relevanten Diferenzen bei der regionalen Verteilung der Armut (a.a.O.).[81] Im Überblick ergibt sich folgendes Bild für die fünf Regionen Ägyptens: In der *metropolitan region* beträgt die Armutsquote 26,7%, in den städtischen Gebieten Unterägyptens liegt sie bei 17,5%, in den ländlichen Gebieten Unterägyptens bei 25,2%, in den städtischen Gebieten Oberägyptens bei 18,7% und in den ländlichen Gebieten Oberägyptens bei 23,4%.

[79] So kombiniert Fergany in seiner Armutsstudie sechs Variablen zu einem Armutsindex: 1. Analphabetinnenrate (Frauen), 2. Individuen pro Haushalt ohne öffentliche Trinkwasserversorgung, 3. Individuen pro Haushalt ohne Küche, 4. Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel an den gesamten Haushaltsausgaben, 5. Anteil der Haushalte, die Kerosin als einzige Energiequelle nutzen, 6. das relative Absinken der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben pro Person im Haushalt (Fergany 1993:198). Er bezieht sich dabei auf die Ergebnisse der CAPMAS-Erhebung von 1986.

[80] Die hier zugrunde liegende Armutslinie wird aus dem Pro-Kopf-Konsum von Nahrungsmitteln und Nicht-Nahrungsmitteln und dem Wert der Wohneinheit als Grundbedüfniswarenkorb regional definiert und angepasst. Der Warenkorb schließt die Nutzung staatlicher Dienstleistungen aber nicht mit ein. Zur Identifizierung der extrem Armen wird eine untere Armutslinie konstruiert, die weniger Ausgaben für Nicht-Lebensmittel umfasst (Datt et al. 1997:vi). Die Armutslinie wird für fünf Regionen pro Kopf und Monat spezifiziert: Metropolen 122 £E pro Monat und Kopf, städtisch Unterägypten 94,7 £E, ländlich Unterägypten 82,1 £E, städtisch Oberägypten 102,1 £E, ländlich Oberägypten 73,2 £E (a.a.O.:vi).

[81] Regional heißt das: 31% der Armen leben in ländlichen Gebieten Unterägyptens, 26% in ländlichen Gebieten Oberägyptens, 23% in der *metropolitan region*, 11% in städtischen Gebieten Oberägyptens und 9% in städtischen Gebieten Unterägyptens (Datt et al. 1997:vii).

National gesehen, sind 23,18% der ägyptischen Bevölkerung arm. Das entspricht 14,4 Millionen Menschen, von denen 7,6 Millionen als extrem arm gelten müssen (a.a.O.:vi).[82] Laut Al-Laithy und Osman lag die Armutsquote gemessen an der unteren Armutslinie 1981/82 für ganz Ägypten bei 17%.[83] Sie stieg bis 1990/91 auf 25,1%, um bis 1995/96 auf 22,9% abzusinken (Al-Laithy 1997:7). Nach Regionen aufgegliedert, betrug die ländliche Armutsquote 1995/96 insgesamt 23,3% und die städtische 22,5%. In absoluten Zahlen ausgedrückt, konnten insgesamt 13,67 Millionen Menschen ihre Grundbedürfnisse in Ägypten nicht decken.[84] Interessant ist, dass die Armutsquote in den städtischen Regionen jeweils höher liegt, als in den ländlichen. Das widerspricht der in der Forschung lange gehegten Einschätzung, dass die ländlichen Gebiete Oberägyptens zu den ärmsten des Landes gehören. Diese Hypothese wird auch von den Befunden der Gruppe um Datt et al. unterstützt.

Gemessen an der oberen Armutslinie[85] ergeben sich bei Al-Laithy und Osman folgende Armutsquoten, die den zuvor dargestellten widersprechen: Zwischen 1980/81 und 1995/96 ist demnach die Zahl der Armen stetig von 29,7% auf 48,0% gestiegen. In absoluten Zahlen betrifft Armut insgesamt 28,58 Millionen Menschen (a.a.O.). Die urbane Armutsquote betrug 1995/96 45,0%, während die ländliche Armutsquote bei 50,2% lag. Auch hier verschiebt sich das Bild im Vergleich zur unteren Armutslinie, die eine höhere städtische Armutsquote ergeben hatte.[86] Assad und Rouchdy empfehlen die von Al-Laithy und Osman vorgelegte Hintergrundstudie für den EHDR als zuverlässig.[87] Die Angaben dieser Studie werden deshalb auch hier übernommen.

1.2 Das quantitative Armutsprofil

Die Angaben des EHDR entsprechen der Analyse von Al-Laithy und Osman, jedoch beziehen sie sich auf die Berechnungen auf Grundlage der unteren Armutslinie, also auf die niedrigeren Schätzungen. Da dieser Bericht vom staatlichen Institut für Nationale Planung in Zusammenarbeit mit der UNDP erstellt wurde, kann er als offizieller Armutsbericht der ägyptischen Regierung betrachtet werden. Die Orientierung an der unteren

[82] Legt man die Weltbankarmutslinie von einem US$ pro Tag mit Kaufkraftparität von 1985 (das entspricht 56,82 £E pro Kopf pro Monat für Preise vom April 1997) an die Daten des EIHS an, ergibt sich eine bedeutend niedrigere Armutsquote von nur 7,1% (Datt et al. 1997:14).

[83] Die untere Ausgaben-Armutslinie umfasst einen Warenkorb von Nahrungsmitteln, die für die Sicherung des physischen Existenzminimums nötig sind. Sie liegt pro Kopf und Jahr bei 968,4 £E für städtische und 696,2 £E für ländliche Gebiete. Die untere Einkommens-Armutslinie liegt pro Kopf und Jahr bei 1.005 £E für städtische und 787 £E für ländliche Gebiete (Al-Laithy 1997:42).

[84] Die Armutsquote betrug dabei in den städtischen Regierungsbezirken 16,0%, in den städtischen Regionen Oberägyptens 35,0%, in den ländlichen Regionen Oberägyptens 33,7%, in den städtischen Regionen Unterägyptens 21,7% und in den ländlichen Regionen Unterägyptens 15,4%.

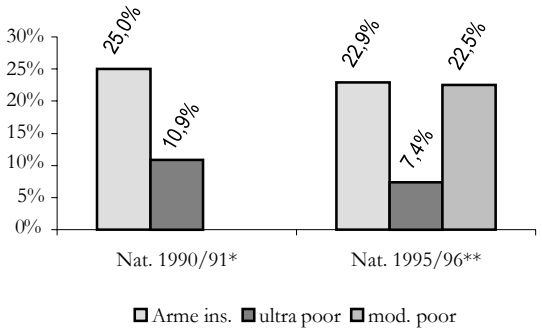
[85] Die obere Ausgaben-Armutslinie umfasst die Ausgaben für die Nahrungsmittel und Nicht-Nahrungsmittel, die zur Sicherung der Grundbedürfnisse nötig sind. Sie liegt pro Kopf und Jahr bei 1.325,4 £E für städtische und 923,9 £E für ländliche Gebiete. Die obere Einkommens-Armutslinie liegt bei 1.409 £E für städtische und 1.042 £E für ländliche Gebiete (Al-Laithy 1997:42).

[86] Regional gesehen, sind 34,2% der BewohnerInnen in den städtischen Regierungsbezirken arm, 59,9% in den städtischen Regionen Oberägyptens, 63,5% in den ländlichen Regionen Oberägyptens, 48,2% in den städtischen Regionen Unterägyptens und in den ländlichen Regionen Unterägyptens 40,0% (Al-Laithy 1997:42).

[87] Da dieses Papier leider nicht öffentlich zugänglich ist, zitiere ich im folgenden aus einem mir vorliegenden Bericht von Al-Laithy (1997), der die Ergebnisse des gemeinsamen Papiers zusammenfasst. Datt et al. 1997 und Al-Laithy, Osman 1996 nutzen zwar die gleiche Definition von oberer und unterer Armutslinie, kommen aber zu unterschiedlichen Ergebnissen. Assad und Rouchdy führen dies auf die Unterschiede bei der Einschätzung des Pro-Kopf-Konsums in den HIEC bzw. IFPRI-Datensets zurück. Sie halten die Daten des HIEC für zuverlässi- ger, weil mehr Sorgfalt auf die Untersuchung der Frage des Pro-Kopf-Konsums verwendet wurde (Assad, Rouchdy 1998:71).

Armutslinie bedeutet eine politische Entscheidung für den undramatischeren Armutsbefund. Gleichzeitig überrascht dieser Bericht durch eine selbstkritische Sicht auf Möglichkeiten und Grenzen der statistischen Analyse und eine Aufarbeitung der bisherigen Armutsbekämpfungsstrategien. Darin lässt sich auch Distanz zu offiziellen positiven Regierungsverlautbarungen erkennen. Bei der Darstellung der Einkommensarmut werden im EHDR drei Gruppen von Armen unterschieden: Die *ultra-poor*, die *poor* und die *mildly poor*, wobei nur die ersten beiden in die Armutsstatistik eingehen.[88] Die angewendeten Armutslinien liegen niedriger, als die von Al-Laithy errechneten. Auf der Grundlage dieser Gruppierung ergibt sich folgendes Bild: 22,9% der Bevölkerung lebten 1995/96 unterhalb der Armutslinie, 7,4% davon sind ultra-arm. Weitere 25,1% der Bevölkerung lebten unter „milder" Armut, also könnte man insgesamt 48% der Bevölkerung als arm bezeichnen. In der Stadt leben 42% der Armen und 58% auf dem Land, 36% der Armen leben in Nordägypten, 48% im Süden (EHDR 1996:2). Nach Regierungsbezirken gegliedert, ergibt sich folgende Armutsquote: 11,2% in den urbanen Regionen Unterägyptens und 25,1% in den ländlichen, 13,4% in den rein städtischen Bezirken, 1,8% in den Grenzgouvernoraten, 31,8% in den ländlichen Gouvernoraten Oberägyptens und 16,7% in den städtischen Gebieten dieser Region (a.a.O.:27).

Armutsquoten der Gesamtbevölkerung (1996)
Grafik 1: Nationaler Vergleich



* keine Angaben für mod. poor
** absolut: 13,7 Millionen

Zwischen 1991 und 1996 ist die ländliche Armut zurückgegangen, die städtische hingegen gestiegen. Auch die nationale Armutsquote sank von 25% auf 22,9%. Die Zahl der extrem Armen verringerte sich von 10,9% auf 7,4%, während milde Armut im gleichen Zeitraum von 18,7% auf 22,5% zunahm. Dabei lag der durchschnittliche jährliche Anstieg der Zahl der Armen in den 1990ern höher, als in den 1980ern.[89] Die Armutstiefe, das

[88] Die Zahlen beziehen sich auf den *Household Income and Expenditure Survey* (HIES) von 1990/91, 1995/96 und den *Household Budget Survey* von 1981/82. Der EHDR legt insgesamt fünf Armutslinien an: Die Überlebenslinie, eine obere und untere Ausgaben- sowie die Einkommensarmutslinie. Dabei orientieren sie sich für die politischen Aussagen an der unteren Ausgabenarmutslinie. Die Überlebenslinie umfasst nur die Ausgaben für eine minimale Diät und liegt bei 3.148 £E pro Haushalt und 594 £E pro Kopf und Jahr (1996) auf nationaler Ebene (EHDR 1996:2, 25). Die so genannte Grundbedürfnisarmutslinie oder untere Ausgabenarmutslinie liegt bei 4.168 £E pro Haushalt und Jahr und 814 £E pro Kopf und Jahr auf nationaler Ebene (a.a.O.). Die obere Ausgabenarmutslinie liegt bei 5.508 £E pro Haushalt und Jahr bzw. 1.098 £E pro Kopf und Jahr auf nationaler Ebene (a.a.O.:25). Die ultra oder absolut Armen verfügen über weniger als 594 £E pro Kopf und Jahr. Die Armen sind mit 594-814 £E pro Kopf und Jahr ausgestattet und die so genannten mild Armen verfügen über 814-1.098 £E pro Kopf und Jahr. Als nicht arm gelten alle Menschen, die über mehr als 1.098 £E pro Kopf und Jahr verfügen. Diese Position ist nach Berechnungen von Al-Laithy erst bei einer Jahresverfügung von 1.225,5 £E gegeben (Al-Laithy 1997:42).
[89] Die Zahl der Armen ist in den 1980ern um 1,2% jährlich angestiegen und im folgenden Jahrzehnt um 2,0%. Die Rate der „mild" Armen hat sich in den 1980ern um 1,7% gesteigert und in den 1990ern um 2,8% (EHDR 1996:2, 25,30 f.).

poverty gap, liegt für urbane Gebiete bei 4,9% und für ländliche Gebiete bei 4,3%, die Armut ist also in den Städten schärfer.[90] Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass

> „[...] whatever poverty line, poverty incidence in 1995/96 was higher than in 1990/91 and in 1981/82 (urban areas). In rural Egypt, (on can see) for lower poverty lines, up to £E 507 (at constant prices) per capita, the percentage of the poor in 1995/96 is lower than that of 1990/91. For any poverty line higher than £E 507, poverty incidence is larger in 1995/96 than in 1991" (EHDR 1996:31).

Als Ursachen für ländliche Armut nennt der EHDR an erster Stelle die ungleiche Boden- und Ressourcenverteilung.[91] Zudem wurde bis zur Implementation von SAP durch Preis- und Erntekontrollen das landwirtschaftliche Surplus abgeschöpft und in andere Sektoren transferiert. Dadurch kamen die landwirtschaftlichen Profite nie der Landwirtschaft und den ländlichen Gebieten zugute. Als weitere Gründe werden der schlechte Zugang zu Krediten, schwache Investitionsraten, niedrige Löhne und „changing lifestyles and working habits" genannt (EHDR 1996:39; Gertel 1996; el-Gawhary 1997a; Müller-Mahn 1998; Bush 1998).

Im Einklang mit der selbstkritischen Darstellung stützen die AutorInnen ihre überwiegend quantitativen statistischen Angaben durch die Ergebnisse einer parallel durchgeführten qualitativen Befragung über die subjektiven Definitionen von Armut[92] und ergänzen die Darstellung der Einkommensarmut durch die Darstellung der so genannten *capability-poverty measure* in Anlehnung an den *Human Development Report* von 1996. [93] Es zeigt sich, dass die *capability poverty* höher als die Einkommensarmut liegt und oft mit ihr nicht identisch ist. Die nationale Fähigkeiten-Armutsquote liegt bei 34%, wobei die Werte für ländliche Gebiete mit 43% über den städtischen Ergebnissen liegen (20,9%) (EHDR 1996:3, 38). In absoluten Zahlen ausgedrückt, betrifft diese Form der Armut insgesamt 21 Millionen Menschen. Die AutorInnen leiten daraus eine eher lose Verbindung zwischen Einkommensarmut und *capability poverty* ab.[94] Das Bild der städtischen Armut ist komplex, da Fähigkeiten-Armut und Einkommensarmut nicht so eng beieinander liegen, wie in den ländlichen Gebieten bzw. einander ver- und überdecken (a.a.O.:4, 49; Osman 1998:11 f.).

Die quantitative Armutsforschung präsentiert also eine uneinheitliche Einschätzung der Armutsentwicklung in Ägypten seit 1980/81. Abhängig von den gewählten Armutslinien, ihren Konstruktionen und den ihnen zugrunde liegenden Bevölkerungszahlen und den Angaben des Pro-Kopf-Konsums schwanken die Angaben über die nationale Ar-

[90] Die städtischen Gouvernorate weisen eine Armutstiefe von 3,4% auf, die städtischen Regionen Unterägyptens eine von 4,5%, die ländlichen Gebiete Unterägyptens eine von 2,4%, die städtischen Regionen Oberägyptens eine von 8,3% und die ländlichen Gebiete Oberägyptens eine von 6,9%.

[91] Die ländliche Bevölkerung besitzt pro Kopf 4,9 *karat* Land. Dieses Land ist jedoch sehr ungleich verteilt: 96% der Agrarbetriebe verfügen über weniger als 2,1 ha, davon verfügen 40% über weniger als 0,38 ha, die notwendig wären, um die Subsistenz zu sichern (Loewe 2000:14).

[92] Das qualitative Sample des EHDR, in dem die subjektiven Dimensionen der Armut erhoben wurden, ergibt hohe Armutsschätzungen. Demnach sind 24-43% der Bevölkerung arm: Die städtische Armut liegt zwischen 16-30% und die ländliche zwischen 25-55% (EHDR 1996:28).

[93] Diese Armutsmessung erfasst die Möglichkeit, sich gut zu ernähren, sowie einen minimalen Ausbildungs- und Gesundheitsstandard zu erlangen. Operationalisiert wird die CPM durch den Prozentsatz untergewichtiger Kinder (bis 5 Jahre), verbunden mit dem Anteil von Geburten ohne medizinische Personal und dem Anteil weiblicher Haushaltsangehöriger (6 Jahre und älter), die über keine oder nur Grundschulausbildung verfügen (Osman 1998:10 f.)

[94] Weitere Beispiele sind die Einschulungsraten von Kindern: städtisch 88%, ländlich 73%, kein Zugang zu sauberem Wasser: städtisch 3,5%, ländlich 30,6% der Bevölkerung, Analphabetenrate: städtisch 26,6%, ländlich 56,9%, Analphabetinnen: städtisch 20,8 % ländlich 47,8%, unterernährte Kinder: städtisch 9,9% ländlich 14,1%. In der Schule waren 83% aller ägyptischen Männer, aber nur 65% aller Frauen, durchschnittlicher Schulbesuch: Männer 6,1 Jahre, Frauen 3,3 Jahre. In den ländlichen Gebieten Oberägyptens liegt die Quote der Frauen ohne jede Schulbildung bei 60% (alle Angaben für 1995) (EHDR 1996:3, 38).

mutsquote zwischen 12,2% (Datt et al. 1997) und 48,0% (Al-Laithy 1997) für 1997 bzw. 1995/96. Die Weltbank gibt für die Armutslinie von unter 2 US$ am Tag ein Quote von 29,774% Armen (1995/96) an (World Bank 2001b), in den *World Development Indicators* wird für den selben Zeitraum und die gleiche Armutslinie sogar eine Armutsquote von 52,7% der Bevölkerung angegeben (World Bank 2001a:64). Loewe zitiert Datt et al. mit einer Armutsquote von 26,5% (Loewe 2000:9). Diese sehr hohe Schwankungsbreite liegt zum einen darin begründet, dass viele Haushalte knapp ober- bzw. unterhalb der Armutsgrenze leben und so schon leichten Veränderungen der Grenze starke Auswirkungen auf die Armutsquote entfalten. Zum anderen verdeutlicht sie die im theoretischen Teil der Arbeit diskutierten Probleme einer gewissen Willkür bei der Setzung absoluter oder relativer Armutslinien. Formen sozialer Ungleichheiten können mit statistischen Mitteln nur ungenügend erfasst werden, denn quantitative Armutsrepräsentationen nehmen nicht so sehr den dynamischen und veränderbaren Prozess der Verarmung in den Blick, sondern fixieren einen einheitlichen Zustand messbarer Armut. Der Forschungsbericht zeigt auch, dass durch die Entscheidung für eine untere oder obere Armutslinie der Armutsbefund stark verändert wird. Die Tatsache, dass im EHDR überwiegend auf die untere Armutslinie der Vorstudie von Al-Laithy und Osman Bezug genommen wird, ergibt ein entschärftes quasi-offizielles Ergebnis. Das ist beispielsweise für die Einschätzung staatlicher Armutsbekämpfungsstrategien relevant, aber auch für die Beurteilung der armutsrelevanten Folgen von Strukturanpassung sind die hohen Schwankungsgrade entscheidend, da angesichts der Kontroverse um die Armutsverschärfung durch Strukturanpassung KritikerInnen wie BefürworterInnen auf statistische Angaben angewiesen sind.

1.3 Qualitative Studien

Ähnlich wie in der quantitativen sind auch in der qualitativen Armutsforschung seit Mitte der 1990er Jahre einige wichtige, überwiegend von anglo-amerikanischen und nordeuropäischen EthnologInnen erarbeitete Studien erschienen.[95] Im Vordergrund standen dabei die Bereiche Frauen, Gesundheit, Reproduktion, Bildung, Armut, Geschlechterverhältnisse und Informalität (Hoodfar 1990; Kuppinger 1990; Singerman 1990; Rizq 1991; Early 1993; Fergany 1994; Gertel, Kuppinger 1994; Tekçe et al. 1994; Singerman 1995; Singerman, Hoodfar 1996; Wikan 1996; Hoodfar 1997). Parallel dazu entwickelte sich insbesondere im französischsprachigen Bereich eine qualitative Stadtgeographie, die Arbeiten zu Stadtentwicklung und Leben in informellen Siedlungen beigetragen hat (el-Kadi 1987; al-Wali 1993; Deboulet 1994; 1995; 1995a; Denis 1995; as-Sawi 1996; Bayat 1997; 1997a; Abaza 2001). Außerdem liegen in der informellen Sektor-Forschung einige Studien mit Armutsbezug vor (Semsek 1986; 1987; Semsek, Stauth 1987; Meyer 1990; Stauth 1991; Gertel, Samir 1995; Kuppinger 1995; Meyer 2000, 2001). Ländliche Armut rückte insbesondere mit der Rücknahme der Agrarreform im Rahmen der Strukturanpassung erneut in den Blick (Radwan, Lee 1986; Abaza 1987; el-Gawhary 1997a; Bush 1998; Müller-Mahn 1998; 2000; 2001; 2001a).

Zu den ersten Arbeiten über städtische Armut gehören die ethnographischen Monographien von Rugh und Wikan (Rugh 1979; Wikan 1980; Rugh 1985). Rugh führte eine qualitative, auf Gesundheit und Reproduktion von Frauen gerichtete Studie im zentralen Kairoer Armutsviertel Boulaq durch (Rugh 1979). Sie zeigt, dass Familie und Haushalt zentrale Einheiten für das Verständnis von Armut in Ägypten sind, eine Erkenntnis, die

[95] Assad und Rouchdy führen den Mangel an ägyptischer qualitativer Forschung darauf zurück, dass qualitative, ethnographische Feldforschung in Ägypten nicht sehr etabliert ist, sondern die soziologische quantitative Tradition das Feld beherrsche (Assad, Rouchdy 1998:31; Shokalmy 2001).

Singerman und Hoodfar in den 1990er Jahren weitergeführt und bestätigt haben (Singerman 1995; Singerman, Hoodfar 1996; Hoodfar 1997). Durch ihre Unterscheidung von sozialer Struktur als der symbolisch-normativen Ebene von Gesellschaft und sozialer Organisation als alltagsweltliche Reinterpretation starrer Normengebäude eröffnet sie die Möglichkeit, soziale Anpassungs- und Vermittlungsprozesse zwischen Realität und Anspruch als Handlungen rationaler AkteurInnen zu kennzeichnen (Rugh 1979:79). Sie zeigt, dass die Selbstdefinition als *lower class member* nicht mit dem Gefühl, arm zu sein, einhergehen muss (a.a.O.:80). Rugh vertritt die These, dass es sich bei der von ihr untersuchten Armut um eine durch „Teufelskreise der Armut" vermittelte handelt und positioniert sich zugleich in die Nähe subkultureller Ansätze (a.a.O.:85). Die systematische Kontextualisierung von Armut, ihre Einbettung in einen ökonomischen und politischen Kontext unterbleibt, sondern Armutsursachen werden bei den Armen selbst vermutet.

Eine kulturanthropologische Fragestellung verfolgt auch Early, die ebenfalls in Boulaq forschte, und sich dabei auf die Konstruktion von *baladi*-Kultur unter Frauen konzentrierte (Early 1993). Ihre Erkenntnisse über den Zusammenhang von Narration, Selbstkonstruktion und populärer Kultur fließen bei der Analyse der Armutsperzeptionen meiner InterviewpartnerInnen mit ein. Wikan forschte in einem Armutsviertel in Giza, ihre Arbeit zeichnet sich neben einer sehr detailreichen Schilderung der Überlebensstrategien vor allem durch einen (selbst)kritischen Methodenteil aus, in dem sie die Schwierigkeiten einer solchen Forschung offen legt (Wikan 1980:4 ff.). Wikan grenzt sich von Lewis These der Subkultur der Armut ab, und kommt zu dem Schluss, dass eine solche Kultur der Armut in Kairo nicht existiert (a.a.O.:24). Dabei konzentriert sie sich auf die Zwänge, denen arme Menschen unterliegen und nicht auf die Handlungsspielräume, die sie nutzen und/oder täglich neu erkämpfen. Die jüngste Feldstudie aus Boulaq legte Fergany vor, der mit einem größeren Forschungsteam arme Frauen zu ihrer Arbeitssituation befragte (Fergany 1994). Auch er hebt die besondere Rolle von Frauen für die Überlebenssicherung hervor und betont wie Hoodfar später, dass sich durch ihre Erwerbstätigkeit die Stellung im Haushalt nicht positiv verändern muss (a.a.O.:32).

Zu den neueren armutsorientierten Quartiersstudien im Bereich der informellen Siedlungen gehören die Untersuchungen von Semsek und Stauth (1987), Fergany (1994), Kamel (1994) sowie Tekçe et al. (1994). Semsek und Stauth legten die einzige deutschsprachige Arbeit über Armut und Alltagskultur in Kairo mit einem kultursoziologischen Ansatz vor, deren Ergebnisse und Hypothesen im Theorieteil der Arbeit bereits diskutiert wurden. Kamel beschreibt die Lebenssituation und -strategien von BewohnerInnen der Moqattamberge, die überwiegend als MüllsammlerInnen arbeiten und oft zu den Ärmsten der Armen in Kairo gezählt werden (Kamel 1994). Sie zeigt, dass auch die MüllsammlerInnen eine stark sozial und spatial differenzierte Gemeinschaft bilden. Tekçe et al. schrieben 1994 die medizinanthropologische Studie über eine große informelle Siedlung Kairos, Manshiet Nasr (Tekçe et al. 1994). Die Arbeit hebt hervor, dass die sozialen Kontexte innerhalb des Quartiers und der Haushalte zentralen Einfluss auf Gesundheitszustand und -prävention der Einzelnen nehmen. Der Anspruch, die sozialen und räumlichen Umfelder armer und nicht-armer Haushalte in diesem großen informellen Bezirk zu analysieren, mündet in eine sehr detailreiche und kontextualisierte Geschichte des Viertels und seiner BewohnerInnen, einschließlich ihrer Netzwerke und Formen der politischen Selbstorganisation, die leider nur knapp behandelt werden.

Mit dem Zusammenhang von Geschlecht, Überlebensorganisation und soziopolitischem Wandel in Ägypten beschäftigen sich die Studien von Singerman (1995), Wikan (1996) und Hoodfar (1997). Der Sammelband von Singerman und Hoodfar (1996) ergänzt und erweitert die Mikroperspektive der Monographien der Autorinnen. Auf der

Mikroebene der Haushalte und alltäglichen Geschlechterbeziehungen werden Strukturanpassung, Partizipation und Überleben konkretisiert und kulturell kontextualisiert. Zu den Arbeiten mit dem stärksten Armutsbezug gehört die Monographie von Hoodfar (1997).[96] Theoretisch bezieht sich Hoodfar kritisch auf gängige Konzepte der Wirtschaftswissenschaften, die den Beitrag von Frauen zum Überleben tendenziell vernachlässigen oder durch die Wahl ihrer Kategorien unsichtbar machen. Dem setzt sie eine feministische Analyse der Geschlechterverhältnisse in der Überlebensökonomie armer Haushalte in Kairo entgegen. Dieser Ansatz wird auch von den Autorinnen des Sammelbandes vertreten (Singerman, Hoodfar 1996).

Die Untersuchung stellt die geschlechtsspezifischen Handlungsoptionen der alltäglichen Überlebensorganisation armer Frauen und Männer in ihren kulturellen und ökonomischen Kontext. Hoodfar analysiert Eheschließung, Heiratsverhandlungen, Sexualität und Geschlechtsrollenperzeptionen ebenso als Teil der Überlebensstrategien von Armen wie Einkommen, Konsum und Ausgaben, Entscheidung über das Budget und Strategien auf dem Arbeitsmarkt. Ihr integriertes Vorgehen hat auch diese Arbeit sehr inspiriert. Wikan legte 1996 die zweite Studie über das von ihr nunmehr seit fast 20 Jahren beobachtete Viertel in Giza vor und hebt erneut die besondere Rolle der Frauen für die Überlebenssicherung hervor (Wikan 1996). Allerdings mangelt es an politischer Kontextualisierung der Ergebnisse, auch wäre eine Analyse der historischen Veränderungen angesichts der langjährigen Forschungskontakte wünschenswert gewesen. Diese Arbeiten haben eine Kontroverse um ihren Politikbegriff und ihr Frauenbild entfacht (Bayat 1998a; Denis 1998; Ghazaleh 1998). So wirft Bayat Singerman, Wikan und Hoodfar vor, die politische Ökonomie der Familie mit politischer Partizipation zu verwechseln (Bayat 1998a). Bayat selbst hält in seiner Studie über die Rolle der „informal people" in der iranischen Revolution, die bereits im Theoriekapitel dargestellt wurde, an einer Unterscheidung von sozialer und politischer Partizipation fest (Bayat 1997; 1998). Die hier vorgelegte Arbeit schließt sich jedoch dem auch von Hoodfar und Singerman favorisierten erweiterten Partizipationsbegriff an, da er größere heuristische Möglichkeiten eröffnet, als ein eng gefasster Partizipationsbegriff.

Die dritte Gruppe der Arbeiten ist qualitativ stadtgeographisch orientiert und bietet wichtige Ergänzungen zu meiner Studie, die solche Aspekte nur am Rande erheben konnte. Deboulet legte 1994 eine sehr detailreiche, stadtgeographische, empirische Untersuchung über drei informelle Viertel in Kairo vor, die sich auf die Entstehungsgeschichte und Wohnformen dieser Viertel konzentriert (Deboulet 1994; 1995; 1995a). Da die von uns befragten Menschen zum Teil in den gleichen Bezirken leben, fließen die Ergebnisse von Deboulets Arbeiten an geeigneter Stelle ein. Gertel und Kuppinger bearbeiten in ihrem Aufsatz den Zusammenhang von Armut und Stadtentwicklung und in einem instruktiven Sammelband präsentiert Gertel aktuelle Forschung zur Nahrungsmittelsicherung in Kairo (Gertel, Kuppinger 1994; Gertel 1995). Nahrungsmittelsicherung durch Arbeit im informellen Sektor und der Zusammenhang von sozialer Reproduktion und Nahrungsmittelkonsum stehen dabei im Vordergrund.

Die arabische Literatur, soweit sie mir zugänglich und erschließbar war, bietet bis auf die alltagssoziologische Arbeit von Zayed (1992), die keinen Armutsschwerpunkt aufweist, nur wenige publizierte qualitative Studien zur Armutsforschung (Kishk 1998; El-Khawaga 1999). Fergany erwähnt in seiner Literaturübersicht die ethnographische Forschung von

[96] Methodologisch steht die Arbeit in der klassischen ethnographischen Tradition, die über teilnehmende Beobachtung und einem gemeinsamen Alltag zu ihren qualitativen Ergebnissen kommt. Ausgehend von ihren ersten Feldforschungen von 1983, hat Hoodfar die von ihr untersuchten Stadtteile immer wieder besucht und präsentiert interessante Langzeitdaten.

Nadim, sowie die Ergebnisse eines ILO-Forschungsprojekts zur Arbeitsmarktsituation von Frauen von Shukry et al. (zit.n. Fergany 1994:19). Gad (1992) legte eine Studie über das Leben in den Kairoer Totenstädten vor, und der Ingenieursverband publizierte eine deskriptive Studie zu den Wohnformen der Armen (al-Wali 1993). Die aktuelle Debatte um das informelle Wachstum der Metropole Kairo hat zwei Studien zum Zusammenhang von informellen Siedlungen und Entwicklungsfragen initiiert (As-Sawi 1996; Ma´ud 1998). As-Sawi führt dabei das rasante Wachstum informeller Siedlungen überwiegend auf die Migrationströme vom Land zurück (As-Sawi 1996:21 ff.).

Städtische Armut ist in Ägypten als städteplanerisches und soziales Problem in die öffentliche Debatte um Entwicklung gerückt. Akademisch wurde sie überwiegend von EthnologInnen, SoziologInnen und GeographInnen im Kontext mikropolitischer und stadtteilorientierter Untersuchungen bearbeitet, politologische Armutsanalysen fehlen bisher ganz. Meine Untersuchung verdankt insbesondere den auf der Mikroebene angesiedelten feministischen Arbeiten, die hier nur sehr knapp gewürdigt werden konnten, viele empirische Informationen und theoretische Anregungen, die an je geeigneter Stelle einfließen.

2 Die Mikropolitik der Haushalte in Kairo

„Samira ist 25 Jahre alt. Sie lebt in Z und ist verantwortlich für die Haushaltsführung für die gesamte Familie. Sie kauft ein und sorgt für Vorräte, verhandelt mit den VerkäuferInnen auf dem Markt, kocht, putzt und wäscht. Ihr Vater verkauft Tee und Saft auf dem Bürgersteig vor einem großen Krankenhaus. Dort arbeitet auch ihre Mutter, die Brot und Käseecken verkauft. Beide verfügen nicht über Lizenzen. Die Gewinnspanne für den Handel ist nicht sehr groß, und sie müssen Polizeirazzien fürchten. Samiras jüngere Schwester macht in dem Krankenhaus eine Ausbildung zur Krankenschwester. Sie verdient nur eine geringe Summe, die sie für Bücher und ihre Schwesterntracht ausgeben muss. Den Ausbildungsplatz hat sie durch die Vermittlung der zweiten Frau ihres Vaters erhalten, deren Tochter im gleichen Krankenhaus arbeitet. Samiras älterer Bruder arbeitet als Busfahrer beim städtischen Nahverkehr, er verdient wenig, aber er hat Zugang zu verbilligten Konsumgütern, medizinischer Versorgung und anderen Privilegien für Angestellte im staatlichen Sektor. Er hat gerade geheiratet und lebt mit seiner jungen Frau im ersten Stock des Hauses seines Vaters. Um Hassan, die zweite Frau von Samiras Vater lebt in einer viel ärmlicheren Hütte in Z. Auch sie arbeitet als Straßenhändlerin vor dem Krankenhaus, früher war sie Putzfrau und verdiente mehr Geld. Sie versorgt ihre gerade geschiedene älteste Tochter und deren drei Kinder mit. Auch ihre beiden Söhne und deren Familien aus ihrer ersten Ehe leben in der Hütte. Sie kocht und wäscht und putzt oft für die gesamte Familie. Um Hassan holt das Wasser im Haus ihres Mannes – weitere Unterstützung hat sie nicht zu erwarten, so sagt sie“ (Feldtagebuch, Interviews 1996 in Z).

Um Hassans und Samiras Leben werden von so unterschiedlichen Faktoren wie Geschlecht, Alter, Position in der Familie, Zugang zum Arbeitsmarkt, individuellen Fähigkeiten, Ressourcen und Kapitalien bestimmt. Sie bilden Überlebensökonomien, die als komplexe, sozial, politisch, ökonomisch und räumlich dimensionierte Systeme der alltäglichen Überlebenssicherung definiert werden können. Überlebensökonomien sind Bestandteil sozialer Welten, „die als intersubjektiv beherrschte Reiche begriffen werden können, in denen ökonomische und nicht-ökonomische Alltagspraktiken mit dem Ziel der Überlebenssicherung miteinander verflochten sind“ (Semsek 1986:438). Daraus erwachsen Um Hassan und Samira unterschiedliche Handlungsspielräume in den Strukturen der sozialen Ungleichheit. Die soziale, symbolische, wirtschaftliche und politische Reproduktion und Partizipation werden innerhalb der Überlebensökonomien integriert und nicht voneinander getrennt, so die Hauptthese dieses Abschnitts. Informelle Partizipationsformen und Überlebensorganisation greifen ebenso ineinander, wie die lokalen und nationalen Ebenen ökonomischer und sozialer Prozesse, so das Ergebnis der Analyse der unterschiedlichen Schnittstellen und Vernetzungen.

Im folgenden sollen die Dimensionen der Überlebensökonomien auf der Mikroebene der Haushalte anhand der in den unterschiedlichen Stadtteilen[97] erhobenen Daten entfaltet werden. Die räumlichen, materiellen und subjektiven Ebenen der Überlebenssicherung, ihre Verknüpfung miteinander, ihre Struktur und ihre Wirkungen stehen dabei im Vordergrund: Wo leben arme und verletzbare Gruppen und wie? In welcher Weise strukturieren sie die formalisierte Informalität diskursiv und praktisch, wenn es beispielsweise um den Zugang zu Wohnraum geht? Welche Rolle spielen dabei staatliche Politiken der (Nicht-) Regulierung von Land- und Immobilienmärkten? Über welche materiellen und immateriellen Ressourcen verfügen arme Haushalte? Wer erwirtschaftet und verteilt sie?

[97] Die Untersuchungsgebiete werden dabei als Quartiere für kleinere räumliche Einheiten oder als Stadtteile für die größeren räumlichen Einheiten bezeichnet. Der Stadtteil muss nicht mit dem Verwaltungsbezirk identisch sein. Ich habe keine Totalerhebungen einzelner, klar voneinander abgrenzbarer Gebiete vorgenommen, sondern in unterschiedlichen Quartieren einzelner Bezirke qualitative Interviews und teilnehmende Beobachtung durchgeführt.

Wie wirken sich dabei die geschlechtliche Arbeitsteilung, aber auch die sozialen Konstruktionen von Konsumverhalten aus? Welche Rolle spielen dabei die Netzwerke der Mikroebene? Wie beschreiben arme Menschen in lebensweltlichen Diskursen die Armut? Welche Rolle spielt der Staat für die Überlebenssicherung? Und wie hat die Strukturanpassung die Armutsentwicklung beeinflusst?

2.1 Die Geographie der Armut

„A liegt im Südosten des Stadtzentrums auf einem Ausläufer des Fustatplateaus. Von der Metro-Station aus geht man zunächst durch ein modernes Wohnviertel der Mittelklasse mit 10- bis 15stöckigen Wohnblocks jüngeren Datums, die sich zwischen Nil und Plateau dahinziehen. Das Viertel ist ruhig, hat breite Straßen, relativ teure Läden und einen kleinen Markt, der an der Bahnlinie liegt. Je näher es zum Berg geht, desto ärmlicher werden die Behausungen, die Hochhausbesiedlung hört auf und wird von den, für informelle Siedlungen typischen, drei- bis vierstöckigen schmalen Wohnhäusern mit kleinen Balkonen ersetzt. Unregelmäßige enge Gassen mit vielen Sackgassen, Ziegelhäuser mit mehreren Stockwerken und winzigen Balkonen ergänzen das Bild. Einige Familien wohnen auf Dächern oder in windschiefen Hütten zwischen den gemauerten Häusern. Direkt vor dem Berg, der sich steil hinaufzieht, liegt ein großer Sportplatz, der nicht asphaltiert ist und auf dem Abwasser in riesigen Lachen steht. Am Rande der Pfützen: Ein paar fliegende Händler mit Tomaten, Melonen und Gurken. Die Siedlung auf dem Berg ist über sehr steile Treppenstufen zu erreichen, die in Serpentinen in Kalkgestein geschlagen bergan führen. Fast kein Haus hat mehr als ein Stockwerk. Die Siedlung besteht aus symmetrisch angelegten Blocks, zwischen denen breite, ungepflasterte, sandige Wegen verlaufen. Von den Hauptstraßen gehen kleine, noch luftige Gassen ab, denn die Hauswände sind selten höher als zwei Meter. Das Ganze wirkt sehr weitläufig und großzügig, bis auf den ältesten Teil der Siedlung, der sich an die Bergwand kauert und krumm und schief dasteht mit seinen 3-4 Meter hohen Häuschen. Das Viertel ist nur über die Treppenstufen und eine erst kürzlich asphaltierte Straße, die steil den Berg hinanführt, erreichbar. Von der Metro-Station aus fahren kleine offene Toyota-Pickups auf den Berg, auf deren Ladeflächen sich bis zu 20 Leute zusammendrängen. Andere Verkehrsmittel gibt es auf dem Berg nicht. Die Häuser, die wir besucht haben, sind sehr unterschiedlich ausgestattet, zum Teil mit großen schmiedeeisernen Toren und Grundrissen, die signalisieren, dass hier demnächst der zweite und dritte Stock gebaut werden soll. Andererseits führen zum Teil einfache Holztüren in einer Lehmziegelmauer auf den Hof, in dem auf zwei wackeligen Mauern löchrige Strohdächer liegen. In den Hütten nur ein altes Bett, ein Schrank, ein paar Kartons und ein Stuhl. Eine der Familien, die wir trafen, hat zwar einen großen Hof, bewohnt aber nur ein Zimmer, mit zwei Betten als einzigen Möbelstücken. Kleine Gaslampen und ein Kerosinkocher dienen zur Beleuchtung und als Kochstelle. Eine Anbindung an das Stromnetz existiert nicht“ (Feldtagebuch 1996).

Die Identitäten eines Ortes und die in ihm lokalisierten Überlebensökonomien, ihre Entstehungsgeschichte und die Entwicklung lokaler Immobilien- und Baumärkte, die infrastrukturelle Ausstattung und Stadtplanung greifen ineinander. Die Vernetztheit von lokaler und nationaler Ebene lässt sich deshalb aus räumlicher Perspektive besonders gut zeigen. Das Verhältnis von Zentrum und Peripherie in der Stadt transportiert ökonomische, politische und soziale Einschreibungen, die – wie Gertel, Kuppinger und Deboulet betonen – von den unterschiedlichen AkteurInnen innerhalb eines geographischen Raumes aufgenommen, re-interpretiert und verändert werden. Raum ist in diesem Sinne nicht nur Anknüpfungspunkt für Repräsentationen – etwa von Armut –, sondern seine Gestaltung und seine Füllung durch Alltagspraxen sind Produkte sozialer und politischer Verhandlungen.

„[...] places, are always constructed out of articulations of social relations (trading connections, the unequal links of colonialism, thoughts of home), which are not only internal to that locale but which link them to elsewhere. Their 'local uniqueness' is always already a product of wider contacts; the local is always already a product in part of 'global' forces“ (Massey 1995:183).

Ebenso wie konkrete ökonomische Entwicklungen, die Bereitstellung oder der Entzug von Infrastruktur oder die Veränderungen des Arbeitsmarktes mit spatialen Strukturen verbunden sind, sind es auch die Selbstbilder und Perzeptionen armer und verletzbarer AkteurInnen. Wie lassen sich die symbolischen und geographischen Orte, in denen arme und verletzbare Gruppen leben und handeln, auf der diskursiven Ebene beschreiben? Sind sie im Verhältnis zu den von anderen Gruppen besetzten Räumen das, was Foucault Heterotopia nennt, also Orte, die gleichzeitig aus- und eingeschlossen sind (Foucault 1986)? Die symbolische und praktische Aufladung und Definition von Räumen bestimmt die unterschiedlichen privaten und öffentlichen Handlungsmöglichkeiten von AkteurInnen innerhalb ihrer Gesellschaft. Der Zugang zu öffentlichem und privatem Raum und die physische Struktur dieses Raums beeinflusst beispielsweise die Art von Netzwerken, die Frauen und Männer unterhalten und nutzen können. So werden die engen Gassen zwischen schmalen, baufälligen Häusern oder windschiefen Hütten in den alten und neuen Slumenklaven des Stadtzentrums zu wichtigen kommunikativen und ökonomischen Zwischenräumen einer *community*, während die breiten Straßen der neuen Schlafstädte am Wüstenrand von Kairo nur von fliegenden Händlern genutzt werden. Soziale und ökonomische Netzwerke des Überlebens lassen sich in diesen anonymen Wohnblocks nur mühsam aufbauen, während sie in den schmalen Gassen der vielen *Ezbas* (alte dörfliche Enklaven) in der Stadt das fast unvermeidliche Produkt räumlicher Nähe sind. Dennoch gelten nicht für alle AkteurInnen die gleichen Ausgangsbedingungen: Geschlecht, Alter, materielle Ressourcen und symbolisches Kapital bestimmen Zu- und Umgang mit den geographischen Gegebenheiten. Die sozialen und symbolischen Praktiken sind eng mit den geschlechtsspezifischen Perzeptionen und Interpretationen der räumlichen Struktur der Lebenswelt verbunden (Harders 1998).

Zentrales Element des offiziellen Diskurses über die Geographie der Armut ist der Zusammenhang von Armut, Informalität und Illegalität, wie er sich beispielhaft für die Debatte um die '*ashwaiyat*, die informellen Siedlungen in Ä-gypten, zeigen lässt. Aus Sicht armer und verletzbarer AkteurInnen verbindet sich die diskursive Ebene mit konkreten Bedingungen, die ihre Überlebensökonomien maßgeblich beeinflussen. Denn abhängig davon, ob Arme in „Slums" oder Squattersiedlungen leben, unterscheiden sich die infrastrukturelle Versorgung, die Wohn- und Arbeitssituation erheblich. Ihr Zugang zu billigem Wohnraum, der legale Status ihrer Behausungen und die lokalen Immobilien- und Mietmärkte verbinden sich so zu einem komplexen Geflecht von Bedingungen, dem die Begriffe „informelle Siedlung", „Slum" oder „Squattersiedlung" kaum gerecht werden können. Die Bezeichnungen sind zudem prärogativ, transportieren Stigmatisierung und Illegalität, wie ein Blick auf die offiziellen Diskurse zeigen wird (Deboulet 1994:24 ff.; Tekçe et al. 1994:10 f.; Denis 1995; Singerman 1998).

Die Wohnformen der Armen sind sehr unterschiedlich und durchaus nicht immer mit informellem Wohnen identisch. Arme leben etwa in verfallenen Sozialwohnungen der öffentlichen Hand, sie bewohnen die Friedhofstädte am Rande des islamischen Kairo, sie leben in den sehr dicht besiedelten Quartieren der islamischen Altstadt, in Moscheen, in Treppenhäusern, auf Dächern, in Pappkartons, in leerstehenden Baudenkmälern und Besitztümern des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten (*Waqf*), seit dem Erdbeben auch in Zelten und in den neu entstandenen informellen Siedlungen an der Peripherie der Stadt (al-Wali 1993; Deboulet 1994:22). Deboulet führt für die Kennzeichnung dieses sehr heterogenen Sets unterschiedlicher urbaner Lebensformen, deren legaler Status diffus ist, den Begriff der *quartiers d'émanation populaire* ein (Deboulet 1994:27 ff.; 1995; 1995a). Damit stellt sie die AkteurInnen und ihre Strategien in den Vordergrund und hebt gleichzeitig die Dynamik dieser Form der Urbanisierung hervor (Deboulet 1994:21). Um den, die Über-

lebensökonomien maßgeblich beeinflussenden, legalen Status der Siedlungen kennzeichnen zu können, greife ich hier unter dem Oberbegriff der *quartiers d'émanation populaire* in Ermangelung besserer Begrifflichkeiten auf die Unterscheidung von so genannten Slums und Squattersiedlungen zurück.[98] Damit soll weder Homogenität noch Abwertung impliziert werden, vielmehr gilt es, die Dynamik der sozialen Praktiken in wandelbaren urbanen Räumen zu kennzeichnen.

2.1.1 Kurze Baugeschichte einer Stadt

Kairo, die größte Stadt Afrikas, wurde zwischen 640 und 642 als Heerlager der arabischen Eroberer nahe der römischen Festung Babylon und der alten pharaonischen Hauptstadt Memphis gegründet. Heute beherbergt die Metropole zwischen 10 und 15 Millionen EinwohnerInnen (Abu-Lughod 1971; Raymond 1993; Deboulet 1995:433; Raymond 1995). Der Großraum Kairo umfasst das Gouvernorat Kairo und die urbanen Teile der Gouvernorate Giza und Qalubiya. Die Stadt ist in 15 Bezirke (*qism*) gegliedert. Kairo wuchs im 20. Jahrhundert durch die Migration vom Land rasant. Seit Ende der 1970er Jahre beruhen die hohen Wachstumsraten jedoch auf dem Bevölkerungswachstum innerhalb der Grenzen der Stadt (Deboulet 1995:433). Eine Folge dieser raschen Expansion war die Entstehung so genannter informeller Siedlungen oder *'ashwaiyat*, die an den Peripherien der Stadt mittlerweile über 50% der Gesamtbevölkerung Kairos beherbergen.

Das moderne Stadtzentrum rund um den Tahrir-Platz entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Ausdehnung der alten Wohnviertel der oberen Mittelklasse, die sich erst in den 1920er Jahren auch auf der Westseite des Nils ansiedelte. Die ärmeren Bevölkerungsgruppen verblieben im Zentrum der alten islamischen Stadt, im alten Nilhafen Boulaq, in Sayida Zainab und Abdin (Gertel, Kuppinger 1994:279). Nach der Revolution von 1952 entstanden die ersten staatlich geförderten Sozialwohnungen für die untere Mittelklasse wie etwa Zenhom, Ain el-Sira oder Amariya, die auch heute noch überwiegend ärmere BewohnerInnen beherbergen. Mit Beginn der Sadatschen Öffnungspolitik wandelten sich Wohnungs- und Immobilienmärkte: Landspekulation und Bauboom veränderten das Gesicht der Stadt durch die Errichtung von Hochhäusern an den Ufern des Nils und rund um die nobleren Viertel auf der Westseite des Flusses wie Mohandessin und Agouza. Gleichzeitig wurde mit Nasr-City ein großes Areal für die obere Mittelklasse, die als *professionals* durch Arbeitsmigration finanzielle Ressourcen akkumulieren konnten, neu und modern bebaut. Die Geldflüsse der MigrantInnen beeinflussten auch die Wohnsituation der ärmeren Bevölkerungsschichten, die die Peripherie der Kernstadt besiedelten, wo große informelle Siedlungen in Giza auf der Westseite des Nils, Imbaba und Boulaq Dakrour oder Dar-as-Salam im Südosten der Stadt rasch wuchsen (El-Kadi 1987; Oldham et al. 1987; Gertel, Kuppinger 1994:280).

Das Kairo der 1990er Jahre präsentiert sich als heterogene, sozial diverse Stadt, deren historische Strukturen einerseits die Armutsgeographie prägen, sie aber gleichzeitig auch verschleiern. Zwar leben noch immer viele Arme in den historischen Quartieren der zentralen Stadt, doch verlieren diese Viertel durch innerstädtische Migrationsprozesse zunehmend an Bevölkerung (Deboulet 1995:441f.). Der Mythos vom Anwachsen der Kern-Stadt erweist sich als falsch. Die Entwicklung ist vielmehr eine zentrifugale, bei der sich vor allem die informellen Siedlungen an der süd-östlichen Peripherie vergrößern

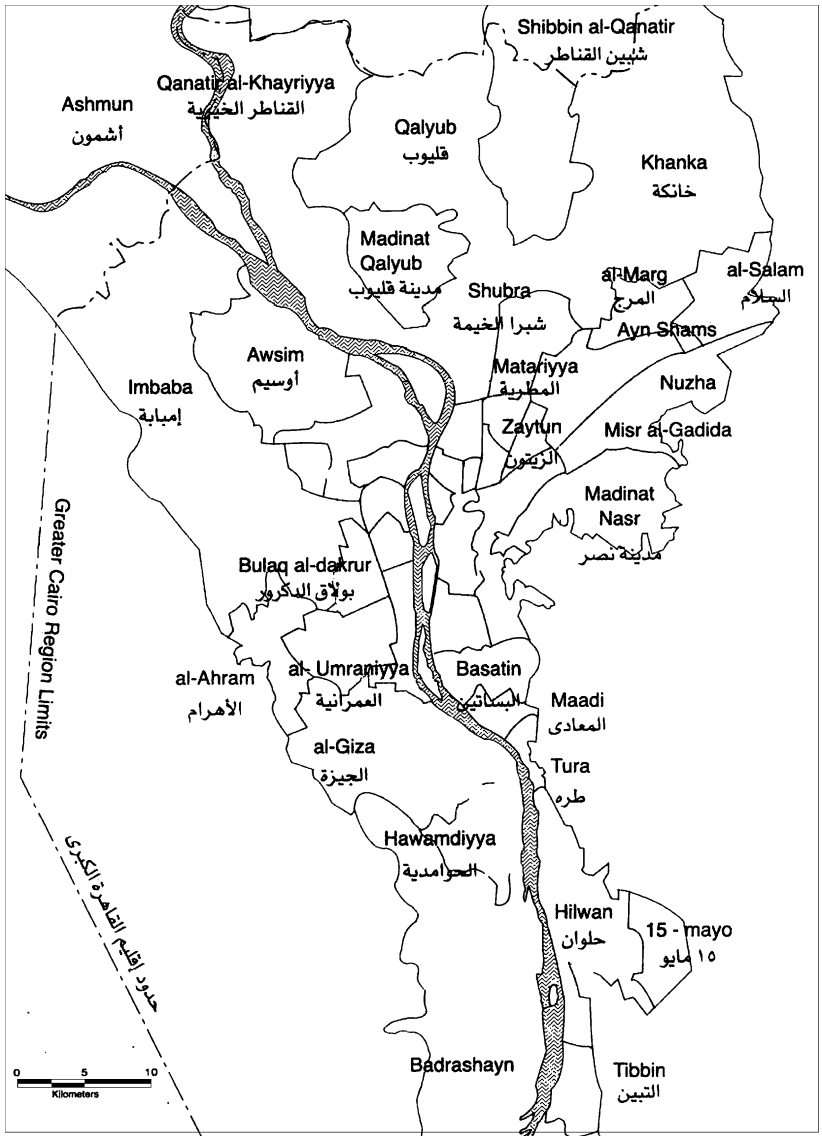
[98] In Anlehnung an Drakakis-Smith werden Squattersiedlungen, die durch „occupation of land without the permission of the owner, or the erection or occupation of a dwelling in contravention of existing legislation" entstehen, von Slums als „legal, permanent dwellings which have become substandard through age, neglect and/or subdivision into micro-occupational units" differenziert (Drakakis-Smith 1981:43 f.).

(Deboulet 1995:433; Denis 1995:93; Edouard, Radwan 2000). Die früher landwirtschaftlich geprägten Randgebiete werden zu sozial und ökonomisch heterogenen informellen Wohnvierteln. Diese Entwicklung lässt sich am Beispiel der Wohnbiographien meiner InterviewpartnerInnen konkretisieren, bei denen die Migration innerhalb der Stadt wichtiger ist, als die Zuwanderung aus ländlichen Gebieten (Deboulet 1995). 48 von insgesamt 60 Befragten haben, bevor sie ihre jetzige Wohnung bezogen, in anderen Vierteln Kairos gelebt bzw. sind in Kairo geboren. Nur 12 Personen lebten zuvor nicht in Kairo, sind also direkt aus ländlichen Regionen in die Stadt gezogen. Die meisten von ihnen leben in einem legalen „Slumviertel" und sind zwischen 1968 und 1972 nach Kairo gekommen und dann nicht mehr umgezogen. Nur drei Personen (T5, A3 und D9) sind in den 1980ern bzw. 1990ern in die Stadt gekommen. Von den 48 Personen, die bereits in anderen Kairoer Vierteln gewohnt haben, sind nur 13 ländlicher Herkunft. Gerade die BewohnerInnen der neuen informellen Viertel E, T und A, aber auch einige in D haben in anderen armen Vierteln der Stadt wie Bassatin, Stab il-Antar oder Boulaq Dakrour gelebt, bevor sie ihre jetzigen Wohnungen bezogen haben. Die BewohnerInnen der alten legalen Viertel dagegen sind oft dort geboren und leben immer noch dort (vor allem in S und F). Ihre Kinder müssen diese Viertel aufgrund der hohen Wohnungspreise verlassen und ziehen dann in die neuen informellen Siedlungen (Deboulet 1994; 1995; Denis 1995).

Diese Viertel heißen „informell", weil ihr baurechtlicher Status unklar oder nach geltendem Recht illegal ist. In Ägypten dürfen landwirtschaftliche Flächen nicht bebaut werden.[99] Das hat ihre Bebauung, etwa auf der gesamten Westseite des Nils, seit den 1970er Jahren aber nicht verhindern können. Zudem wurden Territorien der öffentlichen Hand und des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten (*Waqf*) widerrechtlich, also ohne Genehmigungen, bebaut. Auch Land in privatem Besitz, oft Ödland, wurde auf diese Weise besetzt und bebaut. Informelle Siedlungen oder '*ashwaiyat* bezeichnen unterschiedliche Grade von Informalität wie etwa Bauen ohne Lizenz, ungeplantes aber legales Bauen auf privatem Grund und Boden und Squatten auf Ländereien der öffentlichen Hand (Denis 1995:87). Der westliche Teil der Stadt, Giza, ist laut UNDP zu 100% informell gebaut. Der Bezirk umfasst Armutsenklaven ebenso wie Villenviertel (Abdel-Fadil 1995:12; As-Sawi 1996). Die höchsten Quoten für informelle Wohnformen wurden in den Gouvernoraten Assuit, Damietta, Aswan, Sohag und Giza festgestellt. Dort leben zwischen 50% und 63% der Bevölkerung in informellen Siedlungen. Der nationale Durchschnitt liegt bei 33,8%. Die Metropole Kairo liegt in dieser Untersuchung an 17. Stelle in Bezug auf den prozentualen Anteil informeller Siedlungen, aber an vierter Stelle nach Anzahl der Slums und Squattersiedlungen, wovon es offiziellen Angaben zufolge 79 gibt (Abdel-Fadil 1995:12; EHDR 1996; As-Sawi 1996:27 ff., 66 ff.; al-ahram 1997:456).

[99] Nur 4% des Bodens in Ägypten lassen sich bewirtschaften. Diese niedrige Quote landwirtschaftlicher Flächen erklärt ihre Schutzbedürftigkeit in Zeiten des Baubooms. Allein Kairo wuchs in den 1980er Jahren jährlich um 900 ha, über die Hälfte dieser neu bebauten Fläche wurde vorher landwirtschaftlich genutzt (Deboulet 1994:63).

Karte 2: Großraum Kairo



©Atlas Electronique Du Caire, OUCC, CEDEJ (Centre d'Etudes et de Documentation Economique, Juridique et Sociale)., Le Caire

Die offiziellen Diskurse über das ungeplante, weitgehend unlizensierte und oft mit der Stadtplanung kollidierende Wachstum der Stadt, neigen dazu, informelles Wohnen zu stigmatisieren. Die sprachliche Wurzel des Wortes *'ashwaiyat* weist auf die Dimension der Zufälligkeit, und der Zufall scheint Kairos Hauptwachstumsmotor zu sein (Deboulet 1994:39 ff.). Das Entstehen informeller Siedlungen zeigt jedoch, wie sehr die Informalität klaren Regeln und Strukturen im Sinne einer „formalisierten Informalität" unterliegt. Die Siedlungsgebiete werden regelhaft parzelliert, verkauft und bebaut, die Preise der informellen Märkte gehorchen dem Gesetz von Angebot und Nachfrage wie die der offiziellen, wie sich auch im Sample dieser Untersuchung zeigt. Singerman spricht in ihrer Analyse davon, dass informelle Siedlungen zum *internal other* der modernen, sauberen, armutsfreien Stadt stilisiert werden (Singerman 1998). Beispielhaft dafür seien die AutorInnen des EHDR zitiert, deren Einschätzungen ihrer ansonsten differenzierten Sicht von Armut widerspricht.

> „Against this background, it is important to think of 'shantytowns' as poverty belts in Greater Cairo as well as in almost all major cities in the other governorates in Egypt. In these belts, there is a vicious circle linking poverty, random housing, and serious socio-cultural and educational problems" (EDHR 1996:5).

Die Annahme homogener „Armutsgürtel" rund um die Stadt wird von der Stadtgeographie nicht bestätigt (Deboulet 1994; 1995; Denis 1995). Offizielle Metaphorik und das Engagement für die Armen scheinen hier eine Allianz einzugehen, die Repräsentationen einer geographisch eingrenzbaren Subkultur der Armut mobilisiert. Arme, deren Handlungsfähigkeit an anderen Stellen des Berichts mit den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in Beziehung gesetzt werden, scheinen nun gefangen in den Teufelskreisen von Armut und Informalität. Merkmale der Armut, wie etwa das Leben in schäbigen Behausungen, werden zu ihren Ursachen. Arme selbst sind hier nicht Opfer steigender Mieten, sondern werden zu mutwilligen ZerstörerInnen der urbanen Harmonie gewachsener sozialer Strukturen in der Stadt. Am Beispiel des Stadtteils Imbaba, der zum „Symbol allen Bösen" der Informalität geworden ist, führen die AutorInnen aus:

> „What distinguishes the suburbs from village and city communities is the disruption of social organization. [...] the settlement of an enormous number of the urban poor in certain shanty-towns on the fringes of the metropolitan city, disrupts the arrangements of the old neighbourhoods, physically and socially, not to mention the general ecology of the city" (EHDR 1996:53).

Die Armut selbst verändert das Bild der Stadt, doch die Strategien der Armen werden nicht als Teil sozio-geographischen Wandels aufgefasst, sondern als Angriff auf eine, als ideale konstruierte, nicht-informelle Stadt. Diese Stigmatisierung von Überlebensökonomien als anti-sozial und anti-urban ist ein bekanntes Motiv wissender Armutsrepräsentationen. Trotz der offenkundigen Heterogenität, so Denis, seien *'ashwaiyat* im öffentlichen Diskurs naturalisiert und homogenisiert worden. Sie werden als Orte sozialer Desintegration und politischer, vor allem islamistischer, Gewalt konstruiert und avancieren so zum „lokalen", zum inneren Feind inmitten der Metropole, deren Planer von Prestigeobjekten träumen (Deboulet 1994:65 ff.; Denis 1995:88; Singerman 1998; Edouard, Radwan 2000).

Insbesondere im Diskurs der Regierung hat sich in den 1990er Jahren ein enger Zusammenhang zwischen Armut, informellen Siedlungen und islamistischer Gewalt etabliert (al-ahram 1997:452 ff.). Hintergrund dafür ist unter anderem die gewalttätige Anti-Terrorismuskampagne 1992 im Kairoer Stadtteil Imbaba. Dort hatte sich eine selbstdeklarierte „islamische Republik Imbaba" etabliert, die das Viertel politisch und sozial kontrollierte. Laut Regierung entstand ein „Hort des Terrorismus". Zwar waren militante islamistische Gruppen in Imbaba aktiv, doch die These, dass alle informellen Viertel Terroristenunterschlüpfe seien, ist nicht haltbar (Denis 1995; Singerman 1998). Hier wird Mar-

ginalität mit islamistischem Terrorismus gleichgesetzt, um so politische Legitimität für die Räumung von Siedlungen und die permanente Verletzung von Menschenrechten im Umgang mit IslamistInnen herzustellen. Auch in der arabischsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur lässt sich diese Tendenz zeigen, etwa in As-Sawis Studie, die ausführlich die unterschiedlichen Diskussionen und Ansätze zur Forschung über Slums und informelle Siedlungen präsentiert (As-Sawi 1996:21 ff.). As-Sawi formuliert Lösungsvorschläge auf der Basis akzeptierender Strategien (a.a.O.:90 ff.), doch vermutet auch er einen Teufelskreis von Armut, Migration, Gewalt und dem Leben in '*ashwaiyat* (a.a.O.:57 f.). In den '*ashwaiyat* führt die „Kultur der urbanen Marginalität" (a.a.O.) dazu, dass illegale Ökonomie und illegale Gewalt ineinander greifen und durch die Regierung nicht wirksam aufhaltbar sind (As-Sawi 1996:71; al-ahram 1997:453 ff.).

Diese Armutsrepräsentationen bieten die Grundlage für eine doppelte staatliche Strategie gegenüber den armen informellen Siedlungen. Nachdem illegale und informelle Bebauung trotz ihrer Offenkundigkeit ignoriert wurde, der Staat also nicht in der Lage war, herrschende Gesetze durchzusetzen, sondern mit punktueller Repression reagierte, gibt es seit 1993 erstmals einen offiziellen Plan für den Umgang mit den Wohnformen der Armen. Bis dahin existierten keine zuverlässigen Angaben über das Ausmaß informellen Wohnens, die Stadtteile erschienen weder in der offiziellen Statistik noch in der Kartographie. Zwischen 1993 und dem Ende des Steuerjahres 1995/96 wurden etwa 1.335 Millionen £E in die Verbesserung der Infrastruktur, die Räumung und Legalisierung informeller Siedlungen investiert. Der Großteil der Gelder floss in Infrastrukturprojekte wie die Bereitstellung von Wasser, sanitären Anlagen, Strom, Straßenasphaltierung und Sauberhaltung (EHDR 1996:55). Der Strategiewandel in der Stadtplanung geht einher mit der Planung und Durchführung großräumiger Baumaßnahmen:

> „Cairo of the 1990s is characterized by new relations between society and space. These are reflected in the strong interest of the state in the urban layout as represented in tremendous investment in major infrastructural projects, such as the Metro, the Ring Road and the sewage system [...]" (Gertel, Kuppinger 1994:280).

Die Ursachen für das Entstehen großer, informell besiedelter Gebiete liegen darin, dass Regierung und lokale Verwaltungen nicht in der Lage (und zum Teil nicht Willens) waren, die illegale Bebauung landwirtschaftlichen Landes in Privatbesitz und anderer Flächen der öffentlichen Hand und des *Waqf*-Ministeriums zu verhindern. Dies führte in Verbindung mit dem hohen Bevölkerungsdruck und dem Mangel an billigem Wohnraum zur Entstehung informeller Immobilien- und Landmärkte, die die unattraktivsten und abgelegensten Flächen zu Preisen anboten, die auch für Arme erschwinglich waren (Deboulet 1994:73 ff.). Der Staat ist in diese Prozesse aktiv involviert: Zum einen durch das schlichte Geschehenlassen, aber auch durch die spätere Legalisierung bzw. Bereitstellung von offizieller Infrastruktur (Soliman 1987:37).

So hält Soliman in seiner Studie über Alexandria fest, dass die Regierung die Entstehung armer informeller Siedlungen auf nicht-landwirtschaftlich nutzbaren Land geduldet hat, weil die armen SquatterInnen auf Ödland siedelten (a.a.O.:36). Zudem sind informelle Siedlungen auch eine Domäne informeller Immobilienspekulation, deren Gewinne weitgehend unversteuert am Staat vorbei und zum Teil auf seinen eigenen Böden in private Hände fließen (Denis 1995:89). Diese Praxis der staatlichen Nicht-Regulierung elementarer Grundbedürfnisse ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Vertrags der Informalität, der informelle Handlungsspielräume an die Stelle sozialstaatlicher Wohlfahrtsversprechen setzt. Gleichzeitig ist dieser informelle soziale Vertrag in die Strukturen der Ungleichheit eingelassen: er bietet Überlebensmöglichkeiten für die Armen und immense Bereicherungsmöglichkeiten für die Wohlhabenden.

2.1.2 In Kairo leben

„Die neuen Teile von D im Bezirk Bassatin sind großzügig angelegt, die Häuser sind alle in Stahlbetonbauweise gebaut, bis zu acht bis neun Stockwerke hoch und zum Teil sehr gut ausgestattet. Die meisten Gebäude im ärmeren Teil bestehen aus Ein- bis Dreizimmerwohnungen, die über Strom und Wasser verfügen und seit neuerem auch an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossen sind. Auch hier gibt es Häuser, die nur unten im Hausflur einen Wasserhahn haben, aber die meisten BewohnerInnen brauchen ihr Wasser nicht mehr zu tragen. Die Treppenhäuser sind meistens geschlossen, sehr eng und unbeleuchtet. Auf jeder Etage liegt eine, maximal zwei Wohnungen, um die 40 m² groß, je nach Kapital der Bauherren und MieterInnen. Der alte Kern des Viertels besteht aus etwa 30 Häusern, die sich sehr eng zusammengekauert in winzige, ungepflasterte Gassen, mit zum Teil nicht mehr als einem Meter Breite, gruppieren. Die Häuser sind maximal drei Stockwerke hoch und zum Teil noch aus Lehmziegeln gebaut. Die Wände sind hoch, die Räume luftig und großzügig angelegt. Die Zimmer werden zumeist einzeln an Familien vermietet. Die geschmiedete Eingangstür öffnet sich zu einem Flur und zu einem frei gelegenen Treppenhaus. Unter oder neben der Treppe sind oft Wasserhahn und Toilette, rechts und links liegen die Zimmer. In diesem Teil des Viertels wird das Abwasser in Gräben entsorgt, weil die Straßen zu eng für Kanalisationsrohre sind. Die Häuser sind windschief und die kleinen Balkone berühren sich fast, so dass die Gassen auch am Tage im Schatten liegen. Hier stehen noch ein paar alte Bäume, sogar drei dünne Dattelpalmen aus alten Zeiten wiegen sich zwischen zwei Hauswänden und versuchen, den gerade neu gebauten vierten Stock zu überragen. Es gibt auch einige alte Caféhäuser, kleine Kioske und verschiedene Marktstände“ (Feldtagebuch 1996).

Die empirische Untersuchung fand in unterschiedlichen Stadtteilen auf der Ostseite des Nils statt. Bekannte und große „Slums“ sind dort etwa die Armutsenklaven in alten innerstädtischen Bezirken wie Sayida Zainab, Darb al-Ahmar, al-Hussein, al-Azhar, Masr al-Qadima und Boulaq Abu Eila. Diese Viertel sind bereits seit langem und sehr dicht besiedelt. Das Land ist überwiegend Privatbesitz und aufgrund der langjährigen Besiedlung ist die infrastrukturelle Versorgung zumeist vollständig. Die Untersuchungsgebiete, die hier F, K und S genannt werden, können als arme innerstädtische Quartiere mit integrierten informellen Squattersiedlungen wie etwa Z gelten. Z, K und S sind im Bezirk Sayida Zainab und F ist im Bezirk Masr al-Qadima angesiedelt.

Das Viertel F liegt im alten Stadtbezirk Masr al-Qadima, in dem sich viele koptische und jüdische Baudenkmäler befinden (Abu-Lughod 1971:200 ff.). Es ist ein Teil des historischen Kairo und dementsprechend schon seit Jahrhunderten besiedelt (a.a.O.:201). Masr al-Qadima erstreckt sich auf einer Fläche von 1123 ha und hatte 1986 254.922. EinwohnerInnen. Die Viertel S und K liegen im alten Kern der Stadt im Bezirk Sayida Zainab (a.a.O.:188 ff.). Der Bezirk ist sozial und spatial stark ausdifferenziert und verfügt über eine vielfältige ökonomische und infrastrukturelle Ausstattung (Stauth, Semsek 1987; Singerman 1995). Unsere InterviewpartnerInnen leben mehrheitlich in den ärmeren Quartieren von S, die als verslumte Viertel aus degradierter Bausubstanz und vereinzelten informellen Enklaven, von denen hier K und Z untersucht wurden, bestehen. Der Bezirk Sayida Zainab umfasst 349 ha und beherbergte 1986 199.359 EinwohnerInnen. Als informelle Squattersiedlungen lassen sich die neueren Siedlungen in den Bezirken an der Peripherie Kairos kennzeichnen: Imbaba und Boulaq Dakrour auf der Westseite und Bassatin, D, Moqattam und Manshiet Nasr auf der östlichen Seite des Nils. Im Sample dieser Studie werden die Quartiere A, E und T, die in den Bezirken Bassatin und Masr al-Qadima gelegen sind, als Beispiele für neuere Squattersiedlungen analysiert. Das Viertel D im Bezirk Bassatin hat einen Zwitterstatus: Es ist als Squattersiedlung entstanden, aber schon lange legalisiert und sozial wie spatial sehr stark ausdifferenziert. Da die Problemlagen aber denen der informellen Viertel ähneln, wird es hier in der Kategorie der Squatterviertel behandelt. Der Bezirk Bassatin erstreckt sich im Südosten der Stadt Kairo am

Rande der Ausläufer des Moqattamgebirges, dem Plateau von Fustat, und umfasst an seiner westlichen Grenze auch den Stadtteil D, der jedoch verwaltungstechnisch zu Bassatin gezählt wird. Beide Viertel wurden in den 1960er bzw. 1970er Jahren rund um bereits bestehende dörfliche Kerne informell besiedelt. Bassatin wurde gemeinsam mit Manshyet Nasr, einem anderen großen informellen Viertel im Südosten der Stadt, erst 1983 mit Anerkennung des rasanten Wachstums zum Bezirk erklärt (Deboulet 1995:443). Der Bezirk grenzt an die seit Mitte der 1980er Jahre auf dem Plateau von Fustat entstandenen informellen Siedlungen, deren jüngste, Istabl Antar, Deboulet in ihrer Studie untersucht (Deboulet 1994; 1995; 1995a). Bassatin erstreckt sich über eine Fläche von 1310 ha und beherbergte 1986 insgesamt 449.556EinwohnerInnen.[100]

> „In den wohlhabenderen Teilen von S sind die Straßen breit und asphaltiert und die Häuser zwischen fünf und acht Stockwerke hoch. In K dagegen sind die Gassen eng und auch die Ziegelsteinhochhäuser stehen extrem dicht beieinander und sind so bebaut worden, wie Bauland frei wurde. Die vielen alten Häuser aus der mamelukkischen Zeit sind mittlerweile unbewohnbar und dienen als Müllkippen oder als kostenloser Unterschlupf für besonders arme Familien. Das Viertel ist an seinen Rändern noch von kleinen Lieferwagen befahrbar, dort befinden sich Handwerker, Cafés, Kioske und Obst- und Gemüsehändler. Je weiter man in das Viertel eindringt, desto enger werden die Gassen und desto dichter und verwinkelter stehen die Häuser zueinander, bis die vielen Durchgänge zwischen den Häusern nur noch Personenbreite haben“ (Feldtagebuch 1996).

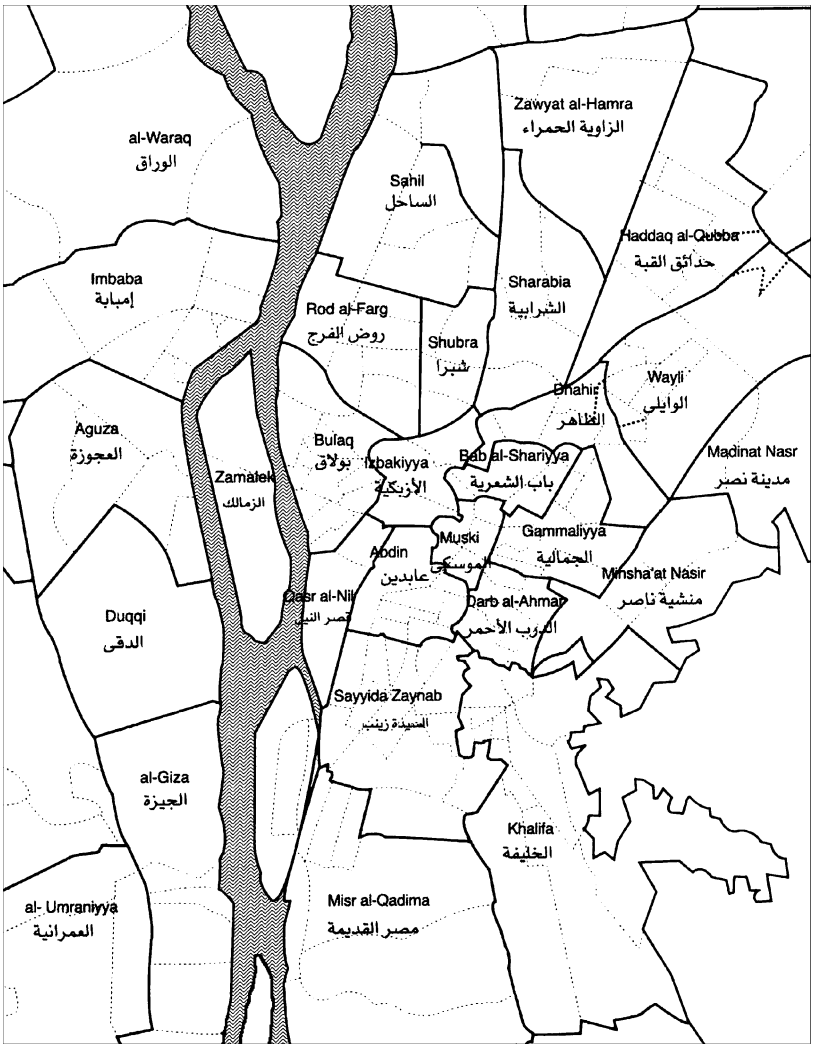
In diesen städtischen „Slumvierteln“ sind die Besitz- und Landverhältnisse im Gegensatz zu den informellen Squattervierteln an der Peripherie überwiegend geklärt, aber ähnlich heterogen. Ein Teil der Quartiere besteht aus heruntergekommenen Mietwohnungen in mehrstöckigen Wohnhäusern in Privatbesitz. In Baulücken sind auf privatem und staatlichem Gelände zum Teil Squattersiedlungen, zum Teil unlizensierte Bauten entstanden. Eine dritte Form stellt das unrechtmäßige Bewohnen von Gebäuden des *Waqf*-Ministeriums dar. Informelle Armutsenklaven wie Z und K in alten, legalen Vierteln drängen sich aufgrund der hohen Besiedlungsdichte in Vierteln wie S meist in Baulücken oder Brachflächen.

Tabelle 4: Übersicht der Untersuchungsgebiete

Bezirk	Sayida Zainab	Bassatin	Masr al-Qadima
Sample	K, S, Z	D, T, B	F, A, E

[100] Neuere Zensusdaten liegen nicht vor, es ist aber davon auszugehen, dass die tatsächlichen EinwohnerInnenzahlen in Bassatin und D mittlerweile viel höher liegen.

Karte 3: Detailansicht Kairoer Bezirke



©Atlas Electronique Du Caire, OUCC, CEDEJ (Centre d'Etudes et de Documentation Economique, Juridique et Sociale), Le Caire

2.1.3 Der Zugang zu Land

Deboulet beschreibt die Geschichte der Besetzung und des Aufbaus der Siedlung Istabl Antar, in deren Nähe auch das von mir untersuchte Quartier A gelegen ist (Deboulet 1994:553 ff.; 1995a:58 ff). Der Zugang zu Land und die Besitzverhältnisse in A sind typisch für die Form der Siedlung auf besetzten Ländereien der öffentlichen Hand, die von Erstbesetzern parzelliert und dann verkauft werden. Das über 200 ha große Gelände von Istabl Antar wurde 1985 von professionellen, organisierten Maklern besetzt, parzelliert und veräußert. Diese Gruppe übt nach wie vor eine wichtige Rolle im Viertel aus und sichert sich durch Mafia-ähnliche Strukturen gegen Kritik und/oder Widerstand nach innen und außen ab (Deboulet 1995a:63). Anders als in Lateinamerika und ähnlich wie in der Türkei, handelt es sich also nicht um kollektiv von landlosen Armen organisierte Besetzungen, sondern um Formen der informellen kommerzialisierten Baulanderschließung (Deboulet 1994; Wedel 1999). Trotz dieser kommerziellen Ausrichtung liegen die Preise bis um das Zehnfache niedriger als in anderen Vierteln, so dass auch ressourcenschwache AkteurInnen Gelände erwerben können. Andere können in diesen Vierteln Mietwohnraum finden, für den keine oder nur niedrige Schlüsselgeldzahlungen[101] erforderlich sind. Die Laissez-faire-Strategien der Regierung gegenüber informellem Bauen und Landbesetzungen sind die positive Kehrseite einer Politik der Vernachlässigung der Armen und ihrer Grundbedürfnisse. Im Ergebnis ermöglicht diese mangelnde Regulation zwar vielen armen Haushalten, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, belässt sie gleichzeitig aber in einem Zustand der Unsicherheit und Abhängigkeit und dem Ausgeliefertsein von Repressionen bei Räumungen (Deboulet 1995a:58 ff.). Die BewohnerInnen erfahren meist über Familien- und/oder Freundschaftsnetzwerke von der Möglichkeit, ein Stückchen Land zu erwerben. So erzählt Laila:

> „Ich bin in Sayida Zainab aufgewachsen und habe dort auch nach meiner Hochzeit gelebt. Dann haben wir von Leuten gehört, dass hier oben Land frei ist. Das wussten Verwandte von uns. Also Leute, die wie wir, also meine Eltern, aus Quena kommen und die davon gehört hatten. Und dann sind wir hier hochgekommen. Haben dem Makler Geld gezahlt, ungefähr 150 £E pro Quadratmeter. Und eine Mauer um unser Land gezogen und zwei Wände da rein gemauert und das Dach ein bisschen abgedeckt. Es war mehr so eine Hütte. Und dann haben wir zwei Jahre auf unser Haus gespart, das wir erst seit sechs Monaten haben" (A1).

Das Gebiet grenzt auf der einen Seite an die Territorien einer privaten Immobilienfirma, die sich vehement für die Räumung der seit 1985 rasant wachsenden Siedlung eingesetzt hat. Dagegen versuchen die BewohnerInnen seither alle verfügbaren Kanäle für die Legalisierung und Verbesserung des Viertels zu mobilisieren. Deboulet analysiert, wie die aktuelle Rechtslage und die davon abweichenden Interpretationen und Perzeptionen der Betroffenen zu einer Konstruktion legitimer Forderungen an den Staat miteinander verbunden werden (Deboulet 1995a:61). Zugespitzt lässt sich formulieren: Obwohl die Abwesenheit des Staates die Ursache und Voraussetzung für die Situation der BewohnerInnen ist, bleibt er der erste Adressat für Forderungen. Die ausführliche Darstellung der Staatsperzeptionen in Kapitel 5 wird zeigen, dass gerade diejenigen, die am wenigsten von staatlichen Leistungen profitieren, dennoch am stärksten auf den Staat setzen. Im konkreten Fall der Landbesetzung wissen die von Deboulet befragten BewohnerInnen zwar,

[101] So genanntes Schlüsselgeld wird erst seit den 1970er Jahren gezahlt. Es handelt sich dabei um eine relativ hohe Summe, die die zukünftigen MieterInnen dem Vermieter als Sicherheit zahlen müssen, und von der die Miete kontinuierlich abgezogen wird. Die Summen liegen zwischen 350 und 3.000 £E, sie steigen abhängig vom Quartier jährlich stark an.

dass sie widerrechtlich Territorien der öffentlichen Hand bewohnen, interpretieren jedoch Teile eines offiziellen und religiösen Diskurses für ihre Zwecke neu. Dabei berufen sie sich auf ein Konstrukt des Gewohnheitsrechts, das erlaubt, unbewohnte oder verlassene Gelände der öffentlichen Hand zu nutzen (*hiker*).

Deshalb werden auch keine Verträge über Landkauf geschlossen, sondern über den Kauf von „Ruinen". Der Begriff Land kommt in diesen Verträgen der formalisierten Informalität nicht vor, vielmehr wird durch die Wortwahl das Provisorische und Instabile der Behausungen betont (a.a.O.). Konkret bedeutet das, dass die KäuferInnen ein großes, meist umfriedetes Areal erwerben, innerhalb dessen eine kleine provisorische Hütte gebaut wird. Diese Hütte, die „Ruine", ist der Gegenstand des Kaufvertrags. Damit soll für den Fall einer repressiven staatlichen Reaktion auch verschleiert werden, dass es sich hierbei um permanente Wohneinheiten handelt (a.a.O.:64). Die BewohnerInnen reklamieren also nicht das Recht auf Land der öffentlichen Hand, wohl aber das Recht zur Nutzung dieser Territorien. Die BewohnerInnen reagieren mit Strategien und einer „terminologie de précaution" (a.a.O.:64), um das informell erworbene, eingeschränkte Recht auf die Stadt abzusichern. Diese Terminologie der Vorsicht verbindet sich mit einem Rekurs auf gesellschaftliche (Wohn-)Standards, die von den Realitäten der Armen weit entfernt sind, ihre Handlungen aber zu legitimieren vermögen. Der Wunsch, zu leben „wie andere Leute" auch, *zay in-nas,* begründet die Vision der Armen von einem besseren Leben und er legitimiert gleichzeitig die Regelungen der formalisierten Informalität, wie im nächsten Abschnitt noch genauer gezeigtwird.

Die Legalisierung informeller Viertel vollzieht sich auf einer ähnlichen Grundlage rechtlicher Ambivalenz und Reinterpretation von Gewohnheitsrecht. Rechtlich ist vorgesehen, dass illegale Bebauung dann legalisiert werden kann, wenn eine Werterhöhung stattgefunden hat. Dies gilt nicht für Grund der öffentlichen Hand oder öffentlicher Institutionen (a.a.O.:66). Seit 1984 ist es jedoch möglich, Ländereien der öffentlichen Hand auf Squatter zu übertragen, was aber laut Deboulet bisher nur selten genutzt wurde (a.a.O.:67). Sie kritisiert den fehlenden politischen Willen, den sozial Deklassierten Landsicherheit zu gewähren (a.a.O.:72). In Istabl Antar konnten die BewohnerInnen durch den langjährigen Einsatz der *kubar*, der lokalen Abgeordneten der NDP und durch anwaltlichen Beistand Mitte der 1990er Jahre ein Mindestmaß an Sicherheit erreichen. Obwohl es de jure keine Legalisierung gibt, wurde de facto ein Vertrag über die Versorgung des Viertels mit Wasser geschlossen. Auch dies ist ein Beispiel für das Ineinandergreifen formaler und informeller Handlungslogiken: Eine Institution der öffentlichen Hand versorgt die BewohnerInnen eines Viertels, die illegal auf öffentlichem Grund wohnen, mit Wasser. Die Straßen erhalten Straßenschilder, die Häuser Hausnummern, obwohl sich an der unsicheren Lage der BewohnerInnen nichts geändert hat. Der informelle soziale Vertrag bietet Handlungsspielräume, aber keine einklagbaren Rechte, wie sich hier zeigt. Durch diese Teilregulierung steigen aber auch die Preise und gleichzeitig haben die Wasserversorger ein größeres Interesse daran, illegale Anzapfungen zu unterbinden (Denis 1995:89). Die Ärmsten der Armen werden so, wenn sie vorher Zugriff auf illegales und daher billigeres Wasser hatten, vom legalen, aber teureren Wasser ausgeschlossen. Die Normalisierung der Wohnsituation, das, was an anderer Stelle als „leben wollen, wie andere Leute auch" gekennzeichnet wurde, verschärft gleichzeitig die soziale und räumliche Spaltung der BewohnerInnen. Hinzu kommt, dass die Bereitstellung von Infrastruktur die Bodenpreise in die Höhe treibt, während die BewohnerInnen das Risiko illegalen Bauens solange tragen müssen, bis die offizielle Legalisierung stattgefunden hat. Die Bandbreite unterschiedlicher Formen des Ineinandergreifens von Regulation und De-Regulation macht deutlich, dass von einer homogenen Struktur in Squattersiedlungen nicht gesprochen

werden kann. Die lokalen Bedingungen der Bodenmärkte, die Rolle der Erstbesetzer, die Position der lokalen Behörden in den Aushandlungsprozessen rechtlich ambivalenter Situationen, die materiellen Ressourcen der BewohnerInnen und ihre unterschiedlichen Interessen sind eng miteinander verflochten. Sie ergeben den je spezifischen räumlichen Kontext der lokalen Überlebensökonomien.

2.1.4 Schnittstelle Infrastruktur: Informalität und Versorgung

> „Das größte Problem im Viertel ist die Infrastruktur, also Kanalisation und Straßen und so. Wir bräuchten auch einen Spielplatz und einen Jugendclub. Der Staat müsste was machen, aber wir auch. Es geht um das Bewusstsein der Leute, darum muss man sich auch kümmern. Die Regierung hat hier zum Beispiel Bäume gepflanzt, und dann kümmern sich die Leute nicht darum, gießen sie nicht, und dann gehen die Bäume natürlich ein. Anderes Beispiel: Unsere Straße ist bisher vier Mal asphaltiert worden, du siehst ja, wie sie aussieht, total aufgerissen. Die Leute haben einfach kein Bewusstsein. Natürlich liegt vieles, zum Beispiel die Müllentsorgung, in der Verantwortung der Verwaltung, aber wenn jeder etwas sauber macht, dann hilft das auch. Nicht nur die *hukuma* (Regierung) muss uns helfen, sondern wir müssen uns auch selbst helfen" (D1).

Die infrastrukturelle Versorgung gehört zu den zentralen Problemen der informellen Viertel. Bis vor wenigen Jahren waren die BewohnerInnen auf Selbsthilfe für die Beschaffung von Wasser und Strom und die Entsorgung von Abwasser angewiesen. Die medizinische und schulische Versorgung bleibt zumeist mangelhaft, während die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr durch private, oft unlizenzierte Kleinbus-Unternehmen bewerkstelligt wird. Auch hier zeigen sich die Konturen des informellen sozialen Vertrags, in dem der Staat informelle Handlungsspielräume eröffnet und so die überaus sichtbaren Praktiken der illegalen Ressourcenaneignung überhaupt erst möglich macht. So steht den in dieser Studie befragten Haushalten in informellen Siedlungen in E, T und A in etwa 70% der Fälle Wasser im Haus zur Verfügung, das wiederum zur Hälfte informell bezogen wird, wie Laila aus A beschreibt:

> „Früher haben wir das Wasser von einem Wasserlaster gekauft, heute haben wir Wasser im Haus. In Vierteln wie unseren läuft alles informell. Die Leute haben zusammengelegt, um eine Wasserleitung von B hierher zu legen. Man sammelt das Geld für die Rohre und für die Arbeiter, die die Gräben graben, und wer dazu bezahlt, kann mitmachen. Wer kein Geld hat, bekommt auch kein Wasser. Jetzt wenden sich die Leute an die Regierung, um das Viertel zu legalisieren und auch, um legale Wasserleitungen hierher zu bekommen" (A1).

Aufgrund der geographischen Lage ist das nicht in allen Vierteln möglich. So haben die BewohnerInnen von Manshiyet Naser sehr lange auf Wasser warten müssen (Tekçe et al. 1994). Laila weist auch auf die materiellen Grenzen der informellen Selbsthilfe hin. Wer die Materialkosten nicht aufbringen kann, ist auch von der Infrastruktur ausgeschlossen. Die Ärmsten der Armen bleiben ohne Wasser. Da bisher die Wasserpreise in Ägypten sehr niedrig lagen, haben die zuständigen Behörden diese Praxis, von der einzelne BeamtInnen zudem durch Bestechungsgelder profitierten, hingenommen. Mit weitergehender Umsetzung der Strukturanpassung werden auch die Wasserpreise steigen, da sie weniger oder nicht mehr subventioniert werden. Wenn gleichzeitig immer mehr informelle Squattersiedlungen an das offizielle Netz angeschlossen werden, werden sich auch die sozialen Spaltungen weiter vertiefen.

Diejenigen, die kein Wasser im Haus haben, beziehen es gegen Zahlung geringer Summen entweder von NachbarInnen mit Wasseranschluss, umsonst von Moscheen sowie öffentlichen Wasserhähnen oder kaufen es von umherfahrenden Wasserhändlern für 0,25 £E den Kanister (Preis von 1994) (Deboulet 1994:84 ff.; Tekçe et al. 1994). Für die Wasserversorgung sind Frauen und Mädchen zuständig, die das Wasser beispielsweise

in T auf dem Kopf in 25-Liter-Kanistern über weite Strecken in ihre Häuser tragen. Das bedeutet eine sehr hohe Arbeits- und Zeitbelastung, zumal in den Wohnungen das Wasser sorgfältig aufbewahrt und öfter verwendet werden muss. Nicht umsonst gehört die Installation einer funktionierenden Wasserversorgung zu den wichtigen Anliegen armer Frauen, so etwa auch in den von Wedel untersuchten Istanbuler Gecekondus (West, Blumberg 1990; Wedel 1999:136 ff.). Anders als in legalen Vierteln müssen sich die BewohnerInnen informeller Siedlungen um die Entsorgung ihrer Abwässer selbst kümmern. Die meisten Haushalte im Sample haben dafür *tranchat* (Gräben) genannte Sickergruben, die über ein Rohr mit den Häusern verbunden sind und die jährlich von Privatfirmen entleert werden müssen. Der Aushub dieser Gruben ist aufgrund des steinigen Wüstenuntergrunds teuer und aufwändig. Im informellen Sample von B bestehen sogar Kanalisationssysteme, die auf Initiative der BewohnerInnen entstanden sind. Aufgrund der schlechten Qualität der Rohre und der mangelhaften Verlegungsarbeiten sind diese informell aufgebauten Systeme häufig defekt, und ganze Straßen und Wohnungen stehen unter Abwasser. In solchen Fällen organisieren die NachbarInnen auch die Reparatur: Sie sammeln Geld von allen AnliegerInnen der Gasse und bezahlen die Bauarbeiter gemeinsam. Substantielle Verbesserungen des Systems würden so große Kosten verursachen, dass die BewohnerInnen sie nicht aufbringen könnten, sie bleiben dementsprechend aus.

Ähnlich wie die Wasserversorgung wird auch die Stromversorgung in vielen Vierteln zunächst informell aufgebaut, indem das Geld für ein Stromkabel und die nötigen Bestechungsgelder gesammelt wird. Denn die illegalen Stromleitungen werden mit unübersehbaren Starkstromkabeln oft direkt in Transformatorenhäuschen angebracht. Die Versorgung ganzer Viertel kann, anders als die illegale Versorgung einzelner Häuser, nicht bewerkstelligt werden, ohne dass die zuständigen Behörden darüber informiert sind. Die laxe Haltung der Behörden gegenüber diesen Praktiken beruht zum einen auf dem staatlichen Versagen bei der infrastrukturellen Versorgung und zum anderen auf den niedrigen Preisen für Energie und Wasser. Der Wegfall von Subventionen für Energie im Rahmen der Strukturanpassung wird den Stromverbrauch auch für die privaten Haushalte verteuern, gleichzeitig wird der Staat ein größeres Interesse haben, diese Gelder einzutreiben. Hinzu kommt, dass Teile der Energieversorgung privatisiert wurden bzw. das Kassieren der Stromrechnungen durch private Firmen übernommen wird, die rigider mit zahlungsunfähigen KlientInnen umgehen. Im informellen Sample verfügten alle bis auf einen Haushalt über Stromversorgung im Haus, 50% bezieht ihren Strom informell, die andere Hälfte ist an die staatliche Stromversorgung angeschlossen.

Die Müllentsorgung obliegt in Kairo überwiegend den privatwirtschaftlich organisierten MüllsammlerInnen oder *zabbalin*, da die Ressourcen der staatlichen Müllabfuhr nicht ausreichen, um das Müllaufkommen der Stadt zu entsorgen (Wilms 1985; Kamel 1994). Die *zabbalin* erheben eine monatliche Gebühr, die je nach Viertel zwischen einem und fünf £E schwankt. Gerade arme Haushalte können auch diese kleine Summe nicht entbehren, so dass im informellen Sample alle Haushalte bis auf einen keinen Zugang zu dieser Form der Müllentsorgung haben. Dementsprechend wird der Müll in informellen Siedlungen auf Baulücken, in Kanälen oder in Sackgassen entsorgt und angezündet. Die Frauen einer Alphabetisierungsklasse in D gehen auf die Ursachen ein:

> „Die Müllleute nehmen nicht jeden Müll mit und dann werfen die Leute ihn halt einfach irgendwohin, irgendwo muss der Müll ja auch bleiben. Und dann sind die Straßen dreckig und alles ist voller Fliegen. Das Problem ist, dass die Müllleute, obwohl wir unsere zwei £E jeden Monat bezahlen, nur den Müll mitnehmen, den sie gut verwerten können und den Rest lassen sie stehen. Und die Frauen zum Beispiel tun auch nicht alles in die Mülltüte, Essensreste zum Beispiel werfen sie direkt auf die Straße, damit die Katzen die Mülltüten im Treppenhaus nicht auseinander-

> reißen und dann das Treppenhaus dreckig ist und du das wieder putzen musst. Dann fliegen die Fischgräten eben aus dem Fenster, damit die Katzen auf der Straße sie fressen. – Naja und der Kram, der liegen bleibt, den werfen wir dann auf ein leeres Grundstück, sonst stinkt es ja zu Hause und dann zündet man das von Zeit zu Zeit an. Aber das ist natürlich eklig. Aber was soll man machen? Und bevor wir hier Kanalisation hatten, war es auch ein Problem, wo man sein dreckiges Wasser lässt. Man kann nicht jedes Wasser vor der Haustür ausschütten, weil das dreckige Wasser ja stinkt. Und beim Waschen, wenn man so viel Wasser hat, und die Gasse ist eng, und deine Nachbarin wäscht auch, und dann schwimmt alles, und dann gibt es Streit" (DI2).

Die Frauen beschreiben sehr plastisch das Zusammenspiel von infrastruktureller Unterversorgung und den sich daraus ergebenden Alltagspraktiken in armen Stadtteilen. Das Beispiel Kanalisation zeigt auch, dass die vorhandenen Gesundheitsrisiken, Verschmutzungen und latenten Konfliktherde durch eine Verbesserung der Infrastruktur deutlich gemildert werden können.

Die Wohnräume unserer InterviewpartnerInnen sind meist mit einem Bett für die ganze Familie, Stühlen oder einer Sitzbank spärlich möbliert. Je nach Einkommenslage stehen an den Wänden eine oder mehrere schmale Holzbänke, auf denen mit Baumwollstoffen bezogene Matratzen liegen. Hinzu kommt ein großer Schrank, in dem Kleidung, aber auch Haushaltsgegenstände aufgehoben werden. „Reichere" Familien besitzen weitere Möbel wie kleine Schränke oder Vitrinen, weitere Stühle oder weitere Betten. Die Wände sind meist nicht gestrichen, werden aber oft mit einzelnen Tapetenstücken, Fotos oder Bildern dekoriert. Die Familien leben in großer Enge: In E leben durchschnittlich 6,25 Personen in durchschnittlich 2 Zimmern, während sich in T durchschnittlich 8,2 Personen in 1,6 Zimmern drängen, in D 5,3 Personen in 2,07 Zimmern leben und in A die Familien mit durchschnittlich 5,7 Personen in 2 Zimmern den meisten Platz zur Verfügung haben. Im informellen Sample von B teilen sich 6,5 Personen 2,3 Zimmer.

Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ist in E, T und A schwach: Die nächste Bushaltestelle liegt zwei bis drei Kilometer entfernt und informelle Transportsysteme, die aus alten Toyota-Lieferwagen mit offener Ladefläche bestehen, erreichen nur zentrale Teile des Viertels, in denen die Straßen breit genug sind, um befahren zu werden. B ist an den städtischen Busverkehr und das informelle Minibus-System gut angeschlossen, einzelne Quartiere werden vom Zentrum von B aus gesondert angefahren. D ist durch die Metro-Station, den städtischen Busverkehr und die informellen Minibusse an das Zentrum angebunden.

Die Versorgung mit medizinischen und schulischen Einrichtungen ist vor allem in E, T und A sehr mangelhaft. In D und B gibt es kleine private Gesundheitsstationen und privat praktizierende ÄrztInnen, die nächsten Krankenhäuser liegen aber in weiter entfernten Stadtteilen. Statistisch liegt die medizinische Versorgung in den städtischen Randgebieten bei einem Gesundheitszentrum pro 16.000 Familien, also schlechter als in ländlichen Gebieten, wo die Ratio bei 3.000 Familien pro Gesundheitsstation liegt (Rieger 1996:46). In A, T und E gibt es keine Schulen und erst in jüngster Zeit sind einige von NGO getragenen Kindergärten eröffnet worden. In B und D, die bereits seit längerem besiedelt sind, gibt es Schulen und Kindergärten, aber von den BewohnerInnen wird beklagt, dass die Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen. Extreme soziale Ungleichheit konkretisiert sich hier als struktureller Mangel in allen Bereichen der Grundversorgung von Erwachsenen und Kindern mit weitreichenden Folgen für ihre Überlebensökonomien und Zukunftschancen.

2.1.5 Legal und arm: die innerstädtischen Viertel

„Das besondere an diesem Viertel im Bezirk Darb al-Ahmar ist die Fülle der alten islamischen Monumente, die dort stehen. Sie werden trotz ihres miserablen Zustandes bewohnt. An den Hauptstraßen stehen neben den Monumenten und alten Häusern auch Neubauten, bis zu 5 Stockwerke hoch. Im Viertel befinden sich viele kleine Werkstätten, vor allem Tischler und Schuster, aber auch Metallschneider und andere Recyclingbetriebe. Cafés, kleine Kramläden, Läden mit Elektrizitätsbedarf und anderen Alltagskonsumwaren finden sich vor allem an den Hauptstraßen. In den Gässchen und sich anschließenden Hinterhöfen sind die Werkstätten, kleine Imbisse und umherwandernde Händler zu finden. Obst- und Gemüseläden sind auch da, Bürgersteighändlerinnen weniger. Die Hauptstraße ist gepflastert, die Gässchen nur zum Teil. Die BewohnerInnen sind unterschiedlich wohlhabend. Es gibt Häuser mit Dachterrassen, begrünten Balkonen und frisch renovierten Fassaden. In anderen Häusern werden die Zimmer offensichtlich einzeln vermietet. In den Hinterhöfen und Gässchen sind kleine Wohnungen in zwei- bis dreistöckigen Häusern. In manchen Hinterhöfen wohnen Leute in Hütten und anderen einfachen Konstruktionen, die sich aneinander schmiegen und direkt neben den Werkstätten liegen. Schutt- und Ruinenplätze stehen leer und werden zum Teil als Werkstätten genutzt. Um die Mittagszeit kommen die *zabbalin*. Die ganze Gegend ist lebhaft durch die enge Verbindung von Arbeitsplatz und Wohnen, Händler in kleinen Zulieferwagen (alles kleine Toyotas, die es auch durch die engen Gassen schaffen), Taxis, Eselskarren, die Mehl- und Zementsäcke transportieren und EinwohnerInnen bevölkern das Viertel. An der Hauptstraße gibt es einige Cafes und kleine Restaurants, vor wichtigen Monumenten sitzen alte Männer auf Stühlen und lassen das Leben vorüberziehen. Anders als in Z, finden Alltagsbeschäftigungen wie Kochen, Waschen, Gemüseputzen nicht auf der Straße und vor den Häusern statt. Die meisten Jungen, die wir treffen, arbeiten, Kleidern und Händen nach zu schließen. Gegen die Mittagszeit laufen überall die kleinen Mädchen und Jungen mit Schüsseln und Töpfen herum, um die Mittagsportion Foul (Dicke Bohnen) oder Koscherie (Nudeln mit Reis und Linsen) zu holen. Während in den Hauptstraßen niemand die Angst vor Vertreibung äußerte, war das in den Hinterhöfen und zur Stadtmauer hin das wichtigste Problem“ (Feldtagebuch, Stadtbegehungen 1996).

In den legalen Siedlungen S, F, Z und K haben die BewohnerInnen häufig Anschluss an die offizielle Wasser- und Stromversorgung und an die Kanalisation. Die meisten von uns befragten Haushalte verfügen jedoch nicht über fließendes Wasser in der Wohnung oder im Zimmer, sondern teilen sich den Wasseranschluss in Flur oder Hof mit den anderen Mietparteien (9 Haushalte). Informelle Strom- und Wasserversorgung gibt es in diesen Vierteln in meinem Sample nicht. Hier wird auch der Müll meist gegen eine geringe Gebühr abgeholt. Nicht alle BewohnerInnen können dieses Geld aufbringen und entsorgen ihren Müll in Baulücken oder am Straßenrand. Die Verknüpfungen sozialer Praktiken und infrastruktureller Mängel, die für das informelle Quartier D bereits geschildert wurden, gelten auch für die alten innerstädtischen Viertel.

Die InterviewpartnerInnen leben in ein bis zwei Räumen, meist ohne getrennte Küche und Bad. Anders als in informellen Vierteln wohnen die meisten armen Menschen in legalen Vierteln zur Miete in mehrstöckigen Häusern mit Einzelzimmervermietung. Die WohnungsbesitzerInnen unter ihnen können auch aufgrund ihrer Einkommenslage nicht mehr zu den Armen gezählt werden. Die meisten MieterInnen leben schon seit den 1960er Jahren in ihren Zimmern, nur wenige sind in den 1990er Jahren nachgezogen. Auch mein Sample bestätigt die oben erwähnte stetige Entvölkerung der alten innerstädtischen Quartiere, denn die jungen Paare können sich Wohnungen in diesen Vierteln nicht mehr leisten. Arme leben meist in Parterre- oder Sousparterrezimmern, die aufgrund ihrer

Nähe zur Straße und zur oft zusammenbrechenden Kanalisation billiger sind. Da die meisten Familien seit 15 bis 20 Jahren im Viertel wohnen, liegen die Mieten mit fünf oder sechs £E pro Monat niedrig. Die Mieten sind jedoch seit Mitte der 1980er Jahre drastisch gestiegen, und nicht wenige Familien im Sample zahlen monatlich zwischen 20 und 50 £E. Die Nebenkosten schwanken je nach Verbrauch zwischen 2,25 £E und 30 £E im Monat. Die Müllentsorgung in S zum Beispiel kostet monatlich 2,25 £E, Strom etwa 15 £E und Wasser 2 £E.

In beengten Verhältnissen wird entweder im Zimmer oder auf dem Flur gekocht. Dort befindet sich auch die gemeinsam mit anderen MieterInnen genutzte Toilette. Der kleinste Haushalt des Samples in S und D umfasste drei Personen, die drei Zimmer zur Verfügung hatten, während der größte Haushalt sich mit 11 Personen in zwei Zimmern auf knapp 40 m² zusammendrängte. In S leben durchschnittlich 6,6 Personen in 2,15 Zimmern und in F teilen sich durchschnittlich 5 Personen 1,1 Zimmer. Im informellen Sample liegt die Verteilung ähnlich: in Z leben durchschnittlich 5,7 Personen in 2 Zimmern und in K 4,5 Personen in 2,2 Zimmern. In diesen Zimmern finden sich außer Bett, Schrank und Sitzbank nur selten andere Möbel. Die Wände sind entweder einfarbig gestrichen oder mit Papier und Fotos dekoriert.

In S und F ist die Infrastruktur im Vergleich zu den informellen Siedlungen gut: Beide Viertel sind über die Metro, den städtischen Busverkehr und informelle Minibussysteme an das Zentrum und die Peripherie der Stadt angebunden. In S liegen mehrere private und öffentliche Krankenhäuser, diverse NGO unterhalten private Krankenstationen, und niedergelassene ÄrztInnen praktizieren in beiden Vierteln. S verfügt über Schulen, diverse private und staatliche Kindergärten, von F aus sind solche Einrichtungen problemlos erreichbar. K und Z liegen in zentralen Bereichen von S, verfügen also über infrastrukturelle Einrichtungen in der Nähe, auch wenn die Viertel selbst nicht gut ausgestattet sind. Informalität, so zeigt sich im Vergleich zu den legalen Vierteln, eröffnet den Armen in den Squattersiedlungen zwar Handlungsspielräume, gleichzeitig müssen sie den Mangel an staatlicher Versorgung auf eigene Kosten kompensieren.

2.1.6 Netzwerke im städtischen Raum

Aufgrund ihrer strukturellen Position in den Haushalten und Quartieren sind es insbesondere Frauen, die umfassende und multiplexe Nachbarschaftsnetze aufbauen, wie das folgende Beispiel von Samira aus der informellen Enklave Z zeigt (Joseph 1978; Singerman 1995; Wedel 2000). Auch im Restsample berichten fast alle Frauen von solchen nachbarschaftlichen Beziehungen, die es ihnen ermöglichen, nicht nur konkrete Leihgaben, sondern auch punktuelle Hilfe beim Kochen, bei der Beaufsichtigung der Kinder, beim gemeinsamen Einkauf, beim gemeinsamen Sparen und beim Austausch von Informationen über Waren und Preise zu mobilisieren. Der gegenseitige Besuch ist dabei zentrale Form der reziproken Beziehungen (Joseph 1978:543; Early 1993). Nachbarinnen leihen einander auch kleinere Summen, Haushaltsgegenstände und Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs wie etwa ein bisschen Salz, Tee oder Öl. Die Mehrheit der befragten Frauen beschreibt diese Form der alltäglichen Nachbarschaftshilfe und betont gleichzeitig auch die materielle Grenzen dieser Netzwerke: Regelmäßige finanzielle Unterstützung gibt es nicht, wohl aber die Hilfe in Notsituationen etwa im Krankheits- und Todesfall, wenn Nachbarinnen Essen kochen, Geld sammeln oder die betroffene Familien anderweitig unterstützen. Reziprozität wird in allen Fällen vorausgesetzt, können Hilfsleistungen nicht symbolisch oder materiell zurückerstattet werden, fallen Haushalte aus den Netzen heraus. Aber auch die individuellen Kompetenzen und Kapitalien und die spatiale Struktur sind entscheidend für den Erfolg der Netzwerkstrategie.

Die informelle Squatter-Enklave Z ist durch eine schmale Gasse, die von einer Hauptstraße abzweigt, erreichbar.[102] Die Gasse ist nur bis zur Hälfte der Siedlung, knapp 100 Meter, befahrbar, danach werden die Gassen so eng, dass Autos sie nicht mehr passieren können. Vorne im *hitta*, dem Flecken, wie die BewohnerInnen ihr Viertel nennen, wohnen die Wohlhabenderen in gemauerten Häusern mit mehreren Zimmern und etwas Grün vor der Tür. Etwa mittig liegt die Moschee, und dahinter beginnt der ärmere und Hüttenteil des Viertels. Die schmalen Gassen bestehen aus Lehm und sind staubig und holperig. Die Bauweise variiert je nach materieller Ressourcenausstattung der BewohnerInnen. Einige besitzen zweistöckige, geräumige Häuser mit mehreren Zimmern, einer gemauerten Treppe, einem ummauertem Vorhof und einem kleinen Hinterhof. In den Höfen werden Tiere gehalten und manchmal ist ein kleiner Garten angelegt. Die Ärmeren bauen mit Wellblech, Ziegeln, Second-Hand-Steinen, Holzlatten und Spanplatten Hütten oder so genannte Karton-Häuser (*bayt al-kartona*). Die Häuser bestehen aus einem, maximal zwei Stockwerken und sind etwa 30-40 qm groß. Je nach Lage wird rundherum freier Platz eingezäunt und in einen offenen Stall oder Hof umfunktioniert. Die meisten BewohnerInnen halten – je nach Geldbeutel – Kaninchen, Hühner, Enten oder Ziegen, die mit altem Brot und Essensresten gefüttert werden.

Das Land ist in Besitz der öffentlichen Hand und wurde Mitte der 1980er Jahre besetzt, nachdem eine ursprünglich dort ansässige Firma das Gelände aufgegeben hatte. Viele der Hütten sind erst in den letzten Jahren gebaut worden, während die festen Häuser schon länger stehen und als legaler Teil der Siedlung betrachtet werden. Die BesitzerInnen investieren in ihre Häuser, während die BewohnerInnen des Hüttenteils Räumung befürchten müssen:

> „(...)Vor ein paar Jahren kam ein Mann von der Regierung (*hukuma*) und hat die Häuser gezählt. Er hat auf jede Tür eine Nummer und den Namen des Bewohners geschrieben. Aber seither ist die *hukuma* nicht wieder gekommen. Sie haben uns kein Geld abgenommen, uns nicht vertrieben und kümmern sich eben um nichts. Der Müll wird nicht abgeholt, das Wasser holen wir vom Hahn an der Moschee und den Strom aus der Leitung. Wo sollten wir denn sonst wohnen?"

Um Mohamed aus Z beschreibt anschaulich die Kehrseite des staatlichen Desinteresses für die informelle Siedlung: Die infrastrukturelle Ausstattung ist im Verhältnis zur zentralen Lage innerhalb eines legalen Stadtteils relativ schlecht. Wasser für den ärmeren Teil des *hitta* gibt es aus einem Wasserhahn, der vor der Moschee steht, nur die reicheren Haushalte verfügen über fließend Wasser. Um die Stromversorgung zu sichern, haben die BewohnerInnen gemeinsam etwa 300 £E aufgebracht, um ein langes Starkstromkabel zu kaufen, das sie von der angezapften Starkstromleitung ins *hitta* verlegt haben. Von diesem Kabel zweigen alle ihren Strom ab, für den sie nicht bezahlen. Hier wie in den oben beschriebenen peripheren Squatter-Siedlungen zeigen sich also ähnliche Formen der informellen Selbstorganisation für die Sicherstellung der illegalen Ressourcenaneignung. Eine Kanalisation gibt es nicht, aufgrund des felsigen Untergrunds sickert das Abwasser aus dem ärmeren Teil einfach ab, im wohlhabenderen Teil verfügen die BewohnerInnen über informelle Sickergruben. Das Viertel ist durch die Nähe zu zwei großen Bushaltestellen gut an das städtische Nahverkehrssystem angebunden.

Der nächste größere Markt liegt nur wenige hundert Meter entfernt im legalen Teil von S. Zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten bestehen durch im Viertel zirkulierende informelle Händler. Kommerzielle Aktivitäten im Viertel sind aufgrund der geringen BewohnerInnenzahl und aufgrund der Nähe zu günstigen Einkaufsmöglichkeiten gering und saisonal. Neben der Moschee verkauft eine Frau in der Saison Mais, am Beginn des Ra-

[102] Die informelle Enklave Z im Bezirk Sayida Zainab gehört zum informellen Sample der Untersuchung.

madan werden Schafe, Ziegen und Hühner verkauft, die von den BewohnerInnen für das Fest gemästet werden. Am Anfang und in der Mitte des *hitta* gibt es einen Kiosk. Der Kiosk am Anfang ist ein abgetrennter Laden, während es sich beim Kiosk auf der Grenze zum armen Teil des Quartiers um ein umfunktioniertes Wohnzimmer handelt. Viele der Männer arbeiten als informelle Händler, als Taxifahrer oder auf den Schlachthöfen. Die verheirateten Frauen sind zum Teil als informelle Händlerinnen tätig, einige unverheiratete junge Mädchen arbeiten alsSchneiderinnen.

Im vorderen, feineren Teil wohnen Samira und ihre Familie. Das Haus ist groß und sauber und hat zwei Stockwerke und mehrere Zimmer. Die Ziegelmauern sind verputzt und bunt gestrichen, über der Eingangstür thront eine Löwenskulptur. Gleich hinter dem Eingang liegt eine Art Waschküche – ein Arbeitsvorraum, in dem Gemüse vorbereitet wird und alle großen gemeinsamen Kochaktivitäten, für die man noch zusätzlich zum Gasherd Kerosinkocher benötigt, stattfinden und auch die Wäsche gewaschen wird. Hier ist ein Wasserhahn, die Wände sind gestrichen, und der Boden ist betoniert. Danach schließt sich die „gute Stube" an, in der zwei Sitzbänke, ein Wohnzimmerschrank mit Fernseher und Videogerät und ein Kühlschrank stehen. An den Wänden prangen zwei Ölgemälde. Dahinter liegt eine Küchenecke mit Gasherd und Waschbecken und einem kleinen Abtropfregal, einem Dusch-WC mit fließend Wasser und dem Treppenaufgang. Dahinter liegt das Schlafzimmer von Samira, ihrer Schwester und den Eltern. Dort stehen ein großes Bett und ein großer Schrank. Im ersten Stock wohnt auf der rechten Seite ihr Bruder mit seiner Frau in weißen Möbeln mit Mittelklassenambiente. Die Zimmer der linken Seite sind leer. Dort heben Samira und ihre Schwester ihre Aussteuer auf, die in beiden Fällen schon vollständig ist. An diese beiden Zimmer schließt sich ein mit Wein überrankter Balkon an. Auf dem Dach schließlich ein kleiner Pferch für Tiere, die aber nicht regelmäßig gehalten werden.

Samira ist für die Hausarbeit zuständig und dadurch auch die zentrale Figur innerhalb der ausgedehnten Netzwerke, die sie und ihre Familie unterhalten. Mit einigen ihrer Nachbarinnen und Verwandten unterhält sie sehr engen, täglichen Kontakt, fast immer besuchen sich die Frauen, plaudern und tauschen Informationen aus. Ähnlich wie in vielen ethnographischen Studien beschrieben, unterhalten Samira und die anderen Frauen im Viertel ein ausgedehntes, sozial differenziertes und dynamisches Besuchssystem, durch das die unterschiedlichen Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke permanent stabilisiert werden (Joseph 1978; Early 1993; Singerman 1995; Hoodfar 1997; Wedel 1999). Innerhalb der Großfamilie wird beispielsweise manchmal gemeinsam gekocht, die Frauen begleiten einander auch zum Arzt, bei Einkäufen und Besuchen. Zu ihrer Cousine pflegt Samira engen Kontakt, denn als Familienmitglied ist sie Ansprechpartnerin für innerfamiliäre Konflikte, die mit den Nachbarinnen nur ungern besprochen werden.

Das enge Zusammenleben erfordert ein Minimum an Höflichkeiten und sozialem Austausch. Da die Haustüren meistens offen stehen und viele Tätigkeiten im einsehbaren Vorhof stattfinden, ist es unvermeidlich, dass immer alle über alles Bescheid wissen. Hinter diesen offensichtlichen Nachbarschaftsstrukturen verlaufen verborgene, die feine Unterschiede zwischen jeder einzelnen Nachbarin und jeder Familie sichtbar werden lassen. So im Vergleich des Verhältnisses von Samira zu ihren Nachbarinnen Um Ahmed und Um Hassan, der zweiten Frau ihres Vaters, und zu ihrer Freundin Um Karima. Um Ahmed handelt, wenn sich die Gelegenheit ergibt, mit elektrischen Geräten. Sie fungiert als Zwischenhändlerin im Viertel und der Umgebung für Produkte, die ihr von NachbarInnen oder HändlerInnen angeboten werden. Um Ahmed hat als einzige im *hitta* ein Telefon, das prinzipiell allen im Viertel zur Verfügung steht. Hinter dieser Norm der gemeinschaftlichen Nutzung von knappen Luxusartikeln verbergen sich allerdings Unter-

schiede. Samira beispielsweise benutzt dieses Telefon nicht, denn, wie sie sagt, mag sie Um Ahmed nicht zur Last fallen. Zwar sieht sie Um Ahmed als direkte Nachbarin täglich, doch besuchen sich die Frauen nur kurz und sehr formell, sie betrachten sich nicht als Freundinnen. Um Nasser, die andere Nachbarin von gegenüber, ist hingegen ständig bei Samira und plaudert. Um Nasser ist eine fröhliche junge Frau mit zwei kleinen Kindern und die beste Informationsquelle für Klatsch und Tratsch im Viertel. Grund genug für Samira, ihr nicht allzu viel zu erzählen, denn „was Um Nasser heute erfährt, weiß morgen das ganze Viertel". Dennoch unterhält Samira freundschaftliche Kontakte zu Um Nasser. Angesichts der ihr entgegengebrachten Herzlichkeit muss die Beziehung zu Um Ahmed als geradezu eisig erscheinen. Samira hat eine Freundin, die sie regelmäßig besucht, Um Karima, eine der wohlhabendsten Frauen im Viertel. Während Um Karima Samira nur selten besucht, geht Samira fast täglich zu Um Karima: In dieses Haus immer Einlass finden zu können, erhöht Samiras soziales Kapital, während Um Karima darauf bedacht ist, sich nicht mit den ärmeren Frauen im Viertel gemein zu machen. Mit ihr bespricht Samira alles, was ihr dringend auf dem Herzen liegt, auch familiäre Probleme werden mit Um Karima erörtert. Samira hingegen erlaubt der zweiten Frau ihres Vaters, die auch ein häufiger Gast in ihrem Haus ist und die im armen Teil des Quartiers ohne Wasser lebt, bei sich Wasser zu holen. Die soziale Stratifizierung im Viertel wird also durch die Reziprozitätslogik ebenso wenig aufgehoben wie durch ein engmaschiges Besuchssystem, sondern im Gegenteil spiegeln sich hier die unterschiedlichen Ressourcen der einzelnen Persönlichkeiten.

Durch ihre umfassenden Netzwerke hat Samira, die über kein kulturelles Kapital verfügt, weil sie nicht zur Schule gegangen ist, ein hohes soziales Kapital akkumuliert. Sie ist als gute Hausfrau bekannt, als witzige, schlagfertige und schnelle Rednerin unter den Frauen beliebt, aber auch wegen ihrer manchmal scharfen Kommentare gefürchtet. Sie ist Tochter eines relativ wohlhabenden Mannes, profitiert also vom materiellen Kapital ihrer Familie. Da sie selbst manchmal mit Kleidung und anderen Haushaltsgegenständen handelt, kennt sie das Viertel und seine BewohnerInnen gut, „sie weiß ihren Vorteil zu nutzen", wie die Frauen sagen. So wird Samira gern hinzugeholt, wenn man mit einem Händler zu tun hat, der auf seinen Preisvorstellungen beharrt. Samira, die immer in *galabiya* (traditionelles Gewand) und mit Kopftuch zu sehen ist, ist eine klassische *bint al-balad* (wörtlich: Tochter des Landes) und wird ob ihrer Eigenschaften geschätzt (el-Messiri 1978). Das so akkumulierte Kapital nutzt sie, um es durch Unterstützung bei Kaufverhandlungen, durch Vermittlung in Konflikten unter Frauen, aber auch in der Gasse stetig zu vermehren. Unter anderem auch dadurch, dass sie nachbarschaftliche Kontakte zu Männern unterhält, die es ihr ermöglichen, in Konflikten, die sie nicht lösen kann oder will, als Vermittlerin für einen Kontakt zu geeigneten männlichen Mediatoren zu dienen. Trotz ihres geringen Alters und ihrer als unverheirateter Frau eigentlich eingeschränkten Möglichkeiten, soziales und symbolisches Kapital zu akkumulieren, ist sie eine wichtige Figur im reicheren Teil des Quartiers. Durch ihre Beziehungen zu einer der reichsten Frauen hier, auf die sie sehr stolz ist, erhöht sie ihr soziales Kapital noch. Mit dem ärmeren Teil des Fleckens verbinden sie verwandtschaftliche Beziehungen, doch obwohl das Verhältnis zur zweiten Frau ihres Vaters ein freundschaftliches ist, besucht sie Um Hassan nur selten – der hintere Teil wird gemieden, man orientiert sich sozial nach vorn und oben.[103]

[103] Bei der Hochzeitsfeier von Um Hassans Sohn etwa, die in der Mitte des *hitta* begangen wurde, wurden die auswärtigen Gäste in Samiras Haushalt verköstigt, während Samira und die anderen wohlhabenden Frauen, Mädchen und Männer spät zur Feier erschienen und einen der wenigen Stühle angeboten bekamen. Die ärmeren BesucherInnen mussten stehen.

Die soziale Differenzierung, die im *hitta* spatial manifest ist, wird so auch symbolisch offenkundig. Während einer Hochzeit tritt noch eine weitere Differenzierung deutlich zutage, diejenige zwischen *baladi* und *afrangi* oder traditionell und modern (Early 1993). Diese Dichotomie stellt eine soziale, materielle und symbolische Differenzierung dar, die durch Kleidung, Möblierung, die Art zu feiern und zu tanzen jedes Detail der Alltagspraktiken unterscheidbar macht. Und während die auswärtigen Gäste, vor allem die Frauen, die nicht in *galabiya*, sondern im Kleid erschienen, genau beobachtet und nachher sehr kritisch kommentiert wurden, rutschten die *afrangi*-Damen ostentativ auf den wackeligen Stühlen hin und her, rümpften die Nase über die Wohnverhältnisse und fanden das Essen zu fettig. Die *baladi*-Frauen des Viertels hingegen fanden ihre Besucherinnen arrogant, unziemlich gekleidet und zu schrill geschminkt. Anders als in Josephs Fallbeispiel aus dem Libanon, wo die Netzwerke der Frauen in der Straße das Überschreiten von ethnischen und religiösen Grenzen ermöglichten, die ansonsten die Zugänge von Menschen in nationale Netzwerke beeinträchtigten, werden in Z ähnlich wie in Wedels Studie durch nachbarschaftliche Netzwerke Formen der sozialen und religiösen Stratifizierung nicht aufgehoben (Joseph 1978:545; Wedel1999).

2.1.7 Heterotopische Räume und informeller sozialer Vertrag

Die Untersuchungsgebiete repräsentieren unterschiedliche Wohnformen in den zwei großen Kategorien „informelle Squattersiedlung" und „Slumsiedlung", die jedoch nur eine grobe Unterscheidung erlauben. Einige Quartiere in den informellen Siedlungen wurden bereits legalisiert, andere noch nicht, wieder andere sind in diesem Prozess begriffen. Innerhalb von Slumsiedlungen finden sich informelle Enklaven in Baulücken oder auf Brachland. Die Menschen, die hier leben, verbindet die schlechte Qualität ihrer Behausungen, die jedoch wiederum ein breites Spektrum zwischen kleinen, baufälligen Hütten und Wohnungen in heruntergekommenen Mietshäusern umfassen. Sie alle leben in sehr beengten Verhältnissen, obwohl sich auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen Quartieren feststellen lassen. Im Sampleüberblick (formales Sample) beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße 6,2 Personen mit dem kleinsten Haushalt von drei Personen und dem größten mit 13 Personen. Die Haushalte haben durchschnittlich 1,8 Räume zur Verfügung, die durchschnittlich 37 m² groß sind.

Die Ausstattung des Wohnraums im gesamten Sample ist sehr unterschiedlich: so verfügen 46,7% über eine vom Wohnbereich abgetrennte Küche, während 53,3% in ihrem Raum, auf dem Hof oder in der Gasse kochen. Die Frauen benutzen dabei meist Kerosinkocher oder, wenn sie einen Herd haben, Gasflaschen. 58,3% des Samples verfügen über eine getrennte Toilette, während 41,7% ihre Toilette mit den NachbarInnen teilen müssen. Die Auswirkungen dieser äußeren Umstände auf die Alltagspraktiken der Frauen, Männer und Kinder werden unter anderem in den Arbeiten von Rugh, Wikan, Singerman, Early und Hoodfar ausführlich beschrieben (Rugh 1979; Wikan 1980; Early 1993; Singerman 1995; Wikan 1996; Hoodfar 1997). Enge und Knappheit von Ressourcen bestimmen die sozialen und kulturellen Aushandlungsprozesse und die damit verbundenen Praktiken in den Vierteln, die in dieser Arbeit vor allem unter dem Aspekt der Selbstorganisation und der Netzwerkbildung analysiert werden. Der Umgang mit Konflikten, die Herstellung von Konsens, Formen der gegenseitigen Unterstützung, aber auch der Konkurrenz und die subjektiven Perzeptionen der eigenen Situation greifen ineinander und ergeben das Bild einer komplexen sozialen Struktur, die sich an den unerreichbaren Maßstäben der ägyptischen Mittelklasse orientiert, wie die lebensweltlichen Armutsperzeptionen zeigen werden.

Gleichzeitig konkretisiert sich das Verhältnis zwischen verletzbaren Gruppen und dem Staat als informeller sozialer Vertrag. Ist die strategische Eröffnung informeller Handlungsspielräume für Bauen, Wohnen und Versorgung einerseits die Voraussetzung für die informelle Realisierung des Menschenrechts auf Wohnen, so sind diese Handlungsspielräume dennoch eng verknüpft mit Mechanismen der Zwangs-Informalisierung, der rechtlichen Unsicherheit und der Exklusion, wie die Entstehungsgeschichte von Istabl Antar beispielhaft zeigt. Der informelle Zugang zu Ressourcen erfordert Selbstorganisation, die auf nachbarschaftlichen Netzwerken beruht, also inklusiv und integrierend sein kann, aber auch ausschließend und sozial differenzierend wirkt, wenn die Kosten der Selbsthilfe nicht mehr aufgebracht werden können. Die Energieversorgung scheint dabei am leichtesten sichergestellt werden zu können: Fast das gesamte Sample verfügt über einen formellen oder informellen Stromanschluss, nur 3,4% haben gar keinen Strom. Die Kosten für Strom liegen jedoch zwischen fünf und 12 £E pro Monat. 60% des Samples verfügen über Wasseranschluss im Wohnbereich selbst, 40% können Wasser entweder aus einem gemeinsamen Wasserhahn bekommen, kaufen Wasser von NachbarInnen oder umherfahrenden Wasserlastern oder holen es, oft über lange Strecken, von öffentlichen Wasserhähnen in Moscheen. Die Mehrheit des Samples verfügt auch über Kanalisation, sei es in Form von Sickergruben in den neuen informellen Vierteln oder als Anschluss an die öffentliche Kanalisation in den alten innerstädtischen Vierteln bzw. den legalisierten, wie in D. Nur 6,7% verfügen über keine Kanalisation. Über die Hälfte des Samples entsorgt seinen Müll informell, nur 47,6% sind an eine staatliche oder private Müllabfuhr angeschlossen.[104]

Diese nüchternen Fakten strukturieren die Überlebensökonomien der Betroffenen auf je unterschiedliche, aber immer einschneidende Weise. BewohnerInnen der neuen informellen Viertel müssen den Mangel an Schulen, Kindergärten, medizinischer Versorgung, Arbeitsmöglichkeiten vor Ort durch erhöhte Transportkosten und zeitaufwändigere Wege kompensieren bzw. bleiben von Bildung, attraktiven Erwerbsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung weitgehend abgeschnitten. Der Staat ist hier vor allem in seiner Abwesenheit präsent, die die ständige Reproduktion von Armut als krasser sozialer Ungleichheit bewirkt. Der einzige Weg zur Inklusion, die Legalisierung, bedeutet immer auch Differenzierung und Verteuerung, also Verdrängung der Ärmsten der Armen. Für die BewohnerInnen der legalen innerstädtischen Viertel ist der Zugang zu diesen Versorgungsmöglichkeiten besser, aber auch ihnen fehlen die monetären Ressourcen, um sie zu nutzen. Sie bleiben ebenfalls strukturell von umfassender Versorgung ausgeschlossen.
„Slums“ und Squattersiedlungen zeigen sich so auch als heterotopische Orte: sie sind allgemein und spezifisch, verbunden und abgekoppelt zugleich. Die sozialen Strukturen und Perzeptionen orientieren sich stark an den Werten der Mittelklasse, während die Praxis der Überlebensökonomien eine andere Realität erschafft. Das Leben in der Informalität ist durch materiellen und infrastrukturellen Mangel gekennzeichnet, die Menschen definieren sich jedoch aus der Marginalität heraus immer wieder in die Mitte der Gesellschaft hinein, wie der folgende Abschnitt zeigen wird.

[104] Die Angaben zu Strom, Wasser und Kanalisation sind zuverlässig, wenn legale Anschlüsse bestehen. Bei Angaben zu illegalen Anschlüssen oder angezapften Leitungen waren die InterviewpartnerInnen zurückhaltender.

2.2 Die Sprache der Armut: Lebensweltliche Armutsdiskurse

Im Theorieteil der Arbeit wurden mit Ireton drei unterschiedliche Armutsdiskurse unterschieden: wissende, traditionelle/präskriptive und so genannte „spontane populäre" Diskurse (Ireton 1998:3). Im Gegensatz zu Iretons Benennung schlage ich vor, diese spontanen oder populären Diskurse als lebensweltliche Armutsrepräsentationen zu begreifen. Ihre Kennzeichnung als spontan und populär wird nur verständlich, wenn man sie in Abgrenzung zu den wissenschaftlichen, nicht-spontanen begreift. Ich halte diese lebensweltlichen Armutsrepräsentationen aber für ebenso wenig spontan wie wissenschaftliche. Sie sind wie die wissenden und präskriptiven Diskurse sozial in die Lebenswelt eingebettet und Produkt einer stetigen Reformulierung und Interpretation. Mit dem Begriff der lebensweltlichen Armutsrepräsentation soll außerdem auf den Zusammenhang von Lebenswelt und wissenden Diskursen, wie sie durch Medien oder Entwicklungsorganisationen verbreitet werden, verwiesen werden.

Laut Ireton wählen soziale AkteurInnen zwei Formen der Konstruktion von Armut: Auto- oder Selbstrepräsentationen und Hetero- oder Fremdrepräsentationen. Insbesondere Heterorepräsentationen werden häufig in dichotomen Strukturen von wir/sie oder arm/reich formuliert. Diese Diskurse haben klassifikatorische Qualität, sie ziehen eine soziale Grenze, ganz ähnlich wie das statistische Konzept der Armutslinie (Ireton 1998:4). Ireton vergleicht solche Prozesse mit Formen der Gruppenbildung bzw. sozialer Konstruktion von Identität, die in binären Mustern abläuft. Das gilt insbesondere für die konfliktbehafteten Repräsentationen der Alltagspraxis, die Arme tendenziell stigmatisieren oder kriminalisieren. Diese Repräsentationen können dazu beitragen, dass Diskurselemente zu sozialer Realität werden, indem sie nicht als kontingente Produkte der sozialen Notwendigkeit von Abgrenzungsprozessen verstanden werden, sondern als charakteristische Eigenschaften, der als arm/reich bezeichneten Menschen und Gruppen (a.a.O.).

> „(...) la pauvreté, conçue par des agents sociaux comme caractéristique substantielle d'autres agents, mais en fait socialement construite par les premiers, par pose de seuils-marqueurs du groupe formé pas les secondes ainsi assignés symboliquement et pratiquement à la pauvreté, trouverait son origine et sa fonctionnalité sociale objective (et donc sa tendance à se reproduire) dans les interactions et rapports sociaux souvent construits comme binaires (nous/les autres), plus ou moins tendus ou conflictuels de la vie quotidienne et sociale en général" (a.a.O.:5).

Entscheidender Unterschied zwischen diesen lebensweltlichen Repräsentationen und den wissenden Diskursen ist die Entwicklung von Konzepten, die Grauzonen und weiche Grenzziehungen erlauben. Auf der Basis der subjektiven Einschätzung der eigenen Lage, Fähigkeiten und Erfahrungen werden die Alltagspraktiken der Überlebensökonomien entwickelt. Denn die individuelle Handlungsfähigkeit wird von systemisch-strukturellen Faktoren wie etwa den Partizipationsbedingungen oder der ökonomischen Lage ebenso beeinflusst wie von den individuellen Identitätsvorstellungen und -konstruktionen. Die persönlichen Reflexionen über die eigene Situation formulieren Normen, Werte und Identitätskonstruktionen in Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und religiösen Ansprüchen an die eigene Lebenspraxis.

2.2.1 Materielle und symbolische Dimensionen der Armut

Ein zentrales Merkmal lebensweltlicher wie wissender Diskurse ist die Wichtigkeit der materiellen Dimension der Armut. Die materielle Dimension ist nicht nur die offensichtli-

che, sie ist auch sehr konkret und ihre Formulierung hat in den Augen der Armen wie der Nicht-Armen hohe Legitimität. So hält Fergany in seiner qualitativen Feldstudie über arme Frauen in Boulaq fest:

> „Most of the cases defined poverty as 'lack of money'. As a result, the person 'cannot purchase what he likes of food, drink, or medicine'. The inability to afford housing or education because of poverty was mentioned less often" (Fergany 1994:85).

Das Konzept von „Armut als Mangel" wird von den Befragten mehrheitlich geteilt, so Fergany, nur zwei Befragte formulierten eine weitere Definition von Armut, die auch die Ungleichheit der Ressourcenverteilung einschloss (a.a.O.). Ähnlich betont der EHDR in seiner Auswertung der qualitativen Studie, dass Arme Armut als Situation wahrnehmen, die „by a low standard of living, insufficient income, and a high propensity to borrow or beg" gekennzeichnet ist (EHDR 1996:21). Andere Charakterisierungen, die vor allem präskriptive Diskurse anbieten, wie etwa zu viele Kinder, schlechte Ausbildung oder Kinderarbeit wurden nur von wenigen Befragten genannt. Die große Mehrheit nimmt Armut in ökonomischen Kategorien wahr und definiert Armut über Einkommen beziehungsweise über den Mangel an Einkommen (a.a.O.). Diese Einschätzung repräsentiert jedoch nur eine Seite eines komplexeren Wechselspiels von sozialer und politischer Inklusion und Exklusion der Armen und Verletzbaren.[105]

Denn die materielle Dimension der Armut ist eng mit ihrer temporären, emotionalen und geschlechtlichen verbunden. So bringen unterschiedliche Phasen im Lebenszyklus unterschiedliche Problemlagen und Verletzbarkeiten mit sich. Vor der Heirat und kurz danach sind es vor allem die Kosten für die Etablierung eines eigenen Haushalts, die junge Männer und Frauen und deren Eltern belasten. Damit sind aber auch wichtige emotionale Veränderungen verbunden: Der Übergang vom Dasein als unverheiratete Frau zur vollverantwortlichen Hausfrau und Mutter wird von vielen jungen Interviewpartnerinnen als schwierig beschrieben (A1, 2, 6, 7, 8, 9, S7, 9, 17, D12, F2, 6, 9). Gerade, wenn die eigene Familie weit weg lebt, beklagen die Frauen Isolation und Mangel an emotionaler Unterstützung, wie etwa Karima:

> „Vor 10 Jahren war das Leben besser, da war ich noch ein kleines Mädchen und hatte keine Verantwortung. Heute, da arbeite ich und habe Kinder, und das Leben ist so schwierig geworden, weil das Geld vorn und hinten nicht reicht" (A9).

Sobald die ersten Kinder geboren sind und in die Schule gehen, entstehen neue Kosten für ihre Ausbildung. Mit zunehmendem Alter treten Krankheit und Tod als zentrale Probleme in das Leben der Familien: Ehemänner sterben oder werden arbeitsunfähig, das Einkommen sinkt oder wird unkalkulierbarer, während gleichzeitig die Kosten für Medikamente, die Heirat und Bildung der Kinder kontinuierlich steigen. So auch im Fall von Um Amina aus D. Sie ist weit über 60 Jahre alt, sitzt täglich vor ihrem Haus in der schmalen Marktgasse und verkauft dort Hülsenfrüchte in kleinen Portionen an Kinder und Erwachsene. Um Amina ist klein und dünn, ihr schwarzes Gewand ist alt. Sie erzählt:

> „Früher habe ich Obst verkauft und natürlich viel mehr Geld verdient. Jetzt bin ich alt geworden und kann nicht mehr so viel tragen. Deshalb verkaufe ich jetzt kleine und leichte Sachen, aber ich verdiene auch viel weniger. Früher, da war mein Mann noch da und da hatte ich einfach viel mehr Geld und das Leben war einfacher. Ich lebe von dem, was ich habe, wenn ich 20 £E habe, dann gebe ich sie aus. Wenn ich 10 habe, gebe ich sie aus, und wenn ich nichts habe, dann habe ich eben nichts" (D13).

[105] Zu ihren zentralen Problemen befragt, erwähnten fast alle InterviewpartnerInnen Geldmangel als grundsätzliches Problem (28 Nennungen). An zweiter Stelle folgten die Kosten für Bildung (11), Krankheit (9) und Wohnen (9), das nötige Geld für die eigene Hochzeit zu erwirtschaften (8) und Ehe- und Familienprobleme (6).

An Um Aminas Beispiel zeigt sich die enge Verknüpfung von Lebenszyklen, Markt- und Kreditmechanismen. Da sie über nur wenig Kapital verfügt, muss sie diesen Mangel durch einen hohen körperlichen Arbeitseinsatz wettmachen, denn formale Kreditmöglichkeiten stehen ihr nicht offen. Sie kann sich das Obst nicht liefern lassen, sondern muss selbst zum Großhändler fahren, um die Ware abzuholen. Dennoch hat der Obsthandel ein besseres Einkommen geboten, da die Gewinnspannen höher liegen, als bei Hülsenfrüchten. Ihre körperliche Einschränkung wirkt sich so drastisch auf ihre Einkommensmöglichkeiten aus. Eheprobleme (F1), schlagende Männer (S5), Männer, die die Unterhaltszahlungen einstellen (D12), Männer, die die Scheidung aussprechen oder eine zweite Frau heiraten (F6, A5, T2) oder unglücklich verheiratete Kinder (S5) führen dazu, dass bei den Interviewpartnerinnen materielle Sorgen in den Hintergrund rücken. Das seelische Wohlbefinden ist jedoch meistens mit einem materiellen Aspekt verbunden, wie bei Um Hussein:

> „Vor einem Jahr hat mein Mann eine andere geheiratet und ist seither nur einmal in der Woche da. Geld gibt er mir nur wenig und jetzt arbeiten meine Mutter und ich, um meine Geschwister und meine Kinder zu ernähren. Wir sind ganz auf uns gestellt und für alles verantwortlich, *al-hamduh lillah*" (A5).

Zwar sind Männer, die eine zweite Frau heiraten, gesetzlich und religiös verpflichtet, beide Frauen gleichermaßen finanziell und moralisch zu unterstützen, aber viele Männer kommen dieser Verpflichtung nicht nach. Sie stellen die Zahlungen an ihre erste Frau ganz ein, oder reduzieren sie so sehr, dass die Frauen gezwungen sind, sich nach anderen Einkommensquellen umzusehen. Geschlechtliche Arbeitsteilung und rechtliche Ungleichheit bringen Frauen so in eine Lage krasser Abhängigkeit, die armutsverstärkend wirkt und eine große psychische Belastung darstellt. Fatin fühlt sich heute, obwohl als Witwe total unterversorgt, besser als zu Zeiten ihrer Ehe:

> „Mein Leben war noch nie schön. Ich war immer arm und hatte es nie gut. Aber heute ist es ein bisschen besser. Damals, als mein Mann noch lebte und meine Schwiegermutter, das war schrecklich. Wir hatten immer Streit, sie hat mich miserabel behandelt und meine Ehe, naja" (F8).

Diese Verknüpfungen können statische Konzepte wie eine quantitative Armutslinie nicht erfassen, während die Armutsrepräsentationen der Menschen im Feld größere Spielräume für Ambiguität ermöglichen. Im Gespräch mit mir, einer ausländischen Forscherin, benutzten die InterviewpartnerInnen drei unterschiedliche Formen der Selbstbezeichnung und damit -repräsentation: *'ala addina* zu leben, *zay in-nas* zu leben oder *ghalban* zu sein. Jedes dieser Konzepte bezieht sich implizit oder explizit auf Annahmen einer Konstruktion von „Normalität". Denn arm zu sein bedeutet nicht, im Ausnahmezustand zu leben, sondern es bedeutet, zu arbeiten, zu essen, zu lachen wie andere Menschen auch. Deshalb bezeichnen die meisten Armen ihre Überlebensökonomien auch nicht als „Überlebensstrategien", sondern präsentieren Armut in Konzepten, die der Multidimensionalität ihrer Lebenswelt gerecht werden können, wie etwa Abu Laila:

> „Wir versuchen, so durchzukommen. Wenn wir wenig Geld haben, geben wir es für Essen aus. Wenn wir etwas mehr haben, dann kaufen wir Kleidungsstücke oder die Schulbücher für die Kinder oder andere Dinge, die wir dringend brauchen. Wir leben halt so, wie wir können, *'ala addina*" (S8).

'ala addina bedeutet im umgangsprachlichen Kontext „unserer Konfektionsgröße entsprechend" und deutet Armut an, ohne sie direkt zu benennen. Denn die „Größen" können sich ändern: je nach Lebensabschnitt, Geschlecht, Persönlichkeit und Quartier können Menschen mit ihrer Situation sehr unterschiedlich umgehen. Das Konzept ist im Gegensatz zu einer quantitativen Armutslinie relativ offen, und es verweist auf die Kompetenzen der Menschen, mit den knappen Ressourcen möglichst effizient umzugehen. *'ala addina* zu

leben heißt, sparsam, klug und rational mit den Gegebenheiten umzugehen. *'ala addina* zu leben, bedeutet auch, keine klare Linie zwischen arm und reich zu ziehen, sondern dieses Konzept repräsentiert eine individuelle Interpretation der Armutssituation, sie geht von den Möglichkeiten und Ressourcen derjenigen aus, die ihre „Größe" realistisch einzuschätzen wissen. Im Gegensatz zu Armutslinien, die immer auf den Mangel verweisen, bedeutet *'ala addina* zu leben, adäquat auf eine Situation zu reagieren, ohne sie zunächst als Mangel oder Exklusion zu kennzeichnen.

Diesem Konzept kann eine andere oft benutzte Formulierung entgegengesetzt werden. *zay in-nas* zu leben, bedeutet in der umgangssprachlichen Verwendung „wie die Leute" oder „wie andere Leute". *in-nas*, das sind diejenigen, denen es ein bisschen besser geht, die eine Wohnung mit Möbeln haben, die nicht um jeden Pfennig kämpfen müssen, deren Unterhalt besser abgesichert ist, die ihre Kinder gut ausbilden und angemessen verheiraten können. Wie andere Leute sein zu können, drückt den Wunsch nach sozialer Normalität aus, die in Abgrenzung zur eigenen Situation gewonnen wird. Armut ist ein Zustand der Nicht-Normalität im Vergleich zum Rest der Gesellschaft. Mit dem Konzept *zay in-nas* konstruieren die InterviewpartnerInnen eine relative Armutsdefinition, wie sie auch in den wissenden Diskursen über die Armut genutzt werden. Indem sie sich auf einen impliziten materiellen und gesellschaftlichen Mindeststandard beziehen, kennzeichnen sie ihre eigene Situation als abweichend und unbefriedigend. Diese Repräsentation birgt also soziale Distanz und die Vision einer besseren Zukunft im Appell an die gesellschaftliche Normalität gleichermaßen in sich. So formuliert Abu Ahmed, 54 Jahre alt:

> „Wir hoffen, dass wir passabel leben können. Man träumt ja nicht davon, dass man reich wird. Man träumt, dass die Kinder eine Wohnung finden und gut leben können. Mehr wollen wir nicht, einfach leben können *zay in-nas*. Gott möge uns beschützen" (S11).

Abu Ahmeds Formulierung erinnert an die im Theoriekapitel beschriebenen Visionen der „guten Armen", die ihre Lebensumstände akzeptieren, sich in Bescheidenheit üben und ihre Armut nicht der Gesellschaft zum Vorwurf machen. Gleichzeitig versteckt sich im Anspruch, so leben zu können wie andere Leute auch, ein Appell an soziale Gerechtigkeit. Damit sind implizit auch Interpretationen sozialer Ungleichheit angesprochen, selbst wenn die InterviewpartnerInnen diese Formulierungen nie benutzten, um ihren Appell zu formulieren. Indem sich die InterviewpartnerInnen ein Leben knapp oberhalb der Armutsgrenze erträumen, verleihen sie ihren Wünschen soziale Legitimität und konstruieren gleichzeitig einen minimalen Lebensstandard, der das Ziel ihrer Bemühungen ist. Die unsichtbare Grenze, die zwischen ihnen und „den Leuten" verläuft, werden die wenigsten InterviewpartnerInnen überschreiten. Sie setzen ihre ganzen Hoffnungen auf ihre Kinder, für deren Wohl und Zukunft Mütter und Väter große Anstrengungen auf sich nehmen, wie etwa die verwitwete Um Ahmed beschreibt:

> „Das wichtigste ist, dass ich meine Kinder glücklich sehe. Ich will nicht mehr heiraten. Gott möge mir Gesundheit schenken, so dass ich meine Kinder und ihre Kinder fröhlich sehe, wenn sie meine kleine Stube mit ihrem Licht erfreuen. Mein Leben ist vorbei, ich bin nicht wichtig. Wichtig sind die Kinder. Ich habe nach dem Tod meines Mannes gearbeitet, geputzt auf meinen Knien, um meine Kinder zu ernähren. Dann bin ich krank geworden und seither kann ich nicht mehr. Gott gebe, dass ich wieder gesund werde, um wenigstens das Schulgeld und die Schultaschen für die Kinder zusammenzusparen" (S5).

Die Kinder glücklich zu verheiraten, das heißt mit Aussteuer, Wohnung, beendeter Ausbildung und einer gelungenen Beziehung, das ist der wichtigste Wunsch aller befragten Familien. Hier bestätigt sich die von Singerman herausgearbeitete zentrale Rolle von Familie und Kindern in der ägyptischen Gesellschaft, die klassenübergreifend formuliert wird (Singerman 1995). Damit verbindet sich oft auch die Hoffnung auf sozialen Aufstieg,

auf ein Verlassen der Armut durch Bildung und den damit verbundenen besseren Arbeitschancen der Kinder. Während viele InterviewpartnerInnen in Hinsicht auf ihre Wünsche und Träume durchaus optimistisch sind, betonen andere die materiellen Grenzen ihrer Zukunftsträume wie etwa Fatin:

> „Ich wünsche mir, dass Gott mir hilft und mich schützt. Was soll ich mir anderes wünschen? Natürlich träumt man von Dingen wie einer Wohnung oder einem Kühlschrank. Aber das sind leere Träume. Ich weiß, dass das nie passieren wird, das ist kein Traum, sondern eine Illusion. Was soll ich sagen, was ich mir wünsche? Ich wünsche mir nichts, ich habe mir noch nie was gewünscht, denn mein Leben war schwer und es bleibt schwer. Möge Gott mich schützen" (F8, ähnlich D4, F1, F6).

Ihre Nachbarin Um Mariam geht noch weiter und plädiert für Pragmatismus ohne Träume, weil Träume das Leben auch nicht verändern:

> „Ich träume nicht und denke nicht, was soll die Zukunft schon bringen. Das beste ist, man lebt sein Leben und denkt nicht so viel nach. Ich weiß doch, welche Sorgen ich habe, sie verschwinden auch nicht durchs Träumen. Ich wünsche mir, dass es den Kinder gut geht, und dass Gott mit ihnen ist" (F3).

Aber auch Um Mariam hofft auf Gottes Beistand für ihre Kinder, wie die Mehrheit der InterviewpartnerInnen. Die religiösen Aspekte der Identität armer Menschen in Ägypten werden besonders prägnant durch ein Wort beschrieben, das viele InterviewpartnerInnen zur Selbstbeschreibung nutzen. Während Nicht-Arme Arme meistens mit *faqir*, dem hocharabischen Wort für arm beschreiben, bezeichnen sich Arme oft als *ghalban* in Abgrenzung zu *mabsut*. *mabsut* bedeutet zufrieden und glücklich, wird aber auch benutzt, um materiellen Wohlstand auszudrücken, und aus Armutsperspektive ist materieller Wohlstand meist die Voraussetzung für Glück und Zufriedenheit. Der Gegenbegriff *ghalban*, das dritte hier vorgestellte Konzept der Selbstrepräsentation, ist sehr vielschichtig. Denn zum einen schwankt seine Bedeutung abhängig vom Klassenkontext stark, zum anderen umfasst es materielle und immaterielle Dimensionen. So erklärt Um Leila: „*ghalban* zu ein, bedeutet arm zu sein und zugleich religiös und von Gott geschützt, in den schwierigen Umständen, in denen wir leben" (Z). Die *ghalbanin* (die Armen) sind auch die *tayyibin*, moralisch und persönlich im Guten gefestigte Menschen, die sich durch Hilfsbereitschaft und Großzügigkeit auszeichnen (Kuppinger 1990). Sie sind zwar arm, versuchen aber, trotz ihrer schwierigen Umstände, die durchaus unmoralisches Verhalten provozieren können, die moralischen und religiösen Normen zu erfüllen. Ahmed ist Mitte 20 und erläutert die religiöse Dimension des Konzepts *ghalban*:

> „Was sollen wir tun, wir waren immer arm und tragen unser Schicksal deshalb mit Würde. Wenn wir einmal reich gewesen wären, würde uns das vielleicht schwerer fallen, aber so akzeptieren wir Gottes Ratschlag. Alles gehört Gott und alles ist vorher festgelegt. Wenn Gott uns helfen will, werden wir überleben. Gott wird uns Hilfe schicken" (K).

Arm zu sein bedeutet, von vielem ausgeschlossen zu sein. Nur Gottes Gnade und Schutz steht allen Menschen unabhängig von ihren Lebensumständen zur Verfügung. Arm zu sein bedeutet deshalb nicht, den religiösen und sozialen Normen der Gesellschaft nicht gerecht werden zu können, wie viele christliche und muslimische InterviewpartnerInnen mit Stolz festhalten. Im Gegenteil, die *ghalbanin* beschreiben sich als besonders starke Persönlichkeiten, die allen Schwierigkeiten zum Trotz ihre Kinder in die Schule schicken. Die Frauen sind stolz darauf, sich als „gute Hausfrauen und Mütter" zu präsentieren. Viele alte Menschen träumen davon, die Pilgerreise anzutreten. Zentrale Werte der ägyptischen Gesellschaft sind hier repräsentiert, oft im Widerspruch zur alltäglichen Lebenspraxis etwa der arbeitenden Frauen. Der Gedanke, trotz schwieriger Lebensumstände Teil

eines Wertesystems, also zumindest symbolisch eingeschlossen zu sein, nahm bei vielen Besuchen eine konkrete Form an, wenn auch sehr arme InterviewpartnerInnen darauf beharrten, mir eine kalte Cola zu kaufen. Auf meinen Widerspruch wurde meist folgendes geantwortet:

> „Wir sind zwar arm, aber wir sind Ägypter, und bei uns sind Gastfreundschaft und Großzügigkeit (*karama*) ganz wichtig. Und wenn ich mein letztes Geld ausgeben müsste, aber eine kalte Cola bekommt bei mir jeder Gast, egal, wie es uns sonst geht" (A5)

Der positive Bezug auf „ägyptische Werte" wie die Gastfreundschaft, deren materielle Ausgestaltung sich eher auf die finanziellen Möglichkeiten der Nicht-Armen beziehen, erlaubt den InterviewpartnerInnen, sich als Teil einer „imaginierten Nation" (Anderson 1988) zu definieren. Da die Umsetzung dieser persönlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen von Würde, Gastfreundschaft und gelebter Religiosität für arme und verletzbare Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind, erwächst aus ihnen nicht nur die ganz persönliche Menschenwürde, sondern auch ein hohes soziales und symbolisches Kapital für den/die Einzelne/n. Das Konzept *ghalban* ist also offen und flexibel, es repräsentiert die nicht-materielle Seite des Konzepts *'ala addina* zu leben. Seine Attraktivität liegt in dem starken religiösen Kontext, der die strikte Linie zwischen arm und reich verwischt, denn gegenüber Gott sind alle Menschen *ghalban*. ChristInnen wie Muslime betonen ihr Aufgehobensein in Gott: „Gottes Schutz ist das wichtigste im Leben. Gott schützt uns und gibt uns Frohsinn und Schutz und alles, was wir brauchen" (A7).

2.2.2 Die Dichotomie von Arm und Reich

Ireton verweist auf die oft dichotomen Konstruktionen sozialer Identitäten, und im Konzept des Lebens *zay in-nas* klang dieser Unterschied zwischen den „normalen Leuten" und den Armen bereits an. Auf dem Feld der Lebensführung und der Moral sind materielle Unterschiede meist weniger wichtig als die persönliche Entscheidung für oder gegen die Einhaltung von Werten. Sie werden deshalb auch häufig benutzt, um sich gegen „die Reichen" abzugrenzen, da an dieser Stelle die konstruierte moralische Überlegenheit der *ghalbanin* besonders deutlich wird. So betont Abu Ahmed:

> „Die reichen Leute sind geizig. Die denken an nichts anderes außer an das Geld. Was haben sie am Ende davon? Das Geld lassen sie hier, wenn sie sterben. Und vor Gott zählt nicht das Geld, sondern ein richtiges Leben, und dass man den anderen geholfen hat" (D13).

Abu Ahmed spielt hier auf ein Sprichwort an, das besagt, dass die Armen direkt ins Paradies kommen. Die Reichen und Geizigen dagegen werden von Gott bestraft, wenn sie, obwohl es für sie einfacher ist, ein „gutes" Leben zu führen, sich dagegen entscheiden.[106] Abu Ahmed hebt besonders die Dimension der individuellen Entscheidung für ein Leben in Würde hervor, die Arme wie Reiche grundsätzlich treffen können. Eine wichtige Verpflichtung der Reichen ist die der religiösen Spende, des *zakat*, das auf unterschiedliche Weise entrichtet werden kann.[107] Viele arme Menschen machen häufig die Erfahrung, dass die Reichen dieser Pflicht nachkommen, so wie Abu Hassan aus S, der auf Unterstützung hofft:

[106] Ähnlich antworteten auch die Nicht-Armen: Die Ursachen für den mangelnden Einsatz werden in Selbstsucht und fehlender sozialer Verantwortungsübernahme seitens der Reichen gesehen (EHDR 1994:94).

[107] Nach islamischen Recht umfasst das *zakat al-mal* eine jährliche Abgabe von 2,5% auf das Vermögen und 5-10% auf landwirtschaftliche Erträge, die in erster Linie für die Unterstützung von Armen und Bedürftigen zu verwenden ist. Zwar kann dieses Geld auch persönlich weitergegeben werden, doch die gängige Auslegung zieht die Verteilung durch eine zentrale Instanz vor. Der Staat hat nicht das Recht, *zakat* einzutreiben. Eine zweite wichtige Form ist das *zakat al-fitr* zum Ende des Ramadans, bei dem Lebensmittel gespendet werden (Ben Nefissa 1991:109; Rieger 1996:42 f.).

„Das wichtigste Problem ist das Geld. Aber hier in Ägypten sagen wir: niemand muss ohne Abendessen schlafen gehen. Gott schenkt uns viel. Vielleicht schenkt uns jemand ein Essen oder wir haben etwas Geld und kaufen uns Fleisch" (S6).

Zwar widerspricht die ständig wachsende Zahl mangelernährter Kinder Abu Hassans Einschätzung und dem oft zitierten Sprichwort, aber es drückt dennoch eine Form erfahrener Solidarität aus, die hier als Zeichen von göttlicher Güte gewertet wird. Ähnlich erlebt auch die Christin Fatin ihre Situation:

„Ich lebe von dem, was Gott mir in seiner Gnade schenkt. Ich bekomme von der Kirche regelmäßig Geld, und auch andere Leute geben private Spenden, und so lebe ich von Gott. Ich zahle keine Miete und zu allen Festen bekomme ich von der Kirche Fleisch und andere Lebensmittel. Und viele Leute wollen mir helfen, aber ich kann keine Spenden annehmen. Ich kann und will nicht betteln. Ich kann nicht einfach von irgendwem Geld annehmen, wo kämen wir denn dahin. Eine der Nachbarinnen hier, eine Muslima wollte mir regelmäßig Essen bringen, aber ich habe das abgelehnt, weil ich nicht bettle. Wenn ich von der Kirche nehme, dann bettele ich nicht" (F8).

Fatin unterscheidet zwischen Geschenken von Gott, also allem, was ihr über die Kirche, Familie und ihr bekannten Menschen zukommt, und Bettelei. Hilfsleistungen von Unbekannten empfindet sie als Bettelei, die sie ablehnt. Unterstützung von Reichen und Mächtigen kann auch symbolische Formen annehmen, wie etwa bei Um Mervat, die berichtet, dass der reiche Mann, vor dessen Haus sie ihr Gemüse verkauft, ihr seinen Autoparkplatz zur Verfügung gestellt hat, anstatt sie zu vertreiben (A8). Um Mervat sind die Machtunterschiede in dieser zunächst als gegenseitig beschriebenen Beziehung bewusst: Sie hat kein Recht auf diesen Platz, er schützt sie auch nicht vor Übergriffen durch die Polizei, und er beruht ganz auf der Güte dieses reichen Mannes. Um Mervats Position bleibt ungeschützt und verletzlich. Aus religiöser Sicht sind Arm und Reich also in ein interdependentes System integriert, in dem beide ihre Funktion erfüllen. Arme machen oft die Erfahrung, dass die religiöse Legitimität der Armut sie nicht vor Stigmatisierung und Kriminalisierung schützt. Laila aus A erinnert sich noch lebhaft an die ersten Besuche von reichen Spenderinnen, die eine örtliche NGO unterstützen wollten:

„Weißt du, die Reichen wissen nichts über uns und unser Leben. Sie kommen hierher und sehen, wie wir wohnen. Und dann rufen sie: 'Oh mein Gott, wie können Menschen nur in solchen Schweineställen leben!' Als wäre man kein Mensch, nur weil man im Dreck lebt" (A1).

Arme setzen diesen aktiven und passiven Stigmatisierungen ihre eigenen Entwürfe wie etwa das Leben *zay in-nas* oder der *ghalbanin* entgegen. Durch den Bezug auf eine konstruierte gesellschaftliche Normalität bauen sie gleichzeitig Legitimität für diese Entwürfe auf, indem sie sich auf gesellschaftlich verankerte minimale Standards beziehen (Scott 1985; 1990). Hier zeigen sich die Prozesse der Herstellung von Hegemonie und Legitimität durch die Armen selbst. Early hat in ihrer Arbeit auf die identitätsbildende Funktion sich wiederholender Narrative als Konstruktionen eines bestimmten Selbst verwiesen (Early 1993). Sie sind wichtiger Bestandteil der Identitätskonstruktionen, nicht nur, weil die Erinnerungen an gute Zeiten die heutigen schlechten zumindest momentan vergessen lassen, sondern auch, weil sich die Erzählende in ihnen als kluge, geschäftstüchtige, erfahrene und umsichtige Frau schildern kann.

„It is not a simple we:they or poor:rich opposition but an undualting way of stories one likes and stories one believes. Everyday problems are not always easily solved and so one spins a tale, a cultural explanation, to mitigate the disjunction between what is happening and what one wishes would happen" (a.a.O.:200).

Nach einem langen Tag, an dem sie bis nachmittags Tee an der Straße verkauft und danach drei Stunden Wäsche für die gesamte Familie gewaschen hat, beginnt Um Hassan zu erzählen. Sie erinnert sich gern an die Zeiten, als sie noch rund und *mabsut* war und erzählt bei vielen Besuchen aus diesen Tagen.

> „Ja, und dann habe ich für diese beiden saudi-arabischen Mädchen gearbeitet, die sehr, sehr viel Geld hatten. Sie hatten eine Putzfrau und eine Waschfrau und mich als Köchin. Mit dem Putzen und Waschen hatte ich nichts zu tun, ich war nur für das Essen zuständig. Ich war keine Putzfrau oder so. Die Mädchen haben jeden Tag Fleisch gegessen und kannten sich mit den Preisen natürlich nicht aus: Wenn ich gesagt habe, dass das Obst 10 £E kostet, dann haben sie gesagt: Fein, kauf fünf Kilo. Weißt du, wir haben viel Fleisch gegessen und Hühnchen und mit Reis gefüllte Tauben. Ich habe zum Mittagessen 10 gefüllte Tauben gemacht, aber die Mädchen haben nur zwei gegessen. Den Rest haben sie mir geschenkt. Ich habe jeden Abend eine große Tüte feines Essen mit nach Hause gebracht, für die Kinder. Musste gar nicht mehr einkaufen gehen. Und dann haben sie mir noch 150 £E im Monat gezahlt. (...) Diese Leute hatten wirklich sehr, sehr, sehr viel Geld (*mabsutin giddan giddan*) und dann ist es auch keine Schande, wenn man von ihnen nimmt. Damals hatte ich viel Geld und heute – sieh nur, wie dünn ich bin" (Z).

Um Hassan beschreibt hier Strategien aus dem von Scott herausgearbeiteten *hidden transcript*, also denjenigen Aktivitäten und Normen, die den Reichen systematisch verborgen werden (Scott 1990). Arme profitieren von der Naivität der Reichen, die die Preise für Nahrungsmittel nicht kennen und Um Hassan voll vertrauen. Um Hassan hat nicht nur jeden Tag die Reste mitnehmen, sondern auch das ein oder andere Pfund abzweigen können. Der große Reichtum ihrer Arbeitgeberinnen lässt Diebstahl und die Annahme von Geschenken legitim werden (Scott 1985). Diese Strategien erfordern viel Klugheit und Erfahrung:

> „Weißt du, damals habe ich erst für diese Österreicher in diesem Büro gearbeitet. Immer, wenn sie verreist waren, hatte ich den Schlüssel. Sie haben mich angerufen, damit ich das Büro aufschließe, wenn sie wieder zurückkommen. Die Europäer waren nett, sehr leichtgläubig. Ihre Herzen sind weiß, die glauben alles. Wenn ich früher gehen wollte, dann habe ich gesagt: Ich habe Kopfschmerzen und mein Chef hat mir Tabletten gegeben und gesagt: Um Hassan, fühlst du dich nicht gut, geh nur nach Hause. Sie haben mir immer mal Geld für die Kinder zugesteckt und mir voll vertraut. Diese Leute haben mich gemocht, haben gesagt: Um Hassan, wie geht es dir, brauchst du etwas, und immer haben sie mir geglaubt, auch wenn ich gelogen habe. Einmal habe ich auch bei einer Ägypterin gearbeitet, die sind anders, voller Zweifel und stellen dich auf die Probe. Beim ersten Mal hat sie einen Ring unter der Matratze versteckt, um mich zum Stehlen zu provozieren. Ich habe den Ring gefunden und ihr gleich Bescheid gesagt: Madame, ich habe einen Ring unter der Matratze gefunden. Sie hat so getan, als sei das Zufall, aber natürlich wollte sie mich prüfen. Sie ist zu ihrem Mann gegangen und hat ihm die Geschichte erzählt, er sagte: Prüfe sie noch ein zweites Mal. Das war dann bei der Wäsche, wenn ich wasche, dann leere ich immer alle Taschen aus, damit nichts hängen bleibt. In seiner Tasche fand ich einen kleinen goldenen Anhänger und habe ihn ihr gleich gebracht. Als ihr Mann das hörte, meinte er: Diese Frau ist ehrlich, du kannst ihr das ganze Haus beruhigt überlassen. Auch beim Essen hat sie mir nicht getraut, sie hat die Fleischstücke gezählt und dann in der Suppe danach gestochert, ich habe sie dabei beobachtet und dann zur Rede gestellt: Madame, wenn ich betrügen wollte, dann würden Sie es nie merken, ich würde ein bisschen Fleisch von jedem Stück abschneiden und nicht ein ganzes nehmen, ich bin doch nicht blöd. Sie haben mich geprüft, Sie müssen mir schon glauben, dass ich nicht betrüge. Das war ihr dann wirklich sehr unangenehm" (Z).

Um Hassan präsentiert sich hier als erfahrene und lebenskluge Frau, deren Kenntnisse auf dem Arbeitsmarkt für Putzfrauen in ägyptischen und ausländischen Haushalten auch im Viertel geschätzt werden. Nicht nur, dass sie immer weiß, wie sie ihre Vorteile (*maslaha*) nutzen kann, der Umgang mit Ausländern macht sie auch zur Spezialistin für Ausländerfragen im Viertel. Das ihr daraus erwachsende symbolische und kulturelle Kapital in Form

von Wissen und Erfahrung nutzt Um Hassan, um immer wieder ihre momentane Lebenssituation zu reflektieren.

Sie, wie viele andere der InterviewpartnerInnen, beziehen sich in ihren Armutsrepräsentationen auf eine Konstruktion sozialer Normalität, die ihren eigenen Konzepten und Wünschen Legitimität und Nachhaltigkeit zu verleihen vermag. Durch den Bezug auf diese gesellschaftliche Normalität konstruieren die Menschen gleichzeitig eine Form der Inklusion und re-interpretieren so den marginalen Status, den die Gesellschaft ihnen zuschreibt. Durch die Nutzung der Konzepte der *ghabanin* und des Lebens *zay in-nas* wird eine enge Verbindung zu den Nicht-Armen hergestellt, die nicht nur die Träume von einem besseren Leben repräsentieren, sondern auch AdressatInnen für konkrete Ansprüche und Forderungen sind, die oft in religiöse Legitimationsschemata eingebunden werden. So erwarten 50% der Armen in der qualitativen Studie des EHDR aktive Hilfe der Reichen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und 27% forderten *zakat* der Reichen für die Armen. Ähnlich argumentierten auch die Nicht-Armen (EHDR 1996:94).

2.2.3 „Leben wie andere Leute auch ..."

Die lebensweltlichen Armutsrepräsentationen der InterviewpartnerInnen berühren die unterschiedlichen Dimensionen der Armut wie sie im multidimensionalen Armutskonzept entwickelt wurden. Die lebensweltlichen Perzeptionen sind inklusiv, sie trennen nicht zwischen emotionaler Unterstützung, unterschiedlicher Armutsbelastung abhängig vom Lebenszyklus oder vom Geschlecht. Aus lebensweltlicher Perspektive stellt sich Armut als sozial eingebetteter Prozess dar. Diese Konzepte bekräftigen die Überlegungen, die im Theorieteil der Arbeit zur Entwicklung eines multidimensionalen Armutsbegriffs angestellt wurden. Arme benutzen Armutskonzepte, die die gängige Vorstellung von Armut als Mangel an materiellen Ressourcenbestätigen.

Aber Arme ergänzen diese Perspektive um die Rolle von Zeit und Raum, von immateriellen Ressourcen wie soziales und symbolisches Kapital oder um die Dimension der subjektiven Einschätzung von Handlungsspielräumen. Insbesondere die Konzepte des Lebens *'ala addina* und des *ghalban*-Seins bieten eine multidimensionale Sicht auf Armut. Beide Konzepte sind offen und repräsentieren die „Armutslinie" als weich und verschwommen und lassen so Platz für Heterogenität und Differenz unter Armen, die mit den formalisierten Instrumenten der Armutsforschung nur schwerlich genau erfasst werden können.

Arme sind in einen Prozess der stetigen Redefinition und Aushandlung der Kategorien, die gesellschaftliche, staatliche und wissenschaftliche AkteurInnen anbieten, involviert. Dabei greifen die unterschiedlichen wissenschaftlichen, religiösen, entwicklungspolitischen und lebensweltlichen Diskurse ineinander, widersprechen und reflektieren einander. Insofern sind sie wichtige Produzenten wirkungsmächtiger Armutsbilder. Sehr oft sind wissende und lebensweltliche Repräsentationen von dichotomen Mustern geprägt, die zwischen „ihnen" und „uns" oder „reich" und „arm" unterscheiden.

Die Dichotomien sind jedoch beweglich, ihre Grenzen und Interpretationen werden in täglichen sozialen Aushandlungsprozessen verschoben und neu errichtet. Diese Verhandlungen beziehen sich auf den Rahmen einer konstruierten „Normalität" in der ägyptischen Gesellschaft. Lebensweltliche Repräsentationen beziehen sich auf diese „Normalität" und erreichen dadurch Legitimität, indem sich Arme aktiv in eine gesellschaftliche Normenvorgabe einschreiben. Von diesem Ort aus lassen sich positive Zukunftsentwürfe konstruieren. Das darf nicht darüber hinweg täuschen, dass diese positiven Konstruktionen die materiellen sozialen Ungleichheiten nur re-interpretieren, sie aber nicht substantiell verändern können. Aber sie bilden die Voraussetzung und den Erfahrungshin-

tergrund für die Praxis der Überlebensökonomien ebenso wie für einen Zukunftsentwurf jenseits der Armut.

2.3 Die Materialität der Armut

> „Mein Mann ist verschwunden, er lebt irgendwo, aber nicht mehr bei uns. Er ist *arzuqi* (Tagelöhner), und er ist einer dieser Männer, die keine Verantwortung übernehmen wollen. Er ist noch jung und seit einem Jahr ist er einfach verschwunden. Er hat mal verdient und mal nicht und jetzt muss ich die Familie durchbringen. Meine Tochter hilft mir. Wir stehen auf dem Markt und verkaufen, meistens Spinat und andere Salate und Gemüse. Wir haben einen Sparclub gemacht, damit wir das nötige Startkapital von 300 £E aufbringen können. Wir verkaufen Gemüse in D, weil da meine Familie lebt. Bei ihnen kann ich dann den Tag über die kleinen Kinder lassen. Abends hole ich die Kinder bei meiner Familie wieder ab" (A6).

Um Zainabs Beispiel illustriert die mikropolitische Perspektive dieser Untersuchung, die von einem dynamischen Armutsbegriff ausgehend, die Verknüpfungen formaler und informeller, materieller oder immaterieller, räumlicher oder symbolischer Dimensionen der Überlebensökonomien erfasst. Die Mikroebene der Haushalte spielt dabei eine besonders wichtige Rolle. Es ist Hoodfars und Singermans Verdienst, die Wichtigkeit dieser Ebene für das Überleben in Ägypten in Anlehnung an die feministische Ökonomie herausgearbeitet zu haben (Singerman 1995; Singerman, Hoodfar 1996; Hoodfar 1997). Auf der Haushaltsebene konkretisieren sich nicht nur individuelle Identitätszuschreibungen, sondern auch die Umsetzung gesellschaftlicher Normen und Werte in ständigen Aushandlungsprozessen. Dabei lässt sich zeigen, wie das unterschiedliche soziale, materielle und symbolische Kapital der AkteurInnen in die Überlebensökonomien mündet, in die die einzelnen Mitglieder des Haushalts auf spezifische Weise eingebunden sind.

In diese mikropolitischen Aushandlungsstrukturen fließen makropolitische Entscheidungen wie Strukturanpassungsprogramme, aber auch die Arbeitsmarktstruktur oder die Preis- und Lohnentwicklung ein. Der Haushalt wird so zur Schnittstelle zwischen lokaler und nationaler Ebene, zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Im Sample dieser Untersuchung umfassen die Haushalte überwiegend Kernfamilien: in 43 Haushalten leben Ehepaare und ihre Kinder, während in 17 Haushalten noch weitere Familienmitglieder, meist alleinstehende Elternteile, zweite Ehefrauen oder unverheiratete Geschwister versorgt werden. Einige Familien leben aufgrund ihrer Armut auch mit verheirateten Kindern zusammen, die keine eigenen Wohnmöglichkeiten finden konnten. Der Anteil an weiblichen Haushaltsvorständen liegt im Sample mit 30% sehr hoch. Es handelt sich hierbei um verlassene, geschiedene oder verwitwete Frauen, die besonderen Armutsrisiken ausgesetzt sind, weshalb sie auch überproportional häufig als besonders arme Interviewpartnerinnen vorgeschlagen wurden.

Im folgenden werden die materiellen Dimensionen der Armut empirisch konkretisiert. Eingebunden in den makroökonomischen Kontext von Strukturanpassung, wird zunächst der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Geschlecht entfaltet. Dann werden die kleinräumigen Netzwerke der Mikroebene als Unterstützungsmechanismen im Angesicht von Armut und Verletzbarkeit analysiert. Abschließend wird die Ausgaben- und Einkommenssituation der befragten Familien detailliert geschildert.

2.3.1 Strukturanpassung und Armut

Armutsrelevante Dimensionen von Strukturanpassung sind beispielsweise makroökonomische Veränderungen, die sich auf Preise, Beschäftigung und die Einkommensverteilung auswirken, Veränderungen, die die Versorgung der Armen mit subventionierten

Gütern und Dienstleistungen betreffen und Armutsbekämpfungsprogramme (Killick 1995:308 f.; Korayem 1996:28; El-Mahdi 1997a:23). Strukturanpassung, wie sie die Bretton-Woods-Institutionen seit Anfang der 1980er Jahre als Reaktion auf die Schuldenkrise vertreten, ist in den 1990er zum zentralen Paradigma der Entwicklungspolitik und indirekt auch der Armutsbekämpfung geworden (Tetzlaff 1992a; Tetzlaff 1996:17; World Bank 2002).[108] Dabei steht die Kombination von Wachstum durch Deregulierung und Weltmarktintegration durch Erreichen von *good governance* im Vordergrund (Betz 1997:247). Gleichzeitig konnten sich IWF und Weltbank als wichtige Akteure und Krisenmanager des internationalen Entwicklungsregimes etablieren (Tetzlaff 1996). Strukturanpassung wurde ursprünglich als Konzept der kurzfristigen Intervention für die Wiederherstellung der Zahlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Länder des Südens entwickelt (Stewart 1992; Hanssohm, Kappel 1993; Betz 1997:247).[109]

Dieses Ziel, das Weltbank und IWF durch ein stabiles Haushaltsbudget und positive Wachstumsraten realisiert sehen, soll durch folgende Politikkorrekturen erreicht werden: Nachfragedrosselung und Kürzungen der Staatsausgaben, Wechselkurskorrektur, Verbesserung der Effizienz der Wirtschaft, Abbau von Handelsbeschränkungen und Kontrollen, verbesserte Exportanreize, Deregulierung von Märkten und Preisen, Privatisierung und institutionelle Reformen von Staat und Verwaltung (Afshar, Dennis 1992:3; Stewart 1992:21; Hanssohm, Kappel 1993:77; Parfitt 1993; Betz 1995a:6 ff.; Tetzlaff 1996:128; Betz 1997:247 f.).[110]

Die Kritik an der Politik der Weltbank wie sie etwa im UNICEF-Bericht „Adjustment with a human face" von 1987 formuliert wurde, hat zunächst zu keiner grundsätzlichen Änderung der Politik geführt (Bandow, Vasquez 1994; Tetzlaff 1996). Erst seit Ende der 1980er Jahre wurde Armutsbekämpfung im Verein mit Effizienzsteigerung und Wirtschaftswachstum als Ziel der Strukturanpassung explizit formuliert und durch die Einführung der *Social Dimension of Adjustment*-Programme, Sozialfonds und Aktionsprogramme konkretisiert (v. Monbart 1992:60 f.; Betz 1997:258 f.). Armutsbekämpfung besteht aus den drei Komponenten wirtschaftliches Wachstum unter Beteiligung der Armen, Entwicklung „menschlicher Ressourcen" und die Absicherung der Ärmsten der Armen

[108] Ich schließe mich Tetzlaffs Einschätzung an, dass IWF und Weltbank trotz ursprünglich unterschiedlicher Aufgaben, Instrumente und Arbeitsweisen durch die anhaltende Relevanz von Strukturanpassung noch stärker als in den 1980er Jahren in ihrer politisch-ökonomischen Ausrichtung konvergieren (Tetzlaff 1996:77 f.). Insbesondere der IWF entwickelte sich erst mit der Schuldenkrise der 1980er Jahre für die Staaten der „Dritten Welt" zum wichtigen Entwicklungsagenten, da Abkommen mit dem IWF Voraussetzung für weitere Kredite waren (a.a.O.).

[109] Kurze Strukturanpassungsprogramme werden vom IWF bereits seit 1974 finanziert. Zu den wichtigsten Instrumenten der Strukturanpassung zählen die SAL (*Structural Adjustment Loans*), SAP (*Structural Adjustment Programmes*) und SECAL (*Sectoral Adjustment Loans*) der Weltbank, sowie SAF (*Structural Adjustment Facilities*) und ESAF (*Enhanced Structural Adjustment Facilities*) des IWF (Betz 1995a:4).

[110] Konkret wird die Nachfragedämpfung durch gedrosselte staatliche Investitionstätigkeit, Einsparungen im Budget durch Lohnstopp für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und den Abbau von Subventionen, sowie eine stärkere Besteuerung von Konsumgütern erreicht. Nachfragedämpfung wirkt rezessiv auf die Wirtschaft (Ferroni 1992:38 f.; Stewart 1992:26). Privatisierung und Verwaltungsreformen werden über Gesetzgebungsprozesse in Gang gesetzt, deren Ziel eine starke Schrumpfung des öffentlichen Sektors zugunsten marktwirtschaftlicher Produktion ist. Die Reform der Handelsregime wird durch Deregulierung erreicht, etwa durch realistische Wechselkurse und die Öffnung der Märkte für ausländische Investoren. Die damit meistens einhergehende Abwertung der Währung soll die Exportorientierung der Wirtschaft erleichtern. Die Aufwertung von Exporten im Gegensatz zu stark importsubstituierenden Strategien soll zudem durch eine Re-Orientierung der staatlichen Ausgaben zugunsten der produktiven, exportorientierten Sektoren unterstützt werden (Stewart 1992:30 ff.; Betz 1997:247 f.).

durch ein Netz sozialer Sicherung (v. Monbart 1992:53 f.; Schubert 1994:36; Kossaifi 1996:18; World Bank 2002).[111]

> „(...) access to income-earning opportunities and the capacity to respond. When households have secure opportunities to use their labor to good purpose and household members are skilled, educated and healthy, minimal standards of living are ensured and poverty is eliminated" (World Bank 1990:38).

Armut wird, wie schon in den modernisierungstheoretischen Ansätzen der 1960er Jahre, als Folge bisher unzureichender Entwicklung von Marktkräften bei gleichzeitigem institutionellen Versagen der Schuldnerstaaten verstanden. Armutsbekämpfung wird also zu einer Mischung von *good governance* und wirtschaftlichem Wachstum. Die erneute Hinwendung der Bretton-Woods-Institutionen zur Armut geschieht unter politischen Vorzeichen, die staatliche Effizienz, Markt- und Wachstumsphilosophie verbinden. KritikerInnen werfen den Programmen vor, sie dienten unter dem Deckmantel der Reform und Effizienzsteigerung der Schwächung des Staates gegenüber den internationalen Kapital- und Marktkräften. Die Debatte um die Folgen der Strukturanpassung für arme und verletzbare Gruppen ist kontrovers. Weltbank und IWF gehen davon aus, dass die durch SAP erreichten makroökonomischen Verbesserungen Armen zugute kommen (Ferroni 1992; World Bank 1994; Betz 1995a; Killick 1995; World Bank 1995; Betz 1997). Hauptargument ist, dass es Armen wahrscheinlich ohne SAP bei anhaltenden schweren Wirtschaftskrisen noch schlechter gegangen wäre (Betz 1997:250). Da die jeweilige Wirtschaftsentwicklung ohne SAP nicht realistisch simuliert werden kann, lässt sich dieses Argument kaum entkräften, auch wenn die aktuelle Armutsentwicklung negativ verläuft. Auf makroökonomischer Ebene konnten SAP Verbesserungen bei der Verringerung der Haushaltsdefizite und Inflationsraten, Beseitigung von Handelshindernissen und z.T. geringerer Besteuerung der Agrarprodukte erreichen (Ferroni 1992:37 f.; World Bank 1994:3 f.; 1995; Betz 1997:253 f.). Auch die Wachstumsraten haben sich mit durchschnittlich 1,8% bis 3,6% positiv entwickelt (World Bank 1995; Tetzlaff 1996; Betz 1997:254). Darauf beruht das wichtigste Argument der SAP-BefürworterInnen, die auf den engen Zusammenhang von Wachstum und Armutsverringerung hinweisen. So ist in 19 von 24 Anpassungsländern mit positiven Wachstumsraten die Armutsquote gesunken. Wenn SAP Wachstum beschleunigen und die Inflationsrate senken können, dann ergeben sich positive Effekte für die Armutsminderung (Killick 1995; Betz 1997:254). Arme sind von diesen Entwicklungen, abhängig von ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt und ihrer regionalen Zugehörigkeit, unterschiedlich betroffen (Killick 1995:13). Stärkere marktwirtschaftliche Einbindung scheint dabei zu höherer Verletzbarkeit zu führen (Betz 1997:252).

> „Höhere soziale Kosten werden also weniger durch die Härte der Kreditauflagen verursacht, als durch die Schwere der Finanzkrise vor Programmantritt, mangelnde Anpassungsflexibilität und die Struktur der Wirtschaft eines Landes. Klar ist, dass die Anpassungen v.a. in solchen Staaten soziale Härten bringen, in denen der Binnenmarkt- und staatswirtschaftlich orientierte Sektor einen erheblichen Umfang und die preislichen Verzerrungen (...) ein erhebliches Niveau aufweisen" (Betz 1997:251).

Substantielle Verbesserungen für Arme lassen sich nur erreichen, wenn die soziale Ungleichheit nicht zu stark ist bzw. ansteigt (a.a.O.:255). Auf diesen Zusammenhang haben

[111] Dabei legt die Weltbank einen an monetären Einkommensgrenzen orientierten absoluten Armutsbegriff zugrunde, demnach Armut „die Unfähigkeit [ist], einen Mindest-Lebensstandard zu erreichen" (World Bank 1990:31). Im Verlauf der Entstehung dieser Arbeit hat sich die Weltbank jedoch auch anderen Formen der Armutsmessung zugewandt und befürwortet mittlerweile sogar eine „multi-dimensional conception of poverty" (World Bank 2001). Armut ist erneut zu einem Schwerpunkt der Weltbank geworden, was sich auch in der sehr ausführlichen Internetpräsenz des „PovertyNet" der Bank seit etwa zwei Jahren zeigt (a.a.O.).

SAP keinen positiven Einfluss: von 33 Ländern hat sich die Einkommensverteilung gemessen am GINI-Index in 17 verbessert und in 14 verschlechtert, in zwei Ländern trat keine Veränderung ein (a.a.O.). Insbesondere in den afrikanischen Anpassungsländern hat sich die Einkommensverteilung verschlechtert, obwohl wichtige Maßnahmen von SAP genau hier hätten greifen müssen.

KritikerInnen der Strukturanpassung argumentieren auf unterschiedlichen Ebenen: auf der wirtschaftspolitischen Ebene wird die Fixierung auf ein monetäres Wirtschaftsmodell und die neoliberale Doktrin kritisiert (Elson 1992; Afshar, Dennis 1993; Sparr 1994; 1994a:15 ff.; George, Sabelli 1995; v. Braunmühl 1998:83). Auch sind kurzfristige Anpassungs- und langfristige Entwicklungsziele nicht immer kompatibel bzw. wurden nicht aufeinander abgestimmt (Tetzlaff 1996:133 f.) Auf der Durchführungsebene wird der anfangs viel zu knapp bemessene Zeitrahmen für Anpassung und die rigide Umsetzung der Maßnahmen kritisiert. SAP seien zu schablonenhaft und nicht an die jeweiligen Bedingungen einschließlich der externen Faktoren einer Krise angepasst. Hinzu kommt, dass die Rolle vom Reformwillen der Eliten bzw. ihre Reformverhinderungskapazitäten ebenso wie die Akzeptanz von SAP bei der Bevölkerung als Kriterium für ihren Erfolg lange vernachlässigt wurden (a.a.O.:134). Auf der Ebene der Zielerreichung wird kritisiert, dass die Reduktion der Leistungsbilanzdefizite, die Einschränkung der Inflation, die Verbreiterung der Exportpalette und der landwirtschaftlichen Produktion systematisch verfehlt werden (Betz 1997:248; v. Braunmühl 1998:86).

Das wichtigste Argument der KritikerInnen ist der Hinweis auf die Vernachlässigung der sozialen Folgen von SAP für arme und verwundbare Gruppen, sowie die ökologischen Folgen der Strukturanpassung (George, Sabelli 1995; Killick 1995:310 ff.). Insbesondere durch das Spardiktat wird die Grundversorgung der armen Bevölkerung mit öffentlichen Gütern gefährdet, während steigende Lebenshaltungskosten zur zunehmenden Verarmung von ehemaligen Mittelklassen führen (v. Braunmühl 1998:84 ff). Auch die Programme der *Social Dimension of Adjustment* kommen armen und verletzbaren Gruppen oft nicht zugute (Tetzlaff 1996:133 f.). Feministinnen haben zudem auf die ambivalenten Folgen von Strukturanpassung für Frauen verwiesen, die von der Weltbank einerseits als besonders verletzliche Gruppe, andererseits aber als wichtige überlebenssichernde Kraft beschrieben werden (v. Braunmühl1998:85).

> „As producers, women have been adversely affected by recession and demand restraint. (...) reduced employment and real wages in the formal sector has usually been worse for women than men; there have been reduced real earnings in the informal sector; increased female participation in the work force has moderated the loss of household income but has increased female work hours. Restructuring of the economy, towards tradables, has probably improved women's position a little as agricultural producers, but less than men who specialize in export crops; it has worsened women's position in the service sector (...) and has increased employment opportunities for women in labour-intensive export (...). Women as household managers have been badly affected by demand restraint and recession which has severly reduced family income (...) and imposed increasing demands on women's time, as consumers, as they shop more often and spend more time trying to stretch their income to meet the subsistence needs of the family. These effects have been made worse by price decontrol, devaluation, reduced food subsidies, and increased charges“ (Stewart 1992:33 f.).

Frauen, ebenso wie Arme, sind abhängig von ihrer Arbeitsmarktposition von Strukturanpassungsmaßnahmen je unterschiedlich betroffen (Sparr 1994a:29 f.; Owoh 1995:189 f.). Wenn die geschlechtliche Arbeitsteilung Frauen systematisch benachteiligt, ihren Marktzugang einschränkt und ihren Zugang zu monetären Ressourcen erschwert, werden diese strukturellen Barrieren durch Strukturanpassung verstärkt. Da Strukturanpassung weder Verteilungsgerechtigkeit noch Geschlechterhierarchien im Blick hat, sind die Folgen in

den Strukturen der geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheit für arme Frauen besonders gravierend (Elson 1992:49 ff.; Sparr 1994a; Blumberg et al. 1995; Owoh 1995:184 ff.; v. Braunmühl 1998:83). So betont auch Betz: „Um Armut wirklich lindern zu können, müsste Strukturanpassung kombiniert werden mit einer Neuverteilung produktiven Vermögens und des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen" (Betz 1997:260).

2.3.2 Strukturanpassung in Ägypten

Handoussa kennzeichnet die ägyptische Wirtschaftsstruktur bis weit in die 1980er Jahre hinein als importsubstituierende, staatszentrierte und bürokratisierte Renten-Ökonomie mit starken wohlfahrtsstaatlichen Anteilen (Handoussa 1994:1). Als Semi-Rentierstaat aquiriert Ägypten internes Renteneinkommen aus dem Öl-Export, dem Tourismus und den Suezkanalgebühren sowie externe Renten aus der Entwicklungs- und Militärhilfe sowie Überweisungen der ArbeitsmigrantInnen, die bis zu 30% der Staatseinnahmen ausmachen (Pawelka 1993:126 ff.; Ibrahim 1994:426; Loewe 2000:15 f.; Wurzel 2001:13).[112] Durch den Verfall der Ölpreise Mitte der 1980er Jahre und die damit sinkenden MigrantInnenüberweisungen und Exporteinkommen geriet die für solche Störungen sehr anfällige ägyptische Renten-Ökonomie in eine Strukturkrise (Löfgren 1993; El-Mahdi 1997a:17 f.).

Während die Wachstumsraten zwischen 1974 und 1984 durchschnittlich bei 9% lagen, sank das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1985 und 1992 von 710 US$ auf 610 US$ (Handoussa 1991:4). Die Auslandsverschuldung lag 1987 bei 40 Milliarden US$ und stieg bis 1989 auf 51 Milliarden US$ (Löfgren 1993a:21). Die Gewinne aus Erdölexporten sanken von 3,3 Milliarden US$ 1981 auf 1,4 Milliarden US$ 1987 (Handoussa 1991:4). Die kurzfristige Stabilisierung der Lage durch den Zufluss neuer politischer Renten in Form von weitreichenden Schuldenerlassen während der Golfkrise konnte die Strukturprobleme der ägyptischen Wirtschaft nicht lösen.

Nach der unvollständigen Durchführung eines SAP seit 1987[113] schloss Ägypten 1991 nach schwierigen Verhandlungen ein weiteres Abkommen mit dem IWF (Löfgren 1993a:20 f.; Parfitt 1993:15 f.; El-Mahdi 1997a; Wurzel 2001:14).[114] Im Steuerjahr 1991/92 begann Ägypten mit der Implementation eines umfassenden Strukturanpassungsprogramms als Gegenleistung für die erhaltenen Kredite, sowie als Vorleistung für weitere Entschuldungsmaßnahmen und eine Verlängerung der *stand-by*-Abkommen mit dem IWF. Das ägyptische Programm *Economic Reform and Structural Adjustment Program*(ERSAP)

[112] So erbrachten 1999 Überweisungen der Migranten 3,5 Mrd. US$, der Tourismus 3,24 Mrd. US$, der Suezkanal 1,7 Mrd. US$, Erdöl 1 Mrd. US$ (Koszinowski 2000:47). Hinzu kommen Gewinne aus staatlichen Außen- und Binnenhandelsmonopolen, Gewinne aus dem überbewerteten Pfund sowie Routinezahlungen aus der europäischen und amerikanischen Entwicklungs- und Militärhilfe zwischen 2,5 und 3 Mrd. US$ jährlich (Wurzel 2001:13).

[113] Damals unterzeichnete Ägypten ein 18-Monate *stand-by*-Abkommen mit dem IWF, das der Umschuldung dienen sollte, verbunden mit der Abwertung der Währung, Preisanpassungen und staatlicher Sparpolitik (Handoussa 1991:10 ff.; El-Mahdi 1997a:18). Aus Sicht von IWF und Weltbank wurden die vereinbarten Reformschritte jedoch nicht ausgeführt, so dass die zweite Tranche des IWF-Abkommens nicht ausgeschüttet wurde (Parfitt 1993:14). Das erste Abkommen mit dem IWF datiert bereits aus dem Jahre 1976. Im Gegenzug zu dem Kredit verpflichtete sich die Regierung, die Subventionen zu senken, was 1977 zu den so genannten Brotaufständen führte.

[114] Im Mai 1991 wurde ein weiteres *stand-by*-Abkommen mit dem IWF unterzeichnet und im Juni ein SAL mit der Weltbank (El-Mahdi 1997a:18). Der Fond gewährte Ägypten einen Kredit über 334 Millionen US$ und langfristige Gelder in Höhe von 569 Millionen US$. In Folge dieses Abkommens gewährte der Pariser Club die Reduzierung der Auslandsschuld um 50% (Löfgren 1993:410 ff.). 1993 wurden diese Abkommen durch eine Verlängerung des *stand-by*-Abkommens mit dem IWF und ein *Structural Adjustment Monitoring Program* (SAMP) mit der Weltbank ergänzt (Korayem 1996:27). 1999 bewilligte die Weltbank neue Kredite in Höhe von 2,5 Mrd. US$ (Koszinowski 2000:47).

verfolgt drei Ziele: die Schaffung einer stabilen, exportorientierten Marktwirtschaft, die strukturelle Reform des Wirtschaftsregimes und die Etablierung eines zielgruppenorientierten Netzes sozialer Sicherung (El-Mahdi 1997a:18 f.).

Die Maßnahmen der Strukturanpassung umfassen den orthodoxen Katalog von IWF-Programmen: Deregulierung, Subventionsabbau, Reform des öffentlichen Sektors, Haushaltskonsolidierung, Privatisierung, Schaffung von Investitionsanreizen, Entwertung der Währung, freie Wechselkurse (Sullivan 1990; Handoussa, Potter 1991; Löfgren 1993a; Handoussa 1994; Korayem 1996; Al-Laithy 1997b; El-Mahdi 1997a; Wurzel 2000).

In der Folge entwickelte sich die ägyptische Wirtschaft aus Sicht der Weltbank zum Musterbeispiel erfolgreicher Anpassung. Durchschnittlich konnten zwischen 1995 und 2000 Wachstumsraten von 5,3% bei sinkender Inflation (von 21,1% 1991 auf 4% 1999), sinkender Verschuldung (von rd. 33 Mrd. US$ 1990 auf 26,1 Mrd. US$ 2001) und sinkenden Haushaltsdefiziten erreicht werden (EHDR 1996:57 ff.; El-Mahdi 1997a:20 ff., Siddiqi 2001:34 ff.). Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 12% Ägypten gehört mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 1.440 US$ zu den Ländern mit mittlerem Einkommen (World Bank 2001:1). Allerdings haben diese Wachstumsraten keinen positiven Einfluss auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Reallohnsteigerung entwickelt (Loewe 2000:15, Siddiqi 2001:34).[115] Die Steigerung der Exporterlöse beruht fast ausschließlich auf gesteigerten Renteneinkommen, während die Entwicklung produktiver Exportbranchen durch die weitgehende Verschleppung von Privatisierung und weitreichender Wirtschaftsreform verhindert wird (Wurzel 2001). Anhaltend niedrige Investitionsraten im privaten Sektor, der starke Rückgang öffentlicher und privater Investitionen im Exportbereich von Industrie und Landwirtschaft, ein hohes Handelsbilanzdefizit und der Mangel an produktiven Exportsektoren gelten als größte Schwächen des Anpassungsprozesses (Karshenas 1994:57; Al-Laithy 1997a:150; Loewe 2000:15 f.; Siddiqi 2001:37). Hinzu kommt das stark aufgewertete Pfund, das für die seit dem Frühjahr 2001 herrschende Liquiditätskrise in Ägypten mitverantwortlich ist.

> „die Sanierung der Staatsfinanzen im Rahmen des Stabilisierungspaketes war zwar kurzfristig erfolgreich, ihre Kosten wurden hauptsächlich von den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten getragen, doch fanden anstelle der notwendigen Strukturreformen in weiten Teilen lediglich Reforminszenierungen statt“ (Wurzel 2001:17)

Ursache für die Reformblockade ist die Struktur der Rentenökonomie selbst, deren Kontrolle das Überleben des Regimes sichert. KritikerInnen sind sich einig, dass die geopolitischen Rentenflüsse den Reformdruck von IWF und Weltbank konterkarrierten, und es den strategischen Gruppen erlaubt, weitreichende Reformen, die ihren Zugriff auf Rentenflüsse reduzieren würden, zu verhindern (Müller-Mahn 2000:331; Wurzel 2001).

Die Armutsentwicklung in der Anpassungszeit ist abhängig von der gewählten Armutslinie entweder rückläufig (EHDR 1996) oder, im Gegenteil, steigend (Al-Laithy 1997). Die offizielle nationale Armutsquote ist zwischen 1991 und 1996 von 25% auf 22,9% gesunken. Auch der Anteil der Ultra-Armen ist nach diesen Angaben von 10,9% auf 7,4% im gleichen Zeitraum gesunken, der Anteil der so genannten milden Armut allerdings von 18,7% auf 22,5% gestiegen (EHDR 1996:2, 25, 30 f.). Laut Al-Laithy ist die Zahl der Armen zwischen 1980/81 und 1995/96 von 29,7% auf 48,0% gestiegen (Al-Laithy 1997:7). Überraschend ist, dass die Weltbank trotz positiver Bewertung der Strukturanpassung in neuesten Veröffentlichungen eine Quote von knapp 29,8% Armen (1995/96, Armutslinie von unter 2 US$ am Tag) angibt (World Bank 2001b) und

[115] ~~Koszinowski gibt folgende Wirtschaftsdaten an:~~ Wachstumsrate 1999/2000: 6,5% BIP, die Inflationsrate sinkt auf 2,8%, die Arbeitslosenzahlen sinken auf 7,4%, das Haushaltsdefizit beträgt 3,4% des BIP, das Leistungsbilanzdefizit 1,2% des BIP und die Auslandsverschuldung liegt bei 27,2 Mrd. US$ (Koszinowski 2001:46).

die *World Development Indicators* sogar eine nationale Armutsquote von 52,7% nennen (World Bank 2001a).

Die Verteilungsgerechtigkeit hat sich jedoch im Anpassungszeitraum leicht gebessert. Der GINI-Koeffizient stieg zwischen 1981/82 und 1990/91 von 32,2% auf 34% in städtischen Gebieten und von 27,5% auf 36,0% in ländlichen Gebieten Ägyptens (EHDR 1996:66; Korayem 1996:32 f.). Zwischen 1990/91 und 1995/96 sank der GINI-Koeffizient in der Stadt jedoch leicht (33,1%) und auf dem Land stark (23,5%) zu einem nationalen Wert von 28,9% (EHDR 1996:66, World Bank 2001a). Loewe vermutet die Ursache des Widerspruchs zwischen hoher absoluter Armut und relativ geringer relativer Armut darin, dass die Durchschnittseinkommen niedrig liegen und verweist zudem auf die stark ungleiche Kapital- und Landbesitzverteilung (Loewe 2000:14).

2.3.3 Armut und Geschlecht

> „Ich bin seit 4 Jahren verheiratet und mein Mann arbeitet seit drei Monaten nicht mehr. Ich lebe mit ihm, seiner Mutter und seiner Schwester in einer Wohnung, wir haben zwei kleine Kinder, und ich weiß nicht, wie ich sie ernähren soll. Er sitzt zu Hause, arbeitet nicht und gibt mir kein Geld für die Kinder. Es ist furchtbar, er ist außerdem schlecht zu mir und ich bin schon seit einigen Wochen bei meiner Schwester und bei meiner Tante hier in F. Ich habe die Kinder bei ihm gelassen, auch wenn das schrecklich ist. Ich würde ja gern arbeiten, aber ich weiß nicht, wo ich die Kinder lassen soll. Der Pater hat schon mit meinem Mann gesprochen, andere einflussreiche Männer, seine Mutter – wen immer ich dafür gewinnen konnte, aber das hat alles nichts genützt. Die Leute sagen, ich soll zurückkehren, ich soll durchhalten und es irgendwie überstehen, der Kinder wegen. Gott möge ihnen und mir helfen“ (F).

Mariams Geschichte beschreibt die ausweglose Situation, in der sich Frauen befinden, die von ihren Ehemännern nicht versorgt werden und zusätzlich Verantwortung für Kinder tragen. Da Mariam aufgrund der Kinder keine Erwerbsarbeit aufnehmen kann, ist sie abhängig, absolut mittellos und auf Nahrungsmittel- und Geldspenden für das akute Überleben angewiesen. Da weder die Interventionen des Priesters, der in vielen christlichen Haushalten als Vermittlungsinstanz eingeschaltet wird, noch die Unterstützung ihrer Schwiegermutter zu einem Ergebnis geführt haben, bleibt ihr wenig anderes übrig, als immer wieder zu ihrem Ehemann und den Kindern zurückzukehren, und auf Besserung zu hoffen. Diese scheinbare Lösung auf Kosten von Mariams seelischem und körperlichen Wohlbefinden – die Formulierung „mein Mann ist nicht gut“ ist oft ein Euphemismus für die Tatsache, dass eine Frau geschlagen wird – entspricht auch den sozialen Normen von Kirche, Familie und NachbarInnen, die eine Trennung auch aus religiösen Gründen nicht befürworten.

Armut, das zeigt nicht nur Mariams Geschichte, ist ein geschlechtsspezifisch vermitteltes Phänomen (Cyba 1993; 1995). Frauen sind auch in Ägypten aufgrund ihres Geschlechts von sozialer Ungleichheit betroffen und öfter und dauerhafter vom Zugang zu relevanten Ressourcen abgeschnitten. Sie sind schlechter ausgebildet, werden schlechter medizinisch versorgt, sind von häuslicher Gewalt bedroht und sind häufiger von krasser Armut betroffen (EHDR 1996). Einkommen, Bildung, Nahrung und Kapital sind weltweit zwischen Frauen und Männern ungleich verteilt (Ruppert 1998a). Durch dichotome symbolische Geschlechtskonstruktionen und die ungleiche praktische geschlechtliche Arbeitsteilung werden Diskriminierung und Ausschluss gesellschaftlich konkretisiert. Denn die gesellschaftlichen Konstruktionen dessen, was die legitimen Aufgaben von Frauen und Männern sind, ebenso wie die konkreten Praktiken, die daraus resultieren, sind zentrale Bestimmungsfaktoren für die Handlungsspielräume und Strategien der einzelnen AkteurInnen (Tucker 1993). Sie beeinflussen aber auch auf der Makroebene

beispielsweise die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die gesellschaftliche Bewertung der Haus- und Reproduktionsarbeit, den Zugang zu staatlichen Dienstleistungen und die rechtliche Lage von Frauen (Hatem 1992; 1994; Toubia et al. 1994; Harders 1995; Hoodfar 1997).[116]

Sozialindikatoren können die Struktur der geschlechtsspezifischen Ungleichheit belegen: Die Analphabetinnenrate für Frauen über 15 Jahre lag 1993 bei 61,2%, während diese Quote bei Männern „nur" bei 34,6% lag. Hier macht sich die Stadt-Land-Differenz besonders stark bemerkbar, da die Analphabetinnenrate in ländlichen Gebieten mit 77% höher liegt als im nationalen Durchschnitt. Der Mädchenanteil in der Grundschulbildung stieg zwar zwischen 1972/73 und 1985/86 von 38% auf 44,2%, stagniert aber seither. Insgesamt besuchten 83% aller ägyptischen Männer die Schule, aber nur 65% der Frauen. Der Schulbesuch bei Frauen ist außerdem mit nur 3,3 Jahren im Durchschnitt kürzer als der der Männer (6,1 Jahre) (EHDR 1996:96; Handy 1998:42 f.). Die Müttersterblichkeit ist mit 174 pro 100.000 Lebendgeburten hoch. Bis zu 22,1% der schwangeren Frauen leiden unter Blutarmut, 73% aller Geburten finden zu Hause ohne ärztliche Aufsicht statt (EHDR 1996:97; Nassar 1996). Diese Fakten sind Produkt eines komplexen Geflechts von diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen. Der EHDR hebt hervor, dass der Einsatz von Frauen für ihre Familien zu ihrer größten Verletzbarkeit werden kann:

> „[...] there is a direct relationship between poverty of women and their gender based responsibilities, some social traditions and behaviours, and the underestimation of their economic participation in the development process" (EHDR 1996:95).

Zentraler Ort der konkreten gesellschaftlichen und individuellen Praktiken in den Geschlechterverhältnissen ist der Haushalt, der hier in Anlehnung an die feministische Ökonomie nicht als feststehende, gleichberechtigte *black-box* betrachtet werden soll, sondern als „kooperativ-konfliktives" Gebilde, in dem Männer und Frauen aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung je unterschiedlichen Zugriff auf Ressourcen und Verhandlungsmacht haben (Hoodfar 1997:6 ff.). Die Überlebensökonomien werden von diesen internen Macht- und Verhandlungsstrukturen geprägt, von den Heiratsarrangements bis zur Jobwahl und Ressourcenverteilung innerhalb des Haushalts, wie die Arbeiten von Hoodfar, Singerman, Rugh, Wikan und Early nachweisen (Rugh 1979; Early 1993; Singerman 1995; Hoodfar 1996; Wikan 1996). Das vorherrschende gesellschaftliche Ideal ist die patriarchale Ernährerehe, die Männer und Frauen mit je unterschiedlichen Aufgaben und Pflichten ausstattet (Fergany 1994:81 ff.). Männer tragen dem Ideal nach zum Überleben des Haushalts vor allem Geld bei, während Frauen überwiegend nicht-monetäre Arbeitsleistungen wie Hausarbeit, Kindererziehung und Nutzung öffentlicher Ressourcen erbringen (Hoodfar 1997). Männer sind Frauen und Familien gegenüber uneingeschränkt unterhaltspflichtig, während Frauen im Gegenzug die Haus- und Reproduktionsarbeit leisten und sich zumindest der Norm nach der dominanten Position des Ehemannes anpassen.[117] Eine Hausfrau und Mutter zu sein und nicht „nach draußen"

[116] So sind Frauen weitgehend vom Besitz ausgeschlossen, die meisten besitzen nur Möbel und Schmuck, nur 5,7% besitzen Land und 3,6% besitzen Vieh. Sie können zudem über diese Werte häufig nicht unabhängig von Ehemann und/oder Vater verfügen (EHDR 1996:100).

[117] Hoodfar kennzeichnet das innerfamiliäre Geschlechterverhältnis folgendermaßen: Die Rechte der Frauen umfassen die Unterstützung durch den Mann, die Kontrolle ihres Einkommens und ihres Erbes, im Scheidungsfall Anspruch auf 3 Monate Alimente, Rückgabe ihrer Besitztümer und evtl. Teile ihres Brautgeldes (Hoodfar 1990:24). Die Rechte des Ehemannes umfassen folgendes: Er kann die physische Mobilität seiner Frau einschränken, d.h. auch ihr Recht auf Erwerbsarbeit, er verfügt über umfassendes, fast einseitiges Scheidungsrecht und im Scheidungsfall über das Sorgerecht für die Kinder (a.a.O.; Toubia et al. 1994:2 ff.).

zu müssen, ist auch in den Kairoer Armutsvierteln ein Ideal für viele Frauen. Die empirischen Beispiele haben jedoch bereits gezeigt, dass diese Normen stetig unterlaufen werden. Denn je prekärer die finanzielle Lage, desto wahrscheinlicher ist es, dass Frauen einen großen nicht-monetären oder monetären Beitrag zum Überleben der Familie leisten (Ghannam 1995; Kuppinger 1995a; Hoodfar 1997). Es sind ihre Nachbarschafts- und Verwandtschaftsnetzwerke, die ihnen helfen, die billigsten und besten Produkte zu finden, günstig gebrauchte Kleidung zu erwerben oder die Essensreste der Nachbarin für die eigenen Hühner zu verwerten.

> „[...] networks and constant exchange within these are a basic ingredient for daily life. The contributions of neighbors, family networks, and to a lesser extent networks through work places, are essential in managing everyday network information about, for example, food prices to be circulated, or items such as children's clothes to be sold and resold, services to be provided at affordable prices, or services to be exchanged for yet others of different kinds (e.g. a skilled person will give injections to diabetic neighbors, the use of a neighbor's telephone, the fixing of minor household utensils, etc.)" (Gertel, Kuppinger 1994:283).

Die Verausgabung von Zeit, Energie und sozialem Kapital von Frauen ist eine Grundvoraussetzung für die Überlebensökonomien armer und verletzlicher Familien. Ohne ihre nicht-monetären Beiträge zur Reproduktion würde das Geldeinkommen ihrer Männer nicht zum Überleben ausreichen. Waschen, Putzen, Einkaufen, Wasser holen, Kindererziehung einschließlich medizinischer und schulischer Versorgung, Kleintierhaltung und die Mobilisierung staatlicher Ressourcen gehören zu den unsichtbaren und unbezahlten Subsistenzarbeiten von Frauen, die dennoch fester Bestandteil des Überleben sind (Bennholt-Thomsen, Mies, v. Werlhof 1983; Hoodfar 1997; Mies 2001). Wirtschaftspolitische Entscheidungen auf der Makroebene entfalten unmittelbare Wirkungen für die Arbeitsteilung und die Strategien von Frauen auf der Mikroebene. Hoodfar zeigt, dass das zeitintensive Organisieren subventionierter und rationierter Waren Einfluss auf die Erwerbsentscheidungen von Frauen hatte. Diese Produkte waren für die Überlebensökonomien so wichtig, dass sich Lohnarbeit für Frauen nicht als rentabel erwies, da sonst die Kapazitäten für die Sicherstellung dieser Waren weggefallen wären (Hoodfar 1996:35 f.).

Frauen prüfen zudem, ob bezahlte Erwerbsarbeit sich lohnt, da die unbezahlte Hausarbeit zusätzlich geleistet werden muss. Auch einige unserer Interviewpartnerinnen wägen das Für und Wider beim Einsatz knapper Ressourcen wie Zeit und Engagement für die Erwerbsarbeit ab. Hinzu kommen Diskriminierungen und Rollenkonflikte auf dem Arbeitsmarkt, sowie die Tendenz, Frauen in Zeiten der Rezession eher zu entlassen als Männer. Das führt zu einer extrem niedrigen offiziellen Erwerbsrate von Frauen von nur 10% (EHDR 1996:99). Gleichzeitig liegt die offizielle Frauenerwerbslosigkeit mit 24,1% mehr als doppelt so hoch wie die nationale Erwerbslosenquote von 11,3% (Handoussa 1994:1; EHDR 1996:98).[118]

Da die offizielle Arbeitsmarktstatistik Beschäftigung im informellen Sektor nicht erfasst, bleibt ein Großteil der insbesondere von armen Frauen geleisteten Arbeit jedoch unsichtbar und unbewertet. Die niedrige formale Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in Ägypten ist nicht nur Produkt diskriminierender Arbeitsmarktsegmentation, sondern auch Produkt der von Frauen in Reaktion auf diese Mechanismen entwickelten Strategien. Gerade arme Frauen, die nicht über Qualifikationen für mit der Hausarbeit relativ gut vereinbaren Posten im öffentlichen Dienst verfügen, entscheiden sich für den

[118] In Singermans Sample war die Arbeitsmarktintegration viel höher: 56% der ökonomisch aktiven Frauen hatten eine Hauptbeschäftigung, 27% eine Nebenbeschäftigung und 71% der Frauen haben monetäres oder nicht-monetäres Einkommen erwirtschaftet (Singerman 1995:203).

flexiblen Einsatz im informellen Sektor, um den Anforderungen der Doppelbelastung von unbezahlter Reproduktionsarbeit und bezahlter Erwerbsarbeit gerecht zu werden (Hoodfar 1997:34 ff.). Dort sind arme Frauen häufig zermürbenden Arbeitsbedingungen und Angriffen auf ihre körperliche und moralische Integrität ausgesetzt.

Die zunehmende Wichtigkeit monetären Einkommens hat entscheidenden Einfluss auf die soziale Bewertung von traditionell unbezahlter oder auf Tausch beruhender Frauenarbeit. Monetarisierung wertet unbezahlte Frauenarbeit ab, so Hoodfars These, obwohl sie gerade im Zeichen zunehmender Armut zur Überlebensnotwendigkeit wird. Frauen bekämpfen diese Abwertung durch den Rekurs auf die religiös verankerte Unterhaltspflicht ihrer Ehemänner sowie durch die Verteidigung des Haushalts als weiblicher Domäne – und damit durch die Verteidigung der bestehenden geschlechtlichen Arbeitsteilung (a.a.O.:187).

> „Despite the vitality of the services that women perform for the survival and the well-being of their households, the commercialization of many goods and services has left women more dependent on their husbands cash contributions. In order to prevent the loss of more ground to men, women actively discourage the participation of men in domestic tasks" (Hoodfar 1996:22).

Gleichzeitig setzen sie sich dafür ein, dass ihre Töchter sich für den Arbeitsmarkt qualifizieren, um deren größere finanzielle Unabhängigkeit abzusichern. Strukturanpassung, Wirtschaftsliberalisierung und stärkere Monetarisierung des Lebens verändern die Strategien armer und verletzbarer Gruppen auf oft ambivalente Weise. So ziehen sich Eltern aufgrund mangelnder materieller Ressourcen aus den Eheplänen ihrer Söhne weitgehend zurück, während sie ihre Töchter durch sorgfältig verhandelte Arrangements vor wirtschaftlicher Unsicherheit zu schützen versuchen. Der Handlungsspielraum von Männern hat sich dadurch erweitert, der junger Frauen bleibt eingeschränkt, während sie gleichzeitig traditionelle Praktiken und Mechanismen nutzen, um ihre Verhandlungsposition in der Ehe stärken (Hoodfar 1997:266). Die geschlechtliche Arbeitsteilung und die rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der häuslichen Sphäre wird dadurch nicht angetastet, sondern durch den Rekurs auf traditionelle Muster eher gestärkt. Das kann die Entwicklungschancen von Frauen im Sinne sich erweiternder Handlungsspielräume einschränken:

> „Je besser sie die Arbeit zur Existenzsicherung ihrer Gemeinschaften organisieren, desto größer werden potentiell die Möglichkeiten von Männern, sich ihrer Verantwortung in der Subsistenzwirtschaft zu entziehen. Die Bereitschaft von Frauen zur Übernahme von Überlebensverantwortung kann ihren gleichberechtigten Zugang zu verschiedenen Sektoren moderner Produktion, moderner Bildung und Ausbildung behindern, die Selbstprivilegierung der Männer in diesen Feldern bestärken" (Ruppert 1995:229).

Das dominante patriarchale Geschlechterregime in Ägypten macht Frauen besonders verletzlich für Armut, wenn sich Männer ihren Aufgaben und Verpflichtungen innerhalb des Haushalts entziehen. Haushalte mit weiblichen Haushaltsvorständen zählen nicht zuletzt deshalb zu den Ärmsten der Armen in Ägypten.[119] Die Angaben über die Zahl weiblicher Haushaltsvorstände schwanken: So gibt der EHDR eine nationale Quote von 12,6% für 1995 an. Im Sample dieser Arbeit liegt der Anteil der weiblichen Haushaltsvorstände mit 30% der Befragten über dem nationalen Durchschnitt

[119] Sie verdienen durchschnittlich nur 79% des Einkommens von männlichen Haushaltsvorständen (EHDR 1996:102). 86% aller weiblichen Haushaltsvorstände verdienen weniger als 4.000 £E jährlich, während nur 66% der männlichen Haushaltsvorstände mit diesem Jahreseinkommen auskommen müssen (a.a.O.:103).

(EHDR 1996:101 ff.).[120] Geschlecht produziert so ganz spezifische Exklusionsmechanismen und Verletzbarkeit für Armutsrisiken.

2.3.4 Die Netzwerke der Mikroebene

> „Ich ernähre mit meiner Arbeit die ganze Familie. Mein Bruder ist krank, er hat epileptische Anfälle und ist geistig behindert, wie du siehst. Meine Mutter ist alt und die Oma natürlich auch. Die Medikamente, die mein Bruder braucht, sind sehr teuer, und er muss sie regelmäßig nehmen, sonst wird er wieder sehr krank. Wir haben keine eigene Wohnung, dies ist die Wohnung meiner Großmutter, und du siehst ja, das Wasser steht im Flur, und es stinkt. Wenn es zu schlimm wird, dann schlafen wir mal eine Nacht oder zwei bei meinem Bruder. Das ist das Wichtigste für mich, mein großer Traum: ein Ort an dem man sich wohlfühlt, zu dem man gehört und an dem es nicht stinkt. Ich werde nicht heiraten, nie, das habe ich schon früh beschlossen. Wer soll meine Mutter und meinen Bruder ernähren, wenn ich heirate, dann liegen die beiden doch auf der Straße! Ich muss mich um sie kümmern, möge Gott uns schützen" (B5).

Die gegenseitige Unterstützung innerhalb der Kern- und Großfamilie sowie unter NachbarInnen, die hier im Beispiel von Mariam geschildert wird, gilt in der Literatur als zentrale Überlebensstrategie armer Haushalte (Korayem 1994; Rieger 1996; Singerman, Hoodfar 1996). Rieger wirft dagegen in ihrer Untersuchung der formalen und informellen Strukturen sozialer Sicherung in Ägypten die Frage auf, ob innerfamiliäre Solidarität bei den Armen besonders hoch oder gerade hier das soziale Netz weitgehend zusammengebrochen ist (Rieger 1996:53 ff.). Mein empirischer Befund ist ambivalent: Arme greifen oft auf kurz- und mittelfristige Unterstützungsformen innerhalb der Familie und der Nachbarschaft zurück, kontinuierliche und das Existenzminimum sichernde Unterstützung erhält jedoch nur ein sehr kleiner Teil der befragten Haushalte.[121] Familiäre Solidaritätsstrukturen sind dabei kein Spezifikum armer Haushalte im Sinne einer besonderen „Kultur der Armut", sondern reflektieren gesamtgesellschaftliche Werte, die Singerman in ihrer Arbeit sehr detailreich analysiert. Sie zeigt, dass die Erhaltung und Reproduktion der Familie in Ägypten eine gesellschaftliche Norm ist, die, getragen vom „familial ethos", nicht nur das Leben der „einfachen Leute", des *sha'b*, bestimmt (Singerman 1995:49 f.). Der Aufbau von Netzwerken in und durch die Familie ist eine wichtige Strategie zur konkreten Umsetzung dieses „familial ethos". Dadurch, dass die Familie und der Haushalt zum Ausgangspunkt der Netzwerke werden, werden sie aus dem privaten Bereich herausgelöst und zu einer Scharnierstelle zwischen privat und öffentlich (Singerman 1990:6). Die Familie und die durch, um und für sie aufgebauten Netzwerke sind wichtige „avenues of informal participation", so ihre These (Singerman 1995:14).

2.3.4.1 Familiennetzwerke

Familiennetzwerke beruhen auf unfreiwilligen und „natürlichen" Strukturen, da sie durch die verwandtschaftlichen Beziehungen definiert sind. Sie übernehmen unterschiedliche

[120] Dahinter verbergen sich unterschiedliche Formen der Verletzbarkeit, abhängig davon, ob die jeweilige Frau verwitwet, geschieden oder verlassen worden ist bzw. der Ehemann die Zahlungen eingestellt hat. Das ägyptische Scheidungsrecht spricht Männern in Anlehnung an die islamische Rechtsprechung das fast ausschließliche Scheidungsrecht zu. Frauen können die Scheidung nur in Ausnahmefällen erreichen. Scheidungen müssen nicht gerichtlich bestätigt werden (Legal Rights 1992; Toubia et al. 1994).

[121] Ich kann nicht prüfen, inwieweit meine Ergebnisse durch die Erwartung der InterviewpartnerInnen, eventuell durch mich unterstützt zu werden, verzerrt wurden. Ähnlich wie el-Kholi und al-Ali vermute ich, dass die Befragten eher zurückhaltend über Unterstützungsleistungen berichteten (el-Kholi, al-Ali 2000). Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die meisten Haushalte aufgrund ihrer Situation nur wenige Ressourcen kontinuierlich teilen können.

Funktionen von der emotionalen und materiellen Unterstützung über die Konfliktvermittlung, den Informationsfluss bis zur Beeinflussung von Ehe-, Migrations-, Wohn- und Arbeitsentscheidungen. Sie umfassen Erwachsene ebenso wie Kinder und sind abhängig vom Engagement der Beteiligten, der jeweiligen Familiengeschichte und den konkreten materiellen und immateriellen Umständen der einzelnen Familienmitglieder (Singerman 1995:74 ff.). Handlungslogiken innerhalb dieser Netzwerke werden dabei vom „familial ethos" der Reproduktion der Familie getragen (a.a.O.:49 ff.) Ausgehend vom Grundmodell der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der so genannten Ernährerehe wurden bereits unterschiedliche Formen der gegenseitigen Unterstützung innerhalb der Kernfamilie beschrieben. So etwa, wenn Ehefrauen ein zusätzliches monetäres Einkommen erwirtschaften oder durch ihre unbezahlten Tätigkeiten den unsichtbaren Teil der Überlebensökonomien übernehmen. Oder wenn Söhne und Töchter ihre Familien durch regelmäßige Zahlungen unterstützen und gleichzeitig für die eigene Zukunft sparen. Weibliche Haushaltsvorstände sind stärker von der Unterstützung ihrer Kinder abhängig, vor allem, wenn sie erwerbsunfähig sind, wie Um Ahmed:

> „Mein Ehemann war *arzuqi*-Schuster, von ihm gibt's also keine Rente. Meine Söhne arbeiten und versorgen uns, du siehst, sie sind alle jung und arbeiten schon, aber was soll man machen. Meine eine Tochter bleibt zu Hause und hilft hier, die andere arbeitet. Die verheirateten Mädchen können mir auch nicht helfen, sie haben doch selbst nichts. Ich bin blind, und deshalb kann ich alleine gar nichts machen, wenn ich meine Kinder nicht hätte, die mich versorgen, und vor allem meine Tochter, dann wäre ich völlig hilflos" (F5).

Die unbezahlte Hausarbeit von Mädchen wie bei Um Ahmed ermöglicht vielen Frauen überhaupt erst, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, weil ihre Töchter sich um die jüngeren Geschwister, das Kochen, Waschen und Putzen kümmern. Wenn Söhne im erwerbsfähigen Alter in der Familie leben, sind sie prioritär für das monetäre Einkommen zuständig. Abhängig von der jeweiligen strukturellen Position der Mädchen in der Familie gibt es aber auch Fälle, in denen junge Frauen die Familie ernähren. Die gegenseitige Unterstützung über die Kernfamilie hinaus hat jedoch Grenzen. In den meisten Fällen reichen die materiellen Ressourcen der Großfamilie nicht aus, um eine weitere Kernfamilie zu ernähren. So formuliert Um Sabrin stellvertretend für viele im Sample:

> „Du weißt doch, wie das hier ist: *mahaddisch beyishil hadd* (niemand trägt den anderen), alle leben für sich, haben ihre eigenen Probleme und Sorgen und können sich nicht auch noch um andere kümmern" (F7).

Auch Um Georges aus F kann nicht auf Hilfe aus ihrer Familie rechnen:

> „Ich habe einen älteren Bruder, aber er ist nicht gut zu uns. Er hat's geschafft und will uns nicht helfen. Er hat uns noch nie besucht, mit seiner Frau. Vielleicht schämt er sich, sie hierher zu bringen, ich glaube nicht, dass sie ein Problem damit hätte, aber er hat einfach Angst, dass wir von ihm Hilfe fordern. Aber das finde ich falsch, wenn er hat, dann könnte er uns ruhig geben" (F5, ähnlich F8).

Um Georges formuliert einen moralischen Anspruch an die wohlhabenderen Mitglieder der Familie, doch im Sample wird nur selten von regelmäßigen Unterstützungsleistungen berichtet, die ausschließlich an weibliche Haushaltsvorstände gezahlt werden. Um Karim etwa hat die Großfamilie in einer kritischen Phase ihres Lebens mit Geld zur Seite gestanden. Auch Um Sabir, deren Mann früh verstorben ist, wurde von ihrem Bruder jahrelang finanziell unterstützt, vor allem, um die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren (S5). Und Um Ahmed wird von ihren Brüdern immateriell dadurch unterstützt, dass sie sie jeden Tag zum Markt begleiten, während ihre Mutter auf die kleinen Kinder aufpasst (A4). Männer berichten, dass sie von ihren Verwandten Geld leihen könnten oder geliehen haben (Singerman 1995:157 ff.). Hoodfar verweist darauf, dass Männer sich zunehmend

von der Kernfamilie entfernen, d. h. Familiennetzwerke brüchig werden lassen, weil sie die damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen nicht erfüllen können oder wollen (Hoodfar 1997). Mohamed hat sich beispielsweise von seiner Familie getrennt:

> „Mit meiner Familie habe ich nichts zu tun. Ich besuche sie nicht, weil es ihnen besser geht als mir und ich nicht so schöne Geschenke machen kann wie sie. Dazu bin ich wirklich zu stolz" (D4).

Der Mangel an materiellem Kapital führt zum Ausstieg aus einem Netzwerk, das in vielen anderen Fällen Überlebensökonomien stabilisiert. Der Grund für diese Isolation ist die Reziprozitätslogik von Netzwerken, wie Abu Nasser erklärt:

> „Zum Beispiel musste ich ins Krankenhaus, und da hat mir mein Schwiegersohn Geld dagelassen, weil man ja weiß, dass das teuer ist. Bei anderer Gelegenheit werde ich dann meinem Schwiegersohn unter die Arme greifen. Wenn mich jemand unterstützt, dann weiß ich, dass er davon ausgeht, dass ich diesen Gefallen irgendwann zurückgebe. Aber man nimmt Rücksicht auf die Umstände der Leute, wenn sie kein Geld haben, dann können sie nichts zurückzahlen" (D1).

Zu besonderen, einmaligen Anlässen kann die Reziprozitätslogik auch durchbrochen werden, etwa, wenn Nachbarn beim Tod eines Mannes für die Witwe sammeln, um sie zu unterstützen, oder wenn Verwandte Teile einer Aussteuer finanzieren oder bei Krankheit eine Mahlzeit zubereiten. Wer perspektivisch nicht in der Lage ist, diese Unterstützung zu leisten, bleibt von Familien- und Nachbarschaftsnetzwerken isoliert. Der Mangel an materiellen Ressourcen kann auch in den informellen Strukturen, die offener für das soziale und symbolische Kapital der einzelnen Netzwerkmitglieder sind, langfristig nicht durch immaterielle Ressourcen kompensiert werden. Auch wenn die InterviewpartnerInnen materielle Hilfe aus der Großfamilie nicht erhalten können oder annehmen wollen, sind Familienmitglieder dennoch wichtige AnsprechpartnerInnen für persönliche oder familiäre Probleme. Familiennetzwerke sind deshalb multiplexe und multifunktionale Netzwerke, die materielle Unterstützung ebenso bereitstellen können wie emotionale und moralische, wie Ahmed aus S. beschreibt:

> „Wenn ich ein Problem habe, dann frage ich meinen ältesten Bruder, und der entscheidet. Wenn jemand einen Fehler macht, wird er geschlagen. Zum Beispiel hat sich mein anderer Bruder mit der Familie seiner Verlobten gestritten und dort jemanden geschlagen. Mein großer Bruder ist gekommen und hat den Streit so entschieden, dass er gesagt hat, dass unser Bruder seine Verlobte erst mal nicht besuchen darf. Bei anderen Sachen frage ich auch meinen besten Freund. Zum Beispiel habe ich ein Mädchen kennen gelernt, und die will jetzt wissen, was Sache ist, also ob ich sie heirate oder nicht. Mein Bruder als Familienoberhaupt muss natürlich sagen: 'Verlob dich oder verlass sie.' Aber das kann ich gar nicht, ich habe gar kein Geld, um zu heiraten. Mein Freund kann mich da besser verstehen" (D5).

Für Herzensangelegenheiten ist das Familienoberhaupt nicht der richtige Ansprechpartner, denn im Sinne des Singermanschen „familial ethos" muss er Entscheidungen treffen, die aus der Reproduktionslogik der Familie heraus sinnvoll sind (Singerman 1995: 74 ff.). Ahmeds Beispiel verweist auf den auch von Singerman hervorgehobenen Aspekt der Dynamik von Familienstrukturen, deren äußeres Erscheinungsbild mit den tatsächlichen Strukturen nicht identisch sein muss. Gerade die arabische Familie wird oft als autoritär beschrieben, doch Singerman weist nach, dass in Familien sehr ausdifferenzierte, komplexe Verhandlungsstrukturen existieren, die ausgehend von einem patriarchalen Grundmodell den einzelnen Familienmitgliedern breitere Handlungsspielräume ermöglichen, als die Literatur vermuten lässt. Konflikte, so ihre These, wären nicht so häufig, wenn traditionelle Hierarchien einfach akzeptiert würden (Singerman 1995:51 ff.). Um Karims Beispiel illustriert die Ausnutzung solcher Handlungsspielräume:

> „Bei Familienproblemen wende ich mich an meinen Mann oder an die Söhne. Das gehört nicht nach draußen. Mein Mann fragt seine Freunde, wenn er nicht will, dass seine Eltern was erfahren,

> und ich frage meine Schwester. Sie hat mich großgezogen und hat mir immer geholfen. Zum Beispiel hätte ich nie meine Tochter ohne die Zustimmung meiner Schwester verheiratet. Sie hat zugestimmt und ihr auch Geld für die Aussteuer gegeben. Wir verstehen uns sehr gut, ich kann mir alles leihen, und wir helfen uns ganz normal. Trotzdem ist es wichtig, dass die Männer fühlen, dass sie Männer sind. Sie müssen das letzte Wort haben" (D6).

Um Karims Antwort zeigt, dass die Kontakte im Familiennetzwerk für sie als Frau die zentralen und legitimen sind: Was in der Familie geschieht, sollte auch nur dort besprochen werden (ähnlich S1, 15). Für jede Problemkonstellation besteht ein gesellschaftlich positiv sanktionierter Lösungsweg: Eheprobleme sollten durch Eltern und/oder Schwiegereltern oder Geschwister gelöst werden. Mit ihrer Ehe unzufriedene Töchter zum Beispiel können zu ihren Eltern zurückkehren, um so ihren Protest auszudrücken. Von dort aus sollte sich ihr Mann oder aber ihre Schwiegerfamilie um die Lösung des Konflikts unter Hinzuziehung der Eltern der Ehefrau bemühen. Während ihr Mann sich außerdem an Freunde wenden kann, ist ihre ältere Schwester für Um Karim die wichtigste Bezugsperson. Mit ihr verbindet sie eine sehr enge emotionale Beziehung, die aber auch konkrete materielle Unterstützung umfasst.

Um Karim verweist auch auf die täglichen Verhandlungsdynamiken um Machtpositionen im Familiennetzwerk, so ist für sie zwar das Wort und der Rat ihrer Schwester entscheidend, doch darf das den patriarchalen Schein nicht stören. Diese symbolische Ebene männlicher Macht in den Familie wird von Frauen wie Um Karim strategisch gestützt, während sie sich de facto stark auf ihre Schwester orientiert. Dadurch etabliert sie eine gut funktionierende Struktur unter Frauen, ohne die geschlechtliche Arbeitsteilung und die gesellschaftlichen Definitionen von Geschlechterrollen in Frage zu stellen. Sie wird zu einem informellen und „unsichtbaren" wichtigen Knotenpunkt im Netzwerk. Der Bezug auf die Familie als primären Ort für materielle und emotionale Unterstützung verbindet sich also auch mit einem bestimmten Rollenverständnis, wie bereits in den vorherigen Abschnitten angedeutet wurde:

> „Ich kenne auch nur die beiden Nachbarn gegenüber, das Haus meines Vaters und das des anderen Nachbarn. Ich lebe hier ziemlich isoliert, die anderen Leute kümmern mich nicht, und ich kümmere sie nicht. Ich gehe nicht nach draußen. Mein Platz ist das Haus. Ich gehe nur, wenn meine Tochter nicht da ist, die sonst alles erledigt. Dann gehe ich einkaufen, mehr mache ich nicht draußen" (A2, ähnlich A3).

Um Sabir betont wie Um Karim, dass Familienangelegenheiten auch in der Familie ausgehandelt werden sollten. Ihre selbstgewählte Isolation von den Nachbarinnen bedeutet für sie eine Form von Autonomie und gleichzeitig die praktische Umsetzung ihres Konzepts von weiblicher Identität. So betont sie, dass sie „nicht nach draußen" geht, eine oft gewählte Umschreibung dafür, dass der Platz der Frau ihr Haus ist und sie Straße und Öffentlichkeit nur in Begleitung aufsuchen sollte. Einige Interviewpartnerinnen heben positiv hervor, wie wenig sie die Stadt kennen, wie selten sie das Haus verlassen und wie sehr sie von der Außenwelt abgeschlossen sind. Sie beziehen sich damit positiv auf die gesellschaftliche Konstruktion einer „privaten Weiblichkeit", die aber für arme Frauen nur selten zu realisieren ist. Andere Frauen dagegen bestehen auf ihrer Unabhängigkeit von der Familie und den betreffenden Familienoberhäuptern, wie etwa die verwitwete Um Sohair aus S:

> „Ich hole niemanden in meine Probleme rein. Wenn ich ein Problem mit jemandem habe, dann lösen wir es untereinander. Wenn es einen Konflikt gibt, dann sage ich gar nichts mehr und weine so lange, bis die andere sich entschuldigt. In allen anderen Fällen setze ich mich mit den Kindern zusammen. Ich habe noch nie in meinem Leben meinen Bruder geholt, um ein Problem zu lösen. Ich beschwere mich auch bei meinen Freundinnen nie, warum sollten sie schlecht über meine Kinder und mich denken? Und das passiert doch, wenn man sich immer beschwert" (S14).

Auch Um Sohair gibt als Hauptmotivation für ihr Verhalten eine Form des „familial ethos" an: Während die vorher beschriebenen Frauen diese Normen am besten dadurch eingehalten sahen, dass sie den Großfamilienverbund durch Inanspruchnahme und symbolische Bestätigung des Familienoberhauptes stärken, besteht für Um Sohair die Repräsentation einer gut funktionierenden Familie darin, möglichst alle Konflikte und Beschwerden im innersten Kreis der Familie zu lösen. In allen Fällen ist entscheidend, wie sich die Familie und ihre einzelnen Mitglieder nach außen repräsentiert sehen. Die unterschiedlichen Formen dieser Repräsentationen korrespondieren mit den Lebensumständen der jeweiligen Frauen. Während Um Sohair erwerbstätig ist und keine Möglichkeit hat, das Hausfrauenideal in die Realität umzusetzen, kann Um Karima sich auf ihren Ehemann und ihre Tochter als notwendige Voraussetzung für ihre Identitätskonstruktion stützen. Familiennetzwerke sind dynamisch und veränderlich, sie werden von den in ihnen engagierten Individuen und deren Identitätskonzeptionen geprägt und finden abhängig von diesen materiellen und immateriellen Faktoren ihre je unterschiedlichen Grenzen.

2.3.4.2 Nachbarschaftsnetzwerke

Anders als Familiennetzwerke sind Nachbarschaftsnetzwerke freiwillige und künstliche in dem Sinne, dass sie weitergehendes Engagement erfordern, um zu entstehen. Ihre Funktionen und Strukturen sind stark an räumliche und individuelle Faktoren gebunden, sie variieren in Größe und Tragweite und in Hinblick auf das in sie investierte materielle und immaterielle Kapital. Nachbarschaftsnetzwerke reichen von kleinen Hilfsleistungen unter Frauen über Sparclubs bis hin zu informellen Konfliktlösungsstrukturen in Haus, Gasse und Quartier.

> „street based networks can produce long-lasting and politically significant relations, they can create a community of emotional and moral support for chronically unemployed men, they can have a pervading impact on the socialization of the young; and in ethnically and racially mixed neighbourhoods they can provide a basis for an internal ethnic or racial order" (Joseph 1978:541).

Nachbarschaftsnetzwerke werden oft durch die von Frauen aufrechterhaltenen Besuchssysteme aufgebaut. Über das Engagement in diesen Netzwerken können die beteiligten Frauen und Männer soziales und symbolisches Kapital akkumulieren, aber auch verlieren. Einige Interviewpartnerinnen lehnen jedoch enge Kontakte zu den Nachbarinnen ab.

> „Hier auf der Nachbarschaft kennen wir uns alle, aber jeder lebt sein Leben. Wenn sich draußen Leute schlagen, dann mische ich mich auch nicht ein. Ich kenne mich hier einfach nicht aus. Ich kenne Kairo gar nicht. Wenn du mich in S raussetzen würdest, dann würde ich nicht mal nach Hause zurückfinden. Das Weiteste, wo ich jemals war, ist die Zitadelle. Ich gehe nicht alleine raus, ich kenne das Viertel ja kaum" (T2, ähnlich auch E3).

Um Karima beschreibt soziale und emotionale Distanz mit relativ losen nachbarschaftlichen Netzwerken, zwar kann auch sie sich für alltägliche kleine Unterstützungsleistungen an ihre direkte Nachbarin wenden, doch fühlt sie sich nicht in das Viertel eingebunden. Gleichzeitig betont sie ihre Version einer Hausfrauenidentität, die den Platz der Frau im Haus und nicht im Viertel sieht. Andere weisen auf die soziale Kontrolle durch Tratsch und Informationsflüsse der Netzwerke hin. Die räumliche Nähe und der tägliche Kontakt sind zwar die Voraussetzung für funktionierende Netzwerke, ihre Kehrseite finden sie in nachbarschaftlichen Streitigkeiten, schlechter Nachrede, Neid und sozialer Ausgrenzung .

> „Ich leihe von niemandem etwas und verleihe auch nichts. Ich löse meine Probleme selbst und mag niemanden in meine Sorgen und Nöte hineinziehen. Warum auch? Das geht die Leute draußen nichts an, man lebt so besser, wenn die Leute nichts damit zu tun haben. Wenn ich ein

> Problem habe, dann frage ich meine Schwiegermutter. Wenn was zwischen mir und meinem Mann ist, was oft ist, dann löst sie das Problem" (T2, ähnlich A8, S8, 19, 20, F1).

Um Karima bezieht sich auf die Familie, sie konstruiert einen geschützten Innenraum gegenüber einem Außen, von dem sie sich keine Unterstützung erhofft. Sie schätzt die Autonomie, die sie dadurch gegenüber ihren Nachbarinnen erreichen kann, höher ein als die möglichen Unterstützungsleistungen, die die Einbindung in ein funktionierendes Nachbarschaftsnetzwerk mit sich bringen könnte. Genau diese Haltung wird von einigen InterviewpartnerInnen als Folge von Armut und Anonymisierung kritisiert. Der ökonomische Druck hat die Hilfsbereitschaft sinken lassen, wie Abu Mohamed beanstandet:

> „Ich bitte niemanden um Hilfe. Meine Familie lebt in Oberägypten, und meinen Nachbarn und Kollegen – wer von denen sollte für mich Verantwortung übernehmen? Die haben doch auch alle nichts. Man kennt sich hier in der Nachbarschaft und grüßt sich, und das war es auch schon. Früher war das anders hier und natürlich auch auf dem Land. Da kennt jeder jeden, und wenn man krank ist, dann wird einem geholfen. Hier hilft sich niemand, jeder lebt sein Leben (*kull wahid fi halu*) ohne die anderen. Auf dem Land hält die Familie zusammen, hier nicht. Die Leute haben keine Zeit und auch kein Geld. Der Überlebensdruck ist einfach zu stark, um sich auch noch um andere kümmern zu können" (E1, ähnlich S12).

Wenn der ökonomische Druck zu stark wird, dann greifen auch informelle solidarische Strukturen nicht mehr. Das von vielen InterviewpartnerInnen benutzte Wort, um eine solche Haltung zu beschreiben, ist der Hinweis auf den eigenen Vorteil, die *maslaha*. Und während einerseits diejenigen heimlich bewundert werden, die ihren Vorteil zu nutzen wissen, werden solche Menschen gleichzeitig für ihren Egoismus kritisiert. *Maslaha* ist eine zentrale Formel für das Überleben unter schwierigen Bedingungen, die erfordern, dass man an sich selbst zuerst denkt.

2.3.4.3 Freundschaftsnetzwerke

In sieben Fällen sind Freunde die wichtigsten Ansprechpartner für männliche Interviewpartner. Frauen haben aufgrund der geschlechtlichen Arbeitsteilung selten Freundinnen, die nicht gleichzeitig auch Verwandte und/oder Nachbarinnen sind. Ihnen fehlt es an Zeit und an Möglichkeiten, Beziehungen außerhalb dieser Zusammenhänge zu pflegen. Anders als bei Joseph, die feststellte, dass für die Männer aufgrund ihrer Abwesenheit vom Viertel die Familiennetzwerke wichtiger waren, weil sie weniger Zeit und Energie in den Aufbau von Nachbarschaftsnetzwerken investieren konnten, hat sich in dieser Untersuchung der Eindruck ergeben, dass Männer sich neben Familiennetzwerken stark auf Freundschaftsbeziehungen stützen, die mit nachbarschaftlicher Nähe einhergehen können, aber nicht müssen (Joseph 1978; Semsek, Stauth 1987; Denoeux 1993; Wedel 1999). Junge Männer orientieren sich mit zunehmendem Alter aus ihren Familien heraus und bauen Freundschaften zu gleichaltrigen Jungen aus der Schule oder der Gasse auf, mit denen sie eine *shilla* bilden.

> „Eine *shilla* ist eine Gruppe von Freunden. Wir halten zusammen, und wenn jemand uns ärgern will, dann gehen wir gemeinsam streiten. Ansonsten sitzen wir im Café zusammen, spielen Karten oder *tawla* (Backgammon) und plaudern. Wir gehen zusammen aus und streifen durch die Straßen und sprechen auch gemeinsam Mädchen an. Meine Probleme diskutiere ich da aber nicht – man kennt sich eben so für die Freizeitgestaltung. Meine *shilla* besteht aus Mitgliedern der Band, in der ich spiele. Mit meinen Schulfreunden habe ich nicht soviel zu tun" (S19).

Nicht jedes *shilla*-Mitglied ist auch gleichzeitig ein guter Freund, wie Ahmed betont, aber meistens sind die guten Freunde auch Mitglieder des betreffenden Netzwerks. Mitglieder der *shilla* kann man immer um Hilfe bitten. Gerade wenn sie seit der Schulzeit bestehen

und die Lebensläufe der Männer unterschiedliche Bahnen genommen haben, kann der Rückbezug auf ein altes Freundschaftsnetzwerk sehr nützlich sein. Das passiert in armen Vierteln allerdings eher selten, so dass sich die Männer darauf beschränken, einander Geld zu leihen oder anderweitig bei Bedarf zu unterstützen:

> „Ich kann zum Beispiel billiger für Freunde oder Verwandte spielen, wenn sie ein Fest haben. Zum Beispiel hat ein Freund von mir geheiratet, der absolut kein Geld hatte. Da habe ich ihm die Lautsprecher auf meine Kosten besorgt, um meinen Beitrag für die Party zu leisten. Meine Freunde helfen mir natürlich auch, wenn ich ihnen helfe" (D4 ähnlich D5).

Semsek verweist zudem auf den Zusammenhang von Werkstatt (*warsha*), Straße als öffentlichem Raum und freundschaftlichen Männernetzwerken, bei denen sich ökonomischer, sozialer und symbolischer Austausch verbinden:

> „Per definitionem ist ein *warsha* eine öffentliche Wasserstelle, ein öffentlicher Fernseher, ein Ruheplatz für erschöpfte Passanten und müde Kinder, eine Werkzeugausleihe und Reparatureinrichtung bei kleineren Schäden [...] zwischen *warsha* und Straße gibt es einen kontinuierlichen Austausch gegenseitiger Hilfeleistung. [...] Weiterhin hat jeder *warsha*-Besitzer das moralische Recht, das Straßengeschehen vor seiner Werkstatt bei Konfliktsituationen zu schlichten und zu regeln" (Semsek 1986:443).

Die Werkstatt als Produktionsstätte und sozialer Knotenpunkt kann so auch zum Ausgangspunkt für Nachbarschafts- und Freundschaftsnetzwerke werden (a.a.O:443 ff.). Alle drei Netzwerktypen zeichnen sich durch die Pflege starker und schwacher Beziehungen gleichermaßen aus. Diese Kombination unterschiedlicher Beziehungstypen macht Netzwerke zu attraktiven und flexiblen Instrumenten sozialer, aber auch politischer Inklusion, wie insbesondere die mesopolitische Analyse noch detaillierter zeigen wird.

2.3.5 Die Kosten des Überlebens

> „Vor 10 Jahren ging's mir besser. Die Kinder waren noch klein und haben weniger Geld gekostet. Außerdem konnte man für sein Geld noch seine Familie satt bekommen. Heute ist alles teuer und man kriegt seine Leute nicht mehr satt" (T3).

Für die meisten InterviewpartnerInnen kulminieren die wirtschaftlichen Entwicklungen in der einfachen Feststellung, dass das Leben immer teurer wird. 90% der Befragten finden, dass ihr Leben vor 10 Jahren einfacher und vor allem billiger war. Am Beispiel der Nahrungsmittelausgaben lässt sich zeigen, wie sich soziale Ungleichheit für Arme konkretisiert. Laut EHDR geben Arme zwischen 55% und 61% ihres Budgets für Nahrungsmittel aus, nicht-arme Haushalte hingegen nur zwischen 45% und 54%. Durchschnittlich wird pro Person in armen Haushalten 425 £E im Jahr für Nahrungsmittel ausgegeben, während Nicht-Arme mehr als das Doppelte für Nahrung pro Kopf ausgeben (EHDR 1996:33).[122] Gleichzeitig macht der Anteil der ärmsten 20% der Bevölkerung am Gesamtverbrauch von Nahrungsmitteln nur 13% aus (a.a.O.:36). In der Stadt werden laut EHDR 22% der Nahrungsmittelausgaben bei Armen für Stärke und Getreide investiert, während Nicht-Arme dafür nur 15% ihres Nahrungsmittelbudget ausgeben. Aber die ärmsten 45% der Bevölkerung verbrauchen nur 16% des nationalen Getreidekonsums (a.a.O.:36). Gleichzeitig sind Arme von den rationierten subventionierten Waren abhängig, so decken sie 85% ihres gesamten Verbrauchs von Reis und Zucker über die Rationskarten für diese Produkte (a.a.O.). Preissteigerungen und die Aufhebung von Subventionen im Nahrungsmittelbereich betreffen arme Haushalte deshalb besonders stark.

[122] Laut El-Mahdi liegt die Quote in armen städtischen und ländlichen Haushalten bei jeweils 57,9% bzw. 63,4% der Gesamtausgaben (El-Mahdi 1997a:29).

Neben die soziale Ungleichheit beim Konsum bestimmter Grundnahrungsmittel tritt eine unterschiedliche Betroffenheit von Preissteigerung, die sich wiederum zu ungunsten armer und verletzbarer Gruppen auswirkt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten entsteht durch unterschiedliche Faktoren wie die höhere direkte oder indirekte Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen, die Liberalisierung von Preisen für in- und ausländische Produkte, den Abbau von Subventionen für öffentliche Dienstleistungen wie Transport-, Energie- und Nahrungsmittelversorgung, die starke Verteuerung von importierten Gütern durch die Abwertung der Währung und den zusätzlichen Anstieg der Zinsraten (Korayem 1994:36 ff.; 1996:28 f.; Kheir el-Din 1997:3).

Zwischen 1989 und 1995 stiegen die Kosten für den minimalen ägyptischen Überlebenswarenkorb in der Stadt um 425% (EHDR 1996:35 ff.; Nassar 1997; Gertel 1998). Arme mussten höhere Preissteigerungen hinnehmen als Nicht-Arme, weil die von ihnen am häufigsten gekauften Produkte besonders schnell teurer und gleichzeitig Lebensmittelsubventionen reduziert wurden (EHDR 1996:36).[123] Die Ausgaben für Brot, Öl und Zucker mit 35,4% (städtisch) und 40,3% (ländlich) machen den größten Teil der Nahrungsmittelkosten aus. Der Anteil subventionierter Waren daran wird auf über 54% (städtischer) und 45% (ländlicher) Haushaltsausgaben geschätzt (El-Mahdi 1997a:29).

Subventionen für Nahrungsmittel machten 1981/82 noch 19,5% der Staatsausgaben aus und sanken bis 1992 auf 2,3% des BIP (El-Mahdi 1997a:29; Loewe 2000:40). Die Versorgung mit subventionierten Nahrungsmitteln ruhte auf drei Pfeilern: den Lebensmittelkarten, die den günstigen Bezug eines festen Quantums an Reis, Zucker, Öl und Tee ermöglichten, den Läden der staatlichen Kooperative, in denen andere subventionierte Produkte erworben werden konnten und dem subventionierten Brot (Rieger 1996:48; Loewe 2000:41 f.). Das oft gegen Subventionen geäußerte Argument, dass sie eher der Mittelklasse zugute kämen und ihre Abschaffung auf arme Haushalte keinen Einfluss hätte (Betz 1997), ist für den ägyptischen Fall nicht eindeutig zu belegen. So hatten zwar noch 1989 93% der Bevölkerung über Lebensmittelkarten Zugang zu subventionierten Lebensmitteln (Nassar 1997:14). Jedoch hat die schlechte Qualität der Produkte und Dienstleistungen als Zielgruppenfokussierung gewirkt, die insbesondere arme Haushalte erreichte (Rieger 1996:49; El-Mahdi 1997a:28 f.).[124] Die Kürzung der Nahrungsmittelsubventionen im Rahmen der Strukturanpassung muss deshalb als armutsverschärfend angesehen werden (Nassar 1993; Korayem 1996; El-Mahdi 1997a; Nassar 1997).

Hinzu kommen Steuern, die im Rahmen der Budgetkonsolidierung erhöht oder neu eingeführt wurden, so dass sich die indirekte Besteuerung einheimischer Güter und Dienstleistungen von 7,2% (1988) auf 11,2% (1994) erhöhte (Korayem 1996; Al-Laithy 1997b:154 f.; El-Mahdi 1997a:23). Al-Laithy argumentiert, dass indirekte Steuern arme Menschen stärker betreffen, „because they have higher marginal prospensity to consume than the rich and thus allocate a larger part of their income on consumption" (Al-Laithy 1997b:55). Arme reagieren auf Teuerung mit Verzicht – häufig mit geschlechtsspezifischen Folgen.[125]

[123] So lag beispielsweise der Preisindex für Getreide und Stärke 1986/87 bei 100 und stieg bis 1993/94 auf 372, während der allgemeine Preisindex nur bei 265 lag (EHDR 1996:36).

[124] Rieger weist darauf hin, dass das Subventionssystem seinen Höhepunkt unter Sadat erreichte, „als es zum zentralen Instrument des politischen Krisenmanagements wurde, mit dem das Regime den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der *Infitah*-Politik gegenzusteuern versuchte" (Rieger 1996:48).

[125] Insbesondere Frauen sind eher bereit, zum Wohle von Kindern und/oder Männern auf eigene Nahrung zu verzichten (Al-Laithy 1997b:155).

„Mein Mann verkauft Limonen, er wandert mit den Limonen auf dem Kopf durch die Straßen und macht manchmal 10 £E am Tag, aber meistens weniger. Er gibt mir am Tag 3 £E für den Haushalt. Du kannst dir vorstellen, dass ich davon niemanden wirklich satt bekomme. Deshalb ist auch nur das Mädchen in der Schule, die Jungens müssen arbeiten. Unser Sohn in der Armee kann uns natürlich auch nichts geben und der Kleine ist ja noch in der Ausbildung, ich muss ihm ein £E pro Tag geben" (F1).

Um Georges Beispiel zeigt, dass Ehemänner oft nicht ihr gesamtes Einkommen der Familie zur Verfügung stellen, sondern Teile für den privaten Konsum für Zigaretten, Cafébesuche etc. einbehalten. Abhängig von der Informationspolitik ihrer Ehemänner können Frauen deren Beitrag zum gemeinsamen Budget nicht kontrollieren. Meistens erhalten sie wie Um Georges vom Tageseinkommen abhängige Summen für die Haushaltskasse, über deren Verwendung sie autonom entscheiden, soweit angesichts dieser geringen Summen, die überwiegend für Nahrungsmittel ausgegeben werden, von Entscheidungen die Rede sein kann. Die geschlechtliche Arbeitsteilung und die häuslichen Machtverhältnisse strukturieren die Handlungsspielräume der Frauen, die stark von der Offenheit ihrer Männer abhängig sind. Gesellschaftliche Norm und soziale Realitäten klaffen hier oft weit auseinander und bedeuten für die Frauen eine tägliche Belastung, Unsicherheit und ständige Konflikte, in denen sie um Geld und Entscheidungsmacht kämpfen.[126]

Im Sample geben die Haushalte durchschnittlich 14,7 £E am Tag aus. Der Tagessatz schwankt dabei zwischen 50 £E (S13) im reichsten und 3,0 £E im ärmsten Haushalt (F6). Umgerechnet auf die Haushaltsmitglieder liegt der durchschnittliche Tagessatz bei 2,6 £E pro Tag und Kopf, also bei knapp 50 Cent. Die Schwankung liegt zwischen 10 £E pro Kopf im reichsten Haushalt (S13) und 0,3 £E im ärmsten (T2). Eingeschlossen in diesen Tagessatz sind die täglichen Ausgaben für Nahrungsmittel und andere Konsumgüter.[127] Die Kosten für Medikamente, Bildung oder Fleisch können über diese niedrigen Summen nicht gedeckt werden. Eine Rangliste der Hauptausgaben in unserer Befragung entspricht den oben bereits skizzierten Befunden des EHDR: Die Ausgaben für Bildung und Nahrungsmittel rangieren ganz vorn.[128] Fleisch und Huhn können nur selten gekauft werden, so dass Reis, Brot und Gemüse die Hauptnahrung armer Menschen bilden (Tekçe et al. 1994; Gertel 1995; Ghannam 1995; Kuppinger 1995). Die Frauen unternehmen große Anstrengungen, um die Kosten für Nahrung gering zu halten, indem sie schlechtere Nahrungsmittel kaufen, sich ständig über Preise und günstige Einkaufsmöglichkeiten informieren oder gemeinsam kochen (Korayem 1994). An zweiter Stelle wurden die Kosten für Bildung genannt, wie etwa bei Um Sabrin:

„Wir brauchen am meisten Geld für die Schule der Mädchen. Je nach Alter und Klassenstufe sind die Privatstunden billiger oder teurer. Das geht von 10 £E pro Monat bis rauf zu 60 £E pro Monat. Dann folgt Kleidung. Die Mädchen müssen ja auch Schuluniformen bekommen. An dritter

[126] In einigen Fällen übergeben Männer ihr gesamtes Einkommen zur Verwaltung den Frauen, da sie kompetenter einkaufen, kalkulieren und sparen können. Größere Anschaffungen werden gemeinsam beschlossen, auch der Beitritt zu einem Sparclub über größere Summen beruht auf der Zustimmung des Ehemannes, da Frauen diese Summen vom Haushaltsgeld nicht aufbringen können. In 15 Fällen entscheidet allein der Ehemann über die Ausgaben im Haushalt, in den anderen Fällen entscheiden die Frauen über die ihnen zur Verfügung gestellte Summe autonom. In Ferganys Sample entschieden 44% der befragten Frauen über ihr Haushaltsbudget (Fergany 1994:62).

[127] Die InterviewpartnerInnen wurden gebeten, anzugeben, wie viel Geld sie pro Tag für die Ernährung der Familie und andere grundlegende Bedürfnisse ausgeben. Ihre Angaben konnten nicht geprüft werden und stellen deshalb nur grobe Richtwerte dar.

[128] Das *ranking* der teuersten Dinge konnte nur in wenigen Fällen korrekt durchgeführt werden. Meistens antworteten die InterviewpartnerInnen mit einem „Alles ist teuer", auf Nachfrage wurde oft ein Bereich wie z. B. Bildung oder Gesundheit spezifiziert.

Stelle steht das Essen und dann die Nebenkosten. Für das Wohnen zahlen wir 12 £E im Monat, für Energie 18 £E und für das Wasser 4 £E im Monat" (D2).[129]

Parallel zum offiziell kostenfreien Bildungssystem hat sich ein System obligatorischer Privatstunden von der Grundschule bis zur Universität etabliert, das den chronisch unterbezahlten LehrerInnen ein Zusatzeinkommen bietet. Die LehrerInnen geben private Gruppennachhilfestunden, an denen alle SchülerInnen teilnehmen müssen, die ihre Jahresabschlussprüfungen bestehen wollen, wie Um Salwa erläutert.

„Für jedes der Kinder geben wir im Jahr zwischen 300 und 500 £E nur für Privatstunden aus. Diese Stunden sind absolut nötig, nicht weil die Kinder dumm sind, sondern, damit sie die Prüfungen bestehen. Wer vor dem Abi keine Stunden nimmt, kommt einfach nicht durch – dafür sorgen die Lehrer. Am Institut und auch an der Uni, da sind die erfolgreich, die Geld haben. Bücher sind teuer, anziehen muss man sich ordentlich und so weiter" (S9).

Insgesamt ergibt das eine verdeckte Schulgebühr, die für viele arme Familien zu hoch ist (S15, 16, D2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 12). Laut EHDR geben Arme im Durchschnitt 30 £E pro Kopf und Jahr für Bildung aus, Nicht-Arme hingegen 96 £E. Bildung ist zudem im Anpassungszeitraum drastisch teurer geworden, und zwar um 934,2% für die Armen, um 724,2% für die *mildly poor* und um 589,4% für die reichsten 20% der Bevölkerung. Auch hier greifen Teuerungsraten in Strukturen sozialer Ungleichheit verstärkend ein (EHDR 1996:36,96). Diejenigen, die diese Kosten nicht aufbringen können, nehmen die Kinder oft nach der Grundschule von der Schule oder entscheiden sich, nur eines ihrer Kinder auszubilden. Mitte der 1990er Jahre lag die Abbruchquote bei der Grundschulbildung bei 45,6% der SchülerInnen. Zudem haben nur 74% der Jungen und 40% der Mädchen eine Grundschulausbildung erhalten (Nassar 1997:21).

„ERSAP is not the single reason for poverty related illiteracy but is intensifying the consequences of a long run policy of inefficient targeting of basic education services to the poor" (a.a.O.).

Trotz der enormen Fortschritte, die die Öffnung und Verbreiterung des Bildungssystems seit der Revolution für Arme erbracht hat, sind auch in Ägypten höhere Schulbildung und Universitätsausbildung zuungunsten ländlicher Grundschulversorgung gefördert worden (a.a.O.:22). So haben 70% der Bevölkerung mit Kindern ohne jede Schulbildung oder mit Grundschulbildung nur 20% der Bildungsausgaben erhalten, während die 10% Haushalte mit Kindern mit Universitätsausbildung in den Genuss von 50% aller Bildungsausgaben kamen (a.a.O.). Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist im Gefolge der Strukturanpassung jedoch von 3,5% auf 5,5% gestiegen (EHDR 1996:60). Von dieser Summe werden 93% für Gehälter ausgegeben, d.h., dass für die Ausstattung der Schulen eine nur geringe und sinkende Summe zur Verfügung steht (Nassar 1997:21). Hinzu kommt, dass Kinder armer Haushalte in der Schule oft schlecht behandelt werden, wie beispielsweise der zehnjährige Ali aus Z.:

„Ich will nicht mehr in die Schule gehen, wir werden oft geschlagen, weil wir angeblich nicht sauber sind. Ich habe keine ordentlichen Schuhe und nicht so schöne Kleider wie die anderen Kinder. Und wir haben kein Geld für Privatstunden, also bleibe ich sitzen. Das will ich nicht, ich will lieber arbeiten" (Z).

Andere Kinder engagieren sich stark in der Schule und träumen von einer besseren Zukunft. Das ist auch der Traum vieler Eltern, die auf die Bildung ihrer Kinder setzen. Diese Eltern sind oft Analphabeten: im formalen Sample 60% der InterviewpartnerInnen und 68% ihrer Partnerinnen und Partner. Dennoch besuchen in allen Haushalten mit Kindern im schulpflichtigen Alter die Kinder die Schule, in 7 von 52 Fällen sind es ausschließlich

[129] Auch bei der Frage nach den zentralen Problemen werden Bildungskosten gleich nach allgemeinem Geldmangel genannt (E1, 3, A8, S9, 12, 16, 20, D2, 13, F4, 9).

die Jungen, in allen andern Fällen gehen Jungen und Mädchen auf die Schule. So erklärt Abu Ahmed, 31 Jahre alt und Vater von zwei Kindern aus D:

> „Ich bin nicht gebildet, ich habe mühsam das Lesen aus der Zeitung gelernt. Ich versuche, meine Kinder gut auszubilden. Ich will, dass es ihnen besser geht als mir, besser als den Nachbarn und besser als allen anderen Leuten. Wenn mein Sohn studieren will, fein. Meine Tochter wird die Schule beenden und dann heiraten. Sie wird nicht arbeiten, sie ist ja ein Mädchen. Das ist bei uns Bauern so" (D8).

Abu Ahmeds Entscheidung scheint durch den Trend abgelöst zu werden, Jungen schneller von der Schule zu nehmen, weil formale Qualifikation nicht mehr automatisch zu festen Anstellungen im öffentlichen Sektor führt. Stattdessen werden Jungen wieder vermehrt in Lehrberufe orientiert, was den Mädchen in der Familie ermöglicht, länger zur Schule zu gehen (Hoodfar 1996:27; Zibani 1998). Der Vergleich der Einkommensarmut mit der oben diskutierten *capability poverty* zeigt, dass in der Stadt der Mangel an Bildung einen engen Zusammenhang zur Armut vermuten lässt (EHDR 1996:32). Formale Qualifikationen spielen nicht nur für den Zugang zum informellen Sektor ein Rolle, sie erleichtern auch den Zugang zu öffentlichen Institutionen und Dienstleistungen. Soziale Diskriminierung und die hohen Kosten für Bildung schließen Kinder armer Haushalte, und hier insbesondere die Mädchen, strukturell vom Zugang zu Bildung und langfristig besseren Erwerbsmöglichkeiten aus. Soziale Ungleichheiten senken die Möglichkeiten, kulturelles Kapital zu erwerben und zu akkumulieren. Strukturanpassung verschärft diese ungleichen *entitlements*, die die positiven Folgen der nasseristischen Bildungsreform für zukünftige Generationen zu annullieren drohen.

Neben die Kosten für Nahrungsmittel und Bildung treten Mieten und Nebenkosten. Die Mieten schwanken zwischen 50 £E und 3,5 £E pro Monat, durchschnittlich liegen sie bei 15 £E. 19 InterviewpartnerInnen besitzen ihre Hütten bzw. leben in Häusern, die Familienmitgliedern gehören, sie leben in den neuen informellen Squattersiedlungen E, T und A.[130] Die übrigen InterviewpartnerInnen, hauptsächlich die BewohnerInnen in S, D und F, wohnten zur Miete. Einige der MieterInnen zahlen Miete an Familienmitglieder, vier Samplemitglieder zahlen weder Miete, noch besitzen sie ihre Behausung, sondern wohnen umsonst bei Familienmitgliedern.[131] In den neuen informellen Siedlungen werden hohe Mieten verlangt: in T, E und A müssen Familien zwischen 27 und 50 £E für einen kleinen Raum ohne Wasser mit Gemeinschaftstoilette zahlen. Sie sind erst in den letzten Jahren dort eingezogen und von der Preissteigerung am Wohnungsmarkt stark betroffen. In S, F und D liegen die Mieten dagegen zwischen 1,25 £E und 20 £E, da hier langfristige Mietverträge geschlossen wurden, die sich aufgrund der Mietpreisbindung bis 1996 nicht geändert haben. Die Liberalisierung des Mietrechts wird hier für arme und verletzbare Gruppen schmerzhafte Veränderungen bringen. Die Kosten für Gesundheit werden von neun InterviewpartnerInnen (S5, 7, 8, 13, D2, 12, F3, 5, 7) als ihr zentrales Problem beschrieben:

> „Mein größtes Problem ist die Gesundheit. Durch mein Rheuma bin ich wirklich sehr behindert und jede Kleinigkeit wird zur Qual. Ich kann nicht einkaufen, ich kann mich nicht bewegen, ich kann nur schlecht laufen und auch auf die Toilette gehen ist bei unseren Hockklos ein echtes Problem. Ich hätte gern ein Sitz-Klo, aber wie soll das hier gehen (...). Außerdem sind die Medi-

[130] In S und D wurden sechs HausbesitzerInnen interviewt. Aufgrund der hohen Immobilienpreise in beiden Vierteln und aufgrund der Einkommenslage der Haushalte können sie jedoch nicht mehr zum Sample der Armen gerechnet werden.

[131] Nur eine Befragte vermietet einen Raum unter, die meisten anderen Befragten haben entweder selbst nur einen Raum zur Verfügung oder lehnen Untervermietung prinzipiell ab.

> kamente so teuer und das ist wirklich eine Last. Außer für Medikamente bekomme ich auch keine Hilfe von der Kirche" (F7).

Nur wenige christliche Familien erhalten wie Um Georges einen Zuschuss zu ihren Medikamentenkosten von der Kirche und nur eine muslimische Familie kann aufgrund ihrer Einkommenslage verbilligte Medikamente über das Gesundheitsministerium erhalten. Abu Islam erzählt:

> „Unser Sohn Islam ist Epileptiker und braucht regelmäßig Medikamente, die aber sehr teuer sind. Der Arzt hat uns geholfen, einen Antrag zu schreiben, damit wir die Medikamente billiger bekommen, weil wir so arm sind" (D4).

Diese Möglichkeit der staatlichen Hilfe war nur wenigen InterviewpartnerInnen bekannt. Zudem sind staatliche Unterstützungsleistungen häufig nur durch gute Kontakte zu den betreffenden EntscheidungsträgerInnen oder durch langwierige bürokratische Prozeduren zu erhalten. Dementsprechend versuchen die meisten InterviewpartnerInnen, durch das Aufsuchen billiger Ärzte, das Einkaufen billiger Medikamente oder durch das schlichte Nicht-Behandeln ihrer Krankheiten die Kosten für die Gesundheit zu senken.

Arme geben im Durchschnitt pro Kopf und Jahr 25 £E für Gesundheit aus, Nicht-Arme dagegen zwei Mal so viel. Arme nutzen auch die günstigen oder kostenfreien staatlichen Dienste häufiger, da sie auf diese subventionierten Dienstleistungen stärker angewiesen sind als Nicht-Arme (EHDR 1996:35; Rieger 1996:46). Die staatlichen Gesundheitsausgaben sind bereits in der Zeit vor der Anpassung von 3,431 Mrd. £E (1980/81) auf 2,36 Mrd. £E (1989/90) gesunken (Al-Laithy 1997b:157 f.). Pro Kopf ergibt das Gesundheitsausgaben von 4,81 £E (1980) und 4,6 £E (1994/95, in Preisen von 1980/81) (Nassar 1997:16). Bedingt durch den internationalen Preisanstieg bei Medikamenten und die gleichbleibend schlechte finanzielle Ausstattung des Gesundheitsministeriums, stiegen zwischen 1986/87 und 1995 die Preise für Gesundheitsdienste um 170% in städtischen und 166,4% in den ländlichen Gebieten. In der Folge stieg der Anteil der Gesundheitsausgaben an den Gesamtausgaben der unteren Einkommensgruppen von 2% (1980/81) auf 4,6% 1995/96 (a.a.O.:17).

Zudem ist ein starkes *urban bias* und eine bevorzugte Ausstattung von teuren Krankenhäusern anstelle von Basisgesundheitsversorgung nachweisbar. Nur 25% des Budgets des Gesundheitsministeriums werden in die Basisversorgung investiert. Der Großteil der Gelder wird in Krankenhäuser, die zu knapp 60% in städtischen Regionen gelegen sind, eingebracht (a.a.O.:20). Ländliche Gesundheitszentren stellen nur 14% aller Regierungskrankenhausbetten, Basisgesundheitseinrichtungen sind schlechter mit Medikamenten und Untersuchungsgeräten ausgestattet und das Personal wird schlechter bezahlt (Al-Laithy 1997b:159). Zwar ist die Behandlung in staatlichen Krankenhäusern teilweise kostenfrei, doch sie sind schlecht mit Spritzen, Geräten und Medikamenten ausgestattet und die PatientInnen müssen oft für ihre Ernährung selbst sorgen. Nassar führt das Fortbestehen armutsbedingter Krankheiten trotz eines im Vergleich umfassenden Gesundheitsnetzes nicht nur auf die Folgen von ERSAP zurück, sondern auch auf die ineffiziente Zielgruppenerreichung des öffentlichen Gesundheitswesens, das zwar von 77% der untersten Einkommensgruppe, aber immerhin auch von 56% der höchsten Einkommensgruppe genutzt wurde (Nassar 1997:19 ff.). Das Vertrauen in den staatlichen Gesundheitssektor ist aufgrund dieser schlechten Versorgung sehr niedrig (Rieger 1996:47 f.), so dass viele InterviewpartnerInnen von Moscheen oder karitativen Organisationen betriebene Privatkliniken und Praxen bevorzugen, die für Arme und Bedürftige besonders günstige Tarife anbieten.

Junge Männer und Frauen betonen, dass die Kosten für die Eheschließung sie am stärksten bedrücken. Heiraten und eine eigene Familie gründen zu können, ist klassen-

übergreifend für junge Menschen in Ägypten ein zentrales Anliegen (Rugh 1979; Fergany 1994; Singerman 1995; Hoodfar 1997). Für Arme sind diese Kosten unerschwinglich und selbst eine kleine Aussteuer, eine Wohnung in einem Squatterviertel und nur die nötigste Ausstattung erfordern jahrelange Anstrengungen, wie Ahmed beschreibt:

> „Ich arbeite in mehreren Jobs und spare kräftig, rauche weniger und gehe weniger aus. Für das Verlobungsgold brauche ich 1.300 £E und für die Wohnung 3.500 £E. Ein Schlafzimmer kostet 2.000 und die Geräte etwa 1.000 £E. Ich kann nichts von meiner Familie leihen, weil sie gegen die Hochzeit ist. Meine Schwester hat viel Geld, aber das behält sie für sich. Von meinen Freunden kann ich nur 5-15 £E leihen, die haben ja selbst nichts" (S19).

Ahmed verdient momentan knapp 200 £E im Monat, doch ist sein Arbeitsplatz in Gefahr. Er arbeitet unregelmäßig als Musiker auf Hochzeitsfeiern, um ein zusätzliches Einkommen zu erwerben. Er spart in zwei Sparclubs, um überhaupt die im Verhältnis zu seinem Einkommen enormen Summen aufbringen zu können. Einige der Aussteuer-Geräte wird er auf Raten kaufen, um sie dann abzubezahlen. Mohamed (D5) ist in einer ähnlichen Lage und wird außerdem versuchen, als Saisonarbeiter in einem Badeort zusätzliches Geld zu verdienen. Ahmed gehört zu den wenigen, die sich eine eigene Wohnung werden leisten können, viele andere junge Paare leben bei ihren Eltern oder Schwiegereltern, Mädchen erhalten keine oder nur eine sehr kleine Aussteuer, das Verlobungsgold besteht nur aus dem Ring und einem Armreifen.

Die Aussteuer, die der Bräutigam in die Ehe einbringt, ist einerseits sozial normiert, andererseits Produkt langer Verhandlungen zwischen den Eltern der Braut und dem Bräutigam, wie Singerman und Hoodfar anschaulich schildern (Singerman 1995:109 ff.; Hoodfar 1997). Sie spiegelt gesellschaftliche Vorstellungen adäquaten Konsumverhaltens, ebenso wie die Möglichkeiten der jungen Haushalte, materielles Kapital zu akkumulieren und gleichzeitig einen minimalen Lebensstandard zu erreichen. Gasherd und Möbel bleiben für viele junge Leute ein Traum, der nur durch langes Sparen realisiert werden kann. Dennoch finden sich in allen von uns besuchten Haushalten fast immer Konsumgüter wie Fernseher, Radio oder ein Kühlschrank. So verfügen 76% des Samples über einen Fernseher, 73% über einen Gasherd und immerhin 68% über einen Kühlschrank. Waschmaschinen, Telefone, Kassettenrekorder und Ventilatoren finden sich seltener.[132]

Warum investieren arme Haushalte ihre knappen Ressourcen in diese Güter? Oft sind diese Geräte neben einem Bett und einem Schrank die einzigen Besitztümer, sie werden auf Raten gekauft oder aber mühsam erspart. Gerade die Frauen drängen auf die Anschaffung dieser Geräte, nicht nur, weil sie die Haushaltsführung erleichtern, sondern weil diese Konsumgüter wie ein Sparbuch gehandhabt werden. In Notzeiten können sie ohne großen Wertverlust verkauft werden und kompensieren so den mangelnden Zugang zu Krediten (Hoodfar 1997:207). Sie sind nicht nur Prestigeobjekte, die einen minimalen Lebensstandard signalisieren, sie helfen Frauen auch, soziales Kapital zu akkumulieren, etwa wenn sie ihren Nachbarinnen erlauben, verderbliche Waren in ihrem Kühlschrank zu lagern (Hoodfar 1996:18 ff.; 1997:204 ff.). Die Logik der Reziprozität und die gleichzeitige Knappheit von Bargeld in armen Haushalten erschwert das Sparen (Hoodfar 1996:39). Daraus erwächst als rationalste Strategie: „to spend whatever is available on goods that retain their value even though their use might be freely shared with friends and neighbors" (a.a.O.). Das Teilen dieser Ressourcen ist wichtig für die Akkumulation von sozialem Kapital und ermöglicht auch, materielles Kapital zu akkumulieren, da niemand erwartet, dass man im Notfall für einen Nachbarn den Fernseher verkauft,

[132] Diese Quoten liegen höher als die für den von Tekçe et al. untersuchten Bezirk Manshiet Nasr, entsprechen aber den Ergebnissen von Fergany (Fergany 1994:45 f.; Tekçe et al. 1994:103).

wohl aber, dass eventuell vorhandenes Bargeld verliehen wird. Konsumverhalten kann so Großzügigkeit, Sparsamkeit, Klugheit und Wohlstand gleichzeitig ausdrücken (Ghannam 1995; Kuppinger 1995; 1995a).

2.3.6 Einkommen in den Überlebensökonomien

> „Meine Mutter ernährt die Familie. Wir Kinder arbeiten und geben ihr nach eigenem Ermessen ungefähr 20-30 £E pro Woche. Unsere Mutter kann nichts von uns verlangen, aber wir helfen ihr natürlich zu überleben, solange wir noch zu Hause wohnen. Aber wir müssen auch auf die eigene Hochzeit sparen. Die beiden Schwestern bleiben zu Hause und machen den Haushalt, alle anderen arbeiten. Ich hatte einen Schlachterladen, der aber nicht gut gelaufen ist. Ich hatte zu wenig Kundschaft und das Fleisch ist schlecht geworden" (D5).

Ahmed nennt die wichtigsten Einkommensquellen in der Haushaltsökonomie: bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Hausarbeit. Erwerbsarbeit erbringt Geld, Hausarbeit erbringt Geld (bei Verkauf von Produkten aus Heimarbeit), sowie Waren und Dienstleistungen aus nicht-marktförmiger Produktion. Hinzu kommen Einnahmen durch öffentliche Güter und Dienstleistungen, die Haushalte nutzen, eventuell Mieteinnahmen, sowie Geld, Waren und Dienstleistungen als Geschenke oder Erbe. Wichtig sind auch die Managementqualitäten von Frauen bezüglich kurz- und langfristiger Konsum- und Sparstrategien des Haushalts (Hoodfar 1990; 1997:10). Quantitative Untersuchungen erfassen jedoch meist nur die Erwerbsarbeit von Haushaltsmitgliedern. So postuliert der EHDR einen engen Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktstruktur und Armut. Mehr als 50% der Haushalte in den Kategorien „Haushaltsvorstand arbeitslos", „außerhalb des Arbeitsmarktes" oder „unbezahlte Arbeiterin" (Haushalt) sind arm (EHDR 1996:32). 44% aller Haushalte in der Kategorie „selbständig ohne Angestellte", die Beschäftigung im informellen Sektor umfasst, sind arm.

Umgekehrt ist auch der Anteil der unregelmäßig Beschäftigten, Landlosen, Beschäftigten im informellen Sektor und unqualifizierten Beschäftigten an den Armen hoch: 54% aller ländlichen und 40% aller städtischen Haushalte mit Haushaltsvorständen in der Kategorie „*unclassified activity*" (Tagelöhner, Hauspersonal, informeller Sektor) sind arm (a.a.O.:34). Aber auch 33% aller Haushalte, deren Vorstand regelmäßigen Lohn für Arbeit bezieht, sind arm (a.a.O.:33). Bei der Mehrheit der Armen in Ägypten handelt es sich demnach um arbeitende Arme, die im formalen und informellen Sektor keine überlebenssichernden Einkommen erwirtschaften können. Das spiegelt sich auch in meinem Sample wider: Alle erwerbsfähigen Ehemänner und alle weiblichen Haushaltsvorstände im Sample sind erwerbstätig, keiner und keine von ihnen bezeichnet sich als arbeitslos. In vielen Haushalten sind mehrere Personen erwerbstätig. Anders als die Weltbank vermutet, ist nicht der Mangel an Arbeit die Armutsursache, sondern der Mangel an existenzsichernder Arbeit in informellen oder formalen Sektor.

2.3.6.1 Formaler und informeller Sektor

58 Personen im formalen Sample von insgesamt 133 erhobenen Arbeitsverhältnissen dieser Untersuchung verfügen über ein regelmäßiges Arbeitsverhältnis: sie sind überwiegend Angestellte (17) Arbeiter (8), festangestellte Handwerker (12), Fahrer (3) und Angestellte im Dienstleistungsbereich (18). Aber nur 24 verfügen über einen Arbeitsvertrag und Zugang zur Sozialversicherung. Sie sind Arbeiter in Fabriken, Fahrer und Angestellte im öffentlichen Dienst. Abu Mohamed beschreibt die Vorteile des gesicherten Arbeitsplatzes, die über Versicherungen einschließlich Rentenanspruch hinausgehen:

„Außerdem bekommt man als Angestellter natürlich auch Zuschläge und Belohnungen für gute Arbeit und so. Und man genießt Privilegien. Zum Beispiel kann ich über die Firma einen Fernseher oder einen Kühlschrank billiger bekommen oder in günstigen Raten abzahlen" (D1).

In Fällen von Krankheit, Alter und Arbeitsunfähigkeit bieten diese Arbeitsverhältnisse für die gesamte Familie Schutz und Basisversorgung, über die die Mehrheit des Samples nicht verfügt. Diese Vergünstigungen und die Aussicht auf einen sicheren Arbeitsplatz sorgen dafür, dass die schlecht bezahlten Stellen im öffentlichen Dienst attraktiv bleiben (Hoodfar 1990:27 f.). Privatisierung, Reallohnkürzungen und Schrumpfung des öffentlichen Sektors im Rahmen von Strukturanpassung werden jedoch den Zugang armer und unqualifizierter Arbeitskräfte zum zweitwichtigsten Beschäftigungssektor in Ägypten perspektivisch erschweren. So wird die Zahl der abbaubaren Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst auf 600.000 geschätzt, wobei die niedrig oder nicht-qualifizierten Beschäftigten am stärksten von Entlassungen bedroht sein werden (Al-Laithy 1997b:149 f.). Bisher sind die Reform des Staatssektors und die Privatisierung aufgrund der hohen politischen Kosten jedoch nur schleppend durchgeführt worden (Handoussa 1994; Wurzel 2000; 2001). Schon jetzt sorgen niedrige Wachstumsquoten, der Rückgang öffentlicher und privater Investitionen und die niedrige Produktivität des öffentlichen Sektors für anhaltend hohe Arbeitslosenzahlen (Korayem 1996:31 ff.).

„And since the poor are those who are the least educated, and who do not have influential social connections, their chances of getting a job and earn income for living will be reduced when the labour market tightens up" (Korayem 1994:51).

So weicht über die Hälfte der Befragten auf den informellen Sektor aus. In 75 von 133 Fällen arbeiten die Männer und Frauen in ungeschützten und prekären Arbeitsverhältnissen als *arzuqis* oder Tagelöhner in Abgrenzung zu festangestellten *muwassafin*. Einige warten morgens in bestimmten Cafés oder an Straßenecken, um für den Tag angeheuert zu werden. Andere arbeiten regelmäßig für bestimmte Auftraggeber, ohne Verträge und je nach Auftragslage. Auch fliegende Händler und Verkäufer jeder Art bezeichnen sich als *arzuqis*, weil ihre Tätigkeit völlig ungeschützt ist.

„Mein Mann ist *arzuqi*, was sollen wir tun. Manchmal bringt er 10 £E nach Hause und manchmal nichts – wir wissen immer erst abends, ob und was wir am nächsten Tag essen können. Und wenn er krank wird, was Gott verhüten möge, dann verdient er natürlich gar nichts" (A4).

Um Sabir und ihre Familie sind den Risiken von Arbeitsunfähigkeit und konjunkturellen Schwankungen gegenüber besonders verletzlich, denn Verdienstausfälle können nicht kompensiert werden. Über die genaue Zahl der Beschäftigten im informellen Sektor lassen sich nur Schätzungen finden. So arbeiteten 1994 27% oder 1,9 Millionen aller Beschäftigten in Ägypten im privaten Sektor außerhalb registrierter Firmen. Das entspricht 60% aller Beschäftigten im privaten Sektor. Werden Kinderarbeit und die Beschäftigung in Firmen mit weniger als fünf Angestellten hinzugenommen, schätzt der EHDR die Zahl der in den 1990er Jahren im informellen Sektor tätigen Menschen auf 3 Millionen (EHDR 1996:4, 51). Das entspricht offiziellen Angaben zufolge 70% aller Beschäftigten in Kairo und 63% aller Beschäftigten in Alexandria (a.a.O.:51).[133]

In Ägypten begann Anfang der 1980er Jahre eine lebhafte Debatte um die Rolle des informellen Sektors für die ägyptische Wirtschaft, wobei zumeist die ILO-Kriterien für seine Definition übernommen wurden (Kharoufi 1991:9; Hopkins 1991; 1991a). Die erste statistische Erhebung zum informellen Sektor in Ägypten wurde 1985 von CAPMAS

[133] Der EHDR unterscheidet zwei Formen der Beschäftigung im informellen Sektor: *dead end survival* und *upper end* mit Aufstiegsmöglichkeit. Der informelle Sektor schließt ein: Firmen unterhalb einer bestimmten Firmengröße, die nicht formal registriert sind, Familienunternehmen, unregistrierte Selbständigkeit, Zulieferer, die Stückzahlen abliefern, Hausangestellte, Menschen mit mehr als einer Beschäftigung (EHDR 1996:51).

durchgeführt (Abdel-Fadil 1983; CAPMAS 1990; Charmes 1991; Rizq 1991).[134] Wichtige Kennzeichen des informellen Sektors sind die hohe Fluktuation von Arbeitskräften, die niedrige Bezahlung (siehe gegenteilige Einschätzung bei Charmes 1991:37) und die unsicheren Arbeitsbedingungen.[135] Dabei spielt die Arbeit von Kindern und Frauen als billige und flexible Arbeitskräfte eine besondere Rolle (Ibrahim 1985; Khouri-Dagher 1985; Semsek 1986; Abdallah 1988; Hopkins 1991a; Zibani 1997; 1998). Einigkeit herrscht darüber, dass der informelle Sektor aufgrund seiner Heterogenität nicht pauschal als Beschäftigungssackgasse betrachtet werden kann (Aly 1994:42 ff., Meyer 2001). Der informelle Sektor ist kein Übergangsphänomen, sondern integraler Bestandteil der ägyptischen Ökonomie. Der EHDR bezeichnet ihn aber auch als Armutsfalle, was mit der geringen Durchlässigkeit vom informellen zum formalen Sektor begründet wird (EHDR 1996:56). Problematisch an dieser Einschätzung ist, dass sich Ursache und Wirkung zu vertauschen drohen, wenn die AutorInnen festhalten, dass „informal sector occupations as a major source of urban poverty in Egypt" zu gelten hätten (a.a.O.:50). Nicht die Informalität der Beschäftigung, sondern nicht-existenzsichernde Löhne und Unsicherheit können die Beschäftigung im informellen Sektor zur Armutsfalle werden lassen.

Hauptbeschäftigungsfelder im informellen Sektor sind für Männer Handwerk, Dienstleitungen und Handel. Frauen sind in meinem Sample als Händlerinnen oder im Dienstleistungsektor tätig. Im formalen Sample der *arzuqis* sind 20 Personen informelle HändlerInnen und 21 Männer arbeiten als Handwerker. Der Rest des Samples ist im Dienstleistungsbereich (Putzfrauen, Musiker, Kellner) und als Arbeiter tätig. Kioske im Wohnzimmer, Stände auf der Straße, saisonaler Verkauf beispielsweise von gerösteten Maiskolben im Herbst, Herstellung von Nahrungsmitteln für den Weiterverkauf, Putzen und Kleintierhaltung für den eigenen Bedarf oder den Verkauf helfen Frauen unter sehr ungeschützten Bedingungen im informellen Sektor zu überleben (Rugh 1979:83; Wikan 1980; Fergany 1994; Gertel, Samir 1995; Kuppinger 1995a; Singerman, Hoodfar 1996; 1997). Junge Frauen arbeiten häufig für ihren Anteil an der Aussteuer als Verkäuferinnen, Näherinnen oder Arbeiterinnen in kleinen Werkstätten.

Der nicht-lizenzierte Handel auf der Straße ist oft von Konfiszierungen und Polizeiübergriffen bedroht, die Verkaufsrisiken werden allein vom Händler bzw. von der Händlerin getragen. Insbesondere umherwandernde HändlerInnen, die ihre Waren acht bis zwölf Stunden auf dem Kopf durch die heißen Gassen der Stadt tragen, sind enormen körperlichen Belastungen ausgesetzt. Um Karim ist geschieden und unterhält mit ihrer verwitweten Mutter und ihrer unverheirateten Schwester einen gut gehenden Gemüsestand auf dem Bürgersteig unter Bäumen am hinteren Ende einer Einkaufstraße in einem Mittelklasseviertel in Kairo. Davon ernährt sie ihre Familie sowie die drei Kinder ihrer bei einem Unfall verstorbenen Schwester. Seit einer Woche steht ihre Existenz auf dem Spiel, da täglich Waren im Wert von bis zu 150 £E konfisziert werden. Um Karim erzählt empört:

> „Ich bin hier geboren, wir arbeiten hier seit 40 Jahren und bisher haben wir unsere Probleme mit der Polizei immer lösen können. Aber dieser da, der hat gar kein Herz, der ist ein Tier, der ist hart wie Stein, ein fürchterlicher Typ. Das ist so einer, dem es egal ist, wenn die Leute verhungern,

[134] Diese und andere statistische Studien sind vor allem wegen ihrer zum Teil eingeschränkten Definitionen des informellen Sektors und der eingeschränkten Zuverlässigkeit der verarbeiteten Daten kritisiert worden (Kharoufi 1990; Hopkins 1991; Kharoufi 1991).

[135] In wirtschaftsanthropologischen Studien wurden einzelne Segmente des informellen Sektors wie ObsthändlerInnen (Kharoufi 1991a; Loza 1991), die Entstehung illegaler Märkte (Tadros et al. 1990), Aluminiumverarbeitung (Semsek 1986; Semsek, Stauth 1987; Stauth 1991), die Rolle und Organisation der Kairoer Müllsammler, der *zabbalin*, (Wilms 1985; Assad 1988), informelles Bauwesen (Oldham et al. 1987) und Kleinproduktion (Mead 1982; Meyer 1988; 2001) untersucht.

> dem es egal ist, wie wir überleben, dem es egal ist, was aus meinen Kindern wird. Der scheint nie zu schlafen, kommt zu jeder Tages- und Nachtzeit und trägt unsere Sachen davon. Was sollen wir denn machen? Dahinten im Markt verkaufe ich nicht halb so viel, wie hier auf dem Bürgersteig. Die Leute wollen bequem einkaufen, wer wird dann noch an meinen Stand kommen, wenn man extra laufen muss? Was sollen wir nur machen? Aber Gott ist mit uns, Gott ist mit den Gerechten und er wird uns helfen" (I1)

Viele ihrer Kundinnen sind die Ehefrauen einflussreicher Leute. Ist von ihnen Hilfe zu erwarten? Um Karim verneint:

> „Du weißt doch wie die Leute sind, reden viel und machen wenig. Am Ende sind die oben und wir unten. Weißt du, eine hat mir gesagt, mein Mann arbeitet im Ministerium und hat einen hohen Posten, und er hat diese Entscheidung, alle Bürgersteige in Kairo räumen zu lassen, getroffen. Was willst du so einer noch sagen, die dir sagt, es war mein Mann, der das beschlossen hat? Was soll die noch tun? Die Leute haben kein Herz, sie verstehen uns einfach nicht" (I1)

Hinter diesen Vertreibungsaktionen steht auch das Bild einer modernen und sauberen Stadt. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Zeitungsartikeln der chaotische und unorganisierte Straßenhandel kritisiert und mit Rückständigkeit gleichgesetzt (Kuppinger 1995a). Zudem unterstützen die Ladenbesitzer die Verfolgung informeller HändlerInnen, weil sie den Preisdruck vor der eigenen Ladentür befürchten. Da informelle HändlerInnen keine Kosten für Miete, Strom und Lagerhaltung aufbringen müssen, können sie gleiche Produkte oft zu günstigeren Preisen anbieten. Einige LadenbesitzerInnen verlangen deshalb von den informellen HändlerInnen vor ihrer Ladentür „Miete" für den besetzten Bürgersteig. Zusätzlich sind informelle HändlerInnen auf die Kooperation mit den örtlichen Polizeikräften angewiesen, die sie mit Geld oder Naturalien bestechen, um vor Übergriffen geschützt zu sein.

Der Staat wird als Repressionsmacht wahrgenommen, der gegenüber individuelle Lösungen zur zeitweiligen Sicherung der Überlebensökonomie angewendet werden, ohne die strukturelle Verletzbarkeit gegenüber diesen Formen staatlicher Gewalt aufheben zu können. Frauen befinden sich zudem auch in Gefahr, Opfer körperlicher und sexueller Angriffe durch die Polizeikräfte, Ladenbesitzer oder Arbeitgeber zu werden.[136] So greifen geschlechtsbedingte soziale Ungleichheit und die Struktur der Überlebensökonomien mit einem doppelt negativen Effekt für Frauen ineinander.

2.3.6.2 Die Haushaltseinkommen im Sample

> „Wir brauchen 5-15 £E am Tag und essen einmal pro Woche Fleisch. Mein Mann gibt mir, je nachdem wie viel er verdient, 5-15 £E für den Haushalt pro Tag. Er verdient zwischen 10 und 15 £E am Tag. Mein Sohn arbeitet im gleichen Café als Kellner und gibt mir Geld, wenn er etwas übrig hat. Ansonsten spart er auf seine Hochzeit. Meine Töchter sind alle verheiratet und arbeiten, sie verdienen Geld für ihren eigenen Haushalt und können mir nichts geben" (S1).

Die meisten InterviewpartnerInnen haben nur einen festen Arbeitsplatz, die Zahl der zusätzlichen Gelegenheitsjobs liegt mit 13 von 133 Arbeitsverhältnissen niedrig. Arme in meinem Sample verfügen also über weniger Handlungsspielräume für die Erwirtschaftung zusätzlicher Ressourcen, als Nicht-Arme (EHDR 1996:36). Denn die Beschäftigungsstruktur ermöglicht zusätzliche Arbeit nur neben einer Hauptbeschäftigung mit geregelten Arbeitszeiten, was für *arzuqis* (Tagelöhner) nicht zutrifft. Auch die Arbeitsmigration bleibt den armen Haushalten in meiner Untersuchung meist verschlossen: In nur vier Fällen

[136] Robertson weist in ihrer qualitativen Studie über Händlerinnen im informellen Sektor Nairobis darauf hin, dass Legalisierungen von Produktion und Handel im informellen Sektor überwiegend Männer im produzierenden Gewerbe zugute gekommen sind, während Frauen überdurchschnittlich oft von Polizeiverfolgung und unsicheren Arbeitsbedingungen betroffen sind (Robertson 1995:85).

arbeite(te)n Ehemänner oder Söhne im arabischen Ausland, um ihre Familien zu unterstützen bzw. das nötige Geld für die eigene Hochzeit zu sparen (S2, 4, 14, D3 ex). So etwa bei Um Nasser:

> „Mein Sohn lebt und arbeitet in Saudi-Arabien. Dort hat er zwei Jobs und er schickt uns regelmäßig Geld. Meine beiden anderen Söhne arbeiten ebenfalls und geben mir Geld – schließlich wohnen sie auch bei mir. Aber sie müssen auch für die eigene Hochzeit sparen. Meine verheiratete Tochter war auch berufstätig, um sich ihre Aussteuer zu erarbeiten, das hätten wir sonst nie geschafft" (S14).

Die Grundkosten der Migration, die für Arbeitsvermittlung, Aufenthaltsgenehmigung und Transport anfallen, können arme Haushalte nur in seltenen Fällen aufbringen. Sie bleiben auf den lokalen Arbeitsmarkt und die dortigen niedrigen Lohnniveaus angewiesen. Mangel an Ressourcen verstärkt so eine vorhandene Ungleichheit und schränkt die Handlungsoptionen armer Haushalte drastisch ein.

Anders als in den Daten des EHDR, hängen in meiner Untersuchung nur 45% der Haushalte ausschließlich vom Einkommen des Haushaltsvorstandes ab. Laut EHDR werden in armen Haushalten 67% des Einkommens vom Vorstand, 16% von anderen Mitgliedern und 17% aus anderen Quellen, die sich zu gleichen Teilen aus Besitz und Unterstützung von Verwandten oder NGO speisen, erwirtschaftet (EHDR 1996:36).[137] So detaillierte Angaben kann ich nicht machen, insbesondere der Beitrag einzelner Haushaltsmitglieder lässt sich aus meinen Daten nicht genau ermitteln, weil er häufig sehr schwankt. Da die wenigsten Ehemänner und Söhne regelmäßige Gehaltszahlungen bekommen, wissen die Frauen oft nicht, wie viel ihnen zur Verfügung stehen wird. Söhne und Töchter, die erwerbstätig sind, tragen häufig nur unregelmäßig bei, wenn es einen anderen Hauptverdiener gibt. Hinzu kommt, dass auch in meinen Daten die Erwerbsquote von Frauen stark unterbewertet ist.[138]

In 55% der Fälle (33 Haushalte) trägt mehr als eine Person zum Einkommen bei, davon wiederum in der Mehrzahl der Fälle eine weitere Person. In immerhin neun Haushalten dieser Gruppe arbeiteten drei Haushaltsmitglieder. Bei zwei Einkommen arbeiten in meinem Sample entweder Ehemann und Ehefrau oder Ehemann und Sohn. Bei drei Einkommen arbeiten meist Ehemann, Sohn und Tochter. Brüder, Schwestern und Eltern der InterviewpartnerInnen tragen selten zum Haushaltseinkommen bei, normalerweise nur, wenn sie auch in der gemeinsamen Wohnung leben, oder aber die Familie durch regelmäßige Zahlungen unterstützen.[139] Steuern Söhne, Töchter oder unverheiratete Geschwister zum Einkommen zusätzlich bei, so wird ab einem bestimmten Alter nicht erwartet, dass sie ihren gesamten Lohn der Familie zur Verfügung stellen, sondern für die Anmietung einer Wohnung und Möbel (Männer) oder ihre Küchenausstattung (Frauen) sparen (S5, 6). Institutionen, vor allem die Kirche, spielen für arme christliche Haushalte eine Rolle, da sie in einigen Fällen finanzielle Unterstützung für die Familien bereitstellen.

Frauen leisten außerdem durch Kleintierhaltung einen zusätzlichen nicht-monetären Beitrag zur Überlebensökonomie (Hoodfar 1997; Kuppinger 1990; 1995). Über ein Drittel des Samples hält Kleintiere wie Hühner, Kaninchen, Tauben, Ziegen, Gänse und Enten überwiegend für den Eigenbedarf. Kinderarbeit von Kindern unter 15 Jahren

[137] Arme und nicht-arme Haushalten verfügen über sehr ähnliche Verdienststrukturen (EHDR 1996:36).
[138] Männliche Interviewpartner könnten erwerbstätige weibliche Haushaltsmitglieder verschwiegen haben, weil der sozialen Norm gemäß Frauen nicht erwerbstätig sein sollten. Frauen wiederum geben ihre informellen Einkommensquellen aus dem Handel oder aus dem Familienbetrieb oft nicht an, weil sie sie nicht als „Arbeit" definieren.
[139] Die Frage nach den Beschäftigungsverhältnissen erfasst Haupt- und Nebenbeschäftigungen, monatlichen Lohn, soziale Absicherung, Beitrag zum Haushaltsbudget und tägliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen im Haushalt. Die Beschäftigungen selbst wurden meist ohne Zögern genannt, die monatlichen Einkommen selten.

kommt im formalen Sample offiziell nicht vor. Einige Eltern erwähnen, dass ihre Söhne in den Ferien als Aushilfen arbeiten, diese Kinder waren älter als 15. Im informellen Sample wurde über Kinderarbeit nicht gesprochen, ich nehme aber an, dass einige der Jungen und Mädchen zwischen 10 und 12 Jahren zumindest zeitweise arbeiten (Zibani 1998).[140]

Die Einkommen, die im informellen Sektor erwirtschaftet werden können, schwanken stark. Durchschnittlich verdienen unsere InterviewpartnerInnen pro Kopf 45,3 £E im Monat, wobei das höchste Einkommen bei 133,3 £E im Monat und das niedrigste bei 12,9 £E im Monat liegt. Diese Schwankungen erklären sich dadurch, dass das Sample nicht ausschließlich einkommensarme Haushalte umfasst. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt bei 249,50 £E im Monat mit einer Schwankungsbreite von 500 £E (S13) als höchstem und 90 £E (F8, E1) als niedrigstem.[141] Deboulet und Fergany kommen zu ähnlichen Werten, so dass davon auszugehen ist, dass auch meine kleine Datenbasis einigermaßen zuverlässige Richtwerte ergibt (Deboulet 1994; Fergany 1994).[142] Abhängig von der gewählten Armutslinie lassen sich auch in meinem kleinen Sample bereits große Schwankungsbreiten im Armutsbefund zeigen. Werden die in den Interviews angegebenen durchschnittlichen Tagesbedarfe als relative Ausgabenarmutslinie angelegt, so ergibt sich, dass 24 Haushalte sehr arm, 23 arm und 13 „mild arm" sind. Wird das Haushaltseinkommen pro Monat zum Maßstab genommen, so sind 16 Haushalte sehr arm, 25 arm und 19 mild arm. Gilt die Armutslinie des EHDR, so sind 34 Haushalte der Untersuchung sehr arm.[143] Die bei mir als „arm" bezeichneten InterviewpartnerInnen (25 Fälle) würden mit einem maximalen Jahreseinkommen von 1092 £E in den Kategorien des EHDR zu den so genannten mild Armen gehören.[144] Die in meiner Kategorisierung als „mild arm" bezeichneten Menschen mit einem Pro-Kopf Einkommen von monatlich 92-137 £E würden gar nicht mehr als arm gelten (4 Fälle).[145]

2.3.6.3 Überlebenssicherung durch staatliche Institutionen und NGO

> „Ich bin seit meinem ersten Lebensjahr schwer gehbehindert und konnte deshalb nie arbeiten. Ich habe meine Schwestern mit großgezogen und sie kommen oft. Finanziell bin ich völlig von der Unterstützung der Kirche abhängig, jenseits dessen gibt es nichts für mich. Ich bin durch meine Behinderung so hilflos, wenn ich aus dem Bett falle oder auf der Erde sitze, ich komme allein nicht hoch. Das einzige was ich tun kann, ist nähen, aber das mache ich nur für mich, nicht zum Verkaufen. Ich habe zum Beispiel versucht, die Sadat-Rente zu beantragen. Als arme Witwe

[140] Die große Zahl arbeitender Kinder, die jeden Tag auf Kairos Straßen, in den Werkstätten, auf den Märkten, in den Töpfereien, Webereien, Gerbereien zu sehen sind, lässt es sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass in beiden Samples keine arbeitenden Kinder vertreten sind (Semsek 1986; Abdallah 1988; Zibani 1997; 1998).

[141] Um eine ungefähre Einordnung der finanziellen Lage der Haushalte erstellen zu können, habe ich in allen Fällen, in denen keine konkrete Angaben vorlagen, mit dem/der jeweiligen MitarbeiterIn das Einkommen auf Basis der uns vorliegenden Angaben, unserer persönlichen Beobachtungen und dem in einigen Fällen vorhandenen persönlichen Wissen des/der MitarbeiterIn geschätzt. Die Angaben sind also nur als Richtungswerte zu sehen. Als Kontrollfrage wurde die Frage nach dem Tagesbedarf eingesetzt, sie ist konkreter und wurde in den meisten Fällen beantwortet. Diese Angaben erscheinen zuverlässiger, als die pauschalen Angaben über den monatlichen Verdienst. Wenn eine große Diskrepanz zwischen dem Tagesbedarf und dem angegebenen monatlichen Verdienst besteht, ist davon auszugehen, dass eine der Angaben falsch ist, wahrscheinlich die monatliche.

[142] In D errechnete Deboulet ein Einkommen von durchschnittlich 209 £E pro Haushalt und Monat, die meisten InterviewpartnerInnen verfügten über 150 bis 200 £E (Deboulet 1994:250). Fergany errechnet für Boulaq ein durchschnittliches Monatseinkommen von 69 £E pro Person und 263 £E für den Haushalt (Fergany 1994:42).

[143] Es handelt sich dabei um folgende InterviewpartnerInnen: E (1, 2, 3), T (1, 2, 4, 5), A (3, 5, 6, 7, 8), S (2,3, 5, 6, 7, 10, 11, 14, 15, 16, 18, 20), D (3, 5, 12, 13), F (1, 2, 4, 5, 6, 7).

[144] Es handelt sich dabei um folgende InterviewpartnerInnen: E4, T3, A (1, 2, 4, 9), S (1, 4, 8, 9, 12, 17, 19), D (1, 2, 4, 6, 7, 8, 9), F (3, 9).

[145] Es handelt sich dabei um folgende InterviewpartnerInnen: S13, D (10, 11), F8.

> steht sie mir ja eigentlich auch zu. Das hat alles so schrecklich lange gedauert, ich hab allein 2 Monate gebraucht, um die Antragsformulare zu bekommen. Und damals war ich noch jung und konnte noch gut laufen. Heute könnte ich das alles gar nicht mehr machen! Ich bekomme 34 £E im Monat als Rente, aber bis das soweit war, meine Güte! Mein Mann hatte gar keine Papiere, ich also auch nicht und deshalb gab es für ihn auch keine richtige Todesurkunde und deshalb ging das alles nicht" (F8).

Die Christin Karima aus F erhält, wie sieben weitere Frauen aus dem formalen Sample, Unterstützung von der Kirche und gleichzeitig die Sadat-Rente. Sie lebt in einem kleinen Zimmer von 10 Quadratmetern, in dem Bett und Sitzbank, ein wackeliger Stuhl und ein kleines Schränkchen stehen. Die Wände sind nicht gestrichen, aber mit Geschenkpapier und Heiligenbildern dekoriert. In einer Abseite steht ein Gaskocher, Kühlschrank und Herd gibt es nicht. Die Luft ist feucht, das Zimmer hat nur ein kleines Fensterchen.

Zwar steht allen ägyptischen BürgerInnen laut Verfassung die Absicherung im Krankheitsfall, bei Behinderung oder Arbeitslosigkeit und Rente zu, doch waren 1991 nur 26,5% und 1995/96 27% der Bevölkerung sozialversichert (Rieger 1996:31; Loewe 2000; El Shorbagi 2001:9).[146] Laut Loewe ist das ägyptische Sozialversicherungssystem sehr umfassend und leidet nicht unter Ressourcenmangel, sondern unter der ungerechten Allokation der Mittel auf die verschiedenen Systeme, „die zu Ineffizienzen und Ungerechtigkeiten führt" (Loewe 2000:IV,16 ff.). Die wichtigste Leistung sind Renten im Fall von Erwerbsunfähigkeit und Pensionierung. Leistungen der Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden in geringem Umfang und ausschließlich an ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Sektor (Krankenversicherung)[147] bzw. privaten Sektor (Arbeitslosenversicherung) ausgezahlt (Rieger 1996:32; Loewe 2000:19 ff.).[148]

Nassar hält allein die Rentenversicherung nach Gesetz 112/1980, die Kleinbauern, unregelmäßig Beschäftigten, Hausangestellten u.ä. eine Altersversorgung auf Grundlage freiwilliger Beitragszahlungen von monatlich 0,3 £E anbietet, für armutsrelevant (Nassar 1997:6). Die Versicherten erhalten 45 £E monatliche Rentenzahlung. 1994/95 wurden 7.489.000 £E an 5.537.000 Personen in dieser Versicherungskategorie ausgeschüttet (EHDR 1996:93).[149] Diese Gruppe macht knapp 35% aller sozialversicherten Beitrag-

[146] Das klassische beitragsabhängige Sozialversicherungssystem umfasst in Ägypten vier Programme, die 1994/95 15.883.000 Arbeitsunfähige und 5.986.900 RentnerInnen versorgten. Umfassenden Versicherungsschutz genießt keine dieser Gruppen: ArbeitnehmerInnen der öffentlichen Verwaltung und öffentlicher Betriebe sind durch die allgemeine Sozialversicherung für den Renten-, Krankheits- und Erwerbsunfähigkeitsfall versichert. ArbeitnehmerInnen im privaten Sektor sind renten-, erwerbsunfähigkeits- und arbeitslosenversichert, während Selbständige und ArbeitsmigrantInnen ausschließlich Ansprüche auf Rentenversicherung erwerben können (Rieger 1996:32). Pflichtversichert sind ArbeitnehmerInnen im öffentlichen und privaten Sektor, freiwillig versichern können sich Selbständige, ArbeitsmigrantInnen und abhängig Beschäftigte, die von anderen Sozialversicherungssystemen nicht erfasst sind (a.a.O.:30 f.). Das entspricht 27,5% bzw. 10,3% der Bevölkerung (Nassar 1997:6). Die Mehrheit der Versicherten (54,7%) wurde dabei durch Gesetz Nr. 79/1975 für Angestellte des öffentlichen und privaten Sektors abgesichert. 9,9% der Versicherten wurde durch Gesetz 108/1976 für Selbständige rentenversichert. Weitere 0,4% erhielten Pensionen nach Gesetz 50/1978, das ArbeitsmigrantInnen die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung zubilligt (a.a.O.:6). Im formalen Sample dieser Untersuchung machen versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse nur acht von 153 Einkommensquellen aus.

[147] Rieger schätzt den Anteil der 1993 krankenversicherten Bevölkerung auf 15% (Rieger 1996:37). Die Leistungen umfassen Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Behandlung und Pflege in Krankenhäusern, Medikamente und Prothesen sowie die Behandlung durch KassenärztInnen (a.a.O.:38).

[148] Die extrem niedrigen EmpfängerInnenzahlen in der Arbeitslosenversicherung hängen erstens damit zusammen, dass Angestellte im öffentlichen Sektor von der Arbeitslosenversicherung aufgrund ihres unkündbaren Status ausgeschlossen sind (Nassar 1997:10). Zweitens besteht der Großteil der ägyptischen Arbeitslosen aus noch nie beschäftigten Hoch- und FachhochschulabsolventInnen, die keinen Versicherungsanspruch erwerben konnten (Rieger 1996:40). 1981/82 erhielten nur 1.437 Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (a.a.O.).

[149] El Shorbagi gibt eine niedrigere Quote von nur knapp 250.000 Personen (1996/97) an (El Shorbagi 2001:8).

sempfängerInnen in Ägypten aus (Nassar 1997:6). In meinem Sample erhielt keinE BefragtEr Leistungen aus dieser Versicherung.

Das Netz sozialer Sicherung jenseits beitragsabhängiger Zahlungen vor der Strukturanpassung beschreibt der EHDR als „an extensive system of untargeted, budget financed subsidies covering basic foods, housing, transport, electricity and energy products, education and health services", das durch die sozialhilfeähnlichen staatlichen Zahlungen der Sadat-Pension, zinsfreie Darlehen der *Nasser Social Bank* sowie private Initiativen, *zakat*-Spenden und NGO ergänzt wurde (EHDR 1996:75; El Shorbagi 2001).[150] Hinzu kommt eine Vielzahl staatlich geförderter Alphabetisierungsprogramme und Projekte zur ländlichen Entwicklung, die hier nicht ausführlich geschildert werden können (Assad, Rouchdy 1998:33). Zu den wichtigsten Hilfsprogrammen gehört die Sadat-Pension, die 1980 für alte Menschen über 65 Jahre und körperlich stark Behinderte, die keine andere Unterstützung erhalten, ins Leben gerufen wurde (Rieger 1996:41 f.). In den Genuss dieser direkten und beitragsunabhängigen Leistungen kamen 1984/85 nur etwas mehr als 200.000 Personen und 1994/95 920.000 Personen (EHDR 1996:93).[151] 23% der Empfängerinnen waren Witwen, 22% geschiedene Frauen, 29% Behinderte, 19% Alte und 1,5% Kinder geschiedener Frauen (Nassar 1997:6). Die Rentenzahlung beträgt durchschnittlich 37-£E monatlich, liegt also unter der Armutslinie (a.a.O.:11). Außerdem sank die Zahl der HilfsempfängerInnen der Sadat-Pension allein zwischen 1987 und 1994 um knapp 35% (Rieger 1996:41; Nassar 1997:7 ff.). Nassar und Rieger gehen davon aus, dass die Sadat-Pension nur jedeN fünfteN BedürftigeN erreicht (Rieger 1996:41; Nassar 1997). So machen zwar Renten nach Gesetz 112/1980 und die Sadat-Pension knapp 45% aller Renten in Ägypten aus, die ausgezahlte Summe entspricht allerdings nur 6,1% aller Rentengelder (Nassar 1997:8; Loewe 2000:42). Die zudem oftmals klientelistische Zuteilung staatlicher Dienstleistungen führt systematisch zum Ausschluss derer, die nicht über das nötige soziale oder materielle Kapital verfügen, um sich Zugang zu diesen Leistungen zu verschaffen. So berichtet der Haushalt in D, der vergünstigte Medikamente erhält:

> „Man braucht auf jeden Fall Beziehungen (*wasta*), um irgendwas in der Bürokratie zu erledigen. Meine Schwester kannte eine Dame, die den Prozess auf dem Amt beschleunigen konnte. Und ohne geht es nicht. Sonst wartet man ewig und ist gestorben, bis die Papiere fertig sind. Und natürlich die Korruption (*rashwa*) überall" (D8).

Die Kombination von Bestechlichkeit, Unterbezahlung und bürokratischer Undurchschaubarkeit macht Behördengänge für viele arme und verletzbare Menschen zu zeit- und kostenintensiven Unternehmungen mit einer unbalancierten Kosten-Nutzen-Relation. Das hat zur Entstehung eines Typs von bezahlten Kleinvermittlern geführt, die diese Behördengänge erledigen, da insbesondere Arme sich zwar bemühen, in ihre Netzwerke Menschen einzubinden, die in Behörden und Institutionen intervenieren können, was ihnen aber aufgrund mangelnder Ressourcen oft nicht gelingt (El Shorbagi 2001:10, vgl. Kapitel 5). Auch Nassar hebt Überbürokratisierung und stark fragmentierte Zuständigkei-

[150] Neben der Sadat-Pension besteht noch eine Rentenversicherung nach Gesetz 30/1977 und Gesetz 88/1996 für Witwen, geschiedene Frauen, Waisen, Gefangene und ihre Familien und Behinderte, die monatliche Zahlungen zwischen und 10 und 33 £E erhalten. Die Familien von Gefangenen erhalten bis zu 33 £E und Waisenkinder ca. 10 £E (EHDR 1996:93; Nassar 1997:7). Neben der wichtigen Sadat-Pension unterhält das Sozialministerium folgende Unterstützungsprojekte für Arme: Das *productive families project*, das 1964 gegründet wurde, um arme Haushalte beim Aufbau produktiver Heimarbeit durch Training und Darlehen zu unterstützen. Das Programm ist in allen 27 Gouvernoraten des Landes vertreten und betreute zwischen 1992 und 1996 ca. 1 Million KlientInnen (EHDR 1996:92). Laut Nassar hat sich die Zahl der HilfsempfängerInnen zwischen 1981/82 und 1994/95 um 1030,6% von 72.527 auf 820.000 Familien gesteigert (Nassar 1997:15).

[151] Rieger gibt Zahlungen zwischen 27 und 57 £E an und beziffert die LeistungsempfängerInnen 1994/95 mit 900.000 (Rieger 1996:41).

ten unterschiedlicher Behörden als wichtige Ursache für die besondere Unzulänglichkeit staatlicher Armutshilfe hervor (Nassar 1997:11). Wichtiger als staatliche Unterstützung ist häufig Unterstützungsarbeit durch christliche wie islamische NGO (vgl. Kapitel 5). Sie organisieren Alphabetisierung, finanzielle Hilfe und die Bereitstellung medizinischer und sozialer Dienste (Rieger 1996:56 ff.; Nassar 1997; El Shorbagi 2001:7). Mariam ist die Leiterin des lokalen Hilfsfonds einer Kirche in D, sie berichtet über ihre Arbeit:

> „Wir bieten direkte monatliche Hilfen für arme alte Frauen und Männer an und für einkommensschwache Familien. Wir übernehmen die Kosten für Essen, manchmal die Miete, oft die Medikamente, Schulgeld für die Kinder, Prothesen für Behinderte, aber auch medizinische Unterstützung und Training, je nachdem, was die Kinder brauchen. Die direkten Hilfen gehen an etwa 200 Familien, aber natürlich sind die Summen sehr niedrig. Für direkte finanzielle Hilfen geben wir im Monat 1.200 £E aus, für Medikamente etwa 1.500 £E, der Anteil an solchen Hilfen ist also sehr viel höher. Bildung, Ärzte und Medikamente sind für arme Leute sehr teuer, zu teuer, um sich das wirklich leisten zu können, und da hilft dann die Kirche. Wir haben auch ein Jugendhilfe-Programm, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir bezahlen den Jungen eine Ausbildung oder geben Startkapital, das sie, wenn sie Erfolg haben und arbeiten und Geld verdienen, zu einem Viertel zurückzahlen müssen. Davon wird dann das nächste Projekt finanziert. Und die Kirche hilft bei baulichen Maßnahmen. Als hier vor 2 Jahren die Kanalisation gelegt wurde, hatten die Leute nachher Probleme mit ihren alten Sickergruben, die undicht wurden, oder Wasser ist in die Wohnungen gestiegen und da hilft die Kirche auch, die Wohnungen zu renovieren und in einen bewohnbaren Zustand zu bringen" (D13).

Abhängig von den Ressourcen der jeweiligen Gemeinde können so die Ärmsten der Armen teilweise unterstützt werden. Das Ausmaß dieser Form von Hilfeleistungen lässt sich schwer schätzen, denn aus der Zahl der registrierten christlichen NGO kann nicht auf die Bandbreite ihrer sozialen Dienste geschlossen werden, da nicht jede Gemeinde gleichzeitig eine NGO unterhält (Rieger 1996:60). Zudem sind beispielsweise die koptischen Organisation CE-OSS und die katholischen Caritas als nur je eine NGO registriert, obwohl sie landesweit Gruppen und Projekte unterhalten und zu den wichtigsten Armutsbekämpfungs-NGO in Ägypten zählen (Rieger 1996:60; Assad, Rouchdy 1998:38 f.)[152]. In meinem Sample kommen die BewohnerInnen von F in den Genuss kirchlicher Leistungen. Kirchliche Fonds vergeben an Witwen und an bedürftige Familien mit arbeitsunfähigen männlichen Haupternährern kleine monatliche Renten (F1, 2, 3, 6, 8, 9), sie übernehmen in Fällen chronischer Krankheit Teile der Medikamentenkosten (F4, 5) und bezahlen in einigen Fällen die Bildungskosten für die Kinder dieser Familien (F2). So auch bei Um Nihad, sie ist 30 Jahre alt, und lebt in B in einer kleinen spärlich möblierten feuchten Sousparterrewohnung mit ungestrichenen Wänden.

> „Mein Mann ist seit 12 Jahren krank und arbeitet nicht mehr, er hat Probleme im Kopf, weißt du. Die Medikamente, für die wir soviel Geld ausgeben, die helfen ihm überhaupt nicht. Wir bekommen 15 £E in der Woche von der Kirche und davon leben wir. Gott sei Dank, Sein Schutz ist mit uns. Wir essen nie Fleisch, sondern immer *foul* (dicke Bohnen), *taamiya* (Kichererbsenbällchen), Brot und Käse. Das Zimmer kostet 15 £E Miete im Monat und ist total feucht. Das wäre mein Traum, ein bisschen Geld zu haben, um die Wände trocken zu legen, zu streichen und den Boden zu fliesen, damit das Wasser nicht immer in den Ecken steht" (B6).

Auch Moscheen unterhalten Sozialfonds, die, wenn das Spendenaufkommen hoch genug ist, ebenfalls monatliche Zahlungen leisten (Rieger 1996:61 ff.). Diese Fonds speisen sich

[152] Assad und Rouchdy nennen neben Caritas und CEOSS außerdem die *Upper Egypt Associaton*, die *Association for the Protection of the Environment* und die *Association for the Development and Enhancement of Women* als wichtige NGO in der Armutsbekämpfung. Zu den wichtigen internationalen Organisationen, die in diesem Bereich aktiv sind zählen *UNICEF*, das *Follow-Up Committee on the Arab NGO Conference*, das *Institute of Cultural Affairs*, die *Ford Foundation*, *USAID* und das *Center of Development Services* (Assad, Rouchdy 1998:39 ff.; El Shorbagi 2001).

aus freiwillig gespendeten *zakat*-Geldern. Eine institutionalisierte Form der Vergabe dieser Gelder ist die *Nasser Social Bank*, die daraus Kleinkredite für einkommensschaffende Projekte finanziert (Rieger 1996:42 ff.; Nassar 1997:11 f.).[153] 1996 verteilte die Bank ein Gesamtbudget in Höhe von 350 Millionen £E an 300.000 KlientInnen mit einer durchschnittlichen Darlehenshöhe von 500 £E. Behinderte Arme erhalten Schenkungen und direkte Zahlungen jährlich in Höhe von 42 Millionen £E, die Kredite an arme Behinderte für einkommensschaffende Projekte betrugen 1996 150 Millionen £E. Außerdem vergibt die Bank soziale Kredite ohne Zinsen für besondere Anlässe bei Bedürftigen (Hochzeit, Krankheit, Notfälle), Dorfentwicklung oder Geld für die Pilgerfahrt (EHDR 1996:92f.). Laut Rieger dienen viele von der Bank geförderte Projekte religiösen Zwecken im engeren Sinne wie etwa der Einrichtung von Koranschulen, der Schaffung von Gebetsecken in Schulen oder der Ausstattung von Moscheen (Rieger 1996:44). Nassar bewertet die Tatsache, dass der Anteil der niedrig oder nicht-verzinsten Kredite bei der Bank seit 1980/81 kontinuierlich bis auf 99,6% aller Kredite in 1994/95 gestiegen ist, als Zeichen für das Versagen der anderen staatlichen Unterstützungsstrukturen und für die wachsende Bedeutung der Bank (Nassar 1997:12). Auch Rieger hält den Beitrag der Bank im Vergleich zu den für die unmittelbare Sozialhilfe gezahlten Summen für relevant, bezeichnet aber den Betrag zur sozialen Sicherung als gering, weil die Mittel verstärkt zugunsten von Existenzgründungsdarlehen umgeschichtet würden (Rieger 1996:44, 51).

In meinem Sample wird niemand von der *Nasser Social Bank* unterstützt. Die Sozialarbeit, von der die InterviewpartnerInnen profitieren können, wird meistens über private *ahli*-Moscheen angegliederte und durch den Hauptprediger initiierte NGO abgewickelt (Rieger 1996:64). Je nach Größe und Finanzkraft der Gemeinde unterhalten manche Moscheen ganze Krankenhäuser mit moderner technischer Ausstattung, in denen sich Arme günstig behandeln lassen können (Ben Nefissa 1993; Rieger 1996:60 ff.; El Shorbagi 2001:10). Dabei können nach Rieger drei Gruppen im islamischen Wohlfahrtssektor unterschieden werden: 1. von islamistischen Gruppen kontrollierte Organisationen, die Wohlfahrt und politische Mobilisierung offensiv verbinden, 2. religiös-philanthropische eher staatsnahe NGO und 3. kommerziell orientierte Vereinigungen (Rieger 1996:144). Alle drei Varianten hält sie aber für potentielle und aktuelle Mobilisierungsfelder für die islamistische Bewegung (a.a.O.:67). Direkte Hilfen an arme Familien werden in Form von Nahrungsmittelspenden regelmäßig zu den großen religiösen Festen wie dem kleinen Fest am Ende des Ramadans und zum Opferfest verteilt. Die Familien erhalten dann Reis, Öl, Fleisch, Gemüse, Zucker, Tee, Nüsse und Süßigkeiten. Im Ramadan organisieren Moscheen zudem oft Kleider- und Deckenspenden.

Im Rahmen der Strukturanpassung wurde 1991 zudem ein *Social Fund for Development* (SFD) eingesetzt. Seine Arbeit hat drei wichtige Ziele: das Auffangen der „neuen Armen", der Entlassenen aus dem öffentlichen Sektor, die Erhöhung der sozialen Akzeptanz von SAP und die Umstrukturierung des sozialen Sektors durch unbürokratische Hilfen des SFD (Nour 1995; Korayem 1996:37 f.; Kheir el-Din 1997:4; Loewe 2000:44 ff.). Er unterhält insgesamt fünf Programme, die mit Hilfe von Training, Kreditvergabe und öffentliche Maßnahmen permanente Arbeitsplätze schaffen und durch einkommensfördernde Projekte die Armut lindern sollen (EHDR 1996:74 ff.; Kheir el-Din 1997:8 ff.; al-Laithy 1997a:16 f.). Der SFD wurde zunächst als befristete Einrichtung zwischen 1991 und 1996

[153] Die Bank wurde 1971 gegründet und vergibt Kredite zwischen 1.000 und 10.000 £E, rückzahlbar in 3-5 Jahren zu einem Zins von 6% (1996). Die Mittel dafür erwachsen aus Profiten der kommerziellen Bankgeschäfte, gespendeten Vermögen und *zakat*. Die Bank ist die einzige Institution, die gesetzlich autorisiert ist, *zakat* und Spendengelder an die lizenzierten Wohlfahrtsorganisationen und armutsorientierten NGO zu verteilen (EHDR 1996:92).

geschaffen, sein Mandat wurde aber 1996 verlängert und er entwickelte sich zu einer semi-temporären Institution zwischen Staat und internationalen Gebern. Der SFD

> „should be considered as a means not only to mitigate transitional social problems of adjustment but also tackle structural social problems through further employment creation and income generation and through stimulation of institutional relations which would strengthen civil society and provide increased social awareness" (EHDR 1996:8).

Der Fond hatte 1996 ein von 18 Gebern aufgebrachtes Budget von knapp 750 Millionen US$.[154] Die Gelder werden über insgesamt 496 intermediäre Organisationen verteilt: 52% gehen über Banken, 24% über regionale staatliche Institutionen, 15% über Organisationen der Zentralregierung und nur 9% über NGO an die KlientInnen. Im Vordergrund der Mittelverteilung stehen also staatliche Instanzen, was in der Praxis bedeutet, dass 40% der Gelder des SFD benutzt werden, um das Budget der Regierung im Bereich Arbeitsbeschaffung und menschliche Entwicklung zu finanzieren (EHDR 1996:76; Kheir el-Din 1997:6 f.; Assad, Rouchdy 1998:34). Die Mittel des SFD verteilen sich ungleich auf die insgesamt fünf Programme, von denen drei den Hauptanteil erhalten. Dazu gehört mit 53,3% das Programm für einkommensschaffende Projekte (EDP).[155] Dann folgen mit 23,1% der Gelder das Programm für Arbeitsbeschaffung (*public works,* PWP)[156] und das *Community Development Program* (CPD)[157] mit 11,6% der Mittel. 6,2% des Budgets wird für die institutionelle Förderung ausgegeben und nur 5,8% für Weiterbildung und Beschäftigung. Über die Hälfte der Mittel sind für niedrig verzinste Kredite für den Aufbau von einkommensschaffenden Projekten vergeben worden (EHDR 1996:76).

Der Zugang zu den Mitteln und der Erfolg des SFD bei der Armutsbekämpfung stellen die kritischen Punkte bei der Beurteilung des Fonds dar. Insgesamt hat der SFD zwischen 1991 und 1996 770,8 Millionen US$ umgesetzt (Kheir el-Din 1997:20). Die Zahl der erreichten KlientInnen ist jedoch unklar: So haben laut SFD fast 30% der ägyptischen Bevölkerung oder 19 Millionen Personen von den Aktivitäten des SFD profitiert.[158] 90,4% aller KlientInnen des SFD stammen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm (EHDR 1996:78).[159] Nach eigenen Angaben konnte der SFD zwischen 1991 und 1996 10% bis 12% aller Arbeitslosen in permanente Jobs absorbieren. Insgesamt wurden 360.681 Arbeitsplätze geschaffen, davon 251.065 permanente. Gemessen an der Aufgabe des SFD, kurzfristige Milderung zu schaffen, sei das Ziel erreicht. Gemessen an einer geschätzten Arbeitslosenzahl von 2,2 Millionen, so Kheir el-Din, sei dies ein besonders unbefriedigendes Ergebnis (Kheir el-Din1997:14).

---

[154] Von dieser Summe stammen aus der EU 30,7%, Weltbank/IDA 20,7%, arabische Fonds 19,1%, ägyptische Regierung 8,0%, Deutschland/KFW 9,4% (EHDR 1996:75). 43% der Mittel sind rückzahlbare Darlehen an den SFD, der Rest sind Schenkungen, die insbesondere für Infrastrukturprojekte eingesetzt werden sollen. Alle Projekte müssen auch durch die IDA genehmigt werden (Kheir el-Din 1997:5).

[155] In diesem Programm soll der Aufbau von kleinen und Kleinstunternehmen gefördert werden. Zielgruppe sind arbeitslose HochschulabsolventInnen, Angestellte des öffentlichen Sektors, die sich selbständig machen wollen und bereits bestehende Firmen mit Expansionspotential (Kheir el-Din 1997:9; Al-Laithy 1997:21 f.).

[156] Das Programm verbindet infrastrukturelle Verbesserungen in ländlichen und städtischen Armutsgebieten mit Arbeitsbeschaffung, indem für Bauarbeiten arme und arbeitslose Menschen eingestellt werden. Die notwendigen Materialien werden durch lokale Produzenten bereitgestellt (Kheir el-Din 1997:9; Al-Laithy 1997:18 f.).

[157] Zielgruppe dieses Programms sind Frauen und arbeitslose Jugendliche. Es verbindet infrastrukturelle und soziale Verbesserungen in Armutsvierteln mit einkommensschaffenden Projekten, der Bereitstellung von Gesundheits- und Bildungsdiensten (Kheir el-Din 1997:9; Al-Laithy 1997:20 f.).

[158] In früheren Berichten war nur von 0,5% die Rede. Offensichtlich hat der Fond seinen KlientInnenbegriff geändert und bezieht nicht nur Einzelpersonen ein, sondern auch von ihnen abhängige Haushalte und bei Infrastrukturprojekten ganze Nachbarschaften (EHDR 1996:78; Kheir el-Din 1997:15 f.).

[159] Die Kosten pro KlientIn schwanken abhängig von den Projektbereichen zwischen 27,6 £E im Arbeitsbeschaffungsbereich und 72.070,3 £E im Weiterbildungsbereich (Kheir el-Din 1997:16).

Die Rolle der Aktivitäten des SFD für die Verbesserung der Situation der Armen ist eher negativ einzuschätzen. Zum einen fließt das meiste Geld in einkommensschaffende Projekte, bei denen Kleinstunternehmen gegründet werden sollen, für deren Leitung bzw. Aufbau es sehr Armen oft an der nötigen Qualifikation und Ressourcen mangelt. Zum anderen wirken strukturelle Ausschlussgründe. 90% aller Gelder werden über Banken sowie lokale und regionale Regierungsinstitutionen verteilt, was den Zugriff der Armen, die vom offiziellen Kreditmarkt ausgeschlossen sind, erschwert (EHDR 1996:82 ff.). Außerdem erfordert die Antragstellung formale Qualifikationen, die viele Arme nicht besitzen, etwa Schreib- und Lesefähigkeit. Nur wenige Arme kennen den SFD und noch weniger sind in den Genuss von Leistungen gekommen (a.a.O.). Schließlich sind Kleinkredite an Sicherheiten gekoppelt, die die meisten Armen nicht bieten können. Infrastrukturprojekte grenzen die ganz Armen zudem oft durch Eigenbeteiligungen aus (al-Laithy 1997a:19). Außerdem tendiert der SFD dazu, Männern Arbeitsplätze zu vermitteln und Frauen soziale Dienstleistungen anzubieten – das traditionelle *gender bias* in der Entwicklungspolitik wird wiederholt. Zwar sind 52% der KlientInnen des SFD Frauen, aber ihr Anteil in der Arbeitsbeschaffung liegt nur bei 1% und 5% im EDP, aber 66% im CDP (EHDR 1996:82 f.; Kheir el-Din 1997:10). Arme, obwohl zu den wichtigsten Zielgruppen des SFD gehörend, sind oft strukturell von seinen Hilfen ausgeschlossen.

> „Available data do not permit to assess whether SFD was able to address the negative impacts on low-income groups [...] such as reduction and reallocation of public social spending, contraction of public sector, changing price structures [...]. However, it could be said that the SFD has succeeded in mobilizing foreign resources to finance geographically wide-spread health services, education, infrastructure rehabilitation and small- and micro-enterprise development" (Kheir el-Din 1997:23).

Assad und Rouchdy weisen auf den Unterschied zwischen Mikro-Unternehmensförderung und Mikro-Kreditprogrammen als den momentan wichtigsten konkreten Formen der Armutsbekämpfung hin. Ziel der Kleinunternehmensförderung ist es, Zugang zu Kapital im Rahmen des Marktes zu ermöglichen. Da Unternehmensführung immer mit Risiken verbunden ist, ist es unwahrscheinlich, dass arme Haushalte erreicht werden, da Arme Risiken nicht abfedern können (Assad, Rouchdy 1998:60). Anders können Kleinstkreditprogramme wirken, die auch für Arme und insbesondere für Frauen zugänglich sind, die diese Summen für den Aufbau von Projekten nutzen (a.a.O.).

Parallel zu den Projekten des SFD hat die Regierung weitere Armutsbekämpfungs- und Entwicklungsprogramme initiiert (a.a.O.:33 ff.), zu deren ehrgeizigsten das *Shorouk*-Programm zur Bekämpfung der ländlichen Armut zählt (EHDR 1996:83 ff.).[160] Das *Mubarak Social Solidarity Program* wurde 1996 mit dem Ziel der Verbesserung der menschlichen Entwicklung bei Armen und Benachteiligten wie etwa Behinderten, chronisch Kranken oder arbeitslosen Jugendlichen gegründet (EHDR 1996:93).[161] Ein weiteres Projekt ist der *Family Development Fund* der UNICEF, der 1993 ins Leben gerufen wurde und ähnlich wie die Grameen-Bank das Grundkapital für die Vergabe zinsloser Kredite bieten soll. Diese sozialpolitischen Aktivitäten können jedoch regelmäßige, zuverlässig einklagbare und existenzsichernde direkte Transferzahlungen an die

[160] Ziel ist, die große Entwicklungslücke zwischen ländlichen und städtischen Gebieten in Ägypten zu schließen, indem durch partizipatorische Prozesse Infrastruktur und Produktionsbedingungen verbessert werden (EHDR 1996:83 ff.). Das Projekt wird als relativ effektiv und basisorientiert bewertet. Zwischen 1994 und 1996 konnten in 339 Dörfern 1.241 Projekte mit einer Summe von 182,1 Millionen £E durchgeführt werden.

[161] Das Programm bietet die Förderung einkommensschaffender Projekte, Ausbildung und finanzielle Unterstützung. Das Budget dieses Projekts umfasste 1996 65,3 Millionen £E, wovon 50% für einkommensschaffende Projekte ausgegeben wurden.

Ärmsten der Armen nicht ersetzen. Schon jetzt kritisieren Oppositionelle, dass die Gelder des SFD auch benutzt werden, um die Klientelsysteme von RegierungsvertreterInnen zu bedienen. Dadurch trägt der *Fund* und mit ihm die internationale Entwicklungshilfe zur Stabilisierung eines politischen Systems bei, das Menschenrechte und politische Freiheiten von Opposition und BürgerInnen nicht achtet, wie das folgende Kapitel zeigen wird. In einem solchen Kontext sind viele lokale NGO keine unabhängigen Agenten an der Graswurzel, sondern sie sind in lokale Hegemoniesysteme eingebunden, die auch der Stabilisierung des Systems dienen.

2.3.7 Das multidimensionale Armutsprofil

In den vorangegangenen Abschnitten wurden die unterschiedlichen Dimensionen der Überlebensökonomien armer und verletzbarer Gruppen auf der Ebene der Haushalte entfaltet und mit den makropolitischen und -ökonomischen Rahmenbedingungen in Verbindung gebracht. Dazu wurden so unterschiedliche Schnittstellen zwischen lokaler und nationaler Ebene untersucht wie die Wirkung von Strukturanpassung, die Rolle der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Arbeitsmarktentwicklung oder das Konsumverhalten. Der Blick auf die Netzwerke der Mikroebene hat zudem gezeigt, wie informelle Strukturen innerhalb von Familie und Nachbarschaft systematisch für die Stabilisierung der Überlebensökonomien genutzt werden. Die subjektiven lebensweltlichen Armutsrepräsentationen haben Konstruktionen weicher Armutslinien vorgestellt, die verdeutlichen, wie materielle und nicht materielle sowie räumliche und zeitliche Dimensionen der Armut miteinander verknüpft sind. Bei den im Sample befragten armen Männern und Frauen handelt es sich überwiegend um Arbeitende, also strukturell Arme, die im informellen Sektor ihr Einkommen erwirtschaften. Hauptursache für Armut in meinem Sample sind also nicht-existenzsichernde Einkommen. Unsicherheit und Instabilität zeichnen den Zugang der Armen zu materiellen Ressourcen aus. Die Definition der Armen als „Ungesicherte" auf der Suche nach Sicherheit hat sich vor diesem Hintergrund auch empirisch belegen lassen. Männer und Frauen haben dabei unterschiedlichen Zugang zu den Ressourcen und Aufgaben der Überlebensökonomien. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung führt dazu, dass die Stabilität der Überlebensökonomien wesentlich von der unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen abhängt, die überwiegend nicht-monetäre Ressourcen einbringen. Der unbezahlte Einsatz in der geschlechtlichen Arbeitsteilung als Voraussetzung für das Überleben in der sozialen und ökonomischen Informalität macht Frauen aber gleichzeitig besonders verwundbar für die lokalen Folgen globaler Wirtschafts- und Entwicklungspolitik. Die wachsende Abhängigkeit der Armen von monetären Ressourcen schwächt zudem die Position von Frauen im Haushalt, da diese Ressourcen überwiegend von Männern kontrolliert werden. Weibliche Haushaltsvorstände in meinem Sample befinden sich in einer besonders prekären Lage, da sie, bis auf wenige Ausnahmen, das Überleben ihrer Haushalte ohne langfristige und zuverlässige finanzielle Unterstützung ihres Familiennetzwerks sichern müssen. Armut als krasse soziale Ungleichheit zeigt sich so immer auch geschlechtsspezifisch vermittelt.

Arme geben einen Großteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, aber auch die Kosten für Bildung und Gesundheit werden als belastend beschrieben. Haushalte mit Kindern im schulpflichtigen Alter sind von den steigenden Kosten für Bildung besonders betroffen. Das führt dazu, dass Bildungsoptionen zuungunsten einzelner Kinder getroffen werden. Tendenziell sind davon die Jungen betroffen, deren Zukunftsperspektiven mit einer handwerklichen Ausbildung von den Eltern als besser eingeschätzt werden, als mit höherer Schulbildung. Ältere Mädchen werden oft zur Entlastung der Mütter bei der Hausarbeit von der Schule genommen. Der Staat hat bis

zur Strukturanpassung durch subventionierte Nahrungsmittel, subventionierte Gesundheits-, Transport- und Energieversorgung vor allem für BewohnerInnen der innerstädtischen Slumquartiere erheblich zur Absicherung von Armen (und nicht Armen) beigetragen. Direkte monetäre Transfers sind jedoch die Ausnahme, wie das Beispiel der Sadat-Pension zeigt. Die geringen Mittel aus der Sadat-Pension können das Existenzminimum für besonders bedürftige Gruppen wie Witwen oder Menschen mit Behinderungen nicht sichern. Zudem sind Arme durch den bürokratischen Aufwand und die damit verbundenen formalen Anforderungen von diesen Mitteln abgeschnitten. Staatliche Sicherungsnetze sind armen und verletzbaren Gruppen aufgrund ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkt strukturell verschlossen. Das Überleben im informellen Sektor führt jedoch dazu, dass Arme gegen Alters- und Verletzungsrisiken systematisch nicht abgesichert sind. NGO leisten auf der Mikroebene zum Teil eine effiziente armutsorientierte Arbeit. Diese Formen nicht-staatlicher Unterhaltssicherung können die eklatante Unterausstattung und geringe Tiefe staatlicher Sicherheitsnetze und Dienstleistungen zu Grundbedürfnisbefriedigung nicht ausgleichen, sondern nur punktuell zur Erleichterung der Situation einzelner Haushalte beitragen. Solange Arme und verletzbare Gruppen kein einklagbares Recht auf Unterstützung erhalten, bleiben sie von Konjunkturen, Staatsfinanzen, Spendenwilligkeit und sozialem Engagement abhängige HilfsempfängerInnen.

Nachdem Armutsbekämpfung in den 1980er Jahren auf die völlig unzureichende Sadat-Pension beschränkt war, hat sich mit der Etablierung des SFD und insbesondere mit der Veröffentlichung des EHDR 1996 eine deutliche Akzentverschiebung von der Verdrängung der Armut zu ihrer öffentlichen Wahrnehmung in Ägypten vollzogen. Die Vielzahl an Publikationen, Workshops, Konferenzen, Datenerhebungen und Pressedebatten zum Thema Armut kann diese Entwicklung belegen. Rieger führt diese Wiederentdeckung der Soziapolitik seitens der ägyptischen Regierung auf die erfolgreiche Sozialarbeit islamistischer Gruppen an der Basis zurück (Rieger 1996:113). Durch die Aktivitäten der IslamistInnen sei das Regime gezwungen worden, sich auch praktisch wieder in das Bewusstsein der Armen zu bringen, um so ihre islamistische Mobilisierung zu verhindern. Auch die Debatte um *'ashwaiyat*, informelle Siedlungen, hat zur neuen öffentlichen Sichtbarkeit der Armut, aber auch zu ihrer Stigmatisierung und Kriminalisierung beigetragen.

Die PragmatikerInnen in der ägyptischen Armutsforschung entwickeln angesichts dieser Situation Armutsbekämpfungsstrategien, die auf eine höhere Effizienz im Verbund mit besserer Mittelausstattung setzen (EHDR 1996; Korayem 1996; Kheir el-Din 1997; Nassar 1997; Assad, Rouchdy 1998). Dazu gehören etwa: eine regelmäßige statistische Identifikation der Armen; Koordination der Armutsbekämpfung, v.a. zwischen Ministerien, SFD und regionalen Agenturen; bessere finanzielle Ausstattung sozialer Hilfen, die direkt Armen zugute kommen; Stabilisierung und Reorientierung der Sozialausgaben auf die Armen bzw. auf deren Grundversorgung; Hilfe für Arme und Bedürftige durch gezielte Bereitstellung subventionierter Nahrungsmittel, Schulstipendien, Krankenversicherung (Nassar 1997:24 f.). Der EHDR betont, dass es auf armutsorientiertes Wachstum ankomme, um sicherzustellen, dass wirtschaftliche Erfolge auch den Armen zugute kommen (EHDR 1996:65).

Das zentrale Manko dieser Vorschläge und der quantitativen Armutsforschung ist, dass die politischen und sozialen Kontexte der Armut meist ausgeblendet werden. Auf der wirtschaftlichen Ebene bleibt der Widerspruch zwischen der angenommenen Gerechtigkeitskraft des Marktes und den realen Ungleichheitsverhältnissen eines Landes bestehen. Zwar spricht auch die Weltbank mittlerweile davon, dass „the right kind of growth" entscheidend wäre, da der Marktmechanismus an sich nicht zur Nachhaltigkeit führt, doch

die konkrete Umsetzung dieses Anspruchs auf soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit ist im Zeitalter des Neoliberalismus kaum vorstellbar. Auf der gesellschaftlichen Ebene zeigt sich das Paradox, dass SAP oft sehr weitreichende ökonomische und damit auch soziale Transformationsprozesse auslösen, genau diese Dimension aber quantitativ kaum zu bewerten ist. Denn die Kräfte des Marktes wirken aufgrund sozialer Ungleichheitsstrukturen ungleich auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Wenn der „ideale Markt" eine Fiktion ist, dann kann der alte Widerspruch zwischen sozialer Frage und Republikanismus nur durch das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft bearbeitet werden. Der EHDR plädiert deshalb für die Abwägung sozialer und rein ökonomischer Effizienz (EHDR 1996:70 f.)

3 Partizipation in den Netzwerken der Mikroebene

Informelle Netzwerke spielen in den Überlebensökonomien eine besondere Rolle: sie dienen der sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Reproduktion, wie bereits in den vorhergehenden Abschnitten deutlich wurde (Elwert et al. 1983; Scott 1985; Neubert 1986; Lomnitz 1988; Scott 1990; Singerman 1995; Singerman, Hoodfar 1996; Bayat 1997; Hoodfar 1997; Bayat 1998). Sie bilden zudem oft das Fundament für unterschiedliche Formen der lokalen Selbstorganisation, die der Überlebenssicherung und gleichzeitig als Schnittstellen zwischen lokaler und nationaler Ebene sowie formaler und informeller Partizipation fungieren. Die Herstellung und Aufrechterhaltung unterschiedlicher Netzwerke stellt dabei eine wichtige und weitverbreitete Form informeller Partizipation dar, so meine These in Anlehnung an Singerman. Denn in Netzwerken findet nicht nur die alltägliche Reproduktion ihren sozialen und ökonomischen Rahmen, sie dienen auch der politischen Interessenformulierung und -durchsetzung. Singerman hat auf Familienstrukturen basierende Netzwerke als Institutionen gekennzeichnet, durch die Öffentlichkeit geschaffen wird, die die Menschen nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen (Singerman 1995:10). Netzwerke ermöglichen ansonsten machtlosen Menschen, die Verteilungssysteme des Staates zu ihren Zwecken zu manipulieren (Singerman 1995:10; Tekçe et al. 1994:54).

Im folgenden werden die Zusammenhänge von Netzwerkstrukturen und informellen Konfliktlösungsmechanismen als wichtige informelle Partizipationsformen auf der Mikroebene der Haushalte und der unmittelbaren Nachbarschaft beschrieben. Die auf dieser Ebene aktiven MediatorInnen und ihre unterschiedlichen Ressourcen werden anschließend vorgestellt. Dabei steht das soziale Kapital dieser Frauen und Männer im Vordergrund. Das empirische Beispiel der Sparclubs als Teil informeller Finanzmärkte in Ägypten zeigt, dass formale und informelle Sektoren von Gesellschaft und Ökonomie eng miteinander verzahnt sind, ebenso wie die Partizipationsformen, die sich aus ihnen ergeben. Sparclubs bieten außerdem ein gutes Beispiel für die Regeln der formalisierten Informalität: Der Mangel an materiellen Sicherheiten wird durch soziales Kapital ausgeglichen, dessen Erhalt wiederum an bestimmte Normen und Regeln gebunden ist.

3.1 Mediation als Form informellerPartizipation

Das enge Zusammenleben in den Gassen, aber auch in Wohnungen und Zimmern führt regelmäßig zu Konflikten innerhalb der Familien und unter den NachbarInnen (Naim 1983; Semsek, Stauth 1987; Singerman 1990; Early 1993; Singerman 1995:50 ff.). Diese Konflikte werden oft bewusst laut und öffentlich ausgetragen, der öffentliche Streit wird inszeniert, um Einmischung, Kommentare und Vermittlung zu provozieren. *Dawsha* (Lärm) ist damit Bestandteil einer sozialen Norm der Einmischung, Gerechtigkeit und Konfliktvermittlung (Semsek 1986:449; Singerman 1990:10 f.). Mit Bezug auf diese gemeinsame Norm wird so der Mangel an Intimsphäre zur Lösung auch von innerfamiliären Konflikten genutzt, indem sie aktiv an die Öffentlichkeit der Gasse getragen – oder aktiv aus ihr herausgehalten werden. Um Sabrin beschreibt die Ursachen für und Dynamiken von Alltagskonflikten in den Vierteln, die auch von Naim dargestellt werden (Naim 1986:48 ff.):

> „Hauptgrund für Streit sind meistens Kinder, die sich schlagen, und dann mischen sich die Mütter ein und beschimpfen die Kinder oder andere Mütter, und dann streiten sich die Mütter, und dann wird es laut. Dann mischen sich andere Frauen ein, Nachbarinnen oder so. Und wenn es ganz schlimm kommt und beide Seiten sehr beleidigt sind, mischt sich auch mal ein Mann ein. Zumal wenn die Frauen aufeinander losgehen und sich verletzen. Und dann ist das Problem meistens gelöst" (S10).

Um Sabir beschreibt unterschiedliche Konfliktphasen und Formen: zunächst einen Auslöser wie ein Streit unter Kindern, der dann die betreffenden Mütter involviert. In den meisten Fällen ist der Konflikt hier dann schon beendet, weil die Mütter sich einigen. Abhängig vom Temperament und der gemeinsamen Geschichte unterschiedlicher Nachbarinnen, können solche kleinen Anlässe auch zu großen Konflikten führen. In dieser dritten möglichen Phase mischen sich andere Erwachsene, meist benachbarte Frauen aus der Gasse oder dem Haus, ein und versuchen, zwischen den streitenden Frauen zu vermitteln. Scheitern diese Versuche, kann der Konflikt in einer vierten Phase auch gewalttätig eskalieren, dann ist damit zu rechnen, dass auch die MediatorInnen nicht mehr allein auf ihre Worte setzen, sondern die Streitenden aktiv daran hindern, sich zu verletzen, indem sie sie zurückhalten. In dieser Phase werden, soweit vor Ort präsent, auch Männer hinzugezogen, meist gassen- oder hausbekannte Vermittler, deren Wort aufgrund ihres hohen sozialen, materiellen und kulturellen Kapitals auch für die Streitenden gilt. Sind schwere Beleidigungen gefallen oder ist es sogar zu Tätlichkeiten gekommen, muss der Mediator sein ganzes Kapital für die Deeskalation in die Waagschale werfen.

Andere Ursachen für Streitigkeiten unter Nachbarinnen sind Konflikte um die Ressourcennutzung etwa bei gemeinsamen Toiletten und Wasserhähnen, die aus Sicht der anderen BewohnerInnen zu lange oder intensiv von einer Nachbarin genutzt werden. Um Adel lebt in einem vierstöckigen Mehrfamilienhaus im alten Teil von S in der Parterrewohnung. Sie unterhält enge Beziehungen zu ihren Nachbarinnen im Haus, wie viele Frauen in S, die in mehrstöckigen Häusern zur Miete wohnen und vertikale Solidaritäten entwickeln, im Gegensatz zu den horizontalen Solidaritäten der InterviewpartnerInnen in Z oder A. Um Adel berichtet:

> „Wir kennen uns hier gut, und bei Streitigkeiten zwischen den BewohnerInnen des Hauses mischen wir uns natürlich auch ein. Bei Leuten, die weiter weg wohnen oder die wir nicht so gut kennen, da halten wir uns raus. Und wenn der Streit gewalttätig wird, dann halte ich mich auf jeden Fall raus. Den meisten Streit gibt's um Wasser und Kinder. Ums Wasser streiten die Frauen, wenn eine zuviel Wasser benutzt, dann reicht der Druck nicht, und die anderen Wohnungen im Haus stehen trocken, und dann gibt es Streit, wenn niemand Kompromisse machen will. Und meine Nachbarin ist so neidisch und unangenehm, das macht das Leben natürlich schwer – die kippt mir ihren Müll vor die Tür und solche Scherze" (S14).

Soziale und räumliche Nähe bzw. Distanz sind also zwei wichtige Kriterien für die Einmischung in nachbarschaftliche Konflikte. Vermittlung erscheint nicht in allen Fällen legitim und erwünscht: Frauen mischen sich unaufgefordert mehrheitlich in Konflikte in ihrer unmittelbaren Umgebung, vor allem in Streitigkeiten unter Frauen. Es gibt aber auch Ausnahmen, etwa, wenn sich die BewohnerInnen eines Hauses oder einer Gasse als Einheit angegriffen und beleidigt fühlen. Dann agieren Männer und Frauen und auch Nachbarinnen, die sonst auf weniger gutem Fuß miteinander stehen, gemeinsam:

> „Und als vor zwei Jahren einer der Gäste meines Bruders hier im Haus Streit angefangen hat und meinen Bruder geschlagen hat, da hat sich das ganze Haus zusammengetan. Alle sind mit Stöcken auf die Straße gelaufen, die Mädchen und Frauen auch, um meinen Bruder zu verteidigen, und haben die Angreifer zurückgeschlagen. Das hätte ein richtig großer Streit zwischen Familien werden können, aber zum Glück hat sich der Gast entschuldigt, und dann haben alle wieder Frieden geschlossen. Sonst wären wir wohl bei der Polizei gelandet" (S14).

Die besondere Konstellation, dass ein Fremder ein Familienmitglied beleidigt hat, legitimiert den Einsatz der Frauen. Als Familienangehörige sind sie unmittelbar betroffen, so dass sie sich auch entgegen ihren sonstigen Angewohnheiten auf eine gewalttätige Auseinandersetzung eingelassen haben. Ihre Einmischung hat sich im nachhinein als doppelt gerechtfertigt erwiesen, denn die Auseinandersetzung ist nicht eskaliert, sondern konnte konsensuell geregelt werden. Diese Formen konsensueller Regelung sind auch noch nach gewalttätigen Konflikten möglich:

> „Neulich haben sich Nachbar und Nachbarin gestritten. Sie hatte ihr Waschwasser vor seiner Tür ausgeschüttet, und er hat sich darüber beschwert. Sie hat dagegengehalten, und dann hat er sie geschlagen. Daraufhin hat sie ihre Geschwister hinzugezogen, um das Problem zu lösen. Um Eskalation zu vermeiden, habe ich beide Parteien vor meine Haustür geladen, eine kalte Pepsi serviert und ihr gesagt, sie könne ihren Nachbarn schlagen, so wie der Mann sie geschlagen hat. Darauf hat sie verzichtet und damit war die Sache erledigt" (D10).

Abu Ahmeds Beispiel verdeutlicht, dass jeder Konflikt durch unterschiedliche Phasen strukturiert ist, die jeweils unterschiedliche MediatorInnen involvieren. Für die betroffene Nachbarin war die Unterstützung durch ihre Geschwister ihre erste Wahl. Das korrespondiert nicht nur mit der oben beschriebenen familiären Orientierung vieler Frauen, sondern auch mit ihrer Einschätzung der Schwere des Vorfalls. Die Hinzuziehung eines neutralen Dritten schien ihr erst nötig, als auch die Intervention ihrer Geschwister keine befriedigende Lösung erbracht hatte. Abu Ahmed hat gleichzeitig den Konflikt mitverfolgt und seine Vermittlung angeboten, die ebenfalls in stark ritualisierte Formen gegossen ist: Das gemeinsame Getränk, das auch Gästen immer als Zeichen der Gastfreundschaft und als ein Willkommen angeboten wird, besiegelt den Friedensschluss. Die zentrale Formel für die Lösung des Konflikts ist dabei der Gedanke, der geschlagenen Frau „zu ihrem Recht" zu verhelfen. Das bedeutet, nicht den Nachbarn zu bestrafen, sondern ihr die Möglichkeit zu geben, es ihm gleichzutun. Das Prinzip der Wiederherstellung von Gerechtigkeit im Sinne von Ausgleich anstelle einer individuellen Bestrafung zeigt sich auch am Beispiel informeller Konfliktlösung auf der Mesoebene (vgl. Kapitel 5).

Informelle Konfliktlösungsmechanismen sind keine Garantie für konsensuelle Lösungen. Sie geraten immer dann an ihre Grenzen, wenn der Schiedsspruch nicht akzeptiert wird, oder aber, wenn wie im folgenden Beispiel, vermittelnde Eingriffe nicht als legitim angesehen werden. Im ärmeren Teil des *hitta* von Z hatte eine Frau ihren Mann zeitweise verlassen, weil er arbeitslos ist und sie mit ihren Kindern völlig mittellos zurückließ. Um ihn zur Arbeitsaufnahme zu zwingen, flüchtete sie zu ihrer Mutter am Anfang des *hitta*. Zunächst versuchten Nachbarinnen und Verwandte zu vermitteln, indem sie dem Ehemann ein Versprechen auf Arbeitssuche zu entlocken versuchen, woraufhin seine Frau in die gemeinsame Hütte zurückgekehrt wäre. Der Ehemann beharrte allerdings auf der sofortigen Rückkehr seiner Frau, ohne ihr eine Lösung ihrer Probleme anzubieten. Seine Frau weigerte sich, der Konflikt eskalierte, der Mann drohte mit Gewalt. Nachbarinnen baten ihn weinend um Nachsicht und Einsicht, auch Männer versuchen, den wütenden Ehemann von einer friedlichen Lösung zu überzeugen. Sie hielten ihn fest und hinderten ihn mehrmals daran, zum Haus seiner Schwiegermutter zu stürmen. Der wütende Mann beruhigte sich jedoch nicht und verprügelte seine Frau, seine mit ihm lebende Mutter und die Kinderbrutal.

Aber auch NachbarInnen treten nicht zwischen Ehemann und Ehefrau, das *sirr il-bayt*, die „Geheimnisse des Hauses", umfassen eine Privatsphäre, die trotz akustischer und räumlicher Enge respektiert wird, wenn andere Vermittlungsversuche gescheitert sind (el-Kholi 1999). Hinzu kommt, dass das ägyptische Familienrecht dem Ehemann die Möglichkeit einräumt, seine Ehefrau auch gegen ihren Willen in sein Haus zurückzuzwingen.

Häusliche Gewalt gegen Frauen ist, wie auch in Deutschland, ein klassen- und religionsübergreifend weit verbreitetes Phänomen und wird von vielen Männern für durchaus legitim gehalten.

Um Ahmed, eine andere Mediatorin der Mikroebene, besitzt vier nebeneinander liegende Zimmer, die sie einzeln vermietet. Sie schöpft aus dieser Position materielles Kapital und erwirbt durch ihre Vermittlerinnenrolle auch stetig wachsendes soziales Kapital in ihrer Gasse:

> „Wenn ich helfen kann, dann helfe ich natürlich. Das ist wichtig, und natürlich mische ich mich dann auch in Konflikte ein, wenn ich was tun kann. Hier in der Nachbarschaft kennen wir uns alle und helfen uns auch. Meine Nachbarin holt Wasser bei mir, und andere haben von uns Strom genommen und so" (E4).

Um Ahmed wird so zur *center-woman*, sie profitiert von ihrem höheren sozialen Status aufgrund ihres besseren Einkommens, durch kleine Unterstützungsleistungen vermag sie zusätzlich soziales und symbolisches Kapital als hilfsbereite und zuverlässige Nachbarin zu erwerben. Dadurch verfügt sie über Qualitäten, die sie als Mediatorin für andere attraktiv macht und gleichzeitig ihrem Wort und Urteil Gewicht und Legitimität verleiht.[162]

Während Um Ahmed und andere Frauen sich positiv mit ihrer Vermittlerinnenrolle identifizieren (A4, S9), durch sie soziales Kapital erwerben und sie als Teil ihrer Persönlichkeit begreifen, lehnen andere Frauen eine solche Rolle ab, weil sie sie nicht mit ihrer Persönlichkeit vereinbaren können, wie zum Beispiel Um Soha aus S:

> „Bei Streit greife ich nicht ein, das mag ich nicht. Ich schaue von oben zu, aber ansonsten geht jeder seine eigenen Wege. Wenn überhaupt könnten mein Mann oder meine Söhne eingreifen, aber ich? Nein, das mag ich nicht" (S7).

Je höher das soziale und symbolische Kapital, desto weitreichender sind auch die Kompetenzen bzw. Einflussmöglichkeiten der jeweiligen VermittlerIn. Abu Nasser wird auch zur Lösung von Familienstreitigkeiten hinzugezogen:

> „Hier in der Nachbarschaft kümmere ich mich auch um die Leute. Neulich haben sich Vater und Sohn hier nebenan gestritten. Ich habe mich dann eingemischt, und man hört auf mich, weil ich schon so lange hier wohne. Zum Beispiel konnte ich auch verhindern, dass eine schon lange bestehende Verlobung bei den Nachbarn wieder aufgelöst wurde. Ich habe zwischen den Familien vermittelt und den beiden jungen Leuten viel Leid erspart. Die Leute hören eben auf mich" (D6).

Während die Einmischung in einen alltäglichen Streit durch viele unterschiedliche Menschen erfolgen kann, ist die Vermittlung in Fällen wie schwierigen Verlobungen eine heikle Sache, die viel Fingerspitzengefühl, gute Kenntnis der Familie und gleichzeitig ein höheres soziales und symbolisches Kapital verlangt, weil hier zentrale familiäre Entscheidungen verhandelt werden, die, wie bereits deutlich geworden ist, viele Menschen im Familienkreis klären (Singerman 1995). Je nach Konfliktfall werden unterschiedliche Vermittlungsstrategien und -personen gewählt:

> „Es kommen viele Leute zu mir, um Hilfe bei der Lösung technischer und finanzieller Probleme zu erhalten. Das sind Leute, die ich nicht so gut kenne. Leute, die ich besser kenne, kommen auch mit privaten Problemen zu mir und bitten mich um Rat oder um konkrete Lösungen. Wir kennen uns hier alle gut, und ich mische mich auch ein, wenn es Probleme gibt. Gerade hier bei uns

[162] In Naims Studie über MediatorInnen im innerstädtischen Slumviertel Boulaq lassen sich ähnliche Ressourcen als relevant nachweisen. Juristisch-professionelle Kompetenzen werden durch die feste, langfristige soziale Einbettung und die Ausstattung mit materiellen Ressourcen ersetzt. Die persönliche Integrität, gemessen an der Großzügigkeit, Freundlichkeit und Verantwortlichkeit, stellt ebenfalls eine wichtige Ressource dar. Außerdem verfügen alle MediatorInnen in Naims Sample über Kontakte zu formalen Institutionen und engagieren sich in Schule, Moschee oder NGO (Naim 1983:64 f.).

> in der Straße oder da, wo ich den Laden habe. Zum Beispiel war ein Freund von uns krank, und da haben wir dann unter uns Freunden Geld für ihn gesammelt und fürs Krankenhaus, als kleine Hilfe. Das hat auch religiöse Gründe, dass man das macht" (S12).

Abu Hamdi ist ein gutes Beispiel für die zentrale Rolle materiellen Kapitals für eine Vermittlerposition im Viertel (Naim 1983; Semsek 1986). Abu Hamdi ist der Sohn einer bekannten und reichen Schlachterin, er selbst hat einen großen gut gehenden Videoladen in der Gasse und ist im Schlachtviehhandel tätig. Als reicher Mann betont er seine religiöse Pflicht zur Unterstützung der Armen, aber auch aller anderen, die ihn um Rat und Hilfe bitten. Abu Hamdi wird ob seines materiellen Kapitals regelmäßig um Darlehen, Arbeitsvermittlung und andere Formen der Unterstützung gebeten, die er ohne seinen Reichtum nicht realisieren könnte. Er weist auf die spatialen Dimensionen seiner Rolle hin: Er wird dort als Mediator aufgesucht, wo er bekannt ist: In der Gasse, in der sein Haus steht, und wo er als Ladenbesitzer täglich präsent ist. Semsek schildert diese Form der Einmischung von Ladenbesitzern auch als Teil einer *baladi* oder „volkstümlich-traditionellen" Identität (Semsek 1986:446). Der Normenkatalog, den die BewohnerInnen der Viertel für die informelle Aushandlung von Konflikten nutzen, gilt in besonderer Weise für die VermittlerInnen, die diese Aufgabe nur ausüben können, wenn das „'Übermaß' an symbolischem Kapital", das sie durch eine makellose Lebensführung gewinnen, auch erhalten bleibt (a.a.O.:450). Der Rückbezug auf den religiösen Diskurs der guten und gerechten Lebensführung ist in diesen symbolischen und praktischen Identitätskonstruktionen von besonderer Bedeutung.

Gleichzeitig, so Semsek, sei es zur Aufrechterhaltung der Ehre als wichtigem symbolischem Kapital entscheidend, dass die private Sphäre normgerecht und störungsfrei geregelt werden kann (a.a.O.:447). Ich halte das Konzept der Ehre, das auch Bayat in seine Argumentation einfließen lässt (Bayat 1997:61) für zu eng und männerzentriert, um die Bandbreite unterschiedlicher Konflikte und ihrer Lösungen zu erklären. Mir scheint, dass Forscher geneigt sind, die ihnen zunächst verschlossen bleibenden „Frauenwelten" durch den pauschalen Rückgriff auf dieses abstrakte Konzept in ihre Analysen nur scheinbar zu integrieren. Die bisher diskutierten Beispiele haben gezeigt, dass auch Frauen aktive Vermittlerinnen sein können und sich dabei auf ihr symbolisches Kapital, das eng mit einer gesellschaftlich als sittlich definierten Lebensweise zusammenhängt, als eine unter mehreren Ressourcen beziehen. Ihre „Ehre" jedoch, ist nicht nur eine abgeleitete Funktion in einem symbolischen Tausch unter Männern, sondern muss in ihren geschlechterpolitischen Kontext gesetzt werden.

In vielen Konflikten kommt es zu Gewalttätigkeiten, aus denen sich die Frauen und Mädchen normalerweise zurückziehen. Aber als es während einer Hochzeitsfeier in Z zu einem heftigen und gewalttätigen Streit kommt, versuchen die Männer aus dem reicheren Teil des *hitta* im Konflikt zu vermitteln. Samira, deren Ego-Netzwerk bereits ausführlich vorgestellt wurde, ist als eine der wenigen Frauen in dieser männerdominierten Szene anwesend und kann später den Frauen darüber berichten. Auch dadurch akkumuliert sie soziales Kapital, sie wird zu einer wichtigen Informationsquelle für die anderen Frauen. Die Polizei war zu keinem Zeitpunkt anwesend. In der informellen Enklave Z werden die Konflikte wie auch in anderen informellen Vierteln ohne Polizei geregelt.

> „Wir kennen uns alle und zum Teil schon sehr lange. Wenn es unten Streit gibt, mischen wir uns aber nicht ein. Man ist am Ende immer auf sich selbst gestellt, gerade auf der Polizei hat man dann viele Probleme, und die möchten wir einfach nicht. Aber wenn jemand Fremdes ins Viertel kommt und Streit anfängt, dann versammeln sich alle und mischen sich auch ein. Da helfen wir uns selbst" (S1).

In anderen Fällen wird jedoch ohne Zögern auf die Polizei zurückgegriffen: „Wenn es ein kleines Problem gibt, dann lösen wir es selbst, aber die großen Sachen gehen gleich zur Polizei" (S3). Groß sind Konflikte dann, wenn sie gewalttätige Auseinandersetzungen beinhalten. Aber auch wenn die Polizei eingeschaltet wurde, greifen informelle Mechanismen:

> „Zum Beispiel, einmal hat mein Bruder jemanden zusammengeschlagen, und der andere ist zur Polizei gegangen und hat danach mich aufgesucht, um meine Meinung zu hören. Ich habe gesagt, dass ich denke, dass mein Bruder sich entschuldigen soll, und der andere soll die Anzeige zurückziehen. So haben wir es auch gemacht" (D11).

Während Singerman die Einschaltung von Polizei als Mittel letzter Wahl kennzeichnet, das dem Viertel signalisiert, dass die Familie die Kontrolle über den Konflikt verloren hat, nutzt dieser Interviewpartner staatliche Instanzen aktiv zur friedlichen und informellen Konfliktlösung (Singerman 1995:58 ff.). Auch auf der Mesoebene der Lokalpolitik wird sich dieses Phänomen zeigen. Christliche Haushalte können außerdem in Krisenfällen den Priester einschalten – eine Möglichkeit, von der die Familien je nach individueller Einschätzung unterschiedlichen Gebrauch machen: „Wir im Haus verstehen uns alle gut, und wenn es ein Problem gibt, dann lösen wir das untereinander. Wenn es sehr schwierig ist, dann schalten wir den Pastor ein, aber niemanden von draußen" (F6). Hier wird deutlich, dass das starke Interesse an informellen Konfliktlösungen eng mit den gesellschaftlichen Idealen funktionierender Familien verbunden ist, wie auch Singerman hervorhebt (Singerman 1990:10; 1995:61 f.). Da das gemeinsame Ziel der Reproduktion der Familie auch davon abhängt, ob die Familienmitglieder in der Lage sind, ihre Konflikte angemessen und ohne Verlust von sozialem Kapital zu regeln, bleiben Familiennetzwerke ein wichtiger Bezugsrahmen für die Konfliktlösung.

3.2 Ressourcenflüsse im Netzwerk – die Sparclubs

Der Sparclub (*gama'iya)* ist ein gutes Beispiel für das Ineinandergreifen von Überlebensökonomie, Netzwerkstrukturen und Selbstorganisation als Partizipation. Sparclubs sind ein wichtiger Bestandteil des informellen Finanzsektors in Ägypten und anderen Ländern des Südens (Mohieldin 1994; Mohieldin, Wright 1994; Mayada et al. 1995;). Mohieldin stellt in seiner empirischen Untersuchung in einer ländlichen Region fest, dass 86% seines Samples informelle finanzielle Transaktionen tätigten. Dazu zählt er Leihen und Verleihen auf der individuellen Ebene, die Nutzung von Sparclubs auf der kollektiven Ebene und die informellen Transaktionen in islamischen Investmentgesellschaften auf der nationalinstitutionellen Ebene (Mohieldin 1994:2). Herausragende Kennzeichen des informellen Finanzsektors sind seine Flexibilität und die verhältnismäßig niedrigen Transaktionskosten, die auf Netzwerkstrukturen zur Informationsvermittlung und Kreditabwicklung beruhen. Als Hauptursache für die extrem niedrige Quote von Bankennutzung führen die InterviewpartnerInnen den Mangel an materiellen Sicherheiten an, gefolgt von den Kosten für Kredite und religiösen Bedenken gegen Zinszahlungen (Hoodfar 1990; Mohieldin 1994:11; Singerman 1995). Informelle Kredite wurden demgegenüber zu 60% ohne materielle Sicherheit gewährt (Mohieldin 1994:14).

Sparclubs beruhen auf den oben bereits beschriebenen Familien-, Nachbarschafts- und Freundschaftsnetzwerken, die für diese Form der informellen Partizipation genutzt werden. Dabei setzen Männer und Frauen nicht nur Geld ein, sondern auch ein soziales Kollateral, denn das Sparsystem beruht auf gegenseitigem Vertrauen, verbunden mit sozialer Kontrolle (Rugh 1979; Wikan 1980; Mohieldin 1994:18; Hoodfar 1997). Sparclubs bestehen aus Mitgliedern, die sich fest verpflichten, eine vorher abgesprochene Summe zu einem bestimmten Termin an die Sparclubleiterin, die so genannte *maska* (wörtlich: die

Haltende) zu zahlen. Jedes Sparclubmitglied erhält in einer ebenfalls festgelegten Reihenfolge einmal die Summe aller Einzahlungen. Ein Beispiel: 10 Frauen zahlen 10 Tage lang jeden Tag 1 £E ein, am 10. Tag erhält die erste 100 £E, am 20. die zweite und so weiter, bis jede Frau ihre 100 £E erhalten hat. Der Sparrhythmus kann dabei täglich, wöchentlich oder monatlich erfolgen. In den meisten Fällen wird der monatliche Sparzyklus gewählt (Mohieldin 1994).

> „Meine Tochter macht eine *gama'iya* mit 10 Personen für 100 £E im Monat und spart so 1000 £E für ihre Aussteuer, sie ist die *maska* und macht das mit Nachbarinnen und Familie. Wichtig dabei ist, dass Leute regelmäßig über bestimmte Summen verfügen, und dafür muss man sie schon kennen, wissen, wo sie wohnen, was sie arbeiten und so" (D 9).

Sparclubs werden für diverse Anlässe von Frauen und Männern organisiert, sei es als regelmäßige Sparform, sei es als kurzfristige Kreditbeschaffung. Die Sparsumme kann je nach Anlass und Finanzkraft der Mitglieder zwischen 10 und 1.000 £E liegen. In meinem Sample unterhalten insbesondere Frauen Sparclubs mit niedrigen Beträgen von 1-2 £E am Tag. Nachbarinnen, Verwandte und Freundinnen sparen so für kleinere und größere Ausgaben des täglichen Bedarfs, also für die Schulbücher, den Arztbesuch, ein neues Küchenutensil oder die besonderen Nahrungsmittel für das Fastenbrechen im Ramadan. Das gesparte Geld wird oft heimlich aus dem Haushaltsbudget abgezweigt, und die Frauen achten darauf, dass ihre Sparsamkeit auch unbemerkt bleibt, weil sie fürchten, dass ihre Männer ihnen sonst weniger Geld geben.

Die großen Clubs mit Spareinlagen zwischen 60 und 200 £E (oder mehr) werden von Frauen und Männern genutzt, wenn auch meist von Frauen geleitet. Männer sparen so auf das Schlüsselgeld für die Wohnung, in die sie als verheirateter Mann einziehen wollen, auf das Verlobungsgold oder auf das Startkapital für ein eigenes Geschäft. Junge Frauen sparen auf ihre Aussteuer, die sie bis zum Hochzeitstag komplettieren wollen, oder auf den Teil der Möbel, den sie für die neue Wohnung beisteuern müssen (Singerman 1995:109 ff.; Hoodfar 1997). Verheiratete Frauen mit Kindern sparen das Geld für die hohen Ausgaben am Schulanfang, für den lange fälligen Arztbesuch oder eine Operation, teures technisches Gerät oder einfach für die laufenden Kosten.[163] Informelle Kreditbeschaffung erweist sich als sehr flexibel, da sie auf alters- und geschlechtsspezifische Bedürfnisse ebenso reagieren kann wie auf saisonale Kosten oder Notfälle.

In Mohieldins Sample unterhielten 22,5% der Haushalte einen oder mehrere Sparclubs mit einer durchschnittlichen Größe von 10,82 Mitgliedern und einer durchschnittlichen individuellen Sparsumme von 42,89 £E (Mohieldin 1994:19 f.). Das Durchschnittsalter lag bei 35 Jahren, da insbesondere sehr junge Menschen meist noch nicht über ausreichendes Einkommen verfügen, um sparen zu können. Die durchschnittliche *gama'iya* dauerte in seinem Sample 9,51 Monate mit einer monatlichen Sparsumme von 474,22 £E (a.a.O.:20). 33% der SparerInnen waren Angestellte des öffentlichen Sektors mit mittlerem Einkommen. Mohieldin folgert daraus, dass diese Sparform für Arme weniger attraktiv sei (a.a.O.:22). Meine Untersuchung ergibt, dass auch Arme diese Sparform nutzen, allerdings mit deutlich niedrigeren Einsätzen, die zwischen 0,5 £E und 40 £E wöchentlich bzw. monatlich schwanken.

Die Leiterinnen tragen die Verantwortung für das Funktionieren des Sparclubs, sie wählen die TeilnehmerInnen aus und sorgen dafür, dass alle regelmäßig zahlen. Sie nutzen

[163] In Mohieldins Sample sparten 31,1% der Befragten für Konsumgüter wie Fernseher oder Waschmaschine, 20% für soziale Anlässe wie Heirat, Verlobung und die Aussteuer, 17,8% für punktuelle Ausgaben wie Schulkosten, Nahrungsmittel oder offene Rechnungen; 15,6% sparten Kapital für ihr Geschäft, und 15,6% nutzen Sparclubs als Möglichkeit, Kapital für Notlagen zu akkumulieren (Mohieldin 1994:21).

dabei ihr soziales und symbolisches Kapital ebenso wie die über informelle Netzwerke vermittelten Informationen über die soziale Lage potentieller SparerInnen:

> „Wenn ich eine *gama'iya* machen will, dann frage ich Menschen, denen ich vertraue, ob sie mitmachen. Der Vorteil so einer *gama'iya* ist zum Beispiel, dass man, anstatt teure Ratenzahlung zu machen, alles auf einmal bezahlen kann" (D9).

Da das Sparsystem vor allem auf Vertrauen beruht, werden die meisten Sparclubs mit Familienmitgliedern und Nachbarinnen organisiert. Erwerbstätige Frauen sparen aber auch mit ihren Arbeitskolleginnen, ebenso wie Männer, die am Arbeitsplatz zuverlässige Freundschaftsbeziehungen unterhalten. Meistens leiten Frauen Sparclubs, weil sie über die nötige Bekanntheit und das Vertrauen der Nachbarinnen oder Familienmitglieder verfügen und gleichzeitig die Lebensumstände der Beteiligten gut genug kennen, um einschätzen zu können, ob sie zahlungsfähig sind. Sabrin, die mit 19 Jahren für eine Leiterin noch jung ist, berichtet:

> „Mir ist noch keine *gama'iya* auseinandergeplatzt, aber wenn das passiert, muss ich den Verlust ausgleichen. Ich bin zwar noch sehr jung, aber ich bin so aufgewachsen, dass ich gelernt habe, Verantwortung zu übernehmen. Beim ersten Mal habe ich mich ein bisschen gefürchtet, aber jetzt bin ich daran gewöhnt. Seit meiner Verlobung habe ich schon zwei Sparclubs organisiert, und wenn ich dann verheiratet bin, wird es von meinem Mann abhängen, ob ich das weiterhin mache oder nicht" (D9).

Die Verantwortung der Leiterin ist im Konfliktfall sehr hoch, da sie ausbleibende Zahlungen ausgleichen muss. Die persönliche Initiative, aber auch die Erfahrung und das soziale und symbolische Kapital der *maska* im Kreis der SparerInnen ist ganz entscheidend für den Erfolg des Clubs. Wenn die Leiterin ihre MitsparerInnen schlecht wählt oder nicht über hinreichende Sanktionsmacht gegenüber zahlungsunwilligen oder sich im Rückstand befindlichen Mitgliedern befindet, dann scheitert der Sparclub. Vertrauen und Zuverlässigkeit bilden hier also das soziale Kollateral, das an die Stelle materieller Sicherheiten zur Herstellung von Kreditwürdigkeit tritt. Einige Frauen im Sample betonen, dass sie zwar gerne in Sparclubs sparen, aber ungern welche leiten, weil sie sich nicht zutrauen, die Verantwortung zu übernehmen. Denn ebenso wie die erfolgreiche Leitung von Sparclubs auf dem sozialen Kapital der LeiterIn beruht und es stetig erhöhen kann, bedeutet das Scheitern einen materiellen und symbolischen Verlust (Mayada et al. 1995:654). In meinem und in Mohieldins Sample liegt die Rate der gescheiterten Sparclubs mit nur 0,62% sehr niedrig (Mohieldin 1994:24), während Mayada et al. eine Rate von 17% angeben (Mayada et al. 1995:654).

Zur Sicherstellung des Erfolgs des kollektiven Sparen werden also von den LeiterInnen unterschiedliche Strategien genutzt: kleine Kreise von SparerInnen, gute soziale Verbindungen, hinreichende Informationen über die Kreditwürdigkeit, Möglichkeiten sozialer Sanktionen bei Nicht-Zahlung und die Einbehaltung der ersten Zahlung als Absicherung (Mohieldin 1994:23). Sabrin erwähnt noch weitere Regeln dieser formalisierten Informalität, etwa wenn Konflikte über die Reihenfolge der Ausschüttung bestehen, die entweder konsensuell oder über das Losverfahren geregelt werden. Die Reihenfolge der Ausschüttungen ist entscheidend für den unmittelbaren Nutzen des Sparclubs, diejenigen, die am Anfang ihr Geld erhalten, profitieren von einer höheren Kreditleistung: Obwohl sie erst 10 £E einbezahlt haben, erhalten sie schon 100 £E. Diejenigen, die erst am Ende ihr Geld erhalten, profitieren nicht mehr vom Vorschuss: Sie haben im Laufe der 10 Wochen schon fast 100 £E einbezahlt und erhalten sie dann auch. Mohieldin unterscheidet abhängig von der Zuteilung der Sparsumme drei Formen von Sparclubs: erstens Zufallsent-

scheid nach Los, zweitens Entscheid nach Gebot[164] und drittens Entscheid durch die Leitung (a.a.O.:22). In meinem Sample treten nur die erste und dritte Form auf, ähnlich wie bei Mohieldin, bei dem in 62,2% aller Fälle die Leitung des Sparclubs sich auch die erste Zahlung zuteilte (a.a.O.:23). In 24,4% der Fälle erhielten die Bedürftigsten in Folge eines sozialen Gebotsprozesses die erste Zahlung.

In Mohieldins Sample wurde nur ein niedriger Prozentsatz der Sparclubs ausschließlich von Frauen genutzt (8,9%), dominant war die Form der gemischten Clubs mit 68,9% (a.a.O.:20). Er führt dieses Phänomen auf drei Ursachen zurück: Zunächst hätte sich der Zweck der Sparclubs vom Erwerb von Konsumprodukten zur Ansparung von Startkapital verlagert (a.a.O.). Hier greift die geschlechtliche Arbeitsteilung insofern, als dass mehr Männer als Frauen als Selbständige im informellen Sektor tätig sind. Zweitens hätten sich aufgrund der Erfolge von Sparclubs die Sparraten erhöht, wodurch mehr Männer in die Entscheidungsprozesse einbezogen würden (a.a.O.). Diese Annahme kann durch meine Untersuchung bestätigt werden, da auch hier die Interviewpartnerinnen große Sparsummen nur gemeinsam mit dem Ehemann einbringen können. Eine dritte Ursache vermutet der Autor bei der weit verbreiteten Ablehnung von Zinszahlungen als unislamisch. Da Sparclubs Sparen ohne Zinsen ermöglichen, steigt ihre Attraktivität auch für diejenigen, die Zugang zum formalen Kreditwesen haben (a.a.O.). Mayada et al. geben in ihrer Studie eine durchschnittliche Frauenbeteiligung von 55% an, nennen aber die Zahl der geschlechtssegregierten Clubs nicht (Mayada et al. 1995:654). Sie heben die Rolle von Frauen bei der Leitung der Clubs hervor, die in 83% der Fälle an der Spitze standen (a.a.O.:654). Auch im Sample dieser Arbeit wurde die überwiegende Zahl der Sparclubs von Frauen geleitet.

Sparclubs sind ein gutes Beispiel für das Ineinandergreifen von Informalität und Überleben: Obwohl nur durch die Autorität und soziale Kompetenz der Leiterin und soziale Kontrolle abgesichert, stellen diese informellen Kreditsysteme die einzigen und sehr weit verbreiteten Möglichkeiten dar, die im Verhältnis zum Einkommen enormen Summen für Hochzeit, Aussteuer, Miete oder andere Ausgaben zu sparen (Singerman 1995:109 ff.). Nicht zuletzt deshalb werden sie von vielen InterviewpartnerInnen als eine Form der Selbsthilfe oder der Unterstützung Bedürftiger definiert. Sparclubs erfordern eine Mindestsumme an sparbarem Geld, weshalb viele InterviewpartnerInnen aus Geldmangel nicht Mitglied in einem Sparclub werden können. Die informelle Selbsthilfe kommt auch hier an ihre materiellen Grenzen. Von den insgesamt 35 Haushalten, die nicht in einer *gama'iya* sind, geben 23 Geldmangel als Hauptgrund an.

Nur fünf Befragte sparen lieber für sich allein oder lehnen das *gama'iya*-Prinzip grundsätzlich ab. Sie haben damit schlechte Erfahrungen gemacht oder möchten sich nicht auf andere verlassen. In Mohieldins Untersuchung hatten nur 20 von 200 Haushalten eine sehr positive Sicht auf Sparclubs, während insgesamt 98 Haushalte eine negative bis sehr negative Einschätzung dieser Sparform hatten (Mohieldin 1994:3). Als Gründe für diese Haltung gaben die InterviewpartnerInnen an: Mangel an Vertrauen, Mangel an konkreten Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Zahlung, Mangel an Kompensation für diejenigen, die am Ende eines Sparzyklus stehen, die Einrichtung formaler Sparmöglichkeiten (a.a.O.:24). Aus Sicht meiner Untersuchung muss die mangelnde Einbindung in Nachbarschaftsnetzwerke ergänzt werden: „Nein, wir machen keine *gama'iya*, weil wir nicht genug Geld haben. Außerdem finden wir niemanden, der mit uns spart. Unsere Beziehungen zu den Nachbarn sind lose, und das reicht nicht aus, um einen Sparclub zu machen" (S10). Der

[164] Bei dieser Form des Entscheids bieten die SparerInnen zusätzliche Zahlungen an, um die erste Ausschüttung zu erhalten. Mohieldin gibt an, dass in solchen Sparclubs auch Zinsen in Anlehnung an Marktpreise berechnet würden (Mohieldin 1994:22).

Mangel an sozialem Kapital auf Seiten der SparerInnen, der bedeutet, dass ihre finanzielle Lage nicht einschätzbar ist oder die vorhandenen Netzwerke keinen Zugriff auf den Haushalt ermöglichen, führt zum Ausschluss aus informellen Kreditsystemen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Sparclubs sich im Gegensatz zu den formalen Strukturen durch ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse und Möglichkeiten der SparerInnen auszeichnen. Sie verursachen niedrigere Transaktionskosten, verringern aber zugleich die Sparzeit für den Erwerb von Konsumgütern um fast 50% im Vergleich zum nicht-kollektiven Sparen. Zudem sind sie allgemein zugänglich, da sie unbürokratisch, wenn auch nicht unreglementiert funktionieren (a.a.O.:19). Darüber hinaus ermöglichen sie das Zusammenkommen und damit die Pflege von Nachbarschafts- oder Familiennetzwerken; sie sind soziales Ereignis und ökonomische Absicherung in einem. Sparclubs sind keine ausschließlich von Armen gepflegte Form der Kreditbeschaffung, sondern werden bis weit in die Mittelklasse hinein genutzt. Mohieldin weist darauf hin, dass in seinem Sample 47,6% der Haushalte, die Zugang zum formalen Kreditsektor haben, gleichzeitig auch informelle Kredite genutzt haben, was gegen die These spricht, dass informelle Strukturen als Ersatz für mangelnde formale Strukturen einzuschätzen sind (Mohieldin, Wright 1994).[165] Formale und informelle Strukturen und Institutionen hängen im Gegenteil eng zusammen und werden additiv genutzt.

Anders als im von Schauber untersuchten Fallbeispiel Ghana gibt es bei ägyptischen Sparclubs jedoch keine regelmäßigen Treffen mit oder Kontakte zu lokalen PolitikerInnen. Die Clubs haben auch keine Namen, da sie jeweils bedarfsorientiert gegründet und nach Ende des Sparzyklus wieder aufgelöst werden. Sie sind weniger sichtbar, von ihnen gehen keine Gemeinschaftsaktivitäten wie die Aufräumarbeiten in Accra aus, ihre Mitglieder treten auch nicht gemeinsam auf Festen auf o. ä. (Harders, Schauber 1999). Sparclubs können zwar der Festigung und Neuformierung von Netzwerkstrukturen dienen, als Schnittstelle zur lokalen organisierten Politik können sie nur indirekt, durch personelle Überschneidungen in andere Zusammenhänge, gelten. Allerdings werden auch Sparclubstrukturen zur Informationsweitergabe genutzt, sie sind damit Bestandteil der informellen Öffentlichkeit etwa eines Stadtteils oder einer Gasse. Singerman verweist zudem auf eine wichtige Schnittstelle zur nationalen Ökonomie. Sie rechnet die Kosten einer durchschnittlichen Heirat, die durch Sparclubs akkumuliert werden, auf das nationale informelle Sparaufkommen hoch und kommt zu dem Ergebnis, dass 35% des nationalen Sparaufkommens auf diesem Wege angespart werden könnten. Das bedeutet auch, dass der Staat auf diese Ersparnisse keinen kontrollierenden Zugriff hat und von diesen großen, informell zirkulierenden Summen über Steuern oder Gebühren nichts abschöpfen kann (Singerman 1990:17; 1995:128 f.). Im Rahmen des informellen sozialen Vertrags sind Sparclubs, nicht nur für die Armen, eine wichtige Form der Vermögungsbildung jenseits staatlicher Kontrolle.

3.3 Fazit: Überlebensökonomien in der formalisierten Informalität

Singermans These, dass Netzwerke die informellen Institutionen des Volkes darstellen, konnte aus der Mikroperspektive der Überlebensökonomien empirisch bestätigt werden (Singerman 1995:172). Frauen und Männer bauen ausgehend von den Haushalten unterschiedliche Netzwerke auf, die sie zur Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien nutzen. Diese Netzwerke stellen gleichzeitig eine wichtige Form der informellen politischen Parti-

[165] Mayada et al. weisen in ihrer Untersuchung über eine große landwirtschaftliche Bank darauf hin, dass auch Bankangestellte, die über Zugang zu formalen Kreditmöglichkeiten verfügen, informelle Finanzmechanismen intensiv nutzen (Mayada et al. 1995:651 ff.).

zipation auf der Mikroebene dar. Der Zugang zu Netzwerken und ihre spezifische Form werden dabei von dem je unterschiedlichem materiellen, sozialen, symbolischen und kulturellen Kapital der einzelnen AkteurInnen bestimmt. Die Geschlechterverhältnisse der Mikroebene haben dabei besonderen Einfluss auf die Wahl und auf die unterschiedliche Nutzung von Netzwerken. Frauen haben sich als wichtige Akteurinnen erwiesen, da sie durch den täglichen, unmittelbaren Kontakt zu den anderen Frauen der Nachbarschaft über wertvolles soziales Wissen verfügen, das für die Aufrechterhaltung, Pflege und Nutzung von Netzwerken eine entscheidende Ressource darstellt. Netzwerke ermöglichen also den Fluss relevanter Informationen und Ressourcen. Frauen können auf dieser Ebene deshalb auch als Mediatorinnen gegenüber den von den nachbarschaftlichen Frauennetzwerken ausgeschlossenen Männern gelten.

Die informellen Netzwerke der Mikroebene der Überlebensökonomien zeichnen sich durch ihre Kleinräumigkeit aus. Sie sind zumeist auf die unmittelbare Lebenswelt in Familien und Nachbarschaft bezogen. Sie sind darin ganz entscheidend von der geschlechtlichen Arbeitsteilung abhängig, da der Aufbau und die Pflege dieser Netzwerke davon abhängt, dass Frauen vor Ort anwesend sind und Zeit und Energie in ihre sozialen Beziehungen investieren. Das bedeutet auch, dass diese Netzwerkstrukturen sich mit zunehmender Integration der Frauen in den formalen Arbeitsmarkt stark verändern werden (Joseph 1978:555). Insofern sind die herrschenden Geschlechterarrangements eine Voraussetzung für das Funktionieren von Netzwerken auf der Mikroebene. Die empirischen Beispiele haben eine Vielzahl von Hinweisen darauf gegeben, dass die Prozesse der Informalität stark strukturiert und reglementiert sind. Dieses Phänomen wurde mit dem Begriff der formalisierten Informalität erfasst, der in Kapitel 5 der Arbeit auch als Strukturprinzip der Partizipationsformen auf der Mesoebene analysiert wird. Bayats Kennzeichnung der Armen als *informal people* kann aus der Mikroperspektive der hier beschriebenen Haushalte und Menschen bestätigt werden (Bayat 1997; 1998). Dabei spielt die Norm der Reziprozität eine entscheidende Rolle für die Strukturierung dieser formalisierten Informalität. Sie reguliert die Austauschprozesse und die Bedingungen, unter denen informelle Selbstorganisation für die AkteurInnen zu einer rationalen und effizienten Wahl wird. Hierin liegen aber auch die Grenzen der Informalität, da diejenigen, die die Norm der Reziprozität, die sich nicht ausschließlich auf materielle Ressourcen bezieht, nicht erfüllen können, auch aus den informellen Netzwerken ausgeschlossen bleiben bzw. in sie nicht stabil integriert sind.

Bourdieu ging davon aus, dass die Tauschbeziehungen in Netzwerken auf einem Minimum an Homogenität beruhen (Bourdieu 1983). Die bisherige Analyse hat bereits angedeutet, dass gerade arme und verwundbare Menschen oft große Anstrengungen unternehmen, um soziale Netze aufzubauen, deren Nützlichkeit in der Heterogenität der Kapitalverfügung liegt (Singerman 1995:172). Ein Netz, in das sich Kontakte zu einer Behörde, zu einem Menschen, der über solche Kontakte verfügt, Informationen und materielle Ressourcen gleichermaßen einbringen lassen, ist aus Sicht der Armen effizienter, weil sich so optimal viele und unterschiedliche Ressourcen einbringen und nutzen lassen. Hier bestätigt sich die Annahme der Netzwerktheorie, dass die Kombination schwacher und starker Beziehungen Netzwerke attraktiv macht. Gleichzeitig wurde deutlich, dass eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und Aufrechterhaltung von Netzwerken das Vorhandensein eines Ortes ist, an dem sich das Netzwerk als soziale Praxis materialisieren kann. Vertrauen, Verbundenheit und Einbettung in unterschiedliche Beziehungen stellen weitere wichtige Bedingungen auf der Akteursebene dar, wie insbesondere die feministische Forschung hervorgehoben hat. Auf der Ebene der Normen erweisen sich gemeinsame Interessen oder insbesondere ein gemeinsamer spirituell-

ideeller Hintergrund als wichtige Voraussetzung. Viele Netze sind zudem getragen von einer Ethik der Reziprozität, die aber auch ungleichen Tausch beinhalten kann.

Der erweiterte, lebensweltliche Partizipationsbegriff hat sich als fruchtbares analytisches Instrument erwiesen, da er die Wahrnehmung dieser Partizipationsformen und ihre Relevanz für das Überleben überhaupt erst ermöglicht. Bei einer Trennung von so genannter sozialer und politischer Partizipation wären die hier beschriebenen Formen der informellen Selbstorganisation als kleinräumige, nicht direkt auf den Staat bezogene, Aktivitäten als soziale Partizipation aus dem Bereich der politikwissenschaftlich relevanten Analyse herausgefallen. Dabei zeigt sich bereits auf der Mikroebene, dass Netzwerke zu Kristallisationspunkten für unterschiedliche Formen der informellen Partizipation etwa in Sparclubs, aber auch bei der informellen Konfliktvermittlung werden. Netzwerke bilden auch die Ausgangsbasis für Formen der semi-legalen Partizipation zur Sicherstellung staatlicher Ressourcen wie Wasser oder Energie in Rahmen des informellen sozialen Vertrags. Netzwerke als informelle Partizipationsform sind tendenziell inklusiv, Partizipationsbarrieren, wie sie für formale Partizipationsformen nachgewiesen werden, wie beispielsweise der Mangel an schulischer Ausbildung, wirken zunächst nicht. Netzwerke erlauben es den AkteurInnen, jenseits ihres materiellen Kapitals vor allem ihr soziales und symbolisches Kapital wirksam einzusetzen. Insofern sind Netzwerke insbesondere für ressourcenschwache AkteurInnen eine wichtige und naheliegende Partizipationsform. Sie stellen ein wichtiges partizipatives *entitlement* dar, das nicht ausschließlich auf dem Zugang zu materiellen Ressourcen beruht.

Bezogen auf die Netzwerk-Umwelt zeigt sich, dass die besondere Qualität vieler Netzwerke darin liegt, heterogene gesellschaftliche oder geographische Räume zu verbinden. Aus Netzwerkperspektive lassen sich die Verknüpfungen von Ökonomie, Politik und Religion, von formalen Institutionen mit informellen Strukturen, von personalen Relationen mit konkreten Orten und Zeiten erfassen. Dabei wird vor allem die Diffusität gesellschaftlicher Strukturen sichtbar, ohne dass hier einer Ineinssetzung von Gesellschaft und Netzwerk das Wort geredet werden soll. Netzwerke müssen in ihren gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Kontext gesetzt werden, um weitergehende Aufschlüsse über den Zusammenhang von Netzwerk und Gesellschaft zu erhalten. Aufgrund ihrer Omnipräsenz und normativen Integrationsfunktion können Netzwerke auch als informelle Institutionen der Armen bezeichnet werden, wenn wie bei Singerman ein umfassender Institutionenbegriff zugrunde gelegt wird (Waschkuhn 1987:376; Singerman 1995:14). Diese informellen Strukturen sind, ebenso wie die Überlebensökonomien, eng mit der nationalen und, aus ökonomischer Sicht, auch globalen, Ebene verbunden. Die administrative Abwesenheit des Staates eröffnet überhaupt erst Spielräume für die Entstehung informeller und semi-legaler Strukturen, gleichzeitig aber können informelle Strukturen die Folgen sozialer Ungleichheiten nicht vollständig kompensieren. Der Staat zeigt sich so als wichtiger Träger der Reproduktion sozialer Ungleichheit.

IV Der makropolitische Kontext: Blockierte Liberalisierung und informeller sozialer Vertrag

Während Beobachter des politischen Geschehens Ägypten für die 1990er Jahre durchaus Tendenzen zur Liberalisierung attestieren, überwiegen 10 Jahre nach Beginn der heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und militanten islamistischen Gruppen eher negative Einschätzungen der Reformbereitschaft des ägyptischen Regimes (Kienle 1998; Sullivan, Abed-Kotob 1999; Kienle 2001; Lübben 2001). Owen, Pawelka und Ibrahim sehen das politische Reform- und Öffnungsprojekt der 1970er und 1980er Jahre als Antwort auf die Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Liberalisierung (Hinnebusch 1985; Pawelka 1993:137 f.; Owen 1996:184; Ibrahim 1997). Kienle hingegen wertet die liberalen 1990er Jahren als eine Phase der Detraktion eines autoritär-bürokratischen Regimes, die nicht mit Liberalisierung oder gar Demokratisierung verwechselt werden darf. Die momentane Phase der „Deliberalisierung" begreift Kienle als Machterhaltungsreaktion, nicht allein auf die islamistische Herausforderung, sondern auch auf die Erfordernisse der Durchsetzung der Wirtschaftsliberalisierung (Kienle 2001:199).

Ich schließe mich dieser These mit leichten Einschränkungen an. Die Analyse der Meso- und Mikroebene politischer Strukturen in Ägypten ergibt, dass Akteure und Organisationen entstanden sind, die nicht länger allein durch Kooptation und Repression kontrolliert werden können. Nicht so sehr die Opposition, sondern widerstreitende Interessen innerhalb der Regierungspartei NDP werden in Wahlzeiten sichtbar. Die Pluralität des lokalpolitischen Raums zeigt, dass die Regimekoalition zwar auf der Ebene der nationalen Eliten Spaltungen verhindern kann, die lokalen Hegemonien jedoch umstritten sind. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ist im Wandel begriffen und mündet, so meine These, in einen „neuen Sozialvertrag der Informalität" als Antwort auf die Beteiligungsforderungen neuer Akteure im politischen Raum. Ziel einer solchen Struktur ist, tiefgreifenden demokratischen Wandel zu verhindern, wozu ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten zwischen Kooptation und Repression, aber auch die Eröffnung informeller Handlungsspielräume genutzt wird. Der alte nasseristische soziale Vertrag versprach Entwicklung und Wohlstand im Austausch mit Loyalität, die innerhalb klientelistischer Bahnen kontrolliert und depolitisiert werden konnte (Büttner, Büttner 1993). Der neue soziale Vertrag der Informalität nimmt die depolitisierende Seite des nasseristischen Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft auf, minimiert jedoch die wohlfahrtsstaatliche Rolle. An die Stelle von Rechten und Ansprüchen treten schwer einklagbare Möglichkeiten informellen Handelns und der informellen klientelistischen Interessensvermittlung insbesondere für die Nicht-Eliten.

Die Veränderungen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft werden durch Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen ausgelöst: Erstens reduzierte die wirtschaftliche Krise die verteilbaren Renten und schränkte die Möglichkeiten wohlfahrtstaatlichen Handelns ein. Zweitens entstanden durch die ökonomische Liberalisierung neue lokale Akteure, deren zum Teil veränderte Handlungslogiken Auswirkungen auf die lokalen Machtverhältnisse haben. Sie konkurrieren mit etablierten Akteuren um den Zugang zu Klientelnetzen und Ressourcenflüssen.[166] Drittens erstarkten mit der „dritten Welle der Demokratisierung"

[166] Pawelka identifiziert insgesamt sechs Gruppen, die die von ihm so bezeichnete „neue Bourgeoisie" ausmachen. Dazu zählen Reste der alten Bourgeoisie, Handelsagenten der Nasser-Ära, Mitglieder der Staatsklasse, die im öffentlichen oder privaten Sektor Gewinne erwirtschaften konnten, Unternehmer aus der *infitah*-Periode, die Manager und Eigentümer islamischer Banken sowie Industrielle und Agenten des traditionellen Sektors (Pawelka 1993:135). Im Rahmen der ägyptischen Rentierwirtschaft fließen „nur Bruchteile der Rente dem Staat direkt zu. [...]

(Huntington 1991) zivilgesellschaftliche und demokratische Kräfte, die die Legitimität des Regimes zumindest phasenweise in Frage stellten. Viertens setzte der Erfolg der islamistischen Bewegung das Regime unter starken Legitimationsdruck. Das Regime entfaltete breite und zum Teil widersprüchliche Machterhaltungsstrategien, deren Auswirkungen auf die organisierten Eliten kurz skizziert werden sollen. Die meso- und mikropolitischen Konsequenzen der Veränderungen und ihr ökonomischer Hintergrund werden in Kapitel 5 ausführlich diskutiert.

1 Ägypten in den 1990er Jahren – die islamistische Herausforderung

Mit dem tödlichen Attentat auf den Parlamentssprecher Rifaat Mahgoub 1992 durch militante IslamistInnen begann die gewalttätige Konfrontation zwischen IslamistInnen und der Regimekoalition[167], die die zweite Liberalisierungs- bzw. Öffnungsphase des nachrevolutionären Ägyptens beendete.[168] Durch ihre fortgesetzten Anschläge auf TouristInnen und Vertreter des Regimes stellten die militanten Gruppen die Legitimität und innere Souveränität der ägyptischen Regierung in Frage. Während die Anschläge auf TouristInnen das ohnehin niedrige Deviseneinkommen des Landes weiter schwächten, stellten die Attentate auf prominente Politiker und Militärs einen direkten Angriff auf den Staatsapparat dar, auf den das Regime mit drastischer Gegengewalt reagierte. Seit 1992 griffen militante islamistische Gruppen in Ägypten TouristInnen, hohe Beamte der Bürokratie, Militärs, Regierungsmitglieder, ChristInnen und prominente Säkularisten an.[169] Hinzu kamen Anschläge auf Vertreter liberalen Denkens wie Farag Foda oder Naguib Mahfuz sowie Zensurkampagnen (Heilmann 1995). Außerdem nahmen in den südägyptischen Provinzen gewalttätige Zusammenstöße zwischen MuslimInnen und KoptInnen zu. Repressive Maßnahmen wie Massenverhaftungen, Razzien, Erschießungen, Militärgerichte, Folter und Todesstrafen bestimmen die Machterhaltungsstrategien des Regimes (Amnesty International 1994; 2002).[170] Durch die Reaktivierung von Militärgerichten für Prozesse gegen islamistische Oppositionelle seit 1992 wurde die zivile Rechtsprechung

Hier hatte der Anschluß an die regionale Rentenallokation das Staatsklassenregime zwar überleben lassen, doch stand es seither geschwächt einer Vielzahl gesellschaftlicher Kräfte gegenüber, die ebenfalls zu Rentenempfängern geworden waren" (a.a.O.:134). Diese Kräfte suchen verstärkt nach Einflussmöglichkeiten im politischen System, so die These (Zaki 1995:151; Owen 1996; Fawzy 2001).

[167] In Anlehnung an das Konzept der Strategischen und Konfliktfähigen Gruppen, das Schubert, Tetzlaff und Vennewald für die Analyse von Transitionsprozessen entwickelten, wird das politische System Ägyptens in Vermittlung von System- und Akteursperspektive beschrieben (Schubert et al. 1994). Die Regimekoalition umfasst unterschiedliche Gruppen und Institutionen, deren gemeinsames Ziel der Zugriff auf die staatliche Macht ist. In Ägypten sind das der Präsident, das Kabinett, die NDP, die al-Azhar Universität, das Militär sowie Fraktionen des öffentlichen und privaten Wirtschaftssektors. Zu den „Konfliktfähigen Gruppen" zählen die Oppositionsparteien, oppositionelle und unabhängige Parlamentarier, religiöse und säkulare NGO, die Berufsverbände, die Muslimbrüder und die militanten islamistischen Gruppen (Harders 1998).

[168] In Ägypten lassen sich zwei Phasen politischer und wirtschaftlicher Liberalisierung nachweisen: unter Sadat von 1975 bis 1981 und unter Mubarak von 1981 bis 1992.

[169] So wurden 1993 Anschläge auf den Informationsminister Sharif, den Innenminister al-Alfi und den Ministerpräsidenten Sidqi verübt. 1995 folgte ein Attentat auf Präsident Mubarak. 1996 starben in Kairo bei einem Anschlag in der Nähe der Pyramiden 18 Menschen (Koszinowski 1995; Zaki 1995:266; Koszinowski 1997:41) und 1997 kamen bei Anschlägen in Luxor und Kairo über 70 Menschen ums Leben (Koszinowski 1998:42). 1998 forderten die Auseinandersetzungen 38 Opfer (Koszinowski 1999:41).

[170] Im Zuge der Auseinandersetzung starben zwischen 1992 und 1994 über 680 Menschen, über 1.350 wurden verletzt, über 3.000 politische Gefangene verhaftet (Amnesty International 1994; MEI 1995; Roussilon 1997). 1995 wurde in einer spektakulären mehrtägigen Polizeiaktion der Kairoer Stadtteil Imbaba zum Schauplatz einer gewalttätigen Razzia gegen IslamistInnen (Singerman 1997). 1997 kam es nach den Attentaten auf KoptInnen zu Massenverhaftungen in Südägypten (Koszinowski 1998:41).

ausgeschaltet, was zu einer Fülle von menschenrechts- und verfassungswidrigen Schnellverfahren, Todesurteilen oder lebenslänglichen Haftstrafen führte, wie Menschenrechtsorganisationen kritisieren (Amnesty International 1994:18; Koszinowski 1999:44). Im Widerspruch zu den Bestimmungen der ägyptischen Verfassung hat sich ein nur durch die Exekutive kontrolliertes System politischer Justiz etabliert, das von der Regimekoalition zur Unterdrückung radikaler Opposition und zur Einschüchterung gemäßigter Kräfte genutzt wird. Auf diesen harten Repressionskurs reagierten die *gama'at al-islamiya* seit 1997 mit Waffenstillstandsangeboten.[171]

Die militanten islamistischen Gruppen bilden keine homogenen Aktionseinheiten, sondern unterscheiden sich in ihrer jeweiligen regionalen und ideologischen Ausrichtung. Ihre Mitglieder weisen jedoch vergleichbare Sozialprofile auf (Ibrahim 1987; Macleod 1992; Fandy 1994; Kepel 1995; Kixmüller 1995, Krämer 1996).[172]

> „Compared to the 1970s, militants in the 1990s tend to be younger, less well educated, poorer, and more likely to reside in rural areas, shantytowns on urban outskirts, or urban slums. [...] the islamist movement has become further radicalized and intensified because it increasingly reflects the interests of the lower classes [...]" (Cassandra 1995:20).

Das Klientel der islamistischen Bewegung liegt überwiegend bei Angehörigen der städtischen unteren Mittelschichten moderner und traditionaler Prägung (Pawelka 1993:142). Diese Gruppe reagiert besonders sensibel auf die durch die Wirtschaftskrise ausgelösten sozialen Aufstiegsblockaden, die das Vertrauen in den Staat erschüttern (Schulz 2000:20). Hinzu kommen die durch die *infitah* und die Strukturanpassung ausgelösten Veränderungen, deren wirtschaftlichen Verwerfungen und kulturelle Überlagerung bei „weiten Teilen der Bevölkerung Prozesse der sozialen Marginalisierung, Entfremdung und Politisierung ausgelöst" habe (Pawelka 1993:142). Im Gegensatz zu den Muslimbrüdern halten die islamistischen Militanten das gegenwärtige politische System für nicht reformierbar, sondern verfechten eine radikale Umsturztheorie, durch die die von ihnen vertretenen Gesellschaftsutopien eines „islamischen Staats" Wirklichkeit werden soll (Ibrahim 1987:497 ff.; Schulz 2000). Sie greifen deshalb einerseits das Regime an und andererseits versuchen sie, durch ein Basisnetzwerk „islamischer" sozialer Dienste auch die deprivierte Bevölkerung zu erreichen. Die sozialen Dienstleistungen wurden von der Regimekoalition aus Mangel an eigenen Angeboten lange geduldet (el-Gawhary 1995), ebenso wie die diskursiven Verschiebungen zur Religion als Hauptreferenzpunkt politischer Legitimität stark durch die regierenden Eliten befördert wurde.[173]

Nachdem sich im Lauf der 1980er Jahre abzeichnete, dass die parlamentarische Opposition die ihr gesetzten Grenzen nicht überschreiten konnte, entwickelten sich Berufsverbände und Nicht-Regierungsorganisationen zu einem wichtigen Handlungsfeld für Parteien und VertreterInnen der gemäßigten Muslimbruderschaft (Norton 1993; Al-

[171] Die *gama'at al-islamiya* verfügen über eine diversifizierte Führungsstruktur. Es lassen sich vier wichtige Gruppen unterscheiden: verhaftete Führungskader in ägyptischen Gefängnissen, Führungskader des ägyptischen Untergrundes, Gruppen und Personen im Exil und Führungskader in Afghanistan. Schon im Sommer 1997 forderten in Ägypten inhaftierte Führer zum Waffenstillstand auf, der im Ausland zunächst abgelehnt wurde (Koszinowski 1998:42; 1999:41). 1999 erklärte der Sprecher der *gama'at* die Einstellung des bewaffneten Kampfes, während die *Jihad*-Gruppen weiterhin daran festhalten (Koszinowski 2000:42).

[172] Unterschiede bestehen zwischen den *gama'at al-islamiya*, die ihre Mitglieder überwiegend in Südägypten aus der bäuerlichen Unterschicht rekrutiert, und den aus dem urbanen Umfeld deprivilegierter unterer Mittelschichten entstammenden Gruppen wie dem *Jihad* (Fandy 1994; Kepel 1995; Rieger 1996).

[173] Lübben und Fawzy zeigen die widersprüchliche Nutzung eines religiösen und eines säkularen Legitimitätsdiskurses seitens des Regimes. Im Verlauf einer der letzten Zensurkampagnen wurde deutlich, dass eine Harmonisierung dieser Diskurse dringend nötig war, um Spaltungen der Regimekoalition zu verhindern (Fawzy, Lübben 2001:28 f.).

Sayyid 1993; Qandil 1995; Ibrahim 1997). Entstanden als ständische Organisationen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wurden die Berufsverbände unter Nasser zu Massenmobilisierungsinstanzen des Regimes umfunktioniert und behielten diese Rolle auch unter Sadat bei. Die Interessenvertretungen der *Professionals* wurden durch ein Mischsystem von Kooptierung durch materielle Privilegierung einerseits und politische Kontrolle durch den jeweiligen regierungsnahen Verbandspräsidenten andererseits, in die Schranken einer gezwungenermaßen loyalen Opposition verwiesen (Wille 2001). Dennoch bildeten einige Berufsverbände im Verlauf der 1980er Jahre ein wichtiges Forum für die Artikulation weitergehender Liberalisierungsforderungen (Springborg 1989; Wille 1993; Harders et al. 1995; Ibrahim 1995; 1997; Wille 2001).

Durch die Erfolge der gemäßigten Muslimbrüder bei den Vorstandswahlen wichtiger und einflussreicher Verbände wie der IngenieurInnen 1987, der AnwältInnen 1992 und der ÄrztInnen 1988 befürchtete die Regierung einen gravierenden Kontrollverlust in diesen wichtigen Institutionen. Deshalb setzte das Regime im Februar 1993 im Schnellverfahren das Gesetz Nr. 100 zur „Wahrung der Demokratie in den Berufsverbänden" durch, das mit Hilfe rigider Wahlbestimmungen islamistische Kräfte bei Vorstandswahlen einschränken soll (Harders et al. 1995; Qandil 1995; Wille 2001). Die Einschränkung der Verbandsfreiheit wurde im Frühjahr 1995 durch ein Pressegesetz ergänzt, das „falsche" Äußerungen unter harte Strafen stellt und so die Pressefreiheit in Ägypten erheblich einschränkt.[174] Die verschärfte Zensur betrifft nicht nur islamistische Medien, sondern auch die nationale und internationale Presse (Fawzy, Lübben 2000; Hamzah 2000).[175] 1996 wurden zudem die privaten Moscheen zur Registrierung verpflichtet, um sie so besser kontrollieren zu können (Koszinowski 1997:43). 1998 erfolgte dann die Verpflichtung für Laienprediger, sich ebenfalls registrieren zu lassen und 1999 wurde auch die religiöse Sozialarbeit ministerieller Kontrolle unterstellt (Lübben 2001:7).

Der harte Kurs rief innerhalb der Regimekoalition Spannungen hervor, die immer wieder zu Kabinettsumbildungen führten, bei der das Militär[176] und konservative Akteure gestärkt wurden (Cassandra 1995:10). Das religiöse Establishment der al-Azhar Universität gewann an Wichtigkeit für den öffentlichen Diskurs: Seit 1993 kam es verstärkt zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen religiöser Autorität und Präsidentenpalast. Dabei wurden ideologische Fraktionierungen innerhalb der Regimekoalition deutlich, die auf die Islamisierung der Regierungspolitik zurückgeführt werden können (MEI 1995a:16; Dupret 2000; Fawzy, Lübben 2000:57 f.). Durch den häufigen Rückgriff auf religiöse Legitimationsmuster wurde die Rolle der al-Azhar innerhalb der Regimekoalition aufgewertet, so dass sie stärkere politisch-ideologische Autonomie anstrebte als die Regierung vorgesehen

[174] Das Gesetz Nr. 93/1995 wurde im Mai 1995 im Schnellverfahren durch das Parlament gebracht und stellt die Veröffentlichung „falscher oder missverständlicher" Informationen unter Strafe. Nach Protesten beauftragte Präsident Mubarak das Verfassungsgericht mit der Überprüfung des Gesetzes, das sich aber weigerte, ein Urteil zu fällen, bevor eine Anklage vorläge. Im Dezember 1995 wurden gegen mehrere Oppositionsjournalisten die ersten Verfahren nach Gesetz 93/1995 eingeleitet. 1996 wurde das Gesetz nach massiven Protesten der Berufsverbände etwas abgemildert, aber nicht zurückgenommen (Kienle 1998).

[175] So wurden 1997 mehrere, auch ausländische Zeitungen verboten (Koszinowski 1998:43). 1998 verschärfte sich die Zensur weiter, über 50 Zeitungen und Zeitschriften wurden die Lizenzen entzogen. Zudem wurden eine ganze Reihe von Chefposten bei der staatlichen Presse neu besetzt (Koszinowski 1999:43; Kienle 2000:105 ff.).

[176] Die ausgedehnten wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs haben zu einer engen Verknüpfung militärischer und ziviler Produktion geführt, die sich bis in den privaten Sektor erstreckt (Abdalla 1988:1462 ff.; Springborg 1989:115; Cassandra 1995:23). Die Profite fließen dem militärischen Sektor direkt wieder zu und machen es aufgrund seines ausgedehnten Zugriffs auf materielle Ressourcen in allen Sektoren der Wirtschaft zu einer wichtigen strategischen Gruppe innerhalb der Regimekoalition. Militärangehörige sind in allen entscheidenden politischen Institutionen und Netzwerken repräsentiert (Droz-Vincent 1999).

hatte. Dies äußerte sich vor allem durch kulturpolitische Interventionen, die sich konkret gegen einzelne Intellektuelle richten und gleichzeitig der Festigung des Alleinvertretungsanspruchs der al-Azhar in religiösen Fragen dienen. So hat sich eine Gruppe konservativer Gelehrter der Universität zur „Front der Azhar-Gelehrten" zusammengeschlossen, die sich dem islamistischen Kulturkampf widmet, indem sie prominente ägyptische Intellektuelle der Häresie anklagt[177] und parallel dazu Bücherverbote und Zensur durchsetzt (Heilmann 1995; Fawzy, Lübben 2001). Die Verbote wurden und werden zwar zum Teil wieder aufgehoben, deuten jedoch an, dass die intellektuellen Spielräume für SchriftstellerInnen, AkademikerInnen und KünstlerInnen enger werden (Shokalmy 2001).[178]

Die Verbindung von harter Repressions- und Einschüchterungspolitik bei gleichzeitiger Überlassung freiheitsrechtlicher Räume an den konservativen religiösen Diskurs hat einerseits die schärfsten Herausforderer des Regimes politisch-organisatorisch handlungsunfähig gemacht, der anti-liberale Grunddiskurs jedoch ist zum Bestandteil der Regierungspolitik geworden. Diese Struktur wirkt sich auch negativ auf die säkularen Konfliktfähigen Gruppen aus, die zusätzlich durch die Prädominanz religiöser Themen zwischen die Fronten staatlicher Repression und islamistischer Gewalt geraten. Durch diese Entwicklung wurde die säkulare Opposition geschwächt und optierte im Krisenfall für die repressive, aber stabile Regimekoalition, wie sich bei den Wahlen 1995 und 2000 zeigte (Ebeid 1994; Fawzy, Lübben 2001).

2 Inszenierte Demokratie – die Wahlen

Auf der Seite der säkularen Konfliktfähigen Gruppen finden sich neben den Oppositionsparteien Menschenrechtsorganisationen wie die *Egyptian Organisation for Human Rights*, EOHR (Jürgensen 1994), Frauengruppen (Al-Ali 2000), Wirtschaftszusammenschlüsse sowie das 1991 gegründete *New Civic Forum*[179], in denen hauptsächlich säkular-liberale Kräfte vereinigt sind. Im privatwirtschaftlichen Sektor haben sich neben den alten Handelskammern kleinere UnternehmerInnenorganisationen gebildet, deren Mitglieder meist über gute Kontakte zu ausländischen Investoren oder zum einheimischen Kapital verfügen (Al-Sayyid 1993:232). Aber auch dieser zivilgesellschaftliche Bereich unterliegt strikter Staatskontrolle. Als Hauptinstrument dient das Gesetz Nr. 32 von 1964, das die Gründung einer Vereinigung an die Genehmigung durch das Sozialministerium bindet und somit die direkte staatliche Überwachung zivilgesellschaftlicher Gruppen sichert (Ibrahim

[177] So wurde der Kairoer Professor Abu Zeid in einem *hisba*-Verfahren von Islamisten der Häresie angeklagt und daraufhin nach einem langen Prozess im Juni 1995 von seiner Ehefrau zwangsgeschieden. Das islamische Rechtsprinzip der *hisba* ermöglicht es Muslimen, Prozesse gegen andere Muslime anzustrengen, wenn der Verdacht besteht, diese seien vom Glauben abgefallen (Koszinowski 1997:43). 1997 rückte der Philosoph und islamische Hassan Hanafi ins Visier der Azhar-Gelehrten (Koszinowski 1998:44). 2001 wurde auch gegen die marxistische Feministin Nawal as-Saadawi ein Zwangsscheidungsverfahren eingeleitet (Darwish 2001).

[178] Beispiele für den scharfen anti-westlichen Kulturkampf der islamistischen Kräfte sind der „Teufelsanbeter-Skandal" von 1997 und die Bücherverbote an der Amerikanischen Universität in Kairo. Bei einer Polizeiaktion wurden 90 jugendliche angebliche TeufelsanbeterInnen verhaftet, denen jedoch kein Vergehen nachgewiesen werden konnte (Koszinowski 1998:42 f.). Der Vorfall wurde genutzt, um den Verfall der Sitten und die Verwestlichung der Jugend in Presse und Öffentlichkeit zu kritisieren. 1998 wurde das Buch „Mahomet" des französischen Islamwissenschaftlers Maxim Rodinson an der Amerikanischen Universität in Kairo verboten (Koszinowski 1999:43). Ein Student berief sich auf die Verletzung seiner religiösen Gefühle, als dieses schon seit Jahren im Curriculum verankerte Buch gelehrt werden sollte und erreichte sowohl die Zensur der Buchs als auch die Entlassung des betreffenden Dozenten. Im Jahr 2001 machte ein unfairer Massenprozess gegen über 50 Männer Schlagzeilen, die vor einem Staatssicherheitsgericht der Homosexualität angeklagt wurden (The Middle East 2001).

[179] Das „New Civic Forum" bündelt unterschiedliche Akteure wie Weltbankmanager, liberale PolitikerInnen, UnternehmerInnen etc., deren Gemeinsamkeiten auf tendenziell ähnlichen Klasseninteressen beruhen.

1997:134 f.). Dem Sozialministerium sind dabei weitreichende Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten in Bezug auf die inhaltliche Arbeit, die Besetzung der Vorstände und die Verteilung und Verwendung von Geldern eingeräumt. Das neue Vereinsgesetz von 1999 schränkt die Spielräume von NGO zusätzlich ein, indem es sie von den Rentenflüssen ausländischer Geber abschneidet, deren Unterstützungspolitik einerseits Gruppen kritische Positionen ermöglichten, sie andererseits auch in eine staatsnahes Entwicklungsbusiness inkorporierte (Lübben 2001:7).[180] Kritische Akteure werden zunehmend kriminalisiert, wie nicht zuletzt der spektakuläre Fall der Verurteilung des Leiters des Ibn Khaldun Zentrums Saad ed-Din Ibrahim und einiger seiner MitarbeiterInnen im Mai 2001 zeigt (Fawzy, Lübben 2000:55; Koszinowski 2000).[181]

Ein schwaches Gegengewicht zu dieser Entwicklung bildeten Urteile des obersten Verfassungsgerichtshofes, die Regierungsinteressen zuwiderliefen und dem Gericht den Ruf einer unabhängigeren Instanz einbrachten. So führte die Anerkennung von Verfassungsklagen gegen die Wahlen von 1984 und 1987 durch das Gericht in beiden Fällen zu Neuwahlen (Jürgensen 1992:200 ff.; ʻAbdallah 1990). Ähnlich erklärte das Gericht auch die Parlamente der letzten beiden Legislaturperioden für nicht verfassungskonform und verfügte eine richterliche Überwachung der Wahlen 2000 (Lübben 2001:4).[182] Das Verfassungsgericht übernahm zudem häufiger die Rolle einer vom Präsidenten angerufenen Vermittlungsinstanz zwischen KOG und Regimekoalition, vermied aber ernsthafte Konfrontationen mit dem Regime (Ibrahim 1999; Dupret 2000).[183]

Die Handlungsspielräume der ägyptischen Oppositionsparteien bleiben trotz ihrer Beteiligung an den vier Wahlen unter Mubarak aufgrund ihrer schlechten Infrastruktur, ihrer mangelnden Basisanbindung und ihrer Behinderung durch das Regime marginal (Büttner 1996; Kienle 2000:68 f.; Lübben 2001). Im parteipolitischen Spektrum mit insgesamt 13 legalisierten Parteien lassen sich in Anlehnung an Krämer vier „Strömungen" identifizieren (Krämer 1986:55 ff.). Neben der Regierungspartei NDP handelt es sich dabei zweitens um die national-liberale Strömung, die von der Neuen Wafd-Partei dominiert wird.[184] Die dritte wichtige Strömung ist die islamistische, die die nicht legalisierten Muslimbrüder, die Arbeiter-Partei, die Umma-Partei (1990 zugelassen) und die Liberale Partei umfasst. Die vierte, linke Strömung umfasst die National-Progressive Unionistische Partei, kurz Tagammuʻ, die Ägyptische Arabische Sozialistische Partei, die Arabische Demokratische

[180] Das Gesetz Nr. 153/1999 regelt, dass alle NGO Lizenzen des Sozialministeriums beantragen müssen. Außerdem wurde der freie Zugang zu ausländischen Geldern erschwert. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft. Das Oberste Verfassungsgericht erklärte das Gesetz jedoch im Juni 2000 für ungesetzlich (Koszinowski 2001:40; Lübben 2001:7).

[181] Ibrahim leitete eine unabhängige Forschungseinrichtung und hatte sich wiederholt regimekritisch geäußert. Unter dem Vorwurf der Korruption und Steuerhinterziehung und der „Diffamierung" mitsamt seines Teams verhaftet, wurden er und einige MitarbeiterInnen nach mehrmonatigem Prozess im Mai 2001 zu hohen Haftstrafen verurteilt (Lübben 2001:7).

[182] Das Gericht sorgte 1987 außerdem im Widerspruch zum Entscheid der Parteizulassungskommission für die Wiederzulassung der Wafd-Partei.

[183] So erklärte das Gericht die Eingriffe des Innenministeriums in die Wahllisten der Studentenunion 1995 für verfassungswidrig, veröffentlichte das Urteil aber erst wenige Tage vor den Wahlen an den Universitäten, so dass die Implementation des Urteils aus Zeitgründen nicht mehr erfolgen konnte.

[184] Weitere Parteien sind die „*Misr al-fatat*-Partei", die Grüne Partei (1990 zugelassen) (Vogg 1995), die „Populistische Demokratische Partei" (1992 zugelassen) und die „Unionistische Demokratische Partei" (1993 zugelassen). 2000 wurde die Partei der Nationalen Eintracht (*hizb al-wifaq al-qaumi*) zugelassen (Koszinowski 2001:40). Ende der 1990er Jahre kam es aus den Reihen der gemäßigten MB vermehrt zu nicht erfolgreichen Parteigründungsversuchen. So wurden 1999 die Zulassungsanträge für die Ägyptischen Zentrumspartei (*hizb al-wasat al-misri*), die Shariʻa-Partei und die Reform-Partei (*hizb al-islah*) abgelehnt (Koszinowski 2000:43).

Nasseristische Partei (beide 1992 zugelassen) und die Soziale Gerechtigkeitspartei (1993 zugelassen) (Al-Sayyid 1993; Zaki 1995:78 f.; ʻAbd al-ʻAziz 1998).

Ziel der „kontrollierten und gesteuerten Wahlen" unter Oppositionsbeteiligung ist die Sicherstellung der „Präsidentenmehrheit", um die Nominierung Mubaraks für weitere Legislaturperioden als Staatsoberhaupt zu gewährleisten (Kienle 1998:230; Faath, Mattes 1999).[185] Gleichzeitig erleichtert die fast hundertprozentige Dominanz der NDP die parlamentarische Legitimation von Gesetzen und Programmen zur Fortführung der Liberalisierung (Zaki 1995:227; Gamblin 1997; El-Abnoudy 1998; Kienle 2000:131 ff.). Unter Rückgriff auf durch die Verfassung abgesicherte und durch die Notstandsgesetze verstärkte autonome Entscheidungsgewalt des Präsidenten werden Regierungsentscheidungen derzeit meist durch nachträgliche Debatten parlamentarisch „legitimiert" (el-Mikawy 1991:19; Jürgensen 1992:196). Da in der Legislaturperiode von 1990 bis 1995 nur sechs Oppositionspolitiker und etwa 20 Unabhängige im Parlament vertreten waren, verlief auch der Gesetzgebungsprozess im Sinne der Regierung ungestört. Zwischen 1995 und 2000 waren 13 Oppositionspolitiker und 14 Unabhängige vertreten (Büttner 1996; Gamblin 1997; Kienle 1998:224 ff.).[186] Bei den Wahlen 2000 erlangten trotz massiver Einschüchterungen – insbesondere gegen die MB – 17 Oppositionspolitiker und 37 Unabhängige (davon 17 Muslimbrüder) einen Parlamentssitz.[187] Die regierende NDP wurde als der eigentliche Wahlverlierer bezeichnet, da nur ein Bruchteil der KandidatInnen im ersten Wahlgang gewann. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben zwischen 14% und 40%, wird aber inoffiziell weit niedriger veranschlagt (Koszinowski 2001:40 f.).

Die Mehrheitsverhältnisse werden durch ein umfassendes Manipulationssystem sichergestellt, das am Beispiel der Kommunalwahlen in der mesopolitischen Analyse noch ausführlicher beschrieben wird (Kienle 1998:226; Koszinowski 2001:40 f.; Lübben 2001).[188] Auf der Makroebene wurden insbesondere durch Verhaftungswellen 1995 und 2000 vor den Wahlen die gefährlichsten Gegner der Regimekoalition, die gemäßigten Muslimbrüder, ausgeschaltet und alle anderen KOG erheblich eingeschüchtert. Seit 1994 sind auch die gemäßigten Muslimbrüder einer Repressionswelle ausgesetzt, die ihre Hand-

[185] So wurde Mubarak 1999 mit 443 von 454 Stimmen für eine weitere sechsjährige Amtsperiode zum Präsidentschaftskandidaten gewählt und bei den Präsidentschaftswahlen laut offiziellen Angaben mit 93,79% im Amt bestätigt (Koszinowski 2000: 41).

[186] 1995 gingen von den 444 Parlamentssitzen 317 an die NDP, sechs an die Wafd, fünf an die Tagammuʻ, einer an die Nasseristische Partei und einer an die Liberale Partei. Die verbleibenden 114 Sitze gewannen unabhängige KandidatInnen, von denen sich 100 sofort nach der Wahl der NDP anschlossen. Von den verbleibenden 14 Unabhängigen wird einer zu den Muslimbrüdern gezählt (*al-ahram weekly* 1995; Büttner 1996). 2000 gingen 388 Sitze an die NDP, 17 Sitze an die Wafd-Partei, 6 an die Tagammuʻ, 2 an die Nasseristen, einer an die Liberalen und 37 an Unabhängige, von denen 17 als MB, zwei als Islamisten und fünf als Nasseristen gelten. 213 „Unabhängige" Kandidaten waren mehrheitlich Mitglieder der NDP, traten nach der Wahl dem Regierungsblock bei und sicherten so die Mehrheit der Partei (Koszinowski 2001:41 f.; Lübben 2001).

[187] Erstmals wurden Wahlen unter richterlicher Aufsicht durchgeführt, weshalb die Wahlen an drei Tagen stattfanden. Massive Manipulationen fanden dennoch statt, zumal sich bereits im ersten Wahlgang ein Erfolg der MB abzeichnete (Lübben 2001:4).

[188] Bei den Wahlen von 1995 und 2000 spielte Gewalt gegen Wahlberechtigte, aber auch im Wahlkampf ebenso wie massive Korruption eine wichtige Rolle (Büttner 1996; Kienle 2000:51 ff.; Koszinowski 2001; Lübben 2001:4). Zudem wurden die Kandidaten durch die örtlichen Sicherheitsbehörden registriert, das Innenministerium behielt das Recht, Kandidaten abzulehnen, die Richter wurden vom Justizministerium ernannt, Wahllokale wurden nicht oder spät geöffnet, Wählerlisten gefälscht, WählerInnen durch Gewalt vom Wählen abgehalten sowie Wahlhelfer der Opposition behindert (Lübben 2001:4 f.; Büttner 1996). Bei beiden Wahlen wurden die Ergebnisse erfolgreich aber folgenlos vor Verwaltungsgerichten angefochten (Koszinowski 2001:40).

lungsfähigkeit geschwächt hat.[189] Vor den Wahlen von 1995 und 2000 wurden prominen-te Mitglieder, Kandidaten und Amtsinhaber verhaftet (Büttner 1996; Kienle 1998; Koszinowski 2001:40 f.).[190] Hinzu kommen interne Auseinandersetzungen der Bruderschaft, die eskalierten, als ein Teil der Muslimbrüder die 1995 angekündigte Gründung der Partei al-Wasat (Zentrumspartei) im November 1996 beantragte (Koszinowski 1997:42).[191] Roussillon stellt die These auf, dass die MB durch den Versuch offizieller und formalisierter Teilhabe aus Regimesicht den stillschweigenden Konsens über die Möglichkeit ihrer informellen Partizipation gebrochen haben (Roussillon 1997:120 f.). Meine mikro- und mesopolitischen Analysen können diese Einschätzung scharfer Repression gegen solche Schritte, die die De-Mobilisierung und De-Politisierung des formalen politischen Raumes bedeuten könnten, bestätigen. Im sozialen Vertrag der Informalität wird der Zugang zu indirekten Teilhaberechten als Ersatz für demokratische Teilhaberechte durch das Regime kontrolliert, das auf Grenzüberschreitungen sowohl auf der Mikro- als auch auf der Mesoebene mit Repression reagiert.

Während die Opposition drastischen Einschränkungen ausgesetzt ist, sich aber angesichts dieser Barrieren durchaus erfolgreich an den Wahlen beteiligt, zeigt sich auf Seiten der Regimekoalition innerhalb der NDP eine schwer kontrollierbare Interessenspluralität. So kandidierten 2000 zu den Wahlen 446 Frauen und Männer für die NDP, davon waren 42% Erstkandidaturen, und 3.240 unabhängige Kandidaten.[192] Nur 75 Personen waren koptischer Religion und die weiblichen Kandidaturen umfassten nur 120 Frauen (Koszinowski 2001:41).[193] Parteikandidaturen machten also nur einen kleinen Teil der zur Wahl stehenden aus. Viele sogenannte Unabhängige entstammen jedoch ursprünglich der NDP, obwohl diesen Mitgliedern der Parteiausschluss angedroht wurde. 213 Unabhängige traten zur NDP über, davon 35 erst nach den Wahlen. Tatsächlich gewann die NDP nur 175 Sitze (38%), 271 der 446 KandidatInnen scheiterten, darunter viele prominente Parteimitglieder (Koszinowski 2001:41).

> „Der hohe Anteil der Unabhängigen wurde als Beweis dafür bewertet, dass traditionelle Bindungen und materielle Rücksichten bei der Wahl der Kandidaten im Vordergrund standen, ideologische Aspekte hingegen kaum eine Rolle spielten" (Koszinowski 2001:42).

Die hohe Zahl unabhängiger KandidatInnen signalisiert, dass Parteiraison und politische Ziele in einer Sammelbewegung überwiegend an den korruptiven Ressourcen interessierter PolitikerInnen nicht länger ein geeignetes Kontrollinstrument darstellt, wie im folgenden Kapitel noch ausgeführt wird.[194] Das politische Feld hat sich nominell pluralisiert.

---

[189] So wurden 1996 im Januar 49 und im März 13 Muslimbrüder festgenommen, die vor Militärgerichten zum Teil verurteilt wurden (Koszinowski 1997:42). Auch 1997 und 1998 hielt der Druck auf die Muslimbrüder unvermindert an. Allein 1998 wurden 100 Mitglieder der Bruderschaft vor Militärgerichten zu Gefängnisstrafen verurteilt (Koszinowski 1999:42). 1999 fand ein weiterer Massenprozess gegen 300 islamistische Angeklagte statt (Koszinowski 2000:42).

[190] Im Jahr 2000 sollen insgesamt über 1.000 MB verhaftet worden sein. Zudem wurde der Arbeiterpartei im Mai 2000 die Lizenz entzogen und der Chefredakteur der islamistischen *ash-sh'ab* Zeitung, Magdi Hussein, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt (Koszinowski 2001:40).

[191] Zu den 70 Gründungsmitgliedern zählen auch drei Kopten, unter anderem der Sohn des Bischofs der Anglikanischen Kirche. Drei Parteigründer wurden 1996 festgenommen, aber von einem Militärgericht freigesprochen (Koszinowski 1997:42).

[192] 272 KandidatInnen traten für die Wafd an , 52 für die Tagammu', 45 für die Nasseristen und 59 für die übrigen Parteien (Koszinowski 2001:41).

[193] Gewählt wurden drei Christen und sieben Frauen, Präsident Mubarak berief zusätzlich vier Kopten und vier weitere Frauen (Koszinowski 2001:41).

[194] Vor den Wahlen wurden 77 von 90 Mitglieder in Führungsgremien ausgewechselt, unter anderem wurde der Sohn des Präsidenten, Gamal Mubarak, in das Generalsekretariat der NDP aufgenommen. Die junge Generation

3 Geschlechterpolitik und Liberalisierung

Trotz der aktiven Nutzung unterschiedlicher öffentlicher Handlungsspielräume durch Frauen und weitreichender sozialer und politischer Reformen seit Nassers Machtübernahme hat sich an der geschlechterdemokratischen Schlechterstellung von Frauen in Recht, Politik und Gesellschaft Ägyptens wenig geändert (Hatem 1986:31 ff.; As-Saadawi 1988:10 ff.; Legal Rights 1992:28 ff.; El-Abnoudy 1998; Al-Ali 2000). Zwar heißt es in der bis heute mit leichten Veränderungen gültigen Verfassung von 1971 (Jürgensen 1992:196 f.):

> „Citizens are equal before the law; they are equal in public rights and duties, with no discrimination made on the basis of race, sex, language, ideology, or belief" (Verfassung von 1971 zit. n. Badran 1991:222).

Doch Artikel 11 unterscheidet im Gegensatz zum Gleichberechtigungsgrundsatz zwischen den öffentlichen und privaten Rechten und Pflichten der Frau. Der in der Verfassung festgeschriebene doppelte Standard, der die weibliche Lebenswelt als auf das „Private" beschränkt konstruiert, reflektiert und kodifiziert diskriminatorische gesellschaftliche Normen, die dazu führen, dass auch geschlechtsneutrale Regelungen geschlechtsspezifische Auswirkungen entfalten können. Zwischen Staatsfeminismus und neuem Konservatismus der 1990er Jahre erweisen sich die konservativen Geschlechterarrangements als ebenso stabil wie die Machtposition Mubaraks.

Die Geschichte des Frauenwahlrechts in Ägypten illustriert die ambivalente Haltung staatlicher Akteure gegenüber ihren Bürgerinnen und ermöglicht gleichzeitig die Analyse systematisch verhinderter Massenpartizipation als Kennzeichen beider Liberalisierungsphasen. Zwar führte Nasser 1956 das Frauenwahlrecht ein, doch unterlagen Frauen im Gegensatz zu Männer nicht der Wahlpflicht.[195] Gleichzeitig mit der Erlangung des Wahlrechts wurden die bis dahin existierenden Parteien, Frauengruppen und andere zivilgesellschaftliche Institutionen verboten oder kooptiert, so dass staatsunabhängige Partizipation ein Ende fand. Heute nimmt nur ein Bruchteil der weiblichen Wahlberechtigten an den Wahlen teil (Wille 1993; Harders 1995).[196] Die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im November 1995 lag laut offiziellen Angaben bei 49,7% von 20 Millionen registrierten WählerInnen. Allerdings waren 92,6% aller wahlberechtigten Frauen nicht registriert, und in der Gruppe der registrierten Frauen wählten nur 27,9% (MET 1995; Badran 1997a).

Auch in Parteien und Parlament sind Frauen nur mangelhaft repräsentiert (Harders 1995). Gewerkschaften und insbesondere die Berufsverbände, die in der Literatur oft als wichtige zivilgesellschaftliche Institutionen betrachtet werden, haben sich als extrem männerdominierte Bereiche erwiesen (Norton 1993; Al-Sayyid 1993; Cassandra 1995; Zaki 1995). Demgegenüber haben sich NGO zu einem wichtigen Forum für die unabhängige (und frauenorientierte) Organisation von Frauen entwickelt (Hatem 1992; Badran 1997; Al-Ali 2000). Von der Kandidatur für den Vorstandsposten bis zur Wahlregistrierung sehen sich Frauen so mit ihrem unvollständigen BürgerInnenstatus konfrontiert: Sie dürfen zwar wählen, aber ihre Registrierung zur Wahl hängt von der Unterstützung ihrer

~~der Partei zeigte sich enttäuscht, da ausschließlich~~ etablierte Vertreter der NDP berücksichtigt wurden (Koszinowski 2000:42; 2001:39).

[195] Erst 1978 wurde diese rechtliche Diskriminierung zugunsten einer allgemeinen Wahlpflicht aller Männer und Frauen ab 18 Jahren aufgehoben.

[196] So waren 1979 nur knapp zwei Millionen von insgesamt zehn Millionen wahlberechtigten Frauen im Besitz einer Wahlkarte, und 1986 hatten sich nur 18% aller wahlberechtigten Frauen eine Wahlkarte ausstellen lassen (Legal Rights 1992:27). Zur Ausübung des Wahlrechts ist die Registrierung auf Wahllisten und die Ausstellung einer Wahlkarte nötig. Etwa nur die Hälfte der Wahlberechtigten verfügen über eine solche Wahlkarte, und von diesen nehmen meist nicht mehr als 50% an den Wahlen teil.

männlichen Familienmitglieder ab. Parteipolitikerinnen können zwar zu Ministerinnen berufen werden, aber sie dürfen nicht ohne das Einverständnis ihres männlichen „Verantwortlichen" reisen.[197] Die trotz enormen gesellschaftlichen und politischen Wandels seit Nasser fast unangetastet gebliebenen Diskriminierungen im Familienrecht[198] zeigen, wie wichtig die Aufrechterhaltung männlicher Kontrolle im privaten Bereich für die Legitimität staatlicher Akteure ist. Indem der Staat das „Private" zumindest rhetorisch als staatsfreien Raum erhält, versichert er sich der Loyalität seiner männlichen Vollbürger auf Kosten der Frauen, die gleichzeitig zu Ikonen nationaler „Authentizität" stilisiert werden (Kandiyoti 1991). Unter Mubarak vollzog sich eine Abkehr vom Staatsfeminismus: Die parlamentarische Quotenregelung wurde ebenso zurückgenommen wie einige der Liberalisierungen im Familienrecht. Sadat nutzte den frauenrechtlichen Liberalisierungsdiskurs gegen die Islamisten, Mubarak inszenierte die Rücknahme der Liberalisierung und das Ende des Staatsfeminismus als diskursives Inkorporationsangebot an die islamistische Bewegung (Hatem 1995:202). Frauenrechte wurden so zur Verhandlungsmasse zwischen dem Regime und seinen Kritikern, deren Positionen gar nicht so weit auseinander lagen, während die unabhängige Selbstorganisation von Frauen ebenso wie die anderer oppositioneller Kräfte systematisch behindert wird (Hatem 1995; Al-Ali 2000). Auch aus geschlechterdemokratischer Sicht zeigt sich das ägyptische politische System als ein regressiv-autoritäres, in dem die politischen und sozialen Rechte von Frauen vom Gesetzgeber ebenso wie durch die gesellschaftliche Praxis erheblich beschränkt werden.

4 Fazit

Die makropolitische Situation Ägyptens lässt sich im Vergleich zum Beginn der 1990er Jahre zusammenfassend als regressiv-autoritär kennzeichnen. Die säkulare, parteipolitisch organisierte Opposition ist geschwächt und – bis auf wenige Ausnahmen – unfähig, die gesellschaftliche Basis zu erreichen. Die militante islamistische Opposition ist durch die scharfe Repression zerschlagen worden, während die gemäßigten Kräfte zwar geduldet, aber systematisch aus allen formalen Politik-Prozessen ausgeschlossen werden. Das neue NGO-Gesetz ebenso wie die Verfolgung von MB vor den Wahlen zeigen, dass das Regime nicht gewillt ist, andere gesellschaftliche Akteure jenseits von Kooptation und Einschüchterung einzubeziehen. In dieser Phase politischer Stagnation auf der Ebene der politischen Eliten bei gleichzeitigem krassen sozio-ökonomischen Wandel zeichnen sich auf dem kommunalpolitischen Feld mehr Heterogenität und konkurrierende Interessen ab, was jedoch nicht automatisch mit einer Liberalisierung gleichgesetzt werden kann, wie die mesopolitische Analyse im folgenden Kapitel zeigen wird. Die informellen Handlungsspielräume in den Netzwerken der Kommunalpolitik können mangelnde politische und soziale Rechte im formalen System auch für organisierte nationale Eliten nicht ersetzen. Die anti-partizipatorische Seite des Sozialvertrags der Informalität zeigt sich deshalb auf der makropolitischen Ebene besonders deutlich. Mangelnde Geschlechterdemokratie geht mit einer kompletten Blockade von Liberalisierungstendenzen einher. Auf der gesellschaftlichen Seite des politischen Prozesses entstehen Demobilisierung und politische Frustration: die Demokratie, das zeigt das nächste Kapitel, wird von vielen InterviewpartnerInnen als reine Inszenierung ohne Gehalt betrachtet.

[197] Ein Gesetz, das Frauen das Reisen ohne Einwilligung des Mannes erlaubt, wurde im Parlament 1999 abgelehnt. Der Oberste Verfassungsgerichtshof hob jedoch ein entsprechendes Dekret von 1959 auf und räumte Frauen das Recht ein, ohne Zustimmung des Ehemannes einen Reisepass zu beantragen (Koszinowski 2001:43).
[198] Im Januar 2000 wurde das Scheidungsrecht zugunsten von Frauen geändert und räumt ihnen nunmehr auch das Recht zur Scheidung ein, allerdings unter Verzicht auf Unterhaltszahlungen (Koszinowski 2001:43).

„Die Regierung will nicht, dass das Volk weiß und lernt, weil sich dumme Leute besser regieren lassen und deshalb ist das Volk ungebildet und soll es auch bleiben" (E4).

V Stadtteilanalysen: Armut und politische Partizipation

Der Staat wird in der Literatur oft als extern und fremd in seinem Verhältnis zu den Gesellschaften des Nahen Ostens beschrieben. Migdal, Ayubi, Pawelka und andere haben den Staat deshalb als schwachen, nicht durchsetzungs- und penetrationsfähigen Akteur gegenüber den starken Gesellschaften gekennzeichnet (Pawelka 1985; Migdal 1988; Ayubi 1995). Ansari, Singerman, 'Eid und Haenni, Khoury-Dagher und andere betonen dagegen, dass staatliche AkteurInnen und Institutionen nicht abgekoppelt von den jeweiligen lokalen Gesellschaften handeln können (Ansari 1986; Singerman 1995; Khoury-Dagher 1996; 'Eid, Haenni 1998). Eliten sind im Gramscischen Sinne darauf angewiesen, die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie durch den Einschluss lokaler AkteurInnen, ihrer Interessen und Werte abzusichern. Der makropolitische Rahmen in Ägypten ist dadurch strukturiert, dass die Regimekoalition ihren Machterhalt durch eine enge Kontrolle von formaler Elitenpartizipation bei gleichzeitiger politischer Demobilisierung der gesellschaftlichen Basis zu sichern weiß. Gleichzeitig existieren hybride soziale Praxen, die auf die zunehmende materielle Entleerung symbolischer Strukturen der Lebenswelten reagieren. Aber die Veränderung traditioneller Formen der politischen und sozialen Inklusion mündet nicht in ein kommunalpolitisches Vakuum, sondern ruft neue intermediäre AkteurInnen und neue Interaktionsstrukturen hervor (Bierschenk, de Sardan 1997; Haenni 1997; Happe, König 1999:79). So lassen sich durch die Untersuchung lokaler Strukturen auf der Mikro- und Mesoebene wichtige Aufschlüsse über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im sozialen Vertrag der Informalität gewinnen. Die lokalen Machtstrukturen spiegeln die nationalen nicht nur, sondern hier können sich neue AkteurInnen etablieren und andere Partizipationsformen entstehen. Das folgende Kapitel untersucht formale und informelle Partizipation armer Gruppen und die Interaktion intermediärer AkteurInnen auf der Mesoebene der Stadtteile. Die Analyse der Überlebensökonomien auf der Haushalts- und Nachbarschaftsebene hat gezeigt, dass die lokale Ebene für arme und verletzbare AkteurInnen eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Handlungsebene darstellt.

Deshalb werden zunächst die Staatsperzeptionen der Armen untersucht und dann formale Partizipation wie die Teilnahme an Wahlen, sowie die Mitgliedschaft in Parteien, NGO und Gewerkschaften. Im Anschluss werden die informellen kollektiven Partizipationsformen in Migrantenvereinen und Solidaritätsnetzwerken analysiert. Im zweiten Teil werden die Akteure der Mesoebene vorgestellt, die die Lebensrealitäten von Armen auf der lokalen Ebene strukturieren. Eine besondere Rolle spielen dabei die Netzwerke der regionalen Solidarität, der *'asabiya*. Auf der Ebene lokaler Akteure und Institutionen werden Migrantenvereine, *'asabiya*-Netzwerke, moderne und traditionelle Notable, politische Parteien, NGO und Polizei sowie die Verwaltung untersucht. Abschließend wird das Beispiel der Kommunalwahlen von 1997 analysiert, das die These der Pluralisierung des lokalen Feldes belegen soll. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Welche informellen kollektiven Partizipationsformen finden sich auf der Mesoebene? In welchem Verhältnis stehen formale und informelle Partizipationsformen? Welche Funktionen übernehmen informelle Strukturen? Und schließlich: welche formalen und informellen AkteurInnen, Organisationen und Institutionen finden sich auf der Mesoebene der Quartiere? Wie sind sie miteinander verknüpft und was lässt sich aus der Mesoperspektive über

das Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie zur Qualität der Transition in Ägypten sagen? Wie stellen sich die Geschlechterverhältnisse auf der Mesoebene dar?

Zur Beantwortung dieser Fragen greife ich überwiegend auf mein Material aus den Stadteilen und auf die Ergebnisse der wenigen anderen Studien, die sich mit Aspekten der Analyse der Mesoebene beschäftigen, zurück (Semsek, Stauth 1987; Ben Nefissa et al. 1997; 'Eid, Haenni 1998; Zayed 1998; Ben Nefissa 1999, Ben Nefissa 2000). Die von mir untersuchten Stadtteile stellen dabei einen spezifischen Ausschnitt der heterogenen Metropole Kairo dar. Zudem wurde eine begrenzte und ausgewählte Gruppe lokaler AkteurInnen befragt, die ihre individuelle Sicht einbrachten. Dennoch lassen sich anhand dieser Daten hypothesengenerierende Aussagen treffen, deren Relevanz über das spezifische Quartier hinausgeht, ohne dass damit beansprucht wird, die komplexen Strukturen dieser Millionenstadt vollständig erfassen zu können. Als explorative Studie entfaltet meine Arbeit vor allem bisher wenig beachtete Aspekte einer „Staatsanalyse von unten".

1 Lokale Perspektiven auf den Staat

> „Das ist ein Menschenrecht, dass die Regierung ihrem Volk hilft. Aber wer hört uns schon zu? Sie müssten uns armen Leuten helfen, aber das machen sie eben nicht. Sie vergessen uns und das ist falsch" (S3).

So fasst ein Interviewpartner aus S eine von vielen Armen geteilte Sicht zusammen. Wie sehen Arme den Staat, in welches Verhältnis setzen sie sich zu ihm? Die individuellen Auffassungen zu diesem Thema beeinflussen nicht nur die grundsätzlichen Partizipationsvorstellungen und Aktivitäten der Befragten, sie reflektieren gleichermaßen die staatliche Praxis und ihre Wahrnehmung durch eine Gruppe von BürgerInnen, die der Theorie nach wesentlich von ihr ausgeschlossen ist. Strukturelle Exklusion von Dienstleistungen, formalen politischen Institutionen und Ressourcenallokationssystemen bedeutet dennoch nicht, dass die Eliten und staatlichen Institutionen völlig unabhängig von der Bevölkerung sind, wie Ansari und Singerman betonen (Ansari 1986:1ff.; Singerman 1995:10). Der abwesende, defizitäre Staat ist für die Überlebensökonomien der Armen in seiner Negativität ebenso wichtig, wie ein funktionierender Staat, so meine These. Arme und verletzbare Gruppen sind einerseits auf die informellen Handlungsspielräume zur Überlebenssicherung angewiesen, die ihnen staatliche Institutionen im Rahmen des informellen sozialen Vertrags eröffnen. Gleichzeitig bleibt der Staat der wichtigste Adressat für die Einforderung sozialer Unterstützung: der Staat wird als (potentieller) Garant stabiler Überlebensökonomien betrachtet (Khoury-Dagher 1996:128; Berg-Schlosser et al. 2000). Die Widersprüchlichkeit von starken Gefühlen der Marginalisierung, der Exklusion und der Vernachlässigung bei gleichzeitiger Orientierung auf den Staat als zentralen Akteur kennzeichnet die Perspektiven der Armen.

Dabei lassen sich grob zwei Diskurse über den Staat unterscheiden: ein wohlfahrtsstaatlich orientierter und ein liberaler. VertreterInnen beider Perspektiven adressieren den Staat überwiegend in Bezug auf seine distributiven Aufgaben, also die Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur. Subventionen und staatliche Unterstützung als Tauschmedium für politische Loyalität haben den nasseristischen Wohlfahrtsstaat in den Überlebensökonomien und den Erwartungen der Armen fest verankert. Zwar kritisieren die InterviewpartnerInnen Korruption und Repressionserfahrungen als wichtige Bestandteile ihres Staatsbildes, aber an der staatlichen Pflicht zur Unterstützung zweifeln nur wenige. Obwohl Arme aufgrund ihrer besonderen Abhängigkeit von informellen Strukturen oft auf einen schwachen Staat angewiesen sind, wünschen sie sich Überlebenssicherung mit dem Staat, nicht gegen ihn, so ein wichtiges Ergebnis der Arbeit. Diese Kritik

kann aber, wie das Wahlkapitel zeigen wird, durchaus von den konkreten Partizipationsentscheidungen abgekoppelt werden und mündet nicht in einheitliche Aktionslogiken seitens der Armen. Der Staat stellt sich in den Augen der InterviewpartnerInnen zumeist als korruptes Ensemble lokaler Bürokratien und nationaler Institutionen dar, die pauschal und stark personifizierend als *hukuma* bezeichnet werden. *Hukuma* wird im ägyptischen Sprachgebrauch im wesentlichen mit Regierung und Polizei konnotiert, aber es bezeichnet in den Diskursen der Armen auch ein breites Ensemble unterschiedlicher Institutionen und AkteurInnen.[198] In der Armutsanalyse zeigte sich, dass steigende Kosten und schlechte Qualität staatlicher Dienstleistungen im Bereich Bildung und Gesundheit die Überlebensökonomien nachhaltig destabilisieren. Direkte staatliche Unterstützung war nur für wenige Menschen im Sample zugänglich. Dementsprechend formulieren viele InterviewpartnerInnen ein Gefühl von Exklusion verbunden mit einem Anspruch auf staatliche Hilfe. Das Bild des vernachlässigenden, „unfähigen Wohlfahrtsstaates", der sich seiner Pflichten entzieht, wird häufig formuliert.

> „Die Regierung macht normalerweise gar nichts für niemanden. Ein Tag bei denen ist wie ein Jahr für uns, wenn sie überhaupt kommen und sich um die Probleme kümmern. Im Fernsehen und in den Zeitungen sagen sie, wir sind die Diener des Volkes, aber das ist leeres Gerede, denn nichts passiert, gar nichts" (S7).

Für Abu Nasser ist die Regierung fern, sie nimmt seine Probleme nicht wahr, und wenn sie sich um die Probleme der Armen kümmert, dann zu langsam und nicht ausreichend. Er verweist auf den Widerspruch zwischen der Selbstdarstellung des Staates und seiner lokalen Agenten und ihrer tatsächlichen Aktivitäten auf der lokalen Ebene. Dieser Aspekt wird auch für die Analyse der Wahlentscheidungen armer Menschen noch eine wichtige Rolle spielen: Effizienz und Zugänglichkeit bzw. der eklatante Mangel daran, wird von Armen ebenso betont wie etwa von der organisierten Opposition. Das Gefühl von Abgekoppeltheit teilt auch Um Karim aus S: „Die *hukuma* macht nichts, wer lebt, lebt und wer stirbt, der stirbt" (S11). Trotz dieser kritischen Position bleibt der Staat für die meisten Armen der wichtigste Adressat für ihre Forderungen, auch wenn die wenigsten je direkt von staatlicher Unterstützung profitieren konnten. So fordern *arzuqis* aufgrund ihrer unsicheren Lage auf dem Arbeitsmarkt ein Sozialversicherungssystem (E4, S4). Junge Männer, die keine Wohnungen finden können, wünschen sich billige Wohnungen und schlagen genossenschaftliche Finanzierungsmodelle vor (S19). Menschen in informellen Vierteln betonen vor allem ihren Bedarf an Infrastruktur. Haushalte, die unter den hohen Bildungskosten leiden, fordern eine Senkung dieser Kosten (S20). Ein ähnlicher Befund wird im EHDR beschrieben, in dessen Erhebung 94% der Armen denken, dass die Regierung ihnen helfen sollte (EHDR 1996:94). So ist der Staat schwach in Bezug auf seine materielle Präsenz, aber stark in seiner Verankerung als Adressat von Erwartungen seitens der Armen. Während die oben genannten InterviewpartnerInnen einen Anspruch an die *hukuma* formulieren, denken andere, dass der Staat „nicht allen helfen kann" (A6, S2, S5).

> „Die Regierung kann nicht mehr machen, als sie schon tut. Wir sind so viele und die *hukuma* kann doch nicht jedem Bürger 5.000 £E geben und sagen, macht euch eine schöne Zeit in Luxor" (S2).

Abu Karim aus S kritisiert den Hilfsanspruch an den Staat und hält die staatlichen Aktivitäten für ausreichend. Seine Position kann dem hier so genannten liberalen Standpunkt zugeordnet werden. Andere InterviewpartnerInnen betonen außerdem, dass ihre Proble-

[198] Die Sprachwurzel h-k-m umfasst eine große Bandbreite von Bedeutungen: neben Regierung, Herrschaft, Polizei auch Gerichtsbarkeit, Gericht, Urteil und Richter, um nur einige zu nennen. Ich beziehe mich auf den Gebrauch im ägyptischen Dialekt.

me Privatsache seien, die den Staat nichts angingen und die der Staat auch nicht lösen könne (S6, S8, S9). Diese InterviewpartnerInnen heben ihre Autonomie hervor: Als *arzuqis* und Selbständige im informellen Sektor sehen sie sich nicht eng an den Staat gebunden, sie formulieren keinen moralischen oder rechtlichen Anspruch auf Hilfsleistungen. „Die Regierung macht nichts für uns, wir wollen auch nichts von der *hukuma*. Wir sind keine Angestellten, was haben wir mit der Regierung zu tun?" (S16, ähnlich S1). Die unterschiedlichen Implikationen der beiden entgegengesetzten Konzepte von Angestellten und Tagelöhnern werden so deutlich: Aus der ökonomischen Abhängigkeit des Angestellten erwachsen ihm gleichzeitig Rechte und Privilegien, die der Tagelöhner aufgrund seiner ökonomischen Ferne vom Staat nicht beanspruchen kann. Ebenso natürlich, wie sich der Staat um seine Diener kümmert, die ihm dafür politische Loyalität schuldig sind, wie sich bei der Wahlanalyse noch zeigen wird, stehen alle anderen außerhalb dieses Absicherungssystems. Abu Sabir aus D setzt das Fehlen staatlicher Strukturen in den Überlebensökonomien vieler *arzuqis* in einen Anspruch auf staatsfreie autonome Zonen um, wie ihn auch Bayat vorfand (Bayat 1997). Er plädiert für Selbsthilfe:

> „Die Leute sagen immer: die *hukuma*, die *hukuma*. Die Regierung macht doch schon eine Menge, aber wir müssen auch was machen, dann gibt es hier wirkliche Demokratie. Die Regierung hat ihre Nase in alle Dinge gesteckt, auch in Dinge, die sie nichts angehen. Wasser und Kanalisation, das sind unsere Probleme und nicht die der Regierung. Zum Beispiel die Kanalisation, darum müssen wir uns kümmern. Die *hukuma* kommt, aber wann? Dann sind wir längst alle alt und grau. Deshalb machen wir das lieber selbst, legen zusammen und organisieren das mit dem Haus- oder Grundbesitzer. Für die Wasserleitung zum Hauswasserhahn unten im Haus hat jeder Mieter 200 £E gezahlt, damit das klappt. Das nennt man *guhud al-dhatiya* (Selbsthilfeanstrengungen)" (D1).

Abu Sabir stellt sich in die Tradition neoliberaler Politikentwürfe, die mangelnde staatliche Leistungen durch die Privatisierung der Bereitstellung von Infrastruktur zur Grundbedürfnisbefriedigung kompensieren will. Tatsächlich ist die selbstorganisierte Lösung für die BewohnerInnen oft funktionaler, weil sie schneller und unbürokratischer ihre Überlebensökonomien stabilisiert. Aber auch Selbsthilfe ist an den Zugang zu Ressourcen gebunden. Wer über diese Ressourcen verfügt, kann leichter auf staatliche Dienstleistungen verzichten, während die ärmeren Gruppen davon ausgeschlossen bleiben. Zumal Selbsthilfe für viele keine Wahl, sondern eine reine Notwendigkeit darstellt, wie die Beispiele aus den informellen Squattersiedlungen gezeigt haben. Die illegale, kollektive Aneignung staatlicher Ressourcen ist dann eher Ausdruck einer strukturellen Exklusion als einer freiwilligen Entscheidung für die autonome Selbstorganisation wie Bayat argumentiert (Bayat 1997:54).

Denn diese Formen der Selbstorganisation sind nicht unabhängig von staatlichen Strukturen umzusetzen, sondern sie beruhen auf dem taktischen Ignorieren dieser Strategien seitens staatlicher Instanzen. Gleichzeitig sind auch die VertreterInnen der Selbsthilfe bei der Verbesserung ihrer Bedingungen stark auf den Staat angewiesen: das Anfügen eines weiteren Stockwerks ohne Baugenehmigung setzt Bestechungsmöglichkeiten bei der Baubehörde voraus, ebenso wie das Legen einer Wasserleitung die Anschlussmöglichkeit an das zentrale, vom Staat gestellte Netz verlangt. Insofern können bei den VertreterInnen dieser Haltungen die Erwartungen an wohlfahrtsstaatliche Leistungen niedriger sein, was jedoch nicht mit Verzicht auf den Staat oder mit Abkoppelung gleichzusetzen ist.

Ein zentraler Kritikpunkt wird von vielen InterviewpartnerInnen geteilt, ganz gleich, ob sie wohlfahrtstaatliche oder liberale Staatskonzeptionen verfolgen: Korruption und mangelnde Zugänglichkeit zu staatlichen Dienstleistungen in der Bürokratie.[199] Während

[199] ~~Keine besonderen Erfahrungen mit Bestechung~~ oder bürokratischen Schwierigkeiten machten A2, A4, S2, S3, S5, S8, S15, S16.

die Kleinkorruption in den Behörden, etwa, um einen Antrag zu beschleunigen, von vielen für normal gehalten wird, erregt die Korruption der Reichen und Mächtigen bzw. die Veruntreuung von Hilfsgeldern für Arme und Bedürftige großen Ärger:

> „Es gibt zwar Hilfe von außerhalb, aber das ist doch alles leeres Gerede, was da vom Staat passiert. Das ist doch alles korrupt. Zum Beispiel beim Erdbeben, da haben wir so viel Hilfe von außen bekommen, und hier bauen sie Zelte auf, anstatt den Leuten Wohnungen zu geben. Und jetzt, Jahre danach, leben die Leute immer noch in Zelten. Es gibt viele Verbrecher und Diebe da oben, die das Volk bestehlen. Diese Regierungsprojekte, das ist wie ein Huhn, von dem viele essen und am Ende kommen nur die Knochen beim Volk an, die den Hunden genügen, aber niemandem sonst" (E4).

Der Staat wird zum Dieb, die *hukuma* eine Ansammlung von Verbrechern – eine Einschätzung, die viele InterviewpartnerInnen teilen und die vor allem für das Wahlverhalten von entscheidender Bedeutung ist.[200] Auf der Mesoebene von Lokalpolitik wird sich außerdem zeigen, dass diese Ansichten der Armen den Realitäten in vielen NGO entspricht, sich aber auch in der Arbeitsweise gewählter Kommunal- und Bundespolitiker spiegelt.

> „Viele der sozialen Projekte, die es hier gibt, die fangen gut an und gehen dann durch Korruption kaputt. Das ist schade. Die Leute verdienen zu wenig und stehlen dann das Geld der Armen. So saugen sie das Blut der Armen aus (*humma yishrabu min il-damm il-fuqara'*) Die Leute denken sich gute Sachen aus, und dann geht alles kaputt, weil alle nur an ihren eigenen Vorteil denken" (S1).

Kleinkorruption in Behörden, aber auch in allen anderen Lebensbereichen, strukturiert den Zugriff auf staatliche Institutionen, der dadurch stark informalisiert wird. An die Stelle eines transparenten, rechtsförmigen Zugangs zu Institutionen tritt der informalisierte, individuelle und oft klientelistisch vermittelte Weg. Diese Praktiken spiegeln sich auch im Alltag der Armen, wie Um Ahmed schildert:

> „Wir machen das im Kleinen, wenn's nötig ist. Zum Beispiel gab es neulich in der Straße billige Hühner und da habe ich dem Verkäufer 2 £E in die Hand gedrückt, damit er mir Hühner gibt, auch wenn die Schlange bis ans Ende der Welt geht. Oder ein anderes Beispiel. Unser Telefon ist angeschlossen, und die Leitung ist aber noch nicht da. Ich bin zur Zentrale in Manyal gegangen und habe mich beschwert und dann gesagt: Wir brauchen die Leitung und meine beiden Augen gehören dir (*'uyuni betaak*). Der Beamte fragte: Für wie viel? Und ich sagte: Zum Beispiel für diese 20 £E. Und wenn die Leitung da ist, ist noch mal so viel drin. Tja, so geht das" (S9).

Anders als die Korruption der Reichen wird diese Form der Überlebensorganisation nicht als Diebstahl an den Armen gesehen, sondern als soziales Faktum. Die Legitimität dieser Strategien erwächst aus ihrer Notwendigkeit angesichts der Exklusionsmechanismen, denen sich Arme ausgesetzt sehen. Die Strategien von Um Ahmed erfordern nicht nur Erfahrung, sondern auch materielle Ressourcen, wer sie nicht hat, ist den willkürlichen Abläufen in Behörden ausgeliefert, wie Um Samih betont:

> „Ein Personalausweis dauert fünf Tage oder fünf Monate, und niemand weiß, warum. Es ist sehr anstrengend, sich um all diese Sachen zu kümmern, und ich bin müde, aber was soll man machen. Bestechen kann ich nicht, ich habe kein Geld dafür" (S6).

Armut schließt so oft vom Besitz von Personalpapieren und anderen offiziellen Dokumenten aus. Die bürokratischen Hürden wirken nicht nur partizipationsverhindernd, sie stehen auch für eine lose Bindung zwischen BürgerInnen und Staat. Arme und verletzbare Gruppen unterliegen einer Informalisierung ihrer öffentlichen bürgerlichen Identitäten, was nicht nur symbolisch als Exklusion gewertet werden kann, sondern auch mit handfes-

[200] Dauernde Skandale um NDP-Parlamentarier, die wegen Drogenhandels, Kreditkartenbetrugs oder Steuerhinterziehung verurteilt wurden, bestätigen diese Einschätzung (Koszinowski 2001:39 f.).

ten Nachteilen verbunden ist, so die These. So wird beispielsweise der Ausschluss von formalen Partizipationsformen gefestigt, da ohne Personalpapiere keine Wahlkarten ausgestellt werden.

In einem solchen System wird der Zugang zu Vermittlungsleistungen etwa über die *kubar*, die Notablen, aber auch über bezahlte Agenten, zum wichtigen Bestandteil der Überlebensökonomien. Einige der ChristInnen im Sample haben Zugriff auf die Vermittlungsleistungen der Kirche, die ihnen auch für bürokratische Angelegenheiten zur Seite steht. Um Georges verlässt sich deshalb lieber auf ihre Gemeinde und die Solidarität christlicher BeamtInnen:

> „Wenn man was in der Verwaltung will, dann kann man das auch über die Kirche machen. Irgendwo sitzt immer ein Christ, der einem hilft. Man kann sich auch von jemandem von der Kirche begleiten lassen, manchmal machen die das sogar einfach so. Der Staat ist deshalb auch nicht wirklich hilfreich, sondern für mich nur die Kirche. Ich mache alles über die Kirche" (F2).

Die Kirche wird zur zentralen Instanz im Leben christlicher Armer. Die spirituelle Bindung wird ähnlich wie bei islamischen Organisationen durch materielle und soziale Unterstützung verstärkt, es entsteht ein christliches Subsystem an Dienstleistungen und Netzwerken. Dieses Subsystem ist zum einen als Reaktion auf die als Minderheit[201] erfahrenen Diskriminierungen zu sehen. Dem informellen Ausschluss werden die christlichen Selbsthilfeanstrengungen, die *guhud al-dhatiya*, entgegengesetzt, die aber häufig zu einer noch stärkeren Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft führen. Zum anderen wird dadurch die Machtposition der Kirche innerhalb der christlichen Gemeinde gestärkt. Die Kirche wird für ChristInnen zum *broker*-Patron, sie ist deshalb in vielen Vierteln auch Bestandteil der lokalen informellen Machtstrukturen. Durch den Aufbau und die Pflege spezifischer christlicher Netzwerke, die aber, um effizient zu sein, immer auch Muslime auf der bürokratischen Ebene einschließen müssen, sichern ChristInnen ihren Zugang zu staatlichen Ressourcen ab. Dennoch ist gerade bei den christlichen InterviewpartnerInnen der Staat eine besonders weit von der Lebenswelt entfernte Institution, die oft zum Sinnbild für die eingeschränkten BürgerInnenrechte aufgrund des religiösen Minderheitenstatus wird. Die Tatsache, dass in den Personalpapieren die Religion vermerkt ist, führt laut Angaben christlicher InterviewpartnerInnen oft dazu, dass bürokratische Prozesse erschwert werden. Als besonders trennend werden zudem die geltenden Gesetze empfunden, nach denen der Neubau, die Renovierung und Umgestaltung von Kirchen stark eingeschränkt wird, was viele ChristInnen als drastische Einschränkung ihres Rechts auf Glaubensausübung erfahren.[202]

Für viele Menschen ist der Staat vor allem eine repressive Instanz, wie ein Interviewpartner prägnant formuliert: „Die Regierung, das ist die Polizeistation. Wenn die Regie-

[201] Die Frage, ob KoptInnen eine Minderheit in Ägypten darstellen, ist politisch sehr umstritten (ebenso wie die Statistiken über ihre Anzahl). Der offizielle Diskurs der „nationalen Einheit" mit dem das friedliche Zusammenleben von MuslimInnen und ChristInnen umschrieben wird, bestreitet, dass KoptInnen diskriminiert werden und betont ihre Zugehörigkeit zur ägyptischen Nation (el-Gawhary 1996). Tatsächlich kommt es nicht erst seit 1992 immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf KoptInnen, die auch in den Eliten deutlich unterrepräsentiert sind (a.a.O.:22). So ernannte Mubarak für die Legislaturperiode ab 1995 kein koptisches Parlamentsmitglied. Abdel Nasser weist nach, dass Wahlkreisgrenzen in Kairo manipuliert wurden, um zu verhindern, dass in mehrheitlich von KoptInnen bewohnten Stadtteilen rein koptische Wahlkreise entstehen (Abdel Nasser 1997).

[202] Die von militanten IslamistInnen aufgebrachte Debatte, ob ChristInnen als Andersgläubige eine Kopfsteuer zu zahlen hätten, Überfalle und Schutzgelderpressungen auf KoptInnen in Südägypten und die gewalttätigen Ausschreitungen in den 1980er Jahren in der Hauptstadt verstärken den Eindruck akuter Gefahr und mangelhaften Schutzes durch den Staat. So berichtet auch Saad in ihrer Studie über ein oberägyptisches Dorf, dass das von ihr dort festgestellte „Gleichgewicht der Exklusion" fragil ist und sehr schnell durch gewalttätige Übergriffe auf KoptInnen gestört werden kann (Saad 1998).

rung (*hukuma*) kommt, dann kommt die Polizei (*shurta*). Das ist alles, was wir vom Staat sehen" (D10). Ich möchte hier zwei besonders eindrückliche Formen staatlicher Repression gegenüber Armen und Verletzbaren schildern. Beim ersten Beispiel handelt es sich um die Geschichte von Abu Karim aus einem Teil der informellen Siedlung T, die einen Monat vor dem Interview 1996 geräumt wurde.

> „Nein, die machen nichts für uns. Im Gegenteil. Wo ist der Staat und wo ist die Gerechtigkeit? Wessen Staat ist denn das, wenn der Staat sein Volk einfach aus der Hütte räumen kann? Wie können die das nur machen? Die müssen uns doch einen Platz zum Leben geben! Ich will lieber heute als morgen sterben. Komm gib mir das Stromkabel da. Wie sollen wir denn leben ohne Haus und ohne Strom und ohne Wasser und ohne Geld. Wir können nichts mehr machen, wir haben alles versucht. Jetzt sitzen wir in der Wüste in notdürftigen Hütten, und nun hilft uns nur noch Gott. Wir können uns nicht selber helfen, weil wir alles verloren haben, wie sollen wir uns denn helfen? [...] Wir brauchen Hilfe vom Staat, wir sind doch arme Leute. Ich bin Muslim und Ägypter – wie können die so was machen? Wie? Ich will leben und meine Kinder ernähren und ihnen eine gute Ausbildung geben. Wie soll ich das ohne Haus und Bett? Es wäre besser, sie hätten uns umgebracht, anstatt uns auf die Straße zu setzen" (T4).

Abu Karim betont, dass er ein Recht auf Wohnraum hat und dass die Räumung ihn nicht nur seiner Überlebensbasis beraubt hat, sondern auch jede Selbsthilfe unmöglich macht. Vor diesem Hintergrund erscheint ihm auch eine gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei legitim. Ein Staat, der seine BürgerInnen derart rücksichtslos ihrer Subsistenzgrundlagen beraubt, kann auf deren Loyalität nicht länger zählen. Die Legitimität einer solchen Konfrontation bestärkt Abu Karim noch durch den Hinweis auf die geteilte imaginierte religiöse und nationale Identität: Er ist Muslim und Ägypter, genau wie die Regierenden, die durch ihre Brutalität den Erfordernissen eines solidarischen Umgangs unter Gleichen zuwidergehandelt haben. Die Logik lautet: Wenn die *hukuma* die Regeln verletzt, dann habe ich auch ein Recht dazu. Tatsächlich wurde der Zorn der BewohnerInnen in formale Strukturen kanalisiert – und ist dort versickert.[203] Die angesprochenen PolitikerInnen haben nichts unternommen, die einzelnen BewohnerInnen haben sich daraufhin auf individuelle Lösungen verlassen. Unter Nutzung vorhandener Nachbarschafts- und Familiennetzwerke versuchen die geräumten Familien bei anderen Unterschlupf zu finden. Diejenigen, denen solche Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, wie Abu Karim, campieren unter Plastikplanen auf ihrem alten Bauplatz. Unter solchen Bedingungen ist der gemeinsame organisierte Widerstand unmöglich, und die Menschen greifen zu den von Scott beschriebenen *weapons of the weak*: Das Beharren auf einem Platz zum Leben durch das Campen und der symbolische und praktische Entzug von Loyalität (Scott 1985). Die soziale und ökonomische Heterogenität der Armen verhindert gleichzeitig oft weitergehende Solidarität, wenn kollektive Selbstorganisation scheitert (Scott 1990; König 1998; Wedel 1999).

Auch Abu Ala aus S assoziiert die Regierung vor allem mit Problemen, Polizei und Gewalt. Er ist informeller Händler und als solcher staatlichen Übergriffen regelmäßig ausgesetzt. Im Gegensatz zu vielen anderen InterviewpartnerInnen hält er seine Kritik nicht zurück:

> „Die Regierung macht doch nur Probleme. Ich bin seit 35 Jahren Händler, und immer habe ich nur Ärger. Bestechung und Gewalt und Schutzgelder – wir sind diesen Räubern doch ausgeliefert. Es gibt hier einen Polizisten, der die informellen Obsthändler schikaniert und das Obst ka-

[203] Eine ähnliche Struktur beschreibt auch Eckstein für Arme in Mexico-Stadt, deren formale Organisation und engere Verbindung mit Bürokratie und Partei sie gegenüber dem Staat eher geschwächt als gestärkt hat. Die Squattervereine wurden kooptiert, ohne dass sich daraus eine Verbesserung für die Betroffenen ergab (Eckstein 1988).

> putt macht. Der Typ ist ein echter Verbrecher, man muss jede Woche 10 £E bezahlen oder ihn mit Obst bestechen. Der Hundesohn. Alle Händler, die so wie ich ohne Lizenz arbeiten, haben mit der *baladiya* (lokale Polizeieinheiten) zu kämpfen, und alle versuchen, ihre Existenz durch Bestechung zu sichern. Und weil die Polizei das weiß, treibt sie in aller Ruhe ihre Gelder ein. Die Bestechungspreise schwanken so zwischen 10 und 50 £E in Geld oder Obst. Und wenn du nicht bezahlen willst, dann jagen sie dir die Gesundheitspolizei auf den Hals, und dann machen die deinen Laden dicht, also wenn du einen festen Laden hast und dort Essen verkaufst. Viele von den kleinen Restaurants bezahlen eine '*isbuiya* (regelmäßige wöchentliche Zahlung) an die Polizei. Wir kleinen Händler ohne festen Standplatz werden einfach mit roher Gewalt bedroht, die Leute schlagen dich zusammen oder konfiszieren deinen Wagen und deine Waren und das war's dann"(S18).

Abu Ala beschreibt der Verletzbarkeit informeller Händler, die den Geldforderungen der lokalen Polizei ausgeliefert sind. Die bestehenden Korruptionssysteme beziehen staatliche Akteure auf allen Ebenen mit ein. Sie beruhen auf einer Kombination von Armut (auf Seiten der HändlerInnen und der Polizisten) mit der Androhung und/oder dem Einsatz von staatlicher oder privater Gewalt. Diese Gewalt strukturiert den Alltag der armen und verletzbaren Gruppen auf besondere Weise, da sie aufgrund ihrer ungeschützten Positionen im informellen Sektor solchen Formen staatlicher Repression und Ausbeutung überproportional häufig ausgesetzt sind. Gleichzeitig sind ihre Mittel der Gegenwehr beschränkt, da die geringe Rechtssicherheit für Arme formale Wege des Protests strukturell ausschließt und kollektives Handeln außerordentlich risikoreich ist. Der Staat und seine lokalen Vertreter werden durch ihr repressives Potential gegenüber den Armen insbesondere zu Verfolgern von Informalität, da Razzien und Räumungen die „informal people" häufig treffen.

Staatliches Handeln gegenüber Armen lässt sich also schematisch in den drei Optionen Repression, Duldung und Unterstützung beschreiben. Repression tritt immer dann auf, wenn symbolisch oder materiell vermittelte Konflikte über die Reichweite des staatlichen Gewaltmonopols bzw. die Grenzen des Sozialvertrags der Informalität bestehen. Durch die punktuelle, aber regelmäßige Kriminalisierung der Armut wird den informellen Strategien der Überlebensökonomien die Legitimität abgesprochen. Repression tritt immer dann auf, wenn diese informellen Strategien der Armen die Interessen und Ressourcen anderer Bevölkerungsgruppen so sehr einschränken, dass sie aufgrund ihrer stärkeren Konfliktfähigkeit staatliche Instanzen für Repression mobilisieren können. Repressive Maßnahmen tragen neben der Herstellung der symbolischen und praktischen Ordnung auch dazu bei, Armen die Legitimität ihres Verhaltens in der Öffentlichkeit abzusprechen. Armut wird illegalisiert und als weitreichende (Rechts-)Unsicherheit aktiv durch den Staat reproduziert. Die InterviewparterInnen reagieren darauf mit Entzug von Loyalität. Duldung ist diejenige Option, die Armen überhaupt erst informelle Handlungsspielräume eröffnet. Weitreichende Unterstützung für Arme, die den Abbau sozialer Ungleichheit zum Ziel hat, ist für Ägypten nicht nachweisbar.

Das Konzept des „unfähigen Wohlfahrtsstaates" führt innerhalb des Samples entlang der unterschiedlichen Verfügungsgewalt über materielles und immaterielles Kapital zu zwei Handlungslogiken. Diejenigen, die über Zugang zu Ressourcen wie ein relativ stabiles Einkommen oder ein hohes soziales Kapital verfügen, plädieren für Selbsthilfe, anstatt auf den defizitären Staat zu bauen. Der Diskurs der Selbsthilfe, wird von Entwicklungsagenturen ebenso wie von staatlichen Akteuren geführt. Er ist auch das Kernelement lokaler islamistischer Diskurse wie Ben Nefissa am Beispiel des Bezirksrats von Helwan zeigt (Ben Nefissa 1999). Die Idee einer individuellen Reform und Verbesserung anstelle staatlicher Eingriffe, wie sie auch die Bretton-Woods-Institutionen vertreten, hat Eingang in die lokalen Diskurse der Armen und der intermediären AkteurInnen gefunden. Diejeni-

gen, die nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, um Selbsthilfe verwirklichen zu können, beziehen sich positiv auf den Wohlfahrtsstaat nasseristischer Prägung. Obwohl gerade für diese Gruppe der soziale Vertrag, in dem Partizipationsrechte gegen öffentliche Wohlfahrt getauscht werden, schon lange brüchig geworden ist, setzen sie in Ermangelung von Alternativen weiterhin auf den Staat.

Das heißt, dass die Gruppen, die am stärksten von sozialen und politischen Exklusionsprozessen betroffen sind, also die schwächste Bindung zum Staat und seinen Institutionen haben, gleichzeitig am intensivsten auf ihn hoffen. Ihre Erwartungshaltung an den Staat ist ungebrochen. Im Gegensatz dazu plädieren diejenigen, die sich liberalen Diskursen anschließen, für Selbsthilfe jenseits des Staates. Hier scheint sich ein Wandel von Erwartungshaltungen abzuzeichnen, der unter anderem dafür verantwortlich sein könnte, dass es trotz erheblicher staatlicher Rückzüge in den 1990er Jahren nicht zu offenem Protest gekommen ist. VertreterInnen beider Diskurse sind gleichermaßen auf den Staat bezogen, denn auch die Selbsthilfe materialisiert sich in ihrem staatlichen Bezug, wie 'Eid und Haenni für organisierte AkteurInnen betonen ('Eid, Haenni 1998). Khoury-Dagher stellt die Hypothese auf, dass Menschen aus der Erfahrung größerer Effizienz privater Initiativen heraus den Rückzug des Staates nicht als schmerzhaft empfinden. Sie weist darauf hin, dass auch durch die marktwirtschaftliche Orientierung der islamistischen Bewegung der Widerstand gegen wirtschaftliche Liberalisierung abgemildert worden sein könnte. Das Protestpotential der durch diese Bewegung Angesprochenen wird zumindest nicht durch staatlichen Rückzug mobilisiert (Khoury-Dagher 1996:130).

Meine These ist, dass auch wenn Arme private Angebote zunehmend nutzen, sie dennoch nicht auf staatliche Dienstleistungen verzichten können. Die Analyse der Überlebensökonomien auf der Mikroebene hat gezeigt, dass die Bereitstellung von Bildungsmöglichkeiten, billiger medizinischer Versorgung, Transport und Infrastruktur bei aller Mangelhaftigkeit zentral ist für die Stabilisierung der Überlebensökonomien. Staatlicher Rückzug wird deshalb von armen und verletzbaren Gruppen als schmerzhafte Destabilisierung empfunden, die jedoch teilweise durch die Handlungsoptionen des sozialen Vertrags der Informalität abgemildert werden können. Dazu zählen insbesondere die Möglichkeiten der informellen Aneignung öffentlicher Ressourcen wie beispielsweise Baugrund, Wasser und Strom. Solange diese Optionen bestehen, sind sie für Arme effizienter und weniger riskant, als der offene Protest. Zudem vollzieht sich im Ägypten der 1990er Jahre ein schleichender und taktischer Rückzug des Staates beispielsweise aus der Nahrungsmittelsubvention. Anders als 1977, wurden nicht plötzlich die Brot-Preise erhöht, sondern Schritt für Schritt wurde die Qualität des Brotes gesenkt, es wurde leichter gemacht und dennoch etwas teurer. Hinzu kommt, dass Arme gleichermaßen auf die Anwesenheit wie die Abwesenheit des Staates angewiesen sind. Ohne die taktische Ignoranz informeller Selbsthilfestrukturen seitens des Staates könnten Arme diese Handlungsspielräume gar nicht nutzen. Diese Ambivalenzen in der Erwartungshaltung zum Staat könnten neben der makropolitischen Blockade und Repression eine weitere Ursache für das Ausbleiben von Protesten sein.

2 Formale Partizipation zwischen Demobilisierung und Protest

2.1 Wahlen als inszenierte Demokratie

Die Teilnahme an Wahlen zählt in der Partizipationsforschung zu den zentralen Indikatoren für die Messung formaler Partizipation. Fragt man jedoch allein die Wahlbeteiligung und nicht weitere Motivationen ab, so ergibt sich für Ägypten ein Bild sehr niedriger Partizipationsraten, die dann meist mit politischem Desinteresse oder Apathie gleichgesetzt werden. Der folgende Abschnitt zeigt, dass die meisten Nicht-WählerInnen sich bewusst zu diesem Schritt entschließen, der damit eine Form des Protests gegen den Mangel an Transparenz und Demokratie im politischen System Ägyptens darstellt. WählerInnen wie Nicht-WählerInnen sind gleichermaßen gut über die politischen Abläufe um die Wahlen informiert und äußern Kritik daran. Nicht Mangel an Bewusstsein, der von vielen ägyptischen PolitikerInnen als Ursache für die niedrige Wahlbeteiligung angegeben wird, ist der Grund für Wahlabstinenz, sondern oft das Gegenteil: Das Bewusstsein über die Funktion der Wahlen innerhalb nur scheinbar demokratischer Strukturen und die eigene Positionierung darin bestimmen die Wahlentscheidung. Für Frauen treten erschwerend die Praktiken und Normen hinzu, die aus der geschlechtlich konnotierten Dichotomie von privater und öffentlicher Sphäre resultieren.

Die meisten WählerInnen wählen, weil sie positive Erfahrungen mit bestimmten Kandidaten – meistens denen der Regierungspartei – gemacht haben. Sie betonen in ihren Antworten die Qualitäten des Kandidaten, sein Engagement für das Viertel und seine Unterstützungsleistungen. Die Angestellten im öffentlichen Sektor halten es zudem für ihre Pflicht, ihren Arbeitgeber auf diese Weise zu unterstützen. Ihre Partizipation an den Wahlen wird in den sozialen Kontext des Arbeitsverhältnisses eingebettet, so dass über ihre Wahlbeteiligung direkte Kontrolle ausgeübt werden kann. Sie werden häufig mit Bussen zu den Wahlstationen gefahren, was insbesondere Frauen die Wahlbeteiligung sehr erleichtert.

> „Ich habe meine Wahlkarte über die Firma erhalten, die habe ich so lange, wie ich da arbeite, und ich wähle auch in dem Distrikt. Wichtig ist doch, dass die Kandidaten den Leuten helfen und dass sie dienstbar sind, das ist wichtig. Ich habe sogar Wahlplakate in meiner Wohnung aufgehängt, wie du siehst (ein NDP-Plakat ziert die eine Wand, C.H.). Und ich helfe auch im Wahlkampf, unterstütze den Kandidaten. Wenn dir jemand hilft oder gut ist, dann lohnt es sich auch, zu wählen. Während der letzten Wahlen war ich in Helwan und habe dort den Arbeiter-Kandidaten der NDP – der kommt aus meiner Firma – gewählt. Und im Wahlkampf, naja, da kommen die Leute rum und machen Krach, und nachdem sie gewonnen haben, sieht man sie nie wieder“ (E1).

Obwohl Abu Karim überzeugter Wähler der Regierungspartei und Wahlhelfer ist, signalisiert er gleichzeitig Distanz gegenüber dem Wahlkampf und dem Verhalten der Parlamentsmitglieder (MP). Die Wahlbeteiligung entspricht seinen Pflichten als Angestelltem, was auch von Nicht-Angestellten und Nicht-WählerInnen für legitim gehalten wird (E2, E3). Abu Karims Antwort kombiniert diese Pflicht und die konkrete Alltagserfahrung im Viertel auf widersprüchliche Weise. Er formuliert einen Anspruch an den wählbaren Kandidaten und weiß gleichzeitig, dass diese Vorstellung nur selten Realität wird. Der Hinweis auf die Dienstbarkeit des Kandidaten, auf die *khadamat* (Dienste), ist das Schlüsselwort für die Nutzenerwägung, die WählerInnen als entscheidend für ihre Teilnahme kennzeichnen. „Den Menschen helfen“ bedeutet meist, ihnen Zugang zu Ressourcen und Institutionen des Staates zu verschaffen, die ihnen ohne die Unterstützung eines gewählten Politikers verschlossen blieben.

In scheinbarer Abgrenzung zu dieser klientelistischen Logik beziehen sich einige InterviewpartnerInnen auf das Wählen als BürgerInnenpflicht, wie sie im offiziellen Demo-

kratisierungsdiskurs des Staates propagiert wird (A6, A7, A9). Aber der Gedanke des persönlichen oder gesellschaftlichen Nutzens behält neben der demokratischen Rhetorik zentrale Bedeutung. Auch der demokratisierte *ibn al-balad* (Sohn des Viertels, des Dorfes)[204] bleibt angesichts des anhaltend autoritären und repressiven Klimas immer Klient:

> „Ja ich wähle. Als *ibn al-balad* muss man doch wählen gehen. Ich habe meine Wahlkarte und das, seit ich meinen Personalausweis habe. Das funktioniert hier genauso wie bei Euch. Ich habe F. S. (NDP) gewählt. Er ist ein guter Mann und hat hier für Sauberkeit gesorgt und Bäume gepflanzt. Außerdem hat er die Straße neu asphaltieren lassen, und er ist einer von uns" (S11, ähnlich S14, S16, D2, D5, D6, D8, D9).

Der wählbare Kandidat sollte sich in eine konstruierte lokale Identität (*'asabiya*, siehe Abschnitt 5.4.1) einbetten lassen, indem er aus dem Viertel stammt oder sich positiv darauf bezieht, denn nur der „Sohn des Quartiers" kann sich wirklich dafür einsetzen. Die persönlichen Qualitäten des Kandidaten müssen sich mit konkreten Handlungsmöglichkeiten durch die Zugehörigkeit zur Regierungspartei verbinden. Diese Strukturen lassen sich als moderne Klientelsysteme kennzeichnen, in denen die Patrone überwiegend den Zugang zu fremden Ressourcen vermitteln (Unbehaun 2000). Die politische Ausrichtung des Einzelnen spielt dabei keine entscheidende Rolle.

> „Wenn ich eine Wahlkarte hätte, dann würde ich den Kandidaten der NDP wählen, weil das gute Leute sind. Die vergessen nicht ihre Freunde und ihre Leute, nachdem Gott sie beschenkt hat. Der Kandidat hat eine Ramadanspeisung gemacht und vor den Wahlen Veranstaltungen im Viertel. Nach den Wahlen kamen die Leute von F. S. (NDP) und haben eine Umfrage über den Gesundheitszustand im Viertel gemacht. Noch gibt es aber keine Ergebnisse. Zum Geburtstag des Propheten hat S. D. von der Wafd-Partei eine Schachtel Süßes verschenkt" (S4, ähnlich S5).

Die Kombination von materiellen Spenden zu religiösen Feiertagen und sozialen Aktivitäten stellt eine mögliche Motivation für die WählerInnen dar. Zumal Nahrungsmittelspenden zu religiösen Festen über eine besondere symbolische Aussagekraft verfügen: Der Kandidat stellt sich in die Tradition der religiösen Spende als Glaubenspflicht, dem *zakat*. Ramadanspeisungen erfüllen dabei jedoch überwiegend symbolische Funktionen: KlientInnen können zwar massenweise, aber eben nur für eine Mahlzeit von ihrem Patron profitieren. Der Kandidat erfüllt gleichzeitig eine Glaubenspflicht und zeigt scheinbar persönliches Engagement.[205]

Die Aussagen der WählerInnen zeigen, dass substantielle Verbesserungen der Überlebensökonomien durch die Wahl nicht zu erwarten sind. Konkreter persönlicher Nutzen kann nur selten gezogen werden, häufiger werden quartiersbezogene Verbesserungen angeführt. Die WählerInnen unterscheiden zwischen dem partikularen Eigeninteresse und den Interessen des Viertels (Berg-Schlosser et al. 2000). Für viele geht es nicht nur um konkrete persönliche Vorteilnahme, sondern um die Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen, von denen alle profitieren.

> „Ja, ich habe gewählt, und zwar Y. S. (NDP). Das Viertel, aus dem er kommt, das ist sauber. Wir waren da und haben es gesehen, alle Straßen sauber, kein Müll, sondern schön asphaltierte Straßen und so. Vor den Wahlen war er da und hat uns alle begrüßt und große Versprechen gemacht. Dann hat er gewonnen und natürlich nichts gemacht, jetzt kommt er natürlich auch nicht mehr in unser Viertel. Ich würde ihn wieder wählen, wenn er etwas macht, sonst nicht" (D8).

Der Staat und seine lokalen Institutionen sind insbesondere für Arme nur über politisch einflussreiche Vermittler erreichbar. Diese strukturellen Zugangsbarrieren bilden die Basis

[204] Siehe Fußnote 33 für die historisch-soziologische Dimension des Konzepts *ibn al-balad*.

[205] Zwar gebietet die *zakat*-Tradition, dass der Spender aus eigener Tasche zahlt, aber es ist möglich, dass sich hochrangige Politiker diese Speisungen von reichen Notablen aus den jeweiligen Quartieren finanzieren lassen (siehe Abschnitt 5.4.2).

für lokale Patron-Klient-Verhältnisse, wobei die wichtigste Ressource des Patrons seine Kontakte in Verwaltung und Behörden darstellen. Parlamentarier werden so Teil lokaler Hegemonien, indem sie als Knotenpunkte lokaler Klientelnetze politische Kontrolle und Ressourcenverteilung organisieren. So übernehmen Kandidaten Dienstleistungen, um ihren potentiellen WählerInnen den Gang zur Urne zu erleichtern, indem sie Wahlkarten bei der Verwaltung beantragen. Denn trotz gesetzlicher Verpflichtung erhalten viele WählerInnen mit Erreichen des Wahlalters keine Wahlkarten. Ihre Organisation erfordert einen hohen zeitlichen Aufwand und administratives Wissen und baut damit eine bürokratische Hürde auf. Sie ist ein wichtiges Instrument der politischen Demobilisierung und stellt ein entscheidendes Partizipationshindernis für arme und verletzbare Gruppen dar. Indem die Kandidaten überhaupt erst die administrativen Voraussetzungen für den Wahlakt schaffen, erleichtern sie formale Partizipation. Gleichzeitig aber ist dies ein Akt symbolischer Patronage in einem System ohne tatsächliche Klientelbindung, denn de facto gewinnt der Wähler-Klient nur die ihm ohnehin zustehende Wahlberechtigung. Ähnlich funktionieren die Speisungen im Ramadan oder das Verteilen von Süßigkeiten, die zu ungerichtet sind, um ein konkretes WählerInnenklientel zu bedienen. Häufig vermitteln die Patrone also nur die Umsetzung staatlich gewährleisteter infrastruktureller Leistungen wie etwa in F. Dort war die Kanalisation zusammengebrochen und nach längeren Beschwerden der BewohnerInnen repariert worden. Der MP hatte sich zum Fürsprecher der BewohnerInnen gemacht und seine Kontakte zu den lokalen Behörden eingesetzt, um die versprochene Reparatur umzusetzen. Aus Sicht einer Interviewpartnerin schmückt der MP sich jedoch mit falschen Lorbeeren:

> „Ich habe nichts davon gehört, dass Y. S. (NDP) sich um die Kanalisation gekümmert hätte, das ist doch alles Regierungssache, und die hat sich darum gekümmert und fertig. Y. S. hat damit nichts zu tun" (F5).

Die potentiellen und tatsächlichen WählerInnen stellen diese symbolischen und punktuellen Ressourcentransfers als Teil eines funktionierenden, wenn auch abstrakten Patron-Klient-Verhältnisses dar, das auf das Viertel und nicht auf die persönliche Vorteilnahme bezogen ist. Die Patrone bieten ihren potentiellen KlientInnen für Loyalität nur den Zugang zu Dienstleistungen, deren Vermittlung sie oft nicht persönlich übernehmen, sondern durch die „Notablen der kleinen Leute" auf der Mesoebene erledigen lassen (siehe Abschnitt 5.4.2). Es entsteht ein „Klientelismus ohne Klientel", so die These, der Bestand hat, weil arme und verletzbare Gruppen einen engen Bezug zwischen Verbesserungen für das gesamte Viertel und der Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien herstellen. 'Eid und Haenni bezeichnen dieses Phänomen auch als „patronage sans allégeances" ('Eid, Haenni 1998:37). Zwischen Kritik am Mangel an Demokratie und der Kritik eines entleerten Klientelismus entsteht ein von vielen Armen aktiv genutztes Feld des Legitimationsentzugs qua Wahlenthaltung, wie Um Samih erklärt:

> „Ich bin nicht registriert, und ich wähle jemanden, wenn er mir hilft. Aber so, wie es hier läuft, hat es keinen Zweck. Die Leute kaufen Stimmen, sind wichtig und mächtig und zwingen die Leute ja fast zum Wählen. Hier gibt es keine Demokratie, warum sollte ich wählen, wenn die Leute nichts für uns machen. Zwei Wochen vor den Wahlen kommen sie und sagen Hallo, und dann man kann alles verlangen. Sobald sie gewonnen haben, vergessen diese Kandidaten, dass sie jemals bei uns im Viertel waren. Warum machen sie nicht fertig, was sie angefangen haben?! Hier im Wahlkampf haben Kandidaten Stimmen für 10 £E gekauft. Ich lasse mir meine Stimme nicht abkaufen, man muss ja auch auf seine Ehre achten. Warum sollte ich mich mit der Wählerei ermüden, ich habe meine Kinder und den Haushalt – wozu in der Sonne marschieren, wenn es nichts bringt?!" (S1).

Um Samih beklagt, dass die KandidatInnen ausschließlich während des Wahlkampfs präsent sind und den Menschen dann suggerieren, dass sie Probleme lösen könnten. Dadurch bauen sie temporäre klientelistische Beziehungen auf, die aber in den meisten Fällen rein rhetorisch bleiben. Gerade vor dem Hintergrund des in Abschnitt 5.1 beschriebenen Gefühls der Exklusion und Peripherisierung hat der Besuch eines hochrangigen Politikers in einem armen Viertel eine hohe symbolische Bedeutung. Deshalb erwähnen viele InterviewpartnerInnen mit besonderem Ärger diese Auftritte, die deutlich machen, dass sie nur am Wahltag scheinbar als BürgerInnen mit vollen Rechten wahrgenommen werden. Den so Adressierten ist der scheindemokratische und symbolische Charakter der Wahlveranstaltungen bewusst, denn sie führen ihnen konkret vor Augen, dass die Reichen nur in strategisch wichtigen Situationen den Blick auf die gesellschaftliche Basis richten. Einige InterviewpartnerInnen betonen, dass sie bei dieser Form des symbolischen Wahlkampfs ohnehin nicht gemeint sind, weil sie außer ihrer Stimme nichts zu bieten haben, wie Um Mariam aus F:

> „Nein, bei uns wählt niemand, mein Mann war krank und konnte den Lärm und das Gedränge nicht ertragen. Außerdem ist das für uns nicht wichtig. Wir armen Leute haben sowieso nichts davon. Es gibt Leute, die davon profitieren, das sind solche, die eine Rolle im Viertel spielen, aber wir, wir haben nichts davon. Und wir brauchen ihre Hilfe auch nicht, wir lösen unsere Probleme selbst“ (F5).

Die lokalen Hegemonien schließen die ressourcenschwachen Menschen im Bereich der formalen Partizipation tendenziell aus. Die wiederum ziehen sich aus einer inszenierten Staatsbürgerschaft zurück, die ihnen nichts zu bieten hat. Diejenigen WählerInnen, die sich auf eine BürgerInnenpflicht zur Stimmabgabe berufen, finden in der Gruppe der Nicht-Wählerinnen ihr Pendant in denjenigen, die den Sinn von Wahlen in einem politischen System wie dem gegenwärtigen grundsätzlich bezweifeln, wie die folgende Interviewpartnerin:

> „Wie viele Leute gehen denn schon wählen? 18 Millionen von 60 – was denkt wohl der Rest? Sind die wohl einverstanden? Natürlich nicht. Wenn diese Wählerei nicht so aufwändig wäre und auch nur irgendeinen Sinn hätte, dann würde doch auch das ganze Volk wählen gehen“ (S6).

Die niedrige Wahlbeteiligung wird als Indikator für das Bewusstsein über die politische Irrelevanz der Wahlen und die schweigende Protesthaltung der Mehrheit gewertet. Der Mangel an Demokratie wird zum Grund für die bewusste Nicht-Wahl:

> „Ich würde wählen, wenn ich das Gefühl hätte, dass etwas passiert. Diese Leute leben doch in einer anderen Welt und ich auch. Sie müssten zu uns kommen und mit uns reden und sich um uns und unsere Probleme kümmern und überhaupt einmal hinhören, was wir wollen. Die wissen doch gar nicht, was hier los ist. Und dann müssten sie etwas für uns tun“ (S10).

Die Entscheidung gegen die Wahlen ist nicht Ausdruck eines Mangels an Partizipationswillen, sondern vielmehr Ausdruck eines Mangels an Partizipationsmöglichkeiten, die den Menschen sinnvoll, auf ihren Alltag bezogen und im Rahmen eines demokratischen Systems effizient erscheinen. Frauen haben innerhalb dieses Systems bedingt durch die gesellschaftlichen Rollenvorstellungen und die bürokratischen Barrieren zusätzlich eingeschränkte Partizipationschancen. Der Mangel an Chancen ist nicht, wie im Theoriekapitel bereits diskutiert, mit einem geringeren Interesse an Politik gleichzusetzen. Frauen wie Männer zeigen sich häufig gleichermaßen informiert. Die Zahl der InterviewpartnerInnen, die als Grund für ihre Nichtteilnahme ausschließlich mangelndes Interesse angaben, ist sehr niedrig. Fast alle formulierten auf Nachfrage eine Kritik am vorhandenen Wahlsystem. Zusätzlich erwähnen Frauen weitere Hindernisse, die vor allem mit ihrem Rollenverständnis und den Erwartungen ihrer (männlichen) Umwelt an ihr Verhalten zusammenhängen (Hatem 1994; Harders 1995; Abu al-Qumsan 1997; Badran 1997):

> „Ich kann nicht lesen und schreiben – wie soll ich da wählen gehen? Ich bin nicht registriert. Mein Mann geht wählen, das reicht. Was soll ich da auf der Wahlstation – das verstehe ich gar nicht. Ja, wenn du eine Angestellte bist und von der *hukuma* zur Wahlstation gebracht wirst und so, o.k., aber ich? Nein, das geht uns nichts an. Ja, und im Wahlkampf waren die Kandidaten da und haben hier ein bisschen Leute und Stimmen gesammelt, und dann hat man sie nie wieder gesehen. Die machen doch gar nichts" (E2, ähnlich A3, S8, F8).

Um Samiras Antwort zeigt, dass sie den Wahlkampf beobachtet und eine kritische Haltung zu den Wahlen hat. Für sie stehen aber andere Argumente im Vordergrund, allen voran ihr Mangel an Bildung. Sie rekurriert damit auf ein Stereotyp, das viele Politiker als Hauptursache für die niedrige Wahlbeteiligung von Frauen angeben, und das die Frauen selbst als legitimen Grund für Wahlabstinenz ansehen. So auch die Teilnehmerinnen an einer Alphabetisierungsklasse in D, die mit ihrer Lehrerin über die Wahlen diskutieren: „Und die gebildeten Leute wählen, also auch die Frauen, aber wir nicht." Zwar ist Bildung eine wichtige Ressource für formale politische Partizipation, wie die Partizipationsforschung nachgewiesen hat (Nelson, Chowdhury 1994; Hoecker 1995), doch Alphabetisierung kann politisches Versagen und ein korruptes System nicht aufwiegen. Wedel zeigt in ihrer Studie über politische Partizipation von Frauen in Istanbuler Squatterviertel, dass formale Bildung eine relative Ressource ist. Analphabetinnen akkumulieren in informellen Frauennetzwerken vielfältige andere Ressourcen, die ihnen den Zugang zu formalen Partizipationsmöglichkeiten eröffnen (Wedel 1999).

Um Samira weist auch auf die unterschiedliche Legitimität der Wahlbeteiligung je nach beruflicher und gesellschaftlicher Position einer Frau hin. Als Angestellte der Regierung hat sie im Sinne klientelistischer Loyalitäten die Pflicht zur Wahlteilnahme und wird zudem dadurch unterstützt, dass Frauen in getrennten Bussen zu Wahlstationen für Frauen gefahren werden. Andere Interviewpartnerinnen geben das Gedränge, den Lärm und die Belästigungen auf den Wahlstationen als Haupthindernis für ihre Teilnahme an den Wahlen an. Zwar gibt es in allen Wahlbezirken auch Frauenwahlstationen, aber in niedrigerer Frequenz, so dass der Zeit- und Geldaufwand für die Wahlteilnahme von Frauen steigt. Geschlechterstereotype und konkrete Partizipationsbarrieren greifen ineinander, unterstützt von Konstruktionen, die den politischen Bereich dem männlichen Geschlecht zuordnen:

> „Nein, ich wähle nicht und bin auch nicht registriert. Bei uns wählen die Männer und nicht die Frauen. Die sind mit Wäsche und Kindern und Haushalt so beschäftigt, dass sie dafür keine Zeit haben. Die Frauen haben mit dem Wählen nichts zu tun. Im Wahlkampf gehen die Kandidaten ein bisschen rum und besuchen die im Viertel, die ein bisschen mehr Geld haben, so wie sie selbst. Zu uns, den Armen (*ghalbanin*), kommen sie natürlich nicht" (S13, ähnlich S15, S17).

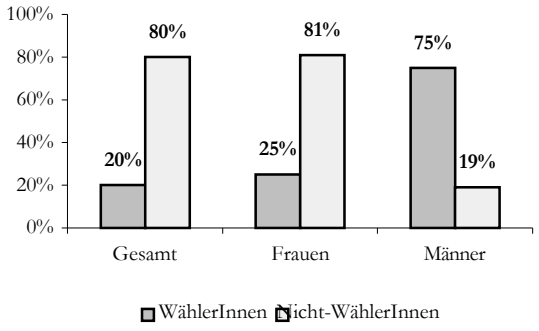
Dennoch ist Um Karim gut über den Wahlkampf und die strukturellen Probleme politischer Beteiligung in Ägypten informiert. Sie betont die Einbettung der Wahlen in die lokalen Klientelsysteme, innerhalb derer vor allem diejenigen profitieren, die neben ihrer Stimme zusätzliche Ressourcen anbieten können. Die Armen bleiben außerhalb dieses Systems des gegenseitigen Profits. Aber während arme Männer zumindest potentiell über die Möglichkeit verfügen, Teil eines Klientelnetzes zu werden, ist diese Möglichkeit für arme Frauen aufgrund der herrschenden Geschlechterkonstruktionen deutlich eingeschränkt (Abu al-Qumsan 1997; Badran 1997). Sie werden innerhalb der bestehenden männlichen Klientelnetze subsumiert und nur selten von PolitikerInnen direkt mobilisiert. Der islamistische Diskurs, der die herrschende geschlechtliche Arbeits- und Rollenteilung zuungunsten der Bewegungsfreiheit von Frauen unterstützt, wirkt zusätzlich partizipationshemmend. Das Argument, dass Frauenaktivitäten jenseits des Hauses Sünde seien, wird nach Abu al-Qumsans von vielen ärmeren Frauen geteilt (Abu al-Qumsan 1997).

Hinzu kommt, dass Frauen besonders stark von der behördlichen Informalisierung ihrer bürgerlichen Identitäten betroffen sind, da viele arme Frauen nicht über Personalpapiere verfügen, die die Voraussetzung für den Erhalt einer Wahlkarte sind. Die Erlangung dieser Papiere ist, gerade wenn die Frauen keine Geburtsurkunden haben, zeitaufwändig und teuer.[206] Grund genug, den Wahlen fernzubleiben (A1, A5, A6, S9, F1, F2, F3), wie auch die Alphabetisierungslehrerin Soha aus D betont:

> „Um diese Papiere zu bekommen, braucht man Informationen, die die meisten nicht haben – also, wo hingehen, wen fragen, wie beantragen. Und man braucht Geduld und Zeit, die auch nicht alle haben. Und man braucht Geld. Die Anträge kosten und wenn man nicht sieben Jahre warten will, dann muss man bestechen, und dafür haben die Frauen auch kein Geld. Und dann kommt hinzu, dass die Frauen verheiratet sind und denken, dass sie keine Papiere brauchen, weil ihr Mann sich um alles kümmert. Die Männer wissen natürlich auch nicht Bescheid und wollen vielleicht nicht, dass ihre Frauen diese bürokratischen Unannehmlichkeiten auf sich nehmen. Und es dauert einfach sehr, sehr lange und oft klappt es auch nicht, so dass selbst motivierte Frauen irgendwann den Mut verlieren. Und so passiert es dann, dass die Frauen gar keine Papiere haben. Und ohne Papiere geht nichts. Ich habe hier in D mit 600 Frauen gearbeitet und von denen hatten vielleicht 250 gar keine Papiere und viele andere nur eine Geburtsurkunde."

So schließt der Mangel an Papieren die Mehrheit der armen Frauen von der Teilnahme an den Wahlen strukturell aus.[207] In Ferganys Untersuchung in Boulaq hatten die meisten Frauen Personalpapiere, aber nur 3% verfügten über eine Wahlkarte. In seinem Sample steigt die Quote der Kartenbesitzerinnen mit Alter und ökonomischer Aktivität an. Weniger als $^2/_3$ der befragten Frauen kannten die Parlamentsabgeordneten des Bezirks. Die Angaben über die Einschätzungen der Arbeit der Abgeordneten decken sich mit meinen Ergebnissen. So waren die meisten Frauen unzufrieden mit der Arbeit der Abgeordneten und kritisierten den Mangel an Infrastruktur (28%), die Wohnverhältnisse und mangelnde Dienstleistungen (15%) sowie schlechte Unterstützung der Armen (13%) (Fergany 1994:64).

Grafik 2: Wahlbeteiligung nach Geschlecht im formalen Sample

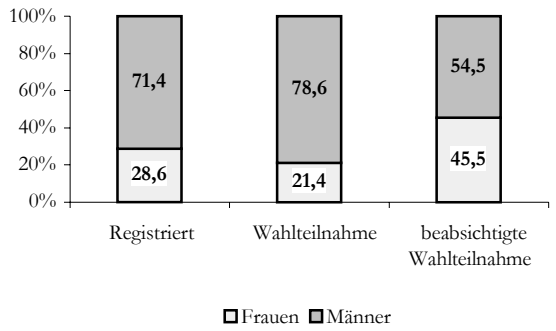


Es lassen sich kulturelle, rechtliche, politisch-systemische und bürokratische Partizipationsbarrieren für arme Frauen und Männer im Bereich der formalen und konventionellen Partizipation unterscheiden (Abu al-Qumsan 1997). Der Ausschluss von politi-

[206] Selbst wenn Personalpapiere vorhanden sind, ist es notwendig, sich am aktuellen Wohnort zu melden. Die meisten Frauen sind noch an ihren Geburtsorten gemeldet und müssen in ihre Heimatgemeinden reisen, um eine Ummeldung zu erreichen. Dort muss dann geprüft werden, ob sie überhaupt auf der Wahlliste registriert sind. Wenn das nicht der Fall ist, muss die Registrierung bei einer anderen Behörde beantragt werden. Der Ehemann muss als gesetzlicher Vertreter der Frau bei den Behörden präsent sein (Abu al-Qumsan 1997).

[207] Abu al-Qumsan nennt in ihrer Untersuchung für D ähnlich hohe Quoten: von 100 befragten Familien, in denen 264 Frauen lebten, hatten 38% keine Personalpapiere und 22% keine Geburtsurkunde (Abu al-Qumsan 1997).

Wahlverhalten im Sample
Grafik 3: Geschlecht in der Gruppe der "Ja"-Antworten



schen *entitlements* wirkt sich durch diese Barrieren geschlechtsspezifisch zuungunsten der Frauen aus. Sie sind überdurchschnittlich häufig von der Ausübung ihrer Bürgerinnenrechte ausgeschlossen. Zugleich wurde deutlich, dass Wahlabstinenz nicht mit politischem Desinteresse bei Frauen und Männern gleichzusetzen ist, sondern im Gegenteil im Sinne der „weapons of the weak" als Ausdruck von Protest und Kritik zu werten ist. Der sich auf der Mikroebene zu Wahlzeiten besonders deutlich zeigende „Klientelismus ohne Klientel" wird überwiegend durch männliche Akteure getragen, doch die Kritik daran wird von beiden Geschlechtern geteilt.

2.2 Parteien und Gewerkschaften am Rande der Bedeutungslosigkeit

Nur ein Interviewpartner aus dem formalen Armutssample ist Mitglied in einer politischen Partei. Er ist gleichzeitig Gewerkschaftsaktivist und begründet aus dieser Position heraus die Parteimitgliedschaft in der oppositionellen Tagammu'-Partei (D10). Parteien bilden für Arme und verletzbare Gruppen kein naheliegendes Partizipationsforum, weil Oppositions- und Regierungsparteien nur in Ausnahmefällen auf der lokalen Ebene und unter Einbeziehung armer Menschen arbeiten.[208] Da sie vor allem im Sinne potentieller Dienstleistungen von den Armen für die Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien angesprochen werden, sind nur selten Anknüpfungspunkte gegeben. So etwa bei Um Karim, die von der Regierungspartei unterstützt wurde, ohne dass sie deshalb an den Wahlen teilgenommen hätte:

> „Nein, ich bin nicht registriert, und ich wähle auch nicht. Damit habe ich nichts zu tun. F. S. (NDP) hat sehr viel hier für uns getan. Meine Tochter ist von der Partei unterstützt worden. Als sie noch in der Schule war, sind wir zur NDP gegangen, und die haben uns ein bisschen Geld für die Schuluniform gegeben, und das drei Jahre lang. Das Geld haben sie direkt an die Schule gezahlt, und kontrolliert haben sie uns nicht. Man stellt seinen Antrag und fertig. Ich hatte das gehört und bin selbst hingegangen, weil wir das Geld so dringend brauchten. Das war wirklich prima und hat ganz unbürokratisch geklappt" (S20).

Um Karim ist die einzige Interviewpartnerin, die von direkter materieller Unterstützung durch eine Partei profitieren konnte. Anders als in Mexiko, Brasilien, Chile oder der Türkei spielen Parteien als Organisationen, die Arme direkt mobilisieren, ihre selbstorganisierten Gruppen kooptieren oder um ihre Stimmen aktiv konkurrieren, auf der lokalen Ebene für Arme in Ägypten keine Rolle (Eckstein 1988; König 1998; Wedel 1999, Sperberg

[208] Vgl. ähnliche Ergebnisse für Kenia, Elfenbeinküste, Brasilien und Chile in den Arbeiten von Sperberg, König, Happe, Kersting und Schmitt (Berg-Schlosser et al. 2000).

2000; Happe 2000). Die Regierungspartei NDP ist zwar auf Mesoebene der Quartiere und Stadtteile präsent, um dort aktive Klientelnetze aufzubauen. Allerdings mangelt es den lokalen Parteigruppen meist an Ressourcen und engagierten Mitgliedern. Die lokalen NDP-Gruppen werden als Vermittlungsinstanzen zum Staat und als Wahlvereine für die jeweiligen ParlamentarierInnen genutzt. Ihre Handlungsspielräume sind äußerst gering, so dass die Basisanbindung wesentlich über kleinere Dienstleistungen im Namen des oder der jeweiligen MP hergestellt wird. Aufgrund der makropolitischen Rahmenbedingungen und der internen Schwächen der Opposition gelingt es dieser meistens nicht, sich auf der Mesoebene als legitimer und effizienter Akteur zu etablieren. Die lokalen Parteigruppen sind klein, schlecht ausgestattet, arbeiten selten programmatisch und schaffen es häufig nicht, eine Beziehung zu den Menschen im Viertel aufzubauen ('Abdel 'Aziz 1998). So entsteht auf der lokalen Ebene keine Konkurrenz um die Stimmen der Armen, sondern die Strategie der politischen Demobilisierung erfasst notwendig auch die Organe ihrer Agenten, die Parteien auf der kommunalen Ebene, wie in Abschnitt 5.4.3 gezeigt wird.

Nur sieben InterviewpartnerInnen sind Mitglied in einer Gewerkschaft, es handelt sich dabei in allen Fällen um Arbeiter und Angestellte in Firmen des öffentlichen Sektors. Die Gewerkschaften werden als Dienstleistungsunternehmen betrachtet, mit deren Hilfe ArbeiterInnen und Angestellte gegen einen geringen monatlichen Beitrag (zwischen 0,5 £E und 2 £E) Zugang zu materiellen Vergünstigungen und Sozialversicherungen erhalten können. Nur ein Interviewpartner im Armutssample ist aktives Gewerkschaftsmitglied, das regelmäßig an Treffen teilnimmt und ein Amt innehat. Er ist auch in der linken Tagammu'-Partei organisiert (D10). Ein weiterer Interviewpartner gibt politische Gründe für seine Mitgliedschaft an: „Ich bin freiwilliges Mitglied der Gewerkschaft und bin in der Organisation, weil sie die Rechte des Arbeiters verteidigt" (D9). Alle anderen sind passive zahlende Mitglieder und betrachten Gewerkschaften nicht als Forum für Partizipation (A9, S17). Zentraler Grund für diese Haltung ist die strukturelle Position von Gewerkschaften im politischen System Ägyptens. Als Instanzen der Massenmobilisierung der Arbeiter des öffentlichen Sektors unter Nasser gegründet, standen und stehen sie unter enger politischer Kontrolle des Regimes (Pawelka 1985; Owen 1996). Oppositionsparteien sind dort nur in Form einzelner Mitglieder der Tagammu'-Partei vertreten, die Wahlen sind meist nicht kompetitiv, und durch ihren Dienstleistungscharakter wirken die Gewerkschaften depolitisierend (Pripstein 1995; al-ahram 1997; al-Manufi 1997). So werden Betriebsrenten und andere Sozialversicherungsleistungen über die Gewerkschaften organisiert und dementsprechend von den Mitgliedern als staatsnah empfunden. Für arme Mitglieder wirken in der Institutionen Ausschlussmechanismen aufgrund ihres niedrigen materiellen und kulturellen Kapitals. Zentral bleibt ihre ökonomische Position im informellen Sektor, die sie strukturell von gewerkschaftlicher Organisation ausschließt.[209]

2.3 NGO zwischen empowerment und Klientelismus

Die Ausführungen über die Überlebensökonomien der Mikroebene haben gezeigt, dass die Dienstleistungen von NGO für die Überlebenssicherung wichtig sein können. In 17 Haushalten des Samples leben zahlende Mitglieder von NGO. Die überwiegende Mehrheit ist Mitglied einer durch internationale Gelder geförderte Armutsbekämpfungs-NGO,

[209] Anders als von König für Kenia beschrieben, erhielt ich auch keine Hinweise auf formale Selbstorganisation unter den armen HändlerInnen (König 1998). Die von Loza erwähnten Versuche der Selbstorganisation von StraßenhändlerInnen in einer formalen Vereinigung umfassen offenkundig nur reichere HändlerInnen mit festem Verkaufsplatz (Loza 1991). Informelle Unterstützung unter HändlerInnen wie beispielsweise das Aufstellen von Posten, die vor der Polizei warnen sollen, wurde von InterviewpartnerInnen aus Z erwähnt.

was aber aufgrund der Samplestruktur keinen Rückschluss auf die allgemeine Relevanz dieser NGO zulässt.[210] Zwei InterviewpartnerInnen sind Mitglied in einer Stadtteil-NGO, die sich vor allem die Verbesserung der Infrastruktur, wie beispielsweise die Begrünung der Straßen, zum Ziel gesetzt hat (S12, S13). Zwei weitere Haushalte sind Mitglied einer Wohlfahrts-NGO (S14, S20). Die Mehrheit der Befragten sind KlientInnen der NGO, nur fünf InterviewpartnerInnen aus dem Sample der Armen haben aktiv an Entscheidungsprozessen und Treffen innerhalb der Organisation teil (A1, A10, S12, S14, S20). Ihre Erfahrungen zeigen, dass die Partizipation auf dieser Ebene sehr bestärkende Effekte haben kann.

Gleichzeitig werden die strukturellen Probleme der armutsorientierten Arbeit an der Basis deutlich: Korruption, Regierungskontrolle, Mangel an Ressourcen, mangelnde Anbindung an die Zielgruppe, mangelnde Effizienz und mangelnde interne Demokratie machen NGO zu einem ambivalenten Akteur aus Armutsperspektive. Zudem sind sie als lokale Organisationen in weiterreichende Netzwerke der klientelistischen Mobilisierung fest eingebunden.

Die Erfahrung, dass die Partizipation an der Graswurzel und das Engagement im sozialen Bereich für das eigene Leben eine sehr stärkende und ermutigende Funktion haben kann, haben Laila und Karima gemacht. Die Schwestern leben in der informellen Siedlung A und beteiligen sich dort an der Entwicklungsarbeit einer lokalen NGO, die Armen materielle Hilfsleistungen anbietet. Laila und Karima sind als Klientinnen zur NGO-Arbeit gekommen. Als Mitglieder haben sie kleinere Hilfsleistungen erhalten, bis sie sich entschlossen, an einem Training für die Arbeit als lokale Betreuerin armer Familien teilzunehmen. Seither sind beide aktiv für die NGO und betreuen zwischen 60 und 80 Familien in ihrem Viertel. Sie erhalten für ihre Tätigkeit in unregelmäßigen Abständen kleinere Summen als Erstattung ihrer Auslagen. Hauptmotivation für ihre Arbeit ist die persönliche Entwicklung, die sie genommen haben, seit sie die Arbeit machen, wie Laila aus A. anschaulich beschreibt:

> „Durch die Arbeit in der NGO bin ich erst zu dem geworden, was ich heute bin. Heute kennen mich alle und grüßen mich und wissen, dass ich eine Rolle spiele. Und wer mich um Hilfe bittet, über die NGO oder auch so, der bekommt sie auch. Ich mag Menschen, und ich helfe gern. Und es ist schön, zu lernen wie man mit Leuten umgeht. Ich kenne mittlerweile alle ganz gut und habe gelernt, wie man wen nehmen muss. Manche werden schnell böse, und das kann natürlich meine Arbeit sehr behindern. Also bin ich charmant und freundlich und lasse mich nicht in Rage bringen. Das muss man auch erst lernen. Weißt du, die Arbeit gibt mir erst das Gefühl, jemand zu sein, eine Persönlichkeit zu haben, und etwas in der Welt bewegen zu können“ (A1).

Laila ist durch die Arbeit von einer Hausfrau und Mutter, die nur zu ihren Nachbarinnen Kontakt pflegte, zu einer wichtigen Persönlichkeit (*kebir, pl. kubar*) im Viertel geworden. Sie unterhält ausgedehnte Netzwerke im Quartier. Sie hat gelernt, mit unterschiedlichen Menschen umzugehen, in der Öffentlichkeit zu sprechen und führt ein offenes Haus, in dem sie Männer und Frauen empfängt. Sie akkumuliert durch ihre Arbeit soziales und symbolisches Kapital, das sie durch über ihre eigentliche Aufgabe hinausgehendes Engagement stetig erhöht. Sie wird bei Streitigkeiten als Vermittlerin hinzugezogen und genießt aufgrund ihres potentiellen Zugriffs auf die Ressourcen der NGO Respekt.

Laila und Karima haben sich so innerhalb von drei Jahren als wichtige Akteurinnen auf der Mikroebene ihrer unmittelbaren Nachbarschaft etablieren können. Sie haben Erfahrungen im Umgang mit Polizei und lokaler Verwaltung gesammelt und ihre sozialen

[210] In A habe ich Interviews in Begleitung einer lokalen Mitarbeiterin dieser NGO durchgeführt, die mich vor allem ihren KlientInnen vorstellte, da diese ihr gut bekannt waren und gleichzeitig zu den Armen im Viertel gehören. Das Sample ist deshalb zugunsten der NGO gewichtet.

Kompetenzen erheblich verbessert. Für beide Frauen werden der Staat und seine Repräsentanten mit erhöhtem sozialem und kulturellem Kapital stetig zugänglicher. Durch ihren Zugriff auf Ressourcen und ihr Engagement gelingt es ihnen, die strukturelle Peripherisierung armer Frauen zu durchbrechen. Wedel beschreibt in ihrer Studie über Squatterviertel in Instanbul ähnliche Prozesse der Erweiterung von Handlungsspielräumen von armen und verletzbaren Frauen (Wedel1999).

> „Und auch sonst, auch bei der *hukuma*, wenn ich was will, dann gehe ich und mache es, so wie ich will. Ich brauche keine Hilfe. Und die Leute wundern sich und fragen, hast du denn keine Angst, ist es nicht besser, du machst das mit Kontakten (*wasta*). Und ich denke immer, ich bin doch keine Verbrecherin, wovor sollte ich Angst haben. Ich sage, was ich brauche und denke und mehr nicht. Aber das tun die wenigsten, schon gar nicht die Frauen hier bei uns" (A1).

Laila und Karima praktizieren nicht nur eine neue Selbständigkeit und Selbstsicherheit, sie organisieren auch ihren Alltag anders, um der doppelten Verpflichtung von Haushalt und NGO-Arbeit gerecht zu werden. Denn die geschlechtliche Arbeitsteilung und die Geschlechterarrangements werden vom veränderten Status der Frauen nicht berührt. Im Gegenteil scheint es besonders wichtig, herrschende Rollenvorstellungen zu erfüllen, um sowohl NachbarInnen als auch Ehemänner davon zu überzeugen, dass die Arbeit in der NGO legitim ist. So erzählt Laila über ihren Ehemann:

> „Er hat nichts dagegen, dass ich ausgehe. Er ist auch nicht gegen meine Arbeit, einfach, weil er sieht, dass es uns was bringt. Wir profitieren davon und deshalb kann er schlecht dagegen sein. Jetzt haben wir ein schönes Haus, vor fünf Jahren war das noch ein dreckiges kleines Zimmer. Aber natürlich möchte er, dass ich da bin, wenn er da ist und möchte, dass ich koche und auch die Kinder haben es lieber, wenn ich da bin. Das freut mich natürlich, dadurch merke ich, dass sie mich lieb haben und mich brauchen in ihrer Mitte. Das ist mir natürlich wichtig" (A1).

Laila argumentiert ähnlich wie die ägyptischen Partei- und NGO-Politikerinnen der Mittelklasse, die die Doppelbelastung von Familienarbeit und Politik durch doppelte Anstrengungen auszugleichen versuchen (Harders 1995). Aus Armutssicht sind die materiellen Verbesserungen und die Stabilisierung der Überlebensökonomie ein zentrales Argument für die Arbeit bei der NGO. Wie die von Hoodfar befragten Frauen wägt Laila Kosten und Nutzen dieser Arbeit gegen ihre häuslichen Verpflichtungen ab (Hoodfar 1997:34 ff.). In Lailas Fall wird die niedrige und unregelmäßige Bezahlung durch flexible Arbeitszeiten und den verbesserten Zugang zu den Hilfsleistungen der NGO aufgewogen. Die Überlebensökonomie wird durch einen unsicheren und schlecht bezahlten Job aus Frauensicht häufig besser stabilisiert, als durch eine feste Anstellung, die den Frauen weniger Handlungsspielräume lässt. NGO-intern lassen sich die strukturellen Probleme teilpartizipatorischer Armutsbekämpfung, wie sie auch die Weltbank neuerdings vertritt (Weltbank 2001), auf der Quartiersebene beispielhaft aufzeigen. Karima ist Vorstandsmitglied und beschreibt die komplexen und widerstreitenden Interessen der Vorstandsmitglieder als wichtige Ursache für Funktionsblockaden:

> „Ich wusste von vornherein, dass dieser Vorstand kein reiner Spaß ist, man trägt sehr viel Verantwortung, diese ewigen Debatten und der Streit und dann noch das Problem mit dem Vorsitzenden. Er ist nicht gebildet, und wir anderen sind es. Der Mann weiß nicht mal, was er unterschreibt, weil er kaum seinen Namen schreiben kann. Und das ist ein Problem, weil er viel Verantwortung hat und außerdem Komplexe uns gegenüber, weil wir anderen alle gut gebildet sind. Es ist auch so, dass man persönlich haftbar gemacht wird, wenn etwas schief geht. Jeder im Vorstand muss für jeden bürgen, so soll Kontrolle gewährleistet sein, aber das ist einfach eine große Verantwortung. Sie wollen mich gern auch zur Vorsitzenden der NGO machen, aber das will ich nicht. Erstens sind wir vom Vorsitzenden und seinem Haus abhängig. Wenn ich Vorsitzende würde, würde er mich boykottieren, weil er gekränkt ist, dann kann ich nicht arbeiten" (A10).

Der Vorsitzende ist für seinen Posten eigentlich nicht geeignet, stellt aber die Büroräume der NGO, die ihn deshalb nicht abwählen kann. Sollten sich die Mitglieder dennoch zu diesem Schritt entschließen, befürchtet Karima, dass er aus Ärger über diese Entscheidung ihre Arbeit behindern würde. Außerdem hat ein Korruptionsfall die finanziellen Angelegenheiten der NGO beeinträchtigt und viele interne Konflikte provoziert. Karima beklagt zudem, dass die Männer im Vorstand die Frauen nicht ernst nehmen: Ihre Meinung wird seltener gehört, obwohl die Mitarbeiterinnen den Kristallisationspunkt der Entwicklungsarbeit vor Ort darstellen. Solche Strukturen erschweren das Engagement armer Frauen (und auch Männer) auf der Entscheidungsebene. Ihre Ressourcenbasis ist zu unsicher, um beispielweise im Korruptionsfall bürgen zu können. Gleichzeitig grenzen die patriarchalen Geschlechterverhältnisse die Erfahrungen und Argumente der Frauen trotz ihrer engen Verbundenheit mit den Klientinnen systematisch aus. Die eigentlichen Expertinnen können ihr Wissen nicht sinnvoll einbringen.

Die Vermittlungsarbeit zwischen NGO und den Armen selbst wird von einer Gruppe von Frauen übernommen, der Laila und Karima angehören. Die strukturelle Situation dieser Gruppe ist widersprüchlich: Die Frauen sollen einander kontrollieren, gleichzeitig aber auch miteinander kooperieren. Da nur bestimmte Arbeiten mit geringen Summen bezahlt werden, herrscht in der Gruppe der lokalen Mitarbeiterinnen Konkurrenz um die Verteilung dieser knappen Ressourcen, wie Karima berichtet:

> „Immer sind alle eifersüchtig und wollen genau das, was die andere hat. Aber niemand macht sich Gedanken darüber, warum etwas passiert. Was also zum Beispiel Laila kann und hat, dass sie eingeladen wird und eben keine andere. Alle fragen nur: Wieso Laila und nicht ich. Der Neid ist wirklich ein Problem“ (A10).

Da jede der Frauen dringend auf das zusätzliche Einkommen angewiesen ist, verhindert die Konkurrenz um monetäre Ressourcen, dass die Gruppe der lokalen Mitarbeiterinnen zum Ausgangspunkt eines *empowerment*-Prozesses wird, der über die Stärkung der Einzelnen hinausgeht. Die Interaktion zwischen den Festangestellten der NGO-Zentrale und den lokalen Mitarbeiterinnen ist ebenfalls von widerstreitenden Interessen und Misstrauen geprägt. Die MitarbeiterInnen der Zentrale misstrauen ihren armen KlientInnen und den armen lokalen Mitarbeiterinnen. Deshalb versuchen sie, einen moralischen Diskurs der Uneigennützigkeit zu etablieren, der die materiellen und strukturellen Unterschiede zwischen ihnen und den Frauen verwischt. Gleichzeitig bestimmen sie innerhalb der gegebene Hierarchien, welche Diskurse vertrauensfördernd wirken. Eine Unabhängigkeit der Frauen ist nicht erwünscht, die Hierarchien von unterschiedlichem Status und unterschiedlichen Ressourcen werden aktiv durch die Festangestellten der Zentrale aufrechterhalten. Der Diskurs der Wohltätigkeit und des Engagements für die Armen wird in Missachtung ihrer materiellen Lage auch von den Armen selbst erwartet, oder sie werden in den Augen ihrer Geldgeber zu „schlechten Armen“. So beschreibt Karima das Verhältnis zwischen den Angestellten und der lokalen Gruppe:

> „Geld als Grund für sein Engagement darf man dort nicht erwähnen, dann denken die da, dass man sich nicht interessiert. Es soll eben umsonst sein, soziales Engagement, aber Leute wie A. und die anderen Mitarbeiter der NGO bekommen ja auch Geld für ihre Arbeit. Nur wir sollen keines bekommen, obwohl wir doch viel bedürftiger sind, als diese Angestellten. Gleichzeitig finde ich es schwierig, auf Dauer ohne Geld zu arbeiten, aber wenn ich das so sagen würde, dann wäre ich schnell aus der ganzen Geschichte raus“ (A10).

Die armen Frauen nutzen diese Formulierungen der Wohltätigkeit aber auch, um ihr Engagement gegenüber den anderen KlientInnen zu beschreiben. Damit schreiben sie sich in einen sehr weit verbreiteten Diskurs ein, der Altruismus mit Klientelstrukturen verbindet. Sie werden selbst zu Patroninnen und beschreiten den schmalen Grad zwi-

schen Reziprozität und Korruption je unterschiedlich. Laila präsentiert sich als ehrliche Maklerin und erläutert die materielle Abwägung, die ihre moralischen Position begründet:

> „Natürlich üben Leute Druck auf mich aus und versuchen, meine Freundin zu werden, damit sie auch Hilfe von der NGO erhalten. Aber ich habe gelernt, damit umzugehen. Früher bin ich nervös geworden und wusste nicht, was ich tun soll, aber mittlerweile kann ich gut zuhören. Ich lasse die Leute erzählen und fälle mein eigenes Urteil, ich verspreche nichts, kümmere mich aber um Hilfe, wenn Leute sie wirklich brauchen. Viele beschweren sich auch, dass sie noch keine Hilfe erhalten haben. Und wenn ich ihnen geholfen habe, dann sind sie mir dankbar. Und wenn sie mir im Gegenzug dann was geben, dann nehme ich es auch. Niemals Geld natürlich, aber einen Teller Süßigkeiten oder sonstige Kleinigkeiten schon. Geld geht natürlich nicht, das ist Korruption. Ich habe schon viele kommen und gehen sehen in der NGO, die alle wegen Korruption geflogen sind. So was spricht sich nämlich rum und irgendwann weiß mein Vorgesetzter das auch und dann war's das aber in der NGO. So was habe ich nie getan und werde es auch nie tun. Und siehst du, Ehrlichkeit lohnt sich für mich auch: Wir haben schon so viel Hilfe von der NGO erhalten, allein für den Hausbau 4.000 £E, niemand sonst hat je soviel Geld bekommen. Und so profitiere ich auch von meiner Arbeit" (A1).

Die gesellschaftliche Erwartungshaltung gegenüber Menschen, die über Ressourcen verfügen, wird hier als klientelistische deutlich. Auch die armen intermediären Akteurinnen sind mit Anforderungen und sozialem Druck konfrontiert, was ihre Korruptionsanfälligkeit aufgrund der eigenen instabilen Lage sehr erhöht. Karima nimmt Geld an, bezeichnet es aber nicht als Bestechung, sondern als *helawa* (Süßigkeit), als Freundlichkeit und als symbolische Geste. Sie interpretiert die Ablehnung solcher Gefälligkeiten als unhöflich und unangemessen:

> „Als ich mir meine goldenen Armreifen gekauft habe, hat mein Vorgesetzter mich gleich gefragt, woher ich denn den habe. Da bin ich wirklich sauer geworden, denn er unterstellt mir natürlich, dass ich Bestechungsgelder von den Familien nehme, damit sie bekommen, was sie brauchen. Ich lasse mich nicht bestechen, aber wenn mir die Familien 5 oder 10 £E als *helawa* anbieten, dann nehme ich sie. Es ist eine Geste, keine Bestechung. Und dieses Geld könnte mir in 10 Jahren nicht die Summe einbringen, die ich in Gold am Arm trage. Und die Frauen verdächtigen einander natürlich auch. Jede schaut eifersüchtig darauf, was die andere hat und wenn eine plötzlich etwas hat, dann kursieren sofort Gerüchte" (A1).

Auf der Mesoebene des Quartiers lässt sich am Beispiel von Lailas und Karimas NGO zudem die multiple politische Nutzung von Klientelstrukturen zeigen. Die Frauengruppe, allen voran Karima als Vorstandsmitglied, wurde im Parlamentswahlkampf als Mobilisierungsinstrument für den lokalen NDP-Abgeordneten eingesetzt. Sie sollte ihre Klientinnen unter Hinweis auf die Verdienste des MP zum Wählen animieren:

> „Der MP hat sehr beim Aufbau der NGO geholfen, vor allem bei der bürokratischen Seite der Geschichte, er hat alles für uns gemacht, und da hat man eben entschieden, die NGO nach ihm zu benennen. Wir sind seinetwegen auch zu den Wahlen gegangen, aber das war eine absurde Geschichte. Wir sind mit einem besonderen Auto abgeholt worden und zur Wahlstation gefahren worden. Dort wollten wir wählen, konnten aber nicht, weil keine von uns eine Wahlkarte hat, darum hat sich der gute MP nicht gekümmert. Wir sind dann alle wieder nach Hause gefahren worden, und das war's. Das waren meine ersten und letzten Wahlen, das sage ich dir, so ein albernes Spektakel, und das alles für einen, der nichts für uns tut. Er hat uns bei der Genehmigung geholfen, aber ansonsten kein bisschen, man hat den Mann nie wieder gesehen, und er spielt für unsere Arbeit gar keine Rolle" (A10).

Die Verbindung zum Patron wird neben der Wahlkampfhilfe auf symbolischer Ebene durch die Namensgebung gefestigt. Die bisherige Leistung des MP bestand, wie schon in den oben genannten Beispielen, überwiegend aus der Beschleunigung und Erleichterung bürokratischer Verfahren. Er hat seine Kontakte für die NGO genutzt, aber augenschein-

lich keine materiellen Ressourcen in die Arbeit eingebracht. Karimas Antwort spiegelt so im ersten Teil den offiziellen Diskurs der klientelistischen Verbundenheit, im zweiten wird deutlich, dass die Strategie der Verpflichtung, die mit der Namensgebung verbunden war, aus Sicht der Frauen fehlgeschlagen ist. Die vom MP arrangierte Mobilisierung der Frauen für den Wahlkampf scheint ohne Interesse am konkreten Ergebnis erfolgt zu sein, wie die mangelnde Bereitstellung von Wahlkarten andeutet. Sie ist ein besonders starker Ausdruck eines Klientelismus ohne Klientel, bei dem in diesem Beispiel rein symbolische punktuelle Beziehungen an die Stelle eines Ressourcenaustausches treten. Für Laila und Karima ist der MP zudem weit weg, er kennt weder das Viertel noch die Arbeit der Frauen vor Ort. Er hat ihnen nichts zu sagen, sondern provoziert die Vorgesetzten dazu, viel Geld für den Wahlkampf auszugeben, das die Frauen lieber für ihre KlientInnen einsetzen würden.

2.4 Klientelismus ohne Klientel?

Die Partizipation in Parteien und Gewerkschaften ist für Arme nicht attraktiv, wogegen die Teilhabe an einer NGO für die hier beschriebenen Akteurinnen eine stärkende und die Handlungsfähigkeit erweiternde Wirkung hat. Durch diesen *empowerment*-Prozess akkumulieren sie neues soziales und symbolisches Kapital, das ihnen ermöglicht, die Rolle der „kleinen kubar" der Mikroebene zu übernehmen. Die Arbeit in der NGO wird dabei von den Frauen durch die von West und Blumberg hervorgehobene maternalistische Legitimation begründet, also mit der Verlängerung „weiblicher" Fürsorge-Tätigkeiten in die lokale Gemeinschaft hinein (West, Blumberg 1990). Diese Strategie ermöglicht es Frauen, um den Preis doppelter Arbeitsbelastung die Grenze zwischen privatem und öffentlichem Engagement legitim zu überschreiten.

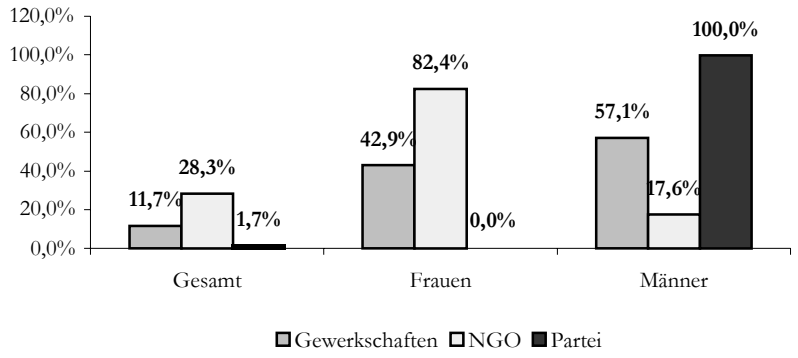
Gleichzeitig werden am Beispiel der NGO-Arbeit einige Strukturprobleme der Armutsbekämpfung an der Graswurzel deutlich: Korruption, Misstrauen, starke interne Hierarchien und widerstreitende Interessen erschweren das Engagement. Zugleich nutzen die lokalen Mitarbeiterinnen ihr berufliches Netzwerk als Ressource und kreieren einen Ort der Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit. Lokale Mitarbeiterinnen, Vorstand und Festangestellte schreiben sich dabei gleichermaßen in eine klientelistische Logik ein. Daraus entstehen auf der Mikroebene einzelner AkteurInnen und auf der Ebene der Organisation Handlungslogiken, die die NGO zu einem abhängigen Bestandteil einer vernetzten lokalen Machtstruktur werden lassen. Die NGO wird dadurch zu einem Schnittpunkt für unterschiedliche Netzwerke und Partizipationsformen.

WählerInnen und Nicht-WählerInnen des Samples formulieren Kritik an den undemokratischen Strukturen des politischen Systems. Sie zeigen sich gleichermaßen gut informiert über den Ablauf des Wahlkampfes und die wichtigsten KandidatInnen. Mangel an politischem Bewusstsein ist deshalb nicht die Hauptursache für die niedrigen formalen Partizipationsraten Armer, sondern die Distanz gegenüber einem System der rein symbolisches Inszenierung von BürgerInnenschaft. Insbesondere der Wahlkampf wird als rituelle Kontaktaufnahme zu den WählerInnen verstanden, die nur in seltenen Fällen zu relevanten Verbesserungen der Überlebensökonomien führt. Die punktuelle und strategische Inklusion im Wahlkampf hebt den strukturellen Ausschluss armer und verletzbarer Gruppen im Bereich der formalen Partizipation um so deutlicher hervor. Eine Ausnahme bilden die Angestellten des öffentlichen Sektors, die die Wahlteilnahme als Teil ihrer Dienstpflichten betrachten. Exklusion konkretisiert sich auch durch bürokratische Partizipationsbarrieren, die Männern und stärker noch Frauen die Teilhabe an den Wahlen erschweren. Die bürokratische Informalisierung des BürgerInnernstatus der Armen ist eine weitere wichtige Ursache für den geschlech-

ter(un)demokratischen Ausschluss aus partizipativen *entitlements* und gleichzeitig Ausdruck einer Strategie der politischen Demobilisierung.

Politische Programme sind für WählerInnen und PolitikerInnen gleichermaßen irrelevant. Die von Abdel Nasser aufgestellte These, dass die ägyptischen Wahlen im wesentlichen von sektoralen Logiken (Profession, Religion, Herkunft) und nicht von politischen Solidaritäten bestimmt werden, lässt sich insofern bestätigen (Abdel Nasser 1997:211). Abdel Nasser hält dabei die Repräsentation ökonomischer Interessen für die wichtigste Handlungslogik bei den Wahlentscheidungen, die, im Verbund mit den Machterhaltungsstrategien der NDP und ihrer Vermittlungsposition zum Staat, die Dominanz der NDP auf dem politischen Feld zu bestätigen vermag (a.a.O.). Aus Armutsperspektive muss ergänzt werden, dass die Vermittlung der sektoralen Logiken gegenüber den Armen häufig nicht gelingt bzw. nicht intendiert ist.

Grafik 4: Formale Partizipation nach Geschlecht im formalen Sample



Die KandidatInnen setzen sich aus Sicht der Armen im Gegensatz zu ihren Wahlversprechen oft nicht glaubwürdig für die Belange der Viertel ein. Die Erwartungen der potentiellen WählerInnen beziehen sich zumeist auf konkrete Funktionsleistungen des Staates. MP werden dann zu Broker-Patronen, deren knappe Ressource in ihrem Zugang zur Bürokratie und in ihrer Fähigkeit zur Mobilisierung staatlicher Ressourcen und Dienstleistungen besteht. Die KandidatInnen bieten ihren potentiellen KlientInnen im Austausch mit politischer Loyalität den indirekten Zugang zu Dienstleistungen, die Erleichterung der Wahlteilnahme und kleinere karitative Versorgungsleistungen. Da sie aber nur temporäre Klientelbeziehungen im Wahlkampf aufbauen, ihre Ressourcen tendenziell nicht in die Armen investieren und Stimmen kaufen, anstatt sie einzuwerben, spreche ich hier von einem „Klientelismus ohne Klientel". Zwar betten die Menschen sich diskursiv in Patron-KlientInnen-Verhältnisse ein, doch tatsächlich sind diese Verhältnisse aus Armutssicht ihrer materiellen Substanz weitgehend beraubt, wie Semsek und Stauth für den Zusammenhang von Alltagskultur und Ökonomie feststellten (Semsek, Stauth 1987:279). Klientelistische Handlungslogiken haben dennoch Bestand, weil sie das politische System und den gesellschaftlichen Erwartungshorizont prägen. Zudem stellen arme und verletzbare Gruppen einen engen Bezug zwischen Verbesserungen für das gesamte Viertel und der Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien her. Die WählerInnen konstruieren dann ein Eingeschlossensein in ein klientelistisches Netzwerk, das oft auf einem idealisierten Bezug auf das Viertel und einer konstruierten gemeinsamen sozial en Identität und

Solidariät (*'asabiya*) beruht. Es handelt sich also beim Klientelismus ohne Klientel um ein Verhältnis der gegenseitigen Manipulation. Bürokratische Partizipationsverhinderung und klientelistische Strukturen wirken als Steuerungsinstrumente politischer Exklusion und gleichzeitiger Kontrolle im Rahmen des sozialen Vertrags der Informalität. Die Interviewpartner Innen reagieren auf diesen Mechanismus mit Legitimationsentzug und Wahlenthaltung. So wird nicht nur die staatliche Versorgungsseite im informellen Sozialvertrag brüchig, sondern auch die Seite der gesellschaftlichen Legitimation.

3 Informelle kollektive Partizipation: Konfliktlösungsmechanismen

Die Erforschung der partizipatorischen und kommunalpolitischen Dimension der informellen Konfliktlösungsmechanismen im städtischen Raum steht noch am Anfang. Bis auf die Studien von 'Eid und Haenni sowie Ben Nefissa et al. liegen nur verstreute Hinweise auf die Relevanz und Reichweite dieser informellen Partizipationsform vor (Naim 1983; Ben Nefissa et al. 1997; 'Eid, Haenni 1998). Bisher wurden diese Strukturen vor allem in den ländlichen Regionen Oberägyptens untersucht, wo sie als Regulation von Blutrache eine lange Tradition aufweisen (Ben Nefissa 1997; Nielsen 1998; Saad 1998; Zayed 1998). Im folgenden sollen solche informellen Mediationsprozesse als Beispiel für informelle kollektive Partizipationsformen der Mesoebene analysiert werden. Dabei lassen sich zwei Formen unterscheiden: Die Form der klassischen „arabischen Versammlung" (*maglis al-'arab*) und die weniger formalisierten Varianten auf der Basis quartiersübergreifender Netzwerke. Insbesondere die arabische Versammlung kann als Beispiel für die Strukturen der formalisierten Informalität bezeichnet werden, da der Verlauf des Mediationsprozesses, Verhalten und Auswahl der Akteure sowie die soziale Durchsetzung der konsensuellen Lösung stark reglementiert sind.

3.1 Klassische Vermittlungsformen: Das maglis al-'arab

Die Untersuchung der Schlichtungsformen der Mikroebene hat gezeigt, dass unterschiedliche Konfliktkonstellationen und Grade von Eskalation verschiedene Formen der Intervention provozieren. Die klassische Form der Mediation stellt das so genannte *maglis al-'arab* (arabische Versammlung) oder auch *maglis al-'urfi* (traditionelle Versammlung) dar.[211] Dieser Mechanismus der informellen, auf Ausgleich gerichteten Konfliktlösung wurde und wird vor allem in Oberägypten praktiziert, findet sich aber auch in den städtischen Lebenszusammenhängen der hier untersuchten Stadtteile wieder (Naim 1986; Ben Nefissa 1997; Nielsen 1998; Zayed 1998). Es scheint spezifisch für Ägypten zu sein, wie Ben Nefissa betont (Ben Nefissa 1997:1). Sie hebt vier Merkmale des *maglis al-'arab* hervor: Die strengen Ablaufregeln und sozialen Verbindlichkeiten dieser Rechtsform, das Vorhandensein einer „Justiz ohne Schuldige" und ohne Strafe im juristischen Sinne sowie die Implementation des Urteils durch Verhandlung und Öffentlichkeit (Ben Nefissa 1997:2 ff.).

Diese Rechtsprechungsversammlungen werden unregelmäßig immer dann einberufen, wenn Mitglieder der *community* – hier als sozialer und räumlicher Zusammenhang gemeint – Konflikte lösen müssen.[212] Das Spektrum der behandelten Streitigkeiten gleicht den Fällen, die auch vor die offizielle Gerichtsbarkeit gebracht werden. Dazu zählen Streitigkeiten um Land, Geld, Baufragen, Beleidigungen aber auch Körperverletzung und Mord (Nielsen 1998:361). Größe, Wichtigkeit und Dauer der jeweils einberufenen arabischen Versammlungen variiert abhängig von der sozialen und politischen Wichtigkeit der involvierten Personen sowie des Streitgegenstandes. Nielsen benennt eine Spannbreite kleiner Gruppen, die in wenigen Stunden zu einem Ergebnis kommen, bis zu öffentlichen Versammlungen, an denen Hunderte von Männern teilnehmen (Nielsen 1998). Die arabi-

[211] Diese Versammlungen werden auch *maglis al-sulh, maglis 'urfi, maglis al-'arab* (Nielsen 1998:359) *mav'id, mi'ad* (Verabredung), *yaq'ud* (zusammen sitzen) (Zayed 1998:364) oder *galsat al-'arab* (Ben Nefissa 1997) genannt. Das „arabische" der Versammlung soll dabei auf den beduinischen, arabischen Ursprung dieser Form der Rechtsprechung hinweisen. Die anderen Begriffe betonen den Charakter der Übereinkunft und des Friedens.

[212] Es handelt sich dabei eher um soziale Konstruktionen als um materiell bestimmbare und abgrenzbare soziale Einheiten.

schen Versammlungen sind auch Ausdruck einer öffentlichen Sphäre als männlich konnotierter, da Frauen ihre Anliegen nur über männliche Verwandte einbringen können. Nielsen weist in seiner Studie über Oberägypten jedoch auf wenige Fälle hin, in denen Frauen direkt vor dieses Gremium getreten sind (a.a.O.). Die Anlässe und Lösungswege, über die ein solcher Verhandlungs- und Ausgleichprozess zwischen Mitgliedern der Gemeinschaft geregelt wird, sind stark formalisiert. Arabische Versammlungen bieten deshalb ein eindringliches Beispiel einer gleichermaßen formalen und informellen Struktur, die zudem eng mit den Institutionen des Staates verknüpft ist. *Hagg* Mohamed,[213] Vorsitzender eines Migrantenvereins in W, beschreibt den Ablauf einer solchen Versammlung:

> „Wir machen diese Versammlungen vor allem, wenn es Probleme zwischen Männern zweier Familien gibt, die ja bekanntlich bis zur Blutrache gehen können. Blutrache gibt's auch hier in W, selten zwar, aber es passiert. Wir hatten gerade vor zwei oder drei Jahren so einen Fall, es begann mit einer Prügelei zwischen zweien. Der eine hat danach den anderen versucht zu erschießen, er ist dabei nicht ums Leben gekommen, aber jemand aus seiner Familie hat dann wiederum jemanden aus der anderen Familie angegriffen und so weiter. Das ging schon einige Monate so und drohte zu einer richtigen Krise zu werden, und dann sind wir von Seiten des Angreifers gebeten worden, als *maglis al-'arab* die Sache zu bereinigen. Wir haben, weil es eine große Sache war, die Familienältesten zusammengerufen, die Vorstände der Migrantenvereine und auch jemanden von der Polizei. Dann erzählen beide Seiten, was passiert ist, und das wird zu Protokoll genommen und schriftlich festgehalten. Dann spricht die Versammlung ihr Urteil, nachdem sie beraten hat, und verhängt eine Strafe. Die Strafe ist meistens eine Geldstrafe, eine Entschuldigung und in schwierigen und blutigen Fällen auch noch eine symbolische Erniedrigung und Verzeihung. Der Schuldige etwa muss mit nackten Oberkörper auf der Straße gehen, bis ihm der andere entgegenkommt und ihm öffentlich verzeiht. Oft werden zu dieser Gelegenheit die Familien auch durch Heirat verbunden, die Ältesten beschließen, um die Sache endgültig zu beenden, einen Sohn und eine Tochter zu verheiraten" (W2).

Die Anrufung, Einberufung und Durchführung eines *maglis al-'arab* folgen also einem festen Muster. Am Beginn steht die meist schriftliche Übereinkunft der vertretenen Parteien darüber, dass sie den Spruch der Versammlung akzeptieren werden. Zuvor werden von den betroffenen Parteien und den lokalen Notablen die Mitglieder der Versammlung benannt, die im Konflikt möglichst neutral und von beiden Parteien akzeptiert sein sollten (Ben Nefissa 1997:5; Nielsen 1998:363). Mediatoren verfügen aufgrund ihres sozialen und symbolischen Kapitals, ihrer materiellen Ausstattung und ihrer Position im jeweiligen politischen Geflecht über einen Ressourcenpool, der zentral für ihren Verhandlungserfolg ist. Außerdem werden können professionelle Vermittler hinzugezogen werden, die im Bezirk für ihr Geschick bekannt sind (Nielsen 1998:363).

Die Mediatoren gehören in ländlichen Regionen oft zur Familie des *'umda*, des zentralen Staatsvertreters vor der Revolution, sind Mitglieder in den Gemeinde- und Bezirksräten, aber auch auf der nationalen Ebene und Gouvernoratsebene tätig (Nielsen 1998:363; Zayed 1998:382). In extremen Fällen können der Gouverneur und der Polizeichef in einer arabischen Versammlung vertreten sein (Nielsen 1998:364), oder sie findet sogar in der örtlichen Polizeistation statt (Zayed 1998:381).[214] Das Verhalten der Mediatoren während einer solchen Rechtsversammlung ist ebenfalls spezifisch kodiert, wie Zayed nachweist.

[213] Der Begriff *hagg* (hier in dialektaler Umschrift) bedeutet „Pilger" und wird als ehrenvolle Anrede im Umgang mit älteren Männern und Notablen verwandt.

[214] Zayed hebt für sein Sample außerdem hervor, dass auch die Ortswahl von symbolischem Gewicht sein kann und die Ankläger typischerweise das Recht haben, die Versammlung in ihrem Haus durchzuführen (Zayed 1998:381). Ben Nefissa und Nielsen gehen auf diese Frage nicht ein, sie scheint lokal unterschiedlich gehandhabt zu werden. In vielen oberägyptischen Dörfern werden Gästehäuser unterhalten, die öffentliche Versammlungsorte sind. In W finden die Versammlungen in den Räumen des dort ansässigen Migrantenclubs statt.

Die Mediatoren nutzen bestimmte rhetorische Formen, an religiöse Debatten angelehnte Argumentationsmuster und ein bestimmtes Auftreten in Kleidung, Mimik und Gestik (a.a.O.). Die erfolgreiche Vermittlungsarbeit und die öffentliche Präsentation von Mediationskompetenz erhöht das soziale, kulturelle und symbolische Kapital der Akteure. Arabische Versammlungen haben deshalb nicht nur die Funktion, ein bestimmtes Problem zu lösen, sie sind auch symbolische Manifestationen gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Die legale Basis der Versammlungen ist „tradition in a non-specified form" ohne schriftliche Kodifizierungen (Nielsen 1998:361). Die ausgewählten Vermittler des *maglis al-'arab* sprechen auf der Basis von gemeinschaftlich geteiltem Wissen über Gut und Böse jeweils fallabhängiges Recht, das ausschließlich individuell durch Teilnahme und Beobachtung vermittelt wird (Nielsen 1998:361; Ben Nefissa 1997:2 f.). Die soziale und politische Einbettung dieser informellen Instanz ist zentral für ihr Funktionieren: Die Entscheidungen müssen als bindend akzeptiert werden, und die Nichteinhaltung der Entscheidungen müssen durch soziale Kontrolle sanktionierbar sein. In Nielsens Untersuchungsgebiet ist dazu ebenfalls ein formalisierter, schriftlicher Mechanismus in Form einer Verzichts- bzw. Einverständniserklärung etabliert (Nielsen 1998:362).

Die Vorteile eines solchen Verfahrens liegen für *hagg* Mohamed in seiner Flexibilität, Effizienz und Kostengünstigkeit. Institutionalisierte informelle Verfahren wie auch individuelle Vermittlungsversuche beruhen auf einer bestimmten Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit, die nicht durch Strafe, sondern durch die konsensuelle Einigung in soziale Praxis umgesetzt werden (Ben Nefissa 1997:2 f.). Im Vordergrund stehen dabei die Vergehen und nicht die Täter und ihre individuelle Schuld. Ziel ist nicht die Bestrafung, sondern die nachhaltige Regulierung sozialer Konflikte, die, wie etwa im Fall der Blutrache, den Bestand des Gemeinwesens bedrohen könnten (a.a.O.). Diese Funktion können staatliche Instanzen mit ihrem Interesse an individueller Schuldfeststellung und individueller Bestrafung nicht erfüllen.

> „Ich bin sowieso der Meinung, dass die Polizei nichts nützt und auch kein Problem lösen kann, sie kann niemandem zu ihrem Recht verhelfen, weil dort einfach nicht zugehört wird. Das ist doch, was die Männer suchen, dass jemand zuhört und ein neutrales Gremium ein gerechtes Urteil fällt" (W2).

Öffentlichkeit und die Konstruktion eines „konsensfähigen Narrativs" (Nielsen 1998:361) über die Geschehnisse sind die Voraussetzung für eine friedliche Einigung. Wichtiger als die „Wahrheit" ist die konsensuelle Überbrückung der unterschiedlichen Sichtweisen auf das Problem (Zayed 1998:382). Das Aushandeln dieses Narrativs ist bereits Teil des Aussöhnungsprozesses zwischen den streitenden Parteien. Erst durch das öffentliche Reformulieren des Konfliktgegenstandes und die öffentliche Verkündung des Urteils entstehen „Recht" und Gerechtigkeit im Sinne einer sozialen Balance (Ben Nefissa 1997; Nielsen 1998:361 f.). Die Verhängung symbolischer Strafen wie einer öffentlichen Erniedrigung, die durch die andere Seite beendet werden kann, erlaubt es, während des Konflikts erlittenen Gesichtsverlust durch den öffentlichen Gesichtsverlust der anderen Seite wieder auszugleichen. Gleichzeitig kann sich die ins Unrecht gesetzte Partei durch ihren Verzicht auf öffentliche Erniedrigung der anderen Partei als großmütig erweisen und damit nicht nur das eigene soziale und symbolische Kapital erhöhen, sondern die andere Partei auch um so stärker an die konsensuelle Lösung binden. Die öffentliche Verzeihung beendet den Konflikt endgültig, während Verhandlungen und Strafe im von der sozialen Umgebung abgetrennten Gerichtssaal oft den Ausgangspunkt für weitere Auseinandersetzungen bilden, da sie nicht auf Konsens ausgerichtet sind. Auch durch die Zahlung einer Geldstrafe an die betroffene andere Partei wird symbolisch ein Ausgleich hergestellt, nicht der einzelne Täter steht im Vordergrund, sondern seine Familie, sein sozialer Zusammen-

hang. Nur deshalb bieten Eheschließungen, wie sie *hagg* Mohamed erwähnt, zwischen den verfeindeten Parteien überhaupt die Möglichkeit, einen Friedensschluss zu besiegeln. Der symbolische Charakter der Strafen wird auch dadurch deutlich, dass die Geldzahlungen einer zumeist religiösen gemeinnützigen Organisation gespendet werden (Ben Nefissa 1997:5; Nielsen 1998).

Der Erfolg dieser Schlichtungsformen beruht also auf unterschiedlichen Faktoren wie der Autorität und dem sozialen und materiellen Kapital der Mitglieder der Versammlung, der öffentlichen Verkündung des Urteils, den durch die Anrufung des *maglis* entstandenen sozialen Verpflichtungen, der Überzeugungsmacht des neuen Narrativs, das in diesem Verhandlungsprozess gewonnen wird, und dem Bezug auf einen religiösen Diskurs (Nielsen 1998:366). Der Rückgriff auf die gemeinsame religiöse Identität, etwa durch die Eröffnung der Sitzung mit der Lesung der ersten Sure des Korans oder die Bekräftigung der Einigung der Parteien durch eine erneute gemeinsame Lesung aus dem Koran, ermöglicht die Einbettung dieser informellen Verfahren in einen Diskurs religiöser Verpflichtung (Zayed 1998:383).

Neben der sozialen und politischen Funktion und der Angepasstheit an die Konfliktgegenstände spielen aber auch Praktikabilitätserwägungen eine Rolle. Die offizielle Gerichtsbarkeit in Ägypten ist sehr zeit- und kostenintensiv und schließt damit insbesondere ressourcenschwache BürgerInnen von ihrer Nutzung aus. Arme sind deshalb auf informelle Mechanismen angewiesen, die schnell, flexibel und billig arbeiten. Allerdings sind diese Formen informeller Konfliktlösung eng mit den staatlichen Straf- und Kontrollinstanzen verbunden und können deshalb nicht als rein kompensatorische Strukturen aufgefasst werden, so meine These. Polizei und Gerichtsbarkeit sind Bestandteil der formalisierten Informalität, da sie sich auf ihre Urteilssprüche beziehen oder sie selbst für die Problemlösung nutzen. *Hagg* Mohamed aus W beschreibt das Ineinandergreifen von formaler und informeller Sphäre:

> „In den weniger dramatischen Fällen vermitteln wir in Konflikten der Männer untereinander oder mit Männern aus anderen Familien. Wir werden auch oft von der Polizei gebeten, in Konflikten zu vermitteln, weil die Polizei mit vielen Dingen selbst nicht klarkommt. Wir nehmen dann ein Verlaufsprotokoll auf und ein Schriftstück, das das Urteil der Versammlung festhält. Das geht dann an die Polizei, die es an das Gericht weiterleitet, die dann den Fall ohne Verhandlung schließt, weil eine gütliche Lösung außerhalb gefunden wurde. Das ist der normale Ablauf, und das tun wir in enger Kooperation mit der Polizei. Die Polizei bittet uns oft um Hilfe, und wir gehen immer, wir ziehen natürlich jede informelle Lösung einem langwierigen und teuren Gerichtsverfahren auf jeden Fall vor“ (W2).

Polizei und Gerichtsbarkeit erkennen die schriftlichen Protokolle der Versammlungen als legale Dokumente an, die es erlauben, Fälle vor Gericht ohne Verhandlung zu schließen, wenn ein *maglis al-'arab* bereits geurteilt hat (Nielsen 1998:366). Das Protokoll eines *maglis al-'arab* ermöglicht auch, bereits getätigte Anzeigen bei der Polizei wieder zurückzuziehen. Die Polizei zieht in manchen Fällen von sich aus lokale Notablen hinzu und bittet sie um informelle Problemlösungen, weil sie sie für angemessener und funktionaler hält (Ben Nefissa 1997; 'Eid, Haenni 1998). In anderen Fällen legen die Versammlungen bereits in ihrem Urteil fest, dass die Ankläger das Recht haben, die Angeklagten gerichtlich zu verfolgen, sollte dieser den Spruch der Versammlung nicht akzeptieren (Nielsen 1998:366 f.). Menschen nutzen in Konfliktsituationen aber auch parallel formale und informelle Vermittlungsmechanismen und stützen sich dann auf diejenige Instanz, die das ihnen angenehmere Urteil spricht (a.a.O.).[215]

[215] In Nielsens Beispiel handelt es sich um einen der professionellen Schlichter und Vermittler, dem es aufgrund seiner hohen Kompetenz und seines Status' gelungen war, die informellen Mechanismen in Gang zu setzen, ohne

3.2 Konfliktvermittlung und Netzwerke auf der Quartiersebene

Aus Perspektive der Armen finden diese Formen der Konfliktlösung ihre Grenzen in größeren gewalttätigen Auseinandersetzungen, und wenn der soziale Kontext, der das Funktionieren einer arabischen Versammlung garantiert, nicht quartiersweit gegeben ist. So lassen sich Konflikte unter NachbarInnen und in der Gasse noch informell lösen, wenn aber größere Gruppen oder in der Nachbarschaft nicht eingebundene Einzelne beteiligt sind, dann greifen die Mechanismen nicht mehr, wie die quartiersspezifische Analyse der Netzwerkdaten aus dem formalen Armutssample im folgenden zeigen wird. Auch die Nutzung informeller Strukturen erfordert materielle und immaterielle Ressourcen wie etwa die Einbettung in nachbarschaftliche Netzwerke und Zugangsmöglichkeiten zu geeigneten Vermittlern. So beschreiben die BewohnerInnen einiger Quartiere lose soziale Netzwerke, die größere Streitigkeiten nur durch Polizeiintervention aufzulösen erlauben. Die räumliche Distanz und die gleichzeitige Präsenz der Polizei lassen sie als die geeignetere Konfliktlösungsinstanz erscheinen.

> „Nein, das funktioniert zwischen den Nachbarn und den *kubar* (Notablen) bei kleineren Problemen, aber alle großen Konflikte gehen an die Polizei. Das ist in anderen Vierteln anders. In K sitzen sie alle auf der Straße, alles ist eng und klein. Hier ist alles größer, die Türen sind zu und zwischen uns liegt die Straße. Ich kenne hier nicht mal alle Nachbarn, nur die Leute gegenüber und noch zwei andere" (S20, ähnlich S7, S10).

In den ärmeren Teilen von S oder D, in denen die Gassen eng und das tägliche Zusammenleben sehr aufeinander bezogen ist, berichten die InterviewpartnerInnen mit Stolz, dass die *hukuma* (Regierung) ihr Viertel noch nie betreten hat, wie etwa Abu Karim beschreibt:

> „Offiziell gibt es natürlich kein *maglis*, aber inoffiziell funktioniert das gut. Wir kennen uns alle und wenn mir jemand ein Problem macht, dann ist das Viertel gleich da. Wir halten die *hukuma* raus. Gestern zum Beispiel habe ich einen Ehestreit geschlichtet – habe mit beiden Parteien gesprochen und genau zugehört. Ich habe mit beiden lange gesprochen und sage dann, was richtig und was falsch ist, und die Leute halten sich dann auch daran – sonst bräuchten sie ja nicht zu kommen. Das ist natürlich nicht in allen Vierteln so. Wir kennen uns eben schon sehr lange, und wenn die Geschichte zur Polizei geht, dann wird's teuer. Es kostet ja schon 5 £E, um nur eine Beschwerde zu machen. Wir sind arm – wer soll denn das bezahlen?" (S4).

Abu Karim zeigt, dass funktionierende soziale Netzwerke eine Voraussetzung für diese Form der Konfliktlösung sind. Sein Nachbar beschreibt die Durchführung einer informellen Versammlung sogar als bewusste Nutzung alternativer Mechanismen als Form staatsferner Partizipation: „Wenn es ein großes Problem im Viertel gibt und wir nicht wollen, dass die *hukuma* sich einmischt, dann machen wir eine Versammlung" (S2). Hier bestätigt sich einerseits Bayats These vom Autonomiestreben der *informal people* (Bayat 1997:59). Zugleich ist informelle Konfliktlösung nicht unabhängig von den staatlichen Instanzen, auf die sie sich auch bezieht bzw. von denen sie anerkannt wird, zu denken, so meine These. So werden formale und informale Konfliktlösungsstrategien ähnlich wie bei der großen arabischen Versammlung häufig auch kombiniert:

> „Bei Familienstreitigkeiten oder Streitigkeiten unter Nachbarn und zwischen Frauen, da versuchen wir vor allem mit den Verwandten die Probleme zu lösen. Wenn es Geschrei gibt, ist eigentlich auch immer jemand anderes gleich da, und wenn es Gewalt gibt, dann ja sowieso. Und wenn die, die daneben stehen, nichts tun können und sich beide Seiten partout nicht beruhigen wollen, dann holen wir eben die Polizei. Bei einem Konflikt gerade neulich hat die andere Partei dann, als

bereits eine Einverständniserklärung unterschrieben zu haben. Nur so entstand sein Handlungsspielraum zwischen den Instanzen (Nielsen 1998:367).

> die Polizei da war, ihren Fehler eingesehen und nachgegeben. Da hatten sich zwei Frauen gestritten, erst gab es Geschrei, und dann hat die eine die andere angegriffen und sie richtig verletzt. Daraufhin schaltete die verletzte Frau ihre Verwandtschaft ein, die eine Entschuldigung forderte. Nach viel Geschrei kam schließlich die Polizei – und da haben die anderen nachgegeben. Die Täterin sollte ihrer Nachbarin zur Entschuldigung die Füße küssen, aber das wollte sie dann doch nicht" (S19).

Die Drohung mit der Staatsmacht und ihre Präsenz vor Ort als Antwort auf gescheiterte Vermittlungsversuche seitens der NachbarInnen und der Familie hat die Entstehung einer informellen Lösung beschleunigt. Sie war nicht ein gleichberechtigtes Mittel im Kanon der möglichen Vermittlungsmechanismen, sondern die letzte Wahl für eine Deeskalation. Damit bekam der Konflikt zum einen ein höheres Gewicht, zum anderen erlaubte die Einschaltung der Polizei den Beteiligten, ohne größeren Gesichtsverlust einzulenken, weil die erwartbaren Kosten und Probleme als höher eingeschätzt wurden, als der symbolische Preis einer Entschuldigung, die die informelle Struktur erfordert. Interviewpartner aus dem alten Kern von D beschreiben für ihren Alltag funktionsfähige informale Strukturen, die auf engmaschigen familiären und nachbarschaftlichen Netzwerken beruhen, wie etwa im Fall Nassers:

> „Wenn jemand meinen Bruder schlägt, was machen wir dann? Erst mal fragen wir, was los war, und wenn der Schläger aufmüpfig und frech ist, dann rächen wir uns. Und spätestens dann schalten sich die Notable ein, um uns wieder auseinander zu bringen. Zum Beispiel, neulich ist eine Frau ins Café gekommen und hat mich geholt und meine Freunde, damit wir in einen Streit eingreifen. Die andere Partei hat uns für unseren Einsatz sogar noch beschimpft. Wir sind zurückgegangen und haben uns bewaffnet und sind wieder in das Haus der Streitenden gegangen. Dort haben sich dann die *kubar* der anderen Leute eingemischt und den Konflikt entschärft. Die jungen Leute, die uns beschimpft hatten, haben sich entschuldigt und damit war die Geschichte auch ausgestanden" (D11).

Nasser und seine Freunde, seine *shilla*, werden trotz ihres jugendlichen Alters bei Konflikten hinzugezogen. Insbesondere in der zweiten Phase eines Konflikts, in dem die angegriffene Partei versucht, möglichst breite Unterstützung aus der Nachbarschaft und der Familie für sich zu mobilisieren, wird gern auf die *shilla* um Nasser zurückgegriffen. Die jungen Männer betrachten es als Teil ihres Selbstverständnisses als *ibn al-balad*, auf solche Bitten zu reagieren. Vor der gewalttätigen Konfrontation schalten sich dann die Notable ein, um vor das Recht des Stärkeren das Recht der vermittelnden Lösung zu setzen. In A und T, den neuen Squatterviertel, ist das Spektrum der Meinungen und Praxen ähnlich differenziert. Während die einen ihre Unabhängigkeit von staatlichen Instanzen betonen, ist für die anderen die Polizei das Mittel der Wahl, wenn informelle Mechanismen scheitern. Anders als das stark formalisierte *maglis al-'arab* stoßen die hier beschriebenen kleinräumigen Formen bei staatlichen Akteuren auf Skepsis, weil sie als Zeichen mangelnder staatlicher Durchdringung betrachtet werden.[216] Der Staat erweist sich dann tatsächlich als zu schwach, um sein Gewaltmonopol auch lokal durchzusetzen. Andererseits haben die Beispiele gezeigt, dass staatliche Gewaltandrohung auch im Horizont kleinräumiger informeller Lösungen immer mitgedacht sind. Der Staat stellt sich dann als durchaus machtvoller Akteur in den Perzeptionen der Armen dar.

Die Grenzen informeller Konfliktlösungen verlaufen neben dem Zugang zu materiellen Ressourcen entlang sozialer Exklusionsmechanismen. Geschlecht und religiöse Zugehörigkeit stellen hier zwei wichtige Faktoren in der Strukturierung der sozialen Ungleich-

[216] Auch die arabischen Versammlungen sind Kooptationsversuchen ausgesetzt. So schlug der Innenminister im Januar 1998 vor, dass die Versammlungen regelmäßig zusammentreten und der Polizeichef des Viertels den Vorsitz übernehmen solle (mayo 1998).

heit dar. Frauen sind zwar wichtige Mediatorinnen der Mikroebene, doch in den formalisierten Prozessen der Mesoebene wird ihre Beteiligung unsichtbar und in den angeblich privaten Raum verlagert. So ist davon auszugehen, dass Frauen selbstverständlich Konfliktparteien sein können, auch wenn vor der Versammlung ihre Männer auftreten. Ihre Kompetenzen beim Aufbau und der Pflege lokaler Nachbarschaftsnetzwerke kommen dem sozialen und symbolischen Kapital der Männer ihrer Familie direkt und indirekt zugute. Zum einen verfügen Frauen oft über detaillierte soziale Kenntnisse, zum anderen nutzen sie ihre Netzwerke, um Einfluss auf den Verhandlungsgegenstand und Verlauf zu nehmen. Immer wieder wurden von den InterviewpartnerInnen zudem historische und aktuelle Beispiele von wichtigen weiblichen Persönlichkeiten im Viertel erwähnt, die darauf schließen lassen, dass die männliche Hegemonie in diesem wichtigen Bereich keine ungebrochene ist.

Religiöse Ausschlüsse sind hingegen weniger durch die Spaltung von öffentlich und privat als durch den Minderheitenstatus geprägt. Die städtischen ChristInnen in meiner Untersuchung sehen sich von den informellen Versammlungen ausgeschlossen bzw. halten sich aktiv aus ihnen heraus. An die Stelle der arabischen Versammlungen treten für arme, nicht in Quartiersnetzwerke eingebundene ChristInnen die Kirche und die Netzwerke unter christlichen NachbarInnen, wie Um Georges beschreibt:

> „Wir untereinander haben kein *maglis*, wir lösen unsere Probleme über die Kirche und halten uns aus den Geschäften der anderen raus. Damit haben wir nichts zu tun. Die haben aber so was wie eine Versammlung, da sitzen dann die wichtigen Leute zusammen und reden und lösen das Problem. Die Leute hier sind sehr gewalttätig, ständig passiert irgendwas, hier wird halt gleich zugeschlagen und gestochen. Wenn das Geschrei losgeht, habe ich Angst, und deshalb habe ich mit alledem auch nichts zu tun. Wenn wir was brauchen, dann wenden wir uns an die Kirche“ (F2).

Um Georges Schilderung macht eine grundsätzliche Distanz zwischen ChristInnen und Muslimen deutlich, die Angst vor gewalttätigen Übergriffen ist unter den christlichen InterviewpartnerInnen sehr verbreitet und führt dazu, dass sie sich von Konflikten weitgehend fernhalten:

> „Wir Christen lösen unsere Probleme untereinander und kümmern uns nicht um die Muslime draußen. Wir haben Angst vor Gewalt, also halten wir uns raus aus allem. Wir regeln unsere Probleme untereinander, und wenn uns jemand beschimpft oder bedroht, was oft passiert, dann halten wir uns auch zurück. Was sollen wir schon tun“ (F4, ähnlich F3).

Staatliche Instanzen werden von diesen InterviewpartnerInnen nicht erwähnt. Für Um Mariam liegt die Einschaltung kirchlicher Autoritäten näher, nachdem alle anderen Lösungsmechanismen versagt haben.

> „Wir halten uns aus den Dingen draußen völlig raus. Wenn es hier im Haus ein Problem gibt, dann lösen wir das untereinander. Und wenn es ganz schlimm kommt, dann schalten wir den Priester ein, aber nie jemanden von draußen, Muslime gar nicht. Unsere Beziehungen sind quasi nicht existent, sie lösen ihre Probleme und wir unsere, wir haben nichts miteinander zu tun“ (F7).

Die soziale Distanz, die hier beschrieben wird, ist häufig umfassend. Zwar nutzen ChristInnen die gleichen kleinräumigen Konfliktlösungsmechanismen unter NachbarInnen und Familien, doch ihre Netzwerke greifen nicht ins Quartier hinein, sondern erweitern sich oft in Richtung auf ihre Gemeinde. Das Gefühl der politischen und sozialen Peripherisierung ist unter christlichen InterviewpartnerInnen in meinem Sample besonders ausgeprägt. Die Ergebnisse decken sich mit denen Saads (Saad 1998). Ben Nefissa et al. beschreiben in ihrer Studie einen Fall, in dem informelle Konfliktlösungsmechanismen auf der Quartiersebene von Christen aktiv gesucht wurden, indem sie muslimische Notablen in einen Konflikt einbanden, der zwischen einem christlichen und einem muslimischen

Händler entstanden war (Ben Nefissa et al. 1997:14 f.).[217] Saads Studie über dörfliche politische Strukturen und Entwicklungsprojekte legt nahe, dass, wenn soziale und politische Exklusionsmechanismen sehr ausgeprägt sind, die ausgeschlossenen Minderheiten auch zu den informellen Strukturen einen schlechteren Zugang genießen (Saad 1998). Das lässt sich aufgrund der Aussagen der hier befragten armen ChristInnen bestätigen.

3.3 Informelle Mechanismen zwischen Inklusion und Exklusion

Auch auf der Mesoebene der Quartiere lassen sich Formen informeller kollektiver Partizipation zugleich als Mechanismen der formalisierten Informalität kennzeichnen. Das *maglis al-'arab*, die arabische Versammlung und ihre Anrufung, ihr Ablauf und ihre Aushandlungsprozesse sind verbindlich geregelt, die Urteilssprüche und die Sanktionsmechanismen werden schriftlich festgehalten und öffentlich verkündet. Von zentraler Bedeutung für die Lösung des Konflikts ist die durch die Versammlung ermöglichte Neuverhandlung des Konfliktverlaufs und -gegenstandes. Hierin liegt der eigentliche Mediationsprozess zwischen den streitenden Parteien. Diese Formen der Konfliktregelung gehorchen einer auf Ausgleich und Konsens ausgerichteten Handlungslogik, bei der die Herstellung der sozialen Balance in einem sozialen Zusammenhang Priorität vor der Herstellung formaler Gerechtigkeit genießt. Sie werden deshalb von vielen InterviewpartnerInnen als effiziente, ressourcenschonende und sozial angepasste Mechanismen bevorzugt. Sie sind als informelle Mechanismen zugleich eng mit den formalen Institutionen der staatlichen Gerichtsbarkeit und Polizei verbunden, die diese Strukturen aktiv nutzen oder aber im Sinne einer Einbeziehung der Urteile passiv anerkennen.

Das Funktionieren dieser informellen Strukturen beruht auf verschiedenen Voraussetzungen: Erstens sind enge soziale Netzwerke im Viertel eine wichtige Bedingung, da sie als Vermittlungsinstanzen für soziale Normen diese Formen der Selbstregulierung überhaupt ermöglichen. Zweitens sind sozial akzeptierte Vermittlungspersonen wichtig, die das nötige soziale, materielle und symbolische Kapital besitzen, um wirksam als MediatorInnen arbeiten zu können. Drittens müssen die BewohnerInnen diese Mechanismen wertschätzen und den formalen Institutionen des Staates vorziehen.

Da diese Bedingungen nicht überall gegeben sind, wie sich bei der Analyse meines Samples gezeigt hat, entwickeln sich stark formalisierte informelle Strukturen nicht in allen Quartieren. Zum Teil schwanken die Angaben über den Verbreitungsgrad informeller Institutionen von Straße zu Straße. Aussagen über ihre Reichweite lassen sich vor diesem Hintergrund nur schwer treffen. Sehr grob lässt sich festhalten, dass die weniger formalisierten Formen der nachbarschaftlichen Mediation relativ häufig anzutreffen sind, wenn die räumlichen Gegebenheiten und sozialen Netzwerke die Voraussetzungen dafür bieten. Die formalisiertere Variante der arabischen Versammlung ist überwiegend dort anzutreffen, wo BinnenmigrantInnen aus Oberägypten diese Strukturen über Generationen hinweg auch in der Stadt aufrechterhalten (Miller 1999).

Für die Wahl der Form der Konfliktvermittlung sind nach Ansicht von Ben Nefissa et al. weder Klasse oder Kultur noch die Relevanz der Fälle entscheidend, sondern allein die Einbettung der NutzerInnen in soziale Netze (Ben Nefissa et al. 1997:13). Dem ist zuzustimmen, obgleich meine Daten auch andeuten, dass zusätzlich zum Zugang zu Netzwerken die Schwere des Fall auf die Interventionsmechanismen Einfluss hat. Konflikte kleinerer Reichweite werden tendenziell durch die weniger formalisierten Varianten gelöst,

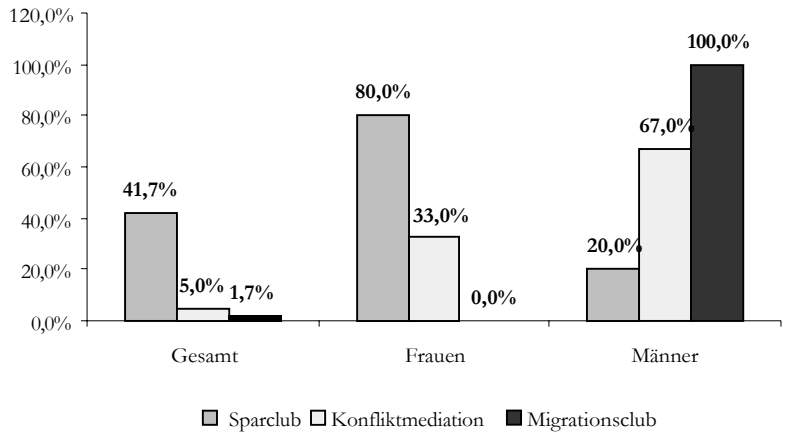
[217] Die anderen Studien über diese Rechtsprechungsversammlungen äußern sich zur Beteiligung von Minderheiten nicht (Ben Nefissa 1997; Naim 1983; Nielsen 1998; Zayed 1998).

während in Fällen von Gewaltanwendung und Einbeziehung großer Teile der lokalen Gemeinschaft die arabische Versammlung das adäquate Problemlösungsinstrument ist.

Die mehr oder weniger formalisierten informellen Mechanismen der Mesoebene sind also auch Mechanismen der sozialen Inklusion, Typen der informellen Partizipation und informelle Formen der Lokalpolitik. Für sie gilt, was bereits für die informellen Partizipationsformen der Mikroebene gezeigt werden konnte: Krasse soziale, politische und geschlechtsspezifische Ungleichheit wird in der informellen Sphäre, auch wenn sie generell durchlässiger und relevanter für die Armen ist, nicht aufgehoben, sondern wirkt begrenzend auf die Möglichkeiten informeller staatsbürgerlicher Teilhabe. Mangel an sozialem, kulturellem und materiellem Kapital kann dann in strukturellen Ausschluss münden, wenn der soziale Bezugsrahmen, der notwendig für das Funktionieren solcher Prozesse ist, nicht von allen Mitgliedern einer Gemeinschaft geteilt werden kann. Insbesondere denjenigen, die sich weder symbolischen noch materiellen Zugang zu Netzwerken verschaffen können, bleiben auch die Mechanismen der formalisierten Informalität auf der Mesoebene verschlossen. Informelle Partizipationsmöglichkeiten können strukturelle Ungleichheit und politische Machtverhältnisse nicht aufheben.

Die Ausschlussmechanismen gelten insbesondere für Frauen, die zu den formalisierteren Strukturen auf der Mesoebene nur vermittelten Zugang haben. Während sie auf der Ebene des Hauses, der Gasse und der unmittelbaren Nachbarschaft oft wichtige Vermittlungsfunktionen übernehmen, wie in Kapitel 3 gezeigt wurde, verhindert das konservative Geschlechterregime ihren Zugang zu den formalisierteren Formen der arabischen Versammlung. Während Frauen auf der Mikroebene als Mediatorinnen soziales und symbolisches Kapital akkumulieren können und so zu wichtigen Persönlichkeiten werden, wirken jenseits dieser Sphäre Partizipationsbarrieren, die Frauen und ihre Rolle in diesen Prozessen unsichtbar werden lassen.

Grafik 5: Informelle Partizipation nach Geschlecht im formalen Sample



Die Funktionen der hier beschriebenen Mechanismen im Verhältnis von Staat und Gesellschaft sind widersprüchlich. Insbesondere bei kleineren ökonomischen und nachbarschaftlichen Konflikten entlasten die Strukturen der formalisierten Informalität den Staat. Sie sind Teil der im Rahmen des informellen sozialen Vertrags angebotenen informellen

Handlungsoptionen. Gleichzeitig werden dadurch wichtige gesellschaftliche Regelungsbereiche staatlicher Intervention entzogen: der Staat erscheint schwach gegenüber einer starken Gesellschaft (Tetzlaff 1998). Allerdings sind dem Staat durch die enge Verknüpfung von formaler und informeller Sphäre Eingriffsmöglichkeiten gegeben, so dass Naims These von der strukturellen Externität des Staates und seiner Institutionen auf der Mesoebene der Viertel nicht haltbar ist (Naim 1986:54). Ben Nefissa et al. schlagen vor, das Verhältnis „traditionellem" und modernem Recht als interdependentes und komplementäres aufzufassen (Ben Nefissa et al. 1997:2). Die Rechtsformen existieren nicht getrennt voneinander, da die Repräsentanten eines modernen Rechtsverständnisses nicht automatisch von anderen Prozessen ausgeschlossen, sondern vielmehr mit ihnen verbunden sind (a.a.O.:4). Es handelt sich bei diesen informellen Strukturen um die Fortsetzung des Rechtsstaates mit anderen Mitteln, nicht aber um die Existenz autonomer, abgekoppelter informeller Institutionen (a.a.O.:6). Zwar betonen die hier vorgestellten InterviewpartnerInnen, dass diese Formen der Partizipation ausgesprochen staatsferne sind, doch die Praxis der Konfliktregelung zeigt, dass die Institutionen des Staates parallel dazu angesprochen werden. Die auch in dieser Arbeit vertretene These der Verknüpftheit von formaler und informeller, staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre lässt sich also am Beispiel der arabischen Versammlung belegen. Die Abwesenheit des Staates bei informellen Partizipationsformen ist eine scheinbare und kann nicht als Zeichen eines „schwachen Staates" gewertet werden, so die These. Vielmehr interpretiere ich die Akzeptanz eben dieser engen Verbindungen auch als Ausdruck der Kontrolldimension des neuen informellen sozialen Vertrags, der quasi-autonome Handlungsspielräume eröffnet, die eine Entlastung des Staates bedeuten, ihm aber dennoch Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten erhalten. Zugleich zeigt auch dieses Beispiel, dass informelle Strukturen exklusiv sind und den verfassungsrechtlich verankerten Zugang aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer Ressourcenausstattung nicht ersetzen können.

4 AkteurInnen und Organisationen auf der Mesoebene

Es gibt nur wenige Studien, die sich mit Kairoer Kommunalpolitik bzw. weitergehend mit lokalen politischen Strukturen in Ägypten beschäftigen. Neben der Arbeit von 'Eid und Haenni, die den Kairoer Stadtteil Imbaba untersuchten (Haenni 1997; 'Eid, Haenni 1998), liegt die Studie über lokale Verwaltung von Mayfield vor, der die internen Strukturen der ägyptischen Verwaltung untersucht (Mayfield 1996). Singerman analysiert Imbaba als Beispiel für die Etablierung weitgehend autonomer kommunalpolitischer Sphären (Singerman 1997:17 ff.). Sie zeichnet diskursanalytisch nach, wie Squatter und Islamisten in der Diskussion um Imbaba und andere informelle Siedlungen als „*internal other*" der ägyptischen Gesellschaft konstruiert werden (Singerman 1998). Zayed und Saad untersuchen die politische Struktur in einem oberägyptischen Dorf, die jedoch nicht ohne weiteres mit städtischer Kommunalpolitik zu vergleichen ist (Zayed 1998; Saad 1998). Ben Nefissa veröffentlichte einen knappen Bericht über die Arbeit des Bezirksrats von Helwan in Kairo, der seit einigen Jahren von einer islamistischen Mehrheit geführt wird (Ben Nefissa 1999). Semsek und Stauth, Hoodfar, Singerman und Wikan beschreiben je die Quartierskontexte ihrer armutsorientierten ethnografischen Studien, untersuchen aber lokale politische Strukturen nicht im Detail (Semsek, Stauth 1987, Singerman 1995; Hoodfar 1996; Wikan 1996). Einzig 'Eid und Haenni präsentieren empirische Ergebnisse, die die kommunalpolitischen Machtstrukturen in ihrer Gesamtheit zu erfassen suchen. Dabei haben sie sich auf die Interaktion von Staat, '*asabiya*, Notablen und Islamisten konzentriert. Das hier vorgelegte empirische Material nimmt einige dieser Aspekte auf und ergänzt sie aus der Perspektive meiner InterviewpartnerInnen, um so weitere Steinchen zum komplexen Mosaik kommunaler Politik in der ägyptischen Metropole beizutragen.

Das Feld der Lokalpolitik ist gleichermaßen diffus und strukturiert, nicht alle Organisationen, Institutionen und AkteurInnen sind in alle Prozesse gleichermaßen involviert, so die Ausgangsthese der Akteursanalyse. Dennoch sind lokale AkteurInnen über einen gemeinsamen institutionellen Rahmen oder über personale Netzwerke miteinander verbunden. In den von mir untersuchten Stadtteilen ist eine Bandbreite unterschiedlicher Einzelakteure und Organisationen relevant, die die politische Struktur beeinflussen. Dazu gehören Migrantenvereine und Solidaritätsnetzwerke ('*asabiya*), sowie Parteien, Gewerkschaften, NGO, lokale Notable, die Polizei und die mafia-artige *baltaga*.[218] Die sich in ihnen abzeichnenden Geschlechterverhältnisse sind von Männer dominiert. Frauen tragen und pflegen zwar die Netzwerke der Mikroebene, doch bereits auf der Mesoebene wirkt das konservative Geschlechterregime als effiziente Partizipationsbarriere, so die These. Frauen sind zwar in NGO und auch in Parteien selektiv integriert, von umfassender öffentlicher Teilhabe an den organisierten Eliten sind sie jedoch bis auf wenige Ausnahmen meist ausgeschlossen.

Die sich bei den Parlamentswahlen 2000 durch die Menge unabhängiger Kandidaturen besonders stark zeigende Pluralisierung des politischen Feldes war zum Zeitpunkt der Untersuchung 1996/1998 auf kommunaler Ebene bereits deutlich geworden. Ähnlich wie in Zayeds Fallbeispiel ist die Unbestimmtheit des politischen Feldes vor allem darauf zurückzuführen, dass keiner der involvierten Akteure und Institutionen eine unangefochten hegemoniale Position innehat (Zayed 1998:379). Denn lokale Administration und lokale NDP-Mitglieder, an sie affiliierte NGO oder Migrantenvereine sind keine homoge-

[218] Ich beziehe mich bei ihrer Analyse überwiegend auf meine eigenen Untersuchungen in den Kairoer Stadtteilen. Im Vordergrund stehen deshalb die Einschätzungen der interviewten intermediären AkteurInnen der kommunalpolitischen Strukturen, in denen sie agieren.

nen Akteursgruppen mit einheitlichen Interessen. Gerade auf kommunaler Ebene sind in der NDP sehr unterschiedliche AkteurInnen organisiert, die über die Parteistruktur um Ressourcen und soziales Kapital konkurrieren (al-Khawaga 1997). Auf der kommunalen Ebene zeigt sich, so eine weitere These, ein Prozess der stetigen Aushandlung um die Hegemonie und Kontrolle der NDP angesichts dieser Pluralisierungstendenzen. Allerdings handelt es sich dabei um eine Pluralisierung ohne Liberalisierung, denn jenseits des Zwangs zur Kooptation und Aushandlung gelingt dem Regime auch auf kommunaler Ebene der Machterhalt durch die Zubilligung informeller Handlungsspielräume. Der soziale Vertrag der Informalität bietet den organisierten AkteurInnen der Mesoebene Möglichkeiten der informellen und formalen Teilhabe an den überwiegend korruptiven Ressourcenströmen. Ähnlich wie im Verhältnis von Staat und Armen ist der schwache, defekte Staat die Voraussetzung für die Herausbildung eines diffusen, pluralen lokalen Feldes. Daraus entsteht jedoch keine Autonomie, sondern eine Einbindung lokaler Eliten in staatliche Institutionen und die vorherrschenden klientelistischen Handlungslogiken. Haenni spricht hier zurecht von einem Prozess der „discrète étatisation par l'intermédiaire des notables" (Haenni 1997:8).

Im folgenden werden zunächst die unterschiedlichen AkteurInnen und Institutionen vorgestellt. Eine wichtige Rolle für die politische Struktur der untersuchten Stadtteile spielen regionale Solidaritätsnetzwerke, die so genannten *'asabiya*-Netzwerke. Sie sind einerseits kollektive informelle Partizipationsformen und andererseits ein Instrument der politischen Mobilisierung, aber auch der Kontrolle auf der Mesoebene der Stadtteile. Sie bilden den informellen Netzwerkhintergrund für Migrantenvereine, die in einigen Stadtteilen ebenfalls relevant sind. Zentrale Akteure und Akteurinnen im kommunalen Feld sind die Notable oder *kubar*, deren Vermittlungsfunktionen im Konfliktfall im vorhergehenden Abschnitt bereits analysiert wurden. Notable stellen die kommunalen Eliten, die in formelle und informelle Strukturen gleichermaßen eingebunden sind. Sie sind häufig auch VertreterInnen von Parteien auf der kommunalen Ebene bzw. sind als NGO-Vorstände aktiv. Im Zusammenspiel der kommunalen Instanzen wird die informelle Anreicherung formaler Politik als besonderes Kennzeichen politischer Prozesse im sozialen Vertrag der Informalität deutlich: Parteivorstände agieren auch als NGO-Vorstände und nutzen ihre Klientelnetzwerke für die Wahlmobilisierung. Die formale politische Interaktion erweist sich jedoch auch aus Sicht der Notablen häufig als rein symbolische, es entsteht ein „Klientelismus ohne Klientel", so die These. Abschließend werden Polizei und Verwaltung als wichtige staatliche Institutionen auf kommunaler Ebene vorgestellt. Handelt es sich bei diesem Zusammenspiel von formalen Institutionen mit den informellen Netzwerken der Notabilität und der *'asabiya* um eine Retraditionalisierung der Politik oder vielmehr um moderne Prozesse im Rahmen des sozialen Vertrags der Informalität?

4.1 Migrantenvereine und Solidaritätsnetzwerke

4.1.1 Moderne und traditionelle Solidaritäten

Der Begriff *'asabiya* bedeutet Gemeinschaftssinn, Familiensinn oder Stammesbewusstsein (Lewis et al. 1965:681). Zunächst sind die Bindungen der *'asabiya* durch Verwandtschaftsverhältnisse bestimmt. Nach Ibn Khalduns Analyse der modernen islamischen Geschichte auf der Grundlage der *'asabiya* ist das Konzept erheblich weiter zu fassen: *'asabiya* schließt Formen der Solidarität ein, die auf anderen sozialen Gruppierungen als der Familie beruhen können (a.a.O.).

„Wether it is based on blood ties or on some other social grouping, it is for Ibn Khaldun the force which impels groups of human beings to assert themselves, to struggle for primacy, to establish hegemonies, dynasties and empires [...]" (a.a.O.).

'asabiya wird so bei Ibn Khaldun zum Movens von Geschichte und Politik. In der neuen sozialwissenschaftlichen Debatte über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Nahen Osten bezeichnet der Begriff *'asabiya*

„[...] ces groupes de solidarité territorialisés à l'échelle du voisinage ou du quartier, fondés sur les relations de patronage et d'entraide à base familiale, ethnique ou corporative" (Haenni 1997:1).

'*asabiya* kann sich auf die gemeinsame Herkunft aus einem Dorf oder aus einer Region beziehen. Sie ist diffus und abhängig von der individuellen Bindung, die die einzelnen Netzwerkmitglieder an ihre Heimatregion verspüren. Die vorherrschende Logik dieser Netzwerke ist die des gemeinsamen solidarischen Handelns und der Reziprozität (Miller 1999). Sie bettet sich in den meisten Fällen in eine klientelistische Erwartungshaltung ein. Diese lokalen oder regionalen Solidaritäten sollten jedoch nicht als homogen und „natürlich" betrachtet werden, sondern als Produkte sozialer Aushandlungsprozesse, in die widerstreitende individuelle und kollektive Interessen eingehen. Roy unterscheidet drei Arten klientelistischer Beziehungen: Erstens kurzfristige informelle Bindungen an Männer mit Zugang zu bestimmten Ressourcen, wie sie schon für das Wahlverhalten beschrieben wurden. Die Bindung von Klient und Patron zerbricht, sobald der Patron den Zugang zu den Ressourcen verliert (Roy 1996:270). Zweitens die Bindung durch traditionelle *'asabiya*,

„that is the clan, tribe, village, extended family and so on, whose existence and mode of operation proceeds the setting up of a state society and which then dominates the field of politics" (a.a.O.).

Die dritte Form der Klientelbeziehung sieht Roy in der „modernen *'asabiya*", die durch die staatliche Durchdringung der Gesellschaft zu einer wichtigen politischen Instanz wird.

„Such a body is formed in a modern political situation and functions thereafter as a 'solidarity group' according to modes of inter-personal relations identical of those of the traditional asabiya, namely endogamy, patronage and nepotism" (a.a.O.).

Diese moderne Form der Solidaritätsnetzwerke ist durch den Prozess der Staatsbildung und der damit verbundenen Zerschlagung der traditionellen Formen entstanden (a.a.O.:272). Die moderne *'asabiya* muss das Band der Solidarität, das für die traditionelle quasi-natürlich vorhanden war, immer wieder neu konstruieren und legitimieren. Die Basis der Solidarität, die gemeinsame Identität, ist im modernen Staat herstellungsbedürftig, sie muss erfunden werden. Auf die Relevanz dieser Strukturen hat die feministische Forschung schon früh hingewiesen, indem sie darauf verwies, dass für das Verständnis des Partizipationsverhaltens von Frauen in Gesellschaften des Nahen Ostens drei Sphären relevant sind (Kandiyoti 1991; Joseph 1993; Joseph 2000): zwischen Privatheit und Staatlichkeit liegen die jeweiligen lokalen Gemeinschaften, in denen traditionelle und moderne *'asabiya* die politischen *entitlements* von Frauen auf spezifische Weise einschränkt.

Das besondere an der *'asabiya* in Staaten des Nahen Ostens ist im Vergleich zu anderen Versuchen, die Staatsmacht zu übernehmen, beispielweise durch die Mafia, die Einschreibung in den Diskurs der traditionellen *'asabiya*. Durch die Anknüpfung an tribalistische Traditionen gewinnt die moderne *'asabiya* ihre Legitimität (Roy 1996:274). Eine solche Retraditionalisierung der Politik wird auf der lokalen Ebene von Notablen getragen,

„who adopt a traditional method of exercising and manifesting power. If he belongs to a network of modern patronage, he then proceeds to retraditionalize his relationship to this network" (a.a.O.:274).

Anders als bei den von Roy diskutierten Fallbeispielen Algerien und Tadjikistan handelt es sich in Ägypten nicht um *'asabiya*-Netzwerke, die die Übernahme des Staatsapparats an-

streben. In Ägypten wird *'asabiya*, so Haennis These, als Instrument der Inklusion und Kontrolle der lokalen und nationalen Ebene von Politik genutzt (Haenni 1997). Zayed und Bayat halten diese Formen der Inklusion für ein Zeichen von Retraditionalisierung der Politik, die, so Bayat, nicht-klientelistische Organisationsformen an der gesellschaftlichen Basis verhindert (Bayat 1997a:3). *'asabiya*-Netzwerke sind meiner Ansicht nach mit Roy und Haenni als moderne Mechanismen von Inklusion aufzufassen, die zwecks Legitimitätssteigerung an traditionelle Diskurse anknüpfen, aber auf den modernen Nationalstaat gerichtet sind. Der Begriff der Retraditionalisierung ist jedoch irreführend, so meine These, weil er die diskursiven Verschleierungen des Rückbezugs auf die Tradition nachvollzieht, anstatt sie aufzudecken. Denn das spezifisch Moderne der *asabiya*, das durch den Rückgriff auf die Tradition unsichtbar werden kann, liegt darin, dass die Identitäten, die sie evoziert, erst konstruiert werden müssen. Regionale Solidaritäten sind insbesondere im stratifizierten und differenzierten urbanen Milieu einer Metropole mit starken Wanderungsbewegungen stets neu herstellungsbedürftig. Das wiederum macht ihre besondere Nützlichkeit für den sozialen Vertrag der Informalität aus, der auf eher symbolisch, denn materiell vermittelten Klientelverhältnissen beruht.

Empirisch lassen sich zwei Formen der *'asabiya* unterscheiden: solche, die noch auf einen materiellen Kern geteilter regionaler Herkunft zurückgreifen können und solche, die sich überwiegend diskursiv-symbolisch herstellen. Im Stadtteil können *'asabiya*-Netzwerke drei unterschiedliche Funktionen übernehmen: soziale Integration und Organisation, exekutive und polizeiliche Aufgaben sowie politische Mobilisierung und Kontrolle. *'asabiya* wird so im Sozialvertrag der Informalität zu einem Kompensationsmechanismus angesichts von Staatsversagen. Zugleich vermag der Staat diese Strukturen auch zu kontrollieren bzw. zu kooptieren. In materiellen *'asabiya*-Netzwerken wird aus der gemeinsamen Herkunft aus Südägypten Solidarität abgeleitet.[219] Diese Handlungslogik richtet sich in stetig erweiterten Kreisen gegen ein konstruiertes Außen, wie ein Interviewpartner aus W beschreibt[220]:

> „Bis auf ganz wenige Ausnahmen denken die Leute in diesen Kategorien, das berühmte Sprichwort: 'Mein Bruder und ich gegen unseren Cousin und mein Cousin und ich gegen den von draußen' gilt hier einfach immer noch" (W3).

Das Prinzip des solidarischen Handelns verbindet Menschen, die sich Oberägypten zugehörig fühlen – dies auch, obwohl sie bereits seit Generationen in der Stadt leben. *'asabiya*-Netzwerke werden oft über Migrantenvereine institutionalisiert, die einen wichtigen Beitrag für die Organisation des sozialen Lebens im Viertel leisten, wie der folgende Abschnitt zeigen wird. Sie können in Abwesenheit staatlicher Regulationsinstanzen sogar polizeiliche Funktionen übernehmen. So waren diese Netzwerkstrukturen in einem der untersuchten Viertel in der Lage, Märkte von lokalen mafia-artigen Gruppen und Schlägertrupps (*baltaga*) zu befreien:

> „Seit einiger Zeit hat die *'asabiya* das Viertel fest im Griff, vor allem die Märkte. Früher wurden dort Schutzgelder eingesammelt von den *baltagis* (lokale Mafia). Aber dadurch, dass jetzt überall Oberägypter sind und man weiß, dass sie zusammenhalten, können die *baltagis* dort nichts mehr tun. Wenn man sich mit einem Oberägypter anlegt, hat man sie alle auf dem Hals und das kann kein Schlägertrupp der Welt abfedern. Der ist im Zweifel schneller tot, als er hinsehen kann. Die

[219] Longuenesse fasst darunter auch die konstruierte Solidarität des Quartiers, des gemeinsamen Arbeitsplatzes oder des gewerkschaftlichen Engagements (Longuenesse 1997:234 f.).

[220] Saad beschreibt in ihrer Studie dörflicher Strukturen in Oberägypten sehr eindrücklich, wie *'asabiya*-Netzwerke von der kleinsten sozialen Einheit, dem Haushalt bis zur Ebene der Gouvernorate durch den Bezug auf eine angenommene gemeinsame Herkunft aus dem Haus, der Gasse, dem Dorf, dem Bezirk und schließlich dem Gouvernorat konstruiert werden (Saad 1998).

> *'asabiya* denkt nicht an Profit, so wie der *baltagi*. Die denken an Solidarität und an ihre Traditionen und deshalb sammeln sie voneinander nie Schutzgelder ein, sondern helfen einander. Mit dem Herausdrängen der *baltagis* aus dem Markt hat sich die Situation für die Händler verbessert, weil es mehr Sicherheit gibt. Die Schläger können dort einfach nichts mehr ausrichten" (DI4).

Diese Ordnungskapazität beruht auf der Einigkeit bzw. der konkurrenzlosen Dominanz einer regionalen Identität, die aber selten hegemonial ist. Meistens existieren unterschiedliche und oft auch verfeindete regionale Identitäten nebeneinander, die immer feinräumigere Konstruktionen regionaler Differenz produzieren, wie das oben zitierte Sprichwort bereits angedeutet hat. Konflikte unterschiedlicher Solidaritätsnetzwerke können rasch auch in Gewalttätigkeiten münden, die dann wiederum die bereits vorgestellten Schlichtungsverfahren nötig machen. Hier begibt sich die *'asabiya* mit ihren erfolgreichen Strategien der Konfliktvermittlung in direkte Konkurrenz zu staatlichen Institutionen und provoziert so ein verstärktes Kontrollinteresse seitens des Staates. In einem Viertel haben beispielsweise fehdenartige Konflikte das Verhältnis unterschiedlicher *'asabiya*-Gruppen bestimmt, wie 'Abdallah, ein Notable der „kleinen Leute" mit guter Anbindung an die *'asabiya* im Viertel, beschreibt:

> „Früher gab es viel Streit zwischen den Leuten aus Sohag und Assuit, aber seit neuester Zeit haben die Notable beschlossen, dass man versuchen will, die Probleme untereinander und in Frieden zu lösen, weil die Leute gemerkt haben, dass man durch die ewigen Konflikte geschwächt wird, und dass das nichts hilft. Und das klappt auch ganz gut und stärkt die '*asabiya* ungemein, weil sie vereint ist und nicht so leicht zu spalten" (DI4).

Die Netzwerke aus den oberägyptischen Städten Sohag und Assiut werden wiederum nach Dörfern differenziert, was die Kleinräumigkeit von *'asabiya*-Identitäten und ihren konstruierten Charakter unterstreicht, da hier Differenzen kreiert werden, die sich nicht auf materiell nachweisbare Unterschiede beziehen. Einige Dörfer und/oder Familien sind jedoch für bestimmte Professionen bekannt, was daran liegt, dass die multifunktionalen '*asabiya*-Netzwerke unter anderem auch für die Vermittlung von Arbeitsplätzen genutzt werden und sie zudem die Migrationsbewegungen in einzelnen Stadtteilen steuern.

> „Wir haben die Dörfer Hilla, Sawama, Gharzat und Gehena auf der Sohagseite und Beni Mohamed, Adawiya und Dikran auf der Assuitseite. Die Hilla ist vor allem in Cafés und im Gemüsehandel tätig, die Adawiya in Möbelgeschäften und Bäckereien, die Sawama im Getreide- und Körnerhandel und in Cafés, die Dikran handeln mit Getreide, Tilmis, Gemüse und haben Cafés und die Gehena handeln vor allem mit Säcken" (DI4).

Die Netzwerke der regionalen Solidarität sind mit den wirtschaftlichen Strukturen der jeweiligen Viertel verbunden, so dass die regionale Identität mit beruflichen Identitäten verquickt und gefestigt wird. Oft sind *'asabiya*-Netzwerke deshalb die ersten informellen Organisationen, die sich in den neu entstehenden Squattervierteln an der Peripherie als politische Kraft herausbilden. Wenn in den betreffenden Vierteln Netzwerkknotenpunkte aufgebaut und durch den stetigen Nachzug weiterer neuer SiedlerInnen über diese Netzwerke gestärkt werden, dann strukturiert die *'asabiya* das Quartier sozial und politisch, bevor das erste Büro der NDP oder eine von der NDP kooptierte NGO im Viertel angesiedelt werden kann. Deboulet beschreibt diese Struktur etwa für das neue Squatter-Viertel Istabl Antar (Deboulet 1994). Haenni bezeichnet die *'asabiya* deshalb auch als politischen Inklusionsmechanismus, der die urbanen Peripherien durch Vermittlung der Notablen der *'asabiya* zum Bestandteil des politischen Zentrums macht (Haenni 1997:2). *'asabiya*-Netzwerke und staatliche Institutionen stehen dabei nicht in Konkurrenz zueinander, vielmehr besteht die Machtbasis der *'asabiya* in ihrer Verknüpfung mit dem Staat:

> „However, the reformation of the modern *'asabiya* is not so much a sign of the failure of the state but rather reflects a deep pessimism about a state apparatus which is incapable of resisting infiltra-

tion by networks of solidarity. No one believes that there are civil servants or politicians without allegiances and personal obligations" (Roy 1996:281).

Durch die enge Zusammenarbeit von *'asabiya*-Netzwerken, vermittelt über ihre Notablen und PolitikerInnen der NDP, wirkt die *'asabiya* im informellen sozialen Vertrag stabilisierend. Ihr Mobilisierungspotential wird in diesem Kontext für die konventionelle Partizipation genutzt. Da jedoch insbesondere die Wahlen in Ägypten in dem Spannungsverhältnis stehen, dass das Regime ihre Inszenierung einerseits benötigt, die eventuellen politisierenden und mobilisierenden Folgen jedoch fürchtet, wird die Mobilisierung der *'asabiya* durch die Integration in dieses System stark ent-politisiert. Die Verbindung von klientelistischen Erwartungshaltungen mit der Rhetorik der regionalen Solidarität sorgt dafür, dass das politische System und seine Defizite in den Kategorien von Patronage und Solidarität und damit eben auch von informellen Handlungsspielräumen anstelle von einklagbaren bürgerlichen Rechten thematisierbar werden. Zudem kann die *'asabiya* in den neuen informellen Vierteln quasi-staatliche Funktionen übernehmen und dadurch zum „Brückenkopf" für die Verknüpfung lokaler Netzwerke mit denen des Staates werden. Allerdings sind diesem Integrationsmechanismus Grenzen gesetzt, wenn neben die über Netzwerke eingebundene urbane Peripherie diejenigen Quartiere treten, die über keinerlei kooptations- und organisationsfähige Netzwerk- und Notabilitätsstrukturen verfügen (Haenni 1997:11). Gleichzeitig darf die Absorbtionskapazität des Staates über Kooptation nicht überschätzt werden, denn angesichts mangelnder Ressourcen kann die langsame infrastrukturelle und bürokratische Ausdehnung in die städtischen peripheren Viertel ihr rasantes Wachstum kaum kompensieren.

4.1.2 Migrantenvereine

Migrantenvereine können als formalisierte und institutionalisierte Solidaritätsnetzwerke im Sinne der *'asabiya* definiert werden. Sie sind ein Beispiel für die Vernetzung formaler und informeller Organisations- und Partizipationsformen auf der Quartiersebene, da sie zu Kristallisationspunkten multiplexer Netzwerke werden. Sie sind zugleich durch den Ausschluss von Frauen aus der Mitgliedschaft - wenn auch nicht aus der Nutzung von Dienstleistungen - typisch für die Geschlechterverhältnisse auf der Ebene organisierter Politik, die sich durch eine extrem niedrige Repräsentanz von Frauen auszeichnen. Zwar sind die meisten Migrantenvereine als NGO beim Sozialministerium registriert und müssten als formale Partizipationsforen gelten. Doch stellen sie ursprünglich eine Form der informellen Selbstorganisation aufgrund gemeinsamer regionaler Herkunft und Solidarität dar. Sie sind heute der formalisierte Ausdruck einer diffusen Form informeller Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Familiennetzwerke, die Bevölkerungsgruppen in Kairo mit Migrationshintergrund aus dem Süden Ägyptens für vielfältige Zwecke nutzen. Migrantenvereine und die sie tragenden regionalen Solidaritätsmuster spielen in einigen Stadtteilen Kairos wie etwa in W und D eine wichtige Rolle für die Organisation des sozialen und politischen Lebens, da über die sie strukturierenden Netzwerke gleichzeitig materielle und immaterielle Ressourcen mobilisiert werden können. Die Vereine bilden multifunktionale Netzwerke aus, die von armen und verletzbaren Gruppen vor allem zur Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien genutzt werden.[221] Sie sind – abhängig von den innerstädtischen Migrationsbewegungen – nicht in allen Vierteln relevant und mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet.

[221] In meinem Sample sind nur drei Männer Mitglied in einer solchen Vereinigung, was mit der lokalen Streuung der Interviews zusammenhängt. Hinzu kommt, dass ich in W zwar intermediäre Akteure aus den Clubs befragt habe, aber keine Armutserhebung durchführen konnte.

Migrantenvereine oder *rawabit* (sing. *rabta*) gehen auf die frühen 1940er Jahre zurück, als die erste große Migrationswelle aus dem Süden Landarbeiter, Kleinstpächter und andere ländliche Arme in die Stadt brachte (El Sayed Said 1990; Deboulet 1991; Deboulet, Fanchette 1992).[222] Männer aus dem gleichen Dorf oder der gleichen Herkunftsregion organisierten sich in informellen Vereinen, um die Beerdigungskosten für verstorbene Mitglieder aufbringen zu können. Frauen sind von dieser Form des Beerdigungssparvereins ausgeschlossen. Daraus entwickelten sich im Laufe der Zeit die heute modernisierten und registrierten *rawabit*. Ihre Mitgliederzahlen variieren zwischen fünfzig und zehntausend Männern, da sie sich auf kleine Dörfer oder ganze Regionen beziehen können. Männer treten mit ihrer Eheschließung in den Verein ein und zahlen für sich und ihre Söhne einen niedrigen monatlichen Beitrag.

> „Wir treffen uns einmal im Monat und sprechen über die Dinge, die anliegen, also wer was braucht und so weiter. Die Mitglieder der Vereinigung leben verstreut in ganz Kairo, und wir treffen uns eben als Dorfleute aus einem bestimmten Dorf, egal in welchen Vierteln wir in Kairo leben. Bei uns sind nur Männer Mitglieder und unsere Söhne, die Frauen haben damit nichts zu tun. Ich zahle 1 £E pro Monat für jeden Sohn, den ich habe und 1 £E für mich. Das Ganze funktioniert wie ein Sparclub, nur längerfristig sozusagen. Das Geld wird vor allem für Beerdigungen im Süden ausgegeben, für die Kosten von der Reise bis zum Koranrezitator" (E1).

Die wenigsten Mitglieder werden heute noch in ihrem Heimatdörfern begraben, sondern Trauerfeierlichkeiten und Begräbnis finden in Kairo in den jeweiligen Stadtvierteln statt. Die Kosten für eine Beerdingung liegen zwischen 300 und 400 £E, wenn der Migrantenverein mit seinen günstigen Tarifen sie ausrichtet – eine Summe, die Arme oft nur mit langjähriger Sparanstrengungen mobilisieren können. Der Verein übernimmt auch organisatorische Aufgaben wie den Kauf eines Grabs, die Bestellung von Leichenwagen oder die Aufstellung von Stühlen und Zelten.[223] Teilweise entlasten die Vereinigungen die betroffene Familie dadurch, dass alle aus dem Süden anreisenden Mitglieder in den Räumen des Vereins übernachten und dort verpflegt werden.[224] Während einige Clubs ihren wohlhabenderen Mitgliedern anbieten, aus der Privatkasse hinzu zu zahlen, um vielleicht ein teureres Andachtszelt aufzubauen oder einen berühmten Rezitator einzuladen, bestehen andere darauf, dass diese Dienstleistungen für alle gleich sind, wie *hagg* Mohamed, Vorstandsmitglied eines Migrantenvereins aus W betont: „Das ist uns wichtig, wir wollen nicht, dass die materiellen Unterschiede zwischen uns so sehr zum Tragen kommen, in der *rabta* sind alle gleich" (W2). Der Diskurs der gemeinsamen regionalen Herkunft wird so durch einen materiellen Gleichheitsanspruch gestärkt. Die moderne *'asabiya* nivelliert zwar symbolisch Formen der sozialen Ungleichheit, schreibt sich aber zugleich in klientelistische Logiken, die auf Ungleichheiten funktional angewiesen sind, ein. Auf der Basis dieser lokalen „imagined communities" werden zudem Interessensidentitäten konstruiert, die den Ausgangspunkt für das klientelistische Mobilisierungspotential der Vereinigungen bilden. Die Identitäten werden jedoch nicht nur diskursiv konstruiert, sondern auch praktisch

[222] Vereine werden außerdem nur von Süd- und MittelägypterInnen gebildet, MigrantInnen aus der Deltaregion organisieren sich traditionell nicht in dieser Form.

[223] Muslimische Trauerfeierlichkeiten finden sofort nach dem Tod an drei aufeinander folgenden Tagen statt. Dabei wird an einer Moschee ein Zelt errichtet. In ihm stehen in langen Reihen Stühle und ein Koranrezitator rezitiert jeden Abend oder Nachmittag aus dem Koran. Die Trauergäste kommen und halten mit den anderen Andacht; die Grablegung findet getrennt davon statt.

[224] Diese Gepflogenheit deckt sich mit den von Saad beschriebenen Formen der Reziprozität und gegenseitigen Unterstützung in einem oberägyptischen Dorf, in dem Beerdigungsgäste ebenfalls im lokalen Gästehaus versorgt werden (Saad 1998).

aufrechterhalten. Regelmäßige Reisen in die Heimatregionen sollen auch bei denen, die in der Stadt geboren und aufgewachsen sind, die regionale Identität erhalten.

> „Und was auch sehr wichtig ist, ist der jährliche *mulid* (religiöses Fest) zum Todestag von Sheikh Abu al-Hagad in Luxor. Zu diesem Fest reisen wir alle nach Luxor und nutzen die Reise, um die Verbindungen mit den Verwandten vom Lande wieder aufzufrischen. Und die Leute aus dem Süden kommen uns auch regelmäßig hier in Kairo besuchen und das stärkt unsere Beziehungen in die Heimat und gleichzeitig hält es die Kanäle zwischen hier und dort offen. Die Menschen im Süden sind keine Fremden, obwohl viele von uns hier schon seit Generationen leben" (W2).

Hagg Mohamed beschreibt ein regionales Netzwerk, das durch Besuche, gemeinsam begangene religiöse Feste und durch den regelmäßigen Informationsaustausch ständig erweitert und aufrechterhalten wird. Migrantenvereine kanalisieren also vielfältige Ressourcen: materielle und immaterielle wie der Kontakt in den Süden, die Pflege religiöser Traditionen und Feste, die Vergemeinschaftung der jungen Generation im Sinne südägyptischer Traditionen und Normen. Die Pflege und der Erhalt dieser Netzwerke bedarf in der Stadt und unter sich wandelnden Bedingungen ständiger, institutionalisierter Anstrengungen.

> „Für uns ist ganz wichtig, dass die Kinder von Anfang an mit dabei sind und die Tradition weitertragen. Einmal im Jahr gibt es einen Kennenlerntag im Verein und es ist wirklich absolute Pflicht, dort auch hinzugehen und alle Söhne mitzubringen. Wir wollen, dass sich die Kinder kennen lernen und von klein auf gute Beziehungen untereinander aufbauen, denn sie werden später einmal den Verein tragen. Und natürlich wird auch erwartet, dass die Mitglieder der *rabta* zu Hochzeiten und Beerdigungen der anderen Mitglieder erscheinen. Natürlich nicht bei allen tausend, aber zumindest bei denen, mit denen man verwandt ist und bei denen, die in der Nähe wohnen" (W2).

Die Institutionalisierung von Kennenlerntagen und der Hinweis auf die gegenseitigen Verpflichtungen zeigt, dass die durch den Verein aufgebauten Netzwerke durch die von Generation zu Generation wachsende Distanz von der Heimatregion gefährdet sind. Dem wird durch nur sozial sanktionierbare Strukturen vorgebeugt, wie etwa die Anforderung an Mitglieder, die eigenen Netzwerke innerhalb der *rabta* zu pflegen. Wenn die soziale Sanktionsmacht des Migrantenvereins in Form von Kritik am Verhalten oder Isolation der Person in den Netzwerken nicht mehr greift, die Mitglieder die Sanktionen nicht spüren oder nicht annehmen, dann sinkt die Relevanz des Vereins als sozialer Vermittlungsinstanz von *'asabiya*-Netzwerken. Hinzu kommt, dass auch ihre ursprünglichen Funktionen wie Arbeitsvermittlung und soziale Integration der Neuankömmlinge mit Nachlassen der Binnenmigration aus dem Süden unwichtiger werden. In Vierteln wie W, in denen die meisten Familien bereits in den 1940er Jahren nach Kairo kamen, wird es schwieriger, die neuen Generationen für diese Form der Partizipation zu mobilisieren. In anderen Stadtteilen wie etwa Teilen von B und D, in denen viele MigrantInnen der zweiten Generation leben und in denen unterschiedliche regionale Abstammung auch das politische Leben stark strukturiert, sind *rawabit* zentrale soziale und politische Organisationen, die bei den Parlaments- und Lokalwahlen eine wichtige Rolle spielen. Nicht nur aufgrund veränderter ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen haben sich viele Vereine in multifunktionale soziale Einrichtungen in den jeweiligen Stadtteilen gewandelt. Sie sind der Kristallisationspunkt für multifunktionale Netzwerke, sie bieten, je nach Finanzkraft der Mitglieder und Engagement des Vorstandes zusätzlich zum gemeinsamen Sparen auch soziale Dienstleistungen für die Mitglieder an.

> „Außerdem haben wir in unregelmäßigen Abständen eine Alphabetisierungsklasse und einen Kindergarten, in den alle Kinder eintreten können, die wollen. Und wir haben eine Abteilung für direkte finanzielle Hilfen für die armen Mitglieder. Dafür sammeln wir islamische Spendengelder ein und verteilen zu religiösen und familiären Anlässen Geld und Nahrungsmittel" (W3).

Andere Migrantenclubs unterhalten private Krankenstationen, in denen sich Mitglieder und ihre Familien billiger behandeln lassen können. Sie haben einen Jugend- und Kulturclub, stellen ihre Räumlichkeiten für Trauungs- und Trauerfeierlichkeiten zur Verfügung, verleihen Gestühl usw. Durch diese sozialen Angebote, die zum Teil auch Nicht-Mitgliedern zur Verfügung stehen, hat sich der ursprüngliche Zweck der Vereine verändert. So erzählt *hagg* Mohamed aus W, dass die ersten Mitglieder des Vereins sich zusätzlich zum gemeinsamen Sparen für die Beerdigung in den 1940ern Schlagstöcke und andere Waffen gekauft hätten, um sich verteidigen zu können, während der Verein heute Computerkurse anbietet. Zusätzlich bietet der Verein die Möglichkeit der informellen Konfliktlösung durch Einschaltung des Vorstandes an. Und Mitglieder erhalten durch das Netzwerk der *rabta* Zugang zu den persönlichen und professionellen Ressourcen der anderen Mitglieder.

> „Und natürlich ist es so, dass wenn jemand Mitglied in der *rabta* ist und gleichzeitig einen Posten oder Einfluss hat, dann hilft er seinen Brüdern natürlich, etwa indem er ihnen hilft, Dinge in der Bürokratie zu erledigen oder aber, indem er ihnen Arbeit besorgt. Einige von uns zum Beispiel haben höhere Posten in der staatlichen Versicherung, und wenn wir dort was brauchen, dann wenden wir uns natürlich an unsere Leute in den Verwaltungen" (W2).

Von der Erleichterung bürokratischer Abläufe bis zur Jobvermittlung kann der Verein, wenn er über die nötige Kapazität verfügt, seinen Mitgliedern eine ganze Bandbreite informeller und individuell vermittelter, aber kollektiv organisierter, Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Diese Formen der Unterstützung fördern die Netzwerkstrukturen und das Gefühl von Solidarität und Zusammenhalt. Der Zugang zu ihnen kann die Überlebensökonomien armer und verletzbarer Gruppen entscheidend stabilisieren.

Auf der organisatorischen Ebene werden die Clubs von einem Vorstand geleitet, in dem meist lokale Notable (*kubar*) vertreten sind. Die Vorstände werden zum Teil gewählt und zum Teil ernannt. *Hagg* Mohamed aus W etwa, wurde schon vor 20 Jahren zum Vorsitzenden gewählt, weil er damals als eines der ersten Mitglieder über ein abgeschlossenes Studium verfügte. Sein vergleichsweise hohes kulturelles Kapital kompensierte damals den Mangel an sozialem und symbolischem Kapital. Er ist nicht nur im Verein aktiv, sondern hat auch als unabhängiger Kandidat zu den Kommunalwahlen 1997 kandidiert und war Mitglied in einer Oppositionspartei sowie in der Regierungspartei. Viele Vorstände entschließen sich, in die Regierungspartei NDP einzutreten, weil sie sich davon persönliche Vorteile versprechen und gleichzeitig wichtige politische, finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung für ihren Club mobilisieren können. Sie stellen so die direkte Verbindung zu den organisierten politischen Akteuren dar.

Im Wahlkampf nutzen sie die Netzwerke des Vereins und der *'asabiya*, um für sich oder andere Kandidaten Stimmen zu mobilisieren. Auf der Basis der oben beschriebenen Handlungslogik regionaler Solidarität, der Interessensidentität und der Reziprozität unterstützen die Mitglieder eines Vereins zumeist den Kandidaten ihrer Region oder Organisation. Sie bilden damit bei nationalen und kommunalen Wahlen ein umkämpftes WählerInnenpotential. Denn zusätzlich zu beispielsweise tausend registrierten männlichen Mitgliedern können noch deren weibliche Familienmitglieder und diejenigen, die aus der gleichen Region stammen, aber nicht in einem Verein organisiert sind, auf diese Weise mobilisiert werden. Angesichts der extrem niedrigen Wahlbeteiligung in Ägypten können viertausend Stimmen einzelnen Kandidaten bereits zum Wahlsieg verhelfen. Abhängig von ihrer Größe, ihren Mobilisierungskapazitäten und ihren sonstigen sozialen Dienstleistungen gewinnen die Vereine so für die lokalen Vertreter des Staates an Attraktivität. Im Wahlkampf besuchen Kandidatinnen und Kandidaten die Geschäftsstelle des Clubs und suchen sich seiner Gefolgschaft dadurch zu versichern,

dass sie im Gegenzug Unterstützung im Umgang mit den lokalen Behörden und der Polizei anbieten. Die enge Verknüpfung von formalen Partizipationsformen mit den formalen und informellen Netzwerken der Migrantenvereine und der *'asabiya* der lokalen Ebene reicht bis hinauf zu Parlamentariern und Ministern, deren Wahlkreise in den betreffenden Regionen im Süden liegen, die aber dennoch als direkte und den *'asabiya*-Netzwerken verpflichtete Ansprechpartner betrachtet werden.[225] Auch der Club in W versteht sich in Wahlzeiten deshalb als lokale formale politische Organisation seiner *'asabiya*, wie *hagg* Mohamed beschreibt:

> „Einer der MP ist aus Luxor, dem sind wir natürlich besonders eng verbunden, und er uns, das ist unser Kanal, wenn wir offizielle Hilfe brauchen. Dementsprechend beteiligt sich die *rabta* auch am Wahlkampf, indem sie einen eigenen Kandidaten aufstellt oder sich für die Unterstützung eines Kandidaten ausspricht. Und die Mitglieder stehen meistens wie ein Mann hinter diesem Kandidaten. Ich habe 1962 zu den Wahlen kandidiert, als unabhängiger Oppositioneller. Die Menschen hier im Viertel haben mich vor allem als Südägypter wahrgenommen und der Rest war für sie uninteressant. Sie wählen, wen sie ihrer eigenen regionalen Herkunft zuordnen können und von wem sie Hilfe erwarten. Die Regierung unterstützt meistens sehr, dass einzelne Familien auch Kandidaten aufstellen. Wenn sie in der NDP sind, dann ist es ganz einfach, sie auch gewinnen zu lassen und so bindet die Regierung natürlich eventuelle Opposition auf Seiten der regionalen Gruppen wie den Migrantenvereine ein. Problematisch wird es nur, wenn aus einer Familie zwei Kandidaten antreten, dann gibt es Streit und Probleme und manchmal auch Gewalt. Gerade im Süden kommen bei solchen Situationen immer wieder Menschen ums Leben" (W3).

Die Regierungspartei NDP hat daher ein großes Interesse an der Kontrolle dieser lokalen formalen und informellen Netzwerke, da sie für den Erhalt ihrer lokalen Hegemonie eingesetzt werden können bzw. ihr fester Bestandteil sind. Durch die Einschreibung in den Diskurs der *'asabiya* gewinnt der Staat an Legitimität und an Kontrollmöglichkeiten an der lokalen Basis. Die politische Mobilisierung über die Ego-Netzwerke einzelner Notablen ist demgegenüber zeit- und kostenintensiver und das Wahlverhalten weniger kalkulierbar, wie der nächste Abschnitt verdeutlicht. Der primäre Bezug auf regionale Identität bei der Wahlentscheidung wird durch den Wahlkampf der Kandidaten permanent aufgenommen und reproduziert, wie auch das Beispiel eines Kandidaten der oppositionellen Wafd-Partei aus D zeigt:

> „Das besondere an meinem Wahlkreis ist, dass hier viele Menschen ursprünglich aus Sohag und Assiut stammen und diese Migranten haben sehr gut funktionierende Netzwerke und stellen zumindest nach Zahl ihrer Stimmen eine politische Kraft hier im Viertel dar. Man muss mindestens einen aus der *'asabiya* mit zur Wahl aufstellen. Die Regierung hatte Y. S. als *professional* aufgestellt und den Arbeiterkandidaten haben sie aus der Assuiter Linie gewählt. Ich bin als oppositionioneller *professional* gegen Y. S. angetreten und der Arbeiterkandidat an meiner Seite kam aus Sohag. Ich habe mich mit dem Sohagi zusammengetan, um deutlich zu machen, dass es mir um eine wirkliche Konfrontation geht und das hat gut funktioniert" (DI6).[226]

In W, wo die *'asabiya* auch eine wichtige Rolle spielt, zeigt sich ein ähnliches Bild. Dort konnte der MP der NDP in W auf zwei einander überlappende und sich verstärkende Netzwerke und Mobilisierungsinstrumente setzen: zum einen die *'asabiya* und zum anderen die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahnarbeiter, in der er auch aktiv war.

---

[225] Der MP aus Luxor beispielsweise kann auch über den Verein der Luxorianer in Kairo erreicht werden, wenn die betreffenden Gesuche über einen Migrantenverein aus der Umgebung von Luxor vermittelt sind. Für sie ist dieser MP, obwohl nicht von ihnen gewählt, aufgrund des gemeinsamen *'asabiya*-Netzwerks legitimer Vertreter ihrer Interessen.

[226] Das ägyptische Wahlsystem sieht vor, dass in jedem Wahlkreis ein Sitz von einem „Arbeiter" und ein weiterer von einem „Professional" besetzt wird.

Die Einschätzungen über die politische Relevanz der *'asabiya* in W gehen auseinander. Ein Mitglied der linken Tagammu'-Partei glaubt, dass die Arbeit der Linken die klientelistische Handlungslogik dieser Netze durchbrochen hat.

> „Die *'asabiya* ist da, aber heute nicht mehr so wichtig wie früher. Da haben 20 Jahre politische Arbeit einfach einen großen, großen Unterschied gemacht. Das Bewusstsein der Leute hat sich verändert, früher haben alle Oberägypter geschlossen den o-berägyptischen Kandidaten gewählt, heute ist das nicht mehr so. Wir haben dieses System zumindest in W zerschlagen" (W5).

Auch wenn die hier befragten Mitglieder von Migrantenvereinen die Wirkung und Mobilisierbarkeit von *'asabiya*-Netzwerken vielleicht eher überschätzen, kann gleichwohl von einer Zerschlagung dieses Systems und einer Durchbrechung der klientelistischen Logik in W meiner Einschätzung nach nicht die Rede sein. Auch linke KandidatInnen beziehen sich im Wahlkampf auf eine Form der konstruierten *'asabiya*, wenn sie auf die besondere Verbundenheit mit dem jeweiligen Viertel eingehen, wie die Analyse des Kommunalwahlkampfs illustrieren wird (Monciaud 1997).

Die bewusste Manipulation der modernen *'asabiya* durch die Kandidaten von Opposition und Regierung verdeutlicht die informelle Anreicherung formaler Partizipationsprozesse im sozialen Vertrag der Informalität. Zudem bestätigt sich Haennis These, dass *'asabiya*-Netzwerke nicht nur individuelle politische Inklusion leisten, sondern über sie auch die Integration in das lokale und nationale politische System gegeben ist (Haenni 1997:2). Diese Funktionen werden aber nicht in allen Stadtteilen gleichmäßig intensiv wahrgenommen. Abhängig von der Stärke der Migrantenvereine und der sie tragenden *'asabiya* sowie der Präsenz staatlicher Instanzen im Stadtteil, kommt ihnen eine unterschiedliche Tragweite zu, wie sich am Beispiel der von mir untersuchten Stadtteile zeigt. In W und in Teilen von D sind *'asabiya* und Migrantenvereine an prominenter Stelle auf der politischen Karte zu verzeichnen, denn über sie werden zu den Wahlen wichtige WählerInnenklientele mobilisiert, und zwar für Regierung und Opposition. In S, dem alten innerstädtischen Quartier, spielt die traditionelle regionale *'asabiya* keine Rolle, hier leben vor allem alteingesessene KairoerInnen, die diese Organisationsformen nicht kennen. Zwar hat sich eine Form der lokalen *'asabiya* für bestimmte Quartiere innerhalb von S ausgebildet, die für die Wahlen genutzt werden kann, doch fehlt ihr das funktionale Pendant im Sinne eines Vereins. An die Stelle der gemeinsamen Herkunft aus Südägypten tritt der positive Bezug auf den Stadtteil, ohne dass damit im gleichen Maße Solidarität und Geschlossenheit zu erreichen wäre.

Der Zugang zu diesen Netzwerken ist jedoch doppelt exklusiv: er schließt Frauen und Menschen anderer regionaler Herkunft aus. Frauen werden von den politischen Akteuren automatisch in das Mobilisierungspotential etwa bei Wahlen eingerechnet. Frauen haben zwar relativ ungehinderten Zugang zu den sozialen Dienstleistungen der Migrantenvereine, von der direkten Teilnahme am Vereinsleben sind sie aber ausgeschlossen. Für den Erhalt und die Pflege nachbarschaftlicher und familiärer Netzwerke, die die Basis der *'asabiya* bilden, spielen sie, wie bereits in anderen Abschnitten gezeigt wurde, jedoch eine wichtige Rolle. Insbesondere die Verbindungen in die Heimatregion werden nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen aufrechterhalten. Als diejenigen, die hauptsächlich mit der Kindererziehung befasst sind, haben sie außerdem erheblichen Einfluss auf die familiäre Vermittlung von Normen und bei der Konstruktion von Identitäten. Frauen bilden so die unsichtbare und privatisierte Basis der *'asabiya*, weil sie die konkrete, alltägliche Einbettung abstrakter Normen in soziale Praktiken leisten. Auch für sie wirkt die Einbindung in ein *'asabiya*-Netzwerk identitätsstiftend.

Zentral für die Einschätzung der Migrantenvereine auf den politischen Karten der jeweiligen Viertel ist die Frage nach ihrer Reichweite, ihren Mobilisierungskapazitäten und

der Zuverlässigkeit ihrer Mobilisierung. Der Funktionswandel der Migrantenvereine, der mit zunehmendem Dienstleistungsangebot auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Mitglieder reagiert, und die Institutionalisierung kultureller Reproduktion deuten an, dass die Vermittlung der gemeinsamen regionalen Identität immer weniger gelingt und damit die Grundlage gemeinsamen Handelns, aber auch der Mobilisierungsmöglichkeit der Mitglieder langsam schwindet. Die alten dörflich-regionalen Identitäten und die damit verbundenen Vorstellungen von Loyalität und Solidarität lassen sich oft nicht mehr an die junge Generation der sich als urban verstehenden Männer vermitteln. Die Clubs und die informellen *'asabiya*-Netzwerke werden also in dem Maße unwichtiger für die politische Struktur, in dem ihre Mobilisierungskapazität für Klientelnetzwerke abnimmt.

4.2 Die kubar – moderne und traditionelle Notable

Es wurde bereits deutlich, dass Notable oder *kubar* zu den zentralen Akteuren und Vermittlungsinstanzen der lokalen Ebene zählen. Notable übernehmen ganz unterschiedliche Funktionen für Einzelpersonen, für Quartiersnetzwerke und in den lokalen Machtstrukturen. Sie werden für die Vermittlung in Konflikten, aber auch bei der Vermittlung von Dienstleitungen und materiellen Ressourcen hinzugezogen. Sie können als „mediators of power" (Zayed 1998:327) oder als städtisches „second stratum" ('Eid, Haenni 1998:1) aufgefasst werden. Notable als Patrone vermitteln den Zugang zu Ressourcen des Staates, sind also nicht seine lokalen RepräsentantInnen, binden sich aber über personale Netzwerke oder die Mitarbeit in der lokalen NDP-Gruppe in staatliche Machtstrukturen ein. Notable stellen Kristallisationspunkte für lokale Klientelnetze dar, die wiederum oft mit nationalen Netzen verbunden sind. Sie sind auf kommunalpolitischer Ebene aktiv, engagieren sich aber auch in NGO, Moscheen oder Kirchen, verschaffen Zugang zur Bürokratie, definieren sich als Teil einer *'asabiya* und agieren als deren Vertreter und Vertreterinnen. Notable stellen so auch die Schnittstelle zwischen unterschiedlichen kommunalen Organisationen und Machstrukturen sowie den lokalen staatlichen Instanzen dar. Die Geschlechterverhältnisse der Notabilität sind entsprechend komplex. Da Frauen über viele Ressourcen nicht verfügen, die sie als Notable auszeichnen würden, sind sie oft in den lokalen organisierten Eliten nicht vertreten. Sobald jedoch insbesondere soziales Kapital verbunden mit den Netzwerken der Mikroebene relevant wird, lassen sich viele Frauen als sogenannte „centerwomen" identifizieren. Sie sind mittelbar oder unmittelbar mit den „spokesmen", den Notablen, bestimmter lokaler Gemeinschaften verbunden, wie auch Wedel in ihrer Arbeit zeigt (Wedel 2001:176). Nicht alle Notable verfügen über Ressourcen, um diese Aufgaben gleichermaßen intensiv wahrzunehmen. Auch sind nicht alle in große und weitreichende Netzwerke eingebunden, und ihre Motivationen und der persönliche Gewinn, der für sie aus ihren vielfältigen Aufgaben resultiert, sind sehr unterschiedlich. So sind diejenigen, die bei Konfliktfällen in Gasse oder Haus hinzugezogen werden, nicht mit denen identisch, die bei Behördenproblemen angesprochen werden. Der Ladenbesitzer in der kleinen Gasse ist zwar eng in die Nachbarschaftsnetzwerke der Gasse eingebunden, er kann aufgrund seines höheren materiellen Kapitals auch als Helfer und Vermittler tätig werden, doch muss er nicht über Kontakte zur Polizei, zur Verwaltung oder zu Politikern verfügen. Seine Rolle als Notable bleibt auf die Gasse und ihre Alltagskonflikte beschränkt.

'Eid und Haenni unterscheiden „moderne" von „traditionellen" Notable, um neue intermediäre Akteure zu kennzeichnen, deren Hauptressource der Zugang zu den Institutionen des Staates darstellt ('Eid, Haenni 1998:13). Ein Interviewpartner traf die Unterscheidung von Notablen mit Polizeikontakten (*kubar il-shurta*) und klassischen Notablen, die er als „Notable der Leute" (*kubar il-nas*) bezeichnete (DI1). Aus Armutsperspektive

ergibt sich eine weitere Unterscheidung: Auf der einen Seite sind es Notable mit gutem Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen, auf der anderen Seite die Notable der Armen, die nur über punktuellen Zugang zu Ressourcen verfügen und ihre Dienste gegen Geld zur Verfügung stellen. Entscheidend für die Differenzierung der Patrone ist ihr Ressourcenzugriff, ihre Zugänglichkeit insbesondere für Arme und ihre Einflusssphäre. Ich schlage deshalb die Unterscheidung von Notablen der Mikroebene einerseits und solchen der Mesoebene andererseits vor.

Notable der Mikroebene verfügen über relativ geringes materielles Kapital, sind aber in ihre unmittelbare Nachbarschaft eng eingebettet und können hier durch ihre Tätigkeiten soziales und symbolisches Kapital akkumulieren, das ihren Status als Notable ausmacht. Häufig sind hier Frauen vertreten, die ihre sozialen Kenntnisse und Kompetenzen für die Leitung von Sparclubs oder Konfliktmediation nutzen und so zu „centerwomen" ihrer Gemeinschaften werden. Sie nutzen den fließenden Übergang von privater und öffentlicher Sphäre in den engen Gassen für den legitimen Eintritt in politische Strukturen der Mikroebene. Sie sind für ressourcenschwache Gruppen zugänglich, wenn sie sich in enger räumlicher Nähe befinden. Die Reichweite ihrer Kapitalien ist aber begrenzt und liegt in der unmittelbaren Nachbarschaft. Diese männlichen und weiblichen *kubar* der Mikroebene wurden zum Teil bereits vorgestellt wie etwa Laila und Karima aus A, Samira aus S und die Mediatoren der Mikroebene. Zusätzlich haben sich auch hier „neue" Notable etabliert, die über Zugang zur Bürokratie oder zu einem größeren Patron verfügen und diese Ressource nutzen, um ihre eigene Überlebensökonomie zu stabilisieren. Sie verkaufen ihre Dienst- und Vermittlungsleistungen, betten sich aber in die Rhetorik der Reziprozität ein.

Für die überwiegend männlichen Notable der Mesoebene lässt sich eine ähnliche Differenzierung zeigen, wobei das Spektrum der Ressourcen größer ist als bei den *kubar* der Armen. So lassen sich traditionelle Notable, die Kristallisationspunkte für funktionierende Klientelnetze sind, von neuen Akteuren, die über großes materielles oder soziales Kapital verfügen, unterscheiden. Notable einer *'asabiya* können zwar über ein politisch mobilisierbares Klientelnetz verfügen, aber nicht unbedingt über solide Kontakte zu Polizei und Behörden, oft steht ihnen auch nicht so viel materielles Kapital zur Verfügung wie den lokalen Geschäftsleuten. Die neuen Notable wiederum setzen ihr materielles Kapital in Sozialarbeit an gesellschaftlich relevanten Orten ein, um so eine soziale Basis für ihre Notabilität aufzubauen und stellen teilweise ihre Kontakte gegen Bezahlung zur Verfügung.

> „Sie werden Notable entweder, weil sie religiös sind und deshalb geachtet werden, weil sie Geld haben und die Leute hoffen, dass daraus etwas für sie entsteht, auch wenn tatsächlich gar nicht so viel passiert. Aber die Leute glauben daran, dass es irgendwann passieren könnte und so werden selbst ganz kommerzielle Projekte im Viertel zu guten Taten für die Leute. Ein weiterer Grund kann sein, dass sie sich gegen Polizei und Regierung gestellt haben, daraus entsteht auch soziales Kapital. Und schließlich gibt es Leute, die tatsächlich viel für andere tun, ihre Probleme lösen und sich für sie einsetzen, selbst wenn sie nicht viel Geld haben" (DI1).

Dieser Interviewpartner hebt die Rolle der Erwartungen und Zuschreibungen, die auf *kubar* gerichtet werden, hervor. So kann aus materiellem Kapital soziales oder symbolisches entstehen, wenn der jeweilige Notable die materiellen Erwartungen an ihn geschickt manipuliert, etwa indem er den Aufbau einer Fabrik im Viertel als eine Hilfsleistung im Sinne von Solidarität der Reichen mit den Armen darstellt. Durch die Nutzung einer solchen Hilfs- und Solidaritätsrhetorik stellt sich der Notable als Patron dar, dessen Ressourcen tatsächlich – als Gegenleistung für Loyalität – zur Verfügung stehen können. Diese Selbstdarstellung von *kubar* wird aufgrund der klientelistischen Erwar-

tungshaltung und Handlungslogik im politischen Feld als glaubwürdig empfunden, selbst wenn die tatsächlichen Hilfsleistungen minimal sind.

Prototypisch sollen hier ein neuer Notable mit kulturellem Kapital, Polizeikontakten und kommerziellem Interesse, sowie ein traditioneller Notable der Mikro- und der Mesoebene vorgestellt werden. Vor dem Hintergrund arbiträrer Polizeigewalt insbesondere gegen Arme werden die Dienste eines Mannes, der über Kontakte verfügt und deshalb informelle Regelungen durchsetzen kann, gerade für ressourcenschwache Akteure, die nicht über eigene Kontakte oder Netzwerke verfügen, wichtig. In den Selbstdarstellungen werden aus den Geschäften mit Kontakten jedoch Altruismus und Hilfe, wie etwa Mamduh, ein Anwalt aus S, formuliert:

> „Ich mache das, weil ich nicht anders kann, weil es mir Spaß bringt und weil man sich solche Rollen nicht aussucht. Ich helfe den Leuten gern und es schön ist zu sehen, wenn sich Probleme auflösen. Und religiöse Gründe gibt es natürlich auch, der Islam fordert jeden auf, seinen Mitmenschen zu helfen“(SI1).

Der Profit verschwindet hinter einer Rhetorik der Solidarität und der religiösen Pflichterfüllung. Tatsächlich wird Mamduh als „Helfer“ angesprochen, es wird an seine Großzügigkeit appelliert, seine Dienstleistung wird nicht als solche abgefordert, sondern zumindest sprachlich in die Logik der Reziprozität eingebettet, obwohl die Unterstützungsleistung vollständig kommerzialisiert ist. Formale und informelle Abläufe, kommerzielle und symbolische Unterstützung sind eng verwoben, wie das folgende Beispiel zeigt, in dem Mamduh als Notable mit Polizeikontakten und als klassischer Notable agiert:

> „Einmal gab es einen Fall von unehelicher Liebelei, hier direkt gegenüber. Der empörte Vater hat das Paar erwischt und den jungen Mann sofort zur Polizei geschleppt. Ich habe ihn da wieder rausgeholt und die beiden noch in der gleichen Nacht verheiratet. Ich habe einen Standesbeamten organisiert und den Vater davon überzeugt, dass das die beste Lösung ist. Der Vater wollte erst nicht, aber was soll man da tun, da gibt es keine andere Lösung“ (SI1).

Als Nachbar hat er den Konflikt zwischen Vater und Liebhaber unmittelbar miterlebt und seine Vermittlung angeboten, um eine konsensuelle Lösung herbeizuführen. Seine Polizeikontakte haben dem Liebhaber eine Anzeige erspart und dadurch seine Bereitschaft zur Sofortheirat erhöht. Gleichzeitig hat Mamduh als Nachbar beruhigend auf den empörten Vater eingewirkt und so lange mit ihm verhandelt, bis auch er der Sofortheirat zustimmen konnte. Ohne seine guten Kontakte zum Nachbarn, zur Polizei und zu Kollegen, die bereit waren, am späten Abend noch einen Ehevertrag aufzusetzen und die standesamtliche Trauung zu vollziehen, hätte Mamduh keinen Erfolg verzeichnen können. Zentral für die Erfüllung seiner Aufgaben waren also sehr unterschiedliche materielle und immaterielle Ressourcen, die spontan mobilisierbar sein mussten. Mamduh investiert dementsprechend permanent in den Aufbau und die Pflege umfassender Kontakte. So fährt er regelmäßig in seine Heimatregion, wo er als Anwalt und Notable tätig ist. Er setzt sich im Wahlkampf für Kommunalpolitiker ein und war auch im Parlamentswahlkampf für den NDP-Kandidaten aktiv. Mit jedem erfolgreich gelösten Problem wachsen Erfahrung, Problemlösungskompetenz, das Netzwerk an neuen Kontakten und die Zahl der sich ihm verpflichtet fühlenden Menschen an für ihn wichtigen Positionen.

Mohamed aus D ist ein „*kebir* der kleinen Leute“, der mit ähnlichen Ressourcen und Motivationen wie Mamduh ausgestattet ist. Er ist 32 Jahre alt, verheiratet, hat eine Tochter und lebt im ärmeren Teil des Viertels. Mohamed arbeitet als Angestellter in einer NGO und verfügt durch seine Arbeit über eine gewisse Routine und Erfahrung im Umgang mit Behörden. Er beschreibt seine Hilfestellungen als wirtschaftliche Transaktionen und gibt gleichzeitig Einblick in seineGeschäftspraktiken:

„Ich habe Freunde an wichtigen Stellen, mit denen ich Geschäfte mache. Wenn dieser Freund 50 £E für irgendwas will, dann nehme ich von den Leuten, denen ich behilflich bin, 70 £E. Die Leute wissen zwar, dass ich für meine Dienste Geld nehme, aber wie viel ich nehme, wissen sie nicht. Wenn ich rumlaufe und frage, was willst du und was nimmst du und so weiter, dann kostet mich das auch viel Zeit und Mühe und genau dafür nehme ich Geld. Natürlich ist die niedrige Bezahlung der Regierungsangestellten ein Hauptproblem. Wenn du nur 150 £E im Monat verdienst, dann musst du halt schauen, wie du sonst zu Geld kommst. Ist ja logisch. Ich kümmere mich um alle bürokratischen Angelegenheiten hier, also vom Personalausweis bis zur Baugenehmigung, besonders teuer sind Konzessionen und Geschäftsrechte, also wenn einer einen Laden eröffnen will. Das kostet richtig viel Geld" (D11).

Obwohl Mohamed seine Vermittlungstätigkeiten als Erwerbsarbeit betrachtet, bedient auch er sich rhetorischer und technischer Mittel der Verschleierung der Kommerzialisierung von Unterstützung. Praktisch stützt er sich auf die Vielfalt der Kontakte und Netzwerke, über die Informationen und Ressourcen fließen. So hat sich Mohamed im letzten Wahlkampf aktiv für den Kandidaten der Regierungspartei eingesetzt. Dadurch konnte er seine Kontakte im Quartier ausbauen und sich gleichzeitig als Mitstreiter eines mächtigen Mannes präsentieren. Das wiederum hat sein soziales und symbolisches Kapital erhöht, er erhält seither lukrativere Aufträge, die er durch seine politischen Kontakte auch besser ausführen kann. Für ihn hat sich das Wahlkampfengagement in Hinblick auf die Ausdehnung seines Netzwerks gelohnt, und das macht ihn als Wahlhelfer für den Kandidaten bei der nächsten Wahl attraktiver. Über erweiterte Netzwerke fließen zudem mehr Informationen, die ihm etwa bei der Vermittlung von Arbeit, um die er oft gebeten wird, nützlich sein können.

Während Mamduh und Mohamed vor allem durch ihre Kontakte zu Polizei und Verwaltung zu *kebir* werden, repräsentiert 'Ala aus S eher die Kategorie des traditionellen Notablen der Mesoebene. Er verbindet die Tugenden des klassischen *ibn al-balad* mit moderner Problemlösungskompetenz, ohne für seine Dienste Geld zu verlangen (el-Messiri 1978). Er stammt aus einer alt eingesessenen und reichen Familie in S, deren Mitglieder zum Teil in der Kommunalpolitik aktiv sind. 'Ala verfügt dementsprechend über hohes materielles und symbolisches Kapital. Über die Familie kann er auf ein sehr ausgedehntes Netzwerk an Kontakten in der Nachbarschaft und in der Kommunalpolitik zurückgreifen. Durch seine eigene Geschäftstätigkeit baut er außerdem ein persönliches Netz an Beziehungen auf. Er hat im letzten Parlamentswahlkampf zudem den siegreichen Kandidaten der Regierungspartei unterstützt, indem er ihm seine Quartiersnetzwerke und seine Firmeninfrastruktur für den Wahlkampf zur Verfügung stellte. Im Gegenzug ist 'Ala der Zugang zu diesem wichtigen Parlamentarier sicher, wenn er für sich oder seine Klienten im Viertel Hilfsleitungen benötigt. Trotz seiner engen Kontakte zu den Autoritäten hat er sich in den Augen der Menschen die guten Eigenschaften eines *ibn al-balad* erhalten: Auch er zieht informelle Lösungen vor, ist ein gern gefragter Mediator, scheut aber Machtdemonstrationen nicht, wenn sie dazu geeignet sind, sein symbolisches Kapital zu erhöhen:

„Im letzten Ramadan hat es Krach zwischen Nachbarn in meinem Haus gegeben. Es fing mit einer Kleinigkeit an, der Nachbar kam nach Hause und die Leute nebenan hatten ihre Möbel im Flur, weil der Maler gerade da war. Er hat dann begonnen, seine Nachbarn zu beschimpfen, und die sind dann auch böse geworden. Ich habe eingegriffen, um zu schlichten und bin dann auch noch beschimpft worden, aber wir konnten uns am Ende doch einigen. Abends höre ich Lärm vor der Tür und sehe etwa 10 Bewaffnete mit Stöcken unten vor der Tür: die wollten mich! Da hatte doch der Nachbar, obwohl wir uns geeinigt hatten, seine Familie zusammengetrommelt, weil er fand, dass er im Recht war und nun sollte es also mit Gewalt geregelt werden. Da bin ich dann auch wütend geworden, habe meine Pistole eingesteckt und bin runter. Unten habe ich ein-

fach nur die Waffe gezogen und dann sind alle gerannt. Zur gleichen Zeit kam die Polizei, die besorgte Nachbarn informiert hatten, als sie erfuhren, dass mir aufgelauert werden sollte. Die Polizei fragte nach den Schuldigen, aber ich habe die Leute nicht verraten, obwohl sie alle vor mir standen und es leicht gewesen wären, ihnen eine Nacht im Knast zu verschaffen. Ich wollte das nicht. Ich finde, das ist bei solchen Streitereien völlig unangemessen und außerdem bin ich ein großzügiger Mensch. Ich habe also nichts verraten, sondern gesagt, dass die alle schon wieder fort seien. Nachdem die Polizei abgezogen war, kamen die Schläger sehr kleinlaut und haben sich bei mir entschuldigt und zugegeben, dass sie im Unrecht waren und sind sehr, sehr kleinlaut wieder abgezogen. Das war für mich die beste Lösung, denn so waren sie mir auch noch dankbar, dass ich ihnen Probleme mit der Polizei erspart hatte" (SI2).

Die Bereitschaft und Fähigkeit, sich gegen körperliche Angriffe verteidigen zu können, ist eine wichtige Qualität des Notablen als *ibn al-balad* auf dieser Ebene. Aber nicht damit beweist 'Ala seine Überlegenheit, sondern mit dem Verzicht auf eine Anzeige, die ihm mehr Reputation einbringt, weil sie das Zeichen einer geteilten Einschätzung über die Unangemessenheit polizeilicher Mittel in diesem Konflikt ist.

'Abdallah aus D verkörpert diesen Typ der Notabilität auf der Armutsebene: den klassischen *ibn al-balad* mit niedrigem materiellem Kapital und fast gar keinen Kontakten in die organisierte Politik der Eliten. Seine Kontakte bestehen zu den lokalen Familienältesten, den Notablen der *'asabiya* und anderen informellen Führungsfiguren. Zum Staat und seinen Repräsentanten wahrt 'Abdallah Distanz und bettet sich damit in den Diskurs der *futuwwa* ein.[227] Sein Einsatzfeld ist die unmittelbare Nachbarschaft, und sein Büro ist das Café, in dem er und seine Freunde immer zu finden sind. Sein soziales Kapital beruht auf seiner Hilfsbereitschaft, seinen Netzwerken im Viertel, seiner Erfahrung und Kompetenz als Mediator.

„Ich kenne hier alle im Viertel und kümmere mich um die Probleme der Leute, wenn jemand was braucht oder will, dann bin ich da und helfe so gut ich kann. Ich sehe keinem Streit einfach nur zu, ich mische mich ein, und ich kümmere mich um die Probleme der Leute. Etwa wenn sich Nachbarn darüber streiten, wer nun wo und bis wohin Wasser vor der Haustür auskippen darf, wenn sich junge Leute streiten und prügeln, wenn es Krach gibt, wegen Anmache und so weiter. Und auch bei ernsteren Sachen. Zum Beispiel hatte einer der Jungs Geldsorgen und hat seine Uhr ziemlich billig an einen anderen verkauft. Zwei Tage später wollte er sie zurück und hat mich gebeten, den Käufer aufzusuchen. Der wiederum hatte die Uhr schon mit Gewinn weiterverkauft und hat versprochen, die Uhr zu besorgen. Als ich dann am nächsten Tag kam, da meinte er, das ginge nun doch nicht und sowieso, was mich das alles anginge. Und da bin ich sauer geworden, weil er meinen Vermittlungsversuch nicht akzeptiert hat und die ganze Rennerei umsonst war und dem Verkäufer natürlich in keiner Weise geholfen. Es klappt halt nicht immer" (DI4).

Das Beispiel verdeutlicht die Grenzen informeller Schlichtungs- und Vermittlungsarbeit: wenn der Vermittlungsversuch als illegitim angesehen wird, verfügt der Mediator nicht über hinreichende soziale Sanktionsmacht, um seine Wünsche umzusetzen. Das unterscheidet ihn von 'Ala aus S, der aufgrund seines höheren materiellen und symbolischen

[227] Die *futuwwa* regierte die mittelalterliche Stadt und ihre einzelnen, gegeneinander abgeschlossenen Viertel. Die *futuwwa* besteht aus Männern, seltener auch aus Frauen, die das Viertel kontrollieren, dort jenseits der Obrigkeit für Ordnung sorgen und sich für die Belange des Viertels auch gegen die Obrigkeit stellen. Sie ist hierarchisch strukturiert und beruht auf einer Selbstkontrolle des Viertels, die über Gewalt und Respekt hergestellt wird. el-Messiri kennzeichnet die *mu'allimin*, die Handwerksmeister und großen Händler, die in den jeweiligen Vierteln soziale und politische Macht ausüben, als moderne Form der *futuwwa* (el-Messiri 1978:64). Kennzeichen der *futuwwa* ist ein Normenkodex der Unterstützung ohne materielle Gegenleistungen, der die Fähigkeit umfasst, sich auch gegen die Obrigkeit zu stellen und mit Mut, Klugheit und auch körperlicher Stärke Recht und Ordnung im Quartier aufrechterhält. An diesen Normenkatalog ist auch das Idealbild des *ibn al-balad* angelegt, dessen negatives Gegenstück der *baltagi*, der Schläger und kleine Gangster ist (a.a.O.).

Kapitals mehr Druck ausüben kann – oder einfach die Differenz zwischen Kauf- und Verkaufssumme aus eigener Tasche zahlen könnte, um die Uhr zurück zu erhalten. Anders als ʻAla verfügt ʻAbdallah auch nicht über Polizeikontakte, wohl aber über eine lange Geschichte von Konfrontationen mit der Polizei. Aus einer offenkundig staatsfernen Geisteshaltung und seiner Widerständigkeit gegen den Staatsapparat erwächst sein symbolisches Kapital im Quartier. Hierin besteht der symbolische und rhetorische Anschluss an den Diskurs des mutigen *futuwwa*. Der Respekt, der aus der Widerständigkeit erwächst, knüpft an das Bild des echten *ibn al-balad* an (Lewis et al. 1965:961 ff.; el-Messiri 1978:64 ff.; Stauth 1991). Die soziale Notwendigkeit der Einmischung, die ʻAbdallah für sich formuliert, hat ihren Preis, wenn sie eskaliert und der Notable der kleinen Leute sich selbst ins Unrecht setzt:

> „Ich wohne mit meiner Familie in einem Haus, in dem auch ein alleinstehender Mann wohnt, der alle Frauen in der Familie ständig angemacht hat und zwar auf wirklich unschöne Weise. Wir haben oft versucht, daran etwas zu verändern, aber ohne Erfolg, wir haben seine Freunde gebeten, mit ihm zu reden und wir haben ihm Notable geschickt und und und. Hat alles nichts genützt. Eines Abends hat er meine Schwägerin derartig unmöglich und obszön angemacht, dass sie um Hilfe geschrieen hat. Ich bin natürlich sofort runter und habe mit ihm gestritten und ihn auch geschlagen, weil ich so wütend war. Der Typ hat gesagt, es tut mir leid und ich entschuldige mich und so weiter. Es war eine große Sache. Einige Tage später hat er mich dann mit 6 bewaffneten Freunden überfallen und richtig zusammengeschlagen. Im Eifer des Gefechts, und ich war allein, hat mir irgendwer Säure in die Hand gedrückt, und ich habe sie in Notwehr auf unseren Nachbarn gekippt. Der hat sich im Gesicht verätzt und ist sofort ins Krankenhaus gekommen. Ich wollte das natürlich nicht, aber konnte mich auch nicht mehr kontrollieren. Ich bin dann für 3 Monate in den Knast gewandert. Nach drei Monaten konnte mich ein befreundeter Anwalt da raus pauken, aber der Prozess läuft noch und schon seit 1½Jahren. Wir haben schon mit der Familie eine informelle Abmachung über 10.000 £E Schmerzensgeld getroffen, damit der Prozess möglichst glimpflich abgeht und der Nachbar in der Verhandlung nicht alles noch schlimmer macht" (DI4).

Da ʻAbdallah als *arzuqi* arbeitet, bedroht eine Gefängnisstrafe das Überleben seiner Familie. Die Schwere seines Vergehens macht außerdem informelle Formen der Konfliktlösung unmöglich. Aus ʻAbdallahs Sicht handelte es sich um Notwehr als Folge eines Konflikts, in dem informelle Verhandlungsmechanismen gescheitert sind. Trotz dieser für sein Überleben und seine Zukunft sehr einschneidenden Erfahrung mit ungewissem Ausgang hat ʻAbdallah sich nicht aus seiner Vermittlertätigkeit zurückgezogen. Für ihn ist diese Form der Einmischung Teil seiner Identität als *ibn al-balad* die er nicht aufgeben will.

> „Ich kann nicht im Café sitzen und einem Streit zusehen und mich nicht einmischen. Es geht einfach darum, dass die Leute ihr Recht bekommen. Normalerweise kann man das schon entscheiden und darum geht es mir, dass die Recht bekommen, die Recht haben. Warum ich das mache? Mein Vorteil daraus ist, dass das genau das Leben ist, was ich führen will. Ich bin so frei, ich bin so der Mann, der ich sein will. Ich habe mir sogar das Wort *freedom* auf den Arm tätowieren lassen, und du weißt, dass das ein echtes Problem ist, wenn jemand das sieht. Die Polizei buchtet einen für so was sofort ein. Aber so will ich leben, und das ist es, was ich mag. Ich lerne daraus, und ich fühle mich frei" (DI4).

Für ʻAbdallah ist zentral, dass er durch seine Einmischung Menschen zu ihrem Recht verhelfen kann, ein Anspruch, der in vielen Interviews als wichtiges Motiv genannt wurde. Er setzt voraus, dass es gesellschaftlich geteilte Vorstellungen über Recht und Unrecht und auch über die geeigneten Verfahren zur Herstellung von Recht gibt. ʻAbdallah verlässt sich dabei auf ein möglichst umfassendes Netzwerk an Kontakten, das er ständig pflegt und ausbaut. Dabei stützt er sich auf die traditionellen informellen Führungsfiguren im Viertel, die wie er selbst über geringes kulturelles Kapital verfügen.

Die Beispiele haben gezeigt, dass diejenigen Männer erfolgreich sind, die unterschiedliche Kapitalien akkumulieren und verbinden, indem sie beispielweise symbolisches Kapital aus ihrem Familienhintergrund oder ihrer Widerständigkeit gegenüber dem Staat gewinnen. Sie verfügen über ausreichendes materielles Kapital, um tatsächlich Geld spenden oder verschenken zu können. Oder ihr soziales Kapital besteht aus vielfältigen horizontalen und vertikalen Netzwerken, über die der Ressourcenfluss organisiert und Unterstützung mobilisiert wird. Insbesondere die neuen *kubar* agieren dabei mit einer Mischung aus relativ hohem kulturellen Kapital und ihrem Zugang zu Behörden und Polizei. Die Reichweite und Relevanz ihrer Kontakte, die Größe und Vielfältigkeit ihrer Netzwerke und der Grad ihrer Einbettung in lokale Machtstrukturen bestimmt dabei ihren Aktionsradius. Aus dem je unterschiedlichen Zugriff auf soziales, kulturelles und symbolisches Kapital erwachsen den Notablen unterschiedliche Funktionen, die nebeneinander existieren und komplementär wirken können, so die These. Wirtschaftliche Liberalisierung hat auf der Mesoebene neue Akteure freigesetzt, die über andere Kapitalien verfügen, als die traditionellen Notable. Alte und neue Komponenten der Notabilität ergänzen sich, denn viele der neuen *kubar* sind mit den alten Familien verwandtschaftlich verbunden. Die erfolgreiche Tätigkeit als Notable führt zu einer ständigen Erhöhung der unterschiedlichen Kapitalien. Notable der Mikro- wie der Mesoebene agieren in klientelistischen Strukturen, die im städtischen Umfeld stärker fluktuieren, da die Mobilität der Menschen größer ist ('Eid, Haenni 1998). Der Diskurs der Notabilität ist einer der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung. Notable werden als Patrone adressiert, die sich für ihre Klienten aus altruistischen Motiven einsetzen. Diese Rhetorik dient der Verschleierung der Kommerzialisierung von Vermittlungsleistungen und wird auch auf rein ökonomische Vermittlungstätigkeiten ausgedehnt. Sie mündet in vielen Fällen aber auch in eine Praxis der strategischen Sozialarbeit in örtlichen NGO, in Moscheen oder Kirchen.

Die knappe Ressource, über die moderne Notable verfügen, ist der Zugang zu Verwaltung, Polizei und mächtigen Repräsentanten des Staates. 'Eid und Haenni kennzeichnen moderne wie traditionelle *kubar* in den informellen Vierteln Kairos als Akteure, die gleichermaßen auf den Staat angewiesen sind, wie sie ihn lokal durchsetzen. Sie seien zentrale Akteure in einem Prozess der „discrète étatisation par l'intermédiaire des notables" (Haenni 1997:8). Die Relevanz der Notablen beruht auf dem Scheitern des lokalen Staates, seiner ineffizienten, unzugänglichen Bürokratie, seiner Unfähigkeit, die Basisversorgung zu gewährleisten. Es ist gerade die Ineffizienz, die die intermediären Akteure auf den Plan ruft (a.a.O.:10). Zugleich weiß der Staat informelle Strukturen zu durchdringen bzw. zu nutzen und so auch in Stadtteilen, in denen er institutionell schwach repräsentiert ist, präsent bleibt.

4.3 Parteien auf der lokalen Ebene

4.3.1 Die NDP

Die Regierungspartei NDP ist aus Sicht lokaler intermediärer AkteurInnen ein attraktiver Ort für Partizipation, weil hier Netzwerke zusammenlaufen, die den systematischen Zugriff auf materielle und immaterielle Ressourcen erlauben. So verfügt die NDP als Regierungspartei über eine ausgedehnte Infrastruktur in allen Stadtteilen, da zumindest formal in allen Quartieren Parteigruppen existieren, die von den lokalen Parteimitgliedern gebildet werden (Krämer 1986:57 ff.; Wille 1993:72 ff.; el-Khawaga 1997; Lübben 2001). Dazu zählen sowohl die Mitglieder, die an Parteitreffen teilnehmen und in einzelnen Arbeitsgruppen arbeiten, als auch die gewählten KommunalpolitikerInnen. Auch in den neuen Squattervierteln wird, sobald sich lokale NGO bilden und Teile dieser Siedlungen

legalisiert werden, meist ein Parteibüro der NDP eröffnet. Wichtiger als die öffentlichen Treffen der Parteigruppe, die je nach Aktivitätsgrad auch selten und unregelmäßig stattfinden können, sind für die Mitglieder die Veranstaltungen, zu denen Entscheidungsträger aus Verwaltung, Polizei und Partei eingeladen werden. Diese Treffen erlauben es den Parteimitgliedern vor Ort, wichtige Kontakte aufzubauen, die sie nutzen, um die Wünsche ihrer lokalen KlientInnen zu erfüllen. Karim, Rentner, langjähriges Parteimitglied und Vorsitzender einer lokalen Parteigruppe in S, beschreibt die Aufgaben der NDP:

> „Zusätzlich zu unserer Arbeit im Viertel haben wir auch Treffen mit den MP aus dem Parlament. Wir besuchen Veranstaltungen, wo Leute sind, von denen man was lernen kann, durchaus nützliche Sachen sind das. Wir sind auf der Ebene der *shiakha* (städtische Verwaltungseinheit, C.H.) für die Dienste an den Menschen zuständig, alle elementaren infrastrukturellen und sonstigen Dinge, darum kümmern wir uns. Wir haben zusätzlich auch Hilfsangebote für die Senkung von Schulkosten und bieten natürlich auch als Privatleute Hilfe an, wenn jemand sie braucht. Und wir unterstützen natürlich unsere MP in allen Wahlen, zu denen sie hier antreten, wir organisieren die Treffen, machen Wahlaufsicht und kümmern uns um alles. Die Arbeit für die Partei ist natürlich ganz umsonst, das macht man aus Engagement und weil man an die Sache glaubt und den Menschen dienen will" (SI3).

Karim versteht sich und die Partei als Mittler zwischen den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und denjenigen, die diese Bedürfnisse erfüllen können. Deshalb sind die Kontakte zur politischen und bürokratischen Elite auch so wichtig für ihn als lokales Parteimitglied: Ohne dieses Netzwerk kann er seinen Aufgaben als *kebir* der kleinen Leute nicht nachkommen, ohne die Verfügungsmacht über knappe Ressourcen kann er kein Wählerklientel für den MP aufbauen. Zudem kann er über diese Kontakte soziales und symbolisches Kapital ansammeln, das sich auch kommerziell einsetzen lässt. Der Hinweis auf die private Hilfe, die jedes Parteimitglied den BürgerInnen bei Bedarf leistet, deutet an, dass Karim auch als Mediator tätig ist und seine Verwaltungskontakte eventuell gegen Geld zur Verfügung stellt. Die Rhetorik der Solidarität und der Hilfsleistung dient hier wie in anderen bereits beschriebenen Fällen der Verschleierung von Kommerzialisierung.

Die enge Verflechtung von Partei und Verwaltung im Gegensatz zu einem auf Gewaltentrennung beruhenden politischen System ist die Voraussetzung dafür, dass die lokale Parteigruppe sich überhaupt als Mittler verstehen kann. Das macht die Partei für bereits in lokalen Organisationen aktive BürgerInnen attraktiv, wie Mariam, die Vorsitzende des NDP-Frauenkomitees in D erklärt:

> „Ich bin seit 2 Jahren Mitglied der NDP hier, einfach, weil ich meinem Land dienen wollte, und das geht als NDPler viel einfacher. Als NDP-Mitglied kann man leicht überall anklopfen in der Verwaltung, man wird akzeptiert, und die Verwaltung hilft auch. Und da ich mich immer um die Probleme der Menschen hier kümmere, auch um ihre bürokratischen und technischen, ist die Parteimitgliedschaft ein enormer Vorteil. Bei Wasser-, Strom- und Müllfragen kann ich einfach stärker auftreten, wenn ich über die Partei komme, ich kann die Sache mit einem Mal erledigen und muss nicht zehn Mal laufen, damit etwas klappt" (DI7).

Ihr Erfolg in der Sozialpolitik in D hängt von ihrer Parteimitgliedschaft ab, die sie für unterschiedliche Arbeitsbereiche nutzt. Sie ist zum einen als eine der wenigen ChristInnen in einer großen islamischen Wohlfahrts-NGO tätig. Zum anderen arbeitet sie in ihrer Gemeinde ebenfalls in der Sozialabteilung und wird daher ständig von KlientInnen um Hilfe gebeten. Durch den Eintritt in die NDP hat sich ihr Ressourcenzugriff und der ihrer Gemeinde sehr erweitert. Mit der Parteimitgliedschaft und durch Mariams aktive Rolle in der Gemeinde ist auch die Kirche zu einem Teil der lokalen Machtstruktur geworden. Gleichzeitig hat die NGO-Aktivistin der Partei soziales und symbolisches Kapital zu bieten, denn sie stammt aus einer alten und reichen Familie in D, die sich innerhalb der christlichen Gemeinde einen besonderen Ruf durch ihre Großzügigkeit und ihr Engage-

ment für christliche Belange erworben hat. Dadurch ist auch die formale politische Integration der christlichen Minderheit in D gewährleistet, die für die NDP einen symbolischen und strategischen Gewinn bedeutet. Mariam ist zudem eine der wenigen organisierten lokalpolitisch aktiven Frauen in D:

> „Die meisten Frauen in der Partei haben kein Interesse an der Parteiarbeit, keine Zeit oder keine Lust zu den Treffen zu kommen, oder sie haben einfach kein Bewusstsein für die Wichtigkeit solcher Arbeit, und das ist ein echtes Problem. Worum es doch geht, ist, dass Frauen verstehen, dass sie alles genauso gut und effektiv machen können wie Männer. Frauen können alles tun, dafür bin ich selbst das beste Beispiel, sie können arbeiten, rausgehen, Kinder haben und Politik machen. Ich hoffe, dass mein Beispiel noch viele andere Frauen ermutigt" (DI7).

Mariam arbeitet unter idealen Bedingungen: Sie ist materiell durch ihre wohlhabende Familie abgesichert, sie profitiert symbolisch und sozial von der familiären Tradition politischen Engagements für die Kirche und schöpft daraus viele der Ressourcen, die eine Vorbedingung für Partizipation darstellen. Sie ist außerdem verwitwet, ihre Kinder sind erwachsen, und so kann sie autonom über ihre politische und soziale Arbeit entscheiden. Ähnliche Erfolgsbedingungen lassen sich auch für Politikerinnen, die auf der nationalen Ebene aktiv sind, nachweisen (Harders 1995).

4.3.2 Die Oppositionsparteien

Die Oppositionsparteien sind seltener in den unterschiedlichen Stadtteilen präsent, da sie aufgrund politischer und materieller Einschränkungen nicht in der Lage sind, kommunale Büros zu unterhalten ('Abd al-'Aziz 1998). Oppositionsparteien sind meist dort mit einem Parteibüro vertreten, wo ParlamentarierInnen oder aussichtsreiche KandidatInnen aktiv sind. Die linke Tagammu'-Partei ist beispielweise in W und in D vertreten, nicht aber in S. In W ist das Büro des MP der Tagammu' gleichzeitig Parteibüro, die Parteigruppe ist bereits seit über 20 Jahren im Viertel aktiv und hat durch die Wahl ihres MP 1995 stark an Relevanz und Ressourcen gewonnen. Die Parteigruppe gibt regelmäßig eine Stadtteilzeitschrift heraus, unterhält eine Bibliothek und organisiert kulturelle Veranstaltungen im Viertel. Einige Parteimitglieder sind in einem Gesundheitszentrum vor Ort, in der Gewerkschaft oder in Firmengruppen aktiv. Das gewerkschaftliche Engagement spielt deshalb in W für die Mobilisierung von Wählerstimmen eine wichtige Rolle. Anders dagegen in D, wo die örtliche Parteigruppe erst 1996 gegründet wurde, nachdem der Parlamentswahlkampf des Tagammu'-Kandidaten erfolgreich verlaufen war. Die Anbindung an das Quartier erfolgt wie bei der Regierungspartei über Dienstleistungen:

> „Die Partei unterhält hier einige Aktivitäten jenseits der regelmäßigen wöchentlichen Treffen der etwa 45 Parteimitglieder: Wir haben eine Bibliothek und einen Videoclub, wo wir Filme für junge Leute zeigen, wir bieten Veranstaltungen für junge Leute an, und wir produzieren eine Zeitung für das Viertel. Wir kümmern uns um die Sorgen und Nöte der Bewohner, wenn sie ein Problem mit dem Wasser haben oder mit dem Strom oder mit der Polizei, aber nur, wenn es sich dabei nicht um Verbrechen handelt. Wir kennen Leute in der Verwaltung und in der Polizei, und diese Verbindungen nutzen wir, um den Bürgerinnen und Bürgern nützlich zu sein. Zukünftig wollen wir eine richtige Zeitung machen und nicht nur ein paar zusammengeheftete Blätter, wir wollen natürlich die Mitgliederzahl erhöhen, und wir wollen uns ein kleines Einkommen für die Gruppe hier schaffen, indem wir etwa Computerkurse und andere Dinge gegen Geld anbieten" (DI8).

Auch die Tagammu' versteht sich als Mittlerin zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den örtlichen Behörden. Da die Partei in D nicht über einen MP verfügt, sondern die politische Szene von der NDP beherrscht wird, sind ihre Möglichkeiten und Kontakte gegenüber der NDP deutlich reduziert. Dafür bemühen sie sich stärker um den Kontakt zur Bevölkerung etwa durch regelmäßige Publikationen oder Filmabende. In S ist die

Opposition bedingt durch die starke Präsenz der NDP und die makropolitischen Rahmenbedingungen nur vereinzelt durch Mitglieder der Nasseristischen Partei, Islamisten und Unabhängige vertreten.

4.4 NGO auf der Mesoebene

NGO spielen in vielen armen Stadtteilen eine wichtige Rolle, weil sie die arme Bevölkerung mit Dienstleistungen versorgen und eng mit der lokalen politischen Elite verbunden sind. Sie bilden abhängig von ihrer Dienstleistungskapazität, ihren materiellen Ressourcen und ihren Aufgaben einen je unterschiedlich eingebetteten Teil der lokalen Machtstrukturen. NGO werden beim ägyptischen Sozialministerium registriert und fallen unter das Vereinsgesetz Nr. 32, das dem Ministerium sehr weitreichende Eingriffsmöglichkeiten bietet, wie bereits im makropolitischen Teil geschildert wurde. Das Gesetz stellt das wichtigste Kontrollinstrument des Staates gegenüber einem stetig wachsenden Sektor dar, in dem sich kommerzielle Interessen, religiöse und politische Motivationen mit der Sozialarbeit vor Ort verbinden (Ben Nefissa, Qandil 1995; Cassandra 1995; Clark 1995; Ibrahim 1997; Longuenesse 1997; 'Eid, Haenni 1998; Kienle 1998; Loewe 2000:23; Ben Nefissa 2000). Die ägyptische Sozialwissenschaftlerin Shahida el-Baz[228] unterscheidet die über 20.000 registrierten Vereinigungen in funktionale und strukturellen NGO: Funktionale NGO stehen unter starker Regierungskontrolle und übernehmen Dienstleistungen in Bereichen, aus denen sich der Staat zurückzieht, wie etwa Alphabetisierung, Gesundheitsvorsorge oder Kindergärten. Strukturelle NGO hingegen streben eine Veränderung des Status quo an, sie sind im Menschenrechts-, Demokratisierungs- und Partizipationsbereich tätig. Für die meisten hier untersuchten funktionalen NGO gilt el-Baz' Einschätzung, dass

> „das Verhältnis zwischen NGO und Regierung eines von einseitiger Kontrolle und gleichzeitiger Internalisierung dieser Kontrolle durch die NGO [ist]. NGO betrachten Regierungsautorität und -eingriffe nicht als ein Problem, sondern als normal."

Aufgrund der engen politischen und finanziellen Verflechtungen vieler Organisationen mit dem Staat und seinen lokalen Agenten sollten sie eher als in Klientelketten eingebundener quasi-privatisierter Teil des „unfähigen Wohlfahrtsstaates" verstanden werden.

4.4.1 Säkulare NGO

Da die meisten NGO sich als klassische Wohlfahrtsorganisationen definieren, steht bei ihrer Arbeit die effiziente Dienstleistung im Vordergrund und nicht die Mobilisierung und Beteiligung der KlientInnen, wie el-Baz betont:

> „Dadurch werden gerade die Armen von den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft noch weiter getrennt, und es entstehen im Verhältnis von NGO und Klient wirklich Patron-Klienten-Verhältnisse, die von beiden Seiten oft auch als richtig und gut empfunden werden. Die Menschen werden demobilisiert, anstatt gestärkt, und in dieser Beziehung spiegelt sich natürlich das Verhältnis zwischen NGO und Regierung deutlich wider."

Das Verhältnis der funktionalen NGO zu ihren KlientInnen ist von einem ähnlichen Paternalismus geprägt, wie das Verhältnis zwischen NGO und Regierung. Die klientelistische Handlungslogik der meisten beteiligten AkteurInnen wird auf allen Ebenen bis auf wenige Ausnahmen stetig reproduziert. NGO sind zudem nicht per se ein demokratischer und aktiver Teil der Zivilgesellschaft. So werden viele NGO beispielsweise von ihren Gründungsfiguren, die gleichzeitig Vorstandsvorsitzende sind, dominiert, indem sie umfassende Verantwortungs- und Entscheidungskompetenz an sich ziehen.

[228] Ich beziehe mich hier auf ein Interview, das ich am 8.3.1998 mit ihr führte.

Hagg Karim, der selbst Vorstandsmitglied einer Wohlfahrts-NGO in W war, kritisiert die mangelnde demokratische Kontrolle von NGO-Vorständen:

> „Das Problem der NGO ist wirklich, dass niemand sie anständig kontrolliert, und dass die Chefs machen können, was sie wollen. Und sie tun das in den meisten Fällen auch, leiten Gelder um, schalten missliebige Vorstandsmitglieder aus und so weiter. Mein Vorschlag wäre hier, dass man eine Ämterrotation einführen müsste, so dass alle Ämter alle drei Jahre wechseln, damit niemand die Macht monopolisieren kann. Das Problem ist, dass meistens neben dem Vorsitzenden, dem Sekretär und dem Kassenwart der Rest des Vorstandes aus Schattenfiguren besteht, die nichts machen, keine Zeit oder kein Interesse haben. Deshalb haben die Vorsitzenden freie Hand. Das Sozialministerium müsste kontrollieren oder aber die Leute selbst, die Mitglieder in der NGO sind. Aber denen fehlt meist das Bewusstsein oder überhaupt die Vorstellung, dass sie in der ganzen Sache etwas zu sagen hätten. Sie sehen sich als machtlos, und das sind sie ja meistens auch. Und sie kennen ihre Rechte nicht und sind ziemlich abhängig von der Verwaltung der NGO, die sie ausnutzt und unmündig hält. Wie sollen sie da kontrollieren können“ (W4)?

Die zahlenden passiven Mitglieder sind über interne Konflikte meist nicht ausreichend informiert, Jahreshauptversammlungen werden verschleppt oder gar nicht durchgeführt. Außerdem verstehen sich die meisten Mitglieder auch als KlientInnen, als EmpfängerInnen von Hilfsleistungen, eine eigene kontrollierende oder kritisierende Rolle ziehen sie häufig nicht in Betracht, da durch eine solche oppositionelle Haltung die materielle Unterstützung gefährdet sein könnte. Gerade arme KlientInnen sind in einer strukturell abhängigen Position, die unter den gegebenen Bedingungen eine kritische Beteiligung unwahrscheinlich macht.

Hauptursache für die hohe Korruptionsanfälligkeit innerhalb funktionaler NGO ist die schlechte Bezahlung der MitarbeiterInnen, die sich oft in ähnlichen materiellen Umständen befinden, wie ihre armen KlientInnen, wie bereits das Beispiel von Laila und Karima verdeutlichte. Zudem ist Korruption die Voraussetzung für den politischen und informellen Einsatz öffentlicher Ressourcen. Die Verteilung von Ressourcen als angeblicher persönlicher Gunstbeweis anstelle einer einklagbaren Dienstleistung bildet die Basis lokaler Klientelnetzwerke. Regierungspartei, NGO und MP bilden so häufig eine Einheit: Der MP stellt die Dienstleistungen, die über die NGO abgewickelt werden, als die Früchte seines persönlichen Einsatzes dar, während der NGO-Vorstand auf materielle und bürokratische Unterstützung hoffen darf.

> „Die NDP-Leute können zum Beispiel der NGO dabei helfen, die Arbeit in Gang zu bekommen, indem sie ihre Kontakte bei Ministerien und in der Verwaltung dazu nutzen, um uns beim Papierkram zu helfen. Oft sind ja so viele unterschiedliche Ministerien zuständig, dass man wirklich verzweifeln möchte. Und natürlich ist der zuständige MP für das Viertel auch ein wichtiger Ansprechpartner. Wir suchen ihn regelmäßig auf, um unsere Forderungen für das Viertel vorzubringen und bei ihm Druck zu machen. Manchmal geht ihm das auch auf die Nerven, aber das ist nun mal seine Aufgabe, sich für den Wahlkreis einzusetzen, und wir sind die Vermittler für die Bedürfnisse der Leute aus dem Wahlkreis. Für uns ist das so, dass NGO und Partei zwei unterschiedliche Dinge sind, die auch unterschiedliche Wege gehen. Die Partei hat ihre Aufgaben und wir haben andere, aber die Partei kann helfen, und das tut sie auch. Und der Kandidat kann helfen, und das tut er auch. Auf diese Weise werden dann auch Projekte, die wir uns ausdenken, von ihnen verwaltungstechnisch umgesetzt, und wir implementieren sie dann. Die Partei spielt eine Vermittlerrolle für die NGO nach oben, und wir vermitteln die Bedürfnisse der Leute“ (DI9).

Obwohl hier die Trennung der drei Organisationen betont wird, zeigt sich in der Praxis ihr enges Ineinandergreifen. Die NGO wird so zum ausführenden Organ der Sozialabteilung der Regierungspartei und ihres Kandidaten im Viertel und damit auch zum Lobbyverein für den Regierungskandidaten. Dennoch ist die Beziehung zwischen Patron und *broker*-Organisation, die auf der lokalen Ebene selbst als Patron fungiert, aufgrund der

Konkurrenz um knappe Ressourcen häufig nicht unproblematisch. Die Strukturen des „Klientelismus ohne Klientel" können selbst innerhalb des Regierungslagers wirken.[229] Viele prominente MP unterhalten in ihren Wahlkreisen eine größere NGO, die Dienstleistungen für das Viertel anbietet: so beispielsweise ein kleines Privatkrankenhaus, Alphabetisierungskurse, kulturelle Veranstaltungen, Sportveranstaltungen und eine Nähwerkstatt. Diese Kombination aus Freizeitangeboten, medizinischer Infrastruktur und einkommensschaffenden Projekten ist typisch für stadtteilorientierte funktionale Wohlfahrtsorganisationen. Alphabetisierungsklassen und Ausbildungsangebote für Heimarbeit richten sich vor allem an Frauen, während die kulturellen und sportlichen Aktivitäten überwiegend von Männern wahrgenommen werden. Ressourcenstarke PolitikerInnen mit sozialpolitischem Anspruch bieten ihren armen KlientInnen die Nutzung der medizinische Dienste für geringere Preise an; eine ausgeprägte Armutsorientierung findet sich aber überwiegend bei NGO, die von religiösen Institutionen getragen werden.

Auch Oppositionsparteien nutzen die Effekte kombinierter Sozial- und Parteiarbeit vor Ort. So haben die viele KandidatInnen der Opposition, die zu den Parlamentswahlen 1995 angetreten sind, in ihren Wahlkreisen kleine Organisationen gegründet. Anders als die regierungsnahen NGO werden diese Organisationen von den Behörden häufig behindert und die Ressourcen bemessen sich am privaten Budget des Kandidaten, der als Oppositioneller keinen Zugriff auf staatliche Dienstleistungen hat. Spenden, Mitgliedsbeiträge und eventuelle Einnahmen aus den Dienstleistungen reichen oft nicht aus, um Angestellte zu beschäftigen. So besteht die NGO eines unabhängigen Kandidaten aus D, die sich mit Menschenrechtsverletzungen und Minderheitenschutz beschäftigt, einzig aus seiner Person: Das Büro der NGO befindet sich in seinem Anwaltsbüro, und die Aktivitäten der Organisation werden überwiegend von ihm gestaltet. Nur in W hat sich aufgrund der langjährigen Arbeit der Opposition in diesem Viertel eine NGO etablieren können, die nicht nur der Regierungskontrolle dadurch entzogen ist, dass sie als privatwirtschaftliche Firma registriert ist, sondern die auch relativ erfolgreich partizipatorische Elemente in ihre Arbeit einbringt.

So wurde 1989 ein Gesundheitszentrum von einer Gruppe junger Ärzte gegründet und wird seit einigen Jahren von internationalen Geldgebern finanziert. Eine Besonderheit des Zentrums sind die so genannten „Gesundheitsbesucherinnen", Mitarbeiterinnen des Zentrums, die im Viertel als mobile Krankenschwestern arbeiten, um vor Ort und in Auseinandersetzung mit den Frauen des Viertels Gesundheits- und Bewusstseinsarbeit zu leisten. Das Zentrum gibt außerdem eine vierteljährliche kostenlose Zeitschrift heraus, in der die MitarbeiterInnen des Zentrums über Themen wie Umwelt und Gesundheit schreiben. Am Beispiel der sozialarbeiterischen Aktivitäten der Tagammu' zeigt sich ein ähnliches Strukturprinzip wie bei der NDP: Die Aktivitäten des Zentrums werden mit dem Namen des MP verbunden und fördern seine Bekanntheit und Beliebtheit bei der Bevölkerung, die über das Zentrum mobilisiert und informiert wird. Die NGO dient dem Aufbau lokaler Klientelnetzwerke, verfolgt aber auch allgemeine Entwicklungsziele, etwa indem sie die lokale Bevölkerung zum Protest gegen Umweltverschmutzung mobilisieren konnte.

[229] Insbesondere MP sind häufig für ihre lokalen Mitarbeiter fast so fern wie für die armen KlienteInnen. Häufig wurde auch Enttäuschung über die tatsächlich geleistete Unterstützung geäußert. In einer anderen NGO hing das Foto eines prominenten Politikers im Büro und erwartungsgemäß wurden im Interview seine Taten gelobt. Später bei einem Caféhausgespräch stellte sich heraus, dass die meisten Spenden, die als Hilfsleistungen dieses Politikers gelten, tatsächlich von anderen Leuten getätigt wurden. Der Politiker hatte diese Spenden eingeworben und als seine persönlichen ausgegeben.

Eine relativ neue Form struktureller NGO stellen Organisationen im Menschenrechts- und Demokratisierungsbereich dar. Die meisten NGO dieser Kategorie arbeiten nicht in ärmeren Vierteln, ihre Klientel ist die organisierte Politik, die Arbeit an der Graswurzel findet nur in wenigen Fällen statt. So zum Beispiel in einem Frauenrechtszentrum in D, das die Partizipation armer Frauen erhöhen will und ihnen gleichzeitig Rechtshilfe anbietet. Die NGO arbeitet in unterschiedlichen Kairoer Stadtteilen, in denen sie Veranstaltungen zur politischen Bildung von Frauen durchführt. Politik, das haben die Ausführungen in Abschnitt 5.1 bereits gezeigt, ist für viele arme Menschen und vor allem für Frauen fern, uninteressant oder sogar gefährlich (Fergany 1992).

> „Gerade am Anfang war es extrem schwierig, all die Vorurteile und Ängste zu überwinden, die die Leute hatten: Politische Arbeit und dann noch mit Frauen, da wollte niemand ran. Deshalb haben wir zu Anfang auch gearbeitet, wo wir konnten und mussten: im Jugendclub, in der Moschee, in den Privathäusern der Frauen, wo auch immer. Wir haben die Kontakte zu den offizielleren NGO vor allem über persönliche Kontakte aufgebaut, über Leute, die wussten, wer wir sind und uns geglaubt haben, dass wir wirklich an Bewusstseinsbildung interessiert sind und an nichts anderem. Wir haben es dann aber geschafft, mit dem roten Halbmond zu kooperieren, wir haben mit ihnen Veranstaltungen gemacht. Und nachdem das einmal geschafft war, ging es viel einfacher. Seither kooperieren wir auch mit Regierungsinstitutionen, und das hat uns auch sehr geholfen, die Leute sind dann weniger besorgt“ (DI10).

Die Frauen erwarten konkrete Hilfsleistungen oder befürchten, dass sie für eine bestimmte Partei mobilisiert werden sollen, womöglich sogar für die Opposition. Um ein vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen und um den Klientinnen mehr Selbständigkeit zu ermöglichen, bietet die NGO den Frauen Rechtshilfe und Unterstützung bei Behördenangelegenheiten. Miet- und Eheprobleme, Nationalitätenrecht, aber auch die Beschaffung von Personalpapieren stehen dabei im Vordergrund, so die Vorsitzende:

> „Es sind vor allem diese Alltagsdinge, die die Frauen oft belasten, die sie selbst nicht lösen können, die viel bedeuten und bei denen wir helfen können. Dabei ist uns ganz wichtig, dass das nicht als Dienstleistung gesehen wird, sondern wir wollen, dass die Frauen am Prozess der Regelung partizipieren, wir wollen, dass sie verstehen, was da vor sich geht, wir fordern sie auf, mit ins Gericht zu kommen, wenn’s wichtig wird und so weiter. Am Ende sollen sie wissen, was passiert ist und warum, damit sie sich beim nächsten Mal besser selbst helfen können. Das ist zentral und nicht, dass Leute ihre Papiere hier abgeben und jede Woche nachfragen, ob schon was passiert ist“ (DI10).

Im Rahmen einer großen Kampagne für die Registrierung von Frauen zu den Parlamentswahlen, während derer die NGO über 16.000 Frauen erreichte, wurden die potentiellen Wählerinnen deshalb zunächst über den Ablauf der Wahlen, die Rolle von Wahlen und ihre eigene Rolle als Wählerinnen aufgeklärt. Im zweiten Schritt haben die Gruppen vor Ort gemeinsam den Besuch auf der Polizeistation geplant und durchgeführt, um sich dort registrieren zu lassen. Die meisten Frauen setzten sich zum ersten Mal für ihre eigenen Belange beiBehörden ein.

> „Der Hauptgrund für unseren Erfolg ist, dass wir Bewusstseinsarbeit machen, dass wir nichts verteilen und bei den Frauen keine Bittstellerinnenhaltung aufbauen, sondern im Gegenteil immer sagen, Ziel des Zentrums ist, dass es nicht mehr nötig ist. Irgendwann sind wir weg und dann sollen alle, die bei uns gelernt haben, in der Lage sein, selbst weiter zu arbeiten. Die Frauen, die das verstanden haben, die die Freuden eines neuen Selbstbewusstseins erlebt haben, die bleiben auch dabei, die sind begeistert, einfach, weil der persönliche Profit so groß ist. Weil das so viel verändert im Leben der Frauen“ (DI10).

Der Ansatz dieser NGO zeigt, dass das Aufbrechen der politischen Demobilisierung eng mit dem individuellen *empowerment* der einzelnen Frauen (und Männer) verbunden ist. Auch wenn die individuelle Ermutigung insbesondere von Frauen eine ganz entscheiden-

de Voraussetzung für ihre umfassende Partizipation darstellt, stößt eine solche Strategie notwendig an die Grenzen eines autoritären politischen Systems. Hierin liegt ein zentrales Problem der Arbeit unabhängiger NGO, die zu Recht auf die Mobilisierung der Basis setzen, um die Gesellschaft von unten zu verändern, ohne aber die makropolitischen Bedingungen angreifen zu können. Sie können dennoch zu Kristallisationspunkten für eine Liberalisierung werden, indem sich aus den positiven partizipatorischen Erfahrungen der Menschen weitergehende Aktivitäten und Forderungen entwickeln.

4.4.2 Islamische NGO

Der weitaus größte Teil der NGO in Ägypten sind religiöse NGO, vor allem islamische Wohlfahrts-NGO, die umfassende soziale und medizinische Dienste zu günstigen Preisen anbieten und je nach Ausrichtung ihres Vorstandes der Regierung oder den Muslimbrüdern nahe stehen. (Ben Nefissa 1993; Ben Nefissa, Qandil 1995; Clark 1995; Rieger 1996; Ben Nefissa 2000). Die Diskussion über den Zusammenhang von Sozialarbeit und der Ausdehnung islamistischer Bewegungen kann an dieser Stelle nicht ausführlich dargestellt werden. Das Beispiel der hier vorgestellten NGO dient vor allem der Illustration ihrer Verbundenheit mit den lokalen Machtstrukturen. Da ich kein empirisches Material über die konkreten Verbindungen mit den politischen Organisationen der islamistischen Bewegung sammeln konnte, beschränke ich mich auf die Einschätzungen meiner säkularen InterviewpartnerInnen. Diejenigen, die dem islamistischen Spektrum zugerechnet werden können, wollten sich während der Interviews zu dieser heiklen Frage nicht äußern. In der Literatur ist die enge Verbundenheit von islamistischer Bewegung und Sozialarbeit vor Ort belegt (Ben Nefissa 1992; 1993; Rieger 1996). Aber auch die islamistische Bewegung ist heterogen und war, bedingt durch die starke Repression seit 1992, zumindest zum Zeitpunkt der Untersuchung in den Stadtteilen W, S und D keine offen operierende Kraft. Die klandestinen Strukturen, die sicherlich bestehen, waren mir nicht zugänglich.

Islamische NGO finanzieren sich wie die säkularen ebenfalls über Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus den Dienstleistungen, Zuwendungen vom Sozialministerium und in vielen Fällen aus den *zakat*-Geldern, den religiösen Spenden. Diese Form der NGO existiert in unterschiedlichen Varianten: Von der kleinen Moschee, die einmal pro Woche günstige Nachhilfestunden anbietet, bis zum vollständig ausgestatteten Privat-Krankenhaus mit Ambulanz und Apotheke wie zum Beispiel die NGO A in S. Die NGO befindet sich in einem fünfstöckigen Gebäude inmitten eines der ärmeren Quartiere von S. Sie wurde 1979 gegründet, hat sich zunächst auf den Aufbau von Moscheen und religiösen Zentren konzentriert und 1988 ein Krankenhaus eröffnet. Damit trägt die NGO wesentlich zur Verbesserung der medizinischen Infrastruktur in diesem armen Viertel bei, denn das Krankenhaus verfügt über alle ärztlichen Abteilungen: OP, Röntgen, Labor, Krankenzimmer und ein 24-Stunden Notdienst. Die NGO bietet Trainingsmöglichkeiten für junge Männer und Frauen in Form verschiedener workshops wie Alphabetisierung, Stricken, Nähen, Weben, Herstellung von Seidenblumen, Elektroarbeiten, Klempnerei etc. an. Im fünften Stock unterhält die NGO einen großen Kindergarten, in dem 15 Klassen unterrichtet werden. Im letzten Stock befindet sich seit 1996 auch ein Waisenhaus für 25 Mädchen zwischen 2 und 4 Jahren. Anders als bei vielen kleinen Stadtteil-NGO sind Räume, Gebäude und Mobiliar in gutem Zustand und weisen auf die gute Ressourcenausstattung hin. Zusätzlich unterhält die NGO 13 Moscheen einschließlich Iman, Koranleser und Hausmeister, die feste Gehälter erhalten. *Sheikh* Mustafa, der Gründer und Vorsitzende, beschreibt seine Motivationen:

> „Meine Philosophie ist und war, dass man klein anfangen soll und dass die Dinge dann mit Gottes Hilfe wachsen. Als wir kamen, war hier nichts außer einem Haufen Sand und daraus haben

> wir Stück für Stück aufgebaut, was ihr hier seht. Diese Arbeit verlangt Geduld, Geduld, Geduld, einen tiefen Glauben, Interesse an der Arbeit und sehr viel Begeisterung für das, was man tut. Für mich ist der Dienst an den Armen das allerwichtigste, und das ist auch der Grund für unseren Erfolg. Wir interessieren uns nicht für ein schickes Büro oder die teuren Möbel, für uns ist wichtig, wie viele Arme am Ende des Jahres profitiert haben. Ich kaufe immer alles gebraucht und lasse es wieder herrichten, ich kaufe auf Raten, ich leihe Geld und sammle Spenden ein und jedes Pfund Gewinn, das wir machen, geht sofort wieder in neue Projekte. Der Trick ist, sparsam, bescheiden und effizient zu sein, mit vollem Herzen dabei zu sein und auch Leute um sich herum zu haben, die genauso engagiert und selbstlos sind" (SI7).

Die NGO des *sheikhs* unterstützt arme Familien mit geringen monatlichen Summen mit einem Gesamtvolumen von 4.000 £E. Im Winter werden zusätzlich Decken und im Ramadan Lebensmittel verteilt. Arme können das Krankenhaus zu symbolischen Preisen nutzen und auch Medikamente billiger erhalten. Die für diese Form der Sozialarbeit nötigen Summen erwirtschaftet die NGO vor allem durch den Krankenhausbetrieb sowie die *zakat*-Spenden von NGO-Mitgliedern und Förderern des Projekts. Auch *sheikh* Mustafa baut durch seine Arbeit lokale Klientel- und Freundschaftsnetzwerke auf, die er aktiv für die weitere Arbeit nutzt:

> „Wir haben vielen Leuten geholfen und deshalb sind sie uns dankbar und, wenn Gott sie mit Erfolg beschenkt hat, bieten ihre Dienste an oder spenden Geld. Wir machen alles hier im Viertel und mit Leuten aus dem Viertel, wir bilden Elektriker und Klempner aus, die Jungs von damals sind heute Geschäftsleute und machen uns alles, was wir brauchen, manchmal per Geld, aber oft auch ohne. Das ist natürlich auch ein Grund: Die NGO gibt vielen Leuten Arbeit und Hoffnung, nicht nur Dienstleistungen" (SI7).

Ähnlich wie die oppositionelle säkulare NGO in W setzt auch *sheikh* Mustafa auf die in diesem Fall islamische Bewusstseinsarbeit neben der reinen Dienstleistungstätigkeit und betont die soziale Funktion der NGO im Viertel. Sie ist ein relativ großer Arbeitgeber, bietet Ausbildungsplätze, religiöse Weiterbildung und die Möglichkeit, sich in religiöser Pflichterfüllung in der Sozialarbeit zu engagieren. Die Bindung an die NGO ist mehrdimensional: Sie beruht auf empfangenen Hilfsleistungen, spiritueller Gemeinsamkeit und der Möglichkeit, die multiplexen Netzwerke der NGO zu nutzen. *Sheikh* Mustafa steht nach Auskunft anderer Interviewpartner den Muslimbrüdern nahe, pflegt aber auch Kontakte zu den Behörden und den amtierenden MP der Regierungspartei. Die MP unterstützen die NGO durch Spenden und suchen *sheikh* Mustafa als einen wichtigen religiösen Notablen, der zudem über große materielle und personelle Ressourcen verfügt, auch im Wahlkampf auf.

> „Der MP der Regierungspartei hat uns mittlerweile fünf Mal besucht und das Mitglied im *maglis al-shura* hat uns gerade eine Deckenspende gemacht, die wir morgen verteilen werden. Sonst haben wir mit Politikern nichts zu tun, wir erhalten außer dem normalen Zuschuss aus dem Ministerium keine weiteren Hilfen. Wir kooperieren in zwei Projekten mit einer ausländischen NGO, sonst mit niemandem. Die Leute, die uns helfen, sind alle Teil der Moschee oder sonst wie mit uns verbunden, und sie spenden ihre Zeit, ihre Expertise und manchmal eben auch Geld. Aber wir sammeln nicht aktiv Spenden, wenn jemand geben will, dann nehmen wir es gerne, aber wir versuchen, das Projekt so wirtschaftlich zu gestalten, dass es sich selbst tragen kann, dass wir möglichst unabhängig sind" (SI7).

Zur Sicherstellung seiner Arbeit ist *Sheikh* Mustafa auf Bündnisse mit der NDP und auf gute Beziehungen zu den lokalen Funktionsträgern des Staates angewiesen.[230] Gleichzeitig

[230] So unterhält das Sozialministerium sein Stadtteilbüro in den Räumlichkeiten der NGO, nutzt also private Ressourcen für die Ausführung staatlicher Aufgaben. Auf diese Weise verringert *sheikh* Mustafa die bürokratischen

wirbt die NDP um einen wichtigen lokalen Akteur, dessen Handlungsspielraum gegenüber diesen Kooptierungsversuchen aufgrund des starken politischen Drucks auf die Muslimbrüder eingeschränkt ist. *Sheikh* Mustafas Klientelnetzwerke werden dadurch indirekt für die NDP mobilisierbar (ʿEid, Haenni 1998; Ben Nefissa 2000:24). Auch islamistische Aktivitäten können der klientelistischen Logik des politischen Feldes nicht entgehen, sondern werden in ein System wechselseitiger Allianzen und Verpflichtungen eingebunden (Haenni 1997:2). Am Beispiel der islamistischen Aktivitäten in Imbaba weist Haenni nach, dass auch diese Gruppen die Muster der *ʿasabiya* für ihre eigenen Mobilisierungsziele nutzen. Die Stärkung des *ʿasabiya*-Gedankens führt im Gegenzug dazu, dass die von der islamistischen Bewegung angebotenen Identifikationsmuster auf der lokalen Ebene nicht hegemonial werden können (a.a.O.:2 f.). Die Einschätzungen der nicht-islamistischen Interviewpartner bestätigen diese These. Für S differenziert ein Kandidat der Kommunalwahlen zudem zwischen dem Einfluss auf das politische Geschehen des gesamten Viertels und dem in der näheren Nachbarschaft der oben beschriebenen islamischen NGO:

> „Was die Muslimbrüder im Viertel angeht und ihre Vertreter, sowie etwa der *sheikh*, so kann er nichts wirklich gegen uns als Linke machen. Wir können ihn mit Spenden unterstützen und so gute Beziehungen zu ihm aufbauen, und das machen wir auch. Ich habe gehört, dass die Muslimbruder-Jugend mich bei den Wahlen unterstützt hat, ich kann das natürlich nicht bestätigen, aber der Grund war wohl, dass sie einen sauberen Kandidaten unterstützen wollten, und da gab es nur einen Kollegen und mich. Die Muslimbrüder haben ihr Zentrum in [...] und dort bestimmen sie das politische Klima ganz deutlich. Ich glaube, dass die Leute die Muslimbrüder nicht sehr stark unterstützen, aber von der Sozialarbeit der Muslimbrüder sehr profitieren. Die Muslimbrüder stellen sehr viele junge Leute in Lohn und Brot in ihren eigenen Projekten, und das ist bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit eine wichtige Sache. Und diese jungen Leute tragen auch die Bewegung, sie sind die radikalen, der Rest nutzt die Dienste und betet, ist aber nicht aktiv" (SI8).

In diesem Beispiel sind selbst punktuelle Allianzen zwischen islamistischen Kräften und dezidiert linken Kandidaten möglich, die ihrerseits aktiv versuchen, ein positives Verhältnis zum politischen Gegner aufzubauen. Die klientelistische Handlungslogik und die Relevanz einer lokalen Einbettung führt auf der Mesoebene zur vollständigen Verwischung politischer Unterschiede. Das Prinzip der taktischen Allianz wird nicht nur zwischen Regierungspartei und Opposition gepflegt, sondern auch innerhalb des oppositionellen Lagers. Das unterstreicht zumindest für S die sehr schwache Position der organisierten Opposition im lokalpolitischen Machtgefüge. In D operieren Muslimbrüder und andere islamistische Gruppen überwiegend über lokale islamische NGO wie ein Mitglied der Tagammuʿ beschreibt:

> „Die Muslimbrüder sind natürlich im Viertel präsent, über ihre Moscheen und über ihre kleinen Gesundheits- und Religionszentren und sonstigen sozialen Aktivitäten. Aber sie geben sich sehr viel Mühe, nicht politisch aktiv zu werden oder als politisch aktiv aufzufallen. Das war auch vor 1992 hier nicht zu vergleichen mit Imbaba, das war hier sehr viel unauffälliger und nicht so aufgeladen. Aber sie sind natürlich da, zum Beispiel haben sie hier in einigen Vierteln die Straßenschilder angebracht, und wenn du jetzt durch die Gassen gehst, siehst du, dass an manchen Orten zwei Schilder hängen, eins von den Muslimbrüdern und eines von der Kommunalverwaltung, die sich danach genötigt sah, was zu unternehmen. Vor 1992 waren die radikalen Gruppen wirklich stark nur in Imbaba und in Assiut, überall sonst waren sie im Aufbau und im Werden. Die Repressionswelle nach 1992 hat viele dieser Keimzellen zerstört und den Aufbau neuer verhindert. Seit den Anschlägen auf Touristen distanzieren sich auch die einfachen Leute immer mehr davon,

Hindernisse, die sich seiner Arbeit in den Weg stellen könnten und knüpft Kontakte zu den lokalen Funktionsträgern des Staates.

> einfach, weil sie merken, dass der Terror ihnen auch nicht hilft, das ändert eben nichts. Ich glaube nicht, dass die Muslimbrüder hier durch Wahlen an die Regierung kämen, die meisten Ägypter hätten zugroße Befürchtungen" (DI1).

Zusammenfassend zeigt sich, dass islamische NGO aufgrund der hohen Motivation ihrer Mitglieder und des privaten Spendenaufkommens oft sehr erfolgreich und effizient sind. Sie bieten den Menschen in den Quartieren dringend benötigte soziale Dienstleitungen zu relativ niedrigen Preisen und in guter Qualität an und bauen bei erfolgreicher Arbeit so ein breites Netzwerk an KlientInnen, FreundInnen und FörderInnen auf, das sie wiederum sehr attraktiv für die organisierte Politik werden lässt. Die NGO werden so einerseits zu Klienten wichtiger PolitikerInnen und reproduzieren gleichzeitig klientelistische und undemokratische Abhängigkeitsverhältnisse im Umgang mit ihren armen KlientInnen (Rieger 1996:89). Der starke politische Druck hat die Handlungsspielräume der islamistischen Gruppen eingeschränkt, während die strukturelle Abhängigkeit islamischer NGO vom Staat und von Allianzen mit VertreterInnen der Regierungspartei dazu führt, dass sie in lokale klientelistische Netzwerke eingebunden sind, sie sogar aktiv pflegen und ihre Netzwerke im Wahlkampf auch NDP-Politikern zur Verfügung stellen können (Haenni, 'Eid' 1999; Ben Nefissa 2000). Über ihre Eingebundenheit in die lokalen Machtstrukturen sind islamistische NGO und die Gruppen, an die sie informell affiliiert sind, nicht in der Position, lokale Gegenhegemonien aufzubauen. Darin ähnelt ihre Situation der der legalen parteipolitisch organisierten Opposition. Im Gegensatz zu dieser verfügt die heterogene islamistische Bewegung zumindest über partiellen Zugang zu den an der gesellschaftlichen Basis zum Teil sehr effektiv arbeitenden islamischen NGO und den durch sie aufgebauten Klientelnetzwerken. Offen ist dabei die Frage, ob alle KlientInnen solcher NGO ohne weiteres auch als potentielle UnterstützerInnen der islamistischen Bewegung gelten können (Clark 1995:183). Die Konvergenz von sozialem Engagement und klandestinem, oppositionellem Aktivismus gilt meiner Einschätzung nach überwiegend für die jüngere Generation, die über ein hohes kulturelles Kapital verfügt. Aus Sicht der Armen habe ich kein besonderes Werben dieser Gruppen um verletzbare und ressourcenschwache Menschen feststellen können.

4.5 Lokale Institutionen des Staates

Da im Rahmen meiner empirischen Untersuchung eine ausführliche Befragung lokaler FunktionsträgerInnen in Verwaltung und Polizei nicht möglich war, stütze ich mich im folgenden, wie auch schon in anderen Abschnitten, auf die Einschätzungen meiner InterviewpartnerInnen und die Ergebnisse der mir zugänglichen Studien, die sich mit der kommunalen Ebene von Verwaltung und Polizei in Kairo beschäftigen (Ayubi 1980; Palmer et al. 1988; Mayfield 1996; 'Eid, Haenni 1998). Mayfield arbeitet vier Kennzeichen der kommunalen Verwaltung in Ägypten heraus. Erstens besteht ein Widerspruch zwischen dem juristisch festgeschriebenem administrativen Föderalismus und der tatsächlichen zentralistischen Entscheidungsstruktur. Lokale Administrationen setzen die ihnen durch die Ministerien zugehenden Entscheidungen und Planungsbeschlüsse um. Ihr Handlungsspielraum ist begrenzt (Mayfield 1996:78). Zweitens sind Regierungspartei und lokale Verwaltung eng verbunden, d.h. Exekutive und Legislative werden nicht voneinander getrennt (a.a.O.). Drittens sind lokale und nationale Verwaltungseinheiten zentrale Kontrollinstanzen für die Allokation öffentlicher Investitionen, was ihre besondere Relevanz und Attraktivität für lokale Akteure unterstreicht (a.a.O.:79). Viertens hebt Mayfield die starke Hierarchisierung zwischen kommunaler und nationaler Verwaltungsebene hervor (a.a.O.). Mayfields Analyse, nach der unterschiedliche, mit der lokalen Verwaltung verbundene Akteure, allen voran Mitglieder der NDP, um die durch die Verwaltung

bestimmte Verteilung knapper staatlicher Ressourcen konkurrieren, wird durch diese Untersuchung bestätigt:

> „[...] a kind of of imperfect pluralism exists at the local levels and is characterized by interactions between local individuals, voluntary organizations, and local administrative units, mainly over issues of consumption. Such interaction usually involves restricted and external access to the lower echelons either between or within levels of administration" (a.a.O.:35).

Im Rahmen dieses unvollständigen Pluralismus haben sich vor allem Notable mit höherem kulturellem Kapital, hinreichenden materiellen Ressourcen und Kontakten zur Regierungspartei auf der Mesoebene als wichtige Vermittler zwischen Verwaltung und lokalen Gemeinschaften etabliert. Während die Mittler auf der Mikroebene auf Bestechung als Zugangsmechanismus angewiesen sind, können die Notablen der Mesoebene aufgrund ihrer Einbettung in die lokalen Machstrukturen, die oft auch durch einen Sitz im Bezirksrat abgesichert ist, der Verwaltung gegenüber mit mehr Verhandlungsmacht auftreten.

Die gesetzliche Aufgabe der Bezirksräte besteht in der Aufstellung lokaler Budgets, der Kontrolle von Verwaltung und Behörden sowie der Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse der Bezirksräte. Grundlegend ist dafür das Gesetz Nr. 43 von 1979 ('Abd al-'Aziz 1998:1). Zentrale Aufgabengebiete des Bezirksrats beziehen sich auf die Instandhaltung und Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen auf der kommunalen Ebene, wie Wasser, Strom, Kanalisation, Straßenerhaltung, aber auch Schulen, Kindergärten und medizinische Versorgung. Dabei genießen die Bezirksräte de jure eine relativ hohe Autonomie (Mayfield 1996:112 f.).[231] De facto sind die Räte ihrer kontrollierenden und haushaltsrechtlichen Funktionen weitgehend enthoben. Die Budgets werden auf Gouvernoratsebene zentral durch die Verwaltung erstellt und können durch die Bezirksräte lediglich bestätigt werden (a.a.O.). Die Kontrolle der Verwaltung beschränkt sich auf die Möglichkeit, Anfragen zu stellen; Vetorechte bestehen seit 1981 nicht mehr. Dadurch kann die Exekutive nicht wirkungsvoll zur Rechenschaft gezogen werden, sondern die Bezirksräte müssen im Gegenteil als untergeordneter Teil der lokalen Exekutive aufgefasst werden. (Mayfield 1996:119; Ben Nefissa 1999:22 f.). Die Vervielfältigung potentieller Verantwortlichkeiten innerhalb dieses Systems führt zu einer komplexen und gleichzeitig diffusen Struktur von Zuständigkeiten und Handlungsspielräumen auf der kommunalen Ebene (Ben Nefissa 1999:23). Die von der NDP dominierten lokalen Institutionen gelten dabei als korrupt und ineffizient: „Elles sont synonymes de corruption, de passe-droits, de gaspillage des biens public, de négligence et de routine bureaucratique" (a.a.O.:22), wie auch einer der Interviewpartnerbetont:

> „Hier werden Millionen verschoben und diese Pfründe gibt man nicht gerne ab. Da werden bestimmten Firmen große Aufträge gegen sehr fette Kommissionen zugeschoben, da herrscht eine Vetternwirtschaft und das Geld fließt und fließt und zwar immer am Volk vorbei. Kein Wunder, dass die Regierung an Kontrolle und Partizipation nicht interessiert ist" (WI7).

Die Handlungslogik und das Politikverständnis insbesondere der NDP-Bezirksräte ähnelt dem bereits beschriebenen Verhältnis zwischen Parteimitglied und BürgerIn auf der kommunalen Ebene. Klientelnetze, die auf eng verknüpften formalen und informellen Strukturen ruhen, werden durch korruptive und kooptierende Kontakte in die Verwaltung hinein gestützt. Kommunalpolitiker sorgen für den Zugang zu öffentlichen Ressourcen:

> „Als Mitglied im Gouvernoratsparlament hilft man den Menschen dabei, ihre Probleme zu lösen. Wir sind für alle infrastrukturellen Dienste zuständig, und wir können auch Arbeit besorgen und haben natürlich beim Erdbeben sehr viel für die Menschen hier getan. Ich bin Mitglied in ver-

[231] Zu Hinweisen auf die historische Entwicklung kommunaler Selbstverwaltung in Ägypten siehe auch 'Abd al-'Aziz (1998).

> schiedenen Komitees, in dem für Beschwerden, für Wohnen und Sicherheit. Wir kümmern uns im Rat um alle Probleme der Bevölkerung, um ihre Beschwerden und bei Problemen mit der Routine und der Bürokratie, aber auch, wenn es ein Problem mit der Polizei gibt, können wir hilfreich zur Seite stehen. Zum Beispiel, wenn jemandem eine Wohnung zusteht, weil sein Haus einsturzbedroht ist, dann kann das sehr lange dauern, bis diese Wohnung tatsächlich da ist. Wir nutzen unsere Macht gegenüber der Verwaltung, um den Bürgern bei genau solchen Laufereien zu helfen und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen" (SI7).

In seiner Eigenschaft als Anwalt und NDP-Vorsitzender nutzt dieser Kommunalpolitiker die Arbeit im Bezirksrat dazu, sich als lokaler Notabler für die Parlamentswahlen zu qualifizieren. Bei vielen anderen sind Kompetenzen und Engagement begrenzt, wie selbst aktive NDP-Mitglieder aus S zugeben:

> „Natürlich ist es so, dass von den 22 Mitgliedern nur fünf oder sechs wirklich arbeiten, der Rest sind alles Namen, die für Posten und Prestige kandidieren. Sie haben keine Ahnung, wollen auch gar nicht, sondern was interessiert, ist die soziale Machtposition, die Menschen dadurch erreichen können" (SI8).

Dieser Handlungslogik können sich auch die wenigen oppositionellen Abgeordneten in W kaum entziehen. In den Interviews sprechen sie das Problem von Korruption und mangelhafter Sanktionsmacht gegenüber der Verwaltung an, nutzen ihren Posten jedoch auch, um durch kommunale Aktivitäten den ihnen nahestehenden MP der Tagammu' zu unterstützen, der wiederum dazu beiträgt, dass die lokale Verwaltung ihre Verhinderungsmacht nicht nutzt.

> „Der Unterschied zu früher ist, dass ich vor den Wahlen mit meinem eigenen Geld und meinen eigenen Kontakten geholfen habe, soweit es eben ging. Aber es gab natürlich viele Probleme, die außerhalb meiner Reichweite lagen. Als Mitglied des Bezirksrats kann ich auf andere Gelder und Institutionen zurückgreifen und Probleme im großen Maßstab angehen. Zum Beispiel gibt es hier ein Viertel, in dem es noch gar keine Kanalisation gibt. Wir konnten erreichen, dass die Lokalverwaltung für die Installation der Kanalisation dort 4 Mio. £E bereitstellt. Wir konnten auch erreichen, dass die Arbeiten sofort beginnen. Das sind natürlich Projekte, die man als Individuum nie initiieren kann" (WI6).

Zudem stellen die beiden Unabhängigen wichtige Informationskanäle für die organisierte Opposition in W dar, die so beispielsweise Haushalts- und Projektinformationen erhalten kann. Da die Kontrolle über die lokalen Ressourcen gleichzeitig auch die Kontrolle lokaler intermediärer AkteurInnen ermöglicht, zeigt sich der autoritäre Grundcharakter des politischen Systems auch auf der kommunalen Ebene. Stärkere Oppositionsbeteiligung könnte dem korruptiven System langfristig schaden, weil die Kooptationsmöglichkeiten mit steigender Masse sinken. Und obwohl die Kontrollkompetenzen der Bezirksräte ohnehin stark eingeschränkt sind und die Spitze der Verwaltungen oft von ehemaligen Polizeibeamten besetzt ist, die dem System loyal gegenüberstehen, muss die kommunale Hegemonie der NDP erhalten werden, weil sie die lokale Basis für die nationale Machtposition bildet, so meine These.

Die korruptiven Potentiale, die der Posten als Bezirksrat birgt, sind nicht nur Voraussetzung für den Aufbau lokaler Klientele und die persönliche Bereicherung, sie sind auch das sicherste Mittel der Kooptation kommunaler Führungspersönlichkeiten. Eine stärkere Beteiligung von Opposition und Unabhängigen bedroht die Pfründe alteingesessener NDP-Politiker, und sie würde auch eine bessere Kontrolle der Budgets und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung von Korruption und Betrug in sich bergen. Der Informationsfluss wäre transparenter, könnte an die lokale Basis zurückgebunden werden und dadurch auch Mobilisierungskraft entwickeln. Der Druck der Straße, der bei so existentiellen Fragen wie der Verlegung von Kanalisation oder Strom sicherlich zu erreichen wäre, würde Bezirksräte und MP unter starken Zugzwang setzen. Um eine

solche Liberalisierung zu verhindern, reicht die politische Demobilisierung und Kooptierung bis in die feinen Verästelungen kommunaler Politik hinein. An die Stelle legaler Oppositionsmöglichkeiten treten auch hier die informellen Kooptationsangebote des informellen sozialen Vertrags.

Diese Strukturen sind nicht ohne die Androhung und tatsächliche Ausübung struktureller Gewalt aufrechtzuerhalten. Die Analyse des Staatsverständnisses der Armen, aber auch die Ausführungen zur verletzbaren Position informeller HändlerInnen, haben gezeigt, dass die Polizei von armen und verletzbaren Gruppen oft als repressiv und willkürlich empfunden wird. Viele InterviewpartnerInnen berichten von unrechtmäßigen Verhaftungen, Festhalten von Verhafteten ohne Anzeige und Verfahren sowie Gewalt auf Polizeistationen. Soziale Ungleichheit und mangelnde demokratische Ausrichtung der Exekutive greifen ineinander:

> „Eine Haushälterin, eine Freundin von mir, die ihre drei Kinder so durchbringt, ist neulich verhaftet worden. Ihr Hausbesitzer hat sie beschuldigt, gestohlen zu haben. Hausbesitzer neigen dazu, immer erst die Putzfrauen und die Hausmeister zu verdächtigen. Die Polizei hat die Frau ohne weitere Vorwarnung abgeholt, und sie mit auf die Station genommen, um sie zu verhören. Sie war über 10 Stunden auf der Wache und niemand wusste, was mit ihr passiert. Und du weißt wie die Zustände da sind. Wie können die das nur machen, wie können die die einfach so abholen? Ohne Vorwarnung, ohne Beweise, ohne alles, nur weil der Hausbesitzer sagt, sie war's. Dabei war alles abgeschlossen, und es sind Kühlschrank und TV verschwunden. Ja, soll sie das denn auf ihrem Rücken da rausgetragen haben? So ein Quatsch. Die Arme, Gott sei mit ihr, Gott möge ihr helfen. Gott ist der einzige, der uns hilft und nicht vergisst, Gott ist mit uns, auch wenn die Welt schlecht ist. Gott ist mit den Kleinen und Schwachen" (K6).

Dennoch ist in informellen Siedlungen die Forderung nach einer eigenen Polizeistation ein wichtiger Punkt im kommunalen und nationalen Wahlkampf beispielweise in D gewesen. Trotz scharfer Kritik an der Polizei versprechen sich die BewohnerInnen von der stärkeren staatlichen Präsenz im Viertel mehr Sicherheit und eine Erleichterung der Behördengänge. W und S sind hingegen mit Polizeistationen ausgestattet. Dort besteht auch zum Teil noch ein unter Nasser aufgebautes Netz lokaler Beamter mit geheimdienstlichen und polizeilichen Kompetenzen. Dem so genannten *sheikh il-hara* (Scheikh der Gasse/des Quartiers) sind kleine Verwaltungseinheiten innerhalb des Bezirks zugeteilt. Er stellt Personalpapiere aus, ist für die Zustellung und Durchsetzung von Einberufungsbescheiden zuständig und unterstützt gleichzeitig die Polizei bei ihrer Suche nach Straftätern im Viertel. Während die Polizei eine ausgesprochene Männerdomäne ist, können Frauen den Posten *sheikhat al-hara* jedoch in Ausnahmefällen innehaben, wie el-Gawhary schildert (el-Gawhary 1997:28). Er zeigt, dass sich in der Funktion einer Mediatorin der Mikroebene – in diesem Fall einer Schneiderin – mit den polizeilichen und sozialen Funktionen überlagern. Ihre Schneiderwerkstatt ist ein sozialer Knotenpunkt im Viertel, von dem aus sie Konflikte löst oder Beschwerden annimmt, die sie den Behörden weitergibt (a.a.O.:28 f.). Als Notable der Mikro- und Mesoebene kann sie wichtiges soziales Kapital akkumulieren, das durch ihr Amt bestärkt und befördert wird. Frauen können immer wieder soziale Konventionen durchbrechen und zu wichtigen Akteurinnen auf der Mesoebene werden.

Der *sheikh il-hara* war bis in die 1980er Jahre der zentrale Mittler zu den staatlichen Bürokratien und gleichzeitig durch seine Ausstattung mit polizeilichen Kompetenzen eine naheliegende Vermittlungsinstanz auch in Konflikten. Mitte der 1990er Jahre erwähnen nur noch Interviewpartner aus S den *sheikh il-hara* als relevant für die Vermittlung zwischen Verwaltung, Polizei und Stadtteil. In den neuen informellen Vierteln gibt es diesen Posten nicht, und in den alten wird er zunehmend entwertet. Der im Rahmen dieser Untersuchung interviewte Inhaber eines solchen Postens scheint seine guten Kontakte zur

Polizei und den lokalen Behörden auch dazu genutzt zu haben, um sich über Korruption als Notabler für Polizeiangelegenheiten zu etablieren.

> „Wir überbringen offizielle Schreiben und Vorladungen sowohl der Polizei als auch der Verwaltung. Wir informieren die Polizei, wenn jemand gesucht wird und hier gemeldet ist. Dann finden wir heraus, ob er wirklich da ist und bringen ihn auch zur Polizei. Als *sheikh* habe ich das Recht, in Häuser hineinzugehen und Leute auch zu verhaften, wenn ein Haftbefehl vorliegt. Wir helfen bei der Verbrechensaufklärung, wir stehen der Polizei für Informationen und Durchsuchungen zur Verfügung. Und ganz wichtig sind wir auch für Rekrutierungsfragen, wenn junge Leute versuchen, dem Militär zu entgehen oder wenn man das Gefühl hat, ein Soldat macht länger Urlaub als er darf und so weiter. Aber wir helfen den Leuten auch bei familiären Problemen oder wenn sich Nachbarn streiten oder wenn junge Leute ein Problem haben. Und wir sind auch für Baugenehmigungen und Hausbesichtigungen zuständig, wenn jemand sein Haus vergrößern will und so weiter" (SI9).

Seine Rhetorik der Hilfe und Unterstützung wurde von meinem ebenfalls aus S stammenden Feldforschungsmitarbeiter folgendermaßen kommentiert:

> „Er macht nichts ohne Geld, er hilft Leuten dabei, Papierkram zu erledigen und nimmt dafür natürlich Geld. Das funktioniert so: Man bekommt eine Vorladung oder die Polizei will einen oder so, er überbringt das und dann kann man ihm Geld anbieten, dafür, dass er den Auftrag vergisst oder sagt, dass man gerade nicht da ist oder dass er einem hilft, die Sache ohne größeren Aufwand zu erledigen" (SI6).

Obwohl der hier interviewte *sheikh al-hara* einige Möglichkeiten der Ressourcenakkumulation hat, ist er dennoch im Vergleich zu den materiell sehr gut ausgestatteten Händlern in einer schwachen Position, wie seine widersprüchliche Antwort auf die Frage nach seinem Verhältnis zu den reichen, aber illegal Arbeitenden im Viertel, wie beispielsweise Drogenhändlern, zeigt:

> „Natürlich gibt es in meiner Arbeit keinen Unterschied zwischen Arm und Reich und Mächtig und Schwach. Alle müssen sich dem Gesetz beugen und wenn ich komme, müssen sie mir folgen. Natürlich gibt es Leute, mit denen man sich nicht unbedingt anlegen sollte, Leute, die bestimmte Methoden erfordern, und das weiß ich natürlich. Ich kenne hier jeden und weiß alles, ich weiß, wer mit Drogen handelt, wer Verbrechen begeht und so weiter. Na, und manche muss man eben anders behandeln als andere, und da kenne ich mich natürlich auch aus" (SI9).

Trotz seiner engen Anbindung an die Polizei kann der *sheikh il-hara* nur als sehr schwacher Vertreter staatlicher Ordnung auf der Mikroebene der unmittelbaren Nachbarschaft gelten. Sein überwiegend korruptiver Amtsstil macht ihn käuflich für die Reichen und Mächtigen. Dennoch verfügt er gegenüber den Armen und Verletzlichen im Viertel über eine gewisse Macht, da er als Stellvertreter der Staatsgewalt begrenzten Einfluss auf das Auftreten der Polizei im Konfliktfall nehmen kann. Für S lässt sich deshalb von einer starken Polizeipräsenz sprechen, die über die offen geheimdienstlich angelegten Strukturen der Mikro- und Mesoebene vermittelt wird.

Eng mit der Korruption der Polizei verbunden ist ihr mafia-ähnliches Pendant, die so genannte *baltaga*. Die offizielle Berichterstattung über diese Form der Gewalt durch käufliche Schlägertrupps, die bereits bei den Parlamentswahlen 1995 eine wichtige Rolle spielte (Büttner 1996; Gamblin 1997), beginnt beispielsweise im Ahram-Strategiebericht mit der Ausgabe von 1997. Dort wird *baltagiya* wahlweise als gesellschaftliche Gewalt, gemietete Gewalt beziehungsweise ungeregelte Gewalt (*'ashwa'i*) bezeichnet (al-ahram 1997:311 ff.). Der Bericht führt einige Beispiele von Konflikten auf, in denen bezahlte Gewalttäter auch gegen die Polizei vorgingen (a.a.O.). Die Interviewpartner aus den untersuchten Stadtteilen schildern eine zum Teil offene Zusammenarbeit dieser Gruppen mit der Polizei. Da mir kein schriftliches Material zu diesem Thema vorliegt, möchte ich die Interviewpartner an dieser Stelle ausführlich zitieren, um diesen in der Forschung bisher vernachlässigten

Aspekt lokaler Machtstrukturen zu verdeutlichen. Am Beispiel D zeigt sich zum einen ein Strukturwandel der Tätigkeiten dieser mafia-artigen Gruppen und zum anderen die Unterscheidung von den kleinen Mafiosi der Mikroebene und ihren reichen und mächtigen Pendants auf der Mesoebene.

> „Die *baltagiya* war noch vor 7 oder 8 Jahren vor allem damit beschäftigt, Schutzgelder von Läden und Marktständen einzusammeln. Und natürlich im Drogenhandel, als Mietschlägertrupps oder sogar als gemietete Mörderbanden. Das kann man alles bekommen, gegen Geld. Im Drogenhandel ist das so, dass die Polizei natürlich weiß, wer mit Drogen handelt, und wenn sie mal einen fassen, dann versuchen sie ihn entweder zu einem Spitzel zu machen, oder sie verhandeln mit ihm über die Summe der gefundenen Drogen. Dann verkaufen sie es selbst weiter, oder sie heben es auf, damit sie ihre Quote erfüllen. Die meisten Polizisten müssen regelmäßig Erfolge vorweisen und dann ist es wichtig, dass man immer einen Dealer am Schlafittchen hat. Das sind natürlich alles nur kleine Fische. Heute arbeiten die fast alle im Minibusgeschäft.[232] Das funktioniert etwa so: Ein bekannter Kleinkrimineller ist wieder mal festgenommen worden und der Polizeioffizier will ihn ruhig stellen. Er bietet ihm an, eine Haltestelle zu beaufsichtigen. Dazu wird er von der Gouvernoratsverwaltung beauftragt und mit *karta*, kleinen Bons, die als Quittung und Beleg dienen, ausgestattet. Diese Bons muss jeder Fahrer für 25 oder 50 Qirsch (ca. 13 Cent) für jede Tour erwerben, das Geld sammelt der *baltagi* ein und gibt es am Abend oder im Monat ab, je nachdem, wie viele Bons er verteilt hat. Natürlich ist dieses System sehr flexibel und man muss davon ausgehen, dass die Regierung nur ein Minimum der Steuergelder sieht, weil die Jungs natürlich auch in die eigene Tasche wirtschaften, indem sie Geld einsammeln, ohne dass die Fahrer einen Beleg erhalten. Um das durchzusetzen, engagiert der Hauptschläger zwischen 10 und 15 weitere Schlägertypen, die für ihn auf Tageslohnbasis arbeiten und dafür zuständig sind, dass alle zahlen und niemand versucht, ohne seinen Beitrag abzufahren. Falls Fahrer nicht willig sind, kann man ihnen die Scheibe einwerfen, so eine Scheibe kostet 1.000 £E, und das ist dann eine echte Bürde und hilft zu raschem Wohlverhalten. Oder man kann die Reifen aufstechen oder den Fahrer verprügeln, der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt. Gleichzeitig muss der *balatgi* auch noch seinen Polizeioffizier bezahlen und vielleicht noch einige andere. Um überhaupt die Lizenz zu erhalten, muss er auch an oberster Stelle bestechen. Man muss davon ausgehen, dass diese ganzen hinterzogenen oder erpressten Gelder bis nach ganz oben in die Gouvernoratsverwaltung verteilt werden. So macht der lokale *baltagi* zwar ein gutes Geschäft, kann aber nicht alles für sich behalten, weil er eben auch von der Polizei abhängig ist. In diesem Bereich arbeitet noch ein anderer Typ *baltagi*, das ist der Bekehrte, der um sein Problem zu lösen, sich bereit erklärt, direkt als Informant für die Polizei zu arbeiten. Diese Leute sammeln auch Geld ein, aber nicht für jede Tour, sondern vielleicht von jedem Fahrer ein oder zwei Mal am Tag. Ihr Druckmittel ist der direkte Draht zur Polizei, für sie ist es ein Leichtes, die Fahrer zu kontrollieren, zur Polizeistation vorzuladen, das Auto auseinander zu nehmen, Genehmigungen zu entziehen und so weiter. Und weil das ein hoher Verlust für jeden Fahrer ist, bezahlen die meisten eben. Früher war diese Sache ganz in Regierungshänden und ein Staatsbeamter hatte die Steuererhebungslizenz und hat das Geld eingesammelt. Aber weil die Leute pfiffig waren und dieses Papier leicht zu fälschen, hat die Regierung im Verhältnis wenig Geld gesehen. Also haben sie beschlossen, die Sache zu privatisieren, wenn du willst, und gleichzeitig immer noch davon zu profitieren" (DI4).

Beruhten diese Mafiastrukturen früher auf Schutzgelderpressungen von lokalen HändlerInnen, so sind einige der lokalen Kleinkriminellen heute in ein lukratives Geschäft zwischen Polizei und Verwaltung eingebunden. Das Beispiel bestätigt die von Pawelka aufgestellte These der Abwälzung von Patronagekosten auf die Gesellschaft (Pawelka 1993). Hier werden durch den Einsatz privater Gewalt, die durch den Staat kontrolliert wird,

[232] In der gesamten Stadt existiert neben den Buslinien der offiziellen Verkehrsbetriebe ein inoffizielles, aber weitgehend lizenziertes System privater Minibusbetreiber, die im Linienverkehr die neuen informellen Stadtteile mit der Innenstadt verbinden. In den noch von staatlicher Regulierung abgeschnittenen Teilen mancher informellen Siedlungen besteht dieses System ohne offizielle Lizenzierung.

Steuergelder erpresst, die die Bürokratie nicht hätte eintreiben können. Gleichzeitig werden bestimmten Akteuren weitgehende informelle Handlungsspielräume der Bereicherung eingeräumt. Der Zugriff auf polizeiliche und selbstorganisierte private Gewalt stellen die Hauptressourcen dieser Männer dar. Ihr Erfolg beruht auf Korruptionsketten, die bis in die höchsten Etagen von Polizei und Verwaltung reichen.

> „So waren die Kontrollfunktionen der Ministerien mit zahllosen illegalen [...] Bereicherungsmöglichkeiten verknüpft, die der Staat nicht nur duldete, sondern regelrecht nutzte, um seine Klienten materiell abzustützen. Ganze Behördenteile des Innenministeriums wurden im Rahmen des internationalen Rauschgifthandels (Transit) alimentiert" (a.a.O.:140).

Die ursprünglich informellen Minibussysteme, die an eine ineffiziente Lizenzierungsbehörde gekoppelt wurden, werden damit zu Ressourcen, die der Staat abschöpfen und gleichzeitig verteilen kann, wenn die Eintreibung der Gelder privatisiert wird. Ein anderer Interviewpartner verweist auf den Zusammenhang von *baltagiya* und *futuwwa*:

> „Die *baltagiya* spielt natürlich eine Rolle in D. Es gibt eine Reihe von Namen, die hier bekannt sind wie [...]. Das sind natürlich Kriminelle, sie sind in jede Art von Drogenhandel und andere verbotene Geschäfte verwickelt. Aber gleichzeitig sind sie auch so was wie Volkshelden, denn auf ihre Weise stellen sie sich gegen das System und die Regierung, und das gefällt den Leuten natürlich. Und Parlamentskandidaten benutzen sie zeitweise als ihre starken Männer, wenn sie denken, dass sie so was brauchen. Von daher kooperieren sie auch mit der Regierung, das kann sehr nützlich sein, gerade, wenn man so viel mit der Polizei zu tun hat, wie diese Leute. Diese Männer haben ein bisschen eine Rolle wie die *futtuwa* von früher, aber es äußert sich als *baltagiya*" (DI1).

Es ist aber davon auszugehen, dass das widerständige Verhältnis dieser Männer zum Staat als rein rhetorische Anknüpfung an traditionelle Vorbilder der alten islamischen Stadt gelten muss. Ihre wichtige Rolle bei den Parlamentswahlen von 1995, bei denen sie MP mit Gewalt und ihren illegal erwirtschafteten Reichtümern beim Wahlkampf „unterstützten", zeigt im Gegenteil, dass sie über diese Aktivitäten in staatliche Institutionen inkorporiert werden, sogar staatliche Ordnungsfunktionen wie das Eintreiben von Lizenzgeldern übernehmen. Die Interviewpartner aus S und W bestätigen für ihre Viertel ähnliche Prozesse. Der Interviewpartner aus W betont den Funktionswandel der *baltaga*, die zunehmend stärker im Drogenhandel, im Minibusgeschäft und über bezahlte Schlägertruppen agiert, während früher Schutzgelderpressungen vorgeherrscht haben:

> „Früher gab es mehr *baltaga* im Viertel als heute. Weil die Leute so arm sind, weil die Polizei präsenter ist und weil sich soziale Strukturen insgesamt auflösen, kann die *baltaga* nicht mehr so viel machen. Die sind heute zum einen im Drogenhandel tätig – da spielen die als Spitzel der Polizei eine wichtige Rolle, denn jeder Dealer muss sie dafür bezahlen, dass sie dealen dürfen, Schutzgeld sozusagen, aber an die Polizei. Und als gedungene Schlägerbanden, manchmal auch als Mörder und im Minibusgeschäft. Der hiesige heißt Abdallah Karta. Und dann gibt es noch individuelle *baltaga* seitens der Leute etwa, die einen Laden haben und den Händlern, die auf dem Bürgersteig davor verkaufen, Geld abknöpfen, weil sie eigentlich ein Recht auf einen leeren Bürgersteig haben. Das handhaben einzelne Besitzer jeweils unterschiedlich" (W5).

Die früher von der *baltaga* auch übernommenen sozialen Ordnungsfunktionen sind in W überwiegend an die Polizei übergegangen, die von diesem Interviewpartner als durchgehend korrupt beschrieben wird. Vor dem Hintergrund privatisierter Gewaltausübung wird deutlich, warum die Bereitstellung örtlicher Polizeistationen trotz negativer Erfahrungen mit der Polizei für die lokale Bevölkerung so wichtig ist.[233] Aus Sicht der BürgerInnen ist der Umgang mit einer korrupten Polizei den weniger kontrollierbaren und gewaltbereiteren Mafiastrukturen vorzuziehen. Das 1998 verabschiedete „Gesetz gegen Willkür und

[233] Im ahram-Bericht wird beispielsweise von einer Initiative von Privatleuten berichtet, die Land in einer der neuen Städte gekauft haben, um dort die Errichtung einer Polizeistation zu ermöglichen (al-ahram 1997:314).

Gewalttätigkeit", das Einschüchterung unter Gewaltandrohung unter Strafe stellt, richtet sich explizit gegen die *baltaga*. Die Opposition hat dieses Gesetz stark kritisiert, weil das Delikt bereits durch andere Gesetze abgedeckt sei und hier die Gefahr von Machtmissbrauch bestehe (Koszinowski 1999:43). Einige meiner InterviewpartnerInnen äußerten ebenfalls die Befürchtung, dass dieses Gesetz gegen arme und verletzbare Gruppen Anwendung finden könnte, die sich beispielsweise gegen die Räumung informeller Siedlungen wehren. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Gesetz spezifisch für die Aufstands- und Protestbekämpfung in armen Vierteln eingesetzt werden wird.

4.6 Retraditionalisierung der Politik?

Das kommunale Feld hat sich als ein differenziertes Geflecht unterschiedlicher AkteurInnen, Institutionen, Organisationen und Netzwerke erwiesen (siehe Schaubild auf S.251). Zentrales Merkmal ist seine Pluralität, die sich durch ein Nebeneinander unterschiedlicher alter und neuer, sowie formaler und informeller Institutionen auszeichnet. „Das Zentrum der Macht" ist als eher diffuses Geflecht konkurrierender Akteure erkennbar geworden. Innerhalb und außerhalb der NDP rivalisieren insbesondere ökonomisch potente neue Akteure mit hohem kulturellem Kapital um den Zugriff auf die korruptiven Potenziale und Bereicherungsmöglichkeiten, die die eng verflochtene lokale Exekutive und Legislative bieten können. Allerdings handelt es sich dabei um eine Pluralisierung ohne Liberalisierung, denn bisher hat das Regime die lokalen Akteure stets an ihrer endgültigen Verselbständigung hindern können.

Die knappe Ressource der lokalen Patrone besteht entsprechend in ihrer Kapazität, Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Aus Sicht der Armen zeigen sich diese Patrone jedoch als Agenten eines Klientelismus ohne Klientel, der keine langfristigen und stabilen Loyalitäten aufbauen kann, sondern im Angesicht autoritärer Strukturen nur an der persönlichen Bereicherung interessiert ist. BürgerInnen reagieren darauf mit Legitimationsentzug, so dass das Verhältnis zwischen Patron und KlientIn als eines der gegenseitigen Manipulation gekennzeichnet werden kann.

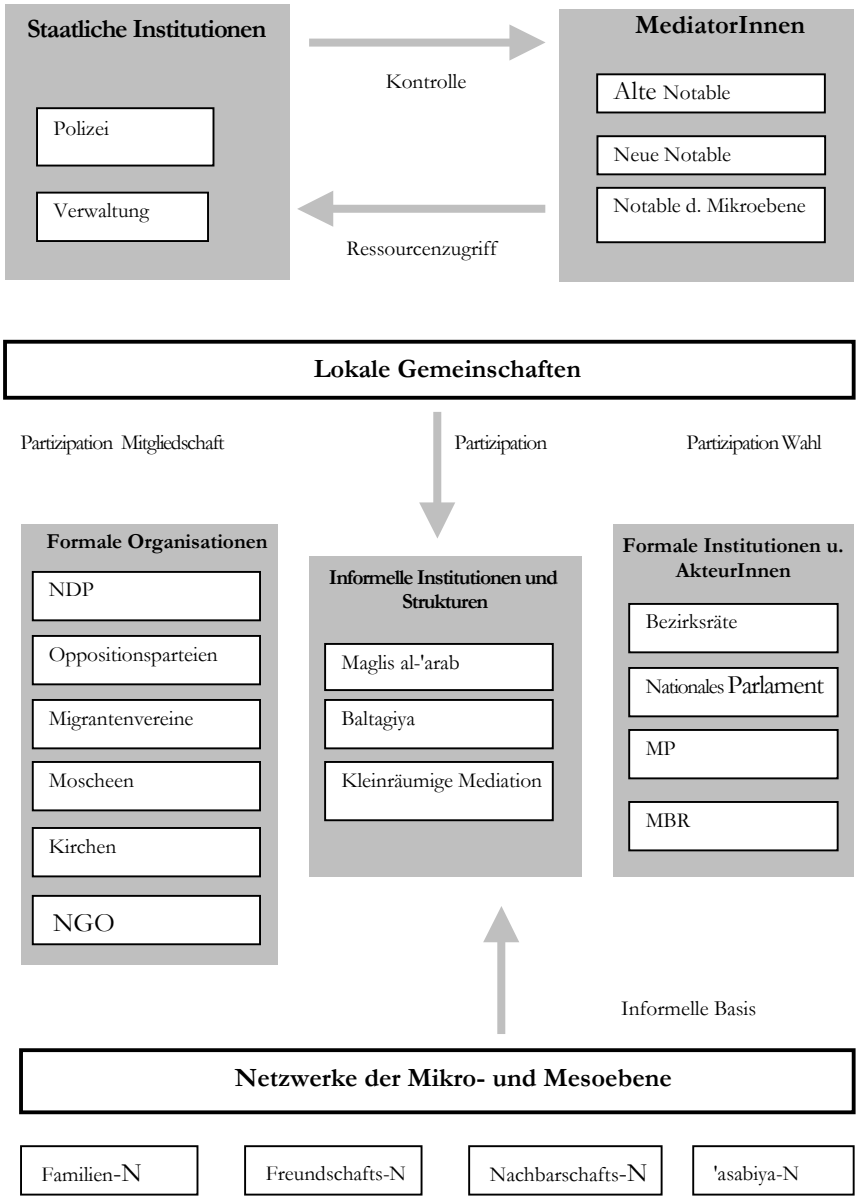
Die Netzwerkanalyse zeigt besonders eindrücklich, wie informelle Netzwerke der Meso- und Mikroebene den scheinbar unsichtbaren Untergrund für formale Organisationen und Institutionen bilden. Die Netzwerke erweisen sich dabei gleichermaßen als Mobilisierungs-, Kontroll- und Verteilungsinstrumente. Formale Partizipationsformen werden so informell angereichert: informelle Netze und staatliche Institutionen sind durch AkteurInnen und die diskursive Einschreibung in klientelistische Logiken miteinander verbunden. Zugleich haben sich die informellen Strukturen als hochgradig formalisierte und strukturierte gezeigt: insbesondere die Konfliktvermittlung in arabischen Versammlungen unterliegt einem komplexen Regelwerk. Informelle Strukturen wie etwa Migrationsnetzwerke haben sich als Integrationsmechanismen erwiesen, die auf der Mikroebene Frauen weitgehend einschließen. Auf der Mesoebene jedoch reproduziert sich ein Geschlechterverhältnis, das den legitimen Übergang von Frauen in die Sphäre des „Politischen" strukturell erschwert. Notabilität und kommunale Eliten bleiben bis auf die profilierten Frauen aus den Vorständen von NGO und Frauenkommitees weitgehend männlich dominiert. Die Wichtigkeit von Diskursen der Erneuerung durch Tradition engt die Handlungsmöglichkeiten von Frauen zusätzlich ein, da ein solches konservatives Verständnis von Geschlechterrollen die Partizipation von Frauen behindert.

Der diskursive Rückbezug auf die zunehmend konstruierten denn materiell nachweisbaren lokalen Identitäten und Solidaritäten der *'asabiya* erweist sich als besonders wirksames Scharnier zwischen unterschiedlichen Akteuren und Netzwerken. Dabei wird gerade im städtischen Raum die Konstruiertheit dieser regionalen Identitäten sichtbar, die

sich nach Außen und Innen in immer feineren regionalen Differenzierungen, denen keine materiellen Unterschiede zugrunde liegen, abgrenzt. Darin liegt das spezifisch Moderne der *'asabiya* im gegenwärtigen politischen System Ägyptens. Die *'asabiya* lässt sich auch als Prozess der „Ethnisierung" von regionalen und sozialen Unterschieden lesen, der Strukturen der sozialen Ungleichheit aufnimmt und verschärfen kann. Zugleich ist aber auch deutlich geworden, dass die Verbreitung und Tragfähigkeit von *'asabiya*-Netzwerken von Stadtteil zu Stadtteil schwankt. Der Bezug auf diese Konzepte hängt deshalb entscheidend davon ab, ob die stetige Neuerfindung von Solidaritäten und Identitäten auch auf der Mesoebene gelingt. Da südägyptische Traditionen nicht in allen Stadteilen gepflegt werden, kann von einer umfassenden, materiell fundierten Retraditionalisierung von Politik nicht ausgegangen werden, wohl aber von starken diskursiven Bezügen auf die Tradition.

Die Nutzung dieser Diskurse bezieht sich jedoch auf den modernen Nationalstaat und die spezifischen Mechanismen des ägyptischen autoritären Systems. Meine These ist deshalb, dass sie weder als traditionalistischer Rest unvollständiger institutioneller Modernisierung noch als reiner Ersatz für ineffiziente staatliche Strukturen gelten können. Hier vollzieht sich weniger eine Re-Traditionalisierung als die diskursive Verschleierung von Modernisierung und Transformation im sozialen Vertrag der Informalität. Die Relevanz von *'asabiya*-Netzwerken ist nicht neu, aber ihre Funktionen für das politische System haben sich verändert. Angesichts einer Tendenz, Demokratie zu inszenieren, aber die Folgen ernstzunehmender Partizipation und Mobilisierung zu fürchten, entfaltet der Rückbezug auf die Tradition gleichermaßen Legitimität und entpolitisierende Wirkungen. Die Mobilisierung über informelle Netzwerke, deren Vertreter in formale Organisationen kooptiert werden können, zieht weitreichenden und berechtigten Zweifel an den Möglichkeiten bürgerschaftlicher Teilhabe in diesem System nach sich. Klientelismus ohne Klientel ist so auch Ausdruck eines gelungenen Prozesses der Entleerung dauerhafter Bindungen, die sich immer auch gegen den Staat richten könnten. Daraus ergibt sich das starke Interesse an der Kontrolle dieser Strukturen. Idealtypisch betrachtet, stellen StaatsbürgerInnenschaft und *'asabiya* zwei entgegengesetzte Modelle sozialer und politischer Integration dar. *'asabiya* steht dabei für die personalistische, exklusive, geschlechterdifferente, informelle und über Netzwerke vermittelte Teilhabe. Das Konzept von Staatsbürgerschaft hingegen repräsentiert den de-personalisierten, inklusiven, dem Anspruch nach geschlechterdemokratischen und individualistisch-formalen Teilhabemodus. Im sozialen Vertrag der Informalität, dessen Ziel Machterhalt durch Entleerung des Politischen, Klientelismus, Demobilisierung und Kooptation ist, entfaltet der Diskurs und die Praxis der *'asabiya* eine Möglichkeit entpolitisierter und informalisierter Teilhabe anstelle staatsbürgerlicher Rechte.

Schaubild 2: AkteurInnen und Organisationen



5 Interaktion auf der Mesoebene: Die Kommunalwahlen 1997

Abschließend soll am Beispiel der Kommunalwahlen von 1997 die Interaktion der eben vorgestellten intermediären Akteure und Organisationen in den Stadtteilen S, W und D analysiert werden. Dabei lässt sich zum einen die These von der „Pluralisierung ohne Liberalisierung" des lokalen Feldes konkretisieren: eine Vielzahl unterschiedlicher AkteurInnen nutzt die formalen Organisationen und informellen Netzwerke der Mesoebene für die Interessensartikulation und -durchsetzung. Die Vormachtstellung der NDP wird dadurch jedoch nicht grundlegend infrage gestellt. Zum anderen lässt sich die These belegen, dass die Strukturen und Handlungslogiken der kommunalen Ebene Aufschluss für das Verständnis nationaler Politik und der Perspektiven von Transformation geben können. Der soziale Vertrag der Informalität erweist sich gerade hier als funktionierendes Instrument der Einhegung und Kontrolle lokaler Tendenzen zur Verselbständigung. Ausgelöst wurden diese Tendenzen durch das Ineinandergreifen unterschiedlicher Faktoren: die Öffnung für unabhängige Kandidaturen nach einem Verfassungsgerichtsurteil von 1986, der große Erfolg islamistischer Kandidaten bei den Wahlen von 1987 und 1992 (Ben Nefissa 1999) und die Herausbildung neuer lokaler Notablen mit ökonomischen und sozialen Ressourcen, die nach eigenen Möglichkeiten der Teilhabe an den Ressourcenflüssen suchten. Bevor die KandidatInnen und ihre Motivationen, die Abläufe während der Wahl, die Rolle von Armen als WahlhelferInnen und die Arbeit im Bezirksrat geschildert werden, sollen zunächst die rechtlichen und technischen Hintergründe der Wahlen von 1997 erläutertwerden.

Die ägyptischen Kommunalwahlen finden alle vier Jahre statt, zuletzt am 7. April 1997, nachdem die ursprünglich für 1996 regulär geplanten Wahlen mehrmals verschoben worden waren. Gewählt werden von allen Wahlberechtigten zwei Kammern: das *maglis il-hai* (Bezirksrat) und das *maglis il-muhafza* (Gouvernoratsparlament). Der Bezirksrat ist die kommunalpolitische Instanz, die auf der Ebene des Verwaltungbezirks, des *hai*, agiert. Es hat in jedem Verwaltungsbezirk 18 gewählte Mitglieder. Die Abgeordneten des Gouvernoratsparlaments vertreten die Stadtbezirke auf der Ebene des Gouvernorats als nächsthöherer Verwaltungsinstanz. Sie bilden mit 10 gewählten Abgeordneten die „Länderkammer" innerhalb des Gouvernorats. JedeR Wahlberechtigte hat maximal 18 Stimmen, 13 für den Bezirksrat und 5 für das Gouvernoratsparlament. Gewählt wird in nur einem Wahlgang nach dem Mehrheitswahlrecht. Kandidaturen können auf Parteilisten und als unabhängige Einzelkandidaturen erfolgen.[234]

Auch 1997 konnte die NDP ihre Mehrheiten trotz einer breiteren Konkurrenz um die Stimmen der BürgerInnen erhalten. Landesweit traten 57.000 Personen zu den Kommunalwahlen an, darunter 663 Frauen (8,6%). In Kairo kandidierten 1.800 Personen zu den Kommunalwahlen, darunter 77 Frauen. 75% der KandidatInnen entstammten der NDP, gefolgt von unabhängigen KandidatInnen und KandidatInnen der Oppositionsparteien (Badran 1997a:24). Die NDP errang 94,4% der insgesamt 47.382 Sitze. Die Wafd-Partei, die Umma-Partei und die Muslimbrüder boykottierten die Wahlen, während die anderen politischen Parteien sowie unabhängige KandidatInnen sich in einigen Stadtteilen an den Wahlen beteiligten (Badran 1997a:24; Koszinowski 1998:44). Das algerische Beispiel, in dem die Islamisten über die Lokalpolitik in die nationale Politik gelangten, hat bei den Wahlen von 1997 dazu geführt, dass das Regime über Repression islamistische Kandida-

[234] Der Wahlkampf begann offiziell am 23. Februar 1997, bis zum 4. März konnten Kandidaturen angemeldet werden und zwischen dem 5. und 18. März gegen Kandidaturen Einspruch erhoben werden. Der Rückzug der Kandidatur war zwischen dem 19. und 29. März möglich, der Wahltag selbst war der 7. April 1997. Diese Fristen galten für alle Wahlbezirke. Anders als bei den Nationalwahlen gab es auch nur einen Wahlgang.

ten bis auf wenige Ausnahmen strukturell von der Teilnahme an den Wahlen zumindest in Kairo ausschließen konnte. 'Abdel al-'Aziz gibt an, dass die NDP 49% aller Sitze ohne jede Oppositionsbeteiligung erlangen konnte. In den verbleibenden Bezirken konkurrierten 23.000 NDP-Abgeordnete mit 11.000 OppositionskandidatInnen und Unabhängigen ('Abd al-'Aziz 1998:12). Frauen sind bei den Kommunalwahlen und in den Bezirksräten stark unterrepräsentiert. Erneut zeigt sich der geschlechtsspezifisch eingeschränkte Zugang zu partizipativen *entitlements*, der Frauen strukturell von breiter Repräsentation ausschließt (Harders 1995; Badran 1997a; El-Abnoudy 1998). Dabei mangelt es aktiven Lokalpolitikerinnen weniger an Ressourcen, denn an parteipolitischer und gesellschaftlicher Unterstützung. So stellt Badran fest, dass die Frauen, die zu den Kommunalwahlen antraten, fast alle über Erfahrungen in der Sozialarbeit verfügen. Die meisten waren zudem Vorsitzende der Frauenkomitees der NDP in den betreffenden Bezirken (Badran 1997a:35 f.). Nur 4% der kandidierenden Frauen traten als unabhängige Kandidatinnen an, 96% wurden von Parteien nominiert. Von diesen waren nur 9% Vertreterinnen von Oppositionsparteien (a.a.O.).

Bezogen auf die hier untersuchten Stadtteile ergibt sich folgendes Bild: In W stellte sich ein Oppositionsbündnis von 22 Personen zur Wahl, getragen vor allem von Mitgliedern der Tagammu' (8), den NasseristInnen (4), zwei linken Unabhängigen und acht unabhängigen NDP-nahen KandidatInnen, darunter eine Frau. Außerdem kandidierten zwei NDP-Listen mit jeweils 28 Kandidaten und 12 Einzelpersonen. Nur zwei der insgesamt 22 Oppositions-KandidatInnen erlangten einen Sitz im Bezirksrat. Es handelt sich dabei um zwei Unabhängige mit Verbindungen zur Tagammu'-Partei. Im zu D gehörigen Bezirk sind insgesamt 72 KandidatInnen zu den Lokalwahlen angetreten: 51 für das Bezirksrat und 21 für das Gouvernoratsparlament, davon stammen je 14 beziehungsweise vier aus D. In D kandidierte nur eine Frau zu den Wahlen. Es waren drei politische Strömungen vertreten: Die Regierungspartei NDP, die Unabhängigen, von denen ein Großteil als NDP-nah gilt und die Opposition in Form eines Tagammu'-Kandidaten aus D sowie eines Kandidaten der islamistischen Arbeiterpartei im Bezirk. Die NDP ging erwartungsgemäß siegreich aus den Wahlen hervor: Im Bezirksrat sind 13 NDP-Mitglieder und fünf NDP-nahe Unabhängige vertreten, im Gouvernoratsparlament konnte die NDP alle 10 Sitze gewinnen. Von den 28 gewählten Kommunalpolitikern stammen nur vier aus D, drei von ihnen sind im Bezirksrat und einer ist im Gouvernoratsparlament vertreten ('Eid, Haenni 1998). In S traten zwei linke Kandidaten als Unabhängige an. Außerdem stellte sich eine offizielle Parteiliste der NDP zur Wahl, sowie „Unabhängige", die nicht von der Partei aufgestellt worden waren.[235] Die NDP konnte auch hier ihre absolute Mehrheit im Bezirksrat verteidigen.

5.1 KommunalpolitikerInnen als „Diener des Volkes"

> „Wenn man sich für die Wahlen aufstellen lässt, dann muss man sein Viertel gut kennen und wissen, was dort gefordert ist. Man muss die Leute kennen, man muss gebildet sein und man muss den Leuten helfen wollen, das ist das wichtigste. Von diesen Bedingungen sollte man natürlich alle erfüllen: Aus Perspektive der Wähler ist am wichtigsten, dass man aus dem Viertel stammt und dass man saubere Hände hat" (DI7).

Ähnlich wie Parlamentarier und die Notable der Mikro- und Mesoebene, schreiben sich auch KommunalpolitikerInnen in den religiös aufgeladenen Diskurs des Altruismus und der Solidarität ein. Politik erscheint in diesen Repräsentationen als Hilfsleistung und nicht als Prozess demokratischer Aushandlung widerstreitender Interessen. Diese Diskurse

[235] Genaue Angaben über die Kandidaturen in S waren leider nicht verfügbar.

spiegeln die gesellschaftlichen und politischen Realitäten des scheindemokratisierten Autoritarismus. In den lokalen Strukturen kommt dies deutlicher zum Vorschein. Die „sauberen Hände" sind eine wiederkehrende rhetorische Figur, die auf die Kritik vieler InterviewpartnerInnen auch dieser Studie an Korruption bezug nimmt. Sie widerspricht jedoch sowohl der Praxis der PolitikerInnen als auch den Erwartungen der WählerInnen widerspricht. Da Hilfsbereitschaft oft nur ein Synonym für die Bereitschaft zum Einsatz korruptiver Kontakte ist, aus denen PolitikerInnen und WählerInnen Gewinn schöpfen, ist die Bereitschaft zur Korruption meistens die Voraussetzung für den Wahlsieg. Vor diesem Hintergrund, so argumentiert Ben Nefissa, wurden die Islamisten durch die glaubwürdige Etablierung eines Diskurs der Sauberkeit und der moralischen Erneuerung besonders attraktiv: „Au fond, l'électeur qui vote islamiste ne vote pas pour un programme, ni pour une idéologie mais pour des individus dont il pense qu'ils ne sont pas „corrompus" car ils ont un credo moral" (Ben Nefissa 2000:24).

Der zweite wichtige Bezugspunkt des Kommunalwahlkampfes ist der auf den Stadtteil, die Gemeinde, oder das Viertel. Die KandidatInnen stellen sich dabei in den Kontext der *'asabiya*: aus Gemeinsamkeiten erwächst Solidarität, Zuverlässigkeit und Einsatz für die „eigenen Leute", so die Logik der Einschreibung in diesen Diskurs. Auch hier zeigt sich *'asabiya* zumeist als genuin modernes Konzept, denn die „Gemeinsamkeiten" zwischen Kandidatin und Wähler können in vielen Fällen nur durch die Rede darüber hergestellt werden. Zwar verfügen einige KandidatInnen über substantielle Netzwerke der regionalen Solidarität, doch müssen viele andere sie unter Hinweis auf die gemeinsame Herkunft aus dem Viertel erst aufbauen. Das Konzept der *'asabiya* bzw. seine moderne Nutzung im Sinne einer imaginierten lokalen Identität entfaltet besonders in den informellen Squattervierteln eine wichtige Wirkung. Denn durch diese diskursiven Strategien werden noch ganz junge städtische Gemeinschaften und Viertel in Abgrenzung zu anderen oft erst geschaffen bzw. erschaffen sich im Diskurs selbst. Die moderne *'asabiya* des Stadtteils wird so vor allem an diesen Orten zu wichtigen Bezugspunkten für Identitätskonstruktionen, die wiederum die Voraussetzung für politische Mobilisierung bilden.

Jenseits dieser diskursiven Strategien setzen die Kandidaten und Kandidatinnen auch handfeste materielle und symbolische Kapitalien ein. Das Beispiel des Kandidaten Mustafa aus D zeigt, wie unterschiedliche Ressourcen und Netzwerke genutzt werden, um den Wahlerfolg abzusichern. Er ist durch seine Arbeit als Anwalt, Mediator und NGO-Aktivist zur Lokalpolitik gelangt und hat 1997 zum ersten Mal zu den Wahlen kandidiert:

> „Ich bin Anwalt und als solcher kenne ich mich natürlich gut in Rechtssachen aus, theoretisch und praktisch durch meine Arbeit als Anwalt. Aber jenseits dessen muss man den Leuten helfen wollen, und das nicht nur um der Politik willen. Man muss ein offenes Ohr für Leute haben, und das hatte ich auch schon vorher. Durch meine Arbeit als Anwalt sehe und höre ich viel, und ich kann auch oft helfen, weil Leute Anwälte brauchen oder rechtlichen Rat" (DI7).

Mustafa nutzt seine professionellen Kontakte, er bezieht sich als moderner Notable stärker auf sein kulturelles, denn auf sein soziales und symbolisches Kapital. Als Anwalt baut er über seine berufliche Tätigkeit ein Netz von Kontakten im Viertel auf, das er für den Wahlkampf nutzt. Professionelles und sozio-politisches Netzwerk, das außerdem über eine Vorstandsmitgliedschaft in einer NGO gefestigt wird, greifen eng ineinander. Der Wahlkampf dient umgekehrt auch seiner Kanzlei, denn Mustafa kann sich einer größeren Öffentlichkeit vorstellen, seine Dienste anbieten und so „Hilfsleistungen" mit Anwaltstätigkeit verbinden.

> „Dass sich so viele Leute dafür interessieren, hier zu kandidieren, hat mit der sozialen Position zu tun, die man dadurch gewinnen kann. Und man kann Vorteile für sich und seine Familie rausschlagen, weil einem plötzlich viele Türen zur Bürokratie offen stehen, die vorher geschlossen wa-

ren. Nur die wenigsten halten, was sie den Leuten im Wahlkampf versprechen und stehen tatsächlich allen mit Hilfe zur Seite. Viele andere nehmen für ihre Dienste auch Geld, und das trägt nicht zu ihrer Beliebtheit bei" (DI9).

Ben Nefissa weist darauf hin, dass viele Mitglieder in den Bezirksräten über verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen zu hohen Verwaltungsangestellten oder den jeweiligen MP verfügen. Oft treten auch bei den Parlamentswahlen gescheiterte NDP-KandidatInnen zu den Kommunalwahlen an und werden mit einem Sitz versorgt (Ben Nefissa 1999:23). Sie, wie ihre KollegInnen auf der nationalen Ebene, vernachlässigen nach der Wahl die Pflege ihrer KlientInnen. Die Bindung der KlientInnen an die KandidatInnen wird dadurch lose und unverbindlich. Die These vom „Klientelismus ohne Klientel" lässt sich auch aus Sicht der KandidatInnen bestätigen, die die Monetarisierung von Hilfsleistungen als normal empfinden und dadurch dazu beitragen, dass die Klientelbeziehungen zunehmend symbolischer Natur sind. *Hagg* Ahmed grenzt sich von solchem Verhalten ab. „Viele Leute kandidieren zu Wahlen für den Bezirksrat, weil sie sich nur für den eigenen Vorteil interessieren, ich brauche das nicht. Mein Geschäft läuft gut, ich bin wohlhabend und mache Politik, um den Leuten zu helfen und nicht, um mir selbst zu helfen" (DI8). Er stützt sich als traditioneller Notable vor allem auf sein materielles und symbolisches Kapital. Er ist ein erfolgreicher Unternehmer mit guten Kontakten in die Provinz und zur Regierungspartei sowie als Mitglied einer der ältesten Familien in D im Viertel bekannt.

„Ich würde mich nicht als lokale Führungsfigur bezeichnen, auch nicht als Vermittler. Ich sehe mich eher als *khadam*, als Diener. Das ist ein Wort, das ich lieber benutze. Du weißt, dass hier in der Dritten Welt viel über Kontakte und Geld läuft. Und ich habe eben ganz gute Kontakte zur Telefonzentrale, zum Elektrizitätswerk und auch zur Polizei, und da kann ich dann Leuten wirklich helfen, wenn sie mich brauchen. Man kennt mich hier, weil wir schon seit 1965 hier wohnen. Mein Vater war eine bekannte Figur und mit ihm ist natürlich auch die Familie bekannt geworden. Und so habe ich auch immer das Bild meines Vaters vor Augen, der ein echter Diener des Volkes war und dann wächst man so in die Sache hinein. Die Leute bitten mich um Hilfe, ich helfe ihnen und das spricht sich natürlich rum. Außerdem trifft man Leute über Leute und so entwickeln sich Netzwerke von Bekanntschaften und Freundschaften. Wenn jemand kommt, dann mache ich, was ich kann. Ich kann nicht jedes Problem lösen, aber das, was ich lösen kann, nehme ich gern in die Hand. Die Leute bieten mir dafür manchmal Geld an, aber ich fordere das nicht. Wenn sie mir etwas geben wollen, dann ist das o.k., aber das ist kein Muss. Ich mache das als Nachbar, als Freund, als Verwandter und auch aus religiösen Gründen, der Islam fordert das von den Gläubigen." (DI8).

Die Betonung der sozialen, religiösen und materiellen Einbettung als Muslim, Nachbar und Freund im Viertel gipfelt in einem Selbstverständnis als Diener, das sich rhetorisch von der Politik als Mittel zur Erlangung persönlicher Vorteile abgrenzt. *Hagg* Ahmed rekurriert damit auch auf das Bild des *ibn al-balad*, der als Glaubensbruder, Nachbar und Wohltäter legitimerweise auch eine politische Rolle im Viertel übernimmt. Um seinen Zugang zu den lokalen Institutionen des Staates abzusichern, baut *hagg* Ahmed systematisch seine Kontakte zu Polizei und Verwaltung aus, etwa indem er dort Geschenke macht oder wichtige Amtsträger zu Essen einlädt, bei denen Geschenke verteilt werden. Die NDP ist ständig aktiv darum bemüht, solche aufstrebenden lokalpolitische AkteurInnen mit wichtigen Ressourcen in die eigenen Netzwerke zu integrieren und schließlich durch die Parteimitgliedschaft zu kooptieren. *Hagg* Ahmed hat die Werbung der NDP bisher abgelehnt. Seine strukturelle Position und sein Selbstverständnis legen aber die Vermutung nahe, dass *hagg* Ahmed irgendwann Parteimitglied sein oder zu den NDP-nahen Unabhängigen gehören wird.

Durch diese Kooptationsstrategie wird die NDP verstärkt zum Austragungsort der Konkurrenz um Ressourcen. Die hohen Gewinnmöglichkeiten, die das System lokaler Politik bietet, zieht zunehmend auch AkteurInnen an, die früher nur passiver Teil lokaler Hegemonien waren, wie ein Oppositioneller aus S beobachtet:

> „Gewonnen etwa hat ein Millionär und Firmenbesitzer, der vor allem Geld hat, aber sonst nicht weiter mit dem Viertel verbunden ist. Er ist von der NDP aufgestellt worden, weil er mit seinem Geld auch noch andere Wahlen und die Partei unterstützen kann. Er hat seinen Arbeitern und Angestellten Wahlkarten machen lassen und seine Firma für den Wahlkampf genutzt, also die Autos, die Infrastruktur und so. Das ist der Unterschied zu früher. Früher haben die Leute mit Geld den Bürokraten geholfen, heute treten diese Helfer und Geldleute persönlich zu den kommunalen und nationalen Wahlen an" (SI7).

In Folge dieser Entwicklungen traten 1997 in D, S und W zwei NDP-Listen an, eine offizielle der NDP-KandidatInnen und eine zweite, inoffizielle, Liste so genannter „Unabhängiger". Die Unabhängigkeit der KandidatInnen ist jedoch meist eine scheinbare, da sie in die Netzwerke der NDP bereits eingebunden sind oder aber aktiv eingebunden werden. Obwohl die Partei ihre Listenentscheidungen stets kurz vor dem Ende der gesetzlichen Frist zur Anmeldung der Kandidatur bekannt gibt, konnte sie nicht verhindern, dass diejenigen, die aufgrund parteiinterner Auseinandersetzungen keinen Listenplatz erlangen konnten, als unabhängige KandidatInnen antraten. Die parteiinterne Konkurrenz wird öffentlich ausgetragen, ohne dass jedoch die Opposition von der Gespaltenheit der NDP profitieren konnte. In S wurden die internen Streitigkeiten durch Intervention des MP gelöst, wie der Oppositionskandidat berichtet:

> „Hier gab es zum Beispiel eine Kandidatin, eine Schlachterin mit Anwaltsattitüden, wenn du willst. Die hat kandidiert und der MP ist dann auf sie zugegangen und hat ihr Hilfe bei einer Baugenehmigung und Geld angeboten und daraufhin hat sie ihre Kandidatur dann wieder zurückgezogen. Und so ist das sehr vielen ergangen, entweder wurden sie erpresst und bedroht, oder es wurde ihnen Geld oder andere Dienste angeboten, je nachdem wie mächtig und verletzlich die Einzelnen waren" (SI9).

NDP-intern muss die Aufstellung von Zweitlisten als offener Angriff auf die Machtposition der jeweiligen MP aufgefasst werden, die mit entsprechenden repressiven oder kooptativen Strategien reagieren. Denn zum einen geht es um Die Kontrolle der lokalen Ressourcenflüsse, und zum anderen sind die lokalen NDP-Gruppen Wahlvereine für den jeweiligen MP. Die Tatsache, dass die NDP die Kandidatur dieser so genannten Unabhängigen nicht von vornherein verhindern kann, ist ein Zeichen für die Umkämpftheit der Parteihegemonie. Die Pluralisierung des kommunalen Spektrums an Akteuren und Organisationen findet hier eine formale Entsprechung in der Konkurrenz um die lokalen Ressourcen. Die Angriffe auf die Dominanz der jeweiligen lokalen Eliten in der Partei bleibt aber in vielen Fällen ohne Folgen, weil die „Unabhängigen" entweder zur Rücknahme ihrer Kandidatur gezwungen werden, nach der Wahl zur Partei zurückkehren oder durch Wahlmanipulationen ausgegrenzt werden.

An diesem Beispiel zeigt sich die Verbundenheit von nationaler und lokaler Ebene der formalen Politik, die durch die enge Abhängigkeit lokaler Parteiaktivitäten von den jeweiligen Interessen und KlientInnen der MP deutlich wird. Neben die politischen Patrone der NDP treten die lokalen Geschäftsmänner und neuen Notable, die politische Ämter für die private Bereicherung nutzen. Sie werden zwar in die offizielle Parteistruktur eingebunden, doch die NDP stellt nicht mehr ausschließlich *Broker*-Patrone, sondern muss stetig darum bemüht sein, die neuen politischen Akteure zu kooptieren. Es findet eine unfreiwillige Pluralisierung dadurch statt, dass die Loyalitäten der neuen Notablen erkauft werden müssen, sie stehen nicht von vornherein fest.

„Was mir perspektivisch wichtig ist, ist, dass die Leute sich selbst organisieren, wenn das funktioniert, dann ändert sich hier auch was. Wichtig ist, dass sie was selbst machen und sich selbst organisieren und nicht nur auf *maslaha* (Vorteil) und *wasta* (Kontakte) warten und achten und denken, irgendwer macht das schon für mich. Aber das ist natürlich ein schwieriger Prozess. Und es ist genau dieser *wa'i al-khadamat* (Dienstleistungsbewusstsein), das bei Politikern und bei den Leuten selbst vorherrscht. Der führt dazu, dass Politiker versuchen, überall hin, auch zum politischen Gegner Kontakte zu haben und deshalb ist immer alles so verwirrend, weil immer alle alles gleichzeitig machen und nur selten jemand eine ganz klare Linie fährt, bei den Leuten ebenso wie bei den Politikern"(SI9).

Die Konkurrenz um lokale Ressourcen im Verein mit der Irrelevanz parteipolitischer Positionen führt zu politischen Netzwerken auf der Mesoebene, die AkteurInnen unterschiedlicher politischer Orientierung einschließen und sogar Bündnisse zwischen politischen Konkurrenten auf der Ebene der Bereitstellung von Dienstleistungen möglich macht wie bereits im vorherigen Abschnitt geschildert wurde ('Eid, Haenni 1998).

5.2 Die Wahlen

Die Wahlkampfaktivitäten beginnen meistens knapp einen Monat vor den Wahlen zunächst mit der Anbringung von Transparenten durch die KandidatInnen der NDP, gefolgt von öffentlichen Wahlveranstaltungen. Auch die unabhängigen und oppositionellen KandidatInnen haben in allen drei Vierteln Wahlveranstaltungen gemeinsam durchgeführt, auf denen sie sich und ihr Programm der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Diese Veranstaltungen finden meistens in Cafés oder in den Veranstaltungsräumen von Moscheen statt, da öffentliche Demonstrationen verboten sind. Die KandidatInnen suchen außerdem im Wahlkampf die Vorstände wichtiger NGO und Migrantenvereine im Viertel auf, besuchen die lokalen Notable und die Ältesten wichtiger, reicher oder alteingesessener Familien. Da viele NGO-Vorstände in der NDP organisiert sind oder ihr nahe stehen, sind die Chancen der Opposition, diese Gruppen zu erreichen, sehr gering. OppositionskandidatInnen setzen dementsprechend auf politische Kritik, ihre eventuell vorhandene *'asabiya* oder ihre bereits vorher konsolidierte soziale und politische Rolle im Quartier.

In den Wahlprogrammen standen bei Frauen und Männern Dienstleistungen und soziale Fragen im Vordergrund, so Badrans Analyse. Vor allem die Ärztinnen und Lehrerinnen unter den Kandidatinnen konzentrierten sich auf die Bereiche Gesundheit und Bildung (Badran 1997a.:50). Das größte Problem der Kandidatinnen ist, ähnlich wie in europäischen Parteien auch, die mangelnde Unterstützung seitens ihrer Parteien, die Ressourcen eher an männliche Kandidaten vergeben (a.a.O.:53 f.). Der Eintritt in die öffentlich-männlich konnotierte Sphäre des Politischen wird von den beteiligten Frauen auch auf der Mesoebene oft mit maternalistischen Legitimationsmustern begründet. Hier erweist sich Engagement in NGO als besonders unterstützend. Arbeiten die Frauen in NGO, die für die Partei attraktiv sind, wie die oben beschriebene Koptin Mariam, dann wirbt die NDP aktiv um die Mitgliedschaft dieser Frauen, um Zugriff auf ihre Netzwerke zu erlangen. Das hebt, wie die niedrige Zahl der weiblichen Kandidaturen zeigt, jedoch strukturelle Ausschlussfaktoren nicht auf.

Frauen wie Männer formulieren im Wahlkampf konkrete Forderungen wie etwa die nach einer Polizeistation und nach mehr Schulen für D oder eine bessere Infrastruktur für W. Programmatische Aussagen hinsichtlich der gesetzgeberisch-kontrollierenden Tätigkeiten in den Bezirksräten bzw. dem nationalen Parlament werden systematisch nicht gemacht ('Abd al-'Aziz 1998). Die KandidatInnen stellen sich auf einem Flugblatt mit Bild vor, meist als langjähriger Bewohner des Viertels, der für die Menschen und ihre Proble-

me ein offenes Ohr hat. Wahlplakate und Flugblätter von Unabhängigen und NDP-Mitgliedern unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich. Der personen- und serviceorientierte Wahlkampf der PolitikerInnen bedient im Geiste klientelistischer Integrationslogiken die Alltagsbedürfnisse der Menschen.

> „90% der anderen Kandidaten haben überhaupt keinen politischen Wahlkampf gemacht, sondern sich allein auf Dienste und die Tatsache, dass sie ein *ibn al-balad* sind, gestützt. Die meisten haben sowieso keine Ahnung und wissen nicht, was sie da tun. Politisches Bewusstsein und Kompetenz liegen bei Null" (DI7).

Dagegen sind einige linke Oppositionelle zu den Lokalwahlen angetreten, weil sie sich darüber erweiterte Partizipations- und Informationsmöglichkeiten versprechen, wie ein Mitglied der Tagammu' und Kandidat in S sagt. Er hat im Wahlkampf mit anderen unabhängigen Linken kooperiert und insgesamt drei Flugblätter und Veranstaltungen als Wahlkampf organisiert.

> „Erstens gibt es nur wenig Möglichkeiten, sich hier politisch zu engagieren. Als Kandidat hat man ein paar mehr Rechte als sonst. Man darf mit den Leuten reden, das ist sehr wertvoll. Ich kann nur über die Wahlen öffentlich und politisch und gemeinsam mit anderen handeln, das ist ja sonst immer alles verboten. Ein weiterer Grund ist, dass die Leute mich ermutigt haben und ich selbst schon einige Erfahrung als Wahlhelfer hatte. Natürlich haben die Leute Angst und denken, ich bin ein spinnerter Radikaler, aber in den Wahltagen kann ich wenigstens ein bisschen zeigen, was ich wirklich will" (SI9).

Karim, Kandidat der oppositionellen Tagammu'-Partei, beschreibt seine Wahlkampfstrategie, die sich von der Mehrheit der anderen Kandidaten unterscheidet, weil er als Oppositioneller auf Konfrontation und Kritik setzt. Er hat den Wahlkampf mit einem kritischen Flugblatt zur Lage des Viertels eröffnet:

> „Nach meinem ersten Flugblatt sind auch Leute zu mir ins Büro gekommen, um mit mir zu diskutieren. Nach dem ersten Flugblatt haben die Leute gedacht, ich bin halt so ein verrückter Typ, der es auch mal versuchen will. Haben gedacht, ich schwinge große Reden und sonst ist nichts dahinter. Mein zweites Flugblatt habe ich gegen zwei NDPler geschrieben, das hat die Leute dann doch interessiert, weil es selten ist, dass jemand so klare Worte findet. Und dann haben die Leute gemerkt, dass ich es ernst meine und haben auf das nächste Flugblatt gewartet. Insgesamt habe ich fünf Flugblätter gemacht, das letzte nach den Wahlen, wo ich mich bei den Leuten für ihr Interesse und ihre Stimme bedankt habe" (DI9).

Karim kandidierte, um legal mit seiner politischen Kritik an die Öffentlichkeit treten zu können. Das Flugblatt, in dem er die politische Praktiken zweier gewählter Parlamentarier kritisiert, hat ihm einen Prozess wegen Rufschädigung eingebracht, der aber für ihn entschieden wurde. Karim nutzt den Wahlkampf vor allem, um sich als Oppositionspolitiker zu profilieren und seine Netzwerke im Viertel zu erweitern, die die Voraussetzung für die politische Bewusstseinsarbeit an der Graswurzel darstellen, die er sich mit aufgeschlossenen Studenten und Handwerkern im Viertel vorstellt. Im Gegensatz zu den meisten von mir befragten NDP-Kandidaten gibt er auch freimütig Auskunft über die Anzahl der gewonnenen Stimmen und den finanziellen Aufwand. Seine Ausgaben liegen mit 0,35 £E pro Stimme bei insgesamt 511 Stimmen niedrig.

Es wurde bereits deutlich, dass NDP-interne Machtkämpfe teilweise mit illegalen Druck- und Einschüchterungsmethoden ausgefochten wurden. Auch die KandidatInnen der linken Tagammu'-Partei berichteten von Einschüchterungsversuchen, ebenso wie die Kandidaten, die den Muslimbrüdern nahe standen, die im Vorfeld der Wahlen verhaftet wurden ('Abd al-'Aziz 1998:13; Koszinowski 1998:44). In D wurde der Kandidat der Arbeiterpartei gezwungen, den öffentlichen Wahlkampf einzustellen ('Abd al-'Aziz 1998:15). Die von der Regimekoalition auf der Makroebene angewandten Repressions-

strategien greifen so auch auf der Mesoebene der Quartiere. Nur in W konnte die Opposition gemeinsam mit Unabhängigen ein Wahlbündnis schließen und einen direkten Wahlkampf gegen die NDP führen. In S und D traten die parteipolitisch organisierten Oppositionellen individuell an, was auf ihre kommunale Bündelungsschwäche deutet. Ohnehin haben Oppositionsparteien nur in 23% aller Bezirke und Kommunen KandidatInnen aufstellen können, was ihre schlechte kommunale Verankerung verdeutlicht (a.a.O.:13).

Die Wahlbeteiligung liegt bei den Kommunalwahlen noch niedriger als bei den Parlamentswahlen, wie die InterviewpartnerInnen hervorheben. Badran gibt an, dass die Wahlbeteiligung in S bei 10%, in W bei 7% und im Bezirk B, in dem D liegt, bei 32% lag (Badran 1997a:64). Über die Ursachen der starken Schwankungen macht sie leider keine Angaben, zu vermuten ist, dass in B die Dominanz der *'asabiya*-Netzwerke für die überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung verantwortlich ist. Der Ablauf der Wahlen ist, je nachdem wie stark die NDP-Hegemonie in den jeweiligen Stadtteilen umkämpft wird, ähnlich gestört wie bei den Parlamentswahlen ('Abd al-'Aziz 1998:15 f.). Zwar kommt es aufgrund der beschränkten Ressourcen der KandidatInnen seltener zu direktem Stimmenkauf, doch die verbleibenden Möglichkeiten des Wahlbetrugs wurden nach Angaben der InterviewpartnerInnen genutzt. So tauchten Stimmzettel Toter und von Menschen ohne Wahlkarte auf, Stimmzettel wurden verkauft oder verteilt, so dass die KandidatInnen sie eigenhändig ausgefüllt in die Urnen legen konnten, Wahlhelfer ermöglichten individuellen Betrug, *baltaga* bedrohten WählerInnen und KandidatInnen, die Polizei ignorierte diese Gewaltanwendungen und schützte damit die Schlägertruppen. In einigen Wahlstationen wurde dadurch der Wahlakt an sich verhindert. Nach Schließung der Wahllokale wurde in einigen Fällen die kontrollierte Stimmauszählung durch die Polizei oder die *baltaga* verhindert, etwa indem alle Stimmzettel aus den Urnen auf einen großen Haufen geleert wurden, so dass die Stimmenzahl pro Urne nicht mehr kontrolliert werden konnte. Neben diese strukturellen Formen des Wahlbetrugs traten die individuellen wie das Wählen ohne Wahlkarte, das Ausfüllen mehrerer Stimmzettel oder die Abgabe von Stimmen für andere (a.a.O.).[236] Selbst ein Oppositioneller, der gegen Wahlbetrug in S angetreten war, geht davon aus, dass die meisten der für ihn abgegebenen Stimmen auf Wahlbetrug beruhen:

> „Ich habe 1.570 Stimmen bekommen, von denen die meisten über Wahlbetrug zustande gekommen sind. Ich bin zwar für saubere Wahlen angetreten, aber es gab viele Leute, die mir helfen wollten und es gut mit mir meinten, und dann für mich Stimmzettel und Wähler gekauft haben, obwohl ich ja nun gerade gegen Wahlbetrug angetreten war. Daran kann man auch sehen, wie sehr die Leute sich auskennen, wie sehr sie wissen, wie es läuft und wie wenig sie auf Veränderung setzen" (SI7).

Er betrachtet die eigenmächtige Wahlfälschungen seiner Freunde und Unterstützer als Ausdruck eines politischen Pessimismus, der die Gewinnchancen eines Oppositionellen von vornherein so niedrig ansetzt, dass selbst der Einsatz von Mitteln, die der Kandidat ablehnt, legitim erscheint. Wahlbetrug ist also durchaus kein Privileg der NDP, obwohl ihre Mitglieder damit leichter zum Ziel gelangen. Linientreue NDP-Kandidaten verneinen die Möglichkeit von Wahlbetrug strikt und berufen sich auf ihre Beliebtheit und politische Erfahrung als Ursache für ihren Wahlsieg. So auch Mustafa, seit 1979 ohne Unterbrechung Mitglied des Bezirksrats für die NDP in S:

> „Die Wahlen sind sauber, gottlob. Früher, da gab es Wahlbetrug, aber heute, wo wir in einem demokratischen System leben, ist das nicht nötig und deshalb kommen die Leute auch zu den Wahlen und beteiligen sich" (SI11).

[236] Ähnliche Praktiken wurden auch für die Parlamentswahlen 1995 nachgewiesen (Büttner 1996; Gamblin 1997).

Mustafa reproduziert die offizielle Rhetorik der Regierung, die auf der Rechtmäßigkeit der Wahlen beharrt und Ägypten als funktionierendes demokratisches System darstellt. Als langjähriger gewählter Parteipolitiker profitiert er von einem Wahlsystem, das den Sieg der NDP-KandidatInnen auf jede Weise sicherzustellen vermag. Kritischere Stimmen innerhalb der NDP schreiben Wahlbetrug vor allem dem individuellen Versagen der einzelnen WahlhelferInnen zu und sprechen Regierung und Polizei von der Verantwortung für Wahlbetrug im großen Umfang frei, wie etwa dieser unabhängige Kandidat aus D:

> „Das Problem mit dem Wahlbetrug ist nicht die Regierung, sondern es sind die einzelnen Leute, die, die bestechen und die, die sich bestechen lassen. Und das geht quer durch alle politischen Lager. Wenn so ein Regierungsangestellter, der an der Urne sitzt, gegen Geld mehrere Wahlzettel ausgibt, dann hat damit die Regierung weniger zu tun, als die beiden, die aktuell den Wahlbetrug begehen" (DI5).

Der Kandidat geht zwar nicht so weit, Wahlbetrug insgesamt zu leugnen, steht aber der Regierung zu nah, um die Rolle von Polizei und Verwaltung im Wahlbetrug kritisch sehen zu wollen. Das Oppositionsbündnis in W hat hingegen die Ergebnisse der Kommunalwahlen aufgrund des Wahlbetrugs angefochten. Das Gericht hat der Opposition Recht gegeben, was aber keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Bezirksrats hatte. Die VerliererInnen können maximal Schadensersatzforderungen gerichtlich erstreiten. Das Beispiel dieser und anderer Prozesse zeigt, dass die ägyptische Gerichtsbarkeit punktuell in der Lage ist, die gröbsten Rechtsverstöße auch zu verurteilen. Die symbolische Relevanz dieser Urteile ist nicht zu unterschätzen, weil dadurch die Praktiken des Regimes offiziell als illegitim angeprangert werden. De facto ändert sich an den Ergebnissen der manipulierten Wahlen nichts, da die jeweiligen ParlamentarierInnen aus den betroffenen Wahlkreisen nicht zurücktreten müssen. Der Wahlkampf zeigt, wie depolitisierte Strukturen auf der lokalen Ebene hergestellt werden, indem undemokratische Praxis mit entpolitisiertem Wahlkampf verbunden wird.

5.3 Mobilisierung an der Basis: Arme als WahlhelferInnen

Einige arme InterviewpartnerInnen engagierten sich bei den kommunalen und nationalen Wahlen als WahlhelferInnen.[237] Sie sollen als weiteres Beispiel für die Mobilisierung Armer im politischen Prozess vorgestellt werden, weil sich hier die Strukturen des „Klientelismus ohne Klientel" besonders deutlich zeigen. Mohamed, der bereits als „*kebir* der kleinen Leute" vorgestellt wurde, ist durch die Kandidatur seines Onkels in den 1980er Jahren für die oppositionelle Tagammu'-Partei mit organisierter Politik in Berührung gekommen. Durch seine lokalen Aktivitäten, vor allem durch seine bezahlten Vermittlungstätigkeiten bei Behördengängen, verfügt er auch über ein weites Netz an Bekanntschaften im Viertel, das er für seinen Kandidaten bei den nationalen Wahlen zu mobilisieren hofft. Gleichzeitig kann der Kontakt zu einem Politiker ihm helfen, seine Vermittlungstätigkeiten zu professionalisieren und lukrativere Aufträge verschaffen, die Verbindungen in das politische Milieu erfordern. Mohamed hat sich folgerichtig für den Kandidaten der Regierungspartei entschieden, ist aber nicht im Besitz einer Wahlkarte:

> „Im Wahlkampf habe ich Treffen mit Leuten organisiert. Wir haben gemeinsam überlegt, was der Kandidat machen könnte und schon gemacht hat. Er hat die Schule besucht und ein wichtiges

[237] Bei den Kommunalwahlen verzichten viele KandidatInnen aufgrund der beschränkteren Ressourcen zumeist auf bezahlte WahlkampfhelferInnen aus den Vierteln. Sie werden jedoch häufig von jungen Männern im Wahlkampf unentgeltlich unterstützt. Die hier zitierten Passagen beziehen sich deshalb überwiegend auf den Parlamentswahlkampf, dessen Probleme sich aus Sicht armer und verletzbarer Akteure aber auf der kommunalen Ebene spiegeln.

> Café im Viertel. Dort hat er dann die Wünsche und Probleme der Leute angehört. Die Leute haben sich vor allem mit ökonomischen Problemen an ihn gewandt: Der eine wollte Geld, um einen Straßenstand zu machen, der andere eine Wohnung, der dritte eine Baugenehmigung und der vierte einen Club für die Jugend. Meistens waren Männer da. Die anwesenden Frauen waren die, die in den besuchten Institutionen gearbeitet haben oder die Ehefrauen interessierter Männer. Die Leute stellen immer sehr praktische Fragen, fragen, was der Kandidat machen will und stellen ihn zur Rede, wenn er alte Versprechungen nicht eingehalten hat. Für den Kandidaten kostet der Wahlprozess viel Geld. Er braucht ein Auto, Plakate, Handzettel und vor allem – viel Geld für die Projekte, die er seinen Wählern finanzieren will. Die Leute, die ihn dann letztendlich wählen, wählen, weil sie darin einen Vorteil sehen, weil alle ihre Freunde den gleichen Mann wählen, oder weil sie jemandem einen Dienst erweisen wollen und so" (D11).

Die über die Familien-, Freundschafts- und Nachbarschaftsnetzwerke gewonnenen WählerInnen haben für Mohameds Kandidaten optiert, weil sie ihm einen Gefallen tun wollten, weil er ihnen Unterstützung bzw. seine Dienste angeboten hat oder weil die WählerInnen eine Investition in die Zukunft tätigen wollten. Bereits vorhandene Netzwerkbeziehungen werden so klientelistisch verdichtet. Für Mohamed ist der Gedanke des Vorteils, der *maslaha*, entscheidend: Der Kandidat hat ihm, der nur eine kleine Zweizimmerwohnung in D hat, eine größere versprochen. Zusätzlich zu den neuen Kontakten, die durch den Wahlkampf entstehen, und den Möglichkeiten, die die symbolische Allianz mit einem mächtigen Mann eröffnet, ist die Aussicht auf eine Wohnung Mohameds wichtigstes Motiv.

> „Ich habe dem Kandidaten geholfen, weil für mich persönlich daraus ein Vorteil entsteht. Er hat mich um Hilfe gebeten, weil ich die Leute hier im Viertel zusammenbringen kann. Natürlich macht Y. etwas im Viertel, aber nur kleine und allgemeine Sachen. Es gibt für mich keinen Grund, ihn zu wählen. Meine Stimme macht doch sowieso keinen Unterschied. Wir haben keine Stimme in der Politik. Ob ich meine Meinung sage, oder nicht, das ändert doch nichts. Wenn ich etwas falsch finde, wird es dadurch noch lange nicht richtig. Diese Wahl, das ist ein Tag, einmal in vier Jahren, die Kandidaten kommen einen Monat vorher und machen nichts. Das geht doch nur ums Geld, die Leute verkaufen Stimmen für bis zu 20 £E. Wenn man mit den Kandidaten vor den Wahlen spricht, dann glaubt man an den Himmel auf Erden. Dieses machen sie und jenes, und sie sind immer zu sprechen. Danach wissen sie kaum noch, wie du aussiehst, und natürlich passiert überhaupt nichts. Plötzlich sind sie nicht mehr im Büro anzutreffen. Haben zwar gewonnen, und sind nur an ihrem eigenen Viertel interessiert" (D11).

Mohamed Aussage zeigt, dass die aktive Selbsteinbettung in klientelistische Netzwerke von der politischen Einschätzung dieses Prozesses vollkommen abgekoppelt sein kann. Der demokratische Schein des autoritären Systems wird an der lokalen Basis hinterfragt und strategisch für die eigene Überlebensökonomie genutzt. Der politische Prozess wird als das genommen, was er ist: die Regulierung korruptiver Ressourcenströme, in die arme und verletzbare Gruppen über ihre Netzwerke eingebunden sind, ohne jedoch strukturelle Veränderungen in einem undemokratischen System herbeiführen zu können. Klientelsmus ohne Klientel ist die rationale Antwort auf die widersprüchliche Situation, auf genau diese Strukturen, die gleichzeitig kritisiert und abgelehnt werden, aufgrund der eigenen verletzbaren Situation angewiesen zu sein. Die Möglichkeiten der informellen Einbettung in die Klientelnetze wichtiger und ressourcenstarker Männer ist so nie unabhängig von den Machtstrukturen der sozialen Ungleichheit zu sehen, wie auch Mohamed verbittert erfahren musste. Laila, die bereits im Abschnitt über NGO zu Wort kam, hat eine ähnliche Erfahrung gemacht.

> „Bei den letzten Wahlen haben wir dem Kandidaten geholfen, der gerne wollte, dass Frauen bei seinen Veranstaltungen zu sehen sind und sich auch beteiligen, damit die Frauen hier im Viertel auch wählen gehen. Er hat ein Zelt auf einer Freifläche aufgestellt und über den Moscheelautspre-

cher ausrufen lassen, dass jemand von den *kubar* da ist, um zu helfen. Durch unser Engagement hier haben viel mehr Frauen gewählt als sonst" (A1).

Sie selbst jedoch musste am Wahltag feststellen, dass ihr Patron seinen Wahlkämpferinnen nicht einmal Wahlkarten besorgt hatte. Die Frauen mussten unverrichteter Dinge zurückkehren. Dem Kandidaten ging es um einen symbolischen Akt der Ansprache von Frauen, aber offensichtlich nicht um ihre konkrete Partizipation. Im Klientelismus ohne Klientel bleibt das Patronageverhältnis abstrakt und zeitlich eng begrenzt. Es entsteht keine enge Bindung, sondern eine punktuelle, fast unverbindliche Zusammenarbeit, die die Verletzbarkeit Armer in diesem Prozess besonders deutlich werden lässt. Gleichzeitig befördert diese Form der unverbindlichen Klientelbeziehung die Entpolitisierung und Demotivierung der „KlientInnen". Die hier vorgestellten WahlhelferInnen haben allesamt nicht gewählt und stehen den scheindemokratischen Verhältnissen noch skeptischer gegenüber als vorher. Mohamed und Leila fühlen sich ausgenutzt und belogen, der eigene Profit aus ihrem Engagement ist relativ gering. Es bleibt das symbolische Kapital, das sie durch ihre Allianz mit einem Mächtigen und durch ihre stärkere Präsenz im Viertel gewonnen haben. Doch wenn der Mächtige mit seinen Kontakten und Ressourcen selbst für sie als WahlhelferInnen nicht erreichbar ist, ist das entstandene symbolische Kapital gering.

5.4 Die Arbeit im Bezirksrat

Die gesetzliche Aufgabe der Bezirksräte besteht in der Aufstellung von lokalen Budgets, der Kontrolle von Verwaltung und Behörden sowie der Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse der Bezirksräte. Grundlegend ist dafür das Gesetz Nr. 43 von 1979 ('Abd al-'Aziz 1998). Bezirksräte sind für die Instandhaltung und Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen auf der lokalen Ebene, wie Wasser, Strom, Kanalisation, Straßenerhaltung, aber auch Schulen, Kindergärten und medizinische Versorgung zuständig. Dabei genießen die Bezirksräte de jure eine relativ hohe Autonomie (Mayfield 1996:112 f.).[238] De facto sind sie ihrer kontrollierenden und haushaltsrechtlichen Funktionen weitgehend entkleidet. Die Budgets werden auf Gouvernoratsebene zentral durch die Verwaltung erstellt und können durch die Bezirksräte nurmehr bestätigt werden (a.a.O.). Die Kontrolle der Verwaltung beschränkt sich auf die Möglichkeit, Anfragen zu stellen; Vetorechte bestehen seit 1981 nicht mehr. Dadurch kann die Exekutive nicht wirkungsvoll zur Rechenschaft gezogen werden (Mayfield 1996:119; Ben Nefissa 1999:22 f.), sondern agiert weitgehend autonom und zentralistisch. Bezirksräte sind Teil der Exekutive und nicht Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung, wie ihre Arbeitsweise zeigt. Die Parlamente bilden Ausschüsse, denen die gewählten VertreterInnen beitreten. Die Ausschüsse legen Vorschläge und Berichte vor, die dann von der Bezirks- und Gouvernoratsverwaltung geprüft und angenommen oder abgelehnt werden. Wie auch Ben Nefissa betont, gelten diese lokalen Institutionen als weitgehend korrupt und ineffizient: „Elles sont synonymes de corruption, de passe-droits, de gaspillage des biens public, de négligence et de routine bureaucratique" (Ben Nefissa 1999:22). Die Strukturen der kommunalen Verwaltung führen zu einer Vervielfältigung potentieller Verantwortlichkeiten und zur einer sehr komplexen und gleichzeitig diffusen Struktur von Zuständigkeiten und Handlungsspielräumen führen (a.a.O.:23). Im Zentrum dieses Geflechts steht die NDP bzw. ihre Vertreter und Vertreterinnen. Die NDP-Bezirksräte verstehen sich als Vermittler zwischen Verwaltung und Partei auf der lokalen Ebene wie etwa bei *hagg* Ahmed aus S, der seit 1987 Mitglied des Gouvernoratsparlamentesist:

[238] Zu Hinweisen auf die historische Entwicklung kommunaler Selbstverwaltung in Ägypten siehe 'Abd al-'Aziz ('Abd al-'Aziz 1998).

„Als Mitglied im Gouvernoratsparlament hilft man den Menschen dabei, ihre Probleme zu lösen. Wir sind für alle infrastrukturellen Dienste zuständig, und wir können auch Arbeit besorgen und haben natürlich beim Erdbeben sehr viel für die Menschen hier getan. Ich bin Mitglied in verschiedenen Komitees, in dem für Beschwerden, für Wohnen und Sicherheit. Wir kümmern uns im Rat um alle Probleme der Bevölkerung, um ihre Beschwerden und bei Problemen mit der Bürokratie, aber auch, wenn es ein Problem mit der Polizei gibt, können wir hilfreich zur Seite stehen. Zum Beispiel, wenn jemandem eine Wohnung zusteht, weil sein Haus einsturzbedroht ist, dann kann das sehr lange dauern, bis diese Wohnung tatsächlich da ist. Wir nutzen unsere Macht gegenüber der Verwaltung, um den Bürgern bei genau solchen Laufereien zu helfen und ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen" (SI7).

hagg Ahmed nutzt in seiner Eigenschaft als Anwalt und NDP-Vorsitzender in seinem Quartier die Arbeit im Parlament überwiegend dazu, sich als lokaler Notabler für die Parlamentswahlen zu qualifizieren. Es ist diese Haltung, die laut Ben Nefissa den besonderen Erfolg der Islamisten als Kräfte der moralischen Erneuerung ausmachen. Am Beispiel der islamistischen Abgeordneten im Bezirksrat von Helwan zeigt sie, das sich die Strategien und Ziele der Islamisten nicht wesentlich von denen der NDP unterscheiden. Nicht die neue Praxis der Kommunalpolitik, sondern der Diskurs der moralischen Integrität, den IslamistInnen erfolgreich repräsentieren können, macht sie in den Augen der BürgerInnen wählbar (Ben Nefissa 1999). Gleiches kann sie für eine wichtige islamistische NGO zeigen (Ben Nefissa 2000:17). Ähnlich betonen auch die beiden unabhängigen Mitglieder der Oppositionsliste, die in W angetreten ist, ihre politische Kontrollfunktionen im Bezirksrat:

„Meine Rolle als MP im Bezirksrat ist die Kontrolle und die Initiation von Aktionen. Wir machen Vorschläge und achten darauf, dass sie auch so umgesetzt werden, wie es beschlossen wurde. Ich habe schon einige Erfahrung mit der Verwaltung, und die ist auch erforderlich, zumal, wenn man nicht bestechen will. Mein Vorteil ist, dass ich die Leute kennen und sie mich. Ich kenne meine Rechte, und ich kenne die Gesetze, die die Verwaltung binden. Ich arbeite mit dem Gesetz, nicht gegen es und das benutze ich auch, um die Verwaltung zum Arbeiten zu bringen" (WI9).

Der Abgeordnete, der seit 1997 im Bezirksrat arbeitet, macht deutlich, dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung juristische und politische Kompetenz erfordert, wenn man sich nicht in das korruptive System einbinden will. Er ist einer der wenigen gewählten Parlamentarier in dieser Studie, die Korruption als zentrales Problem lokaler und nationaler Politik ansprechen und sich ihrer Bekämpfung verschrieben haben. Ähnlich argumentiert auch sein Kollege aus W, der es ablehnt, Dienstleistungen gegen Bestechung zu ermöglichen, sich aber gleichzeitig effizient für die Bedürfnisse seiner WählerInnen einsetzen will. Die Balance zwischen Kooperation mit und Kontrolle der Verwaltung verlangt *hagg* Hussein, der erst seit 1997 Kommunalparlamentarier ist, viel Fingerspitzengefühl ab, wie er betont:

„Ich habe durch meinen Sitz im Lokalparlament natürlich schon sehr viel gelernt, man macht völlig neue Erfahrungen und hat mit neuen Menschen zu tun und lernt neue Dinge. Zum Beispiel lernt man, mit der Verwaltung umzugehen und ihr das zu entlocken, was man will, ohne sie zu verärgern, aber auch, ohne seinen Prinzipien untreu zu werden. Das erfordert wirklich Raffinesse, denn schließlich will man ihre Unterstützung ja nicht nur einmal, sondern ständig und da muss man dann diplomatisch sein"(WI6).

Außerdem hebt er hervor, dass man als Bezirksrat weitreichendere Verbesserungen erreichen kann, denn als engagierte Einzelperson. Trotz der geringen politischen Befugnisse des Bezirksrates profitiert der unabhängige Politiker, der in enger Verbindung mit der Tagammu'-Partei steht, von den Ressourcen und der neuen Machtposition der Verwaltung gegenüber:

„Der Unterschied zu früher ist, dass ich vor den Wahlen mit meinem eigenen Geld und meinen eigenen Kontakten geholfen habe, soweit es eben ging. Aber es gab natürlich viele Probleme, die außerhalb meiner Reichweite lagen. Jetzt kann ich auf andere Gelder und Institutionen zurückgreifen und Probleme im großen Maßstab angehen. Zum Beispiel gibt es hier ein Viertel, in dem es noch gar keine Kanalisation gibt. Wir konnten erreichen, dass die Lokalverwaltung für die Installation von Kanalisation dort 4 Millionen £E bereitstellt. Wir konnten auch erreichen, dayy die Arbeiten sofort beginnen. Das sind natürlich Projekte, die man als Individuum nie initiieren kann" (WI6).

Der Erfolg seines Engagements wird stark dadurch bestimmt, dass die Tagammu'-Partei in W über einen MP verfügt, der seine Position und Kontakte als Parlamentarier nutzt, um auf lokaler Ebene Wahlversprechen durchzusetzen. Die beiden Unabhängigen in einer absoluten NDP-Mehrheit im Bezirksrat profitieren von der Machtposition des MP. Andererseits stellen die beiden Unabhängigen wichtige Informationskanäle für die organisierte Opposition in W dar, die so beispielsweise Informationen über das Budget und geplante Projekte erhalten kann. Im Gegensatz dazu scheinen viele NDP-Mitglieder ausschließlich am korruptiven Potential der Lokalpolitik interessiert zu sein. Ihre Kompetenzen und Engagement sind häufig begrenzt, wie ein aktives NDP-Mitglieder S zugibt:

„Natürlich ist es so, dass von den 22 Mitgliedern nur fünf oder sechs wirklich arbeiten, der Rest sind alles Namen, die für Posten und Prestige kandidieren. Sie haben keine Ahnung, wollen auch gar nicht, sondern was interessiert, ist die soziale Machtposition, die Menschen dadurch erreichen können" (SI8).

Sie verfügen dennoch durch die Mehrheit in den Bezirksräten über hinreichend viel Verhinderungsmacht gegenüber den wenigen Unabhängigen. Die Erhaltung dieser Verhinderungsmacht ist für die Stabilität der lokalen Hegemonie ganz entscheidend, was den hohen Aufwand beim Wahlbetrug und die systematische Verhinderung des Wahlsieges unabhängiger oder oppositioneller KandidatInnen erklärt. Die korruptiven Potentiale, die der Posten als Bezirksrat birgt, sind nicht nur Voraussetzung für den Aufbau lokaler Klientele und die persönliche Bereicherung, sie sind auch das sicherste Mittel der Kooptation lokaler Führungspersönlichkeiten. Eine stärkere Beteiligung von Opposition und Unabhängigen bedroht nicht nur die Pfründe alteingesessener NDP-Politiker, sie würde auch eine bessere Kontrolle der Budgets und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung von Korruption und Betrug in sich bergen. Der Informationsfluss wäre transparenter, könnte an die lokale Basis zurückgebunden werden und dadurch auch Mobilisierungskraft entwickeln. Der Druck der Straße, der dadurch gerade in so existentiellen Fragen wie der Verlegung von Kanalisation oder Strom, sicherlich zu erreichen wäre, würde Bezirksräte und MP unter starken Zugzwang setzen, wie ein oppositioneller Kandidat aus W ausführt:

„Hier werden Millionen verschoben und diese Pfründe gibt man nicht gerne ab. Da werden bestimmten Firmen große Aufträge gegen sehr fette Kommissionen zugeschoben, da herrscht eine Vetternwirtschaft und das Geld fließt und fließt und zwar immer am Volk vorbei. Kein Wunder, dass die Regierung an Kontrolle und Partizipation nicht interessiert ist. Die begrenzte Demokratie, die es hier gibt, findet auf keinen Fall an der Basis statt" (WI7).

Da die Kontrolle über die lokalen Ressourcen gleichzeitig auch die Kontrolle lokaler formaler und informaler intermediärer AkteurInnen einschließt, zeigt sich hier Pluralisierung ohne Liberalisierung besonders deutlich. Stärkere Oppositionsbeteiligung könnte dem lokalen korruptiven System langfristig schaden, weil die Kooptationsmöglichkeiten mit steigender Masse sinken. Und obwohl die Kontrollkompetenzen der Bezirksräte ohnehin stark eingeschränkt sind und die Spitze der Verwaltungen oft von ehemaligen Polizeibeamten besetzt ist, die dem System loyal gegenüberstehen, muss die

Hegemonie der NDP erhalten werden, weil sie die lokale Basis für die nationale Machtposition bildet, so meine These.

5.5. Pluralisierung ohne Liberalisierung

Die Pluralisierung des lokalen Feldes ist die Folge unterschiedlicher, aber einander beeinflussender Entwicklungen, die zu einer Vervielfältigung und neuen Sichtbarkeit lokaler AkteurInnen geführt hat. Das erweiterte Spektrum von Interessen und Akteuren wird jedoch durch Kooptation in den sozialen Vertrag der Informalität eingebunden, so dass von einer Liberalisierung der kommunalen Politik nicht die Rede sein kann. Hier wurde bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem auf der makropolitischen Ebene noch Optimismus in Opposition und Zivilgesellschaft herrschte, deutlich, mit welchen Strategien das Regime seinen Machterhalt sichert. Die Pluralisierung des lokalen Feldes beruht auf vier Faktoren: Erstens wurden durch die Öffnung des Kandidatursystems 1987 der Zugriff auf öffentliche Dienstleistungen und Güter über die Bezirksräte auch für die neuen Notable mit ihrem verhältnismäßig hohen ökonomischen Kapital möglich. Aufstrebende kommunale Führungsfiguren nutzen die formale Politik zunehmend für den Ausbau lokaler Klientelnetze und die Erweiterung ihrer eigenen ökonomischen Handlungsmöglichkeiten. Sie treten meistens als NDP-nahe Unabhängige an.

Zweitens wird die Kandidatur zu den Lokalwahlen von vielen bisher im sozialen Bereich aktiven intermediären AkteurInnen als sinnvolle Ergänzung und Erleichterung ihrer Sozialarbeit vor Ort gesehen. Die neuen Notable, die sich auch in der NGO-Arbeit engagieren, haben sich hier als wichtige Akteure erwiesen. Durch klientelistische Mobilisierung werden so auch die armen KlientInnen der NGO in das politische Feld zumindest oberflächlich integriert. Drittens wurden die Kommunalwahlen von Muslimbrüdern und islamistischen Gruppen 1987 und 1992 für einen sehr offensiven Wahlkampf genutzt, der zum Teil erfolgreich war (Ben Nefissa 1999). Durch das Engagement der Islamisten ist ein politisches Feld pluralisiert worden, das zuvor fest in Regierungshand war und schon deshalb kein besonderes Interesse seitens anderer organisierter intermediärer AkteurInnen provoziert hat. Besonders attraktiv wurden die Islamisten laut Ben Nefissa durch die glaubwürdige Etablierung eines Diskurs der Sauberkeit und der moralischen Erneuerung Viertens nutzen ehrgeizige NDP-KommunalpolitikerInnen die Kommunalwahlen und die Arbeit in Bezirksräten als Sprungbrett für die Kandidatur zu den nationalen Wahlen. Ihr Engagement dient dem Aufbau lokaler Unterstützernetzwerke und dem Sammeln von Erfahrungen in Verwaltung und Politik. Die Konkurrenz um diese Ressourcen wird insbesondere durch die heftigen internen Auseinandersetzungen in der NDP sichtbar, die die Kandidatur abtrünniger Mitglieder nicht verhindern kann. Während die organisierte Opposition durch Mechanismen der Repression und durch die eigene Bündelungsschwäche erfolgreich von den lokalen Institutionen ferngehalten werden kann, zeigt sich parteiintern eine zunehmende Diversifizierung des Akteursspektrum. Die parteiinterne Konkurrenz um die Sitze in den Bezirksräten deutet an, dass die Inkorporationsstrategien der NDP dazu geführt haben, dass die lokalen Machtkämpfe innerhalb der Partei stattfinden und nicht zwischen Regierung und Opposition. Die öffentliche Austragung dieser Machtkämpfe ist ein Zeichen dafür, dass die internen Kontroll- und Absorptionsfunktionen der NDP auf der Mesoebene der Stadtteilpolitik nicht mehr greifen. Jenseits dessen erobern AkteurInnen, die sich überwiegend auf durch informelle Netzwerke vermittelte Ressourcen stützen, Handlungsspielräume, die die NDP zunehmend weniger kontrollieren kann. Die NDP sucht diese AkteurInnen systematisch in die Parteihierarchien zu integrieren. Die Tatsache, dass das meistens gelingt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier der Staat vermittelt über die Partei in einen Aushandlungsprozess mit lokalen AkteurInnen

treten muss, um zu verhindern, dass ihre Kontrolle lokaler Ressourcenströme angegriffen wird. Die Pluralisierung ist aber nicht mit einer Liberalisierung zu verwechseln, da die diskursiven und praktischen Inkorporationsstrategien des sozialen Vertrags der Informalität präzise darauf angelegt sind, tiefgreifende Veränderungen der Machtverhältnisse zu verhindern.

Die kommunalen Strukturen spiegeln insofern die Politik der Blockade und Demobilisierung der Makroebene wider. Im Rahmen des informellen sozialen Vertrags werden nicht nur den BürgerInnen informelle Handlungsspielräume anstelle einklagbarer Rechte eingeboten, sondern auch lokale AkteurInnen und Organisationen werden durch die umfassende Verflechtung in das System kooptativ integriert. Kooptation und Repressionsdrohung gehen dabei oft Hand in Hand. So zeigt sich auch hier, dass der „schwache Staat" einerseits die Voraussetzung für das Entstehen neuer AkteurInnen und die Koexistenz unterschiedlicher Institutionen und Netzwerke auf der Mesoebene ist. Die lokalen Akteure sind genau wie die Armen auf diesen defekten Staat angewiesen, um ihre Interessen zu verfolgen und ihren Anteil an den Ressourcenflüssen sicher zu stellen. Gleichzeitig bleiben sie auf den Staat verwiesen, denn das korruptive Potential erwächst aus dem Zugriff auf öffentliche Güter und Dienstleistungen. Aus der Einschreibung in eine gemeinsame klientelistische Logik und der engen Verflechtung informeller mit formalen Strukturen erwachsen dem Staat zugleich Kontrollmöglichkeiten. Sie können insbesondere auf der kommunalen Ebene die Infragestellung der NDP-Hegemonie zwar nicht verhindern, wohl aber eine Verselbständigung lokaler AkteurInnen.

Schluss: Staatsanalyse von Unten

In dieser Untersuchung wurden Fragestellungen der Transitions- und Armutsforschung miteinander verbunden. Ausgehend von den Partizipationsformen städtischer Armer konnten so Erkenntnisse über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in Ägypten gewonnen werden. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass die politologische Beschäftigung mit einer großen und stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe in Ägypten wichtige Hinweise für das Verständnis des politischen Systems in Zeiten weitreichenden ökonomischen und sozialen Wandels ergeben kann. Diese „Staatsanalyse von Unten" untersucht sowohl die kollektiven und individuellen Partizipationsformen verletzbarer Gruppen auf der Mikro- und Mesoebene, als auch ausgewählte Beispiele Kairoer Kommunalpolitik. Um diese Analyseperspektive umzusetzen, waren drei theoretische Erweiterungen nötig. Die überwiegend elitenzentrierte und makropolitisch orientierte Transitionsforschung ist im hier entwickelten Ansatz um die Armuts- und Mikroperspektive ergänzt worden. Die Armutsforschung, die häufig die politischen Kontexte der Produktion von Armut vernachlässigt, ist um die Partizipationsdimension erweitert worden. Beide Ansätze sind durch den Einbezug der Strukturkategorie Geschlecht, die in der Forschung meistens mißachtet wird, vervollständigt worden.

Das Ergebnis der Untersuchung ist ambivalent: Einerseits zeigt sich aus Armutsperspektive eine starke Tendenz zu Repression und „Deliberalisierung" (Kienle 2000) in Ägypten. Andererseits erweist sich die kommunale Ebene als umstrittenes Feld, in dem unterschiedliche Akteure um Macht und Einfluss kämpfen. Dennoch stimmt die Analyse eher pessimistisch. Die noch Anfang der 1990er Jahre in der Forschung, aber auch in der ägyptischen Zivilgesellschaft zu findende Aufbruchstimmung ist dem Eindruck einer tiefgreifenden Blockade gewichen. Das Regime versteht es nicht nur, diejenigen ökonomischen Reformen, die seinen Rentenzugriff erheblich schmälern würden, erfolgreich zu verschleppen, sondern auch weitergehenden politischen Wandel, wie er von zivilgesellschaftlichen Organisationen angemahnt wird. Gerade aus Sicht armer und verletzbarer Gruppen erweist sich die ägyptische „Demokratie" als inhaltslose Inszenierung eines klientelistischen Autoritarismus. An die Stelle staatsbürgerlicher Rechte treten die Handlungsspielräume eines „sozialen Vertrages der Informalität", so ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit. Der Vertrag sichert den Machterhalt des Regimes gegen weitergehende Teilhabeforderungen im Gefolge von ökonomischer Liberalisierung und sozialem Wandel durch die Zubilligung informeller Handlungsspielräume ab. Arme sind so einerseits mit einem unvollständigen, informalisierten BürgerInnenstatus konfrontiert, andererseits eröffnen ihnen die Strukturen des defizitären Staates überhaupt erst die Möglichkeit der informellen und illegalen Aneignung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.

Multidimensionale Armutsanalyse

Nach langer offizieller Missachtung wurde Armut durch die Arbeit des Sozialfonds, die Veröffentlichungen engagierter WissenschaftlerInnen und die sozialpolitischen Aktivitäten islamistischer Gruppen in Ägypten ab Mitte der 1990er Jahre wieder ein Thema. Doch durch die Verknüpfung von Armut, Informalität, Illegalität und islamistischer Gewalt wurden Arme in den öffentlichen Diskursen zunächst stigmatisiert und kriminalisiert. Dem ist eine zunehmende Anerkennung der Armut als gesellschaftlichem Problem gewichen, wenn auch das Klischee des gewaltbereiten, zum Chaos neigenden, kriminellen „schlechten Armen" historisch tief verwurzelt ist. Es bleibt in den wissenden und präskriptiven Diskursen der nationalen und internationalen Armutsforschung

und -Bekämpfung wirksam, wie die diskursanalytische Aufarbeitung der Armutsforschung gezeigt hat. Demgegenüber entwickeln Arme lebensweltliche Armutsperzeptionen, die einen Anspruch auf soziale und politische Gleichheit formulieren. Diese lebensweltlichen Perzeptionen meiner InterviewpartnerInnen spiegeln die Multidimensionalität der Armut: Zwar ist Armut unbestreitbar ein materielles Phänomen, doch auch immaterielle Faktoren spielen eine wichtige Rolle. So argumentiert auch die von mir vertretene multidimensionale Armutsanalyse, indem sie subjektive und objektive, zeitliche und räumliche sowie materielle und immaterielle Aspekte der Armut in einem dynamischen geschlechtsdifferenzierten Ansatz verbindet.

Die Überlebensökonomien der Befragten konkretisieren sich auf der Mikroebene der Haushalte, in denen Frauen, Männer und Kinder abhängig von ihrer Position in der Familie und auf dem Arbeitsmarkt je Unterschiedliches beitragen. Der Haushalt wird dabei nicht als harmonische, homogene Einheit aufgefasst, sondern als dynamischer Rahmen sozialer Aushandlungsprozesse. Da Armut als krasse soziale Ungleichheit immer auch geschlechtsspezifisch strukturiert ist, bringen Frauen und Männer unterschiedliche Ressourcen und Verhandlungsmöglichkeiten mit, die ihre Position in den Haushalten beeinflussen. So hängt die Stabilität der Überlebensökonomien wesentlich von der unbezahlten Reproduktionsarbeit von Frauen ab, die zumeist nicht-monetäre Ressourcen erwirtschaften. Dieser Einsatz an der scheinbar unsichtbaren Unterseite der Reproduktion marginalisierter Arbeitskraft macht arme Frauen verwundbar für die lokalen Folgen globaler Wirtschaftsspolitik. Ungleiche geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, ein diskriminierendes Geschlechterregime und die umfassende Monetarisierung auch der Haushaltsökonomien greifen so mit negativen Folgen für arme Frauen ineinander. Dies wird am Beispiel weiblicher Haushaltsvorstände, die einem spezifischen Armutsrisiko unterliegen, deutlich.

Bei den InterviewpartnerInnen dieser Untersuchung handelt es sich überwiegend um arbeitende, also strukturell Arme, die häufig als *arzuqi* (Tagelöhner) und HändlerInnen im informellen Sektor ihr Überleben sichern. Nicht der Mangel an Arbeit ist die Ursache von Armut, sondern Unmöglichkeit, überlebenssichernde Einkommen zu erwirtschaften. Ihr Angewiesensein auf die schlecht bezahlten, unsicheren Segmente des informellen Sektors macht die Menschen besonders verletzbar für Risiken wie Arbeitsunfähigkeit, Scheidung, Krankheit, rezessionsbedingte Entlassungen oder Polizeigewalt, aber auch für Nahrungsmittelpreissteigerungen und Veränderungen der staatlichen *entitlement*-Struktur. Die Untersuchung der Einkommensstruktur der befragten Haushalte zeigt, dass die Bereitstellung von Infrastruktur, Bildung, Basisgesundheitsdiensten sowie Subventionen, vor allem von Nahrungsmitteln, einen stark stabilisierenden Effekt auf die Überlebensökonomien hat. Die Strukturanpassungsmaßnahmen in Ägypten verändern jedoch die fragile Balance der *entitlement*-Struktur zum Nachteil der Armen. Als armutsverschärfend wirken sich dabei die Subventionskürzungen bei Nahrungsmitteln aus, da sie vorher auch den Armen zugute gekommen sind, und die Inflation, wenn sie – wie im ägyptischen Fall – die unteren Einkommensgruppen stärker und mit größeren Steigerungsraten betrifft, als die mittleren und hohen Einkommensgruppen. Diese Angewiesenheit der Armen auf den Staat hat entscheidende Folgen für ihr Staatsverständnis und ihr Partizipationsverhalten.

So zeigt der Blick auf die Überlebensökonomien, dass viele vordergründig ökonomische Aktivitäten gleichzeitig der sozialen und symbolischen und manchmal auch der politischen Reproduktion und umgekehrt dienen. Dies wird aus Netzwerkperspektive besonders deutlich. Die auf der Ebene der Haushalte und Nachbarschaften aufgebauten informellen Netzwerke sind für die Teilhabe Armer an den materiellen und immateriellen Ressourcenflüssen der Gesellschaft zentral, so ein wichtiges Ergebnis. Netzwerke erfüllen multiple und heterogene Funktionen, abhängig davon, ob es sich um Familien-, Nachbar-

schafts- oder Freundschaftsnetzwerke handelt. Über Netzwerke wird beispielsweise gegenseitige Hilfe, emotionale Unterstützung, die Vermittlung von Arbeitsplätzen, politische Mobilisierung oder der Informationsfluss über alltagsrelevante Themen gewährleistet. Frauen und Männer können unterschiedliche soziale, kulturelle, ökonomische und symbolische Kapitalien in Netzwerke einbringen und dort akkumulieren oder auch konvertieren, wie das Beispiel der Sparclubs oder der informellen Konfliktlösungsmechanismen zeigt. Sparclubs dienen einerseits der Akkumulation von monetärem Kapital, andererseits beruhen sie auf dem sozialen Kapital ihrer Mitglieder, denn ohne Vertrauen und Zuverlässigkeit wäre diese Sparform nicht denkbar.

Dadurch werden Netzwerke zu angepassten und flexiblen informellen Partizipationsformen. Sie ermöglichen einen optimalen Einsatz auch von sozialem und symbolischen Kapital, was sie für arme Menschen mit wenig Zugriff auf materielles Kapital attraktiv macht. Netzwerke erweisen sich als Inklusionsmechanismen insbesondere für Frauen, da Ressourcenmangel, der eine wichtige Zugangsbarriere für formale Partizipation darstellt, in den informellen Netzwerken der Mikroebene nicht grundsätzlich ausschließend wirkt. Insofern fördern multiplexe informelle Netzwerke die soziale und politische Inklusion. Aber die informelle soziale Teilhabe an Ressourcenflüssen kann Strukturen krasser geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, die sich ökonomisch, politisch und sozial vermitteln, nicht aufheben. Auch informelle Strukturen reflektieren soziale Stratifizierung in den jeweiligen Stadtvierteln, wie meine Untersuchung zeigt. Sie regulieren ihren Bestand durch die Ethik der Reziprozität, die exklusiv wirken kann: Wer Reziprozität langfristig nicht gewährleistet, bleibt von den Netzwerken der Mikroebene ausgeschlossen. So gelangt informelle Inklusion an ihre Grenzen, da sie mangelnde formale politische und ökonomische Teilhaberechte zwar zum Teil kompensieren, aber ungerechte *entitlement*-Strukturen nicht verändern kann.

Formale und informelle Partizipation

Arme handeln meistens informell und auf der lokalen Ebene, um ihr Überleben zu sichern, so ein wichtiges Ergebnis der Studie. Die informellen multiplexen Partizipationsformen der Mikroebene sind oft stark strukturiert und formalisiert, sie sind Teil der „formalisierten Informalität" wie Schauber sagt (Schauber, Harders 1998). Gleichzeitig werden auch formale Partizipationsformen häufig informell angereichert. In dieser Untersuchung wurden deshalb sowohl informelle als auch formale Partizipationsformen im Sinne einer sozialen Dynamik und gegenseitigen Abhängigkeit analysiert. In Anlehnung an einen erweiterten feministischen Partizipationsbegriff konnte so ein breites Spektrum sichtbarer und „unsichtbarer" Teilhabeformen von Frauen und Männern analysiert werden. Der tabellarische Vergleich der Häufigkeiten der Partizipationsformen in meinem Sample zeigt, dass informelle Partizipation am häufigsten ist, formale Partizipation jedoch auch häufig genutzt wird. An der Spitze der Partizipationsformen steht bei den in dieser Studie Befragten die Teilnahme an einem informellen Sparclub (41,7%), gefolgt von der Mitgliedschaft in einer NGO (28,3%) und der Teilnahme an Wahlen (23,3%). Zugleich zeigt sich, dass es frauenfreundliche Arenen gibt wie etwa NGO oder informelle Sparclubs, in denen der Frauenanteil in diesem Sample bei 82,4% bzw. 80% liegt. Ihnen stehen reine Männerdomänen wie die Parteimitgliedschaft und Migrationsclubs gegenüber.[239] Achtung änderung in der fussnote! Die quantitative Auswertung bestätigt die im Theorieteil entwi-

[239] Aufgrund der kleinen Grundgesamtheit von 60 Befragten im formalen Sample und aufgrund der spezifischen Zusammensetzung des Samples sind diese Häufigkeiten nur als Richtwerte aufzufassen. Sie korrespondieren jedoch mit den Ergebnissen der quantitativen Studie von Berg-Schlosser et al. (Berg-Schlosser et al. 2000).

ckelte These, dass Arme aufgrund ihres Ressourcenmangels nicht zu „Apathie" neigen, sondern durch die Kombination unterschiedlicher Teilhabeformen zu einer möglichst optimalen Stabilisierung ihrer Überlebensökonomien gelangen. Ihr Handeln erweist sich im Kontext des ägyptischen politischen Systems als rational und angepasst.

So zeigt sich beispielsweise bei der Untersuchung des Staatsverständnisses der Armen ein widersprüchliches Verhältnis, das eng mit den materiellen Bedingungen der jeweiligen Befragten zusammenhängt. Obwohl gerade für die Armen der alte soziale Vertrag, in dem der Verzicht auf Partizipationsrechte mit öffentlichen Wohlfahrtsversprechungen kompensiert wurde, schon lange brüchig geworden ist, setzen viele von ihnen in Ermangelung anderer Alternativen weiterhin auf den Staat, so das Ergebnis. Das heißt, dass die Gruppen, die am stärksten von sozialen und politischen Exklusionsprozessen betroffen sind, also die schwächste materielle Bindung zum Staat und seinen Institutionen haben, gleichzeitig am stärksten auf ihn angewiesen sind. Der abwesende, defizitäre Staat ist für die Überlebensökonomien der Armen in seiner Negativität ebenso wichtig wie ein funktionierender Staat, so das Ergebnis. Denn verletzbare Gruppen sind auf die Handlungsspielräume des informellen sozialen Vertrags angewiesen und bieten dafür im Gegenzug Legitimation. Sie wünschen sich Überlebenssicherung mit dem Staat und nicht gegen ihn. Diese Ambivalenzen zwischen der enttäuschten Erwartung an den Staat und gleichzeitiger fundamentaler Angewiesenheit der Armen auf informelle Handlungsspielräume sind eine wichtige Ursache für politische Demobilisierung. Denn solange die Armen auf den rudimentären Wohlfahrtsstaat hoffen (müssen), werden sie sich trotz der Härten, die ihnen der Strukturanpassungsprozeß auferlegt, nicht durch Proteste gegen den Staat stellen, so meine These. Zudem wirkt auch die Repression, die Arme immer wieder erleben, stark demobilisierend. Durch die punktuelle, aber regelmäßige Illegalisierung von Überlebensstrategien durch staatliche Akteure wie beispielsweise durch Razzien gegen informelle HändlerInnen, gerät Armut als solche in den Ruch der Illegalität. Arme werden häufig zu „Staatsfeinden", etwa wenn der offizielle Diskurs informelle Siedlungen als „Brutstätte des Islamismus" bezeichnet. Damit geht eine Abwertung des politischen Handelns der Armen einher. Armutsbekämpfung wird dann zum Kampf gegen die Armen und Armut wird im Sinne von Unsicherheit durch den Staat reproduziert.

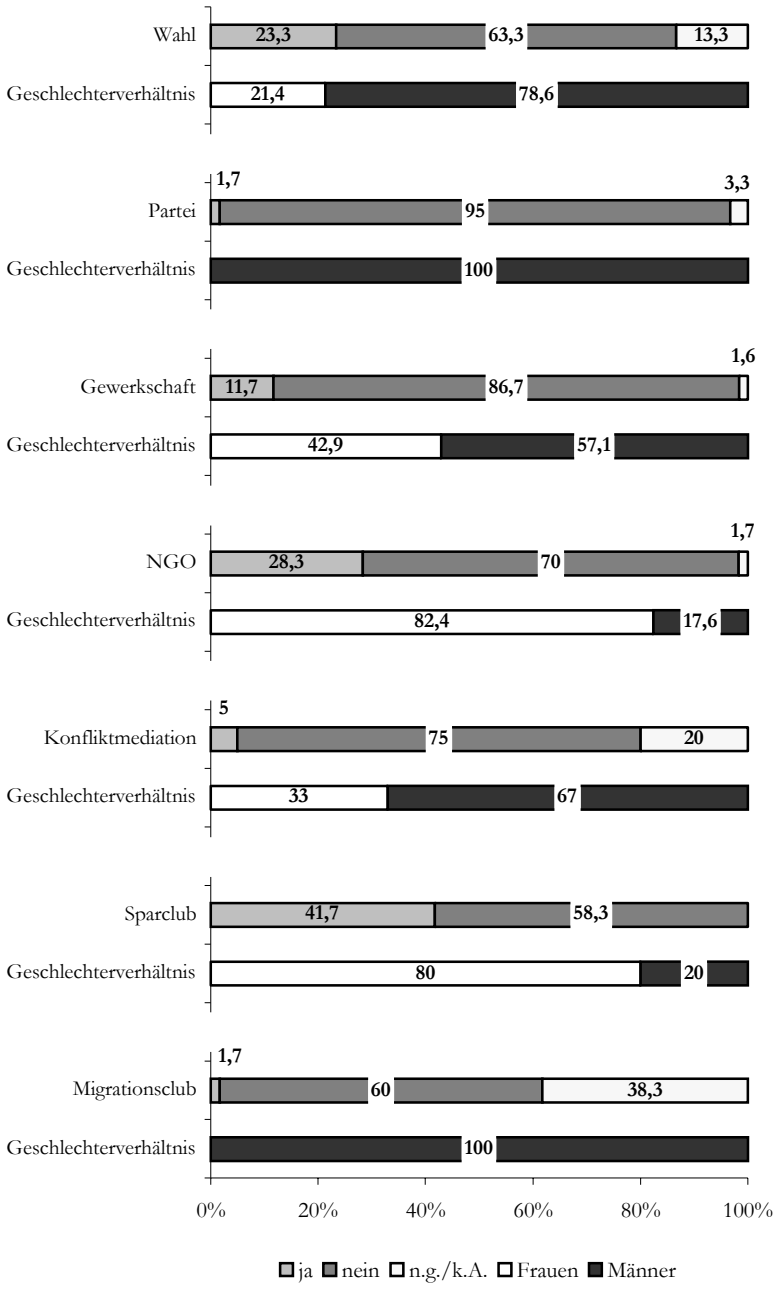
Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Mehrheit der Befragten (63,3%) nicht an Wahlen teilnimmt, sondern die Erfahrungen mit einem undemokratischen und korrupten System als Ursache für die Wahlabstinenz angibt. Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt mit 21,4% dabei stark unter der der Männer (78,6%). Die WählerInnen unter den Befragten wählen aufgrund vermuteter oder tatsächlicher Vorteile für ihr Viertel oder sich selbst. Diese Erwartung wird jedoch oft enttäuscht. PolitikerInnen bedienen im Wahlkampf vor allem dieses „Dienstleistungsbewusstsein", wie ein Interviewpartner es nannte, ohne jedoch feste und zuverlässige Bindungen zu ihrem Klientel aufbauen zu wollen oder zu können. Die klientelistischen Beziehungen erweisen sich aber häufig jeder materiellen Basis entleert und bestehen nur noch auf der rhetorischen Ebene. Insbesondere ParlamentarierInnen-Patronen gelingt die Vermittlung ihrer Leistungen an die gesellschaftliche Basis immer weniger. So werden WählerInnen in dieser Untersuchung mobilisiert, ohne dass die strukturellen Partizipationsbarrieren etwa von Frauen dadurch abgebaut würden. Aus Perspektive der Armen entsteht daraus ein „Klientelismus ohne Klientel" ohne Verbindlichkeiten zwischen Patron und Klient. Diese entleerten Klientelverhältnisse und die undemokratischen Abläufe während der Wahlen sowie die systematische Beschränkung partizipativer *entitlements* durch die Bürokratie fördern politische Demobilisierung auf der formalen Ebene. Die BürgerInnen sehen sich als Teil einer nurmehr inszenierten, symbolischen

StaatsbürgerInnenschaft, der sie häufig qua Wahlenthaltung die Legitimität entziehen. Im sozialen Vertrag der Informalität wird formale Partizipation so zum Mechanismus politischer Demobilisierung.

Informelle Teilhabeformen entwickeln in diesem Systemkontext andere Funktionen: sie wirken als Ersatz für mangelnde formale Beteiligungsmöglichkeiten, sie sind also Reaktion auf die erweiterten Handlungsspielräume in der Informalität. Sie bilden zugleich den informellen Untergrund kontrollierter formaler Mobilisierung, wie die kommunalpolitische Analyse zeigt. Sparclubs, informelle Konfliktlösungsmechanismen sowie die multiplexen kleinräumigen Netzwerke von Familie und Nachbarschaft sind die wichtigsten informellen und kollektiven Teilhabeformen auf der Mikroebene. 41,7% der Befragten waren Mitglied eines Sparclubs, 5% der Befragten beteiligten sich an Konfliktmediation und 1,7% waren Mitglied in einem Migrationsclub. Diese Beteiligungsformen sind stark geschlechtsspezifisch differenziert: an Sparclubs nahmen in meinem Sample 80% Frauen teil, aber die Mitgliedschaft in Migrantenclubs ist qua definitionem Männern vorbehalten. In der Konfliktmediation waren 33% der MediatorInnen Frauen und 67% Männer. Dabei finden sich die meisten Mediatorinnen auf der Mikroebene und die meisten Mediatoren auf der Mesoebene. Bei der Ausübung dieser Partizipationsformen fließen soziale, politische und ökonomische Reproduktion häufig ineinander – mit positiven Folgen für den sozialen Zusammenhalt wie das Beispiel der Mediation auf der Ebene von Nachbarschaft und Gasse zeigt.

Die integrative Funktion informeller Strukturen ist jedoch sozial und materiell voraussetzungsvoll. Auf der Mikroebene der Nachbarschaft bedarf es enger sozialer Netzwerke, einer von allen geteilten normativen Grundlage, die Mediation Polizei und Gerichtsbarkeit vorzieht sowie kompetenter MediatorInnen. Arme können hier vor allem ihr soziales und symbolisches Kapital einsetzen, der Mangel an materiellen Ressourcen wirkt nicht ausschließend. Die Gemeinschaften, auf die sich dieser Ausgleichsprozess bezieht, sind dabei in städtischen Armutsvierteln nicht fest umgrenzt. Sie beruhen entweder auf einer engen räumlichen Nähe, oder auf einer Eingebundenheit in die Netzwerke der regionalen Solidarität, die für die Kommunalpolitik eine wichtige Rolle spielen. Dort regulieren die arabische Versammlung (*maglis il-'arab*) oder die weniger formalisierte Vermittlung durch Notable Konflikte. Solche informellen kollektiven Strukturen reagieren auf das Bedürfnis der sozialen Aussöhnung in einer Gemeinschaft, bei dem es nicht um die Bestrafung individueller Täter geht. Beide hier untersuchten Formen der informellen sozialen Organisation sind zudem eng mit den formalen Institutionen des Staates verbunden. Sie können deshalb weder allein als traditionalistischer Rest unvollständiger Modernisierung noch als Ersatz für ineffiziente staatliche Strukturen gelten. Sie sind vielmehr Zeichen einer institutionellen Hybridität, eines verbundenen Nebeneinanders „traditioneller" und „moderner" Institutionen. Diese Teilhabeformen sind Instrumente sozialer Inklusion, zugleich sind sie aber auch exklusiv. Sie schließen in den meisten Fällen Frauen und Menschen, die sich nicht positiv auf eine oberägyptische Herkunft in Form eines *'asabiya*-Netzwerkes beziehen (können) aus. Informelle Teilhabe, so zeigt sich hier erneut, ist in die jeweiligen geschlechtsspezifischen, regionalen oder materiellen Strukturen der sozialen Ungleichheit eingeschrieben.

Grafik 6: Partizipationsformen im Überblick (formales Sample)



Geschlechterverhältnisse in der sozialen Ungleichheit

Durch ihre Einbettung in die alltägliche Lebenswelt sind informelle Netzwerke eine besonders wichtige Partizipationsform für Frauen, die zu ihren zentralen Trägerinnen auf der Mikroebene gehören. Die Frauen durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zugewiesene Verantwortung für Haushalt, Kindererziehung und unbezahlte Reproduktionsarbeit ermöglicht es ihnen, enge nachbarschaftliche und familiäre Kontakte zu pflegen, die die Basis für Netzwerke bilden. Frauen können in diese Netzwerke ihr soziales Kapital einbringen, das als Ressource für formale Partizipationsformen nicht unmittelbar nutzbar ist, während es für informelle Netzwerkstrukturen eine wichtige Rolle spielt. Frauen nutzen Netzwerke, um systematisch soziales und symbolisches Kapital zu akkumulieren und leisten auch auf dieser Ebene einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Überlebensökonomien. Die informellen Strukturen der Mikroebene sind besonders durchlässig, da durch Netzwerke die dichotome Trennung von privater und öffentlicher Sphäre aufgehoben wird, indem der Haushalt und die Familie zum Ausgangspunkt einer wichtigen Partizipationsform werden. Der Aufbau und der Erhalt multifunktionaler Netzwerke kann deshalb nicht als „private" oder allein „soziale" Aktivität gewertet werden, da diese Netzwerke die Ausgangsbasis für andere formale und informelle Teilhabeformen darstellen. Die zentrale Rolle von Frauen auf der Mikroebene, die mit den konservativen Geschlechterbildern der ägyptischen Gesellschaft und der geschlechtlichen Arbeitsteilung kompatibel ist, verschafft ihnen individuelle Handlungsspielräume, wie die Beispiele von Mediatorinnen, Sparclubleiterinnen und anderen „*centerwomen*" zeigen. Die Mikroebene kann so zum Ausgangspunkt für weitergehende *empowerment*-Prozesse werden, deren Wichtigkeit nicht unterschätzt werden darf.

Zugleich kann der inklusive Charakter der Mikro-Netzwerke die diskriminierende Struktur des Geschlechterregimes nicht grundsätzlich verändern. Die geschlechtsspezifischen Partizipationsbarrieren, die den Mechanismen der „selektiven Integration" (Lenz 1997) von Frauen in das politische System zugrunde liegen, beruhen auf der im Theorieteil der Arbeit diskutierten dichotomen und ungleichen Zuweisung so genannter öffentlich-politischer und privat-unpolitischer Rollen und Handlungsspielräume. Am Beispiel der Mikro-Netzwerke zeigen sich die Möglichkeiten politischer Partizipation aus der angeblich privaten Sphäre der Haushalte heraus. Die von Frauen auf dieser Ebene praktizierte Partizipation reicht in die Mesoebene hinein, indem die Netzwerke die Basis für *'asabiya*- oder auch NGO-Netze bilden, die für die politische Mobilisierung genutzt werden. Diese Formen bleiben jedoch unsichtbar, denn die Geschlechterverhältnisse der Mesoebene zeichnen sich durch die Dominanz von Männern auf dem öffentlichen Parkett der formalen und informellen Politik aus. Während Frauen auf der Mikroebene der Haushalte und Nachbarschaften eine wichtige Rolle bei der Mediation und Überlebenssicherung übernehmen, sind sie von den Institutionen und Organisationen der Mesoebene häufig strukturell ausgeschlossen. Sie sind in den Vorständen von Parteien und NGO kaum oder gar nicht repräsentiert. Migrantenvereine, südägyptische Notabilität und informelle Konfliktmediation in „arabischen Versammlungen" sind sogar eine ausschließliche Männerdomäne. Ebenso selten lassen sich Frauen als moderne oder klassische Notable jenseits der *'asabiya* antreffen. In dieser Arbeit wurden einige wichtige Ausnahmen vorgestellt, so sind Frauen beispielsweise in linken Zusammenhängen und in NGO häufiger anzutreffen, insgesamt bleibt ihre formale Repräsentanz aufgrund diskriminierender Geschlechterverhältnisse mangelhaft. Sie werden zwar in klientelistischen Strukturen automatisch einem mobilisierbaren Potenzial zugerechnet, sind jedoch seltener als Männer politische Patrone. Der Zugang

zur vollständigen Staatsbürgerinnenschaft bleibt ihnen auch im sozialen Vertrag der Informalität verschlossen, der zwar informelle Handlungsmöglichkeiten auf der Mikroebene eröffnet, das herrschende Geschlechterregime jedoch nicht verändert.

Der strukturelle Ausschluss von Frauen aus den formalen Organisationen zeigt sich auch in der makropolitischen Dimension. Die widersprüchliche Kombination von patriarchaler Kontrolle im Privaten, politischer Kontrolle der Organisationen der Zivilgesellschaft und von diskriminierenden Praktiken innerhalb von Regimekoalition und Opposition verhindert systematisch die umfassende Partizipation von Frauen. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der Wahlen. Geschlechterstereotype verorten Frauen in der privaten Sphäre und erschweren den öffentlichen Akt ihrer Wahlbeteiligung Insbesondere arme Frauen werden zusätzlich durch bürokratische Diskriminierung behindert: Der Mangel an Personalpapieren und die Schwierigkeit, diese Situation zu verändern, ist Ausdruck einer Zwangs-Informalisierung, die die Lage vieler Armer prägt. Frauen werden nicht als autonome Trägerinnen von Bürgerrechten wahrgenommen, sondern in der angeblich vorpolitischen privaten Sphäre verortet. Die partizipativen *entitlements* von Frauen werden so an der Schnittstelle von privater und öffentlicher Sphäre drastisch und anhaltend eingeschränkt. Die Neuformierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse im Sinne eines gleichberechtigten Geschlechterverhältnisses scheitert in einem System, das durch die unangetastete männliche Dominanz im Privaten BürgerInnenrechte von Frauen anhaltend außer Kraft setzt.

Kommunalpolitik und Partizipation

Die Analyse der Kommunalpolitik in drei Stadtteilen Kairos hat ein widersprüchliches Bild ergeben. Einerseits gelingt es dem Regime die oppositionellen AkteurInnen durch eine Mischung aus Repression und Kooptation zu kontrollieren. Die „Deliberalisierung" des Systems (Kienle 2000) betrifft vor allem formale AkteurInnen und verhindert, dass die Organisationen von Zivilgesellschaft und Opposition sich auf der Mesoebene nachhaltig etablieren können. Die Möglichkeiten formaler und offener Interessensartikulation bis hin zum Protest sind daher stark eingeschränkt. Gleichzeitig ist eine Pluralisierung des kommunalpolitischen Feldes in den untersuchten Stadtteilen am Beispiel der Kommunalwahlen sichtbar geworden. Das Erstarken islamistischer Kräfte und die gleichzeitige Veränderung der Notabilität aufgrund des ökonomischen Wandels hat zu einer lebhafteren Konkurrenz um den Zugang zu lokalen und nationalen Ressourcen geführt. Lokale Parteigruppen, kommunale Verwaltung, Migrantenvereine, NGO und informelle *'asabiya*-Netzwerke bilden vor diesem Hintergrund ein komplexes Geflecht kommunaler AkteurInnen.

So werben Parlamentarier um die Klientelnetzwerke von NGO, NGO werben im Gegenzug um die Ressourcen des Parlamentariers, Vorsitzende von Migrantenclubs kandidieren für die Kommunalwahlen und werden dann von der regierenden NDP kooptiert, um ihre Netzwerke an sich zu binden. Diese Verwobenheit der Akteure und Organisationen ermöglicht weitreichende informelle Inklusionsstrategien und wirkt zugleich entpolitisierend, da nicht Programme im Vordergrund stehen, sondern der Zugang zu Ressourcen. Dennoch wird die Hegemonie der Regimepartei durch diese unterschiedlichen Akteure angegriffen. Der Staat muss auf die Pluralisierung des lokalen Feldes mit vermehrten Kooptationsanstrengungen reagieren, indem er über die NDP in einen Aushandlungsprozess mit den informellen AkteurInnen und Netzwerken tritt. Sie werden im sozialen Vertrag der Informalität durch die Zubilligung informeller Handlungsspielräume und die kooptative Anbindung an Ressourcenflüsse jedoch an ihrer Verselbständigung gehindert. Das Ergebnis ist eine Pluralisierung ohne

politische Liberalisierung, denn informelle Beteiligungsmöglichkeiten können die Blockaden des autoritären Systems nicht aufheben.

Zugleich zeigt sich, dass in Zeiten ökonomischen und sozialen Wandels auch auf der lokalen Ebene keine institutionellen Vakuui entstehen. Zwar zeigt sich der Staat institutionell geschwächt, doch zugleich vermag er den Zugang zu relevanten Ressourcen immer noch zu kontrollieren. Alte und neue Institutionen und AkteurInnen existieren nebeneinander und ihr Verhältnis wird im sozialen Vertrag der Informalität reguliert. Die in dieser Arbeit gewählte Netzwerkperspektive vermag dabei Verbindungen der AkteurInnen untereinander sichtbar machen. Diese Verbindungen bestehen nicht nur materiell, sondern häufig auch (oder nur) auf einer diskursiven Ebene und darin liegt die Modernität eines politischen Systems, dessen Akteure so häufig auf die „Tradition" zurückgreifen, um sich zu legitimieren. So müssen beispielsweise neue Notable mit hohem kulturellem und materiellem Kapital ihre soziale und symbolische Einbettung in die Stadtteile permanent diskursiv herstellen. Der Rückbezug auf die regionale Identität, die *'asabiya*, ist jedoch gerade im städtischen Raum zumeist hochgradig künstlich. Diesen „Identitäten" liegen keine materiellen Unterschiede zugrunde und deshalb zeigt sich in ihnen besonders deutlich die Konstruiertheit aller „Identitäten", derer die kommunale oder nationale Politik bedarf. Es handelt es sich dabei um einen Prozess der diskursiven „Ethnisierung" von regionalen und sozialen Unterschieden, der die Strukturen der sozialen Ungleichheit aufnimmt und verschärft, so meine These.

Staat und Gesellschaft in den 1990er Jahren: Der informelle soziale Vertrag

Die Institutionen und Agenten des autoritären Staates strukturieren die Handlungsspielräume der Armen in der sozialen Ungleichheit. Horizontale und vertikale Ungleichheiten produzieren Diskriminierungen und Zugangsbarrieren auf der institutionellen Ebene, die Arme oft weitgehend aus dem formalen Ressourcenfluss ausschließen. Zudem zieht sich der Staat aus Wohlfahrtsleistungen zurück und zeigt sich unfähig, die Bedürfnisse der Armen zu befriedigen. Die wohlfahrtsstaatliche Seite des sozialen Vertrags zwischen Staat und Gesellschaft wird angesichts von Wirtschaftsliberalisierung und Spardiktat brüchig. Arme und verletzbare AkteurInnen reagieren auf diese Ausschlüsse mit der Nutzung informeller Handlungsspielräume etwa beim informellen Bauen und Siedeln, bei der illegalen Nutzung von Wasser und Strom, beim unlizenzierten Handel, bei der Nutzung korruptiver Potentiale von Staatsangestellten und durch die aktive Einschreibung in Klientelnetze. In den Netzwerken der modernen *infrapolitics* (Scott 1990) entstehen jedoch keine autonomen oder semi-autonomen Räume, die von armen und verletzbaren Gruppen unkontrolliert genutzt werden könnten, so mein Ergebnis. Arme sind über informelle Netzwerkstrukturen, die Einbettung in lokale Klientelnetzwerke und den informellen Zugang zu Notablen bzw. Mittlern zur Bürokratie mit dem Staat verbunden (Singerman 1995). Die Handlungslogiken des sozialen Vertrags der Informalität erweisen sich als komplex:

Aus Sicht der Armen ermöglicht Informalität eine flexible, lebensweltlich angepasste Sicherung der Überlebensökonomien, ohne dass das Gewaltmonopol des Staates durch offenen Protest angegriffen würde. Die nur diskursive und symbolische „Unsichtbarkeit" der informellen Strukturen lässt die offiziellen Partizipationsbarrieren und Demobilisierungsstrategien des oberflächlich liberalisierten Systems unangetastet. Dadurch erweitern arme und verletzbare Gruppen ihre Handlungsspielräume gegenüber dem Staat. Die Nutzung informeller Handlungsspielräume ist unter den repressiven Bedingungen für Arme effizienter und sicherer. Die politischen Demobilisierung auf der Ebene formaler Partizipation wird durch die informelle, entpolitisierte Mobilisierung der informellen

Klientelnetze ergänzt. Obwohl klientelistische Handlungslogiken auf beiden Seiten dominant bleiben, verlieren sie jedoch zunehmend an materieller und symbolischer Substanz, wie die Arbeit zeigen konnte. Es entsteht ein „Klientelismus ohne Klientel" als Ergebnis politischer Demobilisierung bei gleichzeitiger Repression.

Aus Sicht des Regimes dient die Duldung informeller und illegaler Handlungsformen der Legitimation, solange das staatliche Gewaltmonopol nicht direkt etwa durch formale Selbstorganisation oder offizielle Interessensartikulation angegriffen wird. Semi-legale und informelle Partizipationsformen wirken entlastend und kompensatorisch, indem Arme den Teil ihrer Überlebenssicherung selbst in die Hand nehmen, aus dem sich der Staat zurückzieht. Informelle Strukturen leisten so soziale und politische Integration, zu der die formalen Institutionen von Staat und Gesellschaft nicht in der Lage sind. Durch die systematische Verbundenheit unterschiedlicher Netzwerkebenen und Akteure ist zugleich auch Kontrolle und Einflussnahme möglich. Informelle Netzwerke können so auch zu Instrumenten der staatlichen Durchdringung neuer informeller Squatterviertel werden. Zudem bestimmt der Staat durch Repression, Kooptation, systematische Demobilisierung und Informalisierung der BürgerInnenschaft die Grenzen der informellen Handlungsspielräume.

Meine Analyse hat die Konturen des „Sozialvertrags der Informalität" zwischen Staat und Gesellschaft herausgearbeitet, der Informalität als Machterhaltungsstrategie des Regimes kennzeichnet. Während im Bereich der formalen Interessensartikulation nur wenig Handlungsspielräume bestehen, sind die informellen Möglichkeiten der Manipulation und Nutzung knapper staatlicher Ressourcen breit gestreut. Davon können formale AkteurInnen und Organisationen durch ihre Einbettung in diese Netzwerke profitieren. Sie sichern damit auch ihren Zugriff auf klientelistisch verteilte öffentliche Ressourcen ab und sind so loyal in das System eingebunden. Informelle Netzwerke erweisen sich dabei als ambivalente Inkorporationsstrukturen, weil sie den Staat und seine Institutionen ebenso manipulieren wie sie auf ihn angewiesen sind.

Die tiefgreifende politische Demobilisierung der gesellschaftlichen Basis, aber auch der organisierten AkteurInnen wird jedoch nicht aufgehoben, sondern durch die Einschreibung in klientelistische Diskurse verstärkt. Das insbesondere von linken InterviewpartnerInnen kritisierte „Dienstleistungsbewusstsein" wirkt dabei ent-politisierend, weil es zwar staatliche Defizite thematisiert, aber die Logik ihrer steten Wiederherstellung nicht hinterfragt. Arme sind in dieses System vor allem als KlientInnen und weniger als mündige BürgerInnen eingelassen. Ihre Nutzung informeller Handlungsspielräume ist zwar einerseits Zeichen weitreichender Kapazitäten zur Selbstorganisation, andererseits entsteht so „infrapolitics" (Scott 1991) als Folge der besonderen Verletzbarkeit von Armen. Genau darin liegen auch die Grenzen der „informellen Demokratisierung" des Systems.

Andererseits bleiben informelle Netzwerke auch in demokratisch verfassten Gesellschaften mit umfassenden formalen Partizipationsmöglichkeiten fester Bestandteil politischer und sozialer Strukturen. Sie erfüllen also soziale, politische und ökonomische Funktionen, die durch formale Institutionen nicht ausschließlich abgedeckt werden können. In diesem Sinne bestehen informelle Netzwerke komplementär zu formalen Strukturen. In demokratischen wie autoritären Systemen können Netzwerke als Ressourcen insbesondere für arme und verletzbare Gruppen dienen, da in ihnen materielles und immaterielles Kapital akkumuliert werden kann. In Netzwerken werden zudem demokratierelevante Verhaltensweisen praktiziert, da sie auf Werten von Solidarität, Konsens und Aushandlung beruhen und politisch wie sozial inklusiv wirken. Die Philosophie der Netzwerke ist deshalb mit demokratischer politischer Kultur gut vereinbar, so meine These. Informelle Netzwerkstrukturen könnten auch in Ägypten der Ausgangspunkt für breitere formale

Partizipation werden, wenn das politische System pluralistischer wird. Mikro- und Mesonetzwerke könnten dann Quelle der Selbstorganisation von Armen werden, die über diese Strukturen ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen. Ein solches *empowerment* könnte zudem stark geschlechterdemokratische Wirkungen entfalten, da die Mikronetzwerke für Frauen besonders offen sind und auch meine Studie gezeigt hat, dass politisierende und stärkende Wirkungen von dieser Form des Engagements ausgehen können. Damit würden die Strukturen der geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheit nicht grundsätzlich verändert, allerdings könnten Arme für sie wesentliche Verbesserungen ihrer Situation erreichen, wie das Beispiel Brasiliens zeigt (Happe, König 1999).

Zugleich können informelle Handlungsspielräume die Garantie staatbürgerlicher Rechte und demokratischer Verfahren nicht ersetzen. Informelle Staatsbürgerschaft wie sie sich durch *'asabiya* herstellt, steht für die personalistische, exklusive, geschlechterdifferente, informelle und über Netzwerke vermittelte Teilhabe. Das Konzept von formaler Staatsbürgerschaft hingegen repräsentiert den de-personalisierten, inklusiven, dem Anspruch nach geschlechterdemokratischen und individualistisch-formalen Teilhabemodus. Der soziale Vertrag der Informalität jedoch bietet nur den Zugriff auf informelle Staatsbürgerschaft. Er ist zudem zu Ungunsten der armen und verletzbaren Gruppen gewichtet, denn der Rückzug aus wohlfahrtsstaatlicher Politik trifft sie besonders hart. Informelle Aneignungsmöglichkeiten können sozialpolitische Garantien und verlässliche Unterstützungsleistungen nicht kompensieren, da es insbesondere für Arme um die zuverlässige Stabilisierung der Überlebensökonomien geht. Informelle Handlungsspielräume bleiben abhängig von den einseitig durch das Regime bestimmten Grenzen des Erlaubten. Jederzeit kann Informalität auch zu Illegalität und Kriminalisierung führen. Insofern zeigt sich die ägyptische Netzwerkgesellschaft aus Sicht der Armen auch als effiziente und moderne Form der Entrechtung. Das Regime vermag über informelle Strukturen Frustration und Protest zu kanalisieren und zu kontrollieren. Es zieht sich aus sozialstaatlichen Funktionen zurück, stärkt jedoch die repressiven Kapazitäten. Ein Modell für veränderte Staatlichkeit in Ländern des Südens im Zeitalter der Globalisierung?

Perspektiven einer Transition?

Vor diesem Hintergrund schätze ich die Möglichkeiten politischer Transformation in Ägypten pessimistisch ein. Auf der mikro- und mesopolitischen Ebene wirken die eben beschriebenen Mechanismen des sozialen Vertrags der Informalität. Auf der makropolitischen Ebene hat sich im Laufe der 1990er Jahre eine stetige Verschärfung politischer Blockade und eine Zunahme von Repression gezeigt. Auf die islamistische Herausforderung reagiert das Regime mit einer aus seiner Sicht erfolgreichen Doppelstrategie. Einerseits nimmt es der Bewegung durch eine Islamisierung der Regierungsrhetorik und -praxis die Massenmobilisierungspotentiale und andererseits kann es die Eskalation der Gewalt mit harter Repression in Schranken halten. Es besteht also kein Anlass zum Strategiewechsel. Allerdings ist zu erwarten, dass die gemäßigte islamistische Opposition langfristig in die derzeitigen Machtstrukturen eingebunden wird. Schon jetzt zeigt sich auf der Mesoebene, dass die jeweiligen AkteurInnen und Organisationen durch Netzwerke eng miteinander verbunden sind und dadurch Regime und Opposition auch angesichts harter Repression dennoch kooperieren. Problematisch für das Regime könnte das religiöse Establishment werden, das versucht, aus seiner Relevanz für die ideologische Position des Regimes politischen Profit in Form einer Ausdehnung seines Handlungsspielraumes zu schlagen. Wichtigstes Feld dieser Kompetenzstreitigkeiten ist schon heute die Debatte um Zensurrechte und die drohende Verweigerung theologi-

scher Legitimation für das Regime. Die daraus entstehenden Krisen konnte das Regime bisher immer für sich entscheiden (Fawzi, Lübben 2000).

Aufgrund der starken ideologischen und materiellen Heterogenität der legalen Opposition ist nicht zu erwarten, dass sie ihre Bündnisschwäche und die Anfälligkeit für Kooptierungsversuche überwinden wird. Dies gilt vor allem deswegen, weil die säkular-liberale Opposition durch ihre Frontstellung zwischen Regime und islamistischer Opposition manövrierunfähig geworden ist und im Krisenfall ihre Kritikerinnenrolle zugunsten der sicheren Regimeoption aufgeben wird. Auf der Mesoebene zeigte sich, dass die Strategie einer Pluralisierung ohne Liberalisierung bisher geeignet war, den Machterhalt des Regimes zu sichern. Perspektivisch könnten die informellen Strukturen der Mesoebene jedoch stärker werden und die in ihnen agierenden AkteurInnen auch formale Teilhabe einfordern. Solange das Regime jedoch über hinreichende Rentenflüsse verfolgt, wird sie die lokalen AkteurInnen an solchen Verselbständigungen durch Kooptation hindern können. Zudem spricht die enge Verbundenheit und Abhängigkeit der Ebenen und AkteurInnen untereinander dagegen, dass sich einzelne Segmente ohne weiteres offen gegen das Regime und den Staatsapparat stellen. Der soziale Vertrag der Informalität bietet informelle Handlungsspielräume, er ist flexibel, aber er beruht überwiegend auf Kooptationsmöglichkeiten, die über Renten finanziert werden. Hier erweisen sich externe Faktoren zusätzlich als wichtige Stabilisierung: Solange die europäischen Staaten und die USA in Ägypten einen wichtigen strategischen Partner sehen, dessen politische Zuverlässigkeit durch das Regime Mubarak gesichert werden kann, werden die Rentenflüsse, die entscheidend für das Funktionieren des autoritären klientelistischen Systems sind, nicht versiegen, sondern im Gegenteil seinen Bestand absichern. Das autoritäre System Ägyptens erweist sich so durch die Nutzung des sozialen Vertrags der Informalität als modernisierungsfähig, ohne dass sich die Strukturen dabei kurzfristig und tiefgreifend verändern müssten. Darin gleicht es dem Geschlechterregime, das sich auch in Ägypten durch starken sozialen und ökonomischen Wandel bei gleichzeitigem Beharrungsvermögen patriarchaler und diskriminierender Strukturen auszeichnet. Denn weitreichende und nachhaltige politische Transformation ist nicht nur eine Frage verringerter sozialer Ungleichheit und verbesserter Partizipationsbedingungen für arme Männer und Frauen, sondern immer auch eine Frage demokratisierter Geschlechterverhältnisse.

Literatur

Abaza, Mona 1987: The Changing Image of Women in Rural Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science

Abaza, Mona 2001: Konsumkultur und Armut in Ägypten, in: INAMO, Nr. 26, Sommer 2001, S. 24-25

Abdalla, Ahmed 1988: The Armed Forces and the Democratic Process in Egypt, in: Third World Quarterly, No. 4, S. 1452-1466

Abdallah, Ahmed 1988: Child Labour in Egypt: Leather Tanning in Cairo, in: Bequele, Assefa; Boyden, Jo 1988: Combating Child Labour, Geneva: ILO, S. 31-47

'Abdallah, Ahmad 1990: al-intikhabat al-barlamaniya fi misr (Die Parlamentswahlen in Ägypten), al-qahira: markaz al-buhuth al-'arabiya

'Abdallah, Ahmad 1996: huquq al-`insan - haqqal-musharaka - wa wagib al-hiwar (Menschenrechte, das Recht auf Partizipation und die Pflicht zum Dialog), al-qahira: markaz al-buhuthal-'arabiya

Abdel Aal, Mohamed 1997: Structural Adjustment and Farmer's Voluntary Associations, in: El-Mahdi 1997, S. 277-312

'Abd al-'Aziz, Gamal 1998: Strategies of the Opposition in Local Elections : Egypt, Cairo: unpublished paper

Abdel-Fadil, Mahmoud 1983: Informal Sector Employment in Egypt, in: Richard Lobban (ed.) 1983: Urban Research Strategies for Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science, S. 55-89

Abdel-Fadil, Mohamed 1995: Rural-Urban and Socioeconomic Dichotomies in Egypt, Cairo: UNDP Projectreport

Abdel Nasser, Gamal 1997: Les élections de 1995 dans le gouvernorat du Caire, in: Gamblin 1997, S. 199-228

Abels, Gabriele 1993: Zur Bedeutung des female-stream für die Methodendiskussion in den Sozialwissenschaften, in: Soziologie, Nr. 1, S. 6-17

Abels, Gabriele 1997: Hat der Experte ein Geschlecht?, in: femina politica, Nr. 1, S. 79 - 95

Abels, Gabriele; Sifft, Stefanie 1999: Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Frankfurt a.M., New York: Campus Verlag

El Abnoudy, Ateyat 1998: Days of Democracy. Egyptian Women in Elections, Cairo: Kassem Press

Abu-Lughod, Janet 1971: Cairo, 1001 Years of the City Victorious, Princeton: Princeton University Press

Abu al-Qumsan, Nihad 1997: al-mar`a 'ala hamis ad-dimuqratiya (Die Frau am Rand der Demokratie), al-qahira: unveröffentliches Manuskript

Afshar, Haleh 1993: Development Studies and Women in the Middle East: Dilemmas of Research and Development, in: Afshar, Haleh 1993 (ed.): Women in the Middle East, London, Basingstoke: Macmillan, S. 3-17

Afshar, Haleh; Dennis, Carolynne (ed.) 1992: Women and Adjustment Policies in the Third World, London, Basingstoke: Macmillan

Ahmed, Leila 1992: Women and Gender in Islam, New Haven: Yale University Press

al-ahram 1997: at-taqrir al-istratigi al-'arabi 1997 (Der arabische Stratgiebericht 1997), al-qahira: markaz ad-dirasat as-siyasiya waal-istratigiya

al-ahram weekly 1995: Elections in Eygpt, 14.-20. December 1995, Cairo, S. 2

Aké, Claude 1993: Rethinking African Democracy, in: Diamond, Larry; Plattner, Marc F. (ed.) 1993: The Global Resurgence of Democracy, Baltimore: John Hopkins University Press, Seite 70-82

Aké, Claude 1994: Die Demokratisierung der Machtlosigkeit in Afrika, in: Hippler 1994, S. 59-82

Alemann, Ulrich von 1975: Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, Opladen: Westdeutscher Verlag

Alemann, Ulrich von 1995: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung, Opladen: Westdeutscher Verlag

Alemann, Ulrich von 1995a: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich

Alemann, Ulrich von; Tönnesmann, Wolfgang 1995: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft, in: v. Alemann 1995a, S. 17-138

Al-Ali, Nadje 2000: Secularism, Gender and the State in the Middle East, Cambridge: Cambridge University Press

Alisch, Monika; Dangschat, Jens S. 1998: Armut und soziale Integration, Opladen: Leske und Budrich

Althoff, Martina; Bereswill, Mechthild; Riegraf, Birgit 2001: Feministische Methodologien und Methoden, Opladen: Leske und Budrich

Aly, Ahmad Abdel-Halim 1994: The Impact of Structural Adjustment and Stabilization Policies on the Labor Market in Egypt, Cairo: Report presented to UNICEF and TWF

Amnesty International 1994: Egypt: Human Rights Defenders under Threat, London: Amnesty International

Amnesty International 2002: Amnesty International Report 2002, Egypt, http://web.amnesty.org/web/ar2002.nsf/mde/egypt!Open, 1.6. 2002

Anderson, Benedict 1988: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag

Ansari, Hamied 1986: Egypt: The Stalled Society, Albany: State University of New York Press

Assad, Ragui 1988: L'informel structuré. Les zabbalin du Caire, in: Peuples Méditerranéens, No. 41-42, S. 181-192

Assad, Ragui 1998: The Employment Crisis in Egypt: Current Trends and Future Prospects, Research in Middle East Economics

Assad, Ragui; Commander, S. 1994: Egypt, in: Horton, Susan; Kanbur, Ravi; Mazumdar, Dipak 1994: Labor Markets in an Era of Adjustment, Case Studie, Washington: EDI Development Studies

Assad, Ragui; Rouchdy, Malak 1998: Poverty and Poverty Alleviation Srategies in Egypt, Cairo: Report to the Ford Foundation

Ayubi, Nazih N. 1980: Bureaucracy and Politics in Contemporary Egypt, London: Ithaca Press

Ayubi, Nazih N. 1995: Overstating the Arab State. Politics and Society in the Middle East, London, New York: I.B. Tauris

Badran, Margot 1991: Competing Agenda: Feminists, Islam and the State in Nineteenth- and Twentieth-Century Egypt, in: Kandiyoti 1991, S. 210-236

Badran, Waduda (Hg.) 1997: al-mar`a waintikhabat maglis ash-sh'ab 1995 (Die Frau und die Parlamentswahlen von 1995), al-qahira: Friedrich-Ebert-Stiftung

Badran, Waduda (Hg.) 1997a: al-mar`a wa intikhabat al-mahalliya1997 (Die Frau und die Kommunalwahlen von 1997), al-qahira: Friedrich-Ebert-Stiftung

Badran, Margot; Cooke, Miriam (Hg.) 1992: Rowohlt Lesebuch der 'Neuen Frau'. Araberinnen über sich selbst, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Bandow, Doug; Vásquez, Ian (ed.) 1994: Perpetuating Poverty. The World Bank, The IMF, and the Developing World, Washington: Cato Institute

Barber, Benjamin 1994: Starke Demokratie, Hamburg: Rotbuch Rotationen

Barnes, Samuel H. et al. 1979: Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills: Sage

Barnes, J.A. 1972: Social Networks, Reading, Mass.: Addison-Wesley

Bayat, Asef 1997: Un-Civil Society: The Politics of the „Informal People", in: Third World Quarterly, No. 1, S. 53-72

Bayat, Asef 1997a: Dilemmas of Survival and Solidarity, in: Middle East Report, Winter 1997, S. 2-6

Bayat, Asef 1998: Street Politics. Poor People's Movements in Iran, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science

Bayat, Asef 1998a: compte rendu de Wikan 1996 et Singerman 1995, in: lettre d'information du OUCC, No. 48, S. 86-88

Beattie, Kirk 1991: Prospects for Democratization in Egypt, in: American-Arab-Affairs, No. 36, S. 31-47

Beck, Lois; Keddie, Nikki 1978: Women in the muslim world, London u. a.: Harvard University Press

Becker-Schmidt, Regina 1985: Probleme einer feministischen Theorie und Empirie in den Sozialwissenschaften, in: Feministische Studien, Nr. 2, S. 93-104

Becker-Schmidt, Regina 1987: Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung: Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften, in: Unterkirchner, Lilo; Wagner, Ina (Hg.) 1987: Die andere Hälfte der Gesellschaft, Wien, S. 10-25

Behning, Ute; Lepperhoff, Julia 1997: Policy-Forschung revisited. Zum theoretischen, methodischen und methodologischen Gehalt von Policy-Analysen, in: femina politica, Nr. 1, S. 52-60

Ben Nefissa, Sarah 1991: Zakat officiel et zakat non-officiel aujourd'huien Egypte, in: Egypte / Monde Arabe, No. 7, S. 105-120

Ben Nefissa, Sarah 1993: Le financement des services sociaux du secteur associatif à référent islamique en Egypte, in: Egypte / Monde Arabe, No. 12/13, S. 213-239

Ben Nefissa, Sarah 1997: „Haqqel-Arab", régulation de conflits et particularités du pluralisme juridique dans l'Egypte contemporaire, Le Caire: papier non publié

Ben Nefissa, Sarah 1999: Morale individuelle et politique: l'expérience d'un Conseil populaire locale islamiste dans le quartier de Helouan, in: Lettre d'Information du OUCC, No. 49, S. 21-28

Ben Nefissa 2000: Citoyenneté et participation en Egypte: l'action vertueuse selon la Gam'iyyaShar'iyya, in: Monde arabe, Maghreb, Machrek, No. 167, S. 14-24

Ben Nafisa, Sarah; Qandil, Amani 1995: al-gam'iyat al-`ahliyafi misr, (Nichtregierungsorganisationen in Ägypten) al-qahira: markaz dirasat istratigi al-ahram

Ben Nefissa, Sarah; 'Eid, Sameh; Haenni, Patrik 1997: L'état hors de lui. Pluralisme legal et dérégulation étatique, Le Caire: papier non publié

Benhabib, Seyla 1995: Von der „Politik der Differenz" zum „sozialen Feminismus" in der US-Frauenbewegung, in: Huber, Jörg; Müller, Alois Martin (Hg.) 1995: Instanzen/Perspektiven/Imaginationen, Zürich: Stroemfeld, Roter Stern, S. 225-248

Bennholt-Thomsen, Veronika 1979: Marginalität in Lateinamerika – eine Theoriekritik, in: Lateinamerika, Nr. 3, S. 45-85

Bennholt-Thomsen, Veronika; Mies, Maria; Werlhof, Claudia von 1983: Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit, Reinbek: Rowohlt

Berg-Schlosser, Dirk 1994: Demokratisierung in Afrika – Bedingungen und Perspektiven, in: Verfassung und Recht in Übersee, Nr. 3, S. 287-308

Berg-Schlosser, Dirk 2000: Mehrebenen-Analyse, in: Berg-Schlosser et al. 2000, S. 251-270

Berg-Schlosser, Dirk; Kersting, Norbert; Happe, Barbara (Hg.) 2000: Armut und Demokratie, Frankfurt a.M., New York: Campus

Betz, Joachim 1995 (Hg.): Politische Restriktionen der Strukturanpassung in Entwicklungsländern, Hamburg: Schriften des Deutschen Übersee-Instituts

Betz, Joachim 1995a: Einführung: Politische Restriktionen der Strukturanpassung in Entwicklungsländern, in: Betz 1995, S. 3-48

Betz, Joachim 1997: Strukturanpassung, Armut und Sozialpolitik, in: Kappel, Robert (Hg.) 1997: Weltwirtschaft und Armut, Hamburg: Schriften des Deutschen Übersee-Instituts, S. 246-262

Betz, Joachim; Brüne, Stefan 1999: Die neue Armut in der Dritten Welt, in: Jahrbuch Dritte Welt 1999, München: Beck, S. 9-19

Bierschenk, Thomas; de Sardan, Olivier 1997: Local Powers and a Distant State in Rural Central African Republic, in: The Journal of Modern African Studies, No. 3, S. 441-468

Biester, Elke; Holland-Cunz, Barbara; Sauer, Birgit (Hg.) 1994: Demokratie oder Androkratie, Frankfurt a. M.: Campus

Blumberg, Rae Lesser 1989: Toward a Feminist Theory of Development, in: Wallace, Ruth (ed.) 1989: Feminism and Sociological Theory, London u.a.: Sage, S. 161-199

Blumberg, Rae Lesser; Rakowski, Cathy A.; Tinker, Irene; Montéon, Michael (ed.) 1995: Engendering Wealth and Well-Being, Boulder: Westview Press

Boeckh, Andreas 1992: Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Nohlen, Nuscheler 1992, S. 110-130

Bohnet, Michael; Schaefer, Hans-Bernd 1994: Armut in Entwicklungsländern, Berlin: Duncker und Humblot

Bonner, Michael 1996: Defintions of Poverty and the Rise of the Muslim Urban Poor, in: Journal of the Royal Asiatic Society, No. 3, S. 335-344

Booth, Charles 1889: Labour and Life of the People of London, London, 18 volumes

Borg, Erik 2001: Steinbruch Gramsci, in: Blätter des iz3W, Nr. 256, 2001, S. 16-19

Bos, Ellen 1996: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel 1996, S. 81-109

Boserup, Esther 1982: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart: Kröner

Bourdieu, Pierre 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderheft 2, S. 183- 198

Bourdieu, Pierre 1985: Social Space and the Genesis of Groups, in: Theory and Society, No. 14, S. 723-744

Bourdieu, Pierre 1987: What Makes a Social Class?, in: Berkeley Journal of Sociology, No. 32, S. 1-18

Bourdieu, Pierre (ed.) 1993: La misère dumonde, Paris: Editions du Seuil

Bourdieu, Pierre 1996: Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Braig, Marianne 2001: Familiy Affair. Geschlechterverhältnisse und Öffentlichkeiten, in: Blätter des iz3w, S. 31-32

von Braunmühl, Claudia 1998: Frauenanfragen an die Entwicklungspolitik, in: Ruppert 1998, S. 77-105

von Bredow, Wilfried; Jäger, Thomas (Hg.) 1997: Demokratie und Entwicklung. Theorie und Praxis der Demokratisierung in der Dritten Welt, Opladen: Leske und Budrich

von Brentano, Dorothee 1978: Zur Problematik der Armutsforschung, Berlin: Duncker und Humblot

Brück, Brigitte et al. 1997: Feministische Wissenschaftskritik und Methodologien, in: Brück, Brigitte et al. (Hg.) 1997²: Feministische Soziologie, Frankfurt a. M., New York: Campus, S. 19-44

Brynen, Rex; Korany, Bahgar; Noble, Paul (ed.) 1995: Political Liberalization and Democratization in the Arab World, Boulder, London: Lynne Rienner

Bublitz, Hannelore 1992: Geschlecht, in: Korte, Hermann; Schäfers, Bernhard (Hg.) 1992: Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen: Leske und Budrich, S. 59-78

Budde, Jürgen 2000: Politische Theorien zum Thema Armut und deren Reichweite, Hamburg: unveröffentlichte Seminararbeit

Bude, Heinz 1998: Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Berger, Peter A.; Vester, Michael (Hg.) 1998: Alte Ungleichheiten / Neue Spaltungen, Opladen: Leske und Budrich, S. 363-382

Buhr, Petra 1995: Dynamik von Armut, Opladen: Westdeutscher Verlag

Butler, Judith 1991: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Büttner, Friedemann 1996: Wahlen am Nil: Ägyptens „Festival der Demokratie", in: INAMO, Nr.5/6, S. 52-55

Büttner, Friedemann; Büttner, Veronika 1993: Ägypten, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz 1993: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 6., Bonn: Dietz, S. 154-189

Bush, Ray 1998: Facing Structural Adjustment: Strategies of Peasants, the State, and the International Financial Institutions, in: Hopkins, Westergaard 1998, S. 88-109

Cairo Papers in Social Science 1993: The Economies and Politics of Structural Adjustment in Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science No. 3

CAPMAS 1990: Informal Economic Activity. Summary Preliminary Report, Cairo: CAPMAS

Cardiff, Patrick W. 1995: Poverty and Inequality in Egypt, Washington: US Dept. of Labor, unpublished paper

Cardiff, Patrick W. 1997: The 1995/1996 Household Income, Expenditure and Consumption Survey, Washington: Final Analysis Report, USAID, US Bureau of Census

Cassandra 1995: The Impending Crisis in Egypt, in: Middle East Journal (MEJ), No. 1, S. 7-27

Castells, Manuel 2001: Das InformationszeitalterI. Die Netzwerkgesellschaft, Opladen: Leske und Budrich

CEDEJ 1992: Démocratie et démocratisations dans le monde arabe, Le Caire: Dossier du CEDEJ

Chambers, R. 1989: Vulnerability, Coping and Policy, IDS Bulletin, No. 2, S. 1-7

Charmes, Jacques 1991: Employment and Income in the Informal Sector of the Maghreb and Mashreq Countries, in: Hopkins 1991, S. 21-45

Clark, Janine Astrid 1995: Democratization and Social Islam: A Case Study of the Islamic Health Clinics in Cairo, in: Brynen et al. 1995, S. 167-186

Conradi, Elisabeth 1989: Ist der Ausschluß von Frauen für die traditionellen Demokratietheorien grundlegend und wie wird er gerechtfertigt?, in: Feministische Studien, Nr. 2, S. 85-93

Cordova, Armando 1973: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurta.M.: Suhrkamp

Cyba, Eva1993: Überlegungen zu einer Theorie geschlechtsspezifischer sozialer Ungleichheiten, in: Frerichs, Petra; Steinrücke, Margareta (Hg.) 1993: Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse, Opladen: Leske und Budrich, S. 33-50

Cyba, Eva1995: Beharrung und Dialog. Feministische Perspektive und soziologische Ungleichheitsanalyse, in: Armbruster, L. Christof; Müller, Ursula; Stein-Hilbers, Marlene (Hg.) 1995: Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse, Opladen: Leske und Budrich, S. 157-170

Dangschat, Jens S. 1994: Soziale Ungleichheit und die Armut der Soziologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7, S. 872-885

Darwish, Adel 2001: A Rebel Without a Pause, in: The Middle East, July/August 2001, S. 11-13

Datt, Gaurav et al. 1997: What Do We Know About Poverty in Egypt? An Analysis of Household Survey Data for 1997, San Francisco: paper presented to MESA annual conference 1997

Deboulet, Agnès 1991: Des quartiers centrauxvers les périphéries spontanées, Le Caire: CEDEJ

Deboulet, Agnès 1994: Vers un urbanisme d'émanation populaire. Compétences et réalisations des citadins. L'exemple du Caire, Paris: thèsede doctorat d 'urbanisme, Institut d'urbanisme, Paris-Val de Marne

Deboulet, Agnès 1995: Des quartiers centrauxvers les périphéries spontanées. Éléments sur la mobilité résidentielle dans la Région du Grand Caire, in URBAMA 1995: Les nouvelles formes de la mobilité spatiale dans le monde arabe, Tours: URBAMA, S. 433-462

Deboulet, Agnès 1995a: Régularisation foncière, propriété et espace urbanisé, in: Egypte/Monde Arabe, No. 23, S. 57-76

Deboulet, Agnès; Fanchette, Sylvie 1992: Les migrations en Egypte: Etude Statistique, Le Caire: CEDEJ

Denis, Eric 1995: Le Caire: aspects sociaux de l'étalement urbain. Entrespécialisation et mixité, in: Egypte/Monde Arabe, No. 23, S. 77-130

Denis, Eric 1998: Compte rendu de Singerman, Hoodfar 1996, Wikan 1995, in: letter d'information duOUCC, No. 48, S. 89-92

Denoeux, Guilain 1993: Urban Unrest in the Middle East, New York: State University of New York Press

Derrida, Jacques 1990: Die différance, in: Engelmann, Peter 1990: Postmoderne und Dekonstruktion, Stuttgart: Reclam, S. 76-113

Derrida, Jacques 1997: Einige Statements und Binsenweisheiten über Neologismen, New-Ismen, Post-Ismen, Parasitismen und andere kleine Seismen, Berlin: Merve Verlag

Deutscher Bundestag 2001: Lebenslagen in Deutschland: Erster Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin: Dt. Bundestag, Drucksache 14/5990

Diamond, Larry; Linz, Juan; Lipset, Seymour Martin 1990: Politics in Developing Countries: Comparing Experiences with Democracy, Boulder: Lynne Rienner

Dietz, Berthold 1997: Soziologie der Armut. Eine Einführung, Frankfurt a.M.: Campus

Diezinger, Angelikaet al. (Hg.) 1994: Erfahrung mit Methode, Freiburg: Kore Verlag

Drakakis-Smith, David 1981: Urbanisation, Housing and the Development Process, London: Croom Helm

Droz-Vincent, Philippe 1999: Le militaire et le politique en Egypte, in: Monde Arabe/Maghreb-Machrek, No. 165, S. 16-35

Dupret, Baudouin 2000: Justice égyptienne, moralité publique et pouvoir politique, in: Monde Arabe/ Maghreb-Machrek, No. 167, S. 25-31

Early, Evelyn 1993: Baladi Women of Cairo, Cairo: American University in Cairo Press

Ebeid, Mona Makram 1994: Democratization in Egypt: The 'Algeria Complex', in: Middle East Policy, December 1994, S. 119-124

Eckstein, Susan 1988: The Poverty of Revolution. The State and the Urban Poor in Mexico, Princeton: Princeton University Press

Edouard, Hoda; Radwan, Ali Radwan 2000: La région du Grand Caire: efforts de planification à long terme du développement urbain ou le schéma directeur de l'urbanisation du Grand Caire, in: Lettre du OUCC, Le Caire, No. 50, S. 55-59

EHDR 1994: Egyptian Human Development Report 1994, Cairo: Institute of National Planing

EHDR 1996: Egyptian Human Development Report 1996, Cairo: Institute of National Planing

Eisenstadt, Shmuel; Roninger, Louis 1986: Patron-Client-Relationships as a Model of Structuring Social Exchange, in: Comparative Studies in Society and History, No. 1, S. 42-77

'Eid, Samih; Haenni, Patrick 1998: Désirs de ville - appétit d'état, le Caire: papier non publié

Elsenhans, Hartmut 1997: Staatsklassen, in: Schulz 1997, S. 161-187

Elson, Diane 1992: Male Bias in Structural Adjustment, in: Afshar, Dennis 1992, S. 46-68

Elson, Diane; Catagay, Nilufer 2000: The Social Content of Macroeconomic Policies, Berlin: Entwicklungspolitisches Forum in der Heinrich-Böll-Stiftung

Elwert, Georg; Evers, Hand-Dieter; Wilkens, Werner 1983: Die Suche nach Sicherheit: Kombinierte Produktionsformen im informellen Sektor, in: ZFS, Nr. 4, S. 281-296

Enderle, Georges 1987: Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext, Bern, Stuttgart: Paul Haupt

Engels, Friedrich 1968: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Berlin: Aubau Verlag (erstmals 1845)

Evers, Hans-Dieter 1997: Die Theorie strategischer Gruppen, in: Schulz 1997, S. 155 - 160

Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter 1992: Demokratie und Menschenrechte in Nordafrika, Hamburg: Edition Wuquf

Faath, Sigrid; Mattes, Hanspeter 1999: Die Nachfolgefrage in Nordafrika und Nahost und mögliche Gefahrenpotentiale, in: Nahost-Jahrbuch 1998, Opladen: Leske und Budrich, S. 197-202

Fandy, Mamoun 1994: Egypt's Islamic Group: Regional Revenge?, in: Middle East Journal (MEJ), No. 4, 1994, S. 607-625

Fawzy, Essam 2001: Ägypten, von unten gesehen, in: INAMO, Nr. 26, Sommer 2001, S. 9-12

Fawzy, Essam; Lübben, Ivesa 2000: Zensur und Inquisition in Ägypten – Das Dilemma des ägyptischen Legitimationsdiskurses, in: INAMO, Nr. 23/24, S. 54-59

Fawzy, Essam; Lübben, Ivesa 2001: Ägypten und die öffentliche Moral, in: INAMO, Nr. 25, S. 28-30

femina politica 2001: Politische Partizipation im Wandel, Nr. 1/2001

Fergany, Nader 1992: Poverty and Unemployment Profiles on the Level of Administrative Units, Cairo: Report to the Social Fund

Fergany, Nader 1993: Profils de la pauvretéet du chômage en Egypte, in: Egypte / Monde Arabe, No. 12-13, S. 197-212

Fergany, Nader 1994: Urban Women, Work and Poverty Alleviation in Egypt, Cairo: Al-Mishkat

Fergany, Nader 1995: Egyptians and Politics. Analysis of an Opinion Poll, Cairo: Al-Mishkat

Ferroni, Marco 1992: Strukturanpassung und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern: Planung, Durchführung und vorläufige Auswertung, in: von Hauff 1992, S. 30-51

Fischer, UteLuise et al. 1996: Kategorie: Geschlecht?, Opladen: Leske und Budrich

Foucault, Michel 1986: Of Other Spaces, in: Diacritics, No. 1, S. 22-27

Gad, Mahmud Mohamed 1992: sukkan al-maqabir fi l-qahira (Die Bewohner der Friedhöfe in Kairo), al-qahira: Selbstverlag

Gamblin, Sandrine 1997: Contours et détours du politiqueen Egypte. Les élections législatives de 1995, Paris: L'Harmattan

Gamblin, Sandrine 1997a: Familles, pouvoir et territoires: les élections législatives de 1995 dansune conscription de Haute-Égypte, in: dies. (ed.) 1997, S. 313-338

Gans, Herbert J. 1992: Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen, in: Leibfried, Voges 1992, S. 48-62

el-Gawhary, Karim 1995: Report From a Warzone. Gama'at vs. Government in Upper Egypt, in: Middle East Report, May-August 1995, S. 49-51

el-Gawhary, Karim 1996: Copts in the 'Egyptian Fabric', in: Middle East Report, July-September 1996, S. 21-22

el-Gawhary, Karim 1997: Sheikha in al-Waraaq, in: Middle East Report, Winter 1997, S. 28-30

el-Gawhary, Karim 1997a: Nothing more to loose. Landowners, tenants and Economic Liberalization in Egypt, in: Midde East Report, July-September 1997, S. 41-42

Geertz, Clifford 1983: Dichte Beschreibung, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Geertz, Clifford 1990: Die künstlichen Wilden. Anthropologen als Schriftsteller, München: Carl Hanser

Gellner, Ernest; Waterbury, John (ed.) 1977: Patrons and Clients in Mediterranean Societies, London: Duckworth

George, Susan; Sabelli, Fabrizio 1995: Kredit und Dogma. Ideologie und Macht der Weltbank, Hamburg: Konkret Literatur Verlag und TNI (Amsterdam)

Geremek, Bronislaw 1988: Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa, München, Zürich: Artemis Verlag

Gertel, Jörg (ed.) 1995: The Metropolitan Food System of Cairo, Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik

Gertel, Jörg 1996: Ägypten: Die Umkehr der Agrarreformen – Zur Situation landwirtschaftlicher Pächter, in: Peter Meyns (Hg.) 1996: Staat und Gesellschaft in Afrika, Schriften der VAD, 16, S. 521-535

Gertel, Jörg 1998: Kairo. Nahrungsmittelsicherheit und Verwundbarkeit im Kontext der Globalisierung. Freiburg: Habilitationsschrift eingereicht bei der Geowissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwig-Universität Freiburg

Gertel, Jörg; Kuppinger, Petra 1994: Space, Social Reproduction and Food Security in Cairo/Egypt, in: Geo Journal, No. 34/3, S. 277-286

Gertel, Jörg; Samir, Said 1995: The „Search for Security": Informal Street Vendors in Matariya, in: Gertel 1995, S. 87-102

Ghannam, Fatma 1995: Gender and Food in Everyday Life. An Ethnographic Study of a Neighborhood in Cairo, in: Gertel 1995, S. 125-140

Ghannam, Fatma 1999: Trajectories of the City: Reflections on Fieldwork in Um al-Dunya, in: Shami, Herrera 1999, S. 79-97

Ghazaleh, Pascale 1998: Enregistrer/Interpreter, in: lettre d'information du OUCC, No. 48, S. 93-95

Giesen, Bernhard; Haferkamp, Hans (Hg.) 1987: Soziologie der sozialen Ungleichheit, Opladen: Westdeutscher Verlag

Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika 1992: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.) 1992: Traditionen- Brüche, Freiburg: Kore Verlag, S. 201-254

Goetze, Dieter 1992: „Culture of Poverty" - eine Spurensuche, in: Leibfried, Voges 1992, S. 88-103

Graham-Brown, Sarah 1992: Women and Politics in the Middle East, Washington: MERIP specialpublication

Gramsci, Antonio 1994: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Bd. 6, Hamburg: Argument

Guggenberger, Bernd 1995: Demokratie/Demokratietheorie, in: Nohlen; Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) 1995: Lexikon der Politik, Bd. 1, S. 36-39

Gugler, Josef (Hg.) 1988: The Urbanization of the Third World, Oxford u. a.: Oxford University Press

Günem, Sedef 2001: Das Soziale des Geschlechts. Frauenforschung und die Kategorie „Ethnizität", in: Hark 2001, S. 136-153

Gutíerrez Rodríguez, Encarnación 1996: Frau ist nicht gleich Frau, nicht gleich Frau, nicht gleich Frau... Über die Notwendigkeit einer kritischen Dekonstruktion in der femistischen Forschung, in: Fischer et al. 1996, S. 163-190

Haenni, Patrik 1997: Ruses de l'état et faux-semblants de l'islamisme. Les ressorts paradoxaux del'ordre politique, Le Caire: papier non publié

Hamzah, Dyala 2000: La censure ou commental contourner, in: Égypte/Monde Arabe, No. 3, 2000/1, S. 11-23

Handoussa, Heba 1991: Crisis and Challenge: Prospects for the 1990s, in: Handoussa, Potter 1991, S. 3-21

Handoussa, Heba 1994: The Economic Dimension of Politics Affecting Women-headed Households in Egypt, Cairo: paper presented at „Conference on Women Headed Households", CAPMAS, March 1994

Handoussa, Heba; Potter, Gillian 1991: Employment and Structural Adjustment: Egypt in the 1990s, Cairo: American University in Cairo Press

Hanesch, Walter (Hg.) 1995: Sozialpolitische Strategien gegen Armut, Opladen: Westdeutscher Verlag

Hanssohm, Dirk; Kappel, Robert 1993: Schwarz-weiße Mythen. Afrika und der entwicklungspolitische Diskurs, Hamburg, Münster: LIT Verlag

Happe, Barbara; König, Claus-Dieter 1999: Marginalität und Demokratie in zwei 'jungen' Demokratien im Vergleich – zu den Partizipationschancen der städtischen Armen in Kenya und Brasilien, in: Zinnecker, Heidrun (Hg.) 1999: Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien, Amsterdam: Fakultas, S. 72-94

Happe, Barbara 2000: Armut und Politik. Politisches Denken und Handeln von städtischen Armen in Brasilien, Mettingen

Harders, Cilja 1995: Frauen und Politik in Ägypten. Untersuchungen zur Situation ägyptischer Politikerinnen, Hamburg, Münster: LIT Verlag

Harders, Cilja 1998: „Die Furcht der Reichen und die Hoffnungen der Armen" – Ägyptens schwieriger Weg zur Demokratie, in: Schubert, Tetzlaff 1998, S. 267-296

Harders, Cilja 1998a: Structuration des réseaux et structure urbaine. Les femmes, les hommes, dans leur espace, in: lettre d'information du OUCC, No. 48, Le Caire, S. 73-76

Harders, Cilja 1999: Das Ende der Strukturkategorie Geschlecht? Empirische Erfahrungen aus Ägypten, in: Bauhardt, Christine, von Wahl, Angelika (Hg.) 1999: Gender and Politics. ‚Geschlecht' in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, S. 171-198

Harders, Cilja 2000: Dimensionen des Netzwerkansatzes – einführende theoretische Überlegungen, in: Roman Loimeier (Hg.): Die islamische Welt als Netzwerk. Möglichkeiten und Grenzen des Netzwerkansatzes im islamischen Kontext, Würzburg: ERGON Verlag, S. 17-52

Harders, Cilja; Jürgensen, Carsten; Tabbara, Tanja 1995: Berufsverbände als Träger der Zivilgesellschaft in Ägypten, in: Ibrahim, Wedel 1995, S. 49-74

Harders, Cilja; Schauber, Almuth 1999: Netzwerke und informelle Partizipation zwischen Inklusion und Exklusion – die Beispiele Ägyptens und Ghana, in: Lauth, Liebert 1999, S. 165-184

Hark, Sabine 2001: Dis/Kontinuitäten. Feministische Theorie. Opladen: Leske und Budrich

Harrington, Michael 1964: Das andere Amerika. München: dtv

Hart, Keith 1973: Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana, in: JMAS, No. 1, S. 61-89

Hartmann, Helmut 1985: Armut in der Bundesrepublik Deutschland: Defintionen, Indikatoren und aktuelle Erscheinungsformen, in: SOWI, 14, Nr. 3, S. 169-176

Hasenjürgen, Brigitte 1993: Von der „Subsistenzdebatte" zur „Geschlechterforschung" – Frauen und Arbeit im Diskurs der westdeutschen Frauenforschung, in: Hasenjürgen, Preuß 1993, S. 1-32

Hasenjürgen, Brigitte; Preuß, Sabine 1993: Frauenarbeit Frauenpolitik in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa, Münster: Westfälisches Dampfboot

Hatem, Mervat 1986: The enduring Alliance of Nationalism and Patriarchy in Muslim Personal Status Laws: The Case of Modern Egypt, in: Feminist Issues, Nr. 1, Spring 1986, S. 19-43

Hatem, Mervat 1992: Economic and Political Liberalization in Egypt and the Demise of State Feminism, in: International Journal of Middle Eastern Studies (IJMES), No. 24, S. 231-251

Hatem, Mervat 1994: Egyptian Discourses on Gender and Political Liberalization: Do Secularist and Islamist Views Really Differ?, in: MiddleEast Journal, No. 4, S. 661- 676

Hatem, Mervat 1995: Political Liberalization, Gender, and the State, in: Brynen et al. 1995, S. 187-210

Hatzius, Thilo; Marggraf, Rainer 1994: Konzepte der Armutsmessung, in: Schäfer 1994: S. 119-163

von Hauff, Michael; Werner, Heinecke (Hg.) 1992: Die Strukturanpassungspolitik der Weltbank, Ludwigsburg, Berlin: Verlag Wissenschaft und Praxis

Hauser, Richard; Neumann, Udo 1992: Armut in der Bunderepublik Deutschland, in: Leibfried, Voges 1992: S. 237-271

Heberer, Thomas 1997: Wandlungsprozesse, Partizipation und Geschlechterverhältnis in Ostasien, in: Heberer, Thomas; Vogel, Kerstin Katharina (Hg.) 1997: Frauen-Los!?: Politische Partizipation von Frauen in Ostasien, S. 40-77

Heilmann, Annette 1995: Die Affaire Abu Zayd und der Begriff der 'Ethik der Toleranz' in der heutigen politischen Diskussion in Ägypten, in: Ibrahim 1995, S. 145-168 Hinnebusch, Raymond A. 1985: Egyptian Politics under Sadat, Cambridge: Cambridge University Press

Hippler, Jochen (Hg.) 1994: Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg: Konkret Literatur Verlag

Hirtz, Frank; Köhler, Peter A.; Schulte, Bernd 1992: Die 'drei Gesichter' der Armut. Sozialpolitik jenseits des Nationalstaats, in: Leibfried, Voges 1992, S. 324-344

Hoecker, Beate 1995: Politische Partizipation von Frauen, Opladen: Leske und Budrich

Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen (Hg.) 1992: Analyse verbaler Daten, Opladen: Westdeutscher Verlag

Hofmann, Jeanette 1997: Über Repräsentationen und Praktiken empirischer Forschung in den Politikwissenschaften, in: feminapolitica, Nr. 1, S. 42-60

Holland-Cunz, Barbara 1998: Feministische Demokratietheorie, Opladen: Leske und Budrich

Holland-Cunz, Barbara 1999: Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie, in: Abels, Sifft 1999, S. 213-230

Hollnsteiner-Racelis, Mary 1988: Becoming an Urbanite: The Neighbourhood as a Learning Environment, in: Gugler 1988: S. 230-41

Hoodfar, Homa 1990: Survival Strategies in Low Income Households in Cairo, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, No. 4, S. 22-41

Hoodfar, Homa 1994: Situating the Anthropologist: A personal account of Etnographic Fieldwork in Three urban Settings, Tehran, Kairo and Montreal, in: Amit-Talai, Vered; Lustiger-Thaler, Henri (ed.) 1994: Urban Lives : Fragmentation and Resistance, Toronto: McLelland and Stewart, S. 206-226

Hoodfar, Homa 1996: Survival Strategies and the Political Economy of Low-Income Households in Cairo, in: Singerman, Hoodfar 1996, S. 1-26

Hoodfar, Homa 1997: Between Marriage and The Market. Intimate Politics and Survival in Cairo, Berkeley et al.: University of California Press

Hopkins, Nicholas S. 1991 (ed.): Informal Sector in Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science

Hopkins, Nicholas S. 1991a: Markets, Marketing, the Market: Informal Egypt, in : ders. 1991, S. 104-126

Hopkins, Nicholas S.; Westergaard, Kirsten (ed.) 1998: Directions of Change in Rural Egypt, Cairo: American University in Cairo Press

Houot, Sandra 1998: L'éthique religieuse musulmane entendue comme une thérapeutique pour jugular la pauvreté, Le Caire: papier pres. pour la conférence „Analyses et dynamiques de la pauvreté au Moyen-Orient et en Afrique du Nord", Mars 1998

Hügel, Ika et al. (Hg) 1993: Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, München: Orlanda

Huntington, Samuel 1991: The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, London: University of Oklahoma Press

Huntington, Samuel; Nelson, Joan 1982: No Easy Choice. Political Participation in Developing Countries, Cambridge: Cambridge University Press

Ibrahim, Barbara 1985: Family Strategies: A Perspective on Women's Entry to the Labor Force in Egypt, in: Hopkins, Nicholas; Ibrahim, Saad Eddin et al. 1985: Arab Society, Cairo: American University of Cairo Press, S. 257-268

Ibrahim, Ferhad 1994: Rente und Zivilgesellschaft in Ägypten, in: Orient, Nr. 3, S. 425-440

Ibrahim, Ferhad 1995 (Hg.): Staat und Zivilgesellschaft in Ägypten, Hamburg, Münster: LIT Verlag

Ibrahim, Ferhad 1997: Aufschwung und Ausdifferenzierung der Zivilgesellschaft als Ausdruck der gesellschaftlichen Krise in Ägypten, in: Wuquf, Nr. 10-11, Hamburg, S. 119-142

Ibrahim, Ferhad; Wedel, Heidi 1995: Probleme der Zivilgesellschaft im Vorderen Orient. Opladen: Leske und Budrich

Ibrahim, Gamal Abdel Nasser 1999: Une lecture politique de l'expérience constitutionnelle égyptienne, in: Égypte/Monde Arabe, No. 2, 1999/2, S. 127-141

Ibrahim, Saad Eddin 1993: Crises, Elites and Democratization in the Arab World, in: Middle East Journal (MEJ), No. 2, S. 292-305

Ibrahim, Saad Eddin 1987: Egypt's Islamic Militants, in: Ibrahim, Saad Eddin; Hopkins, Nicholas 1987: Arab Society, Cairo: American University of Cairo Press, S. 494-507

Ibrahim, Saad Eddin 1982: Social Mobility and Income Distribution in Egypt, 1952-1977, in: Abdel-Khalek, Gouda 1982, S. 375-434

Ibrahim, Saad Eddin 1995: Liberalization and Democratization in the Arab World, in: Brynen et al. 1995, S. 29-60

Iliffe, John 1987: The african poor. A history, Cambridge et al.: Cambridge Uniiversity Press

Illy, Hans 1983: Strukturelle Repression und Selbstorganisation: Überlebensstrategien im Squattergebiet Mathare Valley, Nairobi, in: Hanisch 1983: S. 157-189

ILO 1976: Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse. Ein weltweites Problem, Genf: ILO

Ireton, Francois 1998: Répresentations de la pauvreté, Cairo: unpublished paper prepared for the Conference on „Analyses and Dynamics of Poverty in the Middle East and North Africa", Cairo, March 1998

Jackson, Michael 1996: Introduction. Phenomenology, Radical Empiricism, and Anthropological Critique, in: ders. (Hg.) 1996: Things as They Are, Bloomington: Indiana University Press, S. 1-50

Johnson, Michael 1988: Political Bosses and Strong-Arm Retainers in the Sunni Muslim Quarters of Beirut, in: Gugler 1988, S. 308-327

Jones, Kathleen 1990: Citizenship in a Women-friendly Polity, in: Signs. Journal of Women in Culture and Society, No. 4, S. 781-812

Joseph, Suad 1978: Women and the Neighborhood Street in Borj Hammoud, Lebanon, in: Beck, Keddie 1978, S. 541-557

Joseph, Suad 1993: Gender and Civil Society, in: MERIP, No. 183, S. 22-26

Joseph, Suad (ed.) 2000: Gender and Citizenship in the MiddleEast, Syrakuse: Syrakuse University Press

Jürgensen, Carsten 1992: Menschenrechte und politische Entwicklung in Ägypten, in: Faath, Mattes 1992, S. 195-227

Jürgensen, Carsten 1994: Demokratie und Menschenrechte in der arabischen Welt. Hamburg: Mitteilungen des deutschen Orient-Instituts

Kaase, Max 1981: Politische Beteiligung und politische Ungleichheit, in: Albertin, Lothar (Hg.) 1981: Politische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf: Droste, S. 363-377

Kaase, Max 1983: Politische Beteiligung, konventionelle und unkonventionelle, in: Pipers Handwörterbuch zur Politik, Bd. 2, München: Piper, S. 321-326

Kaase, Max 1987: Partizipation, in: Pipers Handwörterbuch zur Politik, Bd. 1, München: Piper, S. 682-684

Kaase, Max 1993: Politische Beteiligung, politische Partizipation, in: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hg.) 1993: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 429-432

El-Kadi, Galila 1987: L'urbanisation spontanéeau Caire, Tours: URBAMA, Fascicule du Recherches No.18

Kahlert, Heike; Schindler, Delia 1997: Feministische Politikwissenschaft, Grounded Theory und problemzentriertes Interview, in: femina politica, Nr. 1, S. 61-70

Kamel, Laila Iskandar 1994: Mokattam Grabage Village, Cairo: Stallion

Graphics Kandiyoti, Deniz 1991: Women, Islam and the State, London: Macmillan

Kandiyoti, Deniz 1996: Contemporary Feminist Scholarship and Middle East Studies, in: Kandiyoti 1996a, S. 1-27

Kandiyoti, Deniz 1996a: Gendering the Middle East. Emerging Perspectives, London: I.B.Tauris

Karsch, Thomas; Plastino, Carlos; Sautter, Hermann 1992: Interdependente Armutsbekämpfung– das Beispiel Brasilien, Hamburg: Verlag Dienstein Übersee

Karshenas, Massoud 1994: Structural Adjustment and Employment in the Middle East and North Africa, Cairo: Economic Research Forum Working Paper 9420

Katz, Michael B. (ed.) 1993: The „Underclass" Debate. Views From History, Princeton: Princeton Univ. Press

Keller, Reiner 1997: Diskursanalyse, in: Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hg.) 1997: Sozialwissenschaftliche Hermeneutik, Opladen: Leske und Budrich, UTB, S. 309-334

Kepel, Gilles 1995: Der Prophet und der Pharao. Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus, München: Piper

Kersting, Norbert 1994: Demokratie und Armut in Zimbabwe. Politische Partizipation und urbaner Lebensstil, Münster, Hamburg: LIT Verlag

Kersting, Norbert 1996: Urbane Armut. Überlebensstrategien in der „Dritten Welt", Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik

Kersting, Norbert; Sperberg F., Jaime 1999: Politische Partizipation und zivilgesellschaftliche Selbsthilfeorganisationen der urbanen Armen in Afrika und Lateinamerika, in: Lauth, Liebert 1999, S. 185-204

Kharoufi, Mostafa 1990: Etudes sur le secteur informel en Egypte, in: Egypte/Monde Arabe, No. 2, S. 271-278

Kharoufi, Mostafa 1991: The Informal Dimensions of Urban Activity in Egypt: Some Recent Work, in: Hopkins 1991, S. 8-20

Kharoufi, Mostafa 1991a: Dupetit au grand espace urbain: le commerce des fruits et legumes à Dar al-Salam, in: Egypte/Monde Arabe, No. 5, S. 81-96

al-Khawaga, Dina 1997: Le Parti national démocrate et les élections de 1995: la conjonction de nombreuses logiques d'action, in: Gamblin 1997, S. 83-100

al-Khawaga, Dina 1999: Cairo as the pundits see it: supply, demand, and the crystallization of a research project, Washington: paper presented to MESA 1999

Kheir el-Din, Hanaa 1997: The Social Fund for Development. Assessment of Performance and Impact, Cairo: paper presented to conference „The Social Consequences of Structural Adjustment", Cairo, Dec. 1997

el-Kholi, Heba; al-Ali, Nadje 1999: Inside/Out: The "Native" and the "Halfie" Unsettled, in: Shami, Herrera 1999, S. 14-39

Khouri-Dagher, Nadia 1985: Le rôle des femmes dans les stratégies de survie des populations pauvres en ville: L'exemple du Caire, in: femmes et politiques alimentaires, Paris: ORSTOM, S. 521-532

Khouri-Dagher, Nadia 1996: The State, Urban Households, and the Management of Daily Life. Food and Social Order in Cairo, in: Singerman, Hoodfar 1996, S. 110-133

Kienle, Eberhard 1998: More Than a Response to Islamism: The Political Deliberalization of Egypt in the 1990's, in: Middle East Journal (MEJ), No. 2, S. 19-235

Kienle, Eberhard 2001: A Grand Delusion. Democracy and Economic Reform in Egypt, London: IBTauris

Killick, Tony 1995: Structural Adjustment and Poverty Alleviation: An Interpretative Survey, in: Development and Change, No. 2, S. 305-331

Kishk, Hassanayn 1998: Pauvreté et Paupérisation en Milieu Urbain, in: Egypte/Monde Arabe, No. 33, S. 81-110

Kixmüller, Jan 1995: Islamische Gesellschaft. Demokratie und soziales Netz bei den Muslimbrüdern, in: Ibrahim 1995, S. 116-144

Klein-Hessling, Ruth; Nökel, Sigrid; Werner, Karin (Hg.) 1999: Der neue Islam der Frauen. Weibliche Lebenspraxis in der globalisierten Moderne – Fallstudien aus Afrika, Asien und Europa, Bielefeld: transcript

Klemp, Ludgera 1992: Frauen im Verelendungs- und Entwicklungsprozeß, in: Nohlen, Nuscheler 1992, S. 287-303

Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hg.) 2001: Soziale Verortung der Geschlechter, Münster, Westfälisches Dampfboot

Knapp, Gudrun-Axeli 2001: Dezentriert und viel riskiert: Anmerkungen zur These vom Bedeutungsverslust der Kategorie Geschlecht, in: Knapp, Wetterer 2001, S. 15-62

Knoke, David; Kuklinski, James H. 1991: Network Analysis: Basic Concepts, in: Thompson, Grahame et al. (ed.) 1991: Markets, Hierachies and Networks, London: Sage, S. 173-182

Knoke, David; Kuklinski, James H. 1982: Network Analysis, Beverly Hills: Sage

König, Claus-Dieter 1998: Politisches Handeln der städtischen Armen in Kenya, Münster, Hamburg: LIT Verlag

Korayem, Karima 1987: The impact of Economic Adjustment Policies on the Vulnerable Families and Children in Egypt, Cairo: The Third World Forum, UNICEF

Korayem, Karima 1991: The Egyptian Economy and The Poor in the Eighties, Cairo: The Institute of National Planing, Memo No. 1542

Korayem, Karima 1993: Poverty in Egypt, Literature Review 1985-1991, Cairo: Center for Economic and Financial Research and Studies

Korayem, Karima 1994: The Impact of Strutural Adjustment and Stabilization Policies on the Poor in Egypt, and How Do they Adopt, Cairo: unpublished paper presented to T.W.F. and UNICEF

Korayem, Karima 1996: Structural Adjustment, Stabilization Policies, and the Poor in Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science Kossaifi, George 1996: Poverty in Western Asia: A socio-political approach, ESCWA: unpublished paper

Koszinowski, Thomas 1995: Ägypten 1994, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 1995: Nahost-Jahrbuch 1994, Opladen: Leske und Budrich, S. 41-48

Koszinowski, Thomas 1997 Ägypten 1996, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 1997: Nahost-Jahrbuch 1996, Opladen: Leske und Budrich, S. 41-48

Koszinowski, Thomas 1998: Ägypten 1997, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 1998: Nahost-Jahrbuch 1997, Opladen: Leske und Budrich, S. 41-48

Koszinowski, Thomas 1999: Ägypten 1998, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 1999: Nahost-Jahrbuch 1998, Opladen: Leske und Budrich, S. 41-48

Koszinowski, Thomas 2000: Ägypten 1999, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 2000: Nahost-Jahrbuch 1999, Opladen: Leske und Budrich,, S. 41-48

Koszinowski, Thomas 2001: Ägypten 2000, in: Koszinowski, Thomas; Mattes, Hanspeter 2001: Nahost-Jahrbuch 2000, Opladen: Leske und Budrich, S. 39-47

Krämer, Gudrun 1986: Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse. Baden-Baden: Nomos

Krämer, Gudrun 1996: The Integration of the Integrists: A Comparative Study of Egypt, Jordan and Tunisia, in: Salamé 1996, S. 200-226

Kreckel, Reinhard 1983: Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen: Schwartz

Kreckel, Reinhard 1992: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a.M., New York: Campus

Kreisky, Eva; Sauer, Birgit (Hg.) 1997: Das geheime Glossar der Politikwissenschaft, Frankfurt a.M., New York: Campus

Kriz, Jürgen; Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) 1994: Politikwissenschaftliche Methoden, Lexikon der Politik, Band 2, München: Beck

Kronauer, Martin 1997: „Soziale Ausgrenzung“ und „underclass“: über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan Nr. 1, 1997, S. 28-46

Krüger, Marlis 1994: Methodologische und wissenschaftstheoretische Reflexionen über eine feministische Soziologie und Sozialforschung, in: Diezinger et al. 1994, S. 69-84

Künkel, Petra 1995: Geschlechterbeziehungen und Krise – afrikanische Frauenforschungauf der Suche nach realitätsangemessenen Analysen, in: Peripherie Nr. 57/58, S. 58-85

Kuppinger, Petra 1990: Eltayyibin: The Political Economy of a Cairene Low Income Community, Cairo: unpublished MA thesis, American University in Cairo

Kuppinger, Petra 1995: Moments of Eating: Economics, Space and Time, in: Gertel 1995, S. 141-150

Kuppinger, Petra 1995a: Urban Spaces and Street Vending: Colonial and Post-Colonial Structures versus Everyday Prcatices, in: Gertel 1995, S. 69-86

Lachenmann, Gudrun 1997: Zivilgesellschaft und Entwicklung, in: Schulz 1997, S. 187-211

Al-Laithy, Heba 1993: Evaluation de la pauvreté en Egypte en fonction des données sur les menages, in: Egypte/Monde Arabe, No. 12-13, S. 109-144

Al-Laithy, Heba 1997: Poverty Estimates Based on Expenditure Surveys, Cairo: Workshop on Social Security and Income Generation Projects For Vulnerable Grups, With Special Focus on Working Children and Female Headed Households, Cairo, Dec. 1997

Al-Laithy, Heba 1997a: Evaluating the Social Fund for Development Programs to alleviate Poverty, Cairo: unpublished paper

Al-Laithy, Heba 1997b: Structural Adjustment and Poverty, in: El-Mahdi 1997, S. 131-199

Al-Laithy, Heba; Kheir al-Din, Hanaa 1992: Assessment of Poverty in Egypt using Household Data, Cairo: Paper presented to conference „The Economic Reform and ist Distributive Impact", Cairo, Nov. 1992

Al-Laithy, Heba; Osman, Ahmed 1996: Profile and Trend of Povert y and Economic Growth, Cairo: report presented to INP and UNDP

Lamnek, Siegfried 1979: Theorien abweichenden Verhaltens, München: Fink

Lamnek, Siegfried 1988: Qualitative Sozialforschung, Band 1: Methdodologie, München: Psychologie Verlags Union

Lauth, Hans-Joachim 1999: Informelle Institutionen politischer Partizipation und ihre demokratietheoretische Bedeutung: Klientelismus, Korruption, Putschdrohung und ziviler Widerstand, in: Lauth, Liebert 1999, S. 61-84

Lauth, Joachim; Liebert, Ulrike (Hg.) 1999: Im Schatten demokratis cher Legitimität: informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratien-Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag

Lautier, Bruno; Salama, Pierre 1995: De l'histoire de la pauvretéen Europe à la pauvtreté dans le tiers monde, in: Revue Tiers Monde, No. 142, S. 245-255

Lazreg, Marnia 1988: Feminism and Difference: The Perils of Writing as a Woman on Women in Algeria, in: Feminist Studies 14, No. 1, S. 81-107

Leca, Jean 1996: Democratization in the Arab World 1996: Uncertainty, Vulnerability and Legitimacy. Atentative Conceptualization and Some Hypotheses, in: Salamé 1996, S. 48-83

Legal Rights (ed.) 1992: Legal Rights of Egyptian Women in Theory and Practice. The Communication Group for the Enhancement of the Status of Women in Egypt, Cairo: Darel Kutub

Leibfried, Stephan; Tennstedt, Florian (Hg.) 1985: Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Leibfried, Stephan; Tennstedt, Florian 1985a: Armenpolitik und Arbeiterpolitik, in: Leibfried, Tennstedt 1985, S. 64-93

Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hg.) 1992: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialforschung, Sonderheft 32, Opladen: Westdeutscher Verlag

Leisering, Lutz 1993: Zwischen Verdrängung und Dramatisierung, in: Soziale Welt, Nr. 4, S. 486-511

Lenz, Ilse 1993: Neue Nachrichten von Nirgendwo? Zu neuen Perspektiven in der Geschlechterfrage, in: Hasenjürgen, Preuß 1993, S. 96-110

Lenz, Ilse 1997: Modernisierung der Ungleichheit? Zur selektiven politischen Integration von Frauen in Ostasien, in: Heberer et al. 1997, S. 78-96

Lewis, B.; Pelat, Ch.; Schacht, J. (ed.) 1965: The Encyclopedia of Islam, London, Leiden: Brill und Luzac & Co.

Lewis, Oscar 1959: Five Families, New York: Basic Books

Lewis, Oscar 1966: The Culture of Poverty, in: Scientific American, No. 4, S. 19-25

Lewis, Oscar 1971: La Vida. Eine puertoricanische Familie in der Kultur der Armut: San San Juan und New York, Düsseldorf u.a.: Econ

Liebert, Ulrike 1999: Dynamiken demokratischer Exklusion als Problem der Frauen- und Geschlechterforschung und feministischen politischen Theorie, in: Lauth, Lie- bert 1999, S. 85-104

Lindner, Clausjohann 1990: Kritik der Theorie der partizipatorischen Demokratie, Opladen: Westdeutscher Verlag

Linz, Juan; Stepan, Alfred 1996. Problems of Democratic Transition and Consolidation, Baltimore, London: Johns Hopkins University Press

Loewe, Markus 2000: Systeme der sozialen Sicherung in Ägypten, Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berichte und Gutachten 4/2000

Löfgren, Hans 1993: Economic Policy in Egypt: a Breakdown in Reform Resistance? in: International Journal of Middle Eastern Studies (IJMES), S. 407-421

Löfgren, Hans 1993a: Egypt's Program for Stabilization and Structural Adjustment: An Assessment, in: The Politics of Adjustment in Egypt, 3. Annual Symposium, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science, No. 3, S. 20-37

Lomnitz, Larissa 1988: The Social and Economic Organization of a Mexican Shanty Town, in: Gugler 1988, 242-263

Longuenesse, Élisabeth 1997: Logiques d'appartenances et dynamique électorale dans une banlieue ouvrière: le cas de la circonscription 25 à Helwan, in: Gamblin 1997a, S. 229-265

Loza, Sarah 1991: Urban Street Food Vendors: Case study from Egypt, in: Ho p-kins 1991, S. 46-52

Lüdtke, Hartmut 1992: Datenanalyse bei Beobachtungsverfahren: Die Analyse von Situationen, Prozessen und Netzwerken, in: Hoffmeyer-Zlotnik 1992, S.248-293

Lübben, Ivesa 2001: Demokratie als Herrschaftstechnik, in: INAMO, Nr. 26, Sommer 2001, S. 4-8

Ludwig, Monika; Leisering, Lutz; Buhr, Petra 1995: Armut verstehen, in: APUZ, B31-32, S. 24-34

Ludwig, Monika 1996: Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat, Opladen: Westdeutscher Verlag

Macleod, Arlene Lowe 1992: Accomodating Protest. Working Women, the New Veiling and Change in Cairo, Cairo: The American University of Cairo Press

El-Mahdi, Alia 1997: Aspects of Structural Adjustment in Africa and Egypt, Cairo: Center for The Study of Developing Countries

El-Mahdi, Alia 1997a: The Economic Reform Program in Egypt after Four Years of Implementation, in: El-Mahdi 1997, S. 17-56

Ma'ud, Galalet al. 1998: al-hamishiyun al-hadariyun wa tanmiya fi misr (Die städtischen Marginalisierten und die Entwicklung in Ägypten), al-qahira: markaz dirasat wa buhuth ad-duwal an-namiya (Center for The Study of Developing Countries)

al-Manufi, Kamal (Hg.) 1997: tahlil nita`ig al-intikhabat al-'amaliya(Ergebnisanalyse der Gewerkschaftswahlen), al-qahira: Friedrich-Ebert-Stiftung

Marx, Karl; Engels, Friedrich 1968: Marx-Engels Werke, Berlin: Aufbauverlag

Massey, Doreen 1995: Places and Their Pasts, in: History Workshop Journal, No. 39, S. 182-192

Mayada, Baydas; Bahloul, Zakariya; Adams, Dale W. 1995: Informal Finance in Egypt: 'Banks' within Banks, in: World Development, No. 4, S. 651-661

Mayering, Phillip 1985: Qualitative Inhaltsanalyse, in: Jüttmann, Gerd (Hg.), Qualitative Forschung in der Psychologie, Weinheim: Beltz, S. 187-212

Mayfield, James B. 1996: Local Government in Eygpt, Cairo: American University in Cairo Press

mayo 1998: mayo, Ausgabe vom 12. Januar 1998, S. 7, Kairo

McNamara, Robert 1974: Die Jahrhundertaufgabe – Entwicklung der Dritten Welt, Stuttgart: Seewald

Mead, Donald 1982: Small industries in Egypt: an exploration of the economics of small furniture manufacturers, in: International Journal of Middle Eastern Studies (IJMES), S. 159-171

Menzel, Ulrich 1992: 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie, in: Nohlen, Nuscheler 1992, S. 131-156

Merkel, Wolfgang (Hg.) 1996: Systemwechsel. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Westdeutscher Verlag

Merkens, Hans 1992: Analyse von Protokollen teilnehmender Beobachtung, in: Hoff- meyer-Zlotnik 1992, S. 216-247

Mernissi, Fatima 1989: Geschlecht, Ideologie, Islam, München: Frauenbuchverlag

Mernissi, Fatima 1991: Die Sultanin. Die Macht der Frauen in der Welt des Islams, Frankfurt a. Main: Luchterhand

el-Messiri, Sawsan 1978: Ibn al-Balad. A Conceptof Egyptian Identity, Leiden: E.J. Brill

Meyer, Birgit 1992: Die ‚unpolitische' Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? Aus: APUZ, Nr. B 25-26, S. 3-18

Meyer, Günter 1988: Employment in Small-scale Manufacturing in Cairo – a Socio-economic Survey, in: British Society of Middle Eastern Studies Bulletin, No. 2, S. 136-146

Meyer, Günter 1990: Der informelle Wirtschaftsektor als Möglichkeit zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt – Das Beispiel des produzierenden Kleingewerbes in Kairo, in: Gormsen, Erdmann; Thimm, Andreas 1990: Armut und Armutsbekämpfung in der Dritten Welt, Mainz: Interdisziplinärer

Arbeitskreis Dritte Welt, Veröffentlichungen Bd. 4, Joh. Gutenberg Universität Mainz, S. 101-124

Meyer, Günter 2000: Survival of small-scale Manufacturing in Cairo during Structural Adjustment: Results from a long-term Study, Cairo: Economic Research Forum, workingpaper 2021

Meyer, Günter 2001: Wirtschaftliches Überleben im Zeichen der Strukturanpassungspolitik, in INAMO, Nr, 26, Sommer 2001, S. 21-25

Mies, Maria 1987: Methodische Postulate zur Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Nr. 11, S. 7-25

Mies, Maria2001: Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive, in: Knapp, Wetterer 2001, S. 157-187

MEI (Middle East International) 1995: Ausgabe vom 6.1. 1995, S. 10 MEI (Middle East International) 1995a: Ausgabe vom 20.1. 1995, S. 16 MET (Middle East Times) 1995, Ausgabe vom 26.11.-2.121995, S. 7

Migdal, Joel 1988: Strong Societies and Weak States – State Society Relations and State Capabilities in the Third World, Princeton: Princeton University Press

el-Mikawy, Noha 1991: The Egyptian Parliament and Transition to Liberal Democracy, in: American-Arab Affairs, No. 36, S. 18-21

Miller, Cathrine 1999: Regional-based communities in Cairo: The Saidi Case, Washington: paper presented to MESA

Mingione, Enzo (ed.) 1996: Urban Poverty and The Underclass Debate, Cambridge, Oxford: Blackwell

Moghadam, Valentine (ed.) 1994: Gender and National Identity, London, New Jersey, Zed Books

Mohanty, Chandra Talpade 1991: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Clonial Discourses, in: Mohanty, Chandra Talpade et al. 1991: Third World Women and the Politics of Feminism, Bloomington: Indiana Univ. Press, S. 52-80

Mohieldin, Mahmoud 1994: Informal Finance in Egypt: Social Collat eral, Collective Arrangemens and Pyramid Scheme, paper presented to BRISMES annual conference, Manchester, July 1994

Mohieldin, Mahmoud; Wright, Peter 1994: Formal and Informal Credit Markets in Eygpt, Cairo: Economic Research Forum, Working Paper 9415

Moller Okin, Susan 1980: Women in Western Political Thought, London: Virago

von Monbart, Claudia 1992: Die Strategie der Weltbank zur Bekämpfung der Armut und die soziale Dimension der Anpassung, in: Hauff 1992, S. 53-68

Monciaud, Didier 1997: Khaled Mohieldin en campagne électorale: mobilisation, discours et charisme d'une figure historique de la politique égyptienne, in: Gamblin 1997a, S. 267-290

Müller, Hans-Peter1986: Kultur, Geschmack, Distinktion. Grundzüge der Kult ursoziologie Pierre Bourdieus, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 27, S. 162-190

Müller, Hans-Peter; Wegener, Bernd 1995: Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit, Opladen: Leske und Budrich

Müller, Ursula 1994: Feminismus in der empirischen Forschung: eine methodologis che Bestandsaufnahme, in: Diezinger et al. 1994, S. 31-68

Müller-Mahn, Detlef 1998: Spaces of Poverty: The Geography of Social Change in Rural Egypt, in: Hopkins, Westergaard 1998, S. 256-276

Müller-Mahn, Detlef 2000: Globalisierung als Chance? Individuelle Handlungsoptionen und gesellschaftliche Krisen in Rentierstaaten, in: Blotevogel, Hans, Ossenbrügge, Jürgen; Wood, Gerald (Hg.) 2000: Lokalverankert – weltweit vernetzt, Stuttgart: Franz Steiner, S. 327-333

Müller-Mahn, Detlef. 2001: Ägyptens ländlicher Raum im Umbruch, in: Geographische Rundschau, Jg. 53, Heft 6, S. 4-10

Müller-Mahn, Detlef 2001a: Vertreibung der Pächter –Rückkehr der Paschas?, in: INAMO, Nr. 26, S. 18-20

Naim, Samir 1983: Mediators and the Mediation Process in the Boulaq District of Cairo, in: Cain, Kulcsar 1983: Disputes and the Law, Budapest: Akadémiai Kiadà, S. 43-54

Naoroji, Dadabhai 1901: Poverty and UnBritish Rule in India, London

Nassar, Heba Ahmed 1993: Quelques conséquences sociales des programmes d'ajustement structurel, in: Egypte/Monde Arabe, No. 12-13, S. 145-179

Nassar, Heba 1996: Analysis of the Survey of the Main Interventions Enhancing the Socio Economic Status of Women in Egypt, Cairo: Report of the Social Research Center

Nassar, Heba 1997: Social Protection for the Poor in Egypt, Cairo: paper presented to conference „Facing the Social Consequences of Structural Adjustment in the Arab World and Latin America", Cairo, Dec. 1997

Nelson, Barbara; Chowdhury, Najma 1994: Women and Politics Worldwide, New Haven: Yale University Press

Neubert, Dieter 1986: Städtische Arme auf der Suche nach Sicherheit und die kenyanische Sozialpolitik, in: ZfS, Nr. 4, S. 246-258

Nickel, Herbert 1987: Marginalgruppen und informeller Sektor, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 6, München: Piper, S. 306-315

Niehaus, Inga1997: Politische Partizipation der ländlichen Bevölkerung Südafrikas im Rahmen des Landreformprogrammes, Hamburg: unveröffentlichte Magisterarbeit am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hamburg

Nielsen, Hans Christian Korsholm 1998: Men of Authority – Documents of Authority: Notes on Customary Law in Upper Egypt, in: Hopkins, Westergaard 1998, S. 357- 370

Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.) 1992: Was heißt Entwicklung? In: Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., S. 55-75

Nour, Elsaied 1995: Die Rolle des Sozialfonds im Rahmen der Strukturanpassungspolitik in Ägypten, Berlin: Das arabische Buch, Diskussionspapiere No. 34

Nord, Antonie 1997: Defizite politischer Partizipation und Möglichkeiten der Partizipationsförderung in einer blockierten Demokratie – das Beispiel Äthiopien, Hamburg: unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Politische Wissenschaften

Norton, Augustus Richard 1993: The Future of Civil Society in the Middle East, in: Middle East Journal (MEJ), No. 2, S. 205-216

O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe: 1986: Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore et al.: John Hopkins University Press

Oldham, Linda; el-Hadidi, Haguer; Tamaa, Hussein 1987: Informal communities in Cairo: The Basis of a Typology, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science

Osman, M. Osman 1998: Development and Poverty. Reduction Strategies in Egypt, Cairo: Economic Research Forum, Working Paper 9813

Owen, Roger 1996: Socio-Economic Change and Political Mobilization: The Case of Egypt, in: Salamé 1996, S. 183-199

Owoh, Kenna 1995: Gender and Health in Nigerian Structural Adjustment: Locating Room to Maneuver, in: Blumberg et al. 1995, S. 181-194

Palmer, Monte; Leila, Ali; Yassin, El Sayed 1988: Bureaucracy in Egypt, Syracuse: Syracuse Univ. Press

Pankoke, Ekkart; Sachße, Christoph 1992: Armutsdiskurs und Wohfahrtsforschung. Zum deutschen Weg in die industrielle Moderne, in: Leibfried, Voges 1992, S. 149-173

Pappi, Franz Urban 1987: Methoden der Netzwerkananlyse, Techniken der Empirischen Sozialforschung, Bd. 1, München: R. Oldenbourg

Parfitt, Trevor 1993: The Politics of Adjustment in Africa with Special Reference to Egypt, in: The Politics of Adjustment in Egypt, 3. Annual Symposium, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science, No. 3, S. 4-19

Pateman, Carole 1974: Participation and Democratic Theory, London, New York: Cambridge University Press

Pateman, Carole 1994: Der Geschlechtervertrag, in: Appelt, Erna; Neyer, Gerda (Hg.) 1994: Feministische Politikwissenschaft, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 73-96

Patzelt, Werner 1992: Einführung in die Politikwissenschaft, Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe

Pawelka, Peter 1985: Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, Heidelberg: Müller

Pawelka, Peter 1993: Der Vordere Orient und die internationale Politik, Stuttgart: Kohlhammer

Perlman, Janice E. 1976: The Myth of Marginality: Urban Poverty and Politics in Rio de Janeiro, Berkely u.a.: University of California Press

Pfaff, Anita 1992: Feminisierung der Armut durch den Sozialstaat? in: Leibfried, Voges 1992, S. 421-445

Phillips, Anne 1991: Engendering Democracy, Cambridge: Polity Press

Phillips, Anne 1992: Must feminists give up on liberal democracy? in: Held, David 1992: Prospects for Democracy, Norwich: Blackwell Publishers, Political Studies, special issue, S. 68-82

Piven, Frances Fox; Cloward, Richard A. 1977: Poor People's Movements. Why they Succeed, How they Fail, New York: Pantheon Books

Plum, Wolfgang 1988: Wohnungslosigkeit in Hamburg, Hamburg: Inst. für Sozialforschung

Pripstein, Martha 1995: Egypt's New Labor Law Removes Worker's Provisions , in: Middle East Report, May-August 1995, S. 52-53

Prosch, Bernhard; Abraham, Martin 1991: Die Revolution in der DDR. Eine strukturell- individualistische Analyse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Nr. 43, S. 302-321

Przeworski, Adam 1991: Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge: Cambridge University Press

Qandil, Amani 1995: 'amaliya at-tahawwul ad-dimuqrati fi misr (Der Prozeß des demokratischen Wandels in Ägypten), al-qahira: markaz Ibn khaldun

Quijano, Anibal 1974: Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft, in: Senghaas, Dieter (Hg.) 1974: Peripherer Kapitalismus, Frankfurt: Suhrkamp, S. 298-341

Rabanal, César Rodriguez 1990: Überleben im Slum. Psychosoziale Probleme peruanischer Elendsviertel, Frankfurt am Main: Fischer

Radwan, Samir; Lee, Eddy 1986: Agrarian Change in Egypt. An Anatomy of Rural Poverty, London: Croom Helm

Raymond, André 1993: Le Caire, Paris: Fayard

Raymond, André 1995: Le Cairedu Janissaires, Paris: NRSEditions

Rieger, Brigitten 1996: Überleben ohne Staat. Soziale Sicherungund die islamischen Parallelstrukturen in Ägypten, Baden-Baden: Nomos (Leipziger Schriften zur Gesellschaftswissenschaft)

Rist, Gilbert 1997: The History of Development. From Western Origins to Global Faith, London: Zed books

Rizq, Soad Kamel 1991: The Structure and Operations of the Informal Sector in Egypt, in: Handoussa, Potter 1991, S. 167-185

Robertson, Claire 1995: Trade, Gender and Poverty, in: Blumberget al. 1995, S. 65-88

Rodgers, Gerry (ed.) 1995: The Poverty Agendaand the ILO. New Approaches to Poverty Analysis and Policy, Geneva: ILO Publications

Roussillon, Alain 1997: Pourquoi les Frères muselmans ne pouvaient pas gagner les élections. Les limites de la pluralisation de lascène politique égyptienne, in: Gamblin 1997, S. 101-128

Rowntree, Benjamin S. 1901: Poverty: A Study of Townlife, London: Thomas Nelson

Roy, Sanjay K. 1993: State, Ideologies and Urban Poor in Third World Cities, in: Economic and Political Weekly, 4. Dec, S. 2677-2681

Roy, Olivier 1996: Patronage and Solidarity Groups: Survival or Reformation?, in: Salamé 1996, S. 270-281

Rugh, Andrea 1979: Coping with Poverty in a Cairo Community, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science

Rugh, Andrea 1985: Family in Contemporary Egypt, Cairo: American Univers ity in Cairo Press

Ruppert, Uta 1995: Gegenwarten verbinden. Frauenarbeit und Frauenpolitik im Entwicklungsprozess Burkina Fasos, Muenster: Lit

Ruppert, Uta 1997: Demokratisierung oder Modernisierung von Machtlos igkeit? Geschlechterverhältnisse in den Prozessen gesellschaftlicher Transition in Afrika, in: Kreisky, Eva; Sauer, Birgit (Hg.) 1997: Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, PVS-Sonderheft Nr. 28, S.491-511

Ruppert, Uta 1998 (Hg.): Lokal bewegen – global verhandeln: internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt a.M., New York: Campus

Ruppert, Uta 1998a: Theorien Internationaler Beziehungen aus feministischer Perspekti- ve, in: Ruppert 1998, S. 27-55

Saad, Reem 1998: Hegemony in the Periphery: Community and Exclusion in an Upper Egyptian Village, in: Hopkins, Westergaard 1998, S. 113-129

As-Saadawi, Nawal 1988: The Political Challenges Facing Arab Women at the End of the 20th Century, in: Toubia, Nahid 1988: Women of the Arab World, London: Zed Books, S. 8-26

Said, Edward 1979: Orientalism, New York: Vintage

Salama, Pierre; Valier, Jean 1995: Mésures des pauvretés et de l'appauvrissement, in: Revue Tiers Monde, No. 142, S. 257-278

Salamé, Ghassan (ed.) 1996: Democracy Without Democrats? The Renewal of Politics in the Muslim World, London, New York: I.B. Tauris

Sauer, Birgit 1994: Was heißt Partizipation und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung, in Biester et al., S. 99-130

Sauer, Birgit 1997: „Normale" Männlichkeit. Der Beitrag der Transformationsforschung zum Erhalt geschlechtsblinder Paradigmata in der Politikwissenschaft, in: Kreisky, Sauer 1997, S. 214-253

Sauer, Birgit 1999: Demokratisierung mit oder gegen den Staat? Sieben Thesen zu einer feministischen Revision staatstheoretischer Ansätze, in: Abels, Sifft 1999, S. 79-103

Sauer, Birgit; Kulawik, Teresa (Hg.) 1996: Der halbierte Staat. Grundlagen feministischer Politikwissenschaft, Frankfurt a.M., New York: Campus

Sautter, Hermann; Serries, Christoph 1993: Inhalt und Methodik von Armutsanalysen, München: Weltforum

El Sayed Said, Mohamed 1990: The Political Economy of Migration in Egypt: 1974-1989, Cairo: The Population Council, Regional Papers, Nr. 36

As-Sawi, 'Ali 1996: al-'ashwaiyat wanamazigat-tanmiya (Informelle Siedlungen und Entwicklungsmodelle), al-qahira: markaz dirasat wa buhuth ad-duwalan-namiya

Sayigh, Rosemary 1996: Researching Gender in a Palestinian Camp: Political, Theoretical and Methodological Issues, in: Kandiyoti 1996a, S. 145 167

Al-Sayyid, Mustapha Kamel 1993: A Civil Society in Egypt?, in: Middle East Journal (MEJ), No. 2, S. 228-242

Al-Sayyid, Mustapha Kamel 1995: The Concept of Civil Society and the Arab World, in: Brynen et al. 1995, S. 131-148

Schäfer, Hans-Bernd (Hg.) 1994: Armut in Entwicklungsländern, Berlin: Duncker und Humblot

Schäfers, Bernhard 1992: Zum öffentlichen Stellenwert von Armut im sozialen Wandel der Bundesrepublik Deutschland, in: Leibfried, Voges 1992, S. 104-123

Scharpf, Fritz 1973: Demokratie als Partizipation, in: Greiffenhagen, Martin 1973: Demokratisierung in Staat und Gesellschaft, München: Piper, S. 117-123

Schauber, Almuth; Harders, Cilja 1998: Transformationsforschung der vernetzten Mikro- und Mesoebenen – theoretische Perspektiven auf den Zusammenhang von Armut, Partizipation und Transformation, Hamburg: unveröffentlicher DFG-Bericht

Schäuble, Gerhard 1984: Theorien, Definitionen und Beurteilung der Armut. Berlin: Duncker und Humblot

Scheuch, Erwin K. 1993: Netzwerke, in: Dieter Reigber (Hg.) 1993: Social Networks. Neue Dimensionen der Markenführung, Düsseldorf: ECON, S. 95-130

Schiefer, Ulrich 1995: Macht, Sinn, Praxis. Anmerkungen zur empirischen Sozialforschung in Afrika, in: Peripherie, Nr. 57/58, S. 11-136

Schmidt, Manfred G. 1995: Demokratietheorien, Opladen: Leske und Budrich

Schmidt, Manfred G. 1996: Der Januskopf der Transformationsperiode. Kontinuität und Wandel der Demokratietheorien, in: von Beyme, Klaus; Offe, Claus (Hg.) 1996: Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS-Sonderheft Nr. 26, Opladen: Leske und Budrich, S. 182-210

Schmidt, Steffen et al. (ed.) 1977: Friends, Followers, and Factions: A Reader in Political Clientelism, Berkely: University of California Press

Schmidt-Relenberg, Norbert 1980: Selbstorganisation der Armen. Ein Bericht aus Venezuela, Frankfurt a.M.: Vervuert

Schmitt, Sylvia 2000: Städter und Bürger? Lebenswelten städtischer Armer in Zeiten politischer Umbrüche in der Cote d'Ivoire, Hamburg, Münster: LITVerlag

Schubert, Gunter; Tetzlaff, Rainer; Vennewald, Werner (Hg.) 1994: Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG), Münster, Hamburg: LITVerlag

Schubert, Gunter; Tetzlaff, Rainer (Hg.) 1998: Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen: Leske und Budrich

Schubert, Renate 1994: Armut in Entwicklungsländern – Begriff, Ausmaß, Konsequenzen, in: Schäfer 1994, S. 13-39

Schultze, Rainer-Olaf 1995: Partizipation, in: Nohlen; Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) 1995: Lexikon der Politik, Bd. 1, München: Piper, S. 396-406

Schulz, Manfred (Hg) 1997: Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag

Schulz, Jörn 2000: Dritter Weg ins Aus? Islamistische Bewegung zwischen Anpassung und Extremismus, in: blätter des iz3w, Nr. 243, S. 19-21

Schweizer, Thomas 1996: Muster sozialer Ordnung, Netzwerkanalyse als Fundament der Sozialethnologie, Berlin: Reimer

Scott, James 1985: Weapons of the Weak. Everday Forms of Peasant Resistance, New Haven: Yale University Press

Scott, James 1990: Domination and the Arts of Resistance – Hidden Transcripts, New Haven: Yale University Press

Seemann, Birgit 1996: Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung, Opladen: Leske und Budrich

Semsek, Hans-Günter 1986: Alltagspraxis und informelle Wirtschaften. Die 'dichte Beschreibung' eines Kairoer Stadtviertels, in: Zeitschrift für Soziologie, Nr. 6, S. 438-456

Semsek, Hans-Günter 1987: Popular Culture versus Mass Culture. The Social Dynamics in a Popular Cairene Quarter. A Case Study, in: Stauth, Georg; Zubaida, Sami (ed.) 1987: Mass Culture, Popular Culture, and Social Life in the Middle East, Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 261-285

Semsek, Hans-Günter; Stauth, Georg 1987: Lebenspraxis, Alltagserfahrung und soziale Konflikte, Stuttgart: Steiner

Sen, Amartya 1982: Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation, New York, Oxford: Clarendon Press

Shahin, Wassim (ed.) 2000: Earnings Inequality, Unemployment, and Poverty in the Middle East and North Africa, Westport: Greenwood Press

Shami, Seteney; Herrera, Linda (ed.) 1999: Between Field and Text: Emerging Voices in Egyptian Social Science, Cairo: Cairo Papers in Social Science, Vol. 22, No. 2, Amercian University in Cairo Press

Shokalmy, Hania 2001: Why is Anthropology so hard in Egypt?, in: ISIM newsletter No.7, S. 9

El Shorbagi, Monika 2001: In Konkurrenz zu den Muslimbrüdern, in: der überblick, Nr. 1, S. 6-10

Siddiqi, Moin A. 2001: Economic Report: Egypt, in: The Middle East, Sept. 2001, S. 34- 37

Sifft, Stefanie 1995: Suppenküche und Guerilla. Frauen im Demokratisierungsprozess, in: Blätter des iz3w, Nr. 205, S. 20-24

Simmel, Georg 1958: Der Arme, in: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin: Duncker und Humblot (erstmals 1908), S. 345-374
Singermann, Diane 1990: Politics at the Household Level in a Popular Quarter in Cairo, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, No. 4, S. 3-21
Singerman, Diane 1995: Avenues of Participation, Princeton: Princeton University Press
Singerman, Diane 1997: The Politics of Informality in Egypt: Networks, Family, the Economy and Islamists, University of Minnesota: Mc Arthur Consortium Working Paper
Singerman, Diane 1998: The Construction of a Political Spectacle: The Siege of Imbaba or Egypt's Internal 'Other', Washington: paper prepared for the Conference on „Political Structures and Logics of Action in The Face of Economic Liberalization", Cairo, 14-15 November 1998
Singerman, Diane; Hoodfar, Homa (ed.) 1996: Development, Change and Gender in Cairo, Bloomington: Indiana University Press
el-Sokkari, Myrette Ahmed 1984: Basic Needs, Inflation and the Poor of Egypt, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science
Soliman, Ahmed Mounir 1987: Informal Land Acquisition and the urban Poor in Alexandria, in: Third World Planning Review, No. 1, S. 21-39
Sørensen, Annemett 1992: Zur geschlechtsspezifischen Struktur von Armut, in: Leibfried, Voges 1992, S. 345-366
Sotelo, Ignacio 1973: Soziologie Lateinamerikas. Stuttgart: Kohlhammer.
Sparr, Pamela (ed.) 1994: Mortgaging Women's Lives, London: Zed Books
Sparr, Pamela 1994a: Feminist Critiques of Structural Adjustment, in: Sparr 1994, S. 13-39
Sperberg, Jaime F. 2000: Von den Stadtteilbewegungen zur Zivilgesellschaft, Hamburg, Münster: LIT Verlag
Spöhring, Walter 1989: Qualitative Sozialforschung, Stuttgart: Studienskripte zur Soziologie
Springborg, Robert 1989: Mubaraks Egypt. Fragmentation of the Political Order, Boulder: Westview
Stauth, Georg 1991: Gamaliyya: Informal Economy and Social Life in a Popular Quarter of Cairo, in: Hopkins 1991, S. 78-103
Steinert, Heinz 2000: Die Diagnostik der Überflüssigen, in: Mittelweg 36, Nr. 5, S. 9-17
Stewart, Frances 1992: Can Adjustment Programmes Incorporate the Interests of Women?, in: Afshar, Dennis 1992, S. 13-45
Sturm, Gabriele 1994: Wie forschen Frauen? Überlegungen zur Entscheidung für qualitatives oder quantifizierendes Vorgehen, in: Diezinger et al. 1994, S. 85-104
Sullivan, Denis 1990: The Political Economy of Reform in Egypt, in: International Journal of Middle Eastern Studies (IJMES), S. 317-334
Sullivan, Denis J.; Abed-Kotob, Sana 1999: Islam in contemporary Egypt. Civil Society vs. the State, Boulder, Lodon: Lynne Rienner
Tadros, Helmi; Feteeha, Mohamed; Hibbard, Allen 1990: Squatter Markets in Cairo, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science
Tekçe, Belgin; Oldham, Linda; Shorter, Frederic C. 1994: A Place to Live. Families and Child Health in a Cairo Neighbourhood, Cairo: American University in Cairo Press, Cairo Papers in Social Science
Tetzlaff, Rainer 1980: Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für Entwicklungsländer? Zur Geschichte und Struktur der modernen Weltgesellschaft, München, London, Göttingen: Weltforum-Verlag

Tetzlaff, Rainer (Hg.) 1992: Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut

Tetzlaff, Rainer 1992a: Strukturanpassung – das kontroverse entwicklungspolitische Paradigma in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Nohlen, Nuscheler 1992, S. 420-445

Tetzlaff, Rainer 1995: Theorien der Entwicklung der Dritten Welt nach dem Ende der Zweiten (sozialistischen) Welt, in: PVS-Sonderheft Nr. 26, S. 59-95

Tetzlaff, Rainer 1996: Weltbank und Währungsfonds – Gestalter der Bretton-Woods-Ära, Opladen: Leske und Budrich

Tetzlaff, Rainer 1996a: Demokratisierung unter Armutsbedingungen. Zum Verhältnis von Demokratie und ökonomischer Entwicklung; in: Afrika im Abseits – Der Bürger im Staat, Nr. 3/4, hrsg. von der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, S. 196-203

Tetzlaff, Rainer 1997: Staat und Gesellschaft in Afrika: ein prekäres Verhältnis im Wandel; in: Schulz 1997, S. 127-154

Tetzlaff, Rainer 1998: Afrika zwischen Demokratisierung und Staatszerfall; in: APUZ, Nr. 21, Bonn, S. 3-15

Tetzlaff, Rainer 2000: Weltkulturen unter Globalisierungsdruck – Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten, Bonn: Dietz

Tetzlaff, Rainer 2000a: Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts. Dieter Senghaas's entwicklungspolitische Lehren im Spiegel al- ter und neuer Theorien, in: Ulrich Menzel (Hrsg.), Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen, Frankfurt a. Main: Suhrkamp Verlag, S. 362-395

Tetzlaff, Rainer 2002: Gerechtigkeit weltweit. Wege zu mehr Chancengleichheit in den Nord-Süd-Beziehungen, in: Universitas, 57. Jg., Nr. 667 (Januar 2002), S. 45-64

The Middle East 2001: An Egyptian Enigma, in: The Middle East, Sept. 2001, S. 49-50

Toubia, Nahid et al. (ed.) 1994: Arab Women. A Profile of Diversity and Change, Cairo: The Population Council

Townsend, Peter 1979: Poverty in the United Kingdom. Harmondsworth: Penguin Books

Treibel, Annette 1993: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, Opladen: Leske und Budrich

Treibel, Annette 1993a: Kapitalismus und Patriarchat (Wallerstein, Beer, Bielefelder Ansatz), in: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, Opladen, S. 67-85

Tucker, Judith (Ed.) 1993: Arab Women. Old Boundaries - New Frontiers. Bloomington: Indiana University Press

Uehlinger, Hans-Martin 1988: Politische Partizipation in der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag

Unbehaun, Horst 1997: Klientelismus und Politische Partizipation in der ländlichen Türkei. Der Kreis Datca, Hamburg: Schriften des Deutschen Orient-Instituts

Unbehaun, Horst 2000: Strategien politischer Partizipation innerhalb von Klientelsyst e-men in einem türkischen Tourismuszentrum, in: Loimeier 2000, S. 399-413

Verba, Sidney; Nie, Norman 1972: Political Participation in America, New York: Harper and Row

Verba, Sidney; Nie, Norman; Kim Jae-On 1978: Participation and political equality. Cambridge: Cambridge Univ. Press

Villa, Paula-Irene 2001: Sexy Bodies, Opladen: Leske und Budrich

Vilmar, Fritz 1986: Partizipation, in: Mickel, Wolfgang (Hg.) 1986: Handlexikon zur Politikwissenschaft, Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 339-344

Vobruba, Georg 1985: Arbeiten und Essen. Die Logik im Wandel des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und existentieller Sicherung im Kapitalismus, in: Leibfried, Tennstedt 1985, S. 41-61

Vogel, Bernd 1995: ‚Wenn der Eisberg zu schmelzen beginnt...' – Einige Reflexionen über den Stellenwert und die Probleme des Experteninterview in der Praxis der empirischen Sozialforschung, in: Brinkmann, Christian (Hg.) 1995: Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung, Nürnberg: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 73-84

Vogg, Christian 1995: Die Grünen in Ägypten. Die erste Umweltpartei der arabischen Welt, München: Agenda Verlag

Walby, Sylvia 1994: Is citizenship gendered?, in: Sociology, No. 2, S. 379-395

al-Wali, Mamduh 1993: Sukkan al-'ishash waal-'ashwai`yat (Die Bewohner von Hütten und informellen Siedlungen), al-qahira: niqabaal-muhandissin

Wartenpfuhl, Birgit 1996: Destruktion – Konstruktion – Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung, in: Fischer et al. 1996, S. 191-209

Wartenpfuhl, Birgit 2000: Dekonstruktion von Geschlechtsidentitäten – Transversale Differenzen, Opladen: Leske und Budrich

Waschkuhn, Arno 1987: Institutionen, in: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer Olaf (Hg.) 1987: Pipers Wörterbuch zur Politik, München: Peiper, S. 376-377

Wasserman, Stanley; Faust, Katherine 1994: Social Network Analysis, Cambridge: Cambridge University Press

Waterbury, John 1977: An Attempt to Put Patrons and Clients in Their Place, in: Gellner; Waterbury 1977, S. 329-342

Waterbury, John 1996: Democracy Without Democrats? The Potential for Political Liberalization in the Middle East, in: Salamé 1996, S. 23-47

Waylen, Georgina 1994: Women and Democratization, in: World Politics, No. 3, S. 327-354

Wedel, Heidi 1999: Lokale Politik und Geschlechterrollen. Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen, Hamburg: Schriften des Deutschen Orient-Instituts

Wedel, Heid 2000: Informelle Netzwerke und politische Partizipation von Frauen in informellen Siedlungen in Istanbul, in: Loimeier 2000, S. 383-398

Weedon, Chris 1991: Wissen und Erfahrung. Feministische Praxis und poststrukturalistische Theorie, Zürich: eFeF

Wellmann, Barry 1988: Structural Analysis: from Method and Methaphor to Theory and Substance, in: Wellmann, Barry, Berkowitz, J. (ed.) 1988: Social Structure, Cam- bridge: Cambridge University Press, S. 19-61

West, Guida; Blumberg, Rhoda Lois (Hg.) 1990: Women and Social Protest, New York et al.: Oxford University Press

Westle, Bettina 2001: Gender-Asymmetrieren zwischen politischem Interesse, subjektiver politischer Kompetenz und politischer Partizipation?, in: femina politica Nr. 1/2001; S. 15-29

Wichterich, Christa 1995: Frauen der Welt, Göttingen: Lamuv

Wichterich, Christa 1998: Vom Haushalt zum Bruttosozialprodukt und zurück: Internationale feministische Diskurse zu Wirtschaftspolitik, in: Ruppert 1998, S. 183-207

Wikan, Unni 1980: Life Among The Poor in Cairo, London: Tavistock

Wikan, Unni 1996: Tomorrow, God Willing. Self Made Destinies in Cairo, Chicago: Chicago University Press

Wille, Marion 1993: Die Spielräume politischer Opposition in Ägypten unter Husni Mubarak – Zum Verhältnis von Staat und Opposition in einem arabischen Land Münster, Hamburg LITVerlag

Wille, Marion 2001: Ägyptische Professionals im Kampf um Freiheitsrechte. Das Ende einer liberalen Hoffnung. Journalisten und Anwälte zwischen demokratischer Verantwortung und politischer Resignation. Hamburg: Doktorarbeit, angenommen an der Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften

Wilms, Arno 1985: Zabalin. Die Müllmenschen von Mokattam. Bremen: Edition CON

Wilson, Thomas 1980: Theorien der Interaktion und Modelle soziologischer Erklärung, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.) 1980: Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 54-79

Wilson, William Julius 1992: Ghettoisierte Armut und Rasse. Zur öffentlichen Meinungsbildung in den USA, in: Leibfried, Voges 1992, S. 221-236

Witzel, Andreas 1985: Das problemzentrierte Interview, in: Jüttmann, Gerd (Hg.) 1985: Qualitative Forschung in der Psychologie, Weinheim: Beltz, S. 227-255

Wolf, Margary 1992: A Thrice Told Tale. Feminism, Postmodernism and Ethnographic Responsibility, Stanford: Stanford University Press

Wolff, Jürgen H. 2000: Armutsbekämpfung durch Entwicklungshilfe, in: ApuZ, Nr. B9/2000, 25. Feb. 2000, S. 26-31

World Bank 1990: World Development Report 1990, Washington: World Bank

World Bank 1991: Egypt. Alleviating Poverty During Structural Adjustment, Washington: World Bank

World Bank 1994: Adjustment in Africa, Washington: World Bank

World Bank 1995: The Social Impact of Adjustment Operations. An Overview, Washington: World Bank

World Bank 2001: Poverty Net, www.worldbank.org/poverty, Abrufdatum 31.10. 2001, 02.04. 2002

World Bank 2001a: World Development Indicators 2001, Washington: World Bank

World Bank 2001b: Global Poverty Monitoring, Middle East and North Africa, www.worldbank.org/research/povmonitor/index.htm, 31.10. 2001, 02.04. 2002

Wurzel, Ulrich G. 2000: Ägyptische Privatisierungspolitik 1990/91-1997/98 im Konflikt von Entwicklungshilfe, Geber- und Nehmerinteressen, Münster, Hamburg: LIT Verlag

Wurzel, Ulrich: 2001: „Privatisierung am Nil“: Eine gelungene Inszenierung, in: INAMO, Nr. 26, Sommer 2001, S. 13-17

Zaki, Moheb 1995: Civil Society and Democratization in Egypt, 1981-1994, Cairo: Ibn Khaldun Center, Konrad-Adenauer-Foundation

Zayed, Ahmed 1992: khitab al-hayat al-yawmiyafi l-mugtama' al-misri (Das Alltagsleben in der ägyptischen Gesellschaft), al-qahira: dar al-qara`ali l-gami'

Zayed, Ahmed 1998: Culture and the Mediation of Power in an Egyptian Village, in: Hopkins, Westergaard 1998, S. 371-388

Zdunnek, Gabriele 1995: Feminismus mit Methode – ein erster Überblick, in: Peripherie Nr. 57/58, S. 23-37

Zibani, Nadia 1997: Child Labor and Schooling: Familiy Strategies and Urban Specificities, Cairo: unpublished paper

Zibani, Nadia 1998: Travail des enfants en Egypte: luttecontre la pauvreté ou 'element' de pauvreté?, Cairo: unpublished conference paper

Zimpel, Gisela 1970: Der beschäftigte Mensch. Beiträge zur sozialen und politischen

Partizipation,München: JuventaVerlag
Zwingel, Susanne 1995: SERNAMweiß, was Frauen wünschen, in: blätter des iz3w, Nr. 205, S. 25-27

Transliterationsverzeichnis

Die Umschrift arabischer Wörter erfolgt auf der Grundlage des abgebildeten vereinfachten Transliterationsverzeichnisses, das diakritische Zeichen im Text vermeidet. Vokallängen- und kürzen, wie die Unterscheidung von emphatischen und nicht-emphatischen Lauten werden nicht kenntlich gemacht. In Anlehnung an den Sprachgebrauch des ägyptischen Dialektes wird der Buchstabe „gim" hier nicht mit dj wiedergegeben, sondern mit „g". Das doppelte „ya" wird als einfaches „y" gekennzeichnet.

Umschrift	Zeichen	Umschrift	Zeichen
`	أ	t	ط
b	ب	z	ظ
t	ت	‘	ع
th	ث	gh	غ
g	ج	f	ف
h	ح	q	ق
kh	خ	k	ك
d	د	l	ل
dh	ذ	m	م
r	ر	n	ن
z	ز	h	ه
s	س	w/u	و
sh	ش	y/i	ى
s	ص	`	ء
d	ض		

Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

Karte 1:	Nordägypten	S. 76
Karte 2:	Großraum Kairo	S. 92
Karte 3:	Detailansicht Kairoer Bezirke	S. 97
Schaubild 1:	Politische Partizipation und soziale Ungleichheit	S. 53
Schaubild 2:	Akteure, Organisationen und Institutionen des lokalen Feldes	S. 249
Tabelle 1:	Formales Armutssample	S. 74
Tabelle 2:	Informelle Interviews	S. 74
Tabelle 3:	Intermediäres Sample	S. 74
Tabelle 4:	Übersicht der Untersuchungsgebiete	S. 96
Grafik 1:	Armutsquoten der Gesamtbevölkerung (1996) – Nationaler Vergleich	S. 81
Grafik 2:	Wahlbeteiligung nach Geschlecht im formalen Sample	S. 193
Grafik 3:	Geschlecht in der Gruppe der „Ja-Antworten“	S. 194
Grafik 4:	Formale Partizipation nach Geschlecht im formalen Sample	S. 201
Grafik 5:	Informelle Partizipation nach Geschlecht im formalen Sample	S. 211
Grafik 6:	Partizipationsformen im Überblick (formales Sample)	S. 272

Verzeichnis der Abkürzungen

IWF	Internationaler Währungsfonds
MB	Muslimbruderschaft (al-ikhwan al-muslimun)
NDP	National-Demokratische Partei (hizb al-watani ad- dimuqrati)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungs-Organisation)
SFD	Social Fund for Development
Tagammu‘	National-Progressive Unionistische Partei (hizb at-tagammu’ al-wataniat-taqaddumi al-wahdawi)
Wafd	Neo-Wafd Partei (hizb al-wafd al-gadid)

Verzeichnis der häufig verwendeten arabischen Worte

‘ala addina	hier: unseren Möglichkeiten entsprechend
arzuqi	Tagelöhner, unregelmäßig Beschäftigter im informellen Sektor
‘asabiya	Gemeinsinn, Stammesbewußtsein; hier: überwiegend regionales Solidaritätsnetz
baltagiya	Schlägertrupps, Kleinkriminelle, mafia-ähnliche Gruppen
gama‘iya	hier: Sparclub
ghalbanin	hier: Arme (Plural)
hagg	Ehrentitel für Pilger, hier allgemein als Ehrentitel eingesetzt
hitta	hier: Flecken, sehr kleiner Ort
hukuma	hier: Regierung und staatliche Institutionen im weitesten Sinne
kebir, Pl. Kubar	wörtlich: Große, hier: wichtige Persönlichkeiten, Notable
maglis al-‘arab	wörtlich: „arabische Versammlung“, hier: Notablenversammlung zur Vermittlung in Konflikten
maska	hier: Sparclubleiterin (wörtlich: die Haltende)
rabta	hier: Migrantenverein (wörtlich: Vereinigung, Verbindung)
zay in-nas	hier: wie andere/die Leute